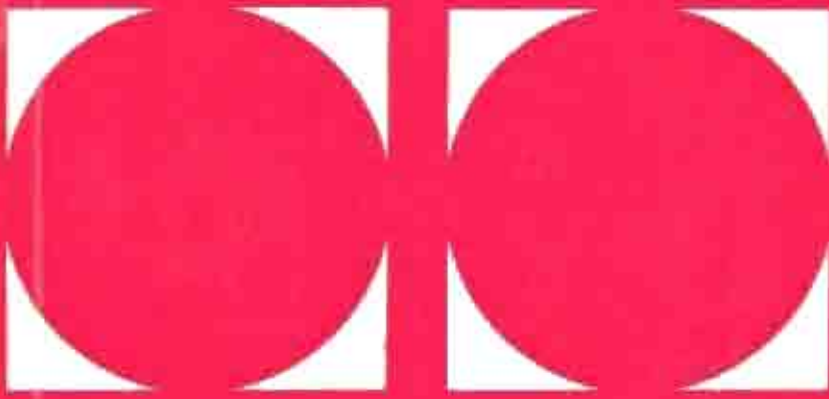
Frank Deppe

Das Bewußtsein der Arbeiter

Studien zur politischen Soziologie des Arbeiterbewußtseins



Kleine Bibliothek

Pahl-Rugenstein Verlag

prv

Frank Deppe

Das Bewußtsein der Arbeiter
Studien zur politischen Soziologie des Arbeiterbewußtseins

Mit einem Anhang
von Helga Deppe-Wolfinger

Gewerkschaftliche Jugendbildung und politisches Bewußtsein

Pahl-Rugenstein

Dritte Auflage

© 1971 by Pahl-Rugenstein Verlag, Köln.
Alle Rechte, auch die der fotomechanischen Vervielfältigung, vorbehalte
Lektorat: Jürgen Hartmann.
Umschlag: Dimitrij Werschbizkij.
Herstellung: Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH
ISBN 3-7609-0037-2

Inhalt

Vorbemerkung 7

I. Nivellierung und Integration
Neuere sozialwissenschaftliche Theorien über Lage und Bewußtsein der Arbeiter 11

II. Empirische Untersuchungen zum Arbeiter- und Klassenbewußtsein im Spätkapitalismus 72

III. Zu einigen methodischen und inhaltlichen Problemen der empirischen Untersuchung des gesellschaftlichen Bewußtseins von Arbeitern 118

IV. Geschichtlich-gesellschaftliche Voraussetzungen von Differenzierungsprozessen in der Arbeiterklasse 205

V. Arbeiterbewußtsein und Mitbestimmung 231

VI. Gewerkschaftspolitik und Arbeiterbewußtsein in der Periode der Neugründung der westdeutschen Gewerkschaften nach 1945 255

Anhang:

Helga Deppe-Wolfinger
Gewerkschaftliche Jugendbildung und politisches Bewußtsein 301

Vorbemerkung

Die sozialwissenschaftliche Diskussion in der BRD hat mit der Untersuchung der sozialen Lage und des sozialen Bewußtseins der Lohnabhängigen ein lange vernachlässigtes Thema wieder aufgegriffen. Empirische und theoretische Forschungen zur Klassenstruktur der spätkapitalistischen Gesellschaft brachen weitgehend um die Mitte der fünfziger Jahre ab. Scheinbar unwidersprochen propagierte die bürgerliche Soziologie die „Nivellierung" der Klassenverhältnisse, die „Verbürgerlichung" des Lebensstils und des Bewußtseins der Arbeiter — schließlich die vollendete Integration vormals oppositioneller gesellschaftlicher Schichten und Klassen in das System der kapitalistischen — staatlich vermittelten — „Einheitsgesellschaft". Die kritische Gesellschaftstheorie dagegen mußte, ohne eigenständige empirische Befunde vorweisen zu können, immer wieder auf die Formel vom „dichotomischen Gesellschaftsbild" der Industriearbeiterschaft rekurrieren, um den Hauptthesen der apologetischen und affirmativen Sozialwissenschaften zu entgegnen.

Die Neuorientierung der soziologischen Diskussion, die sich inzwischen durchzusetzen beginnt, geht nicht nur auf die in den letzten Jahren immer deutlicher gewordene Politisierung sozialwissenschaftlicher Intelligenz zurück. Sie reflektiert vielmehr selbst die gesellschaftlichen Bedingungen und Widersprüche, die das Thema der Klassenlage und des Klassenbewußtseins der Lohnabhängigen konkret historisch und damit auch wieder theoretisch in den Vordergrund gerückt haben.

In nahezu allen spätkapitalistischen Gesellschaften hat in den letzten Jahren die Intensität der Klassenauseinandersetzungen erheblich zugenommen. Selbst in der BRD ist seit den Septemberstreiks der Jahre 1969 und 1970 der selbstgefällige ideologische Schleier vom politischen und gewerkschaftlichen „Wohlverhalten" der Industriearbeiterschaft zerrissen. Zunehmende Verwertungs- und Reproduktionsschwierigkeiten des spätkapitalistischen Systems, die in seiner permanenten Krisenanfälligkeit ebenso wie im hektischen „crisis-management" der Staatstätigkeit zum Ausdruck kommen, kennzeichnen die gegenwärtige Periode und begründen zugleich die zunehmende Mobilisierung der organisierten Arbeiterschaft zur Verteidigung ihrer materiellen Interessen sowie zur Durchsetzung demokratischer Strukturveränderungen.

Die hier vorgelegten Studien zur politischen Soziologie des Arbeiterbewußtseins sind Fragment und Provisorium. Sie wollen zur Weiterentwicklung einer Diskussion beitragen, die jetzt in den Hochschulen, in den Gewerkschaften und in politischen Organisationen der Arbeiterschaft begonnen hat. Die Beschränkung des Anspruchs resultiert dabei einmal daraus, daß im wesentlichen auf bereits vorliegende empirische und theoretische Arbeiten zurückgegriffen wird. Zum anderen konzentrieren sich die Analysen auf die Lage und das gesellschaftliche Bewußtsein von *Industriearbeitern*. Damit muß darauf verzichtet werden, eine umfassende Klassenanalyse zu konzipieren; denn die Industriearbeiter sind — trotz aller mystischen Vorstellungen, die sich seit der intellektuellen Wiederbelebung des Marxismus in der BRD mit diesem Begriff zuweilen verbinden — nur ein Teil der Gesamtheit der lohnabhängig Arbeitenden.

Einen breiten Raum nimmt die kritische Auseinandersetzung mit theoretischen und empirischen Ansätzen der Industriesoziologie ein. Diese Auseinandersetzung geht von zwei grundsätzlichen Erwägungen aus:

1. Das gesellschaftliche Bewußtsein kann ohne den Rekurs auf die gesellschaftlich und historisch objektiven Bedingungen der sozialen Lage nicht adäquat analysiert werden.

2. Gesellschaftliches Bewußtsein der Arbeiterschaft ist kein psychologisch oder sozialpsychologisch ableitbares — und darum individuell zu bestimmendes — Datum, sondern konkretisiert sich vorab in der Organisation und im kollektiven Handeln der Arbeiterschaft.

Von diesen inhaltlichen und methodischen Voraussetzungen wurde auch die Zusammenstellung der folgenden Studien bestimmt. Die — historisch materialistisch begründete — empirische Erforschung des Verhältnisses von sozialer Lage und Bewußtsein der Arbeiter ist auf die Analyse der Geschichte der Arbeiterbewegung (vgl. Kap. VI) ebenso verwiesen wie auf die aktuelle politische und gewerkschaftliche Praxis. Das zeigt vor allem der Anhang von Helga Deppe-Wolfinger.

Marburg, Januar 1971

Frank Deppe

Zur 2. Auflage

Die intensive Nachfrage nach diesem Buch belegt die wissenschaftliche und politische Bedeutung des Gegenstandes, den es behandelt.

Fast gleichzeitig mit diesen Studien veröffentlichte der Pahl-Rugenstein-Verlag die vom Institut für marxistische Studien und Forschungen (IMSF) herausgegebene Untersuchung: „Mitbestimmung als Kampfaufgabe. Eine theoretische, ideologiekritische und empirische Untersuchung zur Mitbestimmungsfrage in der Bundesrepublik." Das hier – exemplarisch und mit bescheidenen Mitteln – realisierte Konzept der theoretischen und empirischen Analyse der Bedingungen des betrieblichen und gesellschaftlichen Kampfes der Arbeiterklasse und damit der Entwicklung von Klassenbewußtsein in der BRD bestätigt und konkretisiert in vielen Punkten die Vorstellungen, die ich – besonders im Kapitel III – herauszuarbeiten versuche.

Marburg, August 1971 *Frank Deppe*

I. Nivellierung und Integration. Neuere sozialwissenschaftliche Theorien über Lage und Bewußtsein der Arbeiter.

Trotz der augenscheinlichen Komplexität soziologischer Denk- und Forschungsansätze konvergieren diese fast ausnahmslos in dem einen Punkt der insgeheimen bzw. offenen Auseinandersetzung mit der Theorie und Praxis des Marxismus. Die Soziologie als die Wissenschaft von den gesellschaftlichen Beziehungen der Menschen, deren Verfestigung durch Strukturen und Institutionen der Vergesellschaftung sowie von deren Entwicklung und Veränderung ist Korrelat wie Resultat der bürgerlichen Revolution gewesen. Ihre Begründer — wie *Comte* und *Spencer* — haben die positive Wissenschaft, die positive Methode, als den Begriff gesellschaftlicher Statik und Dynamik nach Maßgabe naturwissenschaftlicher, physikalischer Gesetze verstanden [1]. Diese Objektivierung — d. h. gedankliche Ablösung der Vergesellschaftung der Menschen von deren verändernder Selbsttätigkeit — führte schon bei *Comte* dazu, die gesellschaftliche Klassenstruktur, den Antagonismus von Kapitaleignern und Unselbständigen, jenseits gesellschaftlicher und historischer Kategorien zu fassen. Die moderne Industrie und deren Agenten, die Unternehmer, erschienen demzufolge gekennzeichnet durch einen Mangel an Moral:

„Die unbestreitbarste und gefährlichste Verschlimmerung dieser bis jetzt von der industriellen Bewegung ganz unzertrennlichen Fehler besteht sicherlich in dem tiefen Gegensatz, der sich zwischen den Interessen der Unternehmer und der Arbeiter einstellt,

deren beklagenswerter Antagonismus heute beweist, wie weit die moderne Industrie im wesentlichen noch immer von einer wahren Organisation entfernt ist, da sich ihre Entwicklung nicht ohne die Tendenz vollziehen kann, für den Hauptteil derjenigen unterdrückend zu werden, deren Mitwirkung dabei am unentbehrlichsten ist."[2]

Der affirmative Charakter solcher Positionen der frühen Soziologie beruhte auf der Illusion, daß die Harmonisierung einander entgegengesetzter Interessen durch intellektuelle und moralische Veränderungen, durch die Anpassung subjektiver Bedingungen an objektiv vorgegebene Strukturen erreicht werden sollte. Dem entsprach die — gleichwohl moralisierende — Diskriminierung sozialistischer Bewegungen, die in der Veränderung der Eigentumsverhältnisse und der politischen Form der bürgerlichen Staatsgewalt die notwendige Fundamentalkritik der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft erkannten, als Anarchismus und gefährlicher Utopismus.

Bis in die Gegenwart hinein läßt sich durchgängig das Bemühen der bürgerlichen Soziologie feststellen, ihre Autonomie und Legitimation vermittels der Zurückweisung bzw. Widerlegung der Marxschen Klassentheorie sowie des ideologischen Kampfes gegen die organisierte Arbeiterbewegung zu bestätigen. „Immer noch ist die von Marx in Gang gebrachte Frage nach der Klassengesellschaft ein faszinierendes Thema des Nachdenkens über unsere Gesellschaftsordnung", bestätigt Heinrich *Popitz*[3]. Schärfer noch akzentuiert T. B. *Bottomore*: „Seit achtzig Jahren ist die Marxsche Theorie Gegenstand unerbittlicher Kritik und hartnäckiger Verteidigung."[4] Für die Soziologie hat das Thema der Klassenstruktur die gleiche zentrale Bedeutung gewonnen wie das Problem der gesellschaftlichen Produktion und Distribution von Werten in der Ökonomie. Freilich hätte auch die gesamte bürgerliche Wirtschaftstheorie der marxistischen Wertlehre nicht die geringste Beachtung geschenkt, wäre diese nicht Voraussetzung für die Analyse der Widersprüche und Krisen der kapitalistischen Entwicklung. Nicht anders verhält es sich mit der Klassentheorie. *Marx* hatte keineswegs die Klassen „entdeckt"[5], sondern die politischen und sozialen Theorien sowie die realen

sozialen Bewegungen seiner Zeit neu interpretiert. Die Eigenart seiner Theorie, die letztlich auch jene oben genannte Faszination begründete, muß wesentlich in der bewußten Politisierung von „Sozialkategorien" und deren Verknüpfung mit den Interessen und dem bewußten Handeln von sozialen Kollektiven gesehen werden [6]. Durch den Begriff des Klassenbewußtseins thematisiert die Marxsche Theorie den Zusammenhang von sozialer Lage und sozialem Handeln; durch den Begriff des Klassenkampfes entwickelt sie die Perspektive und Zielsetzung von sozialen Konflikten im Bereich gesellschaftlicher und politischer Institutionen [7]. Diese unmittelbare Verknüpfung analytisch-theoretischer und politisch-praktischer Kategorien in der Marxschen Klassentheorie ist denn auch einer der häufigsten Angriffspunkte der jüngeren Soziologie. „Nur wenn wir unser Gesellschaftsverständnis vom Marxschen Dogma eines sich unweigerlich zu revolutionären Wandlungen und bürgerkriegsartigen Kämpfen zuspitzenden Klassenkonflikts befreien", fordert *Dahrendorf* [8], „können wir hoffen, zu einer befriedigenden Erklärung der Geschichte industrieller Gesellschaften zu kommen."

Nivellierung und Verbürgerlichung

Zunächst muß es außerordentlich kompliziert erscheinen, solche Versuche soziologischer „Emanzipation" nach vorherrschenden Strömungen zu strukturieren. Fragt man allerdings nach dem „Gesellschaftsbild", das zumal die Nachkriegssoziologie der entwickelten kapitalistischen Gesellschaften bestimmt hat, so erschließt sich ein Spektrum von Begriffen und vielfach popularisierten Schlagworten. Unter dem Thema der „nivellierten Mittelstandsgesellschaft", der „Klassengesellschaft im Schmelztiegel", der „Wohlstands-" oder gar „Überflußgesellschaft", der „pluralistischen Gesellschaft", der „industriellen Zivilisation" und schließlich der „formierten" und „informierten Gesellschaft" propagierten sozialwissenschaftliche Bestseller das Ende der Klassenspaltung und des Klassenkampfes im modernen Kapitalismus. Die gesellschaftliche und politische Wirklichkeit schien sol-

che Theoreme zu bestätigen, denn in der Tat: Nach dem Zweiten Weltkrieg und nach der Periode scharfer Klassenauseinandersetzungen in allen westeuropäischen Staaten, die bis zum Beginn der fünfziger Jahre zu datieren ist, erfolgte ein wirtschaftlicher Aufschwung, der sich dem vorwissenschaftlichen Bewußtsein als „Wirtschaftswunder" darstellte [9]. Dem entsprach — vor allem in der BRD — eine konservative politische Stabilität auf den Grundlagen der parlamentarisch-repräsentativen Demokratie, die die Erfahrungen mit der Labilität der Weimarer Republik in den Hintergrund treten ließ [10].

Helmut *Schelsky* hat das affirmative Bewußtsein dieser Periode in der These formuliert, „ ... daß die Gesetzlichkeit der sozialen Vorgänge in dieser Phase der industriell-bürokratischen Gesellschaft aus der totalen Dynamik eines mit Schichtbegriffen nicht mehr zu erfassenden sozialen Nivellements mit den vorwiegend kleinbürgerlich-mittelständischen Verhaltensmustern und Leitbildern abzuleiten ist" [11]. Dieser Nivellierungsprozeß resultiert nach *Schelsky* zum einen aus „einer außerordentlichen Steigerung der sozialen Mobilität", zum anderen aus einem „verhältnismäßig einheitlichen Lebensstil", der weder durch den Antagonismus von Überfluß und Elend noch durch signifikate Schichtdifferenzen gekennzeichnet sei.

„Der universale Konsum der industriellen und publizistischen Massenproduktionen sorgt auf der materiellen und geistigen Ebene dafür, daß fast jedermann seinen Fähigkeiten angemessen das Gefühl entwickeln kann, nicht mehr ganz ‚unten' zu sein, sondern an der Fülle und dem Luxus des Daseins schon teilhaben zu können." [12] Die unpolitische Orientierung von Arbeitern auf den persönlichen Konsum der Produkte der Massenproduktion, auf ökonomische Sicherheit und sozialen Aufstieg, die z. B. Heinz *Kluth* aus einer Befragung von jugendlichen Arbeitern resümierte [13], wurde als empirische Bestätigung jener Tendenz ausgegeben, die Siegfried *Landshut* schließlich als die werdende, klassenlose „Einheitsgesellschaft" auf der Basis im wesentlichen unveränderter kapitalistischer Produktionsverhältnisse prognostizierte [14]. Ganz im Rahmen solcher Konzepte, die die Formel „steigender Konsum und steigendes Einkommen gleich

Abbau und Auflösung der Klassenstruktur und des traditionellen Arbeiter- und Klassenbewußtseins" als einen gesetzlichen Mechanismus betrachteten, bewegte sich eine Untersuchung des englischen Soziologen Ferdinand *Zweig*[15]. Seine Hauptthese ist die der „Verbürgerlichung" des Proletariats. „Das Leben der Arbeiterklasse bewegt sich auf neue Mittelklassen-Werte und die Mittelklassen-Existenz." [16] Als Untermauerung dieser These führt er steigende Konsumbedürfnisse, verbunden mit einer ausgeprägten Konsumorientierung (money-mindedness), das Sicherheitsbedürfnis und das Familienbewußtsein sowie die wachsende Auflösung subkultureller Bindungen der Arbeitersituation an. Aber schon *Zweig* sah sich gezwungen, seine generalisierenden Hypothesen zu modifizieren. Als gleichsam mystische und widersprüchliche Residualkategorie muß er das Fortbestehen eines „Klassenunterbewußtseins" konzedieren. „Es ... ruht in den verborgenen Spalten des Arbeiterbewußtseins; gespeist wird es durch vergangene Arbeitslosigkeit, Hungerlöhne, ungerechte Behandlung, Klassendiskriminierung, durch den gemeinsamen Kampf gegen Ungerechtigkeit, durch all jene bitteren Erfahrungen, die nun im Schwinden begriffen sind; oft kommt es wieder an die Oberfläche des Bewußtseins — nämlich dann, wenn ein Arbeiter mit Handlungen und Situationen konfrontiert wird, die ihn gewaltsam an seinen Status erinnern." [17] Erstaunlicherweise ist von *Schelsky* — wenn auch fast ein Jahrzehnt nach der Veröffentlichung seiner Theorie der „nivellierten Mittelstandsgesellschaft" — eine analoge Modifikation vorgenommen worden. 1961 schreibt er über „Die Bedeutung des Klassenbegriffs für die Analyse unserer Gesellschaft": „Und hier möchte ich auch auf Grund der neueren Untersuchungen zum Klassenbegriff meine These wiederholen, die ich schon 1953 geäußert habe, daß die Klassenwirklichkeit unserer gegenwärtigen Gesellschaft kaum noch in realen ökonomischen und sozialen Klassenlagen zu finden, dagegen als Klassenbewußtsein noch weitgehend vorhanden ist." [18] Dieser Gegensatz wird nunmehr sozialpsychologisch aufgelöst. Der „lag" zwischen gesellschaftlicher Wirklichkeit und Bewußtsein reproduziert sich durch die „Klassen-Rolle" des Arbeiters im Produktionsprozeß, durch „Meinungsstereo-

type" und schließlich durch den politischen Legitimationszwang „der interessenvertretenden Großorganisationen und ihrer Funktionäre" [19].

Der zutreffende Hinweis von Heinz *Jung*, daß die Hauptrichtung der Nachkriegssoziologie, die unmittelbar gegen den Klassenbegriff und den Charakter der kapitalistischen Gesellschaft als Klassengesellschaft zielte, inzwischen an Einfluß verloren habe [20], ist jedoch nicht ausschließlich durch ihre immanenten Widersprüche zu fundieren. Zunächst lassen sich vier grundlegende Einwände gegen die These von der „nivellierten Mittelstandsgesellschaft" festhalten:

1. Die Nivellierungsthese hat der empirischen Überprüfung nicht standhalten können. Eine gegenüber Klassen- und Schichtmerkmalen gleichgültige Angleichung der allgemeinen Einkommens- und Lebensverhältnisse ist in den entwickelten Industriegesellschaften der westlichen Welt, deren fortgeschrittenster Stand durch die USA und die BRD repräsentiert wird, nicht nachzuweisen. Im Gegenteil, die erst in den letzten Jahren ins Bewußtsein gedrungenen öffentlichen wie privaten Mißstände — wie z. B. die „Bildungskatastrophe" oder der „Skandal der Vermögens- und Einkommensverteilung" — sind keineswegs erste Anzeichen, sondern Ergebnisse eines sozialökonomischen Polarisierungsprozesses, dessen Voraussetzungen in den ersten Jahren der Nachkriegskonjunktur zementiert wurden. Helge *Pross* hat auf diesen ideologischen Bruch zwischen der gesellschaftlichen Wirklichkeit und der Nivellierungstheorie hingewiesen [21], und *Boltes* Zusammenstellung von Untersuchungen zum Verhalten der Unterschichten bestätigt, daß von einer Gleichheit der Lebenschancen nicht die Rede sein kann [22]. Das Trugbild der US-amerikanischen „Überflußgesellschaft" wurde durch die Studien von *Kolko* [23] und *Harrington* [24] hinreichend entschleiert, während in Großbritannien die Arbeiten von R. M. *Titmuss* [25] und J. E. *Meade* [26] gängige Vorurteile über die Verteilung der Einkommen und der Vermögen destruierten.

2. Die nahezu allen Konzeptionen der „Verbürgerlichung" des Proletariats eigene Auffassung, daß ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen relativ steigendem Einkommen, Sicherheit

des Arbeitsplatzes und Abbau von Konfliktbewußtsein gegeben sei, erweist sich bei gründlicher historischer und politischer Überprüfung als unhaltbar. Gerade die Geschichte der Arbeiterbewegung zeugt davon, daß sich ihre bewußten und aktiven Kader in der Regel nicht aus dem elenden, lumpenproletarischen Milieu, sondern aus dem Kreis der Facharbeiter rekrutierten. Noch heute registrieren empirische Untersuchungen den engen Zusammenhang zwischen der Qualifikation — d. h. eo ipso auch dem Einkommen — und dem Grade eines selbstbewußten Arbeiterbewußtseins[27]. Hier zeigt sich das — auch von Sozialpsychologen konstatierte — Phänomen, daß erst ein relativ gehobenes Informations- und sozialökonomisches Anspruchsniveau ein Bewußtsein von den Mechanismen der realen Restriktion und der möglichen Erweiterung von Bedürfnissen erzeugt. Zumindest fällt die Ineinssetzung von Elend und proletarischer Revolution auf das Niveau eines vulgären, mechanischen Materialismus zurück, der schon frühsozialistische Revolutionstheorien in unauflösbare Widersprüche verstrickt hatte[28]. Zumal unter den Voraussetzungen der Massenproduktion und des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in der Gegenwart machen sich in den gewerkschaftlichen und politischen Auseinandersetzungen Tendenzen bemerkbar, die von einigen französischen Industriesoziologen als das Entstehen einer „Neuen Arbeiterklasse" interpretiert worden sind: Hochqualifizierte Arbeiter, Techniker und Ingenieure engagieren sich in den Kämpfen der Arbeiterschaft, teils treten sie schon als Führungsgruppen und als Propagandisten radikaler sozialistischer Forderungen auf. Die während des französischen Generalstreiks vom Mai/Juni 1968 formulierte Losung der „Arbeiterselbstverwaltung" läßt sich eindeutig jenen technologisch fortgeschrittenen Produktionssektoren zuordnen, in denen der Anteil des wissenschaftlich qualifizierten Personals überdurchschnittlich hoch ist[29].

3. Ein weiterer Einwand ist eng mit dem vorangehenden verknüpft; denn er betrifft die mangelnde historische Dimension nivellierender Gesellschaftsbilder. Jede theoretische Konzeption von Formen des kollektiven, sozialen Bewußtseins muß dieses als einen konkreten Prozeß betrachten — und zwar nicht als

eine linear fortschreitende Progression, sondern in Gestalt diskontinuierlicher Schwankungen. Viele Revolutionäre des 19. Jahrhunderts vermochten diesen plötzlichen Wandel eruptiver Volkserhebungen und apathischer „Grabesstille" nicht zu begreifen. Revolutionen brachen demzufolge gleich „glücklichen Überraschungen" herein, und häufig genug wurde das Volk als jener „schlafende Riese" charakterisiert, dessen zerstörerisches Erwachen niemand zu kalkulieren wagte. Gleichwohl spiegelt sich gerade in solchen abrupten Übergängen das Maß der Integration bzw. Desintegration der herrschenden ökonomischen, politischen und ideologischen Strukturen. Wie anders wäre sonst das Verhalten jener Arbeitermassen zu erklären, die 1914 im Namen des deutschen Kaiserreiches in den Krieg zogen und vier Jahre später die Monarchie stürzten? Offensichtlich ist zwischen gesellschaftlichen Aufschwungs- und „Ruheperioden", in denen — sei es durch ökonomisches Wachstum oder durch ideologischen und politischen Druck — das Bewußtsein der Unterschichten von den Normen der herrschenden Ideologie überlagert wird [30], und solchen Perioden zu differenzieren, in denen sich — durch unmittelbare Erfahrungen sowie durch politische Institutionen und Organisationen vermittelt — ein autonomes und oppositionelles Bewußtsein von Widersprüchen und Konflikten artikuliert. In den Entwürfen zur „nivellierten Mittelstandgesellschaft" werden solche historische Wirkungszusammenhänge, die aus der widersprüchlichen Dynamik der Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft selbst resultieren, bewußt ignoriert und durch das Modell eines stetigen Wachstums verdrängt, dessen Grundzüge schon von Eduard *Bernstein* formuliert wurden [31]. Die westdeutsche Nachkriegsentwicklung belegt deutlich eine relativ schnelle Abfolge verschiedener Phasen eines Klassenkonfliktes, dessen Inhalt durch den Gegensatz von privatwirtschaftlich-restaurativen und sozialstaatlich-demokratischen Interessen bestimmt wurde. Momente eines antikapitalistischen Klassenbewußtseins, die nicht nur in den programmatischen Forderungen der Arbeiterparteien und der Gewerkschaften, sondern auch in der Kampf- und Aktionsbereitschaft breiter Teile der Arbeiterschaft zum Ausdruck kamen, wurden erst mit dem Scheitern

der demokratischen Neuordnungskonzeptionen, d. h. nach dem ökonomischen und politischen Sieg der restaurativen Kräfte, zunehmend zersetzt und abgebaut [32]. Die vorschnellen Hypothesen, die viele Soziologen zu Beginn der fünfziger Jahre aus diesen Übergangsprozessen deduzierten, zeugten insgesamt von einem mangelnden Begriff der unmittelbar vorausgegangenen, teils noch lebendigen nachfaschistischen Auseinandersetzungen um Struktur und Verfassung des neuen westdeutschen Staates. Die ganze Unsicherheit von *Schelskys* Argumentation zeigt sich in der Rezeption der Untersuchungsergebnisse von H. *Popitz* und seinen Mitarbeitern zum „Gesellschaftsbild des Arbeiters" [33]. Der hier empirisch untermauerte Nachweis „dichotomischer" Gesellschaftsvorstellungen bei den meisten Arbeitern veranlaßte ihn noch 1961 zur Revision seiner These im Sinne des Fortbestehens von „Resten der Klassenwirklichkeit". Ein adäquates Verständnis der *Popitz*schen Untersuchung ist jedoch nur dann möglich, wenn die Gesellschaftsbilder der Arbeiter im historischen Kontext der Nachkriegsauseinandersetzungen — hier der politischen und sozialen Kämpfe im Ruhrgebiet — analysiert werden [34].

4. Ein letzter Einwand betrifft schließlich das politische Selbstverständnis und die Funktion der Theorie der „nivellierten Mittelstandsgesellschaft". *Schelsky* bemerkte in der Diskussion um den Klassenbegriff, „daß diese ... nach 1945 im wesentlichen eine rein akademische Angelegenheit gewesen ist" [35]. Mochte der politische Charakter des Themas auch dem Autor selbst verborgen bleiben, so war dennoch klar zu erkennen: Die Nivellierungsthese — wie unpolitisch sie auch immer konzipiert gewesen sein mag — mußte sich notwendig in ein Instrument des ideologischen Kampfes gegen jene Gruppen und Organisationen verwandeln, die eine Veränderung der gesellschaftlichen Situation der Lohnabhängigen nicht als harmonisches Ergebnis von Mobilitätsprozessen und Konsumexpansion erwarteten, sondern durch politische und gesellschaftliche Strukturveränderungen durchzusetzen suchten. Im Rahmen der die Nachkriegsperiode dominierenden Auseinandersetzungen zwischen

Gesellschaftssystemen der westlichen und der östlichen Welt, im Klima des ideologisch angeheizten „Kalten Krieges" also, mußten sich diese Tendenzen noch verstärken. Siegfried *Landshut* vermittelte ein anschauliches Beispiel der Politisierung dieser Diskussion, als er behauptete, daß die Grundforderungen des Marxismus in den entwickelten kapitalistischen Gesellschaften ihrer Verwirklichung zustrebten, während die sozialistischen Gesellschaften mit den von *Marx* als abschaffungs- und zerstörungswürdig erachteten Merkmalen des Kapitalismus behaftet seien [36]. *Schelsky* hat dagegen noch 1961 die „Ideologisierung der Klassenlosigkeit" zurückgewiesen [37]. Die mangelhafte theoretische, empirische und historisch-politische Fundierung seiner Theorie der „nivellierten Mittelstandsgesellschaft" war aber eine Voraussetzung dafür, daß sie als apologetisch popularisierte Phrase, als das ideologische Selbstbild einer konservativen Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik vollends an Glaubwürdigkeit verlor [38].

Im Zusammenhang der Diskussion über die „Verbürgerlichung" des Proletariats wird zuweilen daran erinnert, daß dieses Merkmal der Entpolitisierung des Klassenbewußtseins schon von Karl *Marx* und Friedrich *Engels* selbst konstatiert wurde. Nach dem Niedergang der englischen Charistenbewegung nach 1848 äußerte *Engels* die Befürchtung, „daß das englische Proletariat mehr und mehr verbürgerlicht, so daß diese bürgerlichste aller Nationen es schließlich dahin bringen zu wollen scheint, eine bürgerliche Aristokratie und ein bürgerliches Proletariat *neben* der Bourgeoisie zu besitzen. Bei einer Nation, die die ganze Welt exploitiert, ist das allerdings gewissermaßen gerechtfertigt." [39] Diese in der Periode zwischen 1860 und 1890 in Briefen und politischen Analysen der besonderen englischen Situation immer wieder herausgestellte Tendenz zu einer entpolitisierenden Bewußtseinsspaltung des Proletariats wird wesentlich auf drei Voraussetzungen zurückgeführt:

1. Die Steigerung der Profitraten und der allgemeinen Produktivitätsentwicklung ermöglichen die Existenz einer „privilegierten Minderheit" von Arbeitern, die durch materielle Privilegien „bestochen" sind, während die „Massen der Arbeiterklasse" noch

tiefer absinken. Arbeitssoziologisch ist diese Gruppe in der Regel mit den Facharbeitern oder mit jenen Arbeitern identisch, die als Aufseher und Meister unmittelbare Hilfsfunktionen des Kapitals, d. h. Aufsichts- und Disziplinierungsfunktionen, wahrnehmen [40].

2. Diese Entwicklung wurde durch die berufsständischen englischen Gewerkschaftsverbände — vor allem durch die 1851 gegründete Amalgamated Society of Engineers — noch gefördert. Die britischen Facharbeitergewerkschaften haben in dieser Periode das Modell einer konservativen Gewerkschaftsbewegung entwickelt, die sich als Instrument des friedlichen Ausgleichs divergierender Interessen verstand. Dieses elitäre Organisationsprinzip mußte als retardierender Katalysator der proletarischen Solidarität und des politischen Kampfes der Arbeiterklasse wirken. *Engels* hat daher den New Unionism, der seit 1890 einen stärkeren politischen Akzent für die englische Gewerkschaftsbewegung setzte, als den Beginn einer neuen Epoche gefeiert [41].

3. Die Struktur des britischen Parlamentarismus und des Parteiensystems, das von Konservativen und Liberalen beherrscht wurde, bremste den Prozeß der politischen Organisation des Proletariats in einer Arbeiterpartei. „Die Arbeiter, soweit sie sich in der allgemeinen Politik in besonderen Organisationen beteiligen, sind neuerdings fast nur als äußerster linker Flügel der ‚großen liberalen Partei' aufgetreten und in dieser Rolle, ganz fachgemäß, von der großen liberalen Partei bei jeder Wahl geprellt worden." [42] Verbürgerlichung als Erosionsprozeß von Klassenbewußtsein tritt also hier in eine unmittelbare Beziehung zur Existenz und Politik der politisch und ökonomisch organisierten Arbeiterbewegung. So schrieb *Engels* 1879 an Eduard *Bernstein:* „Die Arbeiter teilen sich politisch in Konservative und Liberal-Radikale ... Es darf nicht verschwiegen werden, daß in diesem Augenblick eine eigentliche Arbeiterbewegung, im kontinentalen Sinn, hier nicht besteht." [43]

Faßt man diese einzelnen Momente der „marxistischen Verbürgerlichungstheorie" zusammen, so ergibt sich, daß sie — unter besonderen ökonomischen, gewerkschafts- und parteipoli-

tischen Voraussetzungen — die Möglichkeit der politischen Ent- und Verfremdung des proletarischen Bewußtseins konzediert[44]. Gleichzeitig insistiert sie jedoch darauf, daß dieser Prozeß nicht die proletarische Klasse in ihrer Gesamtheit erfaßt, sondern eine Erscheinungsform materieller und ideologischer Differenzierungen in der Arbeiterklasse ist. Auch *Lenin*, der in der Periode der auseinanderbrechenden II. Internationale seine These von der „verbürgerlichten und korrumpierten Arbeiteraristokratie" formulierte, wollte einen politischen und sozialen Spaltungsprozeß in der Arbeiterbewegung bezeichnen, der sich dann auch organisatorisch verfestigte[45].

Die industrielle Zivilisation

Demgegenüber zeichnen sich die neueren soziologischen „Verbürgerlichungstheorien" durch ihre Tendenz zur Verallgemeinerung aus. Schon gegen Ende der Weimarer Republik hatte der Jungkonservative Hans *Freyer* die These von der „Selbstliquidierung des Proletariats" als fundamental-oppositioneller Kraft entwickelt — freilich als Vorwand, die „Revolution von Links" durch die „Revolution von Rechts" historisch zu überwinden, was dann nur wenig später mit grausiger Gründlichkeit verwirklicht wurde. „Das Proletariat ... kämpft sich ein. Seine ganze Geschichte seiner Bewegung seit seinem Erwachen zum Klassenbewußtsein ist ein einziger Weg hinein in das System der industriellen Gesellschaft."[46] Die begriffliche Übereinstimmung mit modernen Theorien der „industriellen Gesellschaft" *(Galbraith/Aron)* bzw. der „industriellen Zivilisation" *(Touraine)* ist nicht zufällig. Insofern kann auch die Relevanz der Theorien der „nivellierten Mittelstandsgesellschaft" — trotz der vielfältigen kritischen Einwände — nicht als begrenzt oder gar als abgeschlossen betrachtet werden. Diese Theorien sind vielmehr als historisch unterschiedliche — aber tendenziell identische Ausprägungen eines soziologischen Denkens zu sehen, daß sich bis heute nachzuweisen bemüht, die gesellschaftliche Klasse der unselbständig Arbeitenden befände sich in einem Prozeß der Auflösung. Während der Schwerpunkt der westdeutschen Nachkriegssoziologie offensichtlich auf die Bedeutung des steigenden Mas-

senkonsums, der Veränderung der Einkommensstruktur und der Mobilität, insgesamt also auf subjektive Orientierungsmuster und deren Veränderung reflektierte, konzentrieren sich neuere Varianten der Integrationstheorien auf ökonomische, politische und technologisch-organisatorische Entwicklungstendenzen des modernen Kapitalismus.

Auch die Thesen des amerikanischen Sozialwissenschaftlers John Kenneth *Galbraith* gehen zunächst von dem Problem der Bewältigung der Armut aus. Die gesamte Tradition der volkswirtschaftlichen Theorie — die klassische politische Ökonomie ebenso wie der Marxismus — erscheint ihm als eine pessimistische Untergangsphilosophie, die mehr oder weniger vor dem tatsächlichen Elend, der sozialen Ungleichheit und der ökonomischen Unstabilität kapituliert, oder die — wie der Marxismus — den Sprung in eine offensive Zerstörungs- und Klassenkampftheorie vollzogen habe. Das linke „Marxsche Leichentuch" und der rechte „Chor der Sozial-Darwinisten" zerrieben stets die optimistische Mitte der klassischen Volkswirtschaftslehre [47]. Von diesem Ansatz aus bemühte sich *Galbraith* um den Nachweis einer neuen Qualität der Gegenwartsgesellschaft, der „modernen Industriegesellschaft". Ihr Hauptproblem ist nicht mehr die Bewältigung des materiellen Elends, sondern des Überflusses. Die entscheidenden Voraussetzungen dieser neuen Entwicklungsphase haben sich erst in den USA nach dem Ersten Weltkrieg herausgebildet: zum einen die Massenproduktion mit ihrer Tendenz zur Konzentration immer gigantischerer Unternehmens- und Produktionseinheiten; zum anderen die Notwendigkeit der staatlichen Steuerung von wirtschaftlicher Stabilität und stetigem Wachstum. Die Weltwirtschaftskrise von 1928 hat brutal die Einsicht in diese Notwendigkeit erzwungen. „One of the great sources of stability in the American economy in the years following the Second World War was the invaluable fear that the depression of the thirties might recur... We have been blessed by the fruits of caution." [48]

Die Bedeutung der Massenproduktion und -konsumtion für die Erreichung eines Stadiums des ökonomischen Wachstums, in dem sich durch die Kombination von wohlfahrtsstaatlichen und

parlamentarisch-demokratischen Steuerungselementen ein Abbau sozialer Ungleichheiten und Spannungen ebenso wie eine Strukturwandlung der politisch-ökonomischen Machtverhältnisse durchsetzt, ist in ähnlicher Weise von W. W. *Rostow* unterstrichen worden. Sein gegen *Marx* und den Marxismus gerichtetes „nichtkommunistisches Manifest" propagiert die These, daß der Grad nationaler wie internationaler Widersprüche keineswegs durch die marxistische Klassenkampf- und Imperialismustheorie, sondern vorab durch ungleichzeitige Überlagerungen verschiedener ökonomischer Entwicklungsstadien zu erklären sei, die gegenwärtig — zumindest in den industriell entwickelten Gesellschaften der kapitalistischen und der sozialistischen Welt — zu einer Annäherung tendierten. Werden die Voraussetzungen dieser Wachstumstheorie akzeptiert, dann reduziert sich die Bedeutung der auf Klassenkampf und sozialistische Revolution zielenden nationalen und internationalen kommunistischen Bewegungen auf „Krankheitssymptome einer Übergangsperiode" [49] zwischen der Reifung und dem Erreichen der Massenkonsumtion in allen industriellen Gesellschaften. Klassenkampf und Sozialismus sind demnach nicht — wie *Marx* postulierte — Zeichen des Untergangs, sondern „Kinderkrankheiten" des heranwachsenden Kapitalismus. Charakteristisch für diese Konzentration auf den Massenkonsum ist die systemverändernde Bedeutung, die *Rostow* der Massenproduktion von Automobilen zuschreibt. Das Automobil erscheint mithin als Symbol nicht nur des technisch-ökonomischen Entwicklungsniveaus einer Gesellschaft, sondern auch des allgemeinen Wohlstandes und der sozialen Integration [50].

Bei *Galbraith* werden solche Ansätze der „Konvergenztheorie" in zweifellos komplexere und durchdachtere Argumentationszusammenhänge integriert. Dabei sind für das hier diskutierte Problem vor allem seine Bemerkungen zur Veränderung des sozialökonomischen Konfliktpotentials und des sozialen Bewußtseins von Interesse. Seine Analyse des amerikanischen Kapitalismus leitet ihn zur „theory of countervailing power" [51], einer Theorie, die den Ausgleich sozialer und ökonomischer Interessen im System der staatlich kontrollierten Massenproduktion und

-konsumtion — trotz des scheinbaren Machtübergewichts der oligopolistischen „giant corporation" — erklären will. Den Großunternehmen, die die ökonomische Konkurrenz auf dem Produktionsmarkt weitgehend ausgeschaltet haben, sind neue Konkurrenten erwachsen. Die in Interessenverbänden organisierten Konsumenten und Arbeitskräfte treten als Gegenmacht auf dem Konsumgüter- und dem Arbeitsmarkt auf. Vor allem die Gewerkschaften, deren unpolitischer Charakter in den USA schon immer das „collective bargaining" (die Monopolisierung und z. T. bewußte Verknappung der Ware Arbeitskraft) in den Vordergrund treten ließ, erweisen sich als unentbehrliches Regulativ dieses Mechanismus des Kräftegleichgewichts. Das System des balancierten Wachstums kann jedoch ohne staatliche Aufsicht nicht funktionieren. „... The provision of state assistance to the development of countervailing powers has become a major function of government — perhaps *the* major domestic function of government." [52] Der Staat ist nicht nur der größte Arbeitgeber, er ist zugleich — vermittelt über Militär-, Wirtschaftsförderungs- und Infrastrukturpolitik — der größte wirtschaftliche Auftraggeber. Allein durch die staatliche Einkommensumverteilung und durch öffentlich-rechtliche Kontrolle kann das politische und ökonomische Gleichgewicht der konkurrierenden Marktmächte garantiert werden.

Wesentliches Resultat dieser Systemregulierung ist weniger die Nivellierung materieller Ungleichheit, die *Galbraith* zufolge nicht verschwindet, sondern lediglich durch die Hebung „des Wohlstandes der unteren Schichten" weniger fühlbar wird [53], sondern die Integration von Interessengegensätzen und der ihnen eigenen Konflikte in den Rahmen und die Funktionsbedingungen des kapitalistischen Systems selbst. Konflikte der Marktparteien haben unter solchen Voraussetzungen nicht mehr die Qualität systemüberschreitender Konflikte, sondern werden von dem einen Konsensus, daß alles noch „bigger and better" werden müsse [54], zusammengehalten. „Die älteste und meistdiskutierteste aller sozialen Streitfragen ist, wenn auch nicht gelöst, so doch in den Hintergrund gedrängt worden. Die bisherigen Gegenspieler haben statt dessen ihr Augenmerk auf eine

systematische Steigerung des Produktionsergebnisses gerichtet. Dieser Wandel in den Anschauungen ist von weitreichender Bedeutung." [55] Der so reduzierte Kampf um Macht- und Gegenmachtpositionen im Bereich der gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion befördert neue Schichtungsstrukturen. *Galbraith* spricht von einer „Neuen Klasse", deren Hauptmerkmale nichtmanuelle Arbeit und akademische Ausbildung sind. Diese wissenschaftlich-technische Intelligenz, die nicht nur im Bereich der materiellen Produktion, sondern auch im Staatsapparat, im Dienstleistungsbereich und in den Gewerkschaftsbürokratien die Schlüsselpositionen innehat, ist notwendiges Produkt des universalen Bemühens um die Steigerung und Harmonisierung der Produktion [56]).

In seiner jüngsten Veröffentlichung hat *Galbraith* diese These unter dem Begriff der „Technostruktur" systematisiert und zugleich eingeengt. Die „Technostruktur" verdankt ihre Entstehung als beherrschendes Element der „modernen Industriegesellschaft" den technologischen Anforderungen der modernen Industrie, dem damit verbundenen Kapitalaufwand und der hieraus entstehenden Notwendigkeit einer Planung und Umweltbeeinflussung und schließlich der Koordination der hochspezialisierten Informationsverarbeitung und Planungsaktivität [57]. Die begriffliche Einengung besteht zunächst darin, daß die „Big Corporations" nicht mehr im System der sich ausbalancierenden Kräfte des Konsumgüter- und Arbeitsmarktes analysiert werden, sondern die Qualität von sich selbst regulierenden Produktions- und — dieser Gesichtspunkt ist von besonderem Gewicht — Integrationssystemen zugeschrieben bekommen [58]. Der von *Galbraith* äußerst unpräzis gefaßte Begriff der „Technostruktur" konkretisiert sich also als das — unter den Bedingungen eines hohen technologischen Niveaus — notwendige, weitverzweigte Informations- und Entscheidungssystem, das personell vor allem vom „middle management" der Großunternehmungen repräsentiert wird. Die Fabrikarbeiter — wenn sie nicht Meister oder Vorarbeiter sind und damit der Technostruktur schon näher stehen — identifizieren sich mit dem technokratisch organisierten Produktionssystems, sofern ihnen hohe Löhne, Sicherheit der

Arbeitsplätze und Verminderung der körperlichen Arbeitsbelastung gewährleistet sind. „Die Identifizierung läßt sich fördern, indem man manuelle Arbeitsvorgänge automatisiert. Erstens wird dadurch die Zahl der Beschäftigten verringert, die für die gewerkschaftlichen Ziele anfällig sind, und zweitens steigt bei den verbleibenden Arbeitnehmern aufgrund höherer Löhne und besserer Arbeitsbedingungen die Neigung zur Identifizierung. Damit wird gleichzeitig der Einfluß der Gewerkschaften ausgeschaltet und die industrielle Planung zuverlässiger." [59]

Damit ist die für die Theorie des sozialökonomischen Konflikts wesentliche These bereits vorbereitet. *Galbraith* postuliert unumwunden, daß die Gewerkschaften ihrer traditionellen Aufgabenstellung nach überholt und überflüssig seien. „Die Gewerkschaft gehört einem bestimmten Stadium in der Entwicklung des Industriesystems an. Ist dieses Stadium überwunden, dann kann die Gewerkschaft ihre ursprüngliche Machtposition auch nicht mehr annähernd behaupten. So paradox das auch klingen mag: Gerade die Dinge, für die sich die Gewerkschaften am nachdrücklichsten eingesetzt haben — die Regulierung der Gesamtnachfrage zur Sicherstellung der Vollbeschäftigung und höherer Einkommen für ihre Mitglieder —, tragen nun zu ihrem Verfall bei." [60] Das Fortbestehen der Gewerkschaften wird ausschließlich dem Tatbestand zugeschrieben, „daß sie dem Arbeiter fest im Nacken sitzen und sich ... nicht abschütteln lassen" [61]. Aus dem ursprünglichen dreipoligen „concept of countervailing power" ist durch die Entwicklung zur modernen Industriegesellschaft — d. h. im einzelnen durch „die Verlagerung der Macht der Eigentümer und Unternehmer auf die Technostruktur, den technologischen Fortschritt, die Regulierung der Märkte und des Gesamtbedarfs sowie die Erfordernisse der Preis- und Lohnregulierung" [62] — die Größe der organisierten Interessen von Arbeitskräften und Konsumenten eliminiert worden. Die beiden anderen Pole — Staat und industrielle Großunternehmungen — rücken immer näher aneinander; ihre Interessen verschmelzen in einem gegenseitigen Abhängigkeitsverhältnis, das durch die zunehmende Politisierung der Technostruktur auf der einen,

durch die zunehmende Ökonomisierung der Staatsbürokratie auf der anderen Seite geprägt ist. Vor diesem Hintergrund erscheinen *Galbraith* die konfliktorientierten Prognosen des Marxismus als endgültig widerlegt; denn 1. habe kein Prozeß der wachsenden absoluten Verelendung der Arbeiterschaft stattgefunden, 2. habe das Industriesystem das Problem der ökonomischen Krisen weitgehend bewältigt und 3. seien die Gewerkschaften vom Industriesystem absorbiert worden. „Alles, worauf sich die Revolution zu stützen schien, ja die Revolution selbst, hat sich in nichts aufgelöst. Nicht einmal der akademische Disput pflegt einen solchen Auflösungsprozeß zu überleben." [62]

Gegenüber *Galbraith*' Theorie der modernen Industriegesellschaft nehmen sich die Ansätze der „nivellierten Mittelstands"-Theorien noch recht bescheiden aus. *Schelsky* behielt sich stets selbstkritisch vor, seine als Tendenz behauptete Prognose empirisch zu überprüfen und zu korrigieren. *Galbraith* hingegen ordnet seine Überlegungen a priori der Problemstellung unter, wie das herrschende System der amerikanischen Gesellschaft — trotz seiner inneren und äußeren Widersprüche, die gerade in den letzten Jahren mehr denn je ins öffentliche Bewußtsein gedrungen sind —, stabilisiert werden kann, d. h. unter welchen ökonomischen und politischen Bedingungen technologische Innovationsprozesse und ökonomisches Wachstum vorangetrieben werden können. Daß seine Analysen und Prognosen als „schokkierend" empfunden werden oder an tief verwurzelte Tabus rühren, fügt sich immer noch bruchlos in das Bild vom „nonkonformistischen" Intellektuellen, der im organisierten „brainstorming" politisch und ökonomisch verwertbare Ideen produziert. Betrachtet man aber die schillernde Fassade seines Hypothesengebäudes genauer, so stellt man fest, daß *Galbraith* eine wesentliche Dimension der gesellschaftlichen Wirklichkeit, die Dimension des Politischen nämlich, vollends ausgespart hat. Gewiß, ein gewichtiger Gedanke ist der der zunehmenden Verschmelzung politisch-staatlicher und ökonomischer Funktionen, schließlich der der Absorbierung vormals separierter oder gar kontroverser Funktionen in der omnivalenten, gleichwohl omi-

nösen „Technostruktur". „Das Industriesystem identifiziert sich mit den Zielen der Gesellschaft. Es paßt diese Ziele den eigenen Erfordernissen an. Die Adaptation wäre nicht so erfolgreich, wenn die Mitglieder der Gesellschaft sich ihrer bewußt würden." [64] Politik — nicht als ‚technostrukturelles', sondern als Problem der demokratischen Beteiligung, Kontrolle und Entscheidung — hat in diesem System keinen Platz mehr. Konfrontiert man die — allen klassischen Demokratietheorien eigene — Forderung, daß ein demokratisches Macht- und Entscheidungssystem sich „nach unten" zu legitimieren habe und „von unten" kontrolliert werden müsse, mit der Theorie des Industriesystems und der Technostruktur, so zeichnen sich die Konturen ihres zutiefst antidemokratisch-technokratischen Gehalts ab: Jene mehr als achtzig Prozent der Bevölkerung, die auch in den „modernen Industriegesellschaften" außerhalb der Technostruktur stehen, sind nicht Subjekt politischer Grundsatzentscheidungen, wie es die offenbar antiquierten Verfassungstexte der parlamentarischen Demokratien fordern. Die Technostruktur entscheidet und verfügt, sie weist allen Objekten, die unter- oder außerhalb ihrer stehen, fest umrissene adaptive Funktionen zu. „Das Industriesystem bringt es in genialer Weise fertig, die den eigenen Erfordernissen dienenden Ziele ... gleichzuschalten mit sozialen Tugenden und humanistischer Aufklärung ... Wer es anzweifelt, läuft Gefahr, als Außenseiter oder Asket verschrieen zu werden." [65] Alle Anstrengungen sind also darauf gerichtet, die Bedürfnisse auf den Konsum vorgefertigter Waren zu reduzieren, wobei sich die Warenangebote der Industrie, der Massenmedien und der herrschenden politischen Institutionen qualitativ immer mehr aneinander angleichen. Die technokratische Transformation scheint endlich über die plebiszitäre Transformation der bürgerlichen Demokratie triumphiert zu haben [66].

An dieser Stelle könnte eingewandt werden, daß — durchaus im Rahmen der gegebenen wissenschaftlichen Arbeitsteilung — *Galbraith'* Theorie der „modernen Industriegesellschaft" von Seymour Martin *Lipset's* „Soziologie der Demokratie" ergänzt werde. Der Kerngedanke dieser Studie ist in der Tat die inte-

grierende Interdependenz zwischen dem Grad der industriellen Entwicklung, den Funktionsbedingungen demokratischer Institutionen (Verbände, Parteien, Parlament und Regierung) und der jeweiligen Radikalität des Klassenkonfliktes und des Klassenbewußtseins. „Die wirtschaftliche Entwicklung führt zu höherem Einkommen, größerer wirtschaftlicher Sicherheit und breiterer Schulbildung. Sie bestimmt weitgehend die Form des ‚Klassenkampfes', indem sie den unteren Schichten weitere zeitliche Perspektiven und komplexere politische Anschauungen ermöglicht. Der Glaube an eine stufenweise Reform kann in den unteren Volksschichten nur dann Anklang finden, wenn sie wohlsituiert sind." [67] Wahlstatistische und wahlsoziologische Untersuchungen sollen diese These untermauern: das Verhältnis zwischen dem materiellen Wohlstand einer Gesellschaft und dem Anteil kommunistischer bzw. linkssozialistischer Parteien erweist sich als umgekehrt proportional. „Der Kommunismus ist eine Massenbewegung in den ärmeren Ländern, aber er ist schwach, wo die wirtschaftliche Entwicklung weit forgeschritten und das Bildungsniveau hoch ist." [68] Diese Korrelation wird allerdings durch den „Autoritarismus" der Arbeiterklasse gefährdet. Gegen die von *Horkheimer*, *Fromm* und *Adorno* formulierte Theorie der „autoritären Persönlichkeit", nach der faschistoide Einstellungen und Verhaltensweisen vor allem für die ökonomisch bedrohten Mittelschichten charakteristisch sind [69], vertritt *Lipset* die Auffassung, „daß ein Mensch aus niederen Klassen wahrscheinlich seit seiner frühesten Kindheit Bestrafungen, Mangel an Liebe und eine allgemeine Atmosphäre der Spannung und Aggressivität erfahren muß — alles Erlebnisse, die geeignet sind, tiefwurzelnde Feindgefühle zu erzeugen, die dann in Rassenvorurteilen, politischem Autoritarismus und chiliastischer, diesseitswertiger Religion ihren Ausdruck finden." [70]

Der jeweilige Grad der wirtschaftlichen Entwicklung bestimmt jedoch nicht nur den realen Einfluß radikaler Bewegungen, sondern auch die Funktionsbedingungen der demokratischen Institutionen selbst. „Wenn genügend Reichtum vorhanden ist, so daß es unerheblich ist, ob eine gewisse Neuverteilung eintritt, so ist es viel leichter, sich mit dem Gedanken vertraut zu

machen, es bedeute keinen allzu großen Unterschied, welche Partei sich an der Macht befindet." [71] Gesellschaftliche Konflikte und deren alternative Lösungsmöglichkeiten werden durch das System konkurrierender parlamentarischer Parteien aufgefangen, die auch im Zwei-Parteien-System noch sinifikante Unterschiede in der sozialen Repräsentanz aufweisen sollen. Der Klassenkampf wird gleichsam „eingefroren" und neutralisiert; alle vier Jahre tobt er dann schließlich um die Regierungsmehrheit. In diesem Sinne faßt *Lipset* die „Wahl als Ausdruck des demokratischen Klassenkampfes" [72]. Die demokratischen Massenparteien sind in diesem System die Medien des Klassenkampfes, der gleichwohl nicht mehr um antagonistische Zielsetzungen, um die Alternative der Erhaltung bzw. der Transformation des Gesellschaftssystems ausgefochten wird. An die Stelle des Kampfes um die radikale Umwälzung der gesellschaftlichen Grundlagen von wirtschaftlicher und politischer Herrschaft ist die Auseinandersetzung um die Verteilung der Einkommen und der politischen Macht getreten.

Angesichts neuerer sozialtechnischer und -kybernetischer Theorien politischer Systeme, in denen der Politiker nicht mehr als der Repräsentant konfligierender Interessen von Klassen oder sozialökonomischen Interessengruppen, sondern als „... Vollzugsorgan einer wissenschaftlichen Intelligenz, die unter konkreten Umständen den Sachzwang der verfügbaren Techniken und Hilfsquellen sowie der optimalen Strategien und Steuerungsvorschriften, entwickelt",[73] definiert wird, erscheint *Lipsets* Modell der „pluralistischen Demokratie" reichlich antiquiert. Ihm liegt eben jene Vorstellung der gesellschaftlichen und politischen Wirklichkeit zugrunde, die in das „concept of countervailing powers" von *Galbraith* eingegangen war. Die Institutionalisierung des Klassenkampfes vermittels des parlamentarischen Mechanismus ist der Vorstellung wie der Intention nach mit dem Modell der sich gegenseitig kontrollierenden und befördernden Wirtschafts-, Staats- und Arbeitskräfteinteressen identisch.

Die Grundzüge dieses Gesellschaftsbildes, das von vielen Sozialwissenschaftlern aus der Analyse der amerikanischen

New Deal-Periode gewonnen und abstrahiert wurde, wurden schon durch die — unmittelbar nach dem Krieg veröffentlichte — Schrift von Theodor *Geiger*, „Die Klassengesellschaft im Schmelztiegel", bekräftigt. Als gesellschaftliche Strukturmerkmale, die nach seiner Auffassung der marxistischen Klassentheorie widersprechen, benennt er zunächst die relative Konsistenz des besitzenden sowie des lohnabhängigen, „neuen" Mittelstandes; darüber hinaus konstatiert er den wachsenden Einfluß der „staatlichen Wirtschaftsbürokratie, ... die als Staatsorgane Dispositionsmacht über den gesamten Wirtschaftsapparat der Gesellschaft haben" [74] und so den Prozeß der Scheidung von Eigentum an und Verfügung über Kapital vorantreibt. Für die Veränderung des Arbeiterbewußtseins sind nach *Geiger* wesentlich die Nivellierung der Einkommenverteilung [75] sowie die „Institutionalisierung des Klassengegensatzes" [76] verantwortlich. Das gewerkschaftliche Monopol auf die Arbeitskraft ergänzt sich mit dem Monopol auf die Produktionsmittel zu einem interessenverwandten Abhängigkeitsverhältnis, in dem „... die Waffen, Methoden und Taktiken des Klassenkampfes anerkannt — damit aber zugleich unter Kontrolle gebracht ..." sind [77]. Indem also durch diese verschiedenen sozialen, ökonomischen und politisch-rechtlichen Faktoren das Klassenverhältnis an trennender Kraft einbüßt, emanzipiert sich die Situation der Arbeiter aus ihrer vormals proletarischen Isolation und gleicht sich tendenziell kleinbürgerlichen „Verbrauchergewohnheiten" an. Fast wörtlich hat *Geiger* hier die späteren Thesen von *Schelsky* vorweggenommen: „Soweit (die Arbeiter) nicht in ihrer politischen und wirtschaftlichen Gesinnung (kleinbürgerlich) sind, ist das wohl mehr der Bekenntnistradition der Arbeiterbewegung des vorigen Jahrhunderts und einer durch krampfhafte Agitation aufrechterhaltenen Doktrin zuzuschreiben, als der vermeintlichen Tatsache, daß das ‚soziale Bewußtsein durch das soziale Sein' bestimmt ist." [78] Das ehedem dichotomische soziale Bewußtsein, das die antagonistische Klassenstruktur in Kategorien des ökonomischen und politischen Machtkampfes wahrnahm, wird durch „Gradationsschemata" bzw. durch „funktionelle Konzeptionen" überlagert, denen sich die Sozialstruktur der Gesellschaft, sei's

als hierarchische Schichtungspyramide, sei's als System interdependenter Funktionen, darstellt. Untersuchungen über das Gesellschaftsbild der Angestellten bestätigen die Dominanz solcher subjektiven Schemata, wobei besonders auffällt, daß kaufmännische und ältere Angestellte eher zu den Gradationsschemata, die jüngeren und technischen Angestellten dagegen vorwiegend zu funktionalen Gesellschaftsmodellen tendieren[79]. Gleichwohl trifft diese kategoriale Differenzierung, die der polnische Soziologe Stanislaw *Ossowski* seiner Theorie der „nichtegalitären Klassenlosigkeit"[80], die die gesellschaftliche Wirklichkeit in den USA ebenso wie in der Sowjetunion umschließen soll, zugrunde legt, nicht die soziale Lage der Industriearbeiter. Die objektiven Bestimmungsmomente der Klassenlage sind durch derlei subjektive Wahrnehmungsschemata kaum hinreichend abzuleiten.

Arbeitssituation, technischer Fortschritt und Arbeiterbewußtsein

Wir haben uns bislang auf neuere soziologische Theorien zum Verhältnis von Lage und Bewußtsein der Industriearbeiter konzentriert, die fast ausnahmslos gesellschaftliche Aspekte des Wandels der Sozialstruktur in den Vordergrund stellen. Das gilt für die Expansion der Konsumtion ebenso wie für Beschleunigung von vertikalen Mobilitätsprozessen, für den Strukturwandel der gesellschaftlichen Produktion durch Konzentrationsprozesse und die organisierte Aktivität des Staates sowie für die politisch-öffentliche „Institutionalisierung" des Klassenkonflikts. Dabei ist ein wesentliches Bestimmungsmoment der sozialen Lage von abhängig Arbeitenden vernachlässigt worden: nämlich die gesellschaftlichen und technologischen Bedingungen des Arbeitsverhältnisses selbst. Lediglich die Diskussion über die Bedeutung des materiellen Konsums hat eine solche Beziehung anzudeuten vermocht; denn die Größe und die spezifische Verteilung der Konsumausgaben ist nichts anderes als eine Funktion des Lohns. Wenn also über den Lohn ein Medium benannt wird, das die Arbeitsbedingungen, denen in der Regel ein spezifisches

„Leistungsbewußtsein" entspricht, mit den außerbetrieblichen Lebens- und Reproduktionsbedingungen der Arbeiter vermittelt, so gilt es dennoch andere, wichtige Faktoren zu analysieren, die durch die vereinfachte Beziehung Leistung — Lohn — Konsum nicht zu erfassen sind. Im übrigen stoßen industriesoziologische Untersuchungen immer wieder auf die „Symbolfunktion" des Lohnes [81], d. h. im Lohnbewußtsein reflektieren sich in der Regel solche Faktoren wie z. B. die allgemeine Betriebszufriedenheit, die eigene betriebliche Situation und schließlich die Bewertung der eigenen zukünftigen Chancen, die sowohl durch Aufstiegserwartungen als auch durch die Beurteilung der sozialen Auswirkungen des technischen Fortschritts motiviert werden. Klassentheoretisch intendierte Aussagen sind darum kaum auf eine quantitative Erfassung des Lohnfaktors zu reduzieren. Von zumindest gleichem theoretischem Gewicht sind die sozialen Rahmenbedingungen des industriellen Arbeitsprozesses, die sich in der Anweisungs- und Informationshierarchie des Betriebes widerspiegeln, sowie die durch den jeweiligen Entwicklungsstand der Technologie vorgegebenen Arbeitsbedingungen, die ihrerseits die mit der Qualifikation der Arbeitskräfte verbundenen Probleme umschließen.

Gleichsam als Leitmotiv all dieser Erörterungen dient der Begriff des „technischen Fortschritts". Die Ersetzung menschlicher Arbeitskraft durch Maschinen- und Aggregatsysteme, die selbst wiederum neue Formen der Arbeit schafft, ist seit der ersten industriellen Revolution das beherrschende Thema industriesoziologischer und gesellschaftspolitischer Überlegungen. Dies entspricht der inneren, widersprüchlichen Dynamik der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft selbst. Aufgrund des nationalen und internationalen Konkurrenzdruckes ist die beständige Umwälzung der technologischen Grundlagen des industriellen Verwertungsprozesses ein existentieller Zwang, der sich bislang scheinbar naturgesetzlich durchgesetzt hat. In der Periode des Hochkapitalismus des 19. Jahrhunderts produzierte technologische Innovation in der Tat abrupte Brüche des gesellschaftlichen Wachstums: Überproduktionskrisen und Arbeitslosigkeit gehörten zum Erscheinungsbild eines zügellosen Konkurrenz-

mechanismus. Auch der Kapitalismus des 20. Jahrhunderts, den *Hilferding* nach dem Ersten Weltkrieg vorschnell als den — tendenziell krisenfreien — „organisierten" Kapitalismus bezeichnete, ist vor den Gefahren der Überproduktion als Folge profitorientierter technologischer Umwälzung keineswegs gefeit. Daß die Rationalisierungswelle der frühen und mittleren zwanziger Jahre eine gewichtige Ursache für den katastrophalen Zusammenbruch der Weltwirtschaft im Jahre 1928 war, ist inzwischen eine allgemein anerkannte Tatsache. Selbst die zyklische Entwicklung der industriellen Produktion der BRD nach 1950 ist in erheblichem Maße durch die immer wieder sich durchsetzende Diskrepanz zwischen technologisch vermittelter Steigerung der Arbeitsproduktivität und dem relativen Zurückbleiben der Nachfrage nach Investitions- und schließlich nach Konsumgütern bedingt gewesen [82]. Für die Situation der Industriearbeiter sind diese gesamtwirtschaftlichen Entwicklungen von zweifacher Relevanz: Zum einen beeinträchtigt die mit dem technischen Fortschritt notwendig gekoppelte „Freisetzung" von menschlicher Arbeitskraft objektiv die Sicherheit des Arbeitsplatzes, auch dann, wenn durch die Ausweitung des Produktionsvolumens neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Zum anderen verändern sich mit dem technischen Fortschritt die physischen und psychischen Arbeitsanforderungen — neue Qualifikationen werden erfordert, und traditionelle Qualifikationen unterliegen einem radikalen Entwertungsprozeß.

Heinrich *Popitz* hat in den fünfziger Jahren die klassenspezifischen Bedingungen der industriellen Arbeitssituation, die wenig später dann von Konrad *Thomas* detailliert interpretiert wurden [83], stärker ins Zentrum der Diskussion um die Marxsche Klassentheorie zu rücken gesucht. Er stützte sich dabei nicht nur auf seine eigenen empirischen Untersuchungsergebnisse zum „Gesellschaftsbild des Arbeiters", sondern wandte sich zugleich explizit gegen die derzeit gängige Vernachlässigung von realen Gegensätzen, die nicht nur aus der historisch-gesellschaftlichen Klassenlage der Industriearbeiterschaft, sondern auch aus den besonderen Arbeitsbedingungen des industriellen Produktionsprozesses, der nach wie vor durch die Dominanz körperlicher

Arbeit charakterisiert ist, resultieren und fortwirken. „Klassengesellschaft ist, um es in einem Satz zu sagen, die gesellschaftliche Dichotomie zwischen der Industriearbeiterschaft und der übrigen Gesellschaft — den ‚anderen', seien sie nun repräsentativ durch freie Unternehmer, planende Manager oder verwaltende Funktionäre. Reduziert man den Begriff der Klassengesellschaft so auf seinen Kerngedanken, dann fällt eine überraschende Übereinstimmung auf zwischen der von *Marx* behaupteten gesellschaftlichen Dichotomie und dem Gesellschaftsbild der Industriearbeiter selbst." [84] Diese Schlußfolgerung wird von *Popitz* durch die These ergänzt, daß die Klassenwirklichkeit durch den Gegensatz von körperlicher und geistiger Arbeit aufschlußreicher und präziser zu begreifen sei als durch den — von *Marx* hervorgehobenen — Gegensatz von Besitz und Nichtbesitz an den Produktionsmitteln [85]. Trotz dieser doppelten Reduktion der Marxschen Klassentheorie, die letztlich nur noch eine nominelle Identität hinterläßt, gebührt *Popitz* das Verdienst, auf „eine gemeinsame Basis" von objektiven gesellschaftlichen und betrieblichen Herrschaftsverhältnissen und dem korrespondierenden Gesellschaftsbild der Industriearbeiter hingewiesen zu haben.

In der amerikanischen Industriesoziologie dominieren hingegen Auffassungen, die an einer grundlegenden Wandlung des für die erste Phase der Industrialisierung typischen Herr-Knecht-Verhältnisses zwischen Unternehmern und Industriearbeitern festhalten. Eine adäquate Ergänzung der bereits erwähnten theoretischen Ansätze von *Rostow, Lipset* u. a. stellt Reinhard *Bendix'* Untersuchung „Herrschaft und Industriearbeit" dar. Ihr Kerngedanke ist der der Veränderung des betrieblichen Herrschaftsverhältnisses „durch die interne Bürokratisierung von Wirtschaftsunternehmungen" im Zuge des Industrialisierungsprozesses. Max *Webers* Bürokratietheorie, die auf die zunehmende Rationalisierung und Versachlichung von Vergesellschaftungsverhältnissen zielte, wird hier für den Bereich der innerbetrieblichen Sozialbeziehungen, speziell für die Formen der Ausübung betrieblicher Autorität, aufgegriffen und erweitert. Nach *Bendix* ist die Über- und Unterordnung im Industriebetrieb nicht Aus-

druck bestimmter gesellschaftlicher Herrschaftsverhältnisse, sondern diese „skalare Organisation" ist eine allgemeine Notwendigkeit. „Überall wo ein Unternehmen gegründet wird, befehlen wenige und gehorchen viele." [86] So ist denn auch die Analyse des Wandels von der Unternehmer- zur Managerideologie nicht als ein ausschließlich geistesgeschichtlicher Nachvollzug zu verstehen, sondern als Analyse von einander ablösenden Führungsstilen. „Managerideologien bestehen also darin, daß sie Instrumente der Unternehmensleiter oder deren Vertretungen sind, um die Tätigkeiten der Arbeiter zu kontrollieren und zu führen." [87] Gegenüber der traditionellen Unternehmerideologie zeichnen sich die modernen Managerideologien durch eine bürokratisch orientierte Entpersonalisierung sowie durch eine politisch-ökonomische Kompromißbereitschaft aus. „Langsam ist das Idealbild vom Unternehmer als einer wagemutigen und für Neuerungen aufgeschlossenen Persönlichkeit verdrängt worden durch das Bild vom Manager, das den geschickten Organisator und Koordinator gemeinsamer Anstrengungen idealisiert." [88] Im Gefolge dieses Strukturwandels vollzieht sich eine „soziale Wiedereingliederung der industriellen Arbeiterschaft", die zugleich von *Bendix* als eine Widerlegung der Marxschen These, daß sich die herrschende kapitalistische Klasse immer mehr dem technischen Fortschritt und sozialökonomischen Zugeständnissen an die Arbeiterschaft verschließen werde, ausgegeben wird [89]. Aus der Sicht der betrieblichen Autoritätsstruktur erscheint also — ähnlich wie bei den Theorien der „industriellen Zivilisation" — der Radikalismus der Arbeiterschaft als eine „Übergangsneurose", die mit der Frühphase der Industrialisierung verbunden ist. Die „pluralistische industrielle Gesellschaft" des ausgehenden zwanzigsten Jahrhunderts — so resümieren *Kerr, Dunlop* u. a. — unterliegt „Tendenzen zur Vereinheitlichung": Die einst antagonistischen sozialen Kräfte bemühen sich gemeinsam um die Erhaltung des Systemgleichgewichts, was zur Folge hat, daß der „Klassenkampf" in der „Konkurrenz der Bürokratien" aufgeht, während sich die Arbeiterklasse zur berufsständisch organisierten „Interessengruppe" transformiert [90].

Aber auch diese Untersuchungen der Herrschaftsstrukturen, deren Hauptmangel in der simplifizierenden Zurückführung der Herrschaftsverhältnisse zwischen Kapitaleignern und Lohnarbeitern auf das herrschaftliche Verhalten der Unternehmer und Manager besteht, verhalten sich gleichgültig gegenüber dem konkreten Inhalt und den sozialökonomischen Rahmenbedingungen des industriellen Arbeitsprozesses.

Demgegenüber gründet sich die — vor allem von Hans Paul *Bahrdt* — ausgearbeitete These von der „Krise der Hierarchie im Wandel der Kooperationsformen“ [91] ausdrücklich auf die Analyse der Arbeitssituation und ihre sozialen Erscheinungsformen selbst. Die absolute Unterordnung und Fremdbestimmung des Industriearbeiters, die mit geringer Qualifikation, Unsicherheit des Arbeitsplatzes wie des Lohnes einhergeht, wird von *Bahrdt* als ein typisches Merkmal der mechanisierten industriellen Produktion — am deutlichsten charakterisiert durch die Fließbandproduktion — zugeordnet. Dem entsprach das hierarchische Führungssystem des Industriebetriebes, dessen bürokratisch-hierarchische Struktur als Übernahme der im Grunde vorkapitalistischen Befehlsstruktur des bürokratischen, zentralisierten Staates interpretiert wird. Die „Krise der Hierarchie“ wird vorrangig in den Produktionssektoren transparent, in denen durch die Anwendung hochmechanisierter bzw. halbautomatischer Produktionsverfahren das technisch vermittelte „horizontale Kooperations- und Entscheidungsgefüge“ mit der traditionellen vertikalen Befehls- und Gehorsamsgliederung in Widerspruch gerät. „Obwohl die schlichte Notwendigkeit der horizontalen Kontakte in solchen Betrieben längst anerkannt ist und die Kontakte eine feste Form angenommen haben, entstehen ständig Friktionen mit der gleichwohl weiterbestehenden, vertikal gegliederten hierarchischen Führungsorganisation.“ [92]

Gleichwohl verzichtet *Bahrdt* auf emphatische Extrapolationen. Während Günter *Hillmann* die „Entwicklung kooperativer Selbstorganisation und die Auflösung bürokratisch-hierarchischer Herrschaft“ in einer seltsam unverbundenen Mixtur von arbeitssoziologischen, psychoanalytischen und anarcho-syndikalistischen Positionen als „Befreiung der Arbeit“ tituliert [93], ist sich *Bahrdt*

der widersprüchlichen Implikationen solcher technologischer und sozialer Innovationsprozesse durchaus bewußt. Er konzediert eine gewisse Humanisierung der Arbeitsbedingungen im Zuge der technologisch vermittelten Enthierarchisierung, weist aber gleichzeitig auf neue Formen des Anpassungs- und Unterordnungsdruckes hin, die im Bereich des neuen „middle management" wirken, dessen Arbeitssituation vornehmlich durch hochspezialisierte Datenverarbeitungsanlagen bestimmt wird [94]. Ebenso bestätigt die vielfach ermittelte Angst der Industriearbeiter vor technischen Neuerungen und Umstellungen [95], die oft nicht einmal mit der realen Berufserfahrung zu begründen ist, die These, daß der technische Fortschritt nicht per se den Arbeiter aus der Situation des physischen und psychischen Drucks der Fremdbestimmung emanzipiert. Veränderungen der technologischen Arbeitsbedingungen und der Kooperationsformen und Führungsstile unterliegen im Bewußtsein der Arbeiter immer auch einem Bewertungsmaßstab, der die Erweiterung arbeitsbezogener Disposition und Qualifikation mit den Grenzen des — inner- und außerbetrieblichen — gesellschaftlichen Dispositionsfeldes konfrontiert. *Bahrdt* schränkt daher zu Recht den gesamtgesellschaftlichen Wirkungsbereich von Enthierarchisierungstendenzen ein: „Niemand wird sagen, daß eine solche Umordnung des Führungssystems ... das Werk von weltfremden Utopisten ist, die lediglich aus freiheitlicher Gesinnung die Herrschaftsformen der bürokratischen Hierarchie abschaffen möchten. Die Auflösung dieser Herrschaftsform und ihre Verwandlung in ein kooperatives Führungssystem ist vielmehr eine ‚durch die Natur des Arbeitsmittels diktierte technische Notwendigkeit'." [96]

Die Rezeption dieses Marxschen Satzes [97] ist jedoch hier in einen gedanklichen Zusammenhang eingeordnet, der seiner ursprünglichen Intention offen widerspricht. *Marx* analysierte das System der Arbeitsteilung und Kooperation im mechanisierten Industriebetrieb als unmittelbare Funktion eines Maschinensystems, auf das die ursprüngliche Qualifikation und gewisse Selbständigkeit des Handwerkers bzw. Manufakturarbeiters übergegangen ist. Es ist nicht mehr der Arbeiter, der das Werkzeug beherrscht und bedient, sondern die Maschine — als ein

„harter Herr, der nichts durchgehen läßt“ [98] — diktiert dem Arbeiter die Art und das Tempo seiner Tätigkeit. „Damit ist die technische Grundlage aufgehoben, worauf die Teilung der Arbeit in der Manufaktur beruht ... An die Stelle der sie charakterisierenden Hierarchie der spezialisierten Arbeiter tritt in der automatischen Fabrik die Gleichschaltung oder Nivellierung der Arbeiten, welche die Gehilfen der Maschinerie zu verrichten haben; an die Stelle der künstlich erzeugten Unterschiede der Teilarbeiter treten vorwiegend die natürlichen Unterschiede des Alters und des Geschlechts.“ [99] Die umfassende Entqualifizierung der Arbeit konkretisierte sich z. B. in der Aneignung von Frauen- und Kinderarbeiten, was Apologeten des frühen Kapitalismus als segensreiche Vereinfachung glorifizierten: „Es ist also das hohe Ziel der Manufaktoristen, durch Vereinigung von Kapital und Wissenschaft die Aufgabe seiner Arbeitsleute auf Aufmerksamkeit und Gewandtheit allein zu beschränken — Fähigkeiten, welche bei jungen Leuten und Kindern sehr bald zur Vollkommenheit gebracht werden können.“ [100]

Diese Entfaltung der Produktivkräfte durch die systematische Anwendung der modernen Technologie und die Zerlegung des Arbeitsprozesses kann jedoch nicht aus dem konkret historisch-gesellschaftlichen Zusammenhang des Aufstiegs der bürgerlichen Gesellschaft herausgebrochen werden. Es ist nicht abstrakt die Technik, die neue Kooperationsformen und damit zugleich gesellschaftliche Beziehungen auferlegt, sondern es ist vorab die kapitalistische Anwendung der Produktivkräfte, die die Technologie und die Lohnarbeiter in der Fabrik kombiniert, um die Produktivität der Arbeit und damit auch die Verwertungsbedingungen des Kapitals zu steigern. „Die Produktivkraft, die der Arbeiter als gesellschaftlicher Arbeiter entwickelt, ist daher die Produktivkraft des Kapitals.“ [101] Jedes arbeitssoziologische Konzept, das diesen Zusammenhang zwischen den gesellschaftlich-historischen Voraussetzungen des technischen Fortschritts und seinen Erscheinungsformen in der Arbeitssituation negiert, verfällt notwendig einem „technologischen Determinismus“, der die Resultate des gesellschaftlichen Entwicklungsprozesses be-

reits mit der „Festigkeit von Naturformen des gesellschaftlichen Lebens" verwechselt [102]. Solche Verengungen des Arbeitsbegriffs, die den Prozeß der gesellschaftlichen Arbeit auf das Verhältnis von Mensch und Maschine, auf die oberflächlichen Momente des innerbetrieblichen Arbeitsprozesses, reduzieren wollen, kennzeichnen vor allem das in der neueren Industriesoziologie weithin verbreitete „Drei-Phasen-Modell", das den Anspruch erhebt, grundlegende theoretische Aussagen über das Verhältnis von gesellschaftlicher Entwicklung, Klassenlage und Arbeiterbewußtsein zu deduzieren. Alain *Touraine* hat schon früh auf diese Korrelation von objektiv technologischen und subjektiv mentalitätsverändernden Faktoren aufmerksam gemacht: „Es ist eine ernste Täuschung zu glauben, daß sich die gleichen Eigenschaften, die gleichen Faktoren der Arbeitsbewertung erhalten können, wenn sich die Arbeitsbedingungen und insbesondere die technisch-beruflichen Bedingungen ... völlig ändern." [103]

Das Drei-Phasen-Schema unterscheidet zwischen verschiedenen, einander nachfolgenden Organisationsformen des industriellen Produktionsprozesses, die zugleich Ausdrucksformen der Hauptetappen des technischen Fortschritts in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft sind. In der Periode des Aufstiegs des Kapitalismus beruhte die Produktion weitgehend auf der handwerklichen, qualifizierten Arbeit. In den Manufakturen und den frühen Industriebetrieben war der Grad der Arbeitszerlegung noch gering; die relative Autonomie des Handwerkers bestand trotz der Zusammenführung verschiedener qualifizierter Teilarbeiten fort. Das Arbeiterbewußtsein wurde durch ein ausgeprägtes, berufsbezogenes Leistungs- und Selbstbewußtsein bestimmt. Die folgende Phase der mechanisierten Massenproduktion — nach den Kategorien der Marxschen Analyse also der vollzogene Übergang von der Manufaktur zur „großen Industrie" — bringt den Typus des traditionellen Industriearbeiters sowie die Massen unqualifizierter Arbeiter („industrielle Reservearmee") hervor. Sie geht einher mit der Konzentration der Produktion in Großbetrieben, die sich im Kampf um die Marktbeherrschung und die Intensivierung der Arbeit zunehmend bürokratisieren. Die Fremdbestimmung und Ausbeutung der

Arbeitskraft scheint hier auf die Spitze getrieben und in den fundamentaloppositionellen Massenorganisationen und -aktionen der Arbeiterklasse ihren Ausdruck zu finden. Klassenbewußtsein definiert sich vorab aus der gesellschaftlich diskriminierten Randstellung des industriellen Proletariats; seine Schärfe resultiert nach *Touraine* aus dem historischen Zusammentreffen der handwerklichen und industriell-bürokratischen Organisation des Produktionsprozesses [104]. Im Verlauf der Nivellierung unterschiedlicher beruflicher Tätigkeiten durch die maschinelle Vereinheitlichung des Produktionsvorganges bildet sich ein kollektives Klassenbewußtsein heraus, dessen Grundlage nicht länger die individuelle Leistung, sondern die oppositionelle Solidarität war.

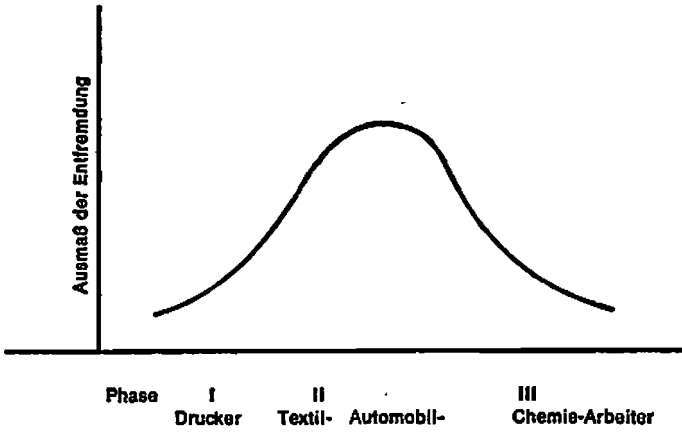
Die dritte Phase, die mit dem Übergang zu automatisierten Produktionsverfahren beginnt, zeichnet sich durch die Aufhebung von ehemals parzellierten Arbeitsverrichtungen und damit auch durch die Wiedergewinnung der im Prozeß der Hochmechanisierung verlorengegangenen Qualifikation des Industriearbeiters aus. Während der marxistische Industriesoziologe und Gewerkschaftspolitiker Serge *Mallet* dies als die Durchsetzung von neuen Formen der „synthetischen, kollektiven und polyvalenten Arbeit", als eine Entwicklung zur Vereinigung vormals parzellierter Tätigkeiten im Arbeits- und Verantwortungsbereich hochqualifizierter Teams von Arbeitern, Technikern und Ingenieuren hervorhob [105], konzentrierte sich *Touraine* auf eine präzisere Beschreibung des Funktionswandels der Industriearbeit im Übergang zur Phase III. Die Qualifikation beruht hier nicht mehr in erster Linie auf der beruflichen Geschicklichkeit, sondern auf technischem Wissen und der besonderen sozialen Fähigkeit, „einen bestimmten Platz in der gleichzeitig technischen und sozialen Organisation einzunehmen ... Die berufliche Qualifikation wird durch eine soziale Qualifikation in der Weise ersetzt, daß die Verbindung Mensch—Werkzeug durch die Verbindung soziale Gruppe—Produktionseinheit abgelöst wird." [106] Dieser Wandel der Berufsstruktur geht mit einem Wandel der Unternehmens- und Produktionsstruktur selbst einher. Entscheidendes Merkmal dieses Wandels ist die Integration von Wissen-

schaft und Produktion im Bereich der international marktbeherrschenden Großunternehmen, jener „giant corporations", auf die *Galbraith'* Theorie der „Technostruktur" rekurriert.

Der allgemeine kategoriale Rahmen zur Charakterisierung der Phase III läßt freilich breiten Raum für kontroverse Interpretationen. *Touraine* unterstellt, das industrielle Unternehmen habe sich im Zuge der „Innovationsorientierung" [107] vom profitorientierten Produktionssystem zum bürokratisch organisierten, politischen Machtsystem entwickelt [108]; *Mallet* dagegen besteht darauf, daß sich die „ganze kapitalistische Entwicklung ... tatsächlich im Rahmen der Gesetze der organischen Zusammensetzung des Kapitals" vollziehe: „Stetes Ansteigen der fixen Produktionskosten zusammen mit einem immer schnelleren Rhythmus von technischen Neuerungen und Veralten der Ausstattung macht diese Unternehmen den geringsten Schwankungen des Marktes gegenüber unendlich viel verwundbarer. Durch die Bedeutung des konstanten Kapitals und durch den tendenziellen Fall der Profitrate hat jede Verlangsamung der Produktion viel ernstere Folgen, als es in der Vergangenheit in irgendeinem Betrieb je der Fall war." [109]

Daß die Drei-Phasen-Konzeption der industriellen Entwicklung — trotz mannigfacher prinzipieller Übereinstimmung in der Einschätzung des Wandels der Arbeitsstrukturen im Gefolge des technisch-wissenschaftlichen Fortschritts — außerordentlich divergente theoretische und politische Schlußfolgerungen zuläßt, wird sinnfällig in der Bewertung des Verhältnisses von objektiv technologisch vorgegebenen Arbeitsbedingungen und der subjektiven Verarbeitung bzw. der Bewußtseins- und Verhaltensadaptation der Industriearbeiter an diese sich wandelnden Bedingungen demonstriert. Auf der einen Seite integriert der amerikanische Soziologe Robert *Blauner* das Drei-Phasen-Modell in ein Hypothesengebäude, das den engen Zusammenhang zwischen den verschiedenen Stadien der industriell-technologischen Entwicklung und der Entfremdung der Industriearbeiter behauptet [110]. Entfremdung entsteht nach *Blauner* dort, „... wo die Arbeiter nicht in der Lage sind, ihren unmittelbaren Arbeits-

ablauf zu kontrollieren, ein Gefühl der Ziel- und Funktionsbindung zu entwickeln, das ihre Tätigkeiten mit der gesamten Produktionsorganisation verknüpft, in integrierten industriellen Gemeinwesen ein erfülltes Leben zu führen, und sich mit ihrer Arbeitsverrichtung als einer Weise des persönlichen Selbstausdrucks zu verbinden" [111]. *Blauner* kommt zu dem Schluß, daß die Entfremdung des Arbeiters — kategorial gefaßt als „powerlessness, meaningslessness, isolation and self-estrangement" [112] — historisch und technologisch an die Periode der mechanisierten Produktion gebunden sei [113]. Fließbandarbeiter in der Automobilproduktion und Textilarbeiter exemplifizieren diesen Typus entfremdeter Arbeit. In der neueren, automatisierten Prozeßproduktion dagegen wird die Entfremdung durch die Kontroll- und Dispositionsmöglichkeiten, durch Verantwortung und Qualifikation weitgehend reduziert. Die Chemiearbeiter z. B. haben jene professionelle Autonomie wiedergewonnen, die den qualifizierten handwerklichen Produzenten — so. z. B. den Drucker — ausgezeichnet hatte [114]. Nunmehr ist es allerdings weniger ihre unmittelbare Beziehung zum Produkt, sondern ihre Funktion in einem Prozeß der kollektiven Kontrolle und Steuerung der Produktion, die die Entfremdung durch Integration überwindet. Diese Integration, die zunächst eine technologisch definierte Arbeitsbeziehung vorzugeben scheint, wird von *Blauner* durchaus auch im politischen Sinne verstanden. Aufhebung von Entfremdung bewirkt eine intensive Identifikation der Arbeiter mit dem Management und dem Unternehmen, die gewerkschaftliche Organisationsbereitschaft geht erheblich zurück. „In short, the conditions of work in process industries produce a worker who is more middle class, in situation and perspective, than most blue-collar employees." [115] Der arbeitssoziologische Ansatz, der sich auf das Drei-Phasen-Modell beruft, verschmilzt also hier mit jenen Verbürgerlichungs-, Nivellierungs- bzw. Mittelstandstheorien, die eingangs diskutiert wurden. Das folgende Schaubild faßt die Blaunersche Konzeption des Verhältnisses von technologischer Entwicklung und Entfremdung in einer „umgekehrten U-Kurve" noch einmal zusammen [116]:



Ein ähnliches, gleichwohl differenzierendes Schaubild, das die Überlagerung und Verzahnung der drei Stadien industrieller Entwicklung betont, findet sich bei *Touraine* [117]. Auch hier kommt den Begriffen „Kontrolle" und „Integration" eine Schlüsselfunktion zu. „Integration" meint jedoch nicht „Verbürgerlichung" — wie überhaupt die Kategorien *Touraines* immer über subjektives Erleben hinaus den Zusammenhang von Bewußtsein, Organisation und Aktion vermittels eines historisierenden Arbeitsbegriffes fassen wollen [118] —, sondern eine neue Form des Arbeiterbewußtseins, die durch die Autonomie des technischen Systems der Produktion gegenüber der unmittelbaren Intervention körperlicher Arbeit bestimmt ist. Verantwortung und Initiative, technische Intelligenz und technische Sensibilität, Innovation und Kontrolle als die entscheidenden Komponenten der Arbeitsqualifikation modifizieren den traditionellen „Antikapitalismus" der Industriearbeiter: „Während sie sich in vorangegangenen Systemen gegen die Gesellschaft definieren, ist es jetzt die Beziehung zur Gesellschaft, in der sie sich definieren." [119] Integration bedeutet also — auf das technische und soziale System der Produktion bezogene — Sachrationalität als Bestandteil und nicht als Ablehnung des Produktionssystems der Phase III. Die von *Touraine* behauptete allgemeine „Politi-

sierung" des Arbeiterbewußtseins in den fortgeschrittensten Bereichen der Produktion [120] gründet sich auf den Zusammenhang von sachrationaler Organisation von Entscheidungsprozessen auf der einen sowie die Kontrolle und die Demokratisierung betrieblicher Entscheidungen auf der anderen Seite.
Während *Blauner* die wissenschaftlich-technische Entwicklung als die Ursache des Zerfalls und der Desintegration von Politik und Organisation der Gewerkschaften betrachtet, strebt *Touraine* bewußt die Erschließung einer neuen Dimension der politischen und gewerkschaftlichen Aktion der Arbeiterbewegung an. Kontrolle der technologischen, sozialen und ökonomischen Strukturen des Produktionssystems sind nicht nur objektiv vorgegebene Möglichkeiten, sie werden zugleich als politische Notwendigkeit, die durch die Politik der Arbeiterbewegung zu realisieren ist, anerkannt. Der gewerkschaftliche Einfluß soll demnach „durch den Zugang zur wirtschaftlichen und politischen Macht" institutionalisiert werden; die „bloße Oppositionsstellung" der Gewerkschaften werde „immer gefährlicher" und müsse durch Formen von Mitbestimmung überwunden werden [121].
An dieser Stelle sind bereits die Konturen und die Zielrichtung eines Konzepts der „post-industriellen Gesellschaft" zu erkennen. Die Funktions- und Überlebensbedingungen von technischen, politischen und sozialen Systemen werden nicht mehr durch das Eigentum, sondern durch Information definiert. Die Informationen sind nicht neutral — sie sind Voraussetzungen von Innovationsentscheidungen und damit „essentielle Instrumente von Macht" *(Crozier)* [122]. Zugang zu Informationen bedeutet Zugang zu Entscheidungen und somit Klassenherrschaft; Ausschluß von Informationen bedeutet Unterordnung und Entfremdung. Die Forderung nach Kontrolle konkretisiert sich hier als die Forderung nach der Beteiligung sozialer Gruppen — sowohl im Bereich der Produktion, der Konsumtion als auch im Bereich der staatlichen Bürokratie oder der Massenmedien — an Informations- und Entscheidungssystemen mit Herrschaftscharakter.
„Autant le conflit des classes de propriété perd de son importance, se localise et s'institutionnalise, perdant ainsi sa force explosive, autant les conflits nouveaux mettent en cause la

gestion d'ensemble de la société et mobilisent la défense de l'auto-détermination." [123] George *Gurvitchs* Begriff der „Techno-Bürokratie", der das Ineinandergreifen von Technokratie, Bürokratie und Technizismus festhält [124], dient *Touraine* als Vorlage seines Modells der nachindustriellen Gesellschaft. „L'existence de grandes organisations de production, qui peuvent être à la fois orientiées vers la puissance que vers le progrès, burocratisées plus qu'organisées et technicistes plus que rationalisées, constitue un des problèmes les plus importants des sociétés industrielles avancées." [125] Grundsätzlich unterscheidet sich dieses Modell nur geringfügig von der Galbraithschen Technostruktur, obgleich es durch die Kategorie des Konflikts um die Demokratisierung von Informationen und Entscheidungen dessen ausschließliche Beschränkung auf herrschende Machtstrukturen überwindet.

Die Studien von Serge *Mallet* zeichnen sich durch den Versuch aus, das Drei-Phasen-Schema der industriellen Entwicklung mit einer marxistischen Soziologie der Arbeit und damit auch mit einer „revolutionären Strategie" der Arbeiterbewegung zu vermitteln. Dieser Versuch erscheint angesichts der vorgenannten Positionen, die sich explizit als Theorien zur Widerlegung bzw. Überwindung des Marxismus begreifen, nicht unproblematisch. In der Tat ergibt sich zunächst eine weitgehende begriffliche Übereinstimmung mit dem Konzept der „industriellen Zivilisation". Die „neue Arbeiterklasse" bezeichnet einen neuen „Arbeitertyp, der hochspezialisiert ist und von dem man ein hohes Niveau der allgemeinen und technischen Bildung verlangt" [126]. *Mallet* übernimmt den Begriff der „objektiven Integration" dieser Gruppe von Arbeitern in das technische, soziale und ökonomische System der Produktion. Diese Integrationstendenz produziert jedoch notwendig Konflikte und Widersprüche zwischen dem ausgeprägten beruflichen und politischen Selbstbewußtsein der „neuen Arbeiterklasse" und der technobürokratischen Hierarchie des kapitalistischen Industriebetriebes [127]. Ihrem konkreten Inhalt nach zielen diese Konflikte auf Demokratisierung und Kontrolle der Produktionsorganisation. Seit der Veröffentlichung seiner Studie im Jahre 1963 ist *Mallet* um den

Nachweis bemüht, daß sowohl in der Generalstreikbewegung des Jahres 1968 als auch in den ihr folgenden innerbetrieblichen Auseinandersetzungen das Problem der Arbeiterkontrolle — formuliert und vertreten von Gruppen von hochqualifizierten Arbeitern, Technikern und Wissenschaftlern — im Vordergrund gestanden habe [128].

Soweit weicht diese Theorie noch nicht von den Positionen *Touraines* ab; denn die Begriffe Integration, technobürokratische Herrschaft und Kontrolle sind beiden Denkansätzen gemeinsam. Schon der Begriff der „neuen Arbeiterklasse" verweist aber auf autonome Schlußfolgerungen. *Mallet* verharrt nicht beim Nachweis sich objektivierender sozialer und technologischer Systeme, sondern reflektiert stets auf den subjektiven Faktor des bewußten, kollektiven und organisierten Handelns der Arbeiterschaft als gesellschaftsverändernde und geschichtsbildende Kraft. Sein Publikum ist weniger die wissenschaftliche Öffentlichkeit als vielmehr der organisierte Kern der Arbeiter, vor allem der Gewerkschaftsbewegung. So mündet auch seine Frage nach dem politischen Potential der „neuen" Arbeiterklasse notwendig in die Diskussion strategischer Modelle der Arbeiterbewegung, d. h. er erkennt die Politik der Arbeiterorganisation als einen wesentlichen bewußtseinsbildenden und organisierenden Faktor an, was in den bislang skizzierten soziologischen Hypothesen weitgehend negiert bzw. zurückgewiesen wird. Allerdings legitimiert *Mallet* seinen Anspruch, strategisch relevante Positionen für eine marxistisch organisierte Arbeiterbewegung zu konzipieren, durch den methodisch fragwürdigen Rückgriff auf Elemente des Strukturalismus und durch deren Identifizierung mit der marxistischen Methode [129]. Der sozialökonomische und politische Zusammenhang, in dem Entstehung und Funktion der „neuen Arbeiterklasse" abgeleitet werden, ist als strukturelle Tendenz begriffen, die auf Dominanz und Verallgemeinerung drängt. Wenn auch die Kämpfe der hochqualifizierten Arbeiter in den technologisch fortgeschrittensten Industriezweigen derzeit noch nicht das Gesamtbild der Klassenauseinandersetzungen bestimmen, ja zum Teil noch als Randkonflikte erscheinen mögen, so werden sie nichtsdestoweniger als eine Struktur ausgegeben,

die gleichsam den Totalitätscharakter künftiger gesellschaftlicher und politischer Konfliktmodelle antizipiert. Daß dieser methodologische Ansatz — zunächst ganz unabhängig von der Frage der adäquaten Deutung von aktuellen Konflikten — zu einer möglichen Fehleinschätzung künftiger Differenzierungsprozesse im Bereich der industriellen Arbeit und damit zu völlig unmarxistischen Schlußfolgerungen führen kann, ist besonders von marxistischen Kritikern der Theorie der „neuen Arbeiterklasse" hervorgehoben worden. So verweist Ernest *Mandel* darauf, daß hier „eine embryonal vorhandene Tendenz" zu einer abgeschlossenen, neuen, ja vorherrschenden Tendenz verallgemeinert werde, was schon angesichts des immer noch relativ geringen quantitativen Gewichts der „neuen Arbeiterklasse" auf keinen Fall den Blick für die Probleme der gesamten Arbeiterbewegung verklären dürfe [130]. Deutlicher noch hat Manuel *Bridier* auf das bei *Mallet* völlig unbewältigte Problem der sozialen, politischen und ideologischen Beziehung zwischen der „alten" und der „neuen" Arbeiterklasse aufmerksam gemacht. „Auf jeden Fall ist es falsch, primäre und weiterreichende Forderungen voneinander zu trennnen und auf dem Vorrang der einen oder der anderen Strategie aufzubauen. Die Facharbeiter, die Hilfsarbeiter und die Ungelernten werden von der industriellen Gesellschaft weiterhin erniedrigt und unterdrückt." [131]
Diese Kritik — hier gefaßt als das strategische Postulat, das Verhältnis von „alter" und „neuer" Arbeiterklasse als sozialökonomische und politische Einheit zu behandeln — trifft in einem entscheidenden Punkt mit einem arbeitssoziologisch-empirischen Einwand gegen das Drei-Phasen-Schema der industriell-technologischen Entwicklung zusammen. Unabhängig von den divergierenden gesellschaftstheoretischen und politischen Extrapolationen, zu denen die Vertreter dieses Modells gelangen, stimmen sie doch weitgehend darin überein, daß mit der Phase III — d. h. mit dem Übergang zu automatisierten Herstellungsverfahren — eine Requalifizierung der industriellen Arbeit im Sinne erhöhter beruflicher Anforderungen und erweiterter Autonomie in der Arbeit erfolge. Horst *Kern* und Michael *Schumann* stellen — zunächst noch auf der Ebene theoretischer Vorüberle-

gungen — einen „desolaten Zustand" der arbeitssoziologischen Forschung gerade auf dem Gebiet der sozialen Implikationen des technischen Fortschritts fest[132]. Der verallgemeinernden, optimistischen Requalifizierungsthese des Drei-Phasen-Schemas halten sie die Analyse von J. R. *Bright* entgegen. „Das entscheidende Ergebnis dieser Studie ist, daß Automation ... nicht notwendig unqualifizierte Arbeit auflöst und/oder mit übergroßen Umschlagsproblemen verbunden ist. Im Gegenteil reduziert die Automation oftmals den Einfluß des einzelnen Arbeiters an der Maschine. Die automatisierte Maschinerie stellt weniger oder zumindest keine neuen Qualifikationsanforderungen an den Produktionsarbeiter, wenn ein gewisser Mechanisierungsgrad erreicht ist." [133] Die Untersuchungsergebnisse von *Kern* und *Schumann*, die noch ausführlicher zu diskutieren sind[134], bestätigten eher die differenzierende Position von *Bright* als den pauschalisierenden Optimismus der *Blauner*, *Touraine* und *Mallet*. Zwar beobachten sie das Übergewicht „recht komplexer Anlerntätigkeiten an teilautomatisierten Aggregatsystemen", nicht aber, „ ... Arbeiten für hochqualifizierte ‚Anlerntechniker', die den Arbeiter in die Nähe der ingenieurmäßig vorgebildeten technischen Kader stellen" [135]. Insgesamt kommen sie zu dem Schluß, daß der technische Fortschritt eine objektive und subjektive Polarisierung der Arbeiterschaft fördert. Auch in den hochmechanisierten Anlagen, die qualifizierte Arbeit erfordern, bestehen „stark restriktive Arbeitssituationen" in der Form „repetitiver Teilarbeit" fort, was gleichzeitig auf die permanente Reproduktion von Friktionen und eines Unzufriedenheitspotentials in der Industriearbeiterschaft hindeutet[136].

Von marxistischer Seite wird die partiell progressive Tendenz dieser arbeitssoziologisch orientierten Ansätze darin gesehen, daß — entgegen den ausschließlich im Bereich der Distribution und Konsumtion verorteten „Verbürgerlichstheorien" — „... die Dominanz der Produktion betont wird und aus der Dialektik von Anforderungs- und Erwartungsniveau, Bedürfnis und Bedürfnisbefriedigung die dynamische Rolle der qualifizierten Gruppen der Arbeiterschaft erläutert wird" [137]. Dennoch wird hier das Produktionsverhältnis nicht nach gesellschaftlichen,

sondern nach Kriterien der betrieblichen Organisation der Produktion sowie der technologisch gegebenen Arbeitsanforderungen und -inhalte in den Vordergrund gerückt. Das heißt: Das Verhältnis der gesellschaftlichen Produktion von materiellem Reichtum und dessen Verteilung, das zugleich den Charakter der Arbeit (Selbständigkeit — Unselbständigkeit) und die Art der Einkommen (residual- und kontraktbestimmte Einkommen) definiert, tritt hinter die vordergründige Komplexität von Arbeitssystemen zurück. Die Strukturierung von gesellschaftlichen Beziehungen durch die Klassenverhältnisse erscheint demgegenüber notwendig von untergeordneter Bedeutung[138], da sie nicht unmittelbar im isolierten Arbeitsvollzug transparent und bewußt zu werden braucht.

Der Aspekt der Eigentumsverteilung als strukturierendes Moment von gesellschaftlichen Verhältnissen und Beziehungen wird gerade dann vernachlässigt, wenn die Soziologie der industriellen Arbeit ausschließlich horizontale betriebliche Kooperationsbeziehungen und nicht die hierarchische Entscheidungsstruktur des Produktionssystems, in der sich das gesellschaftliche Verhältnis von selbständiger und unselbständiger Arbeit, von privatem Verwertungsinteresse und Fremdbestimmung widerspiegelt, zum Gegenstand der Untersuchung macht.

Sehr deutlich ist der Widerspruch zwischen dem Anspruch, eine klassentheoretisch relevante Aussage empirisch zu fundieren, und der tatsächlichen Beschränkung auf technologisch definierte Arbeitssysteme und Arbeitsinhalte in der Studie von *Kern* und *Schumann* nachzuvollziehen. Einleitend heben die Autoren hervor, daß die objektiven Bestimmungsmomente der Klassenlage der Lohnarbeiter unvermindert fortwirken:

„Dem Lohnarbeitsverhältnis kommt weiterhin zentrale Bedeutung zu für die Reproduktionsbedingungen der Arbeiter. Ihre Entfaltungsmöglichkeiten in der Sphäre außerhalb der Arbeit sind von der Lohnabhängigkeit ebenso geprägt wie die wesentlichen Elemente des Arbeits- und Betriebsverhältnisses. Die Beteiligung an Einkommen und Vermögen, die Chancen für Bildung, Gesundheit und Wohnen tragen trotz partieller Verbesserungen den Stempel der Klassenlage und sind gekennzeich-

net durch deutliche Unterprivilegierung. Im Bereich der Arbeit konkretisieren sich die gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnisse für die Gesamtheit der Klasse nach wie vor im Anschluß aus den betrieblichen Entscheidungsgremien und im Zwang der Unterordnung unter das Direktionsrecht des Managements. Besonders deutlich wird die Klassenlage des Industriearbeiters schließlich auch heute noch an der Tatsache, daß die Gesellschaft ihn im Prinzip in der Situation individueller Ersetzbarkeit beläßt und ihm daher die Garantie stabiler Lebensverhältnisse unter Beibehaltung des einmal erworbenen Status verweigert." [139]
Im Fortgang der Untersuchung wird es jedoch abgelehnt, ja als falsch zurückgewiesen, die soziale Lage und das Bewußtsein der Industriearbeiter „... nach wie vor ausschließlich auf die Produktionsverhältnisse zu beziehen und die Einheitlichkeit der durch die ökonomische Struktur geprägten Klassenlage undifferenziert zu postulieren" [140]. *Kern* und *Schumann* sehen sich dagegen auf der Grundlage des durch den technischen Fortschritt beschleunigten inneren Differenzierungsprozesses der Industriearbeit gezwungen, „die Arbeiterschaft nach dem Gesichtspunkt ihrer Arbeitssituation und ihres Erfahrungshorizontes in Teilkollektive aufzuspalten" [141]. Das Ergebnis scheint diese Hypothese zu bestätigen; denn die Arbeitserfahrung und Arbeitsbewertung differenziert sich signifikant nach der technologischen Strukturierung der Arbeitssituation [142]. Gleichwohl kann diese Schlußfolgerung nicht überzeugen, da auf den Versuch verzichtet wurde, technologische und soziale Differenzierungsprozesse mit den eingangs entwickelten allgemeinen Bestimmungsmomenten zu konfrontieren. Die Zurückweisung der Forderung, den Charakter der Produktionsverhältnisse in der empirischen Analyse objektiver und subjektiver Faktoren der Klassenlage zu berücksichtigen, führt so im Ergebnis der Studie zur Konstatierung einer widersprüchlichen Vielfalt von Arbeitssystemen und korrelierenden Bewußtseinstypen, deren gesellschaftlicher Zusammenhang — trotz der von den Autoren konzedierten Klassenstruktur der spätkapitalistischen Gesellschaft — nicht mehr zu durchschauen ist.
Der Eindruck, daß diese Verwirrung eher den methodologischen

Voraussetzungen dieser Untersuchung als der gesellschaftlichen Wirklichkeit bzw. dem ermittelten Bewußtsein der Industriearbeiter geschuldet sei, ist nicht von der Hand zu weisen. Die englischen Soziologen *Goldthorpe, Lockwood* u. a. haben in einer neueren Untersuchung diesen Ansatz als „technological implications approach", der nahezu allen Drei-Phasen-Konzeptionen — aber auch dem Ansatz von *Kern* und *Schumann* — eigen ist, als eindimensional kritisiert[143]. Zu Recht insistieren sie auf der Forderung, daß die Soziologie vor allem den Charakter der Beziehungen zwischen den sozialen und technologischen Faktoren der innerbetrieblichen Arbeitssituation und den außerbetrieblichen Lebensverhältnissen (Konsum-, Wohn-, Familien-, Freizeit- und Bildungsverhältnisse) zu untersuchen habe. Schärfer noch hat *Blumberg* in diesem Zusammenhang von einem „technologischen Determinismus" gesprochen. „All share the belief that tendencies for alienation are rooted in the technology of modern industrialism itself and that this alienation ... is unaffected by any change in the *social organization* of industry. In other words, technology is the major, if not the exclusive, independent variable affecting the amount and degree of work alienation." [144]

Obwohl *Kern* und *Schumann* auf keinen Fall mit den verflachenden Entfremdungstheoretikern der amerikanischen Industriesoziologie zu identifizieren sind[145], teilen sie dennoch mit diesen die Tendenz, soziale und technisch vermittelte Beziehungen und Bewußtseinsformen im Bereich der industriellen Arbeit aus ihren gesellschaftlichen Beziehungen herauszubrechen und als autonome bzw. eigengesetzliche Sozialsysteme zu behandeln[146]. Die objektiven und subjektiven Faktoren des Verhältnisses Mensch—Maschine oder Arbeitsgruppe—Maschinensystem verdrängen die Analyse der Wirksamkeit soziostruktureller Faktoren, die sich aus der Organisation der Produktionsverhältnisse ableiten. So ist der Begriff des „technologischen Determinismus" nichts anderes als die Umschreibung eines arbeitssoziologischen Ansatzes, der ausschließlich die Entwicklung der Produktivkräfte — d. h. partielle Resultate und Erscheinungsformen des Prozesses der gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion —

zum Gegenstand nimmt. Diese kategoriale Beschränkung muß auch bei der Bewertung des Begriffs vom „Arbeiterbewußtsein" bedacht werden. Ohne eine präzise Analyse der objektiven Interessenstrukturen, die das „bewußte Sein von Arbeitern" begründen, unterliegt dieser Begriff einer doppelten Gefahr. Solange unerläutert bleibt, in welchem Verhältnis zueinander sich Interessenlage, Arbeiterbewußtsein und Klassenbewußtsein verhalten, zerfließt er einerseits in einer unspezifischen Verallgemeinerung, die nicht mehr bezeichnet als die unzusammenhängende Vielfalt von individuellen Meinungen, Einstellungen und Verhaltensweisen. Andererseits gerät dieser Begriff bei jeder einseitigen Akzentuierung der technologischen Faktoren des Arbeitsprozesses stets in die Nähe des „Arbeitsbewußtseins", d. h. eines „Arbeitsplatz-Bewußtseins", das die Wechselwirkung der verschiedenen Momente, die die gesellschaftliche Lage der Industriearbeiter bestimmen, negiert.

Widersprüche der bürgerlichen Soziologie

Aus diesem ersten kritischen Überblick über verschiedene gegenwärtige Strömungen und Fachrichtungen innerhalb der bürgerlichen Soziologie ergeben sich vielfältige Anhaltspunkte, die — selbst noch in der negativen Abgrenzung gegen Theorie und Praxis des Marxismus — auf den außerordentlich gewichtigen Stellenwert der Begriffe Klassenlage und Klassenbewußtsein schließen lassen. Dabei zeichnen sich die folgenden Argumentationsschwerpunkte ab:

1. Anhebung der materiellen Lebensbedingungen der Arbeiterschaft, d. h. vor allem Verbesserung der Einkommen — verbunden mit relativer Arbeitsplatzsicherheit, Ausweitung des Konsumspielraumes und begrenzten Aufstiegsmöglichkeiten —, resultiert in einem Erosionsprozeß des radikalen und organisierten — auf gesellschaftliche Strukturveränderungen zielenden — Klassenbewußtseins des industriellen Proletariats.
2. Die „moderne Industriegesellschaft" hat — durch die angebliche Bewältigung des Problems der Armut und der Krisen,

durch die Massenproduktion und die permanente Erweiterung der Konsumbedürfnisse sowie durch die wachsende Verschmelzung von politischen und ökonomischen Leitungsfunktionen — dem programmatischen Anspruch der marxistischen Arbeiterbewegung und so auch dem Klassenbewußtsein den Boden entzogen. Massenhafte und bewußte Fundamentalopposition gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung erscheint mithin als „Übergangsphänomen", das nicht auf antagonistische Widersprüche, sondern auf Anpassungsschwierigkeiten und temporäre Wachstumshemmungen zurückzuführen ist.

3. Das politische System der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie sowie die politische und rechtliche Institutionalisierung des Einflußbereiches und der Kommunikationsformen von Interessenverbänden fungieren als „Zähmung" spontaner, unkontrollierbarer Klassenauseinandersetzungen. In dem Maße, in dem gesellschaftliche Konflikte und deren Regulierung an bürokratisch organisierte Vertretungsgremien delegiert werden, die gegenseitig ihre Existenzberechtigung partnerschaftlich anerkennen, werden die Massen als unmittelbarer Träger sozialökonomischer und politischer Konflikte ausgeschaltet.

4. Durch den Wandel von Managementstrategien, die mehr und mehr von der autoritären Befehlshierarchie zu Formen der „kollektiven Leitung" übergehen, verliert — so wird behauptet — das innerbetriebliche Herrschaftsverhältnis den Charakter eines strengen Über- und Unterordnungssystems, das den Arbeiter in seiner gesellschaftlichen Randstellung bestätigt.

5. Mit der Entwicklung hochmechanisierter und automatisierter Produktionsverfahren verändern sich die Arbeitsstrukturen. Die physische Belastung und die geringe Qualifikation, über die sich die Erfahrung der gesellschaftlichen Unterordnung und Ausbeutung in früheren Phasen der industriellen Entwicklung vermittelte, wird durch einen neuen Typus der qualifizierten Arbeit verdrängt, bei dem der Arbeiter nicht mehr Vollzugsorgan, sondern Kontrolleur der Maschine ist. Dem entspreche ein Strukturwandel des Arbeiterbewußtseins: die Erfahrung von Entfremdung und Erniedrigung in der Arbeit, die den Inhalt des

rebellierenden, proletarischen Bewußtseins ausmachte, welche dem Typus eines berufsbezogenen Selbstbewußtseins, das durch die Integration von technisch-sozialem System der Produktion und Arbeitsprozeß gekennzeichnet sei.

Die Widersprüche und ideologischen Implikationen dieser einzelnen Ansätze wurden bereits diskutiert. Zunächst mochte der Eindruck vorherrschen, als ob die Vielfalt dieser Ansätze eine Inkompatibilität der Ergebnisse konstituiere. Gleichwohl ist die allen diesen Positionen gemeinsame — entweder affirmative, oder resignative — Bejahung der Integration der Arbeiterklasse in das System des Spätkapitalismus zugleich der Ausdruck eines spezifischen Verständnisses des Gesellschafts- und Klassenbegriffes, das a priori die Ergebnisse in bestimmte präformierte Bahnen lenkt:

1. Fast ausnahmslos fehlt den hier diskutierten Thesen zum Verhältnis von Lage und Bewußtsein der Industriearbeiter eine überzeugende empirische Begründung. Empirie ist auf keinen Fall mit jenem soziologisch oder sozialpsychologisch verengten Begriff der „empirischen Sozialforschung" gleichzusetzen, sondern muß gleichfalls als die konkrete sozialökonomische und historische Analyse der sozialen Lage der Arbeiterschaft verstanden werden. Dazu gehört nicht nur die Quantifizierung der Klassen- und Schichtungsstrukturen und deren historischer Entwicklung[147], sondern auch die Vergegenwärtigung der Berufsstruktur[148], der Höhe, der Verteilung sowie der Verwendung der Einkommen, der Verhältnisse im Bildungssektor und im Wohnungswesen und vieles andere mehr. Der in der Tat desolate Zustand empirischer Sozialwissenschaften ist am besten noch daran zu ermessen, daß die staatlichen statistischen Ämter in der BRD bislang noch keine systematische Zusammenstellung und Auswertung solcher Materialien vorgenommen haben[149]. Analysen, die an das Modell der Arbeit von Friedrich *Engels* „Die Lage der arbeitenden Klasse in England" (1844) oder an die unzähligen Sozial- und Arbeiterenquêten des 19. Jahrhunderts anschließen könnten, stehen immer noch aus. Der Vorwand, daß das Motiv solcher Enquêten — das offensichtliche Elend der Arbeiterklasse — nicht mehr gegeben sei, ist schlicht ideologisch. Das offensichtliche Mißver-

hältnis von soziologischen Entwürfen wie z. B. der Thesen der „nivellierten Mittelstandsgesellschaft" und der gesellschaftlichen Wirklichkeit, unterstreicht noch am ehesten die Notwendigkeit solcher Analysen — aber auch die Vermutung, daß solche Untersuchungen bewußt zurückgehalten werden. Gewiß sind die arbeitssoziologischen Untersuchungen von dieser Kritik weniger betroffen, obwohl auch sie in der Mehrzahl durch eine unzulässige Partikularisierung empirischer Forschung notwendig zu widersprüchlichen und falschen Verallgemeinerungen kommen.

2. Von einigen wenigen Ausnahmen abgesehen, verzichtet die bürgerliche Soziologie weitgehend auf eine differenzierte Betrachtungsweise der gesellschaftlichen und auch sozial-psychologischen Mechanismen, die für die Ausbildung, Verfestigung und Veränderung von Bewußtsein konstitutiv sind. Oskar *Negt* besteht daher zu Recht darauf, daß neben den manifesten Interessen sowie den objektiven sozialökonomischen Lebensbedingungen auch die „psychischen und kognitiven Entfremdungsmechanismen (etwa die Tendenz zur Personalisierung)" [150] als Voraussetzungen und Inhalte der Bewußtseinsentwicklung von Arbeitern zu fassen sind. Hier muß freilich ernsthaft der Begriff des „falschen Bewußtseins" diskutiert werden. Bürgerliche Soziologen distanzieren sich emphatisch von dieser Kategorie: „Das Verdikt des ‚falschen Bewußtseins' bedeutet ... schließlich nicht nur die Konkurserklärung einer marxistischen, sondern einer soziologischen Interpretationsmöglichkeit überhaupt." [151] Dennoch ist unbestreitbar jenes falsche Bewußtsein in jeder empirischen Untersuchung des Arbeiterbewußtseins anzutreffen, zumal dort, wo die subjektiven Daten nicht mit den tatsächlichen Arbeits- und Lebensverhältnissen konfrontiert werden.

Vergegenwärtigen wir uns diesen Tatbestand an einigen Beispielen. Immer wieder zeitigen industriesoziologische Untersuchungen das Ergebnis, daß Arbeiter nur äußerst mangelhaft über die Arbeitsverhältnisse ihres eigenen Betriebes, über die Zusammensetzung ihres eigenen Lohnes (tarifliche und übertarifliche Lohnbestandteile), und vor allem über die Mitbestimmungsrechte und -institutionen informiert sind und aufgrund

dieser Unkenntnis zu nachweislich falschen Urteilen gelangen. Noch häufiger macht sich diese geringe Information in der Bewertung von gesamtwirtschaftlichen und -politischen Sachverhalten bemerkbar. Man denke etwa an die — ideologisch äußerst wirksame — stereotype Formulierung von der „Lohn-Preis-Spirale". In welcher Weise die Kalkulation auf das falsche Bewußtsein mit politischer Manipulation verschränkt ist, demonstrierte nach den spontanen Arbeitsniederlegungen im September 1969 eine Gewerkschaftszeitung, als sie behauptete, die Streiks seien von anarchistischen Studenten und Kommunisten „ferngesteuert" und lanciert worden. Ganz ähnliche Zusammenhänge wurden angesprochen, als die „Bild-Zeitung" während eines Metallarbeiterstreiks ein Bild des DDR-Staatsratsvorsitzenden Walter Ulbricht in einen Streikartikel montierte, um auch hier die systembedrohende Fernsteuerung zu suggerieren.

Zumal diese letzten Beispiele verdeutlichen, daß es sich bei der Übernahme oder Verinnerlichung solcher offensichtlich falschen Urteile — insgesamt also auch bei dem Problem des falschen Bewußtseins — keineswegs um einen ausschließlich subjektiven und individuellen, sondern um einen gesellschaftlichen Tatbestand handelt. Gesellschaftlich heißt hier zweierlei: Zum einen können Inhalte des Bewußtseins von Arbeitern, die sich in Meinungen, Einstellungen und Gesellschaftsbildern äußern mögen, nicht von dem System der gesellschaftlichen Informationsvermittlung, d. h. von der Interessenstruktur der Massenmedien abstrahiert werden [152]. Zum anderen ist die Wirksamkeit solcher interessengebundenen, falschen Informationen nicht denkbar ohne klassenspezifische Voraussetzungen, die zu ihrer kritiklosen Übernahme ins eigene Denken disponieren. Psychoanalytisch begründete Theorien, die solche Bewußtseinsverfremdungsprozesse — z. B. die von *Negt* angeführte Tendenz zur Personalisierung — als Kompensation und Projektion erklären, tasten im Dunkeln, solange sie nicht auf den klassenspezifischen Charakter der Institutionen des Sozialisationsprozesses — wie Familie, Schule und Arbeitsplatz, die ihrerseits Intelligenz und Lernfähigkeit, Sprache und Verhaltensstile ausprägen — rekurrieren. Schon *Marx* wußte, daß die

Funktion der Religion, der bürgerlichen Philosophie und Staatswissenschaften wesentlich auf die ideologische Integration und Unterordnung der unterdrückten Klasse gerichtet war, wobei er freilich nicht ahnen konnte, in welchem Umfang die Verbreitung und Stabilisierung herrschender Ideologien im System des Spätkapitalismus institutionalisiert und systematisiert werden würde. „Die Gedanken der herrschenden Klasse sind in jeder Epoche die herrschenden Gedanken, d. h. die Klasse, welche die herrschende materielle Macht der Gesellschaft ist, ist zugleich ihre herrschende geistige Macht. Die Klasse, die die Mittel zur materiellen Produktion zu ihrer Verfügung hat, disponiert damit zugleich über die Mittel zur geistigen Produktion, so daß ihr damit zugleich im Durchschnitt die Gedanken derer, denen die Mittel zur geistigen Produktion abgehen, unterworfen sind." [153]

Das Festhalten an der Kategorie des falschen Bewußtseins hat mit einer „Konkurserklärung" nichts zu tun. Der Anspruch, diesen Begriff inhaltlich abzuleiten und zu konkretisieren, ist im Grunde identisch mit dem Bemühen, den Begriff der Ideologie und der Entfremdung gesellschaftlich zu bestimmen. Auf jeden Fall müssen soziologische Untersuchungen und Theorien, die die Anpassung des Arbeiterbewußtseins an die herrschenden gesellschaftlichen Normen postulieren, den Nachweis erbringen, ob es sich um eine bewußte Identifizierung mit der gesellschaftlichen Realität oder aber um Formen der passiven Anpassung, der Rezeption manipulierter Leitbilder, eines gering entwickelten Ausdruckvermögens, mangelnder Information oder gar demonstrative Apathie handelt. Der Versuch, solche Probleme durch die Analyse des Wahlverhaltens oder durch die Erhebung von momentanen und subjektiven Einstellungen mit den Instrumenten der herkömmlichen empirischen Sozialforschung zu bewältigen, wird notwendig scheitern müssen. Auch die Klassifizierung von Gesellschaftsbildern, Selbstbildern und Images, die bislang den empirischen Zugang zu Klassen- und Schichtenverhältnissen beherrscht hat, kommt über die Zuordnung von subjektiven Orientierungsdaten nicht hinaus und bescheidet sich letztlich bei dem Eingeständnis, daß die Diskrepanz zwischen

subjektivem Bild und objektiver Realität empirisch nicht zu fassen sei [154].

3. Aus dieser Behandlung von subjektiven Daten ergibt sich natürlich die wichtige Frage, in welcher Weise eigentlich die Beziehung zwischen sozialer Lage und sozialem Bewußtsein behandelt wird. Die gemeinsame antimarxistische Frontstellung der bürgerlichen Soziologie führt hier immer wieder zur Auseinandersetzung mit dem bekannten Marxschen Satz: „Es ist nicht das Bewußtsein der Menschen, das ihr Sein, sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewußtseins bestimmt." [155] In der vordergründigen Polemik wird die Berechtigung dieser Aussage scharf zurückgewiesen. Solange das Bewußtsein und die Organisation der Arbeiterklasse nach wie vor von der Existenz des Klassenbewußtseins zeugen, werden sozialpsychologische Interpretationsmuster herangezogen, um jeden Bezug des Klassenbewußtseins auf das gesellschaftliche Sein — d. h. auf die konkret-historischen Entwicklungsbedingungen des Kapitalismus und die Klassenlage — zu leugnen [156].

Überprüft man aber die Thesen der bürgerlichen Soziologie zum Verhältnis von sozialer Lage und sozialem Bewußtsein, so stellt sich eine scheinbar bruchlose Übereinstimmung mit dem Marxschen Satz ein, daß das gesellschaftliche Sein das Bewußtsein der Menschen bestimme. Alle der hier diskutierten Positionen führen Veränderungen von Bewußtseinsstrukturen bzw. den Abbau des „traditionellen" Klassenbewußtseins linear auf objektive gesellschaftliche Strukturwandlungen zurück. Kleinbürgerliche Denk- und Verhaltensstile von Arbeitern sind nicht die Ursache sondern der Ausdruck der „Bewältigung der Armut", von Mobilitätsprozessen, eines neuen technischen Systems der Arbeit, parlamentarischer Konfliktregulierung und der Verschmelzung ökonomischer und politischer Macht. Eben diese Identifizierung von Subjektivität und gesellschaftlicher Objektivität vermittels deterministischer Kategorien nähert diese Ansätze jenen „vulgärmaterialistischen" oder „vulgärmarxistischen" Theorien an, die das Verhältnis von gesellschaftlichem Sein und Bewußtsein mechanisch als gesetzmäßigen Umschlag des materiellen Elends der Arbeiterklasse in die revolutionäre

Aktion ausgeben wollten. Diese insgeheime Verwandtschaft idealistischer und mechanisch-materialistischer Auffassungen tritt insbesondere in der gemeinsamen Bewertung des Phänomens der Armut bzw. des materiellen Elends zutage [157].

Die marxistische Theorie über das Verhältnis von gesellschaftlichem Sein und Bewußtsein ist aber überhaupt nur dann adäquat zu begreifen, wenn der ihr zugrundeliegende Sachverhalt nicht als ein identisches, sondern als ein dialektisches Verhältnis begriffen wird. Die These von der notwendigen Aufhebung des Kapitalismus durch das bewußte geschichtliche Handeln der Arbeiterklasse müßte völlig unverständlich bleiben, würde das Bewußtsein ausschließlich als die Widerspiegelung der unmittelbaren materiellen Lebensverhältnisse produziert; denn geschichts- und gesellschaftsveränderndes Handeln ist — wie der Begriff der Revolution überhaupt — nicht durch die Identität, sondern durch die theoretisch-bewußte und praktische *Negation* der unmittelbaren Erfahrung möglich. Klassenbewußtsein als das „bewußte gesellschaftliche Sein" der Arbeiterklasse [158] kann darum ebenfalls nicht auf die Artikulation von sozialökonomischen Interessen eingeschränkt werden, obwohl sich — wie *Engels* bemerkte — „die ökonomischen Verhältnisse einer gegebenen Gesellschaft ... *zunächst* als Interessen" darstellen [159]. Bewußtes gesellschaftliches Handeln und Planen umschließt der marxistischen Theorie zufolge drei grundlegende Einsichten, die nicht ausschließlich auf der Basis spontaner Interessenartikulation, sondern wesentlich durch historische Lernprozesse entstehen. Es handelt sich dabei um die Notwendigkeit der Solidarität, der Organisation und des Kampfes um die politische Macht.

Friedrich *Engels* hat in seiner frühen Arbeit über „Die Lage der arbeitenden Klasse in England" die verschiedenen Phasen dieses Bewußtseinsbildungsprozesses herausgearbeitet [160]. Erste Form des proletarischen Aufbäumens gegen die unmenschlichen Lebensverhältnisse des entstehenden Kapitalismus war das Verbrechen, der Versuch, individuell und ohnmächtig das Elend zu bewältigen. Diese Formen des spontanen Protestes, die meist

mit selbstzerstörerischer Apathie — so z. B. Alkoholismus — einhergehen, sind im übrigen keineswegs auf die Periode der industriellen Revolution des ausgehenden 18. Jahrhunderts beschränkt[161]. Sie reproduzieren sich heute in den Slums und Ghettos der Großstädte der westlichen Welt, und sie charakterisieren zum Teil die ohnmächtige Introvertierung der sogenannten „kulturrevolutionären Protestbewegung der Jugend". Das historisch nächste Stadium der Protestation, die Phase der „Maschinenstürmerei", in der sich die Arbeiter — als Opposition gegen die Bourgeoisie — gewaltsam der Einführung der Maschinen widersetzten, war einerseits Ausdruck der Einsicht, daß die Arbeitsverhältnisse das Elend verursachten, andererseits vermochte sie aber die Lebensverhältnisse nicht zu verbessern oder gar zu verändern. Im Gegenteil: „War der augenblickliche Zweck erreicht, so fiel die volle Wucht der gesellschaftlichen Macht auf die wieder wehrlosen Übeltäter und züchtigte sie nach Herzenslust, während die Maschinerie dennoch eingeführt wurde."[162] Erst die gewerkschaftlichen Arbeiterassoziationen mit ihrem spezifischen Kampfmittel, der kollektiven Arbeitsverweigerung, hoben die Entwicklung der Arbeiterbewegung und des Arbeiterbewußtseins auf eine qualitativ neue Ebene. Ihre „eigentliche Wichtigkeit" für die Entwicklung von Bewußtsein besteht darin, „daß sie der erste Versuch der Arbeiter sind, die Konkurrenz aufzuheben. Sie setzen die Einsicht voraus, daß die Herrschaft der Bourgeoisie nur auf der Konkurrenz der Arbeiter unter sich beruht, d. h. auf der Zersplitterung des Proletariats, aus der Entgegensetzung der einzelnen Arbeiter gegeneinander."[163] Das „working-men"-Bewußtsein objektiviert sich in der ökonomischen Organisation und in der defensiven Solidarität. Die Verbindung dieses ökonomischen Bewußtseins mit politischen Demokratisierungsforderungen, wie sie sich in der Bewegung des Chartismus darstellte, bezeichnete für *Engels* schließlich die vierte Phase. Die „Arbeiterfrage" entwickelte sich zur sozialen Hauptfrage des entfalteten Kapitalismus — zu einer Frage, die sich zunehmend auf die Ebene einer sozialen *und* politischen Machtauseinandersetzung verlagerte. Der Wahlspruch der Chartisten „Politische Macht unser Mittel, soziale

Glückseligkeit unser Zweck" [164] signalisiert die Entwicklung des Sozialismus als Bewegung und Bewußtseinsinhalt der Arbeiterklasse. Klassenbewußtsein und Klassenorganisation stellen sich mithin dar als Resultate eines konfliktreichen historischen Prozesses, in dem sich die unmittelbare Erfahrung und Spontaneität zum Begriff der ganzen Gesellschaft und ihres Bewegungsprinzips, der Eigentumsfrage, verallgemeinert. Erst in dieser Beziehung des Denkens auf die „Gesellschaft als Ganzes" — so formulierte später Georg *Lukács* — „... erscheint das jeweilige Bewußtsein, das die Menschen über ihr Dasein haben, in allen seinen wesentlichen Bestimmungen" [165].

Zum Verständnis der Kategorie Bewußtsein ist die Darstellung von *Engels* in zweierlei Hinsicht von Bedeutung: Zum einen hebt sie sich klar von der Auffassung ab, daß Formen des kollektiven Bewußtseins — auf die Psychodynamik und das Verhalten des einzelnen Arbeiters aufbauend — als die Aufsummierung und Angleichung des individuellen Bewußtseins vieler Menschen abzuleiten seien. In diesem Zusammenhang ist auch der Begriff des Lernprozesses zu präzisieren. Als Prozeß der individuellen Aneignung von „facts" des gesellschaftlichen und politischen Lebens wäre er gewiß falsch verstanden. Er kann dagegen nur beinhalten, daß Aktion und Bewußtsein der Arbeiterklasse sich — nach einem Wort *Hegels* — „auf der Höhe ihrer Zeit" organisieren. Insofern ist der marxistische Begriff der Organisation kein formaler oder gar bürokratischer gewesen, sondern bezog stets die Organisation des Bewußtseins der Arbeiterklasse — d. h. die Aufklärung und unermüdliche Schulung der Arbeiterklasse — als wesentliches Element in den gesamten historischen Entwicklungsprozeß des Klassenkampfes mit ein. Ebenso wie später Georg *Lukács* die revolutionären Arbeiterräte als ein Zeichen dafür betrachtete, „daß das Proletariat bereits an der Schwelle seines eigenen Bewußtseins ... steht" [166], versteht *Engels* die gewerkschaftliche und politische Organisation als die Objektivierung jenes dialektischen Verhältnisses von Klassenlage und Klassenbewußtsein, dessen Inhalt gerade nicht die Identifizierung beider Momente, sondern die Einsicht ist, daß „... die Proletarier ... sich die gesellschaftlichen Produktionskräfte nur er-

obern (können), indem sie ihre eigene bisherige Aneignungsweise und damit die ganze bisherige Aneignungsweise abschaffen" [167].

Zum anderen arbeitet die Engelssche Darstellungsweise der „Arbeiterbewegungen" den Prozeßcharakter der kollektiven Bewußtseinsentwicklung heraus. Die Durchsetzung der gewerkschaftlichen Massenorganisationen und der politischen Organisation der Arbeiter ist nicht der unmittelbare Umschlag des spontanen Protestes, sondern Resultat langwieriger Klassenauseinandersetzungen, in denen sich das Bewußtsein, die strategischen und programmatischen Konzeptionen sowie die Organisationsformen unter dem Druck der sozialökonomischen Widersprüche und der politischen Repression des bürgerlichen Staates ständig korrigieren und neu formieren. Zumal die Geschichte des ausgehenden 18. und des 19. Jahrhunderts zeugt davon, daß dieser Prozeß keineswegs ein linear aufsteigender Anpassungsprozeß gewesen ist, sondern durch verlustreiche Niederlagen und blutige Unterdrückungsmaßnahmen hindurch immer wieder von neuem die Kraft zur Infragestellung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung gewann [168].

Die Marxsche Theorie des dialektischen Verhältnisses von Sein und Bewußtsein, die ja in *Lenins* Parteitheorie durch die Unterscheidung von gewerkschaftlichem Arbeiter- und revolutionärem Klassenbewußtsein aufgegriffen und weiterentwickelt wurde [169], darf darum auf keinen Fall mit jenen soziologischen Theoremen verwechselt werden, die das Verhältnis von sozialer Lage und sozialem Bewußtsein als identisches — als Verhältnis der zunehmenden Angleichung und Übereinstimmung — ausgeben. T. W. *Adorno* hat zu Recht darauf verwiesen, daß diese — der empirischen Sozialforschung eigene — Tendenz zur Identifizierung und damit auch Verwechselung von gesellschaftlicher Objektivität und Subjektivität ihre Ursache in der „Dinghaftigkeit der Methode" habe. „So positivistisch die Verfahrensweisen sich gebärden, ihnen liegt implizit die etwa von den Spielregeln demokratischer Wahl hergeleitete und allzu bedenkenlos verallgemeinernde Vorstellung zugrunde, der Inbegriff der Bewußtseins- und Unbewußtseinsinhalte der Menschen, die ein

statistisches Universum bilden, habe ohne weiteres Schlüsselcharakter für den gesellschaftlichen Prozeß." [170]
Der zumal in der Industriesoziologie häufig verwendete Begriff der Arbeits- und Betriebszufriedenheit vermag diesen kritischen Einwand zu präzisieren. In vielen Untersuchungen dienen Messungen des Zufriedenheitsgrades von Arbeitern dazu, um gegebene oder mangelnde Übereinstimmung mit dem Arbeitsplatz, dem Lohn, den Vorgesetzten bzw. insgesamt dem sogenannten „Betriebsklima" nachzuweisen [171]. Die amerikanische „human-relations"-Schule stellte den Begriff der Zufriedenheit bzw. der „morale" in den Mittelpunkt ihrer Untersuchungen und Experimente, deren unverhohlener Zweck stets von der reichlich dotierten Fragestellung bestimmt war, wie die Anpassung der Arbeiter an die Arbeitsbedingungen und damit eine Steigerung der Arbeitsleistung nicht durch eine Veränderung der technischen und sozialen Strukturen der Arbeitsprozesse selbst, sondern durch die Modifizierung von marginalen Rahmenbedingungen der Arbeit (Ausstattung der Arbeitsplätze, Zeiteinteilung, Formen der Gratifikation, Förderung informeller Kommunikation etc.) zu realisieren sei [172]. Das wesentliche Merkmal solcher Zufriedenheits-Tests ist die Reduzierung des Lohnarbeitsverhältnisses auf einige isolierte — vorrangig sozialpsychologisch definierte — Variablen, wobei alle gesellschaftlichen Aspekte der Arbeitssituation eliminiert werden [173]. So herrscht bei solchen empirischen Verfahren vielfach die Praxis vor, eine Skala von Faktoren der Arbeiterzufriedenheit zu konzipieren, ohne den wichtigen Faktor des Lohnbewußtseins und der Lohnzufriedenheit zu berücksichtigen [174]. Gerade das Lohnbewußtsein spiegelt aber nach *Friedeburg* — wenn auch gebrochen — „die objektive Situation abhängiger Lohnarbeiter" wider [175], d. h. subjektive Bewertung des Lohnes ist zugleich Ausdruck der gesellschaftlichen Bewertung der Lohnarbeit überhaupt [176]. Analoge Strukturen der Begriffsbildung prägen die Thesen über das Konsumentenbewußtsein sowie über das Wahlverhalten. Auch hier werden empirisch quantifizierbare Teilaspekte von Einstellungs- und Verhaltenskomplexen der Industriearbeiter isoliert, um schließlich als Indizes der Überein-

stimmung von gesellschaftlichem Bewußtsein und gesellschaftlicher Lage ausgegeben zu werden. Trotz der scheinbaren Rezeption dialektisch-materialistischer Grundkategorien also sind die meisten Aussagen der bürgerlichen Soziologie über die Integration subjektiver und objektiver gesellschaftlicher Tatbestände jenen Grundkategorien diametral entgegengesetzt. Werden die empirischen Ergebnisse darüber hinaus als Widerlegung dialektisch materialistischer Theorien formuliert, treffen sie deren Kern nicht.

---

[1] Vgl. *K. H. Tjaden:* Soziales System und sozialer Wandel, Stuttgart 1969, bes. S. 15 ff.

[2] *A. Comte:* Soziologie, III. Band, Jena 1923, S. 340.

[3] *H. Popitz:* Zum Begriff der Klassengesellschaft, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, 3. Jg., 1958, S. 93.

[4] *T. B. Bottomore:* Die sozialen Klassen in der modernen Gesellschaft, München 1967, S. 23.

[5] Vgl. *R. Herrnstadt:* Die Entdeckung der Klassen, Berlin 1965.

[6] Vgl. *M. G. Lange:* Politische Soziologie, Berlin und Frankfurt/M. 1964, S. 36.

[7] Vgl. *K. Marx* an J. Weydemeyer, Brief vom 5. 3. 1852, in: MEW, Bd. 28, S. 507/508.

[8] *R. Dahrendorf:* Gesellschaft und Freiheit, München 1961, S. 152..

[9] Vgl. neuerdings *F. Janossy:* Am Ende der Wirtschaftswunder, Frankfurt/M. (1968).

[10] Vgl. *F. Deppe/G. Fülberth:* Das Parlament — Herrschaftsinstrument oder Kontrollinstanz, in: U. Greiwe (Hrsg.): Herausforderung an die Zukunft, München/Wien/Basel 1970, S. 100 ff.

[11] *H. Schelsky:* Wandlungen der deutschen Familie in der Gegenwart, Stuttgart 1954, S. 349.

[12] Ders.: Die Bedeutung des Schichtungsbegriffes für die Analyse der gegenwärtigen deutschen Gesellschaft, in: Auf der Suche nach Wirklichkeit, Düsseldorf/Köln 1965, S. 332.

[13] Vgl. *H. Kluth:* Arbeiterjugend — Begriff und Wirklichkeit, in: Arbeiterjugend — gestern und heute, hrsg. v. *H. Schelsky*, Heidelberg 1960.

[14] Vgl. *S. Landshut:* Die Gegenwart im Lichte der Marxschen Lehre, in: Hamburger Jahrbuch . . ., 1. Jg., 1956.

[15] *F. Zweig:* The worker in an affluent society, New York 1961.

[16] Ebd., S. IX.

[17] Ebd., S. 135/136.

[18] *H. Schelsky:* Die Bedeutung des Klassenbegriffes für die Analyse unserer Gesellschaft, in: Auf der Suche . . ., a. a. O., S. 361/362.

[19] Ebd., S. 365 ff.

[20] Vgl. *H. Jung:* Die Marxsche Klassentheorie und ihre Kritiker, in: Marxismus in unserer Zeit, Marxistische Blätter, Sonderheft 1/1968, S. 61.

[21] Vgl. *H. Pross:* Soziale Schichten in der Bundesrepublik, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 9. Jg., Heft 5/1964, S. 390 ff.; *R. F. Hamilton:* Einkommen und Klassenstruktur. Der Fall der Bundesrepublik, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 20. Jg., Nr. 2, Juni 1968, S. 250 ff.; *C. Föhl:* Kreislaufanalytische Untersuchung der Vermögensbildung in der Bundesrepublik und der Beeinflußbarkeit ihrer Verteilung, Tübingen 1964; *J. Huffschmid:* Die Politik des Kapitals, Frankfurt/M. 1969.

[22] Vgl. *K. M. Bolte:* Deutsche Gesellschaft im Wandel, Opladen 1966, S. 333 ff.

[23] Vgl. *G. Kolko:* Besitz und Macht. Sozialstruktur und Einkommensverteilung in den USA, Frankfurt/M. 1967.

[24] *M. Harrington:* The other America. Poverty in the United States, New York 1963.

[25] Vgl. *R. M. Titmuss:* Income Distribution and Social Change, London 1962.

[26] Vgl. *J. E. Meade:* Efficiency, Equality and the Ownership of Property, London 1964.

[27] So z. B. auch *F. Zweig:* The worker . . ., a. a. O., S. 66.

[28] Vgl. *F. Deppe:* Verschwörung, Aufstand und Revolution, Frankfurt/M. 1970.

[29] Vgl. ausführlich *F. Deppe/H. Lange/L. Peter:* Die neue Arbeiterklasse, Frankfurt/M. 1970.

[30] Vgl. dazu weiter unten, S. 175 ff.

[31] Vgl. diesen richtigen Hinweis bei *M. G. Lange:* Politische Soziologie, a. a. O., S. 45.

[32] Vgl. *F. Deppe/J. v. Freyberg* u. a.: Kritik der Mitbestimmung, Frankfurt/M. 1969, S. 58 ff.

[33] *H. Popitz/H. P. Bahrdt* u. a.: Das Gesellschaftsbild des Arbeiters, Tübingen 1957.

[34] Vgl. dazu weiter unten Kap. V.

[35] *H. Schelsky:* Auf der Suche . . ., a. a. O., S. 353.

[36] Vgl. *S. Landshut:* Die Gegenwart . . ., a. a. O.

[37] *H. Schelsky:* Auf der Suche . . ., a. a. O., S. 369 ff.

[38] Vgl. z. B. *R. Heberle:* Hauptprobleme der politischen Soziologie, Stuttgart 1967, S. 103 ff.

[39] Brief, *Engels* an Marx, 7. Oktober 1858, in: MEW, Bd. 29, S. 358.

[40] Vgl. *F. Deppe:* Gewerkschaften, in: Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft, Bd. II, Freiburg/Basel/Wien 1970, bes. S. 1046.

[41] Vgl. *F. Engels:* Vorwort zur englischen Ausgabe (1892) der Lage der arbeitenden Klasse in England, in: MEW, Bd. 22, S. 277 ff.

[42] *F. Engels:* Die englischen Wahlen, in: MEW, Bd. 18, S. 496.

[43] Vgl. MEW, Bd. 34, S. 378.

[44] Gerade in dieser Frage liefern die Arbeiten von *Marx* und *Engels* den anschaulichen Beweis gegen jene Vulgarisatoren und bürgerlichen Interpreten, die ihnen eine mechanistische Auffassung des Verhältnisses von ökonomischer und politischer Entwicklung unterstellen wollen.

[46] Vgl. *W. I. Lenin:* Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, in: Ausgewählte Werke, I, Berlin 1964, S. 773/774.
[47] *H. Freyer:* Revolution von rechts, Jena 1931, S. 32.
[48] *J. K. Galbraith:* Gesellschaft im Überfluß, München/Zürich 1963, S. 62 ff.
[49] Ders.: American Capitalism, Harmondsworth/Middlesex 1963, S. 203.
[50] *W. W. Rostow:* The Stages of Economic growth. A Non-Communist Manifesto, Cambridge 1961, S. 162 ff.
[51] Vgl. ebd., S. 168 ff. Die populärwissenschaftliche Schrift von *J. J. Servan-Schreiber:* Die amerikanische Herausforderung (Hamburg 1968) kann zumindest für sich in Anspruch nehmen, relevantere Faktoren des gesellschaftlichen Entwicklungsniveaus — so z. B. die Entwicklung des Erziehungssystems und die organisatorisch-technologische Ausstattung der Produktion — benannt zu haben.
[52] *J. K. Galbraith:* American Capitalism, a. a. O., S. 122 ff.
[53] Ebd., S. 141.
[54] Ders.: Gesellschaft im Überfluß, a. a. O., S. 80/81.
[55] Zur Kritik dieser — für die amerikanische Integrationsideologie — typischen Auffassung vgl. *J. Bergmann:* Die Theorie des sozialen Systems von *Talcott Parsons*, Frankfurt/M. 1967, bes. S. 99 ff.
[56] *J. K. Galbraith:* Gesellschaft im Überfluß, a. a. O., S. 91.
[57] Ebd., S. 299 ff.
[58] Ders.: Die moderne Industriegesellschaft, München/Zürich 1970, S. 64 ff.
[59] Vgl. dazu auch *K. H. Tjaden:* Soziales System . . ., a. a. O., S. 136 ff.
[60] *J. K. Galbraith:* Die moderne Industriegesellschaft, a. a. O., S. 148.
[61] Ebd., S. 262/263.
[62] Ebd., S. 251.
[63] Ebd., S. 252.
[64] Ebd., S. 277/278.
[65] Ebd., S. 326.
[66] Ebd.
[67] Vgl. ausführlich *C. Koch* und *D. Senghaas* (Hrsg.): Texte zur Technokratiediskussion, Frankfurt/M. 1970.
[68] *S. M. Lipset:* Soziologie der Demokratie, Neuwied und Berlin 1962, S. 51.
[69] Ebd., S. 129.
[70] Vgl. Studien über Autorität und Familie, Paris 1936; *T. W. Adorno/E. Frenkel-Brunswik* u. a.: The Authoritarian Personality, New York 1950.
[71] *S. M. Lipset:* Soziologie der Demokratie, a. a. O., S. 118/119.
[72] Ebd., S. 58.
[73] Ebd., S. 242 ff.
[74] Vgl. *J. Habermas:* Technik und Wissenschaft als ‚Ideologie', Frankfurt/M. 1968, S. 122.
[75] *Th. Geiger:* Die Klassengesellschaft im Schmelztiegel, Köln und Hagen 1949, S. 218.
[76] Ebd., S. 168 ff.
[77] Ebd., S. 182 ff.
[78] Ebd., S. 184.
[79] Ebd., S. 176.
[80] Vgl. *S. Braun/J. Fuhrmann:* Angestelltenmentalität, Neuwied und Berlin 1970.

[80] Vgl. *S. Ossowski:* Klassenstruktur im sozialen Bewußtsein, Neuwied und Berlin 1962.

[81] Einen zusammenfassenden Überblick vermittelt *L. v. Friedeburg:* Soziologie des Betriebsklimas, Frankfurt/M. 1963, S. 76 ff.

[82] Vgl. *E. Mandel:* Die deutsche Wirtschaftskrise, Frankfurt/M. 1969.

[83] Vgl. *K. Thomas:* Die betriebliche Situation der Arbeiter, Stuttgart 1964.

[84] *H. Popitz:* Zum Begriff der Klassengesellschaft, a. a. O., S. 96/97.

[85] „Die Marxsche Konstruktion bewährt sich offensichtlich nicht dort — das zeigt das Beispiel der Angestellten —, wo die Alternative von Besitz und Nichtbesitz an Produktionsmitteln und der Gegensatz von körperlicher und nichtkörperlicher Arbeit sich überschneiden. Die zweite Grenze scheint die stärkere zu sein." Ebd., S. 100.

[86] *R. Bendix:* Herrschaft und Industriearbeit, Frankfurt/M. 1960, S. 19.

[87] Ebd., S. 28.

[88] Ebd., S. 567.

[89] Vgl. ebd., S. 563/564.

[90] Vgl. *C. Kerr/J. T. Dunlop* u. a.: Der Mensch in der industriellen Gesellschaft, Frankfurt/M. 1966, bes. S. 314 ff.

[91] *H. P. Bahrdt:* Die Krise der Hierarchie im Wandel der Kooperationsformen, in: Verhandlungen des 14. deutschen Soziologentages, Stuttgart 1959, S. 112 ff.

[92] Ebd., S. 119.

[93] Vgl. *G. Hillmann:* Die Befreiung der Arbeit. Die Entwicklung kooperativer Selbstorganisation und die Auflösung bürokratisch-hierarchischer Herrschaft, Reinbek 1970.

[94] Vgl. *H. P. Bahrdt:* Industriebürokratie, Stuttgart 1958, S. 99/100.

[95] Vgl. dazu weiter unten, S. 108 ff.

[96] *H. P. Bahrdt:* Die Krise . . ., a. a. O., S. 121.

[97] Vgl. *K. Marx:* Das Kapital, 1. Band, MEW, Bd. 23, S. 407.

[98] Vgl. *H. Popitz/H. P. Bahrdt* u. a.: Technik und Industriearbeit, Tübingen 1957, S. 111.

[99] *K. Marx:* Das Kapital, 1. Band, a. a. O., S. 442.

[100] *A. Ure,* in: *F. Fürstenberg* (Hrsg.): Industriesoziologie, I, Neuwied und Berlin 1959, S. 32.

[101] *K. Marx:* Das Kapital, 1. Band, a. a. O., S. 353.

[102] Vgl. ebd., S. 85 ff.

[103] *A. Touraine:* L'évolution du travail ouvrier aux usines Renault, Paris 1955, S. 80.

[104] Ders.: La conscience ouvrière, Paris 1966, S. 44.

[105] Vgl. *S. Mallet:* Sozialismus und die neue Arbeiterklasse, in: *F. Deppe, H. Lange, L. Peter* (Hrsg.): Die neue Arbeiterklasse, a. a. O., S. 98 ff.

[106] *A. Touraine:* L'évolution . . ., a. a. O., S. 55.

[107] Ders.: Conscience ouvrière, a. a. O., S. 44.

[108] Ders.: Chancen des technischen Fortschritts, in: Automation, Risiko und Chance, hrsg. v. *G. Friedrichs,* Band 2, Frankfurt/M. 1965, S. 1071 ff.

[109] *S. Mallet:* Sozialismus . . ., a. a. O., S. 108/109.

[110] *R. Blauner:* Alienation and freedom. The factory worker and his industry, Chicago 1964.

[111] Ebd., S. 15.

[112] Vgl. ebd., S. 16.
[113] Vgl. auch *G. Friedmann:* Der Mensch in der mechanisierten Produktion, Köln 1952.
[114] Vgl. *R. Blauner:* Alienation . . ., a. a. O., S. 143 ff.
[115] Ebd., S. 153.
[116] Vgl. ebd., S. 182.
[117] Vgl. *A. Touraine:* Conscience . . ., a. a. O., S. 50.
[118] Vgl. ders.: Sociologie de l'action, Paris 1965, S. 10 ff.
[119] Ders.: Conscience . . ., a. a. O., S. 301.
[120] Vgl. ebd., S. 28/29.
[121] Vgl. ders.: Chancen des technischen Fortschritts, a. a. O., S. 1072.
[122] Vgl. *M. Crozier:* La société bloquée, Paris 1970, S. 67.
[123] *A. Touraine:* La société post-industrielle, Paris 1969, S. 89/90.
[124] Vgl. *G. Gurvitch:* Industrialisation et technocratie, Paris 1949, S. 179-199.
[125] *A. Touraine:* Société post-industrielle, a. a. O., S. 140.
[126] *S. Mallet:* La nouvelle classe ouvrière, Paris 1963, S. 140.
[127] Ders.: Sozialismus . . ., a. a. O., S. 112.
[128] Vgl. *S. Mallet:* Gedanken zur Mai-Revolution, in: Express International, 22. Juli 1968 und ders.: L'Après-Mai 1968: grèves pour le control ouvrier, in: Sociologie de Travail, 3/1970, S. 309.
[129] Vgl. ders.: La nouvelle classe . . ., a. a. O., S. 16 ff.
[130] Vgl. *E. Mandel:* Gibt es eine neue Arbeiterklasse?, in *Deppe, Lange, Peter* (Hrsg.): Die neue Arbeiterklasse, a. a. O., S. 127 ff.
[131] *M. Bridier:* Neue Arbeiterklasse oder neue Bourgeoisie?, in: ebd., S. 116 ff.
[132] *H. Kern — M. Schumann:* Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein, I/II, Frankfurt/M. 1970, S. 29.
[133] *J. R. Bright:* Automation and Management, Boston 1959, S. 176 (zit. n. *Kern/Schumann:* Industriearbeit . . ., a. a. O., S. 29).
[134] Vgl. weiter unten, S. 105 ff.
[135] *Kern/Schumann:* Industriearbeit . . ., a. a. O., S. 123.
[136] Ebd., S. 138 und S. 218.
[137] *H. Jung:* Die Marxsche Klassentheorie . . ., a. a. O., S. 61.
[138] Dem entspricht die Auffassung von *A. Touraine*, daß die Maximierung von Profit, d. h. die Kapitalverwertung nicht mehr als das Hauptmotiv der industriellen Produktion in der Gegenwart betrachtet werden könne.
[139] *Kern/Schumann:* Industriearbeit . . ., a. a. O., S. 25.
[140] Ebd., S. 34.
[141] Ebd.
[142] Vgl. ebd., S. 275.
[143] *J. H. Goldthorpe/D. Lockwood/F. Bechhofer/J. Platt:* The affluent worker: Industrial attitudes and behaviour, Cambridge 1968, S. 180.
[144] Vgl. *P. Blumberg:* Industrial democracy: the sociology of participation, London 1968, S. 69.
[145] Vgl. dazu neuerdings: *S. Marcson* (Ed.): Automation, Alienation and Anomie, New York/Evanston and London 1970, bes. S. 377 ff.
[146] Vgl. etwa Autorenkollektiv: Industriesoziologie, Berlin 1967, S. 41 ff.
[147] Vgl. als Beispiel: *S. Laurent:* Bemerkungen über die Struktur der sozialen Klassen in Frankreich im Zeitalter des staatsmonopolistischen Kapitalismus, in: *Deppe/Lange/Peter:* Die neue Arbeiterklasse, a. a. O., S. 142 ff.

[148] Vgl. dazu jetzt *K. M. Bolte:* Entwicklungen und Probleme der Berufsstruktur, in: *K. M. Bolte/F. Neidhardt/H. Holzer:* Deutsche Gesellschaft im Wandel, 2, Opladen 1970, S. 279 ff.

[149] Insofern fällt der kritischen Sozialwissenschaft jetzt eine wichtige Aufgabe bei der Auswertung der Volkszählung des Jahres 1970 zu.

[150] Vgl. O. *Negt:* Soziologische Phantasie und exemplarisches Lernen, Frankfurt/M. 1968, S. 32/33.

[151] *H. Popitz:* Zum Begriff der Klassengesellschaft, a. a. O., S. 100.

[152] Vgl. weiter unten, S. 175 ff.

[153] *K. Marx:* Die deutsche Ideologie, MEW, Bd. 3, S. 46.

[154] Vgl. *S. Herkommer:* Gesellschaftsbild und politisches Bewußtsein, in: Das Argument, 50/2, S. 208/209.

[155] *K. Marx:* Vorwort zur Kritik der politischen Ökonomie, MEW, Bd. 13, S. 9.

[156] So z. B. *Th. Geiger:* Klassengesellschaft . . ., a. a. O., S. 176.

[157] Vgl. weiter oben, S. 14 ff.

[158] *K. Marx:* Deutsche Ideologie, a. a. O., S. 26.

[159] *F. Engels:* Zur Wohnungsfrage, MEW, 18, S. 274.

[160] Vgl. neuerdings *M. Vester:* Die Entstehung des Proletariats als Lernprozeß, Frankfurt/M. 1970; *E. P. Thompson:* The making of the English working-class, Harmondsworth, Middlesex 1968.

[161] Vgl. Sittengeschichte des Proletariats, Wien—Leipzig o. J., bes. S. 181 ff.

[162] *F. Engels:* Die Lage . . ., a. a. O., MEW, Bd. 2, S. 432.

[163] Ebd., S. 436.

[164] Ebd., S. 451.

[165] *G. Lukács:* Geschichte und Klassenbewußtsein, Berlin 1923, S. 61/62.

[166] Ebd., S. 93.

[167] *K. Marx/F. Engels:* Manifest der Kommunistischen Partei, MEW, Bd. 4, S. 472. Aufheben ist hier stets im dreifachen Sinne des Überwindens, Aufbewahrens und zugleich „Auf-eine-höhere-Stufe-Hebens" begriffen.

[168] Nur so ist z. B. die Entwicklung der revolutionären Bewegungen in Frankreich zwischen 1830 und 1871 zu verstehen, vgl. dazu *F. Deppe:* Verschwörung . . ., a. a. O., S. 214/215.

[169] Vgl. dazu weiter unten, S. 194 ff.

[170] *T. W. Adorno:* Soziologie und empirische Forschung, in: Horkheimer/Adorno: Sociologica II, Frankfurt/M. 1962, S. 208.

[171] Vgl. dazu *R. M. Lepsius:* Strukturen und Wandlungen im Industriebetrieb, München 1960, S. 40 ff.

[172] Vgl. *P. Blumberg:* Industrial democracy . . ., a. a. O., S. 44.

[173] Vgl. als Beispiel die jüngst veröffentlichte Studie von *F. Fürstenberg:* Die Soziallage der Chemiearbeiter, Neuwied und Berlin 1969. Der dort durchgeführte Bullock-Zufriedenheits-Test trägt in erheblichem Maße zur Verschleierung bzw. Verfälschung des Arbeiterbewußtseins bei.

[174] Vgl. *L. v. Friedeburg:* Soziologie des Betriebsklimas, a. a. O., S. 42 ff.

[175] Ebd., S. 48.

[176] Vgl. auch *R. M. Lepsius:* Strukturen . . ., a. a. O., S. 49.

II. Empirische Untersuchungen zum Arbeiter- und Klassenbewußtsein im Spätkapitalismus*

1. Nach dem Zweiten Weltkrieg ist die sozialwissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Problem des sozialen und politischen Bewußtseins der Industriearbeiter grob in drei Phasen zu unterscheiden.

Etwa bis um die Mitte der fünfziger Jahre standen — vor allem in Westdeutschland — die Industriearbeiter und die Industriegewerkschaften im Zentrum soziologisch-empirischer Forschungen[1]. Diese Konzentration des Untersuchungsinteresses muß zugleich als Ausdruck der geschichtlichen Bedeutung gesehen werden, die die organisierte Arbeiterschaft in allen europäischen Industriestaaten nach dem Zusammenbruch des Faschismus — wenn auch nur für kurze Zeit — gewann (Volksfrontregierungen in Frankreich und Italien; Labour-Regierung in England; Auseinandersetzung um Sozialisierung und Mitbestimmung in Westdeutschland; Volksdemokratien in den osteuropäischen Staaten). Nahezu ausnahmslos waren diese Forschungen jedoch von der Fragestellung nach der gesellschaftlichen Integration der Industriearbeiterschaft bestimmt. Empirische Erhebungen über Arbeiter- und Klassenbewußtsein, über das Gesellschaftsbild der Unterschichten sollten überprüfen, in welchem Maße diese sozialen Gruppen weiterhin als Träger von sozialistischem Klassenbewußtsein betrachtet werden mußten oder ob sich Tendenzen nachweisen ließen, die den Abbau von antikapitalistischen Einstellungen und Klassenbewußtsein andeuteten und damit einen Trend zur gesellschaftlichen Integration belegten.

Mit dem Aufschwung der Rekonstruktionskonjunktur, mit der politischen und ideologischen Stabilisierung des Nachkriegskapitalismus auf der Grundlage des Antikommunismus nahm dieses ursprüngliche Interesse an der Industriearbeiterschaft ab. Sozialwissenschaftliche Forschung konzentrierte sich fortan vornehmlich auf die Gruppe der Angestellten und deren Arbeitsbereich, das Büro. Dabei stand nicht nur die Untersuchung von Differenzierungs- und Qualifizierungsprozessen innerhalb der Gruppe der lohnabhängig Arbeitenden im Vordergrund, sondern auch das ideologische Motiv, einen objektiven Bedeutungsschwund der industriellen Arbeit — und damit auch der traditionell proletaroiden Verhältnisse — nachzuweisen. Sofern jetzt noch empirisches Interesse an der Lage und dem Bewußtsein von Arbeitern artikuliert wird, ist es meist auf das Phänomen des „Überflusses" im staatlich organisierten Kapitalismus bezogen. Ebenso wie sich in dieser Periode die theoretische Soziologie um den Nachweis der Aufhebung der Klassenstruktur durch Nivellierungs- und Mobilitätsprozesse bemüht, so wird hier das Ansteigen der Einkommen und des Lebensniveaus der Arbeiter als endgültige Aufhebung der einst gesellschaftlichen Randstellung des Proletariats und der ihr entsprechenden oppositionell-radikalen Bewußtseinslage interpretiert.

Die sorglose und affirmative Identifizierung von wachsendem „Wohlstand" und fortschreitender Anpassung der Arbeiterschaft ist inzwischen weithin von der realen Widersprüchlichkeit des Spätkapitalismus und der Wirklichkeit der Klassenauseinandersetzungen im Weltmaßstab widerlegt worden. Auf der einen Seite hat — vor allem in Westdeutschland — das Ende der Rekonstruktionskonjunktur alle Legenden von der krisenfreien Aufwärtsentwicklung des Kapitalismus und der sozialen Harmonie zerstört. Andererseits müssen die verschärften Klassenkämpfe in Frankreich, Italien, England und in Ansätzen — seit den Septemberstreiks 1969 — auch in der BRD als der Beginn einer Epoche gesehen werden, in der das industrielle Proletariat bewußt in die politischen und gesellschaftlichen Konflikte eingreift.

Diese Tendenzen haben zunächst zu einer kritischen Neuinter-

pretation der früheren Forschungsergebnisse geführt. Daraus ergab sich, daß von einem reibungslosen Anpassungs- und Identifikationsprozeß sowohl der sozialen Lage als auch des Bewußtseins der Arbeiter an die Normen und herrschenden ideologischen Postulate keineswegs die Rede sein konnte. Vielmehr erwies sich die von der bürgerlichen Soziologie als Affirmation deklarierte Einstellung bei näherer Analyse als Apathie, Resignation und Indifferenz der Arbeiterschaft[2] — insgesamt als die wenn auch nicht mehr politisch und klassenspezifisch artikulierte Erfahrung einer objektiven gesellschaftlichen Randstellung und Unterordnung. Darüber hinaus sind inzwischen die gesellschaftlichen Auswirkungen des technischen Fortschrittes (Rationalisierung, Automatisierung) auf Struktur und Zusammensetzung der Arbeiterschaft, auf deren objektive sozialökonomische Lage und deren Gesellschaftsbewußtsein von der Sozialwissenschaft nicht mehr zu ignorieren: Die Entstehung neuer Schichten von hochqualifizierten Arbeitern in den fortgeschrittensten Sektoren der Produktion, die zugleich die herkömmliche Unterscheidung von Arbeitern und Angestellten in Frage stellt, und die damit einhergehende Veränderung der betrieblichen und gesellschaftlichen Arbeitsteilung, der Qualifikationsstrukturen und der Bildungsforderungen haben nicht nur soziologische Untersuchungen über die industrielle Arbeit neu belebt, sondern auch der politischen Diskussion über die aktuellen wie potentiellen Möglichkeiten der Veränderung des Spätkapitalismus durch eine bewußt agierende Arbeiterklasse neue Impulse verliehen.

2. Die Studien zum „Gesellschaftsbild des Arbeiters" und zum Verhältnis von „Technik und Industriearbeit"[3], die Heinrich *Popitz*, Hans Paul *Bahrdt* und Mitarbeiter um die Mitte der fünfziger Jahre durchführten, sind mittlerweile — sowohl in ihren Ergebnissen als auch nach ihren Untersuchungsmethoden — als „Klassiker" der Literatur zum Arbeiterbewußtsein und zur Arbeitssituation anerkannt.
In diesen Untersuchungen wurden ca. 600 Arbeiter eines kombi-

nierten Hüttenwerkes im Ruhrgebiet befragt. Die wesentlichen Ergebnisse werden von den Autoren so zusammengefaßt:
„Alle Arbeiter, mit denen wir gesprochen haben und die überhaupt ein Gesellschaftsbild in dem von uns definierten Sinne entwickeln, sehen die Gesellschaft als — unabwendbare oder abwendbare, unüberbrückbare oder ‚partnerschaftlich' zu vermittelnde — *Dichotomie*, und sie beantworten die Frage nach ihrem eigenen gesellschaftlichen Ort durch ein *Arbeiterbewußtsein*, das es ihnen ermöglicht, sich innerhalb der Gesamtgesellschaft als Teil der Arbeiterschaft zu verstehen" (S. 237).
Diese Ergebnisse hatten zunächst — empirisch wie politisch-theoretisch — all jene soziologischen Theoreme widerlegt, die — wie z. B. Helmut *Schelsky* oder Siegfried *Landshut* zu Beginn der fünfziger Jahre — die „westliche Gesellschaft" unter Hinweis auf eine vorgebliche Angleichung in Lebensstil, -haltung, -gesinnung und Sprache als werdende „Einheitsgesellschaft", als — gewissermaßen der *Marx*schen Dialektik zum Trotz — „klassenlosen Kapitalismus" interpretieren wollten. Aus den Untersuchungen zum „Gesellschaftsbild des Arbeiters" geht eindeutig hervor, daß die Arbeiter die Gesellschaft als in „oben" und „unten" gespalten erleben, daß sie ihre eigene Situation als relativ unveränderlich empfinden, daß sie sich in erster Linie als Teil der Arbeiterschaft (Kollektivbewußtsein) und weniger in Beziehung zur Gesamtgesellschaft definieren („wir" gegenüber „denen da oben"), und daß diese Gesamteinstellung der Arbeiter von ausgeprägten Zügen der *Skepsis* und der *Resignation* bezeichnet wird.
Zwar wenden sich *Popitz*, *Bahrdt* u. a. ebenso gegen die Auffassung vom ungebrochenen Fortbestehen eines sozialistischen Klassenbewußtseins wie gegen die Nivellierungstheoretiker. Gleichwohl haben sie durch die differenzierte Analyse der Inhalte des „dichotomischen Bewußtseins" die dominierende Erfahrung einer *Klassenlage* nachgewiesen. Das spezifische *Leistungsbewußtsein*, das die meisten befragten Arbeiter mit dem *Kollektivbewußtsein* verbanden (242), bezeichnet ebenso wie das politische und ökonomische *Selbstbewußtsein*, das vor allem Facharbeiter entwickeln, die solide „Verortung" des Arbeiter-

bewußtseins, das nicht nur objektiv auf die eigene soziale Lage bezogen ist, sondern auch subjektiv eine relativ stabile Bewertung von gesellschaftlichen und politischen Sachverhalten und Werten hervorbringt. Auch im politischen Denken kommt diese klassenspezifische „*Verortung*" des Arbeiterbewußtseins zum Ausdruck, wenn sie auch gegenüber früheren marxistischen Bestimmungen des Klassenbewußtseins, die auf der Einheit von Bewußtsein, proletarischer Aktion und Organisation gründen, inkonsequent und widersprüchlich zu sein scheint:

„Das politische Denken der Arbeiter ... erweckt den Eindruck, als ob wir es mit einem eigentümlichen Zwischenstadium der Entwicklung zu tun hätten. Stücke der ideologischen Tradition des Vulgärmarxismus[4] haben sich erhalten. Teilweise sind sie aus der Helle grundsätzlicher Formulierungen in das Halbdunkel unerörterter Denkvoraussetzungen abgesunken. Trotzdem — oder gerade deshalb — prägen sie immer noch das politische Denken vieler Arbeiter ... Aber es sind nur Stücke. Die utopische Verklammerung der einzelnen Gedankengänge fehlt. Damit fehlt auch die positive Antwort, die die Kritik davor bewahrt, zur Resignation und zum moralisierenden Raisonnement abzusinken" (S. 180).

Spätere Untersuchungen über das gesellschaftliche Bewußtsein von Angestellten haben diese empirischen und theoretischen Ergebnisse über ein relativ geschlossenes Arbeiterbewußtsein insofern erhärtet, als sich das Gesellschaftsbild der Angestellten in einer negativen Abgrenzung gegen das Arbeiterbewußtsein zu definieren scheint: Während Arbeiter die Gesellschaft als ein *Machtmodell* erleben, wird sie von Angestellten eher als *Prestigemodell*, d. h. als kontinuierliche Rangordnung gesellschaftlicher *Werte*, erfahren. Dementsprechend sieht sich der Arbeiter „unten" (Kollektivismus), während der Angestellte sich „in der Mitte" einordnet (Individualismus) und sein Lebens- und Berufsziel wesentlich in Kategorien des individuellen Aufstiegs bemißt. Insgesamt ist aus dieser — natürlich grob schematisierenden — Gegenüberstellung ersichtlich, daß Angestellte ein „*hierarchisches* Gesellschaftsbild" haben, dem sich die Gesellschaft als differenzierte und wertbedingte soziale Hierarchie darstellt,

während die Arbeiter vorwiegend ein „*dichotomisches* Gesellschaftsbild" mit starken Zügen eines kollektivistischen Ethos haben[5].

Die Bedeutung der Untersuchungsergebnisse von *Popitz, Bahrdt* u. a. muß jedoch zugleich darin gesehen werden, daß sie in wesentlichen Punkten mit Forschungsergebnissen übereinstimmen, die — etwa im gleichen Zeitraum, wenn auch z. T. mit völlig anderen Untersuchungs- und Interpretationsmethoden — in den USA, in England, in der französischen Schweiz und in Frankreich ermittelt worden sind[6]. Richard *Centers*[7] stellte einen deutlichen Zusammenhang zwischen beruflicher Schichtung und politischem Verhalten, zwischen Klassensituation und sozialer Identifikation (Kollektivbewußtsein) fest und folgerte, „daß der Status und die Rolle eines Individuums — bezogen auf die Produktionsmittel und den Austausch von Gütern und Dienstleistungen — in ihm selbst das Bewußtsein hervorbringen, daß er Mitglied einer sozialen Klasse ist, der diese Verhaltensweisen, Wertvorstellungen und Interessen gemeinsam sind".

Die Arbeit von Richard *Hoggart*[8] hat für die englischen Verhältnisse durch unzählige Beispiele aus dem Leben der Arbeiter und ihrer Familien die *Popitz*sche These von einem starken *Kollektivbewußtsein* erhärtet und illustriert. Alfred *Willener* schließt aus den Ergebnissen einer Untersuchung in der französischen Schweiz[9], es könne keinen Zweifel darüber geben, „daß es fundamentale Unterschiede zwischen dem Gesellschaftsbild derer an der Spitze der sozialen Skala und derer an ihrem Fuß gibt ... Die ‚unteren' Kategorien der Befragten antworten vorwiegend nicht im Sinne von Schichten, sondern von Klassen; umgekehrt haben die Befragten aus den ‚höheren' Kategorien die Tendenz, häufiger von Schichten als von Klassen zu sprechen" (208).

Die notwendige Kritik an den Forschungsergebnissen vom „Gesellschaftsbild des Arbeiters" muß auf zwei Ebenen ansetzen: einmal auf der empirisch-methodologischen, zum anderen als theoretische Kritik der Kategorie „Gesellschaftsbild". Zunächst ist gegen die Untersuchung von *Popitz, Bahrdt* u. a. zu Recht der Einwand erhoben worden, daß sie weder statistisch repräsentativ

sentativ (für Arbeiter anderer Branchen, Regionen, Betriebsgrößen etc.) noch zeitlich dynamisch sind, d. h. über eine mögliche Entwicklung der Kenntnisse, Erwartungen und Urteile der Arbeiter Schlüsse zulassen. Daraus ergeben sich eine Reihe von Fragen, die in den Untersuchungen offenbleiben: Hat sich die besondere politische und soziale Situation des Ruhrgebietes als bewußtseinsbildender Faktor ausgewirkt? Müssen nicht die besondere Situation der Stahlindustrie nach 1945 und die Konzentration der gewerkschaftspolitischen Auseinandersetzungen auf diesen Produktionszweig (Auseinandersetzungen um Sozialisierung und Mitbestimmung) als ein Einfluß gewertet werden, der nicht zu verallgemeinern ist? Zudem verwehrt die zeitlich völlig undynamische Anlage der Befragung die Untersuchung des Verhältnisses von technischem Fortschritt und der Entwicklung des Arbeiterbewußtseins in verschiedenen Branchen mit unterschiedlichem Produktions- und Qualifikationsniveau.

Über bloß methodologische Einwände hinaus erweist sich die Kategorie des „Gesellschaftsbildes" als eine im Grunde positivistisch deskriptive und nicht als eine analytische Kategorie, die über die gesellschaftlichen Bedingungen und Vermittlungszusammenhänge von Arbeiterbewußtsein Aufschluß geben könnte. Zweifellos ist — bei einem Vergleich — die Arbeit von *Popitz, Bahrdt* u. a. die wertvollste, da sie zumindest Ansätze zu einer theoretischen Analyse des Zusammenhangs von objektiver sozialer Lage und Arbeitssituation mit den subjektiven Erfahrungen und Wertungen entwickelt (so z. B. über die — wenn auch stark wissenssoziologisch und z. T. existential-philosophisch beeinflußten — Kategorien der Verortung, der Topik etc.). Bei *Willener* hingegen erweist sich der Begriffsapparat als vollends von der realen Lebens- und Arbeitssituation abstrahiert: Kategorien wie „Klassenbewußtsein" verwendet er ausschließlich als „operationelle Definitionen für die Wahrnehmung der sozialen Schichtung" [10].

Gleichwohl bleibt auch bei *Popitz* die Kategorie „Gesellschaftsbild" wesentlich subjektive Reproduktion einer nicht näher differenzierten und analysierten objektiven Struktur. Die besondere gesellschaftliche Situation, die die verschiedenen Aus-

formungen und Modifikationen des Gesellschaftsbildes vermittelt, wird völlig ausgespart. Damit bleiben zugleich die wichtigsten Ergebnisse der Untersuchung „im Raum stehen". Warum z. B. sind viele der Arbeiter skeptisch und wenig optimistisch? Welche realen Erfahrungen gehen in diesen Pessimismus ein? Allein die Analyse solcher Fragen wäre ein Ansatz für die Bestimmung realer Elemente von Klassenbewußtsein gewesen.

Der geringe Aussagewert der *Popitz*schen Gesellschaftsbild-Typologie resultiert vor allem daraus, daß auf die Untersuchung des möglichen Zusammenhangs von Gesellschaftsbildern und der Wirkung der betrieblichen und der außerbetrieblichen Erlebnisbereiche verzichtet wird. Zwar wird festgehalten, daß *Facharbeiter* im allgemeinen ein höheres politisches und ökonomisches Selbstbewußtsein haben; zwar wird das Leistungsbewußtsein als entscheidende Vermittlung von Arbeitserfahrung und sozialer Identifikation herausgearbeitet — dennoch fehlt eine Analyse, die den unmittelbaren Einfluß des betrieblichen Produktions- und Kooperationsprozesses auf die Bewußtseinsbildung zum Gegenstand hat. Dieser Einwand wiegt um so schwerer, als die Autoren zu gleicher Zeit in ihrer Studie „Technik und Industriearbeit" Ansätze zur Interdependenz von Arbeitsprozeß und Arbeitsbewußtsein entwickelt haben. Dort wird z. B. richtig gefragt: „Wie weit ist sich der Arbeiter der sozialen Relevanz seines Arbeitsvollzuges bewußt, und wie wirkt sich der Unterschied von teamartiger und gefügeartiger Kooperation auf diese Bewußtheit aus?" [11]. Trotz dieser richtigen Fragestellung sind die Autoren bei der formalen Trennung von „Arbeitsbewußtsein" und „Gesellschaftsbild" stehengeblieben.

Die Studie von *Andrieux/Lignon* „L'ouvrier d'aujourd'hui" ist in ihrer Fragestellung, im methodischen Ansatz und in ihren Ergebnissen mit den Arbeiten von *Popitz* zu vergleichen. Um 1956 wurden 58 Arbeiter eines metallverarbeitenden Betriebes und aus kleineren Werken befragt [12]. Wesentliches Ergebnis ist die vorherrschende Erfahrung der Arbeit als bedeutungs- und inhaltlos (le travail est un vide), das Bewußtsein der Unterdrückung während der Arbeit, der Wunsch nach Unabhängigkeit (Befreiung bzw. Flucht von der repressiven Arbeitssituation) [13]

und die weitverbreitete Resignation. Zusammenfassend stellen die Autoren fest: „Die dichotomische Konzeption der Gesellschaft umfaßt das Bewußtsein, daß die Arbeiter das gleiche Schicksal einer gemeinsamen Ungerechtigkeit teilen, da sie gemeinsam die Funktion der produktiven Arbeit erfüllen" (193). Das Resümee der Untersuchung von *Andrieux/Lignon* kann gleichsam als Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse der anderen, hier kurz referierten Forschungen zum Arbeiterbewußtsein und zum Gesellschaftsbild in der ersten Entwicklungsphase des Kapitalismus nach 1945 gelten: Obwohl die Arbeiter in ihrer Mehrheit nicht mehr — ihrem Lebensstandard und ihrem Bewußtsein nach — mit dem traditionellen, klassenkampforientierten Typus des Arbeiters zu identifizieren sind, sind sie auch noch kein neuer Typus, sie sind noch keine sozial integrierte Gruppe, deren homogene Bestimmungsmerkmale (objektive wie subjektive) sich aufgelöst hätten. Die Geschichte des Arbeiters — so schließen *Andrieux/Lignon* ihre Betrachtung — ist nicht die seiner *Integration*, sondern die seiner *Transformation:* Aus dem Arbeiter, der von einer Lösung der Probleme seiner Existenz wußte, ist ein Arbeiter geworden, der keine Probleme mehr wahrzunehmen imstande ist (194). Diese innere Widersprüchlichkeit des Arbeiterbewußtseins, nicht mehr revolutionäres Klassenbewußtsein, aber auch noch nicht „Mittelschichtenmentalität" zu sein, ist von nahezu allen der hier behandelten sozialwissenschaftlichen Forschungen festgestellt worden. Gleichwohl sind alle diese Forschungen insofern Produkte eines bürgerlichen Wissenschaftsverständnisses, als nirgends die Frage nach den Bedingungen und Möglichkeiten der Umsetzung von Resignation in kollektiven Widerstand, der Artikulation eines Klassenbewußtseins, das „auf der Höhe seiner Zeit" ist — d. h. den veränderten Bedingungen der sozialökonomischen Organisation des Kapitalismus und der politischen Organisation der Klassenauseinandersetzungen entspricht —, auch nur im Ansatz reflektiert wird.

3. In diesem Abschnitt sollen Untersuchungen diskutiert werden, die sich mit dem Zusammenhang zwischen dem ansteigen-

den wirtschaftlichen Lebensstandard der Arbeiter und ihrem gesellschaftlichen wie politischen Bewußtsein beschäftigen. Dabei wird bei fast allen dieser Untersuchungen mit zwei — mehr oder weniger bewußten — Unterstellungen hantiert: Einmal wird der konjunkturelle Aufstieg, der in allen entwickelten kapitalistischen Gesellschaften seit Anfang der fünfziger Jahre einsetzte, als „Wohlstand" oder gar als „Überfluß" interpretiert, d. h. der staatlich organisierte Kapitalismus habe die Ursachen für die krisenhafte Auf- und Abwärtsbewegung vergangener Jahrzehnte überwunden und gewähre der Arbeiterschaft auf der Grundlage eines stetigen ökonomischen Wachstums einen immer höheren Konsum- und Vermögesanteil am Sozialprodukt. Zum anderen wird vorausgesetzt, daß gehobenes Einkommen und steigende Konsumerwartungen der Arbeiterfamilien zur Anpassung des Bewußtseins und des politischen Verhaltens an die herrschenden gesellschaftlichen Normen führen.

Offensichtlich ist das gemeinsame Motiv solcher Überlegungen das einer doppelten Frontstellung gegen den Marxismus: Erstens wird der „Wohlstands-" bzw. „Überflußkapitalismus" als die endgültige Widerlegung der *Marx*schen Kapitalismus- und Revolutionstheorie propagiert. Zweitens wird gehobenes Einkommen, und damit die Befriedigung ständig steigender Konsumerwartungen, als das erfolgreichste Instrument begriffen, die Arbeiterschaft gegen die Beeinflussung durch die existierenden sozialistischen Gesellschaften und durch sozialistische Bewegungen im eigenen Land zu immunisieren. „Wohlstand" erscheint so als die lebensnotwendige materielle Basis des Antikommunismus der Arbeiterklasse in den spätkapitalistischen Gesellschaften. Eine offene Apologie solcher Ideologien ist ohne Zweifel Ferdynand *Zweigs* Untersuchung „The worker in an affluent society" [14]. *Zweig* hatte zu Beginn der fünfziger Jahre eine Studie über die Lage der englischen Arbeiterklasse veröffentlicht [15] auf die sich dann vor allem die Arbeit von Richard *Hoggart* (The uses of literacy) stützte. Nun — zehn Jahre später — korrigierte er diese Ergebnisse als historisch und gesellschaftlich überholt: „Das Leben der Arbeiterklasse bewegt sich auf neue Mittelklassen-Werte und die Mittelklassen-Existenz." [16] *Zweig*

faßt sechs Entwicklungstendenzen zusammen, die die Transformation der Arbeitersituation und des Arbeiterbewußtseins unter den Bedingungen des ökonomischen „Überflusses" charakterisieren sollen (S. 205-209):

1. Sicherheitsbewußtsein,
2. steigende Konsumbedürfnisse,
3. steigende Erwerbsinstinkte (adquisitive instincts),
4. Familienbewußtsein und Heimorientierung (home-centeredness),
5. Auflösung der traditionellen engen Großfamilien- und Nachbarschaftsbeziehungen und
6. die Personalisierung des Arbeiterbewußtseins.

Diese Tendenzen werden darauf zurückgeführt, daß das Arbeitserlebnis selbst entscheidenden Wandlungen unterworfen ist: Das Geldbewußtsein *(money-mindedness)* bestimmt in immer größerem Umfang das Verhalten zur Arbeit, und diese wird vom Arbeiter als immer befriedigender empfungen *(job-satisfaction)* (S. 68). *Zweig* belegt diese Hypothesen durch eigene Erfahrungsberichte, die zugleich das flache theoretische Niveau seiner Arbeit dokumentieren:

„In den fünf Betrieben, die ich besuchte, konnte ich feststellen, daß es kaum Anzeichen für das gibt, was oft die „Entfremdung" *(alienation)* des Arbeiters von seiner Arbeit oder als „Entfremdung" *(estrangement)* von der Gesellschaft bezeichnet wird" (S. 69).

Zusammenfassend stellt *Zweig* fest, daß sich sowohl das Klassenbewußtsein als auch das *„Klassenunterbewußtsein"* im Abklingen befinden (135). Gleichwohl enthält auch diese insgesamt eher verschleiernde als erhellende Untersuchung einige aufschlußreiche Punkte zur Diskussion des Arbeiterbewußtseins. Einerseits wird darauf hingewiesen, daß die Identifikation mit der Arbeiterklasse bei Facharbeitern intensiver ausgeprägt ist als bei angelernten und ungelernten Arbeitern; andererseits wird das Fortbestehen eines „Klassenunterbewußtseins", das sich bei sozialer und ökonomischer Diskriminierung in manifestes Klassenbewußtsein verwandeln kann, konstatiert. Darüber hinaus

macht *Zweig* auf ein Merkmal des Arbeiterbewußtseins aufmerksam, das auch in vielen anderen Untersuchungen sich abzeichnet: Einstellungen, Urteile und Verhaltensweisen der Arbeiter sind nicht mehr als homogen und kollektivistisch zu klassifizieren; sie sind dagegen zutiefst ambivalent (202) und von personalisierenden Einstellungen bestimmt. *Zweig* bezeichnet dies als einen Prozeß der „Diversifikation" (138) des Klassenbewußtseins.

In England hat sich vor allem der Soziologe David *Lockwood* mit der These von der „*Verbürgerlichung*" durch steigendes Einkommen und der proletarischen Anpassung an „Mittelklassen-Standards" auseinandersetzt. In einer ersten Kritik [17] an dieser Hypothese einer „neuen Arbeiterklasse" [18] konzediert er zunächst die nicht zu verleugnende Differenz zwischen der „Armut" der Vorkriegsperiode und dem relativen „Wohlstand" der Nachkriegsentwicklung. Zugleich lehnt er soziologische Schlußfolgerungen auf der Grundlage dieses Vergleichs ab; denn „es ist ein oberflächlicher Kontrast, nicht nur, weil er von einer undifferenzierten Arbeiterklasse ausgeht, sondern auch, weil er darauf verzichtet, die sozialen und ökonomischen Determinanten des Bewußtseins der Arbeiterklasse zu berücksichtigen" (249). Gegen *Zweig*, der die *Familienorientierung* und das *Konsumbewußtsein* in den Vordergrund gerückt hatte, beharrt *Lockwood* darauf, daß der entscheidende Ort für die Bestimmung und die Veränderung der Klassenbeziehungen nach wie vor die gesellschaftliche Organisation des Arbeits- und Produktionsprozesses sei (256).

Die vorläufige Kritik am Konzept der neuen, verbürgerlichten Industriearbeiterschaft hat bereits Ergebnisse einer umfangreichen Studie verarbeitet, die *Lockwood, Goldthorpe, Bechhofer* und *Platt* gegen Ende der fünfziger Jahre in der englischen Industriestadt Luton durchführten [19]. Unter dem Titel „The Affluent Worker" wurden 229 *Spitzenverdiener* aus drei Produktionsbereichen — Fließband (Automobilbau), Maschinenbau und Prozeßproduktion (Chemie) — auf ihr Verhalten am Arbeitsplatz, auf ihre politischen und gewerkschaftspolitischen Einstellungen sowie auf ihr Freizeitverhalten hin befragt.

Die Ergebnisse dieser Untersuchung scheinen zunächst die Hypothesen von *Zweig* zu bestätigen: Auf Grund der Einstellung zur Arbeit unterscheiden die Autoren drei idealtypische Grundmuster:

1. die „solidaristische" Orientierung des traditionellen Arbeiters,
2. die „bürokratische" Orientierung des Angestellten und
3. die „instrumentelle" Orientierung des neuen Typus, des „affluent worker" (I, S. 38-41).

Die Kategorie „instrumentell" bezeichnet eine Einstellung, die die Arbeit als ein Mittel zur Erreichung von Zielen und Bedürfnissen außerhalb der Arbeit begreift. Das wiederum zeitigt bei den „affluent workers" eine außerordentlich geringe Arbeitszufriedenheit (job-satisfaction) (I, 25), eine schwache persönliche Bindung an den Betrieb (I, 50) sowie eine deutlich distanzierte Haltung gegenüber Vorgesetzten (je geringer der Kontakt, desto positiver die Einschätzung der Vorgesetzten) (I, 63). In diesem Erlebniszusammenhang wird die Arbeit in einem fundamentalen Sinn als *Lohnerwerb* betrachtet; d. h. die Arbeiter haben ein ausgeprägtes Bewußtsein, daß sie ihre Arbeitskraft zu einem höchstmöglichen Preis verkaufen. Auf den Betrieb bezogen, erscheint der Lohn mithin als eine „rationale Vertragsbasis", die jedoch die Einstellung zur sozialen und technischen Organisation des Arbeitsprozesses kaum tangiert. Daraus resultiert, daß die meisten Arbeiter darauf abzielen, ihre Macht als *Konsumenten* und nicht als *Produzenten* zu erhöhen (I, 38). Diese instrumentelle Orientierung gegenüber der Arbeit dominiert auch die Einstellung zur Funktion der *Gewerkschaften*. An die Stelle des traditionell „solidarischen Kollektivismus" tritt ein „instrumenteller Kollektivismus", d. h. die Ergebnisse der Gewerkschaftspolitik werden Zielsetzungen und Bedürfnissen zugeordnet, die — außerhalb des Arbeitsbereiches — als individuelle und private Erwartungen bestimmt sind (I, 106 ff.). Damit verändert sich weder die Auffassung, daß die Arbeiter nur durch gemeinsames und entschlossenes Handeln ihre Forderungen durchsetzen können, noch die organisatorische Basis der Gewerkschaften bei den Arbeitern. Lediglich die Motivation

gegenüber den Gewerkschaften und ihrer Politik hat sich geändert.

Auch in der Sphäre des politischen Verhaltens wollen die Autoren die Theorie der instrumentellen Orientierung der „neuen Arbeiterklasse" verifizieren. Dabei ergibt sich zunächst ein scheinbarer Widerspruch; denn eines der wichtigsten Ergebnisse der Untersuchung wird darin gesehen, daß die feste und — zeitlich gesehen — auch stabile Bindung an die *Labour-Party* durch steigendes Einkommen und Konsumerwartungen in keiner Weise angegriffen wird (II, 47) [20]. Gleichwohl soll diese Bindung nicht im Sinne einer traditionellen Klassenkampforientierung verstanden werden; alle Fragen in dieser Richtung weisen vielmehr darauf hin, daß die Intensität des Klassenbewußtseins, die mit der Einstellung zur *Labour-Party* verbunden wäre, außerordentlich gering ist (II, 25 ff.). Politisches Verhalten ist demzufolge ähnlich instrumentell motiviert wie das Arbeitsverhalten und die Einstellung zu den Gewerkschaften. Wenn auch die Mehrheit der Arbeiter meint, *Labour* sei die Partei des „Arbeiters" oder der „Arbeiterklasse" [21] (II, 17), so erweist sich doch beim Nachfragen, daß diese Mehrheit mit der Möglichkeit eines Labour-Wahlsieges und einer Labour-Regierung die „nüchterne Kalkulation auf materielle Vorteile" für sich selbst verbindet (II, 31).

Insgesamt folgern aber die Autoren, daß die These von der „Verbürgerlichung" der Arbeiter, von einer Integration in die „Mittelklasse" falsch sei. Die objektive Arbeitssituation hat sich nicht verändert: Die Arbeiter verkaufen ihre Arbeitskraft; sie haben keine emotional-positive Beziehung zu ihrer eigenen Tätigkeit im Betrieb; die beruflichen Aufstiegserwartungen sind gering; die Zukunftsvorstellungen werden von dem Interesse an der Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Status diktiert; die politische Fixierung an die *Labour-Party* ist unvermindert stark. Gewandelt hat sich aber wesentlich die objektive und subjektive Dimension, in der diese Situation erlebt und bewertet wird. Diese Veränderung ist einmal gesamtgesellschaftlichen Transformations- und Modernisierungsprozessen wie z. B. der Entwicklung des *Städtebaus* und des *Wohnungswesens*, damit

zugleich einer größeren geographischen Mobilität geschuldet (I, 174). Zum anderen — und damit wird auch die bislang noch offene Frage beantwortet, auf welchen sozialen Fokus die „instrumentelle" Orientierung des Bewußtseins eigentlich stattfindet — ist mit dieser Auflösung traditioneller Lebens- und Kommunikationsstrukturen der Arbeiterklasse (proletarische Subkultur) eine „Privatisierung" der sozialen Existenz verbunden; d. h. der wirtschaftliche Aufstieg des Individuums und seiner Familie erschien wichtiger als die Zugehörigkeit zu einer fest verbundenen Lebensgemeinschaft (II, 76). Während der Arbeitsplatz und die Wohngemeinde (community) als Faktoren der proletarischen Integration an Gewicht verlieren, gewinnt die „privatisierte" *Kernfamilie* — als Fixpunkt der Orientierungen — eine neue, dominierende Bedeutung.

Der III. Band der Untersuchung [22] faßt noch einmal die wesentlichen Merkmale der Arbeitsorientierung und des Wahlverhaltens als Widerlegung der „Verbürgerlichungsthesen" zusammen, wertet aber gleichzeitig das empirische Material zu den außerbetrieblichen Lebensbedingungen aus. Angesichts der zuvor entwickelten Kategorie der „instrumentellen Orientierung" des Arbeiterbewußtseins gewinnt dieser Bereich natürlich besondere Bedeutung. Dennoch zeigt sich gerade hier, daß — trotz der Einkommenshöhe und des relativ „mittelständigen" Konsumstandards — keine Assimilation in die kleinbürgerliche „Subkultur" erfolgt: Die meisten Arbeiter haben keine sozialen Kontakte, die über den engeren Verwandtenkreis hinausgehen (III, 89 ff.); durch Überstunden, Schichtarbeit und Arbeit vieler Frauen ist die Freizeit außerordentlich restringiert (III, 99 ff.); die Kinder der „affluent workers" liegen in ihren schulischen Leistungen signifikant unter denen der Mittelklassen-Kinder (III, 134 ff.). Auch die Verwendung der Einkommen markiert die Konsistenz einer Lebens- und Zukunftserwartung, die nicht von sozialem Aufstieg gekennzeichnet ist, d. h. die Konsumorientierung und der steigende Lebensstandard sind nicht mit der Erwartung einer grundlegenden sozialen Veränderung der eigenen Situation verbunden. Dem entspricht, daß die „affluent workers" — in deutlichem Gegensatz zu Angestelltenfamilien

— die Verwendung ihres Einkommens in der Regel kurzfristig planen (III, 123 ff.).

So kommen die Autoren auf Grund der empirischen Ergebnisse zu der wichtigen Schlußfolgerung, daß erhöhtes Einkommen die objektiven und subjektiven Bestimmungsmomente der proletarischen Klassenlage nicht aufhebt: „Der Fabrikarbeiter kann sein Einkommen verdoppeln, bleibt aber trotzdem ein Mensch, der seine Arbeitskraft im Austausch gegen Lohn an einen Unternehmer verkauft; er kann vom Fließband an ein Steuerpult überwechseln, ohne daß sich seine untergeordnete Position in der Organisation der Produktion verändert; er kann ein eigenes Haus in einer typischen Mittelklassen-Wohngegend besitzen und dennoch von der Angestellten-Subkultur isoliert bleiben. Kurz: Klassen- und Statusbeziehungen verändern sich grundsätzlich nicht linear mit Veränderungen in der ökonomischen, technologischen und ökologischen Infrastruktur des gesellschaftlichen Lebens." (III, 162/163).

Die abschließenden politischen Schlußfolgerungen von *Goldthorpe, Lockwood* u. a. reflektieren die ganze Ambivalenz dieses Forschungsansatzes. Auf der einen Seite wird in scheinbar leninistischer Manier die Bedeutung der politischen Organisation für die — derzeit noch offene — künftige Bewußtseinsentwicklung der „affluent workers" hervorgehoben. Sie fordern eine politische Aktionsbereitschaft der Partei der Arbeiterklasse, „ ... die darauf zielt, Bedürfnissen, Forderungen und Erwartungen, die bislang von eher sub-politischer Art waren, eine spezifische und politisch relevante Bedeutung zu verleihen und somit eine Massenbasis für ein Programm oder eine Bewegung zu schaffen" (III, 189). Bei genauerer Analyse erweist sich diese Forderung jedoch als eine Empfehlung an die englische Labour-Party, ihre Politik und ihr Programm von Elementen der traditionellen „Klassenkampf-Politik" zu reinigen und den Godesberger Weg der westdeutschen SPD zu beschreiten. Diese Schlußfolgerung hebt aber die empirischen Untersuchungsergebnisse ideologisch auf; denn das Konzept einer mittelständisch orientierten Volkspartei bedeutet nichts anderes als die Integration bestehender

Elemente des Klassenbewußtseins in das — sozialdemokratisch organisierte — System des Spätkapitalismus.

Die Kritik an der Studie über den „Affluent Worker" muß sowohl bei den theoretischen Voraussetzungen als auch bei der Interpretation der Forschungsergebnisse ansetzen. Ebenso wie *Zweig* unterstellen *Lockwood* und *Goldthorpe* den „Überfluß" bzw. den „Wohlstand" im Kapitalismus als undiskutierte Selbstverständlichkeit, als einen Fact, der in Form von Arbeiterspitzenlöhnen empirisch operationalisierbar ist. Die objektiven Grenzen, die Rezessionen oder Krisen im Kapitalismus der Ausdehnung des Arbeitslohnes und der Massenkaufkraft setzen, werden nicht reflektiert. Damit erweist sich diese Studie als eine soziologische „Momentaufnahme", als ein aufwendiger Situationsbericht, der zur Erklärung von aktuellen und potentiellen Entwicklungstendenzen des Arbeiterbewußtseins und des Klassenkonflikts unbrauchbar ist[28]. Nichts vermag diesen Einwand überzeugender zu illustrieren als die Lohnstopp-Politik der Wilson-Regierung, die die englische Wirtschaftskrise der sechziger Jahre auf kapitalistische Weise bereinigen sollte und schließlich konsequent zum Scheitern dieser Politik führte.

Aber schon die vereinfachte Beziehung von „Überfluß" und „privatem Konsum" (affluence-consumption) lenkt von der kritischen Analyse des Zusammenhangs zwischen der materiellen und ideologischen Reproduktion des Spätkapitalismus und den zielgerichteten Pressionen auf das Arbeiterbewußtsein ab. Bei *Goldthorpe* und *Lockwood* wird unbesehen die Existenz außer der Arbeitszeit, die Freizeit in Heim und Familie, als gesellschaftlicher Freiheitsraum unterstellt, in dem es — zumindest im Vergleich zur Arbeitssituation — noch autonome und befriedigende Entscheidungen gebe:

„Die Existenz außerhalb der Arbeit stellt für unsere „affluent workers" einen Bereich von wenigstens relativer *Freiheit* dar; als Konsumenten, als Heimgestalter (homemakers) können sie eine gewisse Autonomie und Kreativität ausüben und die Art und Weise ihres Lebens gestalten. Der Preis dafür ist jedoch, daß die Arbeit als Bereich der *Notwendigkeit* akzeptiert werden muß" (I, S. 143).

Die Kategorie der „instrumentellen Orientierung" ist — ähnlich der des „Gesellschaftsbildes" — eine operationell-deskriptive Definition, die die Genesis und die Wirkungsweise gesellschaftlicher Zwangsmechanismen gerade in dem Bereich ausklammert, der hier mit dem Attribut der „Freiheit" apostrophiert wird.

Die Untersuchungsergebnisse belegen aber die Tatsache, daß der „Freizeit"-Bereich allenfalls ideologisch kompensierende Funktionen hat. Die mangelnde Identifikation mit der eigenen produktiven, gesellschaftlichen Tätigkeit, die durch den Zwangscharakter der kapitalistischen Produktion auferlegt wird, schafft die Illusion von „Freiheitsräumen" — im Haus, in der Familie, im Garten oder im Auto —, in denen die universelle Fremdbestimmung und Unselbständigkeit des Lohnarbeitsverhältnisses zu durchbrechen sei. Die Eigentums- und Freiheitsideologie außerhalb der Arbeit läßt aber nur den engen Spielraum der Wahl zwischen vorgefertigten Scheinalternativen der Konsumgüterindustrie und der Massenmedien zu und verdoppelt damit die Herrschaftsverhältnisse der industriellen Produktion — d. h. die erzwungene Anpassung an die Bedingungen der Kapitalverwertung und der Herrschaftssicherung.

Im Zusammenhang dieser zunächst ideologiekritischen Infragestellung der These vom autonomen und quasi herrschaftsfreien Lebensbereich außer der Arbeit und des betrieblichen Herrschaftssystems muß auch die These von der instrumentellen Orientierung des Arbeiterbewußtseins auf die Familie überprüft werden. Die Forschungsergebnisse von *Goldthorpe* und *Lockwood* legen den Schluß nahe, daß die Familienrollen des Arbeiters (Ehemann, Vater und Konsument) als Katalysatoren des Arbeitserlebnisses fungieren. Bezeichnend für die Abstraktion und Unverbindlichkeit dieser Aussage ist die Tatsache, daß — ebenso wie im Bereich des Freizeit- und Konsumverhaltens — auf eine detaillierte Analyse der Familiensituation verzichtet wird. Zwar erkennt *Lockwood* an, daß die Familie neben der Arbeit und der Wohngemeinde eine institutionalisierte Grundform gesellschaftlicher Organisation und damit auch der Bewußtseinsbildung ist[24]. Dennoch werden die sozialen Normen und Leistungsansprüche, die in die Familie hineinwirken, sowie die

besonderen sozialen Funktionen der Familie, Sozialisation und Erziehung zu organisieren, negiert. Gerade die Arbeiten von Basil *Bernstein*[25] haben nachgewiesen, in welchem Maße bereits in der frühkindlichen Entwicklungsphase — über die materiellen Lebensbedingungen, die Größe der Familie, die Vermittlung von Erziehungsnormen und -sanktionen sowie durch die Sprache — die soziale Situation der Arbeiterfamilie die Voraussetzungen der proletarischen Milieugebundenheit in Verhalten, Intelligenz, Interessen und Sprache reproduziert. Die Veränderungen im Städtebau und im Wohnungswesen, in der geographischen Mobilität sowie in den Kommunikationsstrukturen (Verdrängung primärer Kommunikation durch die Massenkommunikationsmittel), auf die *Goldthorpe/Lockwood* und auch *Zweig* verweisen, haben jene soziale Situation der Arbeiterfamilie nicht aufgehoben, sondern auf eine andere Ebene von Widersprüchen und Konflikten verlagert.

So sind die hier diskutierten Untersuchungen zu Lage und Bewußtsein der Industriearbeiter in der kapitalistischen „Überflußgesellschaft" insgesamt kaum geeignet, das Wechselverhältnis ökonomischer, sozialer, politischer und auch sozialpsychologischer Faktoren in der Lage der Arbeiterklasse, ihre Widersprüchlichkeit und das daraus resultierende Konfliktpotential verständlich zu machen.

4. Die Untersuchungen von *Goldthorpe, Lockwood* u. a. überprüfen die Hypothese, daß steigendes Einkommen der Arbeiter zu zunehmender Integration in das System der „modernen Industriegesellschaft", damit zu einem Abbau objektiver und subjektiver Bedingungen der Klassenspaltung führt. Dieser Ansatz abstrahiert notwendig von dem besonderen Charakter der beruflichen Tätigkeit, von den Ausbildungs- und Qualifikationsanforderungen des Arbeitsprozesses[26]. Unter den Bedingungen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in der industriellen Produktion und der Automatisierung kann aber nicht mehr von einer durchgängig einheitlichen „Arbeitssituation" der Arbeiter und Angestellten ausgegangen werden. Die Zurückdrängung der

— für die Periode der handwerklichen und der mechanisierten Produktion bestimmenden — schweren, körperlichen Arbeit im Prozeß der Rationalisierung und Automatisierung muß als objektiver gesellschaftlicher Tatbestand für die Analyse von Lage und Bewußtsein der Arbeiterklasse berücksichtigt werden. Das gilt zumal für die Überprüfung der — in fast allen früheren empirischen Untersuchungen immer wieder festgehaltenen — „Leistungsorientierung" der Arbeiter, die stets mit einem ausgeprägten arbeitsbezogenen, aber auch gewerkschaftlichen und politischen Selbstbewußtsein verbunden war. Neuere, arbeitssoziologisch orientierte Untersuchungen konzentrieren sich daher weniger auf die Entwicklung des Lohnes als vielmehr auf die Veränderungen in der Arbeitsstruktur, die durch den wissenschaftlich-technischen Fortschritt vorgegeben werden. Arbeiterbewußtsein wird hier nicht aus dem Widerspruch zwischen den produktiven und konsumtiven gesellschaftlichen Funktionen des Arbeiters zu interpretieren gesucht, sondern aus der Beziehung des technisch und sozial definierten Arbeitssystems zur gesellschaftlichen Lage des Arbeiters. Die Drei-Phasen-Konzeption, wie sie etwa — trotz divergierender politischer und sozialer Schlußfolgerungen — von *Blauner*, *Touraine* und *Mallet* vertreten wird[27], ist daher zugleich die Konzeption einer „neuen Arbeiterklasse" und eines „neuen Arbeiterbewußtseins" als Ergebnis des Übergangs von der mechanisierten zur automatisierten Phase der industriellen Produktion.

Bei Alain *Touraine* wird die Analyse des technischen Fortschrittes und des Arbeiterbewußtseins weniger im Zusammenhang politischer und gewerkschaftspolitischer Perspektiven als vielmehr im Rahmen einer umfassenden und systematischen soziologischen Theorie der „Industriegesellschaft" entfaltet. Schon zu Beginn der fünfziger Jahre hatte *Touraine* am Beispiel der technologischen und sozialen „Evolution" der Arbeitsprozesse in den Renault-Werken ein Drei-Phasen-Schema konzipiert[28]. Wesentlich erscheint die Inhaltsangabe, die für die 3. Phase gegeben wird: „Ihr wird die Aufhebung der Fremdbestimmung und die Requalifizierung der Industriearbeit zugeschrieben, wobei soziale Qualitäten, wie Verantwortung und technische

Qualitäten, wie technische Intelligenz und technische Sensibilität, als die entscheidenden Qualifikationskomponenten erscheinen." [29]
Diese Ansätze hat *Touraine* dann zu einer Theorie der gesellschaftlichen und technischen Entwicklungen systematisiert. Im Zentrum dieser Theorie steht der Begriff der „Aktion", der einen Aspekt des gesellschaftlichen Verhaltens festhalten soll, der von den funktionalistisch oder strukturalistisch orientierten Theorien der Sozialwissenschaften nicht erfaßt wird. Da *Touraine* — zunächst auch im Sinne von *Marx* — Arbeit als die „geschichtliche Existenzbedingung" des Menschen begreift, ist die Kategorie der „Aktion" in einem fundamentalen Sinne auf die je geschichtlichen Bedingungen der Arbeit und auf die Erfahrung der Arbeitssituation im Bewußtsein der Menschen bezogen [30].
Schon in seiner „Soziologie der Aktion" hat *Touraine* jene Theorie der industriellen Evolution, der Grundstrukturen der gegenwärtigen „industriellen Zivilisation" und der ihr korrespondierenden Bewußtseinsformen der Arbeit entworfen, die dann in seiner späteren Untersuchung zum Arbeiterbewußtsein [31] empirisch bestätigt werden sollte. Insgesamt werden drei große Stufen im Fortschritt der technischen Rationalisierung unterschieden [32]:
1. Die Phase der technischen Rationalisierung. Hier ist das Objekt der Rationalisierung die Arbeitsverrichtung. Die spezialisierte Werkzeugmaschine tritt an die Stelle des einfachen Werkzeuges oder der vielseitig verwendbaren Maschinen. Das Produktionssystem steht in dieser Phase im Vordergrund; ebenso orientiert sich das Arbeiterbewußtsein wesentlich — auf der Basis professionaler Autonomie und Qualifikation oder der erheblichen Mobilisierung von Arbeitskraft (wie z. B. im Bergbau) — auf die Produktion.
2. Die Phase der gesellschaftlich-organisatorischen Rationalisierung. Neben das Streben nach größerer Effizienz des Produktionsapparates tritt hier das Streben nach Erhöhung des Wirkungsgrades im Funktionieren der industriellen Organisation. Diese Entwicklung verändert nicht so sehr die Ausführung der Arbeit als vielmehr die Erarbeitung und Übermittlung von In-

formationen und Anweisungen. An die Stelle der professionellen Autonomie der Arbeit tritt das „technische System", die Organisierung und Rationalisierung (technologisch: Fließband; organisatorisch: „scientific management") der Arbeit.

3. Die Phase der politischen Rationalisierung, die das Entscheidungs- und Herrschaftssystem selbst umwandelt. Die prinzipielle Orientierung ist die Innovation, d. h. Wirtschaftswachstum und Wirtschaftsexpansion werden ein Wert an sich, der nicht mehr der Vermittlung durch Eigentum und Gewinn bedarf. In diesem Prozeß der „Vermachtung" der Organisation dominiert die Integration der Produktionsmittel und damit die Autonomie des technischen Systems gegenüber der unmittelbar produktiven Intervention des Menschen. „Die Industrien der Kernenergien und der Raumforschung, die Forschungslaboratorien und die Studienbüros, die Universität in ihrer Funktion der Schaffung von Wissen und der rationellen Bildung des Geistes gehören zu diesem neuen System der Produktion." [33]

Vor dem Hintergrund dieser Phaseneinteilung der technischen Evolution wird bereits in der „Soziologie der Aktion" zwischen einem „alten" und einem „neuen" Arbeiterbewußtsein unterschieden. Das „alte" Bewußtsein war primär berufs- und produktionsorientiert — sei's in der Identifikation, sei's in der professionellen Defensive gegen die entqualifizierenden Tendenzen des technischen Systems. Das „neue" Bewußtsein erfaßt weniger die Produktion und deren Organisation als vielmehr die gesellschaftlichen Beziehungen der Arbeit selbst; es thematisiert das Problem der Kontrolle des „technischen Systems" und der Produkte der rationalisierten Arbeit. Nicht die Arbeitserfahrung motiviert das Bewußtsein, sondern die Artikulation gesellschaftlicher Bedürfnisse in der Arbeitssituation.

Da *Touraine* das industrielle Unternehmen in erster Linie als ein bürokratisch organisiertes *Machtsystem*, in zweiter Linie erst als *Produktionssystem* definiert, folgert er, daß „rein ökonomische Entscheidungen und Interessen durch politische Entscheidungen der Unternehmensorganisation abgelöst werden". Das wiederum „führt zu einer Politisierung des Arbeiterbewußtseins, dem das Problem der Demokratisierung der Unterneh-

mensstruktur, der Kontrolle, zentral wird" [84]. *Touraine* hat die Entwicklung des Arbeiterbewußtseins durch sechs industrielle Branchen hindurch untersucht, deren technologisches Entwicklungsniveau zugleich die Stufen der fortschreitenden Rationalisierung und der Entwicklung zur „industriellen Zivilisation" konkretisieren: Bauindustrie, Bergbau, metallerzeugende (Hütten) und metallverarbeitende (z. B. Automobil) Industrie, Gas, Elektrizität und Petrochemie. Die „große Krise" der gesellschaftlichen Entwicklung ist auf allen Gebieten die zweite Phase der „technischen Organisation". Dieser Phase ist auch das „Klassenbewußtsein" — nach dem radikalen Verständnis der Arbeiterbewegung — zuzuordnen. Es ist an diese Krisensituation fixiert; denn „es ist nicht das bedrohte traditionelle Handwerk, das klassenspezifisch reagiert, sondern der Arbeiter, der schon in das technische Milieu eingeordnet ist und der der technischen Organisation und der ökonomischen Macht sein Klassenbewußtsein entgegenstellt" (S. 88). Damit ist nicht behauptet, daß z. B. Bergleute oder Bauarbeiter nicht auch — in der politischen bzw. gewerkschaftlichen Aktion — radikale Formen von Klassenbewußtsein entwickeln. Der Inhalt dieses Bewußtseins, der von der Erfahrung der Arbeitssituation bestimmt wird, ist jedoch insofern „proletarisches Lohnbewußtsein", als er noch von der „privaten Orientierung" auf die Qualifikation und die professionelle Autonomie sowie auf die ökonomische und soziale Defensive gegenüber dem technischen Fortschritt und seinen sozialen Auswirkungen geprägt wird. Das „proletarische Bewußtsein" der Phase A wäre demzufolge — wie *Lenin* in „Was tun?" entwickelt hat — ein „ökonomistisches" Bewußtsein; erst mit dem Übergang vom professionellen zum technischen System der Arbeit wird es „politisiert", d. h. auf die ganze Gesellschaft und deren Machtstruktur und auf ein theoretisches Prinzip der Aufhebung der Gesellschaft (Sozialismus) bezogen:

„Im professionellen System der Arbeit dominieren Beziehungen zwischen Menschen, zwischen Persönlichkeiten. In den weit rationalisierten und bürokratisierten Industriezweigen dagegen ruht das Gruppenbewußtsein auf der Erfahrung einer Situation und von kollektiven Interessen, einer Interdependenz der Situa-

tionen und der Interessen. Man könnte hier vielleicht von einem Übergang der mechanischen zur organischen Solidarität sprechen ..." (S. 317).

Gleichwohl besteht der geschichtliche Aspekt des Klassenbewußtseins in der Koppelung an eine Periode der Organisation des Produktionsprozesses, der inzwischen durch neuere Tendenzen der Phase 3 überlagert und zurückgedrängt wird. Klassenbewußtsein erscheint so als der inzwischen überholte „Donner, der die Geburt der industriellen Gesellschaft ankündigt" (S. 331); Klassenkampf heißt demzufolge: Der Arbeiter verteidigt seinen Beruf — von der Qualifikation und vom Lohn her — und attackiert zugleich den Profit und die Macht der Kapitalisten. Das „neue" Arbeiterbewußtsein, dessen Strukturen *Touraine* schon in der „Soziologie der Aktion" angedeutet hatte, kann gegenüber dem traditionellen Klassenbewußtsein als eine Verschiebung von der „Freiheit *von* der Arbeit" zur „Freiheit *in* der Arbeit" definiert werden (S. 29). Das soll heißen:

1. Je mehr sich das technische Milieu entwickelt, um so mehr manifestiert sich unmittelbar das Bedürfnis der Kontrolle und der Selbsttätigkeit.
2. Je mehr sich die industrielle Zivilisation entwickelt, um so mehr erscheinen die Institutionen als die Formalisierung der sozialen Organisation der Arbeit.
3. Je mehr sich die industrielle Zivilisation durchsetzt, um so weniger definieren sich die Klassen, aus denen sie sich zusammensetzt, als „Zustände" (états), als unveränderliche Situationen, die vererbt und durch sozial anerkannte Symbole manifestiert werden, um so mehr müssen sie aber als Platz in dem System der gesellschaftlichen Kontrolle der Arbeit definiert werden.

In den modernsten Sektoren der Produktion weichen also der traditionelle Ökonomismus und die Berufsorientierung einer *Gesellschaftsorientierung*, deren Züge in wesentlichen Punkten mit den weiter oben angedeuteten Merkmalen des Angestelltenbewußtseins koinzidieren: Das traditionelle Arbeitermilieu verliert an Einfluß, die Arbeiter neigen zur Personalisierung ihrer eigenen beruflichen und gesellschaftlichen Perspektive. Ein individuelles Leistungsbewußtsein tritt an die Stelle des früher

vorherrschenden Kollektivbewußtseins. Mit der Modernisierung der Arbeitssituation verändert sich auch der „Anti-Kapitalismus" der Arbeiter: „Während sie sich in vorangegangenen Systemen *gegen* die Gesellschaft definieren, ist es jetzt die Beziehung *zur* Gesellschaft, in der sie sich definieren" (S. 301).

Aus diesen Ergebnissen darf jedoch nicht undifferenziert auf eine sich anbahnende oder bereits abgeschlossene Tendenz der Integration der Arbeiter geschlossen werden. Im Gegenteil — *Touraine* behauptet, daß sich das Arbeiterbewußtsein auf dem neuen Niveau des technisch-wissenschaftlichen Systems neu konstituiert und politisiert. Sein Konzept der „Kontrolle" erweist sich freilich bei näherer Analyse als eine systemkonforme Vorstellung, die über ein technokratisch verfeinertes Mitbestimmungsmodell nicht hinausgeht. Unter diesen Bedingungen wird die Funktion der Gewerkschaften als notwendiger, institutionalisierter Bestandteil des neuen technischen Systems verstanden: „Es versteht sich von selbst, daß diese Differenzierung der Funktionen der Gewerkschaften zu Spannungen im Inneren von Organisationen führt, deren traditionelle Politik sehr viel stärker auf die Verteidigung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter im Betrieb konzentriert war. Diese Spannungen können nur durch eine ständig wachsende Institutionalisierung des gewerkschaftlichen Einflusses überwunden werden." [35]

Hier erweist sich in den politischen Schlußfolgerungen die Schwäche einer Theorie, die für die gegenwärtige Entwicklung des Spätkapitalismus eine gesamtgesellschaftliche Politisierung der Ökonomie bei gleichzeitiger Aufhebung traditioneller Verwertungsbedingungen des Kapitals unterstellt. Systemprozesse technologischer und sozialer Art werden nicht mehr als abgeleitete Erscheinungsformen eines historisch entfalteten gesellschaftlichen Widerspruchs, sondern als autonom begründete gesellschaftliche Strukturen verstanden. Daraus resultiert dann bei *Touraine* notwendig die Theorie vom Zerfall der Arbeiterklasse, des Klassenbewußtseins und der Arbeiterbewegung. Das Bestehen auf der Differenzierung der Arbeiterklasse wirkt aber dann als Verschleierung, wenn sie jene sozialökonomische Be-

dingungen negiert, die der Arbeiterklasse trotz der inneren Gliederung gemeinsam sind.

Überhaupt ist bei *Touraine* eine Inkongruenz zwischen dem Anspruch gesellschaftstheoretischer Extrapolationen und ihrer empirischen Basis nicht zu übersehen. Die — zum Teil sehr oberflächlichen — Interviews von 2029 Arbeitern, die zwischen 1955 und 1956 durchgeführt wurden, reichen auf keinen Fall aus, um die weitreichenden theoretischen Interpretationen über die Herausbildung neuer Klassen- und Bewußtseinsstrukturen zu fundieren. So bestätigt sich immer wieder der Eindruck, daß *Touraine* mehr in das empirische Material hinein- als herausinterpretiert. Erheblich bescheidener ist dagegen der Anspruch einer Untersuchung, die der kanadische Soziologe Jean-Marie *Rainville* zu Beginn der sechziger Jahre in einer Pariser Arbeitervorstadt durchführte[26]. Vermittels der Methode der teilnehmenden Beobachtung hat er Fallstudien von 12 Arbeitern und deren Familien zusammengestellt. Es geht ihm um die Überprüfung der Frage, in welcher Weise sich die Arbeiter an „das moderne Leben" anpassen, ob die Erweiterung der Einkommen und der Konsumbedürfnisse die Klassenlage objektiv und subjektiv verändert (S. 15). Obwohl angesichts der quantitativen Beschränkung des Untersuchungsbereiches vorschnelle Verallgemeinerungen auf jeden Fall zu vermeiden sind, zeichnet sich diese Studie — gegenüber der ambitiösen Behauptung qualitativ „neuer" Strukturen — durch die Präzisierung der unmittelbaren Lebensbedingungen der Arbeiter, durch die detaillierte Untersuchung der Einkommensverhältnisse, der Konsumgewohnheiten, der sozialen Beziehungen und des sogenannten „Freizeitverhaltens" aus.

Rainville weist überzeugend nach, daß steigendes Einkommen und Erweiterung des Konsums auf dauerhafte Gebrauchsgüter — wie z. B. Kühlschrank, Radio, TV, Wohnungseinrichtung und Auto — nicht zu einer gesellschaftlichen Integration, d. h. zu einer Auflösung der objektiven und subjektiven Klassenlage, führen. Die gesellschaftlich marginale Position der Arbeiter zeichnet sich vielmehr angesichts des Massenkonsums durch einen spezifischen Widerspruch aus: „Jeder bemüht sich auf seine

Weise, nicht mehr Arbeiter zu sein, aber jeder muß sich schließlich damit begnügen, es zu bleiben. Das ist der eigentliche Widerspruch und die Inkonsistenz der Einstellungen und des Verhaltens, das wir beobachtet haben." (S. 190/191). Die objektiven Bestimmungsmomente der Klassenlage werden durch diesen Widerspruch nicht modifiziert. Sie werden eher noch durch den materiellen Druck, den die Erweiterung der Konsumbedürfnisse erzeugt, intensiviert. Ähnlich wie *Andrieux* und *Lignon* stellt *Rainville* fest, daß die Arbeit generell von den Arbeitern als schwere Last empfunden wird, daß ihr Inhalt bedeutungslos bleibt, daß sie ausschließlich als Mittel der Reproduktion („Man lebt nicht, um zu arbeiten, sondern man arbeitet, um zu leben!") betrachtet und erlebt wird. „Die Arbeit selbst ist völlig uninteressant, sie ruft höchstens Resignation hervor." (S. 50) Dagegen wirken die gesellschaftlichen Bedingungen der Arbeit auf die Herausbildung eines proletarischen Arbeitsbewußtseins: „Die Sorge um die Stabilität des Arbeitsplatzes ist bei allen befragten Arbeitern ein fundamentales Interesse" (S. 49). Die Erfahrung, daß unter kapitalistischen Bedingungen die Stabilität des Arbeitsplatzes, der Qualifikation und insgesamt der ökonomischen Konjunktur nicht prinzipiell gewährleistet werden kann, begründet die ängstliche und skeptische Einstellung gegenüber der Zukunft, die bei fast allen Arbeitern anzutreffen ist. Die Vorstellungen einer sozialen „Fixiertheit der Arbeiterwelt", die trotz der „Wohltaten des Modernismus" vorherrschend bleiben, sind Ausdruck der Stabilität der Klassenverhältnisse in der kapitalistischen Gesellschaft (S. 86). „Die Mehrheit der befragten Arbeiter lebt in einem Zustand der sozialen Unterordnung", d. h.: „Trotz des Erwerbs von Gütern des modernen Massenkonsums bleiben die dichotomischen Gesellschaftsvorstellungen erhalten" (S. 89).

Auf der alleinigen Grundlage des Arbeitslohnes des Mannes ist die Reproduktion der Arbeiterfamilie nicht zu gewährleisten: Der Lohn des Familienvaters reicht in der Regel nicht einmal aus, um die unmittelbare Reproduktion — Wohnen, Essen, Kleidung, lebensnotwendige Dienstleistungen — zu sichern. Der Zwang der Reproduktion wird mithin mit dem Zwang zur Mehrarbeit

identisch. Ohne die zusätzliche Arbeit des Mannes (Überstunden, „Schwarzarbeit"), der Frau und der Kinder ist selbst das Lebensminimum nicht garantiert. Im Untersuchungszeitraum wies die offizielle Einkommensstatistik aus, daß 57,2 % der französischen Arbeiter unter 750 F im Monat verdienen. Für die untersuchten Arbeiter ermittelte *Rainville* ein monatliches Durchschnittseinkommen von 911 F (S. 23/24). Diese Größen liegen erheblich unter dem Lebensminimum. „Mit einem Monatseinkommen von 1 400 F muß eine Arbeiterfamilie mit zwei Kindern ihren Lebensmittelverbrauch drastisch beschränken, die Frau muß einen großen Teil der Kleidung selbst anfertigen; mit einem Einkommen von 1 900 F ist eine Familie der gleichen Größe immer noch im Konsum von Lebensmitteln und von Kleidern eingeschränkt. Die erste Familie lebt unter dem Existenzminimum, die zweite gerade an der Grenze" (S. 108). Vor allem die Anschaffung von dauerhaften Konsumgütern des gehobenen Bedarfs — Gegenstände der Wohnungs- und Kücheneinrichtung, ein Automobil oder gar eine neue Wohnung — stellen das Familienbudget vor Probleme, die nur auf dem Wege der Verschuldung, durch Kauf auf Kredit, zu lösen sind. „Die Entwicklung der Kaufkraft hält nicht Schritt mit der Entwicklung der Bedürfnisse. Trotz zusätzlicher Einkommen können die Haushalte diese ökonomischen Schwächen nur durch den Zwang zur Verschuldung heilen" (S. 91).

Die Untersuchungsergebnisse von *Rainville*, deren theoretischer und politischer Aussagewert freilich begrenzt bleibt, widerlegen also eindrucksvoll all jene Ideologien, die die Erweiterung des Konsums als Aufhebung der Klassenstruktur und des Klassenbewußtseins bewerten: „Die Homogenisierung verschiedener sozialer Milieus durch die Konsumgüter bleibt immer noch illusorisch. Zwar finden Veränderungen der Lebensweise im Arbeitermilieu statt, aber es handelt sich hier noch nicht um tiefgreifende soziale oder ökonomische Wandlungen. Der sozialökonomische Status des Arbeiters reduziert ihn darauf, in einer Welt ohne Horizont und am Rande der Gesellschaft zu leben. Sein Wertesystem, das auf der kollektiven Solidarität gründet, bildet noch das positivste Element seines gesellschaftlichen Daseins"

(S. 130). Da *Rainville* die politischen Verhaltensweisen und Erwartungen der Arbeiter, die gewerkschaftliche und politische Organisation vollkommen aus seinen Fragestellungen eliminiert hat, wird auch auf die Untersuchung des Klassenbewußtseins — d. h. des Bewußtseins einer möglichen Veränderung der gesellschaftlichen Klassenlage — notwendig verzichtet. Es entspricht daher seinem eher sozialethisch als politisch motivierten Verständnis der proletarischen Lage, daß *Rainville* schließlich Resignation und Pessimismus als psychologisches Korrelat der ermittelten objektiven Lebensbedingungen festhält (S. 198).
Richard F. *Hamiltons* Studie „Affluence and the French Worker in the Fourth Republic" fügt sich zunächst ebenfalls in den Rahmen der breiten soziologischen Diskussion über das Verhältnis von „materiellem Wohlstand" und gesellschaftlicher Klassenstruktur [37]. Gegenüber den Untersuchungen von *Goldthorpe, Lockwood* u. a. und *Rainville* hat er jedoch a priori die Akzente anders gesetzt, denn er diskutiert das Verhältnis von Industrialisierung und Konsumentwicklung zum Phänomen des politischen Radikalismus. Er sucht nach einer Erklärung für die Tatsache, daß im Frankreich der fünfziger Jahre — trotz relativer wirtschaftlicher Stabilität und einer kontinuierlichen Verbesserung der Einkommen — der Einfluß der Kommunistischen Partei und der kommunistisch geführten Gewerkschaft CGT nicht zurückgegangen ist, sondern sich nach den Verlusten der frühen fünfziger Jahre wieder konsolidierte und schließlich — zu Beginn der sechziger Jahre — wieder erheblich zugenommen hat. Damit setzt er sich zugleich mit der — vor allem von S. M. *Lipset* propagierten — These auseinander, daß zunehmender Wohlstand den Abbau des politischen Radikalismus der Arbeiterklasse nach sich zieht [38]. Allein die Daten des Wahlverhaltens der französischen Arbeiterklasse widerlegen aber schon die Legitimation der klischeehaften Formel „Mehr Geld — mehr Zufriedenheit — mehr Konservativismus" (S. 135).
Hamilton hat keine eigenen soziologisch-empirischen Erhebungen unternommen, sondern stützt seine Aussagen auf eine Sekundäranalyse von repräsentativen Meinungsumfragen, die von französischen Demoskopie-Instituten zwischen 1952 und 1956

durchgeführt worden sind (S. 15 ff. und S. 299 ff.). Dieser Ansatz impliziert einen weitgehenden Verzicht auf die Analyse der technischen und sozialen Determinanten des Arbeits- und Produktionsprozesses, die etwa bei *Touraine* im Mittelpunkt steht. Gleichwohl wird dieser Rekurs auf politische Meinungsumfragen partiell durch die Ausgangsfrage der Untersuchung legitimiert: Es geht *Hamilton* um die Erklärung von nachweisbaren Differenzierungen des Politisierungsgrades des Arbeiterbewußtseins in verschiedenen Ländern mit tendenziell gleichem Industrialisierungsniveau, der allein nicht vermittels arbeitssoziologischer Kategorien zu erklären ist. Nach dem Zweiten Weltkrieg liegt das Niveau der Industrialisierung in Frankreich noch unter dem Englands, Westdeutschlands und der USA. Daraus resultieren die besonderen Merkmale der Klassenstruktur: Die Industriearbeiterschaft umfaßt nur etwa 33 % der Bevölkerung, während der alte Mittelstand (Händler, kleine Handwerker, Kleinbauern etc.) sowie die Landarbeiterschaft noch relativ stark sind. Dem entspricht eine vergleichsweise geringe Urbanisierung. Die Mehrheit der Bevölkerung lebt in Dörfern und Kleinstädten, für die nicht der industrielle Großbetrieb, sondern Mittel- und Kleinbetriebe charakteristisch sind (S. 21-23).

Diese Angaben scheinen zunächst für die These zu sprechen, daß die relative ökonomische und soziale Rückständigkeit Frankreichs für die konsistente Bindung der Arbeiterklasse an die KPF und für die politische Aktivität der Arbeiterklasse (S. 66) verantwortlich ist. Dennoch sind es gerade nicht die retardierenden, sondern die progredierenden Elemente der Industrialisierung, die die Stabilität und das Wachstum des kommunistischen Einflusses bestimmen. Wenngleich in Frankreich die Arbeiter der untersten Einkommensgruppen als die radikalsten erscheinen, so sind von den Spitzenverdienern immer noch 36 % prosowjetisch eingestellt, 78 % empfinden die Gesellschaft als ungerecht, und 46 % erwarten eine grundlegende Veränderung der Verhältnisse durch die Revolution (S. 137). Damit wird die These von der „korrumpierten Arbeiteraristokratie" eindeutig widerlegt (S. 131). Ebensowenig wird die politische Aktivität der Arbeiter durch den Erwerb anspruchsvoller Konsumgüter —

wie z. B. ein Auto oder ein Haus — gemindert: „Der Anstieg des Lebensstandards zwischen 1952 und 1956 produzierte ‚wohlhabende' Kommunisten, die nicht zu dem Wertesystem der Mittelschichten konvertierten" (S. 185). Der Einfluß der Kommunisten und ihrer Gewerkschaften ist also nicht in den traditionellen, stagnierenden, sondern in den neuen, expandierenden Industriebranchen am stärksten: „In den Industriezweigen mit radikalen Gewerkschaften dominieren die großen Betriebe — und, was vielleicht noch bedeutender ist, diese Industriezweige expandieren. Die gemäßigten Gewerkschaften dagegen sind in den stagnierenden Branchen vorherrschend, so z. B. in der Textil- und der Nahrungsgüterindustrie. Die Arbeiter sind dort in der Regel in kleinen Betrieben beschäftigt und haben viele Mittelschichten-Kontakte, so z. B. im Handel" (S. 243). Die Betriebsgröße erweist sich mithin als eine eindeutige Determinante des politischen Radikalismus: die Großbetriebe sind die Zentren des gewerkschaftlichen und politischen Einflusses der Kommunisten. „Der Anteil der Gewerkschaftsmitglieder steigt von 36 % in den kleinen auf 59 % in den großen Betrieben; der Grad der gewerkschaftlichen Aktivität steigt sogar noch mehr an" (S. 215/216). Da der Industrialisierungsprozeß durch die Bewegung der Bevölkerung vom Land in die größeren Städte begleitet wird, führt er ständig neue Teile der Arbeiterklasse in den Wirkungsbereich kommunistischer Agitation: „Der Industrialisierungsprozeß wird den Arbeitern eine beträchtliche Erhöhung des Lohnes bringen, aber er wird sie auch in Kontakt mit radikaleren ‚opinion leaders' bringen. Was passiert, wenn ein Arbeiter vom Land oder aus einer Kleinstadt in die Großstadt zieht, um dort einen besser bezahlten Arbeitsplatz zu bekommen? ... Seine Tätigkeit wird dort weitgehend durch Organisationen der Arbeiterklasse, in der Regel durch die Gewerkschaften, beeinflußt ..." (S. 6/7). Die von der CGT beherrschten Großbetriebe sind die „Schlußpunkte des Aufstiegs in der Arbeiterklasse" (S. 278). Angesichts dieser objektiven Entwicklungstendenzen insistiert *Hamilton* noch einmal zusammenfassend auf der Unhaltbarkeit der These, daß materieller „Wohlstand" Konservativismus bei der Arbeiterklasse produziere. „Die

industriellen Veränderungen, die in Frankreich stattfinden, und die damit verbundenen Bevölkerungsbewegungen arbeiten eher für als gegen die Kommunisten" (S. 275).
Offensichtlich reichen aber die einzelnen Faktoren, die *Hamilton* für die Interpretation des zunehmenden Radikalismus heranzieht — wie z. B. Einkommen, Qualifikation, Betriebsgröße, Industriestruktur sowie Größe des Wohnortes —, nicht aus, um die gesellschaftlichen und politischen Bedingungen des Klassenbewußtseins großer Teile der französischen Arbeiterklasse zu erklären. Hier deutet sich zumindest die Gefahr an, daß sich bei der Auswertung demoskopischer Umfragen schließlich tautologische Interpretationsversuche durchsetzen. So bewertet *Hamilton* z. B. die einfache Präsenz der Gewerkschaften als die wesentliche Determinante individueller gewerkschaftlicher Aktivität: „Wo es Gewerkschaften gibt, treten die Arbeiter in großer Zahl ein; wo es keine Gewerkschaften gibt, ist auch die individuelle Mitgliedschaft eine Seltenheit." (S. 234) Dennoch besteht unzweifelhaft die Qualität dieser Untersuchung darin, daß sie gegenüber den objektivistischen arbeitssoziologischen Ansätzen die Rolle des „subjektiven Faktors", der politischen und gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiterklasse, hervorhebt. Die objektiven Bestimmungsmomente der gesellschaftlichen Klassenlage und der proletarischen Lebensbedingungen (S. 68/69) sind zwar eine notwendige Voraussetzung des Klassenbewußtseins — letztlich entscheidet aber die Aktivität der politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiterklasse darüber, ob die Klassenlage bewußt verarbeitet und in politisches Handeln umgesetzt wird. Faktoren der politischen Tradition — in Frankreich z. B. die Generalstreiks von 1936, die Résistance und die Maikämpfe von 1968, aber auch die schon durch die Französische Revolution von 1789 eingeleitete Säkularisierung des Landes[39] — werden mithin von *Hamilton* als autonome Faktoren der gesellschaftlichen Bewußtseinsbildung anerkannt. Ebenso erkennt er die Existenz politischer Richtungsgewerkschaften — im Gegensatz zum amerikanischen „collective bargaining" und zur westdeutschen Einheitsgewerkschaft — als wesentliche Voraussetzung für die permanente Aktivierung von politischem Be-

wußtsein (S. 241). Wenn auch die empirischen Methoden von *Hamilton* angreifbar sind, so hat er dennoch nicht nur die „Wohlstands-Konservativismus"-Hypothesen der *Galbraith, Lipset, Schelsky* u. a., sondern auch den „technologischen Determinismus", der von Vertretern der Drei-Phasen-Theorie der industriellen Entwicklung propagiert wird, überzeugend zurückgewiesen.

5. Nach einer Periode der „Grabesstille" hat auch die westdeutsche Soziologie das Thema der „Soziallage" und des „Arbeiterbewußtseins" neu entdeckt. Dabei steht zunächst die Einsicht im Vordergrund, daß die Bedingungen und Auswirkungen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts nicht mehr hinreichend mit den Ergebnissen der Untersuchungen der frühen fünfziger Jahre zu interpretieren sind.
Friedrich *Fürstenberg* veröffentlichte 1969 die Ergebnisse einer Untersuchung, die er 1965/66 im Auftrag des „Arbeitsringes der Arbeitgeberverbände der deutschen chemischen Industrie" in 7 Betrieben der chemischen Industrie durchführte [40]. Die gesamte Anlage der Untersuchung läßt aber schnell erkennen, daß es sich hierbei um ein „klassisches Modell" von Auftragsforschung handelt, deren Zweck darin besteht, den Unternehmern scheinwissenschaftliche Argumente gegen die Gewerkschaften, vor allem aber gegen die gewerkschaftlichen Mitbestimmungsforderungen, zur Verfügung zu stellen. Unkritisch wird *Blauners* Theorie vom Schwinden der Entfremdung in der automatisierten Prozeß-Produktion übernommen und der These zugrunde gelegt, daß — unter den Bedingungen der Automatisierung — der traditionelle Typ des „proletarischen" Arbeiters immer mehr durch den „emanzipierten" Arbeiter verdrängt wird, der weniger „klassenbewußt als selbstbewußt" ist, der sich eher auf die materielle Verbesserung seiner privaten Existenz als auf den Kampf gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung orientiert. Diese These erweist sich bei einer gründlichen Überprüfung als haltlos: Weder sind die Methoden der Untersuchung geeignet, einen — auch nur annähernden — Aufschluß über die tatsächliche gegenwärtige gesellschaftliche Lage der Arbeiterklasse

zu vermitteln, noch ergeben sich aus den Einzelergebnissen beweiskräftige Materialien zur Absicherung dieser These, die im Grunde nichts anderes als ein verdünnter Aufguß von willkürlich und unkritisch zusammengestückelten „Verbürgerlichungs"- und „Integrationstheorien" darstellt. Das Material der Studie belegt im Gegenteil, daß die wesentlichen Bestimmungsmomente der Klassenlage der Arbeiter — Abhängigkeit, Unselbständigkeit, Fremdbestimmung, Unterordnung, geringe Qualifikationen und geringe Aufstiegsmöglichkeiten — unter den Bedingungen der kapitalistischen Entfaltung der Produktivkräfte unvermindert fortwirken. Darüber hinaus stützt die Untersuchung die These der Ambivalenz des Arbeiterbewußtseins in expandierenden kapitalistischen Ruheperioden: daß nämlich einerseits die inferiore gesellschaftliche Position des Arbeiters, seine Machtlosigkeit wie die prinzipielle Unveränderbarkeit dieser Position durchaus wahrgenommen wird, daß diese Wahrnehmung aber zugleich durch die vordergründige Lohn- und Konsumzufriedenheit, die ihrerseits Ausdruck der mangelnden Interpretationsmöglichkeit der sozialen Lage der Arbeiter ist, überlagert wird [41]. Erheblich differenzierter sind dagegen die gerade — im Rahmen eines umfassenden RKW-Projektes — von H. *Kern* und M. *Schumann* vorgelegten Untersuchungsergebnisse zu bewerten [42]. Gegen die pauschalisierende Betrachtungsweise, die den Prozeß der fortschreitenden Automatisierung als generelle Requalifizierung der Industriearbeit hypostasiert, betonen sie zunächst den nachweisbaren Trend zur Polarisierung und Heterogenität der Arbeitsstruktur [43]. Einerseits haben sie das Fortbestehen von unqualifizierten „repetitiven Teilarbeitern" selbst im Bereich der technologisch fortgeschrittensten Produktionssektoren festgestellt; andererseits entsprechen auch die relativ qualifizierten Steuer- und Kontrolltätigkeiten keineswegs dem Arbeitstypus von „ingenieurmäßig vorgebildeten Kadern", sondern stellen „recht komplexe Anlerntätigkeiten" dar [44]. „Keineswegs lassen sich ... alle Arbeitsplätze eines Aggregats denjenigen Arbeitsplätzen zuschreiben, die für das technische Niveau des Produktionsmittels charakteristisch erscheinen. Die Arbeitsplatzstruktur ist durchweg ‚konservativer' als der Mechanisierungsgrad. Jede

neue Mechanisierungsstufe bringt neue Formen industrieller Arbeit, gleichzeitig perpetuiert sie aber auch einen Teil der konventionellen Arbeitsformen" (138).

Ausgegangen wird von der richtigen methodischen Prämisse, „daß die ... Interpretation von Aussagen der Arbeiter über ihre Arbeit stets in Gefahr ist, vordergründig und ideologisch zu werden, wenn sie durch die Untersuchung des Prozesses der Urteilsbildung nicht gleichzeitig den objektiven Hintergrund der Einstellungen aufhellt" (36). Daran schließt sich die Analyse von 6 Grundtypen der industriellen Arbeit an, die ihrerseits den Mechanisierungsgrad und den technischen Fortschritt widerspiegeln [45]. Das Ergebnis läßt einen Grad der Differenzierung der industriellen Arbeit erkennen, der z. B. die Auffassungen *Blauners* schlüssig widerlegt; denn 1. ist der Anteil der Handarbeiten und repetitiven Teilarbeiten weiterhin sehr hoch, 2. prägen diejenigen Formen der Automationsarbeit, die sich durch relativ hohe Dispositionschancen, umfangreiche Qualifikationen, geringe Belastungen und gute Kontaktchancen auszeichnen, bis heute noch recht wenige Arbeitsplätze in der Industrie, und 3. wird die zweitstärkste Gruppe industrieller Arbeiten auch heute noch durch Steuer- und Führungstätigkeiten in der mechanisierten Produktion gebildet (139/140).

Im Zuge des technischen Fortschritts heben sich zwei Typen der Arbeit von den traditionellen Tätigkeiten ab. Auf der einen Seite definiert die kontinuierliche Prozeßproduktion die Qualifikationsanforderungen von Steuer- und Kontrolltätigkeiten neu. Zu diesen prozeßunabhängigen Qualifikationen gehören die Merkmale: Flexibilität, technische Intelligenz, Perzeption, technische Sensibilität, Verantwortung (68). Diese Voraussetzungen sind am ehesten noch bei der Meßwartentätigkeit gegeben (133). Auf der anderen Seite gewinnt der Instandhaltungssektor immer größere Bedeutung. Hier werden — bei einem weiten Dispositionsspielraum — vom Arbeiter hohe technische *und* prozeßunabhängige Qualifikationen gefordert (166 ff.). Allerdings konzentrieren sich gerade in jüngerer Zeit die Bemühungen des Managements auf die „Rationalisierung" dieses Sektors: „Durch den Bedeutungswandel stimuliert, den die Instandhal-

tung durch den technischen Wandel erfährt, beginnen sich die Betriebe immer stärker für die Effizienz dieses Bereiches zu interessieren und auf Maßnahmen zu sinnen, die einer Vermehrung des Instandhaltungsaufwands entgegenwirken und das Ziel einer störungsfreien Produktion sicher gewährleisten" (177). Im Mittelpunkt der gesamten Untersuchung steht die These, daß dem objektiven Polarisierungsprozeß in der Berufs- und Arbeitsstruktur die Auflösung eines einheitlichen — kollektivistisch orientierten und leistungsbezogenen — Arbeiterbewußtseins entspricht. In der Bewertung des technischen Wandels, der zukünftigen Entwicklung der gesellschaftlichen Lage der Arbeiterschaft sowie der aktuellen Arbeitssituation ergeben sich signifikante Unterschiede. „Die Arbeiter in vergleichsweise privilegierten Arbeitssituationen neigen eher zu optimistischen, solche in stark restriktiven Arbeitsverhältnissen eher zu einer pessimistischen Haltung" (256). Das heißt: Automatenkontrolleure und repetitive Teilarbeiter schätzen ihre derzeitige Situation und deren Perspektiven besonders negativ ein, während Automations- und Meßwartenarbeiter sowie Instandhalter durchweg positiv und optimistisch reagieren. Besonders anschaulich ist dieser Einstellungswandel bei solchen Arbeitergruppen, die sich von einer repetitiven Teilarbeit auf Meßwartentätigkeit umgestellt haben. Diese Heterogenität wird von *Kern* und *Schumann* als eine grundlegende Veränderung gegenüber den Untersuchungen der frühen fünfziger Jahre ausgegeben, die noch — auf der Grundlage eines durch die Arbeitssituation wie durch die Politik der Arbeiterbewegung vermittelten Kollektivbewußtseins — einen ausdrücklichen Zusammenhang zwischen der persönlichen Arbeitserfahrung und der Einstellung zum technischen Wandel verneinten. Sie folgern daraus, „daß die Differenzen in der gesellschaftlichen Perspektive, wie wir sie in der Arbeiterschaft heute antreffen, wesentlich bedingt sind durch die unterschiedlichen Arbeitserfahrungen des einzelnen Arbeiters mit Technik und technischer Entwicklung" (271).

Gleichwohl steht diesem Auflösungsprozeß der Nachweis gemeinsamer Denk- und Bewertungsmuster gegenüber. Trotz der

Polarisierung der Arbeitsstrukturen ist nicht nachzuweisen, daß die divergierende Einstellung auch auf divergierende Bezugspunkte des Bewußtseins zurückzuführen ist. Die vor allem von *Touraine* und *Mallet* formulierte These, daß der Arbeitssituation ein je spezifisches Berufsbewußtsein entspricht, hat sich nicht bestätigt (219). Arbeitsstolz, Expertenbewußtsein und inhaltliches Engagement für die Arbeit sind fast ausschließlich bei der kleinen Gruppe der modernen Instandhaltungsspezialisten anzutreffen (220). Bei den anderen Gruppen resultiert die Arbeitseinstellung durchgängig nicht aus der Ablehnung bzw. Identifizierung mit dem Arbeitsinhalt, sondern mit Erscheinungsformen des Arbeitsverhältnisses (Lohnhöhe, Arbeitsplatzsicherheit, Grad der Belastung). Auch in der Einschätzung der Entwicklung der gesellschaftlichen Lage der Arbeiterschaft herrschen Kategorien vor, die sich auf solche „vordergründigen Angleicherscheinungen" beziehen (238).

Neben dieser mangelnden Identifizierung der Arbeiter mit dem Inhalt ihrer gesellschaftlichen Tätigkeit gehört die gemeinsame Angst und Unsicherheit, die mit den erwarteten Auswirkungen des technischen Fortschritts einhergeht zu den prägnantesten Merkmalen des Arbeiterbewußtseins. Trotz der durchweg positiven Bewertung der individuellen Perspektive „sind sich aber die Arbeiter in ihrer überwältigenden Mehrheit darin einig, daß der technische Wandel ihre Arbeitsplätze verunsichert, die Gefahr der Arbeitslosigkeit zunimmt: Fast drei Viertel aller Befragten (73 %) sehen die Arbeitsplatzsicherheit bedroht von der technischen Entwicklung ..." (236). Die Auflösung des kollektiven Denkens stößt an diesem Punkt auf eine Schranke. In der Realisation der kollektiven Unsicherheit der Arbeiterschaft wird das privatisierende und individualisierende Arbeiterbewußtsein durchbrochen und durch ein ausgeprägtes Gesellschaftsbewußtsein zurückgedrängt. „Die Basis des Urteils ist die allen Arbeitern gemeinsame Lohnabhängigkeit, ist das kollektive Bewußtsein, daß der technische Wandel die Arbeiter ersetzbar und potentiell überflüssig mache und damit ihre Reproduktionsmöglichkeiten gefährden könne, ohne daß das gesellschaftliche System den Risiken begegne. In diesem Zusammenhang hat

das dichotomische Bild von der Gesellschaft noch strukturierende Kraft auf die Erwartungen der Mehrheit der Arbeiter" (276).
Kern und *Schumann* interpretieren dieses widersprüchliche Nebeneinander von heterogenen und homogenen Elementen des Arbeiterbewußtseins als dessen spezifische „Zwiespältigkeit" (236). Die Ambilanz des Urteils — d. h. das unverarbeitete Vermengen von positiven und negativen Bewertungskriterien — setzt sich zumal bei den Zukunftserwartungen der Industriearbeiter durch (255). Dieser als „desolat" ausgegebene Zustand des Arbeiterbewußtseins — die Unfähigkeit zu „strukturierter Beurteilung gesellschaftlicher Sachverhalte" (273) — wird wesentlich auf das Schwinden des ideologisch organisierenden Einflusses einer marxistisch orientierten Arbeiterbewegung zurückgeführt. Auch hier also werden Gewerkschaften, die eine entschiedene Klassenpolitik verfolgen und die marxistische Arbeiterpartei als eine unabdingbare Voraussetzung anerkannt, um dem partikularisierenden und individualisierenden Auflösungsprozeß des Arbeiterbewußtseins entgegenzuwirken und damit die weithin zu konstatierende Unsicherheit durch „Orientierungsmöglichkeiten ... bei der Einschätzung der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Entwicklung" (272) aufzuheben. Insofern besteht auch eine unmittelbare Beziehung zwischen der „Einflußlosigkeit der Gewerkschaften auf die Entwicklungsperspektive der Arbeiter" und „dem großen Gewicht, mit dem die individuellen Arbeitserfahrungen in diese eingehen" (ebd.).
Bei der Auswertung dieser Ergebnisse verwickeln sich die Autoren jedoch selbst in Widersprüche, die freilich schon durch die gesamte theoretische und methodische Anlage der Untersuchung vorbereitet sind. Einerseits wird eingangs hervorgehoben, daß die objektiven Bestimmungsmomente der Klassenlage der Lohnarbeiterschaft (restringierte Entwicklungschancen in Kultur, Erziehung, Gesundheit und Wohnen, ökonomische und soziale Unterprivilegierung, Zwang zu der innerbetrieblichen Unterordnung, Situation individueller Ersetzbarkeit, S. 25) fortbestehen. Andererseits wird aus dem in der industriellen Arbeit stattfindenden — technologisch strukturierten — Differenzierungsprozeß die Notwendigkeit abgeleitet, „die Arbeiter-

schaft nach dem Gesichtspunkt ihrer Arbeitssituation und ihres Erfahrungshorizonts in Teilkollektive aufzuspalten" (34). Dabei werden jedoch technologische und subjektive gegenüber klassenspezifischen sozialökonomischen Faktoren in einem Maße verabsolutiert, daß schließlich doch ein „technologischer Determinismus" dominiert. Völlig unberücksichtigt bleibt die Tatsache, daß die untersuchten technologischen Innovationsprozesse Ausdruck des kapitalistischen Verwertungsbedürfnisses sind, das seinerseits die gesellschaftliche Qualität des — durchaus richtig beobachteten — Polarisierungsprozesses definiert. Die Trennung von qualifizierten und unqualifizierten, privilegierten und subalternen, von anleitenden und ausführenden Tätigkeiten ist nicht abstrakt dem wissenschaftlich-technischen Fortschritt geschuldet; sie reflektiert die Entfaltung der Produktivkräfte unter kapitalistischen Bedingungen, in denen die Arbeiterklasse nicht Subjekt sondern Objekt der gesellschaftlichen Planung ist. So reduzieren sich bei *Kern* und *Schumann* in den politischen Schlußfolgerungen grundlegende Einsichten in die sozial antagonistische Grundstruktur des Spätkapitalismus auf die Forderung nach partikularen Reformen, auf die Eindämmung und nicht auf die Aufhebung von Widersprüchen. „Doch für fortgeschrittene Industriegesellschaften wie die unsere gilt, daß gerade sie über ein ausreichendes ökonomisches Fundament und über genügend wissenschaftliche Kapazität verfügen, um die Aufhebung oder doch wenigstens die Einschränkung belastender Arbeitssituationen zielstrebig in Angriff zu nehmen" (279).

6. Eine zusammenfassende Auswertung der verschiedenen soziologischen Untersuchungen zu Lage und Bewußtsein von Industriearbeitern kann nur mit gewissen Einschränkungen angegangen werden. Das erkenntnisleitende Interesse der einzelnen Untersuchungen, ihr Gegenstand und ihre Methoden sind zu verschieden, als daß die Ergebnisse unkritisch einander gegenübergestellt werden könnten. Darüber hinaus verlangen natürlich die Untersuchungsergebnisse aus verschiedenen Ländern eine differenzierende Analyse. Trotz ähnlicher Arbeitsbedingungen

und Industrialisierungstendenzen wird die Herausbildung des Arbeiter- und Klassenbewußtseins von Faktoren bestimmt, die mit dem ökonomischen und politischen Kräfteverhältnis der Klassen, mit der Organisation der Arbeiterbewegung und damit auch mit der besonderen politischen Geschichte eines Landes zusammenhängen. Gerade die Arbeit von *Hamilton* macht deutlich, daß z. B. die Stärke des kommunistischen Einflusses auf die französische Arbeiterklasse in erster Linie nicht aus technologischen und ökonomischen, sondern aus politisch-gesellschaftlichen Faktoren abzuleiten ist. Auch die divergenten Schlußfolgerungen, die Robert *Blauner* für die amerikanische, und Serge *Mallet* für die französische Entwicklung festhalten[46], entschlüsseln sich letztlich nur vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Politisierungsbedingungen, die die Konturen des Arbeiterbewußtseins und der Organisation der Arbeiterschaft prägen. Wenn also angesichts dieser spezifischen Merkmale der nationalen Entwicklungsbedingungen des Arbeiterbewußtseins, die vor allem bei der Analyse der westdeutschen Situation zu berücksichtigen sind[47], der Konkretionsgrad zusammenfassender Schlußfolgerungen unvermeidlich gering bleiben muß, so sind dennoch einige Strukturmerkmale nicht zu übersehen, die in nahezu allen hier diskutierten Untersuchungen als Bedingungen und Erscheinungsformen von Lage und Bewußtsein der Industriearbeiter in entwickelten kapitalistischen Gesellschaften ermittelt worden sind.

1. Die gesellschaftlichen Bedingungen der Klassenlage, das Verhältnis der Lohnarbeit und der Unselbständigkeit, werden durch die relative Expansion der Einkommen und der Konsummöglichkeiten nicht grundsätzlich tangiert. Die „sozialen und ökonomischen Determinanten des Bewußtseins der Arbeiterklasse" *(Lockwood)* werden durch die Veränderung der Arbeitsbedingungen sowie durch die Erweiterung der Bedürfnisse nicht aufgehoben.

2. Die überwiegende Mehrheit der Arbeiter hat keine positive Beziehung zum Inhalt ihrer produktiven Tätigkeit. Die sozialtechnisch manipulierbaren „Zufriedenheits-Tests" täuschen darüber hinweg, daß solche Formen der Identifikation in der Re-

gel äußere Bedingungen des Arbeitsverhältnisses — wie z. B. den Lohn oder die Sicherheit des Arbeitsplatzes — betreffen. Die Arbeit selbst wird dagegen als schwere Last, als uninteressant, als „notwendiges Übel" erfahren.

3. Die Möglichkeiten wie die Erwartungen des sozialen Aufstiegs sind gering.

4. Die Möglichkeiten der Beteiligung an relevanten politischen und ökonomischen Entscheidungen sind beschränkt. Dem entspricht die deutliche Unterprivilegierung auf dem Gebiet der Bildung und Ausbildung, die ihrerseits die Verfügbarkeit von Informationen begrenzt.

5. Die in mehreren Untersuchungen hervorgehobene „Privatisierung" der Verhaltensweisen bzw. die „instrumentelle Orientierung" des Arbeiterbewußtseins sind adäquater Ausdruck dieser objektiv geringen Identifikations- und Partizipationsmöglichkeiten im Bereich der materiellen Produktion, im Prozeß der Kapitalverwertung.

6. Gleichwohl unterliegen die Arbeiter in der außerbetrieblichen Lebens- und Konsumsphäre dem manifesten Zwang, durch Mehrarbeit oder durch Verschuldung ein Minimum des gesellschaftlich durchschnittlichen Lebensniveaus zu erhalten. Der Dispositionsspielraum, den die Lohneinkommen für die Erweiterung des Konsums und der Bedürfnisse gewähren, ist außerordentlich eng.

7. Im Bewußtsein der Arbeiter reflektieren sich diese Bedingungen der Klassenlage vor allem in der Erfahrung der gesellschaftlichen Machtlosigkeit, in der Unsicherheit der Erwartungen gegenüber den Auswirkungen des technischen Fortschrittes und gegenüber der wirtschaftlichen Stabilität. Diese Elemente verbinden sich zu einem Lagebewußtsein, das die dichotomische Struktur der Gesellschaft erkennt und sich hauptsächlich in Lohnkonflikten praktisch artikuliert.

8. Die Veränderungen der Arbeitsbedingungen im Zuge des wissenschaftlich-technischen Fortschritts wirken auf die objektiven und subjektiven Bedingungen der Klassenlage. Mit der Einführung automatischer Produktionsverfahren wird dem traditionellen, kollektiven „Leistungsbewußtsein" weitgehend der

Boden entzogen, während neue Formen eines arbeitsbezogenen „Selbstbewußtseins" bei den Gruppen hochqualifizierter Arbeiter entstehen, die vorwiegend kontrollierende, regulierende und planende Funktionen im Produktionsprozeß wahrnehmen. Der Differenzierungsprozeß der Arbeiterklasse führt unter kapitalistischen Bedingungen zu einer Polarisierung von privilegierten und unterprivilegierten Tätigkeiten, was die Herausbildung eines kollektiven und solidarischen Interessenbewußtseins, damit auch Formen des solidarischen Handelns behindert. Dem homogenen Lagebewußtsein treten also Tendenzen der „Diversifikation" eines einheitlichen Arbeiterbewußtseins gegenüber.

9. In Ländern, in denen es keine starke Arbeiterbewegung bzw. ein Übergewicht der reformistischen Arbeiterbewegung gibt, wird das Lagebewußtsein von den herrschenden Ideologien überlagert. Die mangelnde Möglichkeit, die permanente Spannung zwischen der Erfahrung der Klassenlage und dem Druck der herrschenden Ideologien zu interpretieren, führen hier notwendig zu individuellen Lösungsversuchen, zu Anpassung oder resignativer Integration in das herrschende Wertesystem. *Kern* und *Schumann* haben diesen Trend zur Individualisierung als Folge eines rückläufigen gewerkschaftlichen Einflusses in der BRD festgehalten: „Es liegt deswegen der Schluß nahe, daß die herkömmliche Arbeiterbewegung den Arbeitern heute kein hinreichendes Interpretationsschema mehr bietet, das ihnen Orientierungsmöglichkeiten gibt bei der Einschätzung der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Entwicklung."

10. Insgesamt konstituieren diese verschiedenen Faktoren die für die gegenwärtige Periode charakteristische „Unsicherheit" bzw. „Zwiespältigkeit" des Arbeiterbewußtseins. Sein Doppelcharakter muß eben darauf zurückgeführt werden, daß es sowohl die Bedingungen der proletarischen Klassenlage als auch die Bedingungen der relativen ökonomischen, politischen und ideologischen Stabilität, die für die Entwicklung des Kapitalismus bis in die Mitte der sechziger Jahre bezeichnend gewesen sind, in sich aufgenommen hat.

Empirisch-soziologische Untersuchungen, die nicht dem Zwang der ideologischen Verwertbarkeit ihrer Ergebnisse unterliegen,

die also keine — an Herrschaftsinteressen gebundene — Auftragsforschung verfolgen, sollten von vornherein darauf verzichten, die gängigen „Nivellierungs-" und „Verbürgerlichungs-" Thesen der bürgerlichen Soziologie der fünfziger Jahre zu überprüfen. Diese Thesen sind nicht nur durch die hier diskutierten Untersuchungen, sondern auch durch die historisch-gesellschaftliche Wirklichkeit, durch die Intensivierung der Klassenauseinandersetzungen in nahezu allen hochentwickelten kapitalistischen Gesellschaften seit der Mitte der sechziger Jahre hinreichend widerlegt. Ausgangspunkt empirischer und auch politischer Fragestellungen hätte vielmehr gegenwärtig der Doppelcharakter des Arbeiterbewußtseins zu sein. Sofern aber solche Untersuchungen nicht durch das Interesse geleitet werden, den Organisationen der Arbeiterschaft Materialien für eine konfliktorientierte, antikapitalistische Strategie, die allein in der Praxis Klassenbewußtsein entwickeln kann, aufzubereiten, werden sie selbst der letztlich unverbindlichen Arbeitsteilung von Wissenschaft und Politik verhaftet bleiben.

---

* Überarbeitete und erweiterte Fassung des Aufsatzes: F. Deppe, H. Lange. Zur Soziologie des Arbeiter- und Klassenbewußtseins. Ein kritischer Literaturbericht, in: Das Argument, 12. Jg., Dezember 1970, Nr. 61 (Teil 1) und Nr. 62 (Teil 2).

[1] Vgl. dazu weiter unten, Kap. V.

[2] Vgl. *M. Feuerstenger* (Hrsg.), Gibt es noch ein Proletariat? Frankfurt/M. 1962, und *S. Herkommer*, Zum politischen Interesse und Bewußtsein der Arbeiter, in: Neue Kritik, Nr. 28, Februar 1965, S. 10 ff.

[3] *H. Popitz, H. P. Bahrdt* u. a., Das Gesellschaftsbild des Arbeiters, Tübingen 1957; dies., Technik und Industriearbeit, Tübingen 1957.

[4] Offensichtlich ist es das intellektuelle Marxismus-Verständnis der Autoren, das die Umsetzung der marxistischen Kapitalismuskritik in der Massenaktion der Arbeiterbewegung als „Vulgärmarxismus" klassifiziert.

[5] Vgl. z. B. *S. Braun*, Das Gesellschaftsbild der Angestellten, in: Atomzeitalter, 9/1967, S. 482—495.

[6] Vgl. zusammenfassend *R. Dahrendorf*, Dichotomie und Hierarchie. Das Gesellschaftsbild der Unterschicht, in: ders., Gesellschaft und Freiheit, München 1961, S. 163—175.

[7] *R. Centers*, The psychology of social class. A study in class-consciousness, Princeton 1949. Zu den amerikanischen Forschungsergebnissen zum Verhalten der Unterschichten vgl. zusammenfassend *G. Knupfer*, Portrait of the underdog, in: *R. Bendix/S. M. Lipset* (Eds.), Class, Status, Power, Glencoe 1953, S. 255—263.

[8] *R. Hoggart*, The uses of literacy, Harmondsworth, Middlesex 1958.

[9] *A. Willener*, Images de la société et classes sociales, Berne 1957.

[10] Ebd., S. 214.

[11] *H. Popitz, H. P. Bahrdt* u. a., Technik und Industriearbeit, a. a. O., S. 72.

[12] *Andrieux/Lignon*, L'ouvrier d'aujourd'hui, Paris 1960. Die geringe Anzahl der Befragten macht natürlich von vornherein jeden — statistisch abgesicherten — Vergleich unmöglich. Dennoch liegt der Wert dieser Untersuchung in der u. T. sehr intensiven Befragung einzelner — politisch militanter — Arbeiter.

[13] Es werden drei Typen von Reaktionen auf die Arbeitssituation unterschieden: 1. die Evasionisten, die durch Berufswechsel (Handwerk, Laden, kleiner Bauernhof) oder durch beruflichen Aufstieg der Arbeitssituation entfliehen wollen (ca. 50 %); 2. die Resignierten (ca. 30 %) und 3. die Resistenten (ca. 10 %), die organisierten, kollektiven Widerstand leisten. Vgl. ebd., S. 102 ff.

[14] *F. Zweig*, The worker in an affluent society, New York 1961.

[15] Ders., The British worker, London 1952.

[16] Ders., The worker . . ., a. a. O., S. IX.

[17] *D. Lockwood*, The „new working class", in: Archives européennes de Sociologie, Bd. 1, 1960, Nr. 2, S. 248—259.

[18] „Neue Arbeiterklasse" ist hier stets auf das Kriterium des Spitzenlohnes und nicht — wie etwa bei Serge *Mallet* — auf die berufliche Qualifikation und die Stellung im Produktionsprozeß bezogen.

[19] *J. H. Goldthorpe, D. Lockwood* u. a., The affluent worker, Bd. 1: Industrial attitudes and behaviour; Bd. 2: Political attitudes and behaviour, Cambridge 1968; vgl. auch *Goldthorpe, Lockwood*, The affluent worker and the thesis of embourgeoisement, in: Sociology, No. 1, Vol. 1, Jan. 1967; *Goldthorpe, Lockwood*, Affluence and the British class structure, in: Sociological Review, Vol. 11, No. 2, July 1963.

[20] Im II. Band zeigt sich vollends die Fragwürdigkeit dieser Untersuchungsergebnisse. Einmal bezieht sich das tatsächliche wie das intendierte Wahlverhalten im Untersuchungszeitraum auf die Wahlen von 1955 und 1959. Es ist also auf jene Periode bezogen, in der Labour noch in der Opposition stand, nicht aber auf die — für die Beurteilung des politischen Bewußtseins der Arbeiter — entscheidende Phase der Labour-Regierung unter Harold Wilson mit ihrer restriktiven Einkommens-, Anti-Gewerkschafts- und Anti-Streikpolitik. Weiterhin werden wichtige Ergebnisse wie z. B. die 10 %, die überhaupt nicht wählen, oder die allgemeine negative Einstellung gegenüber den Parteien nicht näher analysiert.

[21] Im englischen Sprachgebrauch hat „working-class" freilich nicht die politisierte Bedeutung, die dem Begriff „Arbeiterklasse" in Deutschland zukommt.

[22] *J. H. Goldthorpe, D. Lockwood* u. a., The affluent worker in the class structure, Cambridge 1969.

[23] So ist auch aus der gesamten Studie nicht abzuleiten, warum 1965 und 1967 bei Vauxhall (einem der untersuchten Betriebe in Luton) gestreikt wurde (I, S. 195 ff.). Hier hätte eine kritische Untersuchung der Ein-

stellungen zur Labour-Party zumindest die Voraussetzungen bestimmen können, unter denen die Interessen der Arbeiter in Konflikt mit der Regierungspolitik — und damit auch der traditionell akklamierten Arbeiterpartei — geraten.

[34] Vgl. *D. Lockwood*, The „New Working Class", a. a. O., S. 255.

[35] Vgl. u. a. *B. Bernstein* und *D. Henderson*, Social class difference, in the relevance of language to Socialization, in: Sociology, Bd. 3, No. 1, Januar 1969, S. 1—20.

[36] So werden auch Arbeiter aus Unternehmen mit verschiedener Produktionsstruktur (Chemie, Fließbandproduktion und Maschinenbau) zur Gruppe der „affluent workers" zusammengefaßt. *Goldthorpe* und *Lockwood* heben jedoch gegen *Blauner* und *Mallet* ausdrücklich hervor, daß sich in den Einstellungen und Verhaltensweisen der Arbeiter aus verschiedenen Produktionsbereichen keine signifikanten Differenzen nachweisen lassen.

[37] Vgl. dazu weiter oben, Kap. I, S. 41 ff.

[38] *A. Touraine*, L'évolution du travail aux usines Renault, Paris 1955.

[39] *H. Kern*, Die Veränderung industrieller Arbeitsformen und Arbeitsinhalte durch technische Neuerungen, in: Atomzeitalter, Mai 1968, S. 251.

[40] Vgl. *A. Touraine*, Sociologie de l'action, Paris 1965.

[41] *A. Touraine*, La conscience ouvrière, Paris 1966.

[42] Vgl. ders., Chancen des technischen Fortschritts, in: Automation — Risiko und Chance, hrsgg. v. *G. Friedrichs*, Band II, Frankfurt/M. 1965, S. 1058 ff.

[43] Ders., La conscience . . ., a. a. O., S. 45.

[44] Ebd., S. 28/29.

[45] Ders., Chancen . . ., a. a. O., S. 1071/72.

[46] *J.-M. Rainville*, Condition ouvrière et intégration sociale, Paris 1967.

[47] *R. F. Hamilton*, Affluence and the French Worker in the Fourth Republic, Princeton, New Jersey 1967.

[48] Vgl. dazu weiter oben, Kap. I, S. 29 ff.

[49] In Deutschland hingegen ist bis in die Gegenwart in den besonders rückständigen Gebieten — so z. B. in Bayern — der Einfluß der Kirche auf die politische Bewußtseinsbildung ungebrochen.

[50] *F. Fürstenberg*, Die Soziallage der Chemiearbeiter, Neuwied und Berlin 1969, und *B. Scheuriger*, Gruppendiskussionen mit Chemiearbeitern, Beiträge zur Sozialforschung, Linz/Donau, 1/1969.

[51] Vgl. dazu ausführlich: *Frank Deppe, Hellmuth Lange*, Wissenschaft im Dienst der Unternehmer. Eine kritische Stellungnahme zu *F. Fürstenberg*, Die Soziallage . . ., Institut f. marxistische Studien und Forschungen, Informationsbericht Nr. 5, Juni 1970; *M. Schumann/H. Kern*, Emanzipierte Chemiearbeiter?, in: Gewerkschaftliche Umschau, 4/1970, S. 61—63.

[52] *H. Kern, M. Schumann*, Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein, Teil I, Frankfurt/M. 1970.

[53] Vgl. auch: Wirtschaftliche und soziale Aspekte des technischen Wandels in der BRD, Erster Band. Sieben Berichte, Frankfurt/M. 1970, vor allem S. 320—332.

[54] Vgl. *Kern, Schumann*, Industriearbeit . . ., a. a. O., S. 123.

[55] Diese 6 Typen sind: 1. Der reine Handbetrieb; 2. Fließbandfertigung; 3. Einzelaggregate, a) Maschinenbedienung und Apparatebedienung, b) Steuerarbeit und Schaltarbeit, c) Maschinenführung und Apparateführung;

4. Aggregatsysteme: Anlagenführung; 5. Teilautomatisierte Einzelaggregate: Automatenführung und Automatenkontrolle; 6. Teilautomatisierte Aggregatsysteme: Anlagenkontrolle und Meßwarentätigkeit.

[46] Vgl. weiter oben, Kap. I, S. 43 ff.

[47] Dazu gehörte vor allem in der BRD: die Erfahrungen des Faschismus und der Nachkriegsperiode, die Systemkonkurrenz zwischen BRD und DDR auf deutschem Boden, die damit verbundene Intensität des Antikommunismus, die Illegalisierung der Kommunistischen Partei in den fünfziger Jahren sowie die Integration der sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften etc.

III. Zu einigen methodischen und inhaltlichen Problemen der empirischen Untersuchung des gesellschaftlichen Bewußtseins von Arbeitern

Materielle gesellschaftliche Verhältnisse

Es ist unerläßlich, zunächst noch einmal zu unterstreichen, daß die Kategorie Bewußtsein kein Erfahrungs- oder Informationsdatum bzw. deren Summe, sondern eine gesellschaftliche Subjekt-Objekt-Beziehung ausdrückt. Welche Elemente konstituieren und entwickeln diese Beziehung? Zunächst kann das Bewußtsein nicht von der objektiven gesellschaftlichen Lage der Arbeiter abstrahiert werden, die durch die je historischen materiellen gesellschaftlichen Verhältnisse, durch die Strukturen des gesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionsprozesses vorgegeben wird. Ebenso wie der Prozeß der materiellen Produktion durch vorgetane vergegenständlichte und lebendige Arbeit[1], d. h. durch den historisch konkreten Entwicklungsstand der Produktivkräfte, bestimmt wird, so sind auch die Geschichte und das Bewußtsein der Menschen nicht voraussetzungslos. „Die Menschen machen ihre eigene Geschichte, aber sie machen sie nicht aus freien Stücken, nicht unter selbstgewählten, sondern unter unmittelbar vorgefundenen, gegebenen und überlieferten Umständen."[2] Die materiellen gesellschaftlichen Verhältnisse konkretisieren sich zunächst in den Eigentumsverhältnissen, die in der kapitalistischen Gesellschaft — durch die Verfügung einer Minderheit über die Produktionsmittel — die Arbeitskraft in eine Ware verwandeln und so erst das Verhältnis Lohnarbeit—

Kapital hervorbringen. Diese besonderen Eigentumsverhältnisse prägen zugleich den herrschaftlichen Charakter der gesellschaftlichen Beziehungen; denn das Eigentumsverhältnis bezeichnet immer ein bestimmtes Aneignungsverhältnis, d. h. das Produkt der gesellschaftlichen Arbeit gehört allein dem Kapitalisten, der gesamte Prozeß der „Aneignung der Natur" von seiten der vergesellschafteten Individuen ist kapitalistischer Verwertungsprozeß.

Schon das Verhältnis des Austausches der Tätigkeiten, die Kooperation und die Verteilung der Arbeit auf verschiedene Zweige der Produktion (innerbetriebliche und gesellschaftliche Arbeitsteilung), konkretisiert unter kapitalistischen Voraussetzungen den antagonistischen Charakter der Klassenstruktur. Der Polarisierungsprozeß, den *Kern* und *Schumann* als vorherrschende Tendenz der gegenwärtigen Entwicklung der Industriearbeit nachweisen, ist nur ein Moment der Polarisierung von geistiger und körperlicher Arbeit, von anleitenden und ausführenden Tätigkeiten wie auch des Gegensatzes von Stadt und Land. Die innerbetriebliche Arbeitsteilung realisiert den herrschaftlichen Charakter der Arbeitsorganisation im Kapitalismus wesentlich durch die hierarchische Befehlspyramide, durch die Gegenüberstellung von anleitenden und beaufsichtigenden sowie von unmittelbar produzierenden Funktionen, schließlich auch durch die Trennung von Arbeitern und Angestellten, die vor allem wegen ihrer entpolitisierenden Einschränkung der Solidarität gefördert wird. Die Analogie des „divide et impera", die sich als Interpretation der innerbetrieblichen Arbeitsteilung, in der sich die gesellschaftliche Polarisierung von Lohnarbeit und Kapital reproduziert, aufdrängen mag, verwechselt Ursache und Wirkung dieses Verhältnisses. Es ist nicht die Arbeitsteilung, die Herrschaft begründet, sondern die Konfrontation von über- und untergeordneten Tätigkeiten, die vertikale Anweisungsstruktur, ist ihrerseits Ausdruck der kapitalistischen Organisation des Produktionsprozesses; sie ist Ausdruck des Widerspruchs zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und der privaten Aneignung des gesellschaftlichen Mehrprodukts. Freilich gewinnt die Formel vom „divide et impera" dort ihr

Recht, wo zwischen bestimmten Gruppen von Arbeitern und Angestellten künstliche Konkurrenzverhältnisse in Form von Lohnstaffelungen, Sonderzulagen, Aufstiegschancen und anderen Privilegierungen (z. B. bessere Kantinen und Toiletten für Angestellte u. a. m.) manipuliert werden.

Als weiteres Element der materiellen gesellschaftlichen Verhältnisse sind schließlich die *Verteilungsverhältnisse* zu berücksichtigen, die die Distribution der für die Produktion und den Konsum geschaffenen Güter bestimmen und realisieren. Dabei handelt es sich einerseits um den Anteil der verschiedenen Klassen am gesellschaftlichen Gesamtprodukt, der sich in der Einkommens- und Vermögensstruktur der Gesellschaft ausdrückt. Die Verteilung der Einkommen ist aber immer zugleich Umverteilung, d. h. Reproduktion gesellschaftlicher Institutionen und Schichten, die keinen Mehrwert produzieren, sondern Teile des Mehrwertes und der Arbeitseinkommen konsumieren. *Marx* bezeichnete diese Schichten, zu denen nicht nur die Gruppen des „alten" Mittelstandes — Handwerker, kleine Gewerbetreibende, Selbständige — und die Gruppe des Dienstpersonals, sondern auch die Staatsbeamten in Armee, Justiz und staatlicher Bürokratie zählen, als die unproduktiven Schichten[3]. Der Verteilungs- und Umverteilungskonflikt wird im Kapitalismus wesentlich auf zwei Ebenen ausgetragen: Einmal auf der Ebene des Staates; die Hebel des staatlichen Umverteilungssystems sind die Steuerpolitik, die Währungs- und Kreditpolitik, die Subventionspolitik, das Volumen des Staatsverbrauchs und dessen Struktur sowie die Regulierungsfunktion der staatlichen Wirtschaftsunternehmungen selbst. Zum anderen wirkt der Klassenkampf — vor allem der Kampf der Gewerkschaften — auf die Verteilungsverhältnisse ein. Das ursprüngliche Konzept der Gewerkschaftsbewegung war ja gerade durch die Zielsetzung bestimmt, der herrschenden Klasse bestimmte materielle Verbesserungen abzutrotzen, um so die Verteilung zugunsten der Lohnabhängigen zu verändern. Diese Zielsetzung, die als isolierte notwendig zu wirtschaftlichen und politischen Illusionen führen mußte, machte den Kern des klassischen gewerkschaftlichen Reformismus aus. Freilich ist die gegenwärtige Anpassung der

Gewerkschaftspolitik an die staatliche Regulierung der Löhne, Profite und Investitionen (Konzertierte Aktion) und an die Steigerung der Arbeitsproduktivität (Produktivitätslohn) zugleich mit der Aufgabe des Anspruchs verbunden, die klassenspezifische Verteilungsstruktur im Spätkapitalismus zu verändern. Ein konsequentes Ergebnis dieser immanenten Wandlung der Gewerkschaftspolitik wird zwischen 1950 und 1966 in der BRD in dem Sinken des Anteils vom Volkseinkommen sichtbar, der den Lohnabhängigen zufließt [4].

Gegen diesen Ansatz, die Analyse des Bewußtseins mit der Analyse der materiellen gesellschaftlichen Verhältnisse zu beginnen, mag zweierlei angewandt werden. Erstens könnte die Relevanz dieser Kategorien für die Untersuchung des Arbeiter- und Klassenbewußtseins bestritten werden; zweitens könnte die empirische Konkretisierbarkeit solcher Kategorien prinzipiell in Frage gestellt werden. Beide Einwände sind jedoch nicht stichhaltig. Schon bei *Kern* und *Schumann* geht die Bestimmung des Arbeiterbewußtseins von der methodisch richtigen Prämisse aus, daß die Aussagen der Arbeiter über ihre Arbeit nur vor dem objektiven Hintergrund der tatsächlichen Arbeitsverhältnisse aufgehellt werden können [5]. Was aber für das Arbeiterbewußtsein richtig ist, kann für das gesellschaftliche Bewußtsein nicht falsch sein — zumal die spezifischen Erfahrungen des Arbeitsprozesses nur ein Teilbereich der sozialökonomischen, politischen und ideologischen Lage der Arbeiterklasse bezeichnen. Sofern die Kategorie des Gesellschaftsbewußtseins überhaupt ernst genommen wird, kann man die Analyse des objektiven gesellschaftlichen Hintergrundes, vor dem erst die Qualität individueller Aussagen und kollektiver Aussagestrukturen sinnvoll zu bewerten ist, nicht verzichtet werden. Andernfalls wird sich der Forschungsansatz notwendig in den Typologien der bürgerlichen Soziologie erschöpfen. Selbstbilder, Images und Gesellschaftsbilder, d. h. subjektive Aussagen, die die gesellschaftliche Objektivität strukturieren, treten an die Stelle des Begriffs Bewußtsein, der umgekehrt die gesellschaftliche Qualität der Beziehungen zwischen der objektiven Klassenlage, dem Grad der subjektiven Verarbeitung der Klassenverhältnisse sowie der

Manifestation von Widersprüchen in der Klassenauseinandersetzung zum Inhalt hat.

Der zweite Einwand richtet sich gegen die empirische Konkretisierbarkeit jener zusammenwirkenden Elemente, die die materiellen gesellschaftlichen Verhältnisse bilden. Im folgenden Abschnitt soll in einigen Punkten aufgezeigt werden, nach welchen Kriterien eine solche Konkretisierung vorzunehmen ist. Es kann sich dabei nur um einige ausgewählte Hinweise handeln, die noch im Zuge umfassender sozialökonomischer Untersuchungen — z. B. in der Auswertung der Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung von 1970 — zu systematisieren sind.

Kapitalistisches *Eigentum* bedeutet Verfügungsgewalt über Güter und persönliche Leistungen. Das Eigentum an Produktionsmitteln entscheidet über die objektive Stellung des einzelnen im gesellschaftlichen System der Produktion und Reproduktion: Es entscheidet über die Grundstruktur des gesellschaftlichen Klassenverhältnisses. Unselbständige Arbeit, die sich durch ihren Verkauf auf dem Arbeitsmarkt und durch ihre Verwertung im Arbeitsprozeß in eine Ware verwandelt, bezeichnet in ihrer Warenform also ein doppeltes Zwangsverhältnis, das aus der gesellschaftlichen Eigentumsstruktur resultiert: Zwang zum Verkauf der Arbeitskraft — i. e., Zwang zur physischen und geistigen Reproduktion — sowie der Zwang, die Resultate der produktiven Arbeit, die Arbeitsprodukte, dem Kapitaleigner zu überlassen. Das Lohnverhältnis spiegelt die grundsätzlich entgegengesetzten Interessen, die das Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital bestimmen: Für den Kapitalisten ist der Arbeitslohn Kostenfaktor — für den Arbeiter ist er einziges Mittel der Lebenserhaltung[6]. Die Quantifizierung dieses Verhältnisses legt die im Zuge der kapitalistischen Entwicklung sich durchsetzende Polarisierung von selbständiger und unselbständiger, abhängiger Arbeit offen: Der Umfang der Gesamtkategorie der abhängig Beschäftigten betrug 1969 gegen 81 % der Erwerbspersonen. Der Anteil der herrschenden Klasse (Produktionseigentümer, angestellte direkte Funktionäre der Einzelkapitale, Führungspersonal des Staatsapparates und anderer Herrschafts-

institutionen) machte dagegen nur 1,5 bis 2% der Erwerbspersonen aus. Der Rest der Erwerbspersonen verteilte sich auf die Erwerbsformen des kleinbetrieblichen selbständigen Handwerks, Handels, Gewerbes und der Klein- und Mittelbauern — einschließlich der mithelfenden Familienangehörigen — sowie auf die freiberufliche Intelligenz [7].

Solche Quantifizierungen, die die Stellung der Gesellschaftsmitglieder im System der gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion angeben, sind nicht unmittelbar aus der amtlichen Statistik zu entnehmen. Die Gliederung der Erwerbstätigkeit nach Selbständigen, mithelfenden Familienangehörigen und Abhängigen, die im „Statistischen Jahrbuch der BRD" vorgenommen wird, abstrahiert vollends von den realen gesellschaftlichen Positionen, die verschleiernd unter den einzelnen formalen Kategorien subsumiert werden. Der Unternehmer eines industriellen Konzerns erscheint hier ebenso wie der — unter lumpenproletarischen Bedingungen lebende — Bauchladenkrämer unter der Rubrik „selbständig". Die Kategorie der Abhängigen wird dagegen durch das Nebeneinander von Spitzenmanagern von Großbanken und Konzernen, Arbeitern und Angestellten verfälscht. Bis heute hat die bürgerliche Sozialwissenschaft nicht an jene „Roh- und Tiefengliederung" anzuknüpfen vermocht, die Theodor *Geiger* seiner Schichtungsanalyse — als Verhältnis der jeweiligen gesellschaftlichen Stellung im Produktionsprozeß und in den verschiedenen Wirtschaftsabteilungen — im Jahre 1932 zugrunde legte [8].

Der *Arbeitsvertrag*, auf den sich das gesamte System des Arbeitsrechts aufbaut, definiert und garantiert die Wirkungsweise der Eigentumsverhältnisse im Produktionsprozeß. Er ist die rechtliche Kodifizierung von Über- und Unterordnung, von Weisung und Gehorsam — kurzum, des Verhältnisses von selbständiger und unselbständiger Arbeit [9]. Wesentlicher Inhalt des bürgerlichen Arbeitsrechtes ist ein individuelles Gläubiger-Schuldner-Verhältnis: Der Arbeiter ist Gläubiger der Lohnforderung und Schuldner der Arbeitsleistung. Damit verzichtet der Arbeiter darauf, Einfluß auf den Inhalt der Nutzung seiner Arbeitskraft durch den Unternehmer zu nehmen, denn er stellt

diesem seine Arbeitskraft zur Verfügung, „damit dieser von seiner Arbeitskraft in den gesetzlich, tariflich, betrieblich oder einzelvertraglich gesetzten Grenzen Gebrauch machen kann“ [10]. Aus dieser rechtlich begründeten Verfügung über den Gebrauchswert der Ware Arbeitskraft resultiert — nach den Vorstellungen des bürgerlichen Arbeitsrechts — notwendig die kapitalistische Leistungs- und Direktionsfunktion, „weil sich das Direktionsrecht aus dem Wesen des abhängigen Arbeitsverhältnisses ergibt“ [11]. Der ideologische Charakter dieser Rechtsauffassung besteht zweifellos darin, daß hier ein Rechtsverhältnis von formal gleichgestellten Vertragspartnern als die — auf rationalem Konsens beruhende — Ursache des Über- und Unterordnungsverhältnisses in der Produktion ausgegeben wird. Dabei wird unterschlagen, daß dieses Rechtsverhältnis nur der Ausdruck und die nachträgliche Sanktionierung von Klassenverhältnissen ist, die sich mit der historischen Entfaltung des Kapitalismus — als Polarisierung von Kapitaleignern und eigentumslosen Lohnarbeitern — herausgebildet haben. So ist auch der Arbeitsvertrag Ausdruck jenes dominierenden Herrschaftsverhältnisses, das durch die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse konstituiert wird.

Im System des Spätkapitalismus wirken bei der Entwicklung und Ausgestaltung des Arbeitsrechts wesentlich zwei einander entgegengesetzte Tendenzen, die ihrerseits das Kräfteverhältnis der Klassen reflektieren. Auf der einen Seite wird vorgeschlagen, das Arbeitsverhältnis neu als ein „personenrechtliches Gemeinschaftsverhältnis“ zu formulieren. Das heißt: An die Stelle des bisherigen — nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB) erfaßten — Dienstleistungsverhältnisses soll ein sachlich bedingtes „menschliches“ Verhältnis zwischen Personen treten [12]. „Diese Personen stünden im Betrieb als Partner einer ‚Leistungsgemeinschaft‘ nebeneinander, in die der eine Partner seine ‚unternehmerische‘ Leistung und der andere eben seine Arbeitsleistung einbringe.“ [13] Es braucht wohl kaum besonders hervorgehoben zu werden, daß diese Konzeption der „Refeudalisierung“ von Herrschaftsbeziehungen — im Sinne einer Ideologie der gegenseitigen Abhängigkeit und Gleichwertigkeit — von

Advokaten der herrschenden Klasse vorgetragen wird. Zu deutlich nur verrät sich die Tradition der faschistischen Betriebsgemeinschaftsideologie, die schon das Betriebsverfassungsgesetz von 1952, vor allem aber die herrschende Arbeitsrechtspraxis in der BRD gezeichnet hat. Das in der traditionellen schuldrechtlichen Fassung des Arbeitsrechts unumwunden fixierte Abhängigkeits- und Unterordnungsverhältnis wird in der personenrechtlichen Bestimmung des Arbeitsverhältnisses keineswegs aufgehoben — es wird im Gegenteil partnerschaftlich mystifiziert und damit eher intensiviert.

Auf der anderen Seite ist natürlich der Arbeitsvertrag nicht das einzige Rechtsverhältnis, das die Beziehungen zwischen Kapitalisten und Arbeitern — zwischen den Verkaufs- und den Verwertungsbedingungen der Ware Arbeitskraft — regelt. Die Entwicklung der Arbeiterbewegung ist verbunden mit der Durchsetzung von gesetzlich fixierten Schutzmaßnahmen gegen die willkürliche Ausbeutung der Arbeitskraft: Es handelt sich dabei vor allem um gesetzliche Maßnahmen, die die Betriebsverfassung sowie das Tarifvertragswesen betreffen. Im Gegensatz zum Prinzip des individuellen Schuldverhältnisses, das den Arbeitsvertrag begründet, haben sich die Erfolge des Kampfes der Arbeiterbewegung stets in kollektivrechtlichen Einflußnahmen der Arbeiter auf die Gestaltung ihrer Arbeitsverhältnisse konkretisiert. „Der bis in die Tiefen ihres gesellschaftlichen Seins hinabreichende Gegensatz zwischen der bürgerlichen und der proletarischen Klasse äußert sich auch in einer gegensätzlichen Grundauffassung dieser beiden Klassen, über den Sinn derjenigen Rechtssätze, durch welche das Arbeitsverhältnis geregelt wird (Arbeitsrecht). Die bürgerliche Klasse betrachtet das gesamte Arbeitsrecht wesentlich unter dem Gesichtspunkt des ‚Arbeitsvertrages', die proletarische Klasse dagegen wesentlich unter dem Gesichtspunkt der ‚Arbeitsverfassung'." [14] Kollektivvertragliche Regelungen im Interesse der Arbeiterschaft beinhalten jedoch nicht nur allgemeine Schutzbestimmungen, sondern werden ihrem Inhalt nach wesentlich — und das macht erst ihren klassenpolitischen Sinn aus — durch Möglichkeiten einerseits der Kontrolle der kapitalistischen Verfügungsgewalt,

andererseits der Sicherung einer autonomen gewerkschaftlichen Interessenvertretung auch auf der betrieblichen Ebene bestimmt. Daraus ergibt sich, daß nicht nur der Inhalt solcher Regelungen, sondern auch ihr Funktionswandel entscheidend von dem ökonomischen und politischen Charakter der Klassenauseinandersetzungen abhängt. „... Rechtsfragen werden in ganz hervorragendem Maße entschieden durch die auf die betreffenden Konflikte bezüglichen Aktionen der sozialen Interessenten und damit durch das konkrete gesellschaftlich-politische Kräfteverhältnis ... Für die Gewerkschaften ... kommt es darauf an, in jener sozialen Auseinandersetzung ebenfalls selber aktiv, aus eigener Kraft, gewissermaßen richtungsweisend Daten für die soziale Funktion des Rechts zu setzen, indem sie nicht zu umgehende Fakten schaffen, die die Rechtsordnung schließlich anerkennen muß." [16]

Diese Konzeption, die über das Tarifvertragsrecht auf die weitere Ausgestaltung von Mitbestimmungs- und Kontrollrechten der Arbeiter und Angestellten zielt, setzt die Gewerkschaften als autonome Gegen*macht* voraus und stellt so auch die Frage der gewerkschaftlichen Arbeits- und Betriebsverfassung mit Recht in den traditionellen Erkenntniszusammenhang der Arbeiterbewegung, daß Verfassungsfragen schließlich Machtfragen sind. Unter diesem Aspekt aber erweist sowohl die gesetzliche als auch die politische Gestaltung der Rechtsverhältnisse im Produktionsprozeß gegenwärtig die offensichtliche Dominanz der Kapitaleigner-Interessen. Weder durch das Tarifvertragssystem noch durch das Betriebsverfassungsgesetz ist es der organisierten Arbeiterschaft in der BRD bisher gelungen, kontrollierend oder gar mitbestimmend die kapitalistische Leitungsstruktur der Unternehmer substantiell zu modifizieren. Die gesetzlichen Bestimmungen — so z. B. das Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte in bestimmten Personalfragen — tangieren allenfalls Rahmenbedingungen der Produktionsorganisation, nicht aber das Wesen der „unternehmerischen" Entscheidung, d. h. die Entscheidungen über Art und Ausmaß der Produktion, der Investitionen, der Verteilung der Profite und der Löhne etc. Darüber hinaus garantiert die zahlenmäßige Unterlegenheit

der Vertreter der Arbeiter und Angestellten im Aufsichtsrat, die gesetzlich noch durch die Pflicht, „zum Wohle des Unternehmens" zu wirken, verstärkt wird, die uneingeschränkte Verfügungsgewalt der Kapitaleigner.

Die herrschende Rechtsauffassung versucht, diesen unumschränkten Herrschaftsanspruch durch die Trennung von „Betrieb" und „Unternehmen" zu verschleiern. Der Betrieb definiert sich durch einen Produktionsauftrag — hier erscheint die „Wahrung der Interessen der Arbeitnehmer" notwendig und die Mitbestimmung möglich. Für das Unternehmen dagegen „ist die an wirtschaftlicher Zweckrationalität orientierte unternehmerische Planung, das heißt die Festlegung der wirtschaftlichen Ziele selbst, konstitutiv. Das Unternehmen ist der Ort der unternehmerischen Freiheit zur Planung und damit der Träger unternehmerischer Autonomie" [16]. Daraus ergibt sich notwendig die Zurückweisung der Forderung nach gleichberechtigter Mitbestimmung der Arbeiter und Angestellten in den Leistungsorganen der Unternehmen. So begründet die — im Auftrag der Bundesregierung zusammengetretene — sogenannte *Biedenkopf*-Kommission ihre Empfehlungen zur Mitbestimmung im Unternehmen u. a. mit der „ . . . Einsicht, daß die betriebliche Mitbestimmung zwar das betriebliche Direktions- und Weisungsrecht, nicht aber die Ausübung unternehmerischer Kompetenz und damit die Inanspruchnahme der Autonomie des Unternehmens erreichen kann . . . Weder im Rahmen des Einzelvertrages noch durch kollektivrechtliche Regelung kann auf das Direktions- und Weisungsrecht oder auf die Planungskompetenz des Unternehmens verzichtet werden, ohne daß damit zugleich die Voraussetzungen für die Organisation und die Leitung eines Unternehmens selbst beseitigt werden" [17]. Die wichtigste politische Schlußfolgerung der Kommission besteht demzufolge auch in der Zurückweisung der paritätischen Zusammensetzung des Aufsichtsrates, d. h. also in dem Festhalten der „unternehmerischen", d. h. der kapitalistischen Dominanz in den Leitungsorganen der Produktion. Die gegenwärtige Mitbestimmungsauseinandersetzung reduziert sich also unter diesen Voraussetzungen auf die machtpolitische Kernfrage, ob — wie es Gewerkschaften fordern — die bisher

nur im Montanbereich wirksame Möglichkeit zur Einschränkung und Kontrolle der kapitalistischen Leitungsfunktion auf die gesamte Wirtschaft ausgedehnt oder liquidiert wird [18].

Welchen Stellenwert hat nun die Erörterung des Arbeitsrechts und des Mitbestimmungsrechts im Rahmen der Diskussion über die Relevanz der materiellen gesellschaftlichen Verhältnisse für die Untersuchung des Bewußtseins von Arbeitern? Das Arbeitsrecht ist unmittelbarer Ausdruck der gesellschaftlichen Eigentumsverhältnisse und des politischen Kräfteverhältnisses der Klassen. Es ist ein Element des rechtlichen Überbaus der materiellen gesellschaftlichen Verhältnisse, das die Bedingungen des Kaufs und des Verkaufs der Ware Arbeitskraft sanktioniert und normiert, das zusätzlich den sozialen Dispositionsspielraum des Arbeiters im Unternehmen definiert. Selbstverständlich läßt die Berücksichtigung von Rechtsverhältnissen für die Analyse der objektiven gesellschaftlichen Lage der Arbeiterklasse keine unmittelbar quantifizierenden Schlußfolgerungen zu. Es wäre überhaupt ein Trugschluß, anzunehmen, daß alle Elemente des Systems der materiellen gesellschaftlichen Verhältnisse quatifiziert werden können. Zunächst einmal handelt es sich hier um Aussagen über die Qualität eines gesellschaftlichen Systems und von gesellschaftlichen Beziehungen im Produktionsprozeß — um Aussagen, die natürlich durch die Analyse der komplexen Wirklichkeit zu konkretisieren und auch zu quantifizieren sind. Bewußtsein ist überhaupt nur in seiner Beziehung zur gesellschaftlichen Wirklichkeit adäquat zu erfassen. Aus diesem Anspruch folgt aber notwendig, daß die Grundstrukturen dieser Beziehung eben nicht durch die empirische Klassifizierung und Analyse des Bewußtseins, sondern vorab durch die Analyse der Gesellschaft zu ermitteln sind. Arbeiterbewußtsein kann sich nicht zufällig entwickeln und idealistisch seine Existenzbedingungen überspringen. Die unbedingte Notwendigkeit der physischen Reproduktion impliziert den Tatbestand, daß sich das Arbeiterbewußtsein nur im konkret historischen Rahmen des Entwicklungsstandes der Produktivkräfte, der gesellschaftlichen Organisation der Produktion und — damit verbunden — der jeweiligen Intensität der Klassenauseinandersetzungen entwickeln kann.

Ohne die Analyse dieses realen und kategorialen Rahmens kann eine Soziologie des Arbeiterbewußtseins nicht oder nur falsch konzipiert werden.

In diesem Zusammenhang könnte eingewandt werden, daß einige — durchaus kritische — Untersuchungen der Lage und des Bewußtseins von Industriearbeitern die Dimension des „Ausbrechens" als reales Element der Einstellungen und des Verhaltens herausgearbeitet haben. Die Studie von *Andrieux* und *Lignon* zählt etwa ein Drittel der Arbeiter zur Gruppe der sogenannten „Evasionisten" — derjenigen also, die dem unerträglichen Druck, der Bedeutungslosigkeit und der Unterprivilegierung der Arbeitssituation durch die Perspektive des Aufstiegs in der sozialen Hierarchie oder durch einen Ausbruch im Sinne der Gründung einer unabhängigen handwerklichen, gewerblichen oder bäuerlichen Existenz zu entweichen suchen[19]. Nicole de *Maupeon-Leplâtre* hat bei jugendlichen Arbeitern „... ein grenzenloses Bedürfnis nach Freiheit und Unabhängigkeit" feststellen können: „Je älter sie werden, desto unmittelbarer und freier drücken Jugendliche diesen Wunsch aus, den Zwängen einer gesellschaftlichen Organisation zu entgehen, in dem sie sich entweder selbständig machen oder eine unabhängige Arbeit, eine Ausweichtätigkeit (Fernlastfahrer, Matrose, Pilot) finden oder berühmt (Fußballstar, Sänger etc) werden möchten."[20] Der Nachweis solcher Vorstellungsinhalte bestätigt jedoch keineswegs irgendeinen idealistischen Ausbruch des Bewußtseins, das autonom und individuell die Wirklichkeit negieren und neu schaffen könnte. Der „Evasionismus" ist vielmehr in doppelter Weise auf die erfahrene Wirklichkeit bezogen: Einerseits besteht eine unmittelbare Beziehung zwischen dem Grad der Unterdrückung und Entfremdung in der Arbeit und dem Wunsch, aus dieser Situation auszubrechen. Die irrealen Projekte — aber auch das Ziel, unabhängig zu sein — verändern die Wirklichkeit nicht; sie sind in den meisten Fällen psychische Verdrängungs- und Kompensationsmechanismen, die die unmittelbare Arbeitserfahrung subjektiv erträglicher gestalten sollen. Die Grenze zwischen den Evasionisten und den Resignierten ist — das bestätigen *Andrieux* und *Lignon* —

fließend[21]. Andererseits ist die Realisierung des Bedürfnisses, kleiner Gewerbetreibender oder Warenproduzent zu werden, an die Entwicklung der nichtkapitalistischen Mittelschichten gebunden. Daß ihr Anteil an der Gesamtheit der Erwerbstätigen ständig zurückgeht, ist nicht der reduzierten Intensität solcher Wünsche geschuldet, sondern der zunehmenden Kapitalisierung der handwerklichen und agrarischen Produktion, des Handels und des Dienstleistungssektors. Zweifellos reflektiert der vor allem in französischen Untersuchungen häufig vertretene Typ des „klassischen" Evasionisten die relative Konsistenz der unproduktiven Mittelschichten in Frankreich. In Ländern wie z. B. der BRD oder Großbritannien, in denen der soziale Erosionsprozeß dieser Schichten weiter vorangeschritten ist, wäre freilich zu untersuchen, ob nicht die vielbeschworene Tendenz zur „Privatisierung" — d. h. zu einer Orientierungsverschiebung des Arbeiterbewußtseins vom Arbeitsprozeß und aus dem gesellschaftlich-politischen Bereich hin zur sozial isolierten, familiären und häuslichen Sphäre[22] — eher dem modernen Typ des „Evasionismus" entspricht.

Der hier am Beispiel des Arbeitsrechtes — freilich nur grob — skizzierte Zugang zur sozialwissenschaftlichen Analyse des Verhältnisses von gesellschaftlicher Lage und Bewußtsein führt zu klaren methodologischen und gesellschaftstheoretischen Abgrenzungen gegenüber den Untersuchungen der positivistischen empirischen Soziologie. Die qualitative Analyse von gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnissen, die auf die Eigentumsverhältnisse zurückgeführt und im Bereich der rechtlichen Normierung des Arbeiterverhältnisses konkretisiert wurde[23], verbietet jedwede Konstruktion gesellschaftlicher Beziehungen auf der Grundlage subjektiver Daten. Die Behandlung des Arbeitsrechts weist in diesem Zusammenhang nach, daß der restringierte Dispositionsbereich des Arbeiters, die Fremdbestimmung und Objektstellung der Arbeit ebenso wie die Kategorie der Unselbständigkeit objektive gesellschaftliche Tatbestände und eben keine subjektiven Merkmale des Erlebens der individuellen Arbeitssituation sind. Daraus resultiert für die empirische Untersuchung des Arbeiterbewußtseins: Die Formulierung der Unter-

suchungshypothese hat von diesem Tatbestand auszugehen und nicht — wie dem Anschein „wertfreier" Voraussetzungslosigkeit — nach der Gültigkeit solcher Kategorien im Zuge der Erhebung und Auswertung subjektiver Daten zu forschen. Gegenstand von Bewußtseinsuntersuchungen ist demzufolge die Frage, in welcher Weise die Meinungen, Einstellungen, Interessen und das Verhalten der Arbeiter sich gegenüber der objektiven Klassenlage und deren konkreten Erscheinungsformen im Arbeitsprozeß, in der rechtlichen, politischen und ideologischen Organisation der kapitalistischen Gesellschaft artikulieren.

Friedrich *Fürstenbergs* Untersuchung „Die Soziallage der Chemiearbeiter" kann als anschaulicher Beleg für die These herangezogen werden, daß die bürgerliche Soziologie das Verhältnis von Wirklichkeit und Erleben, von Sein und Bewußtsein, auf den Kopf stellt. Diese Studie kommt zu der Schlußfolgerung, daß — unter den Bedingungen der Automatisierung — der traditionelle Typ des „proletarischen" Arbeiters mehr und mehr durch den „emanzipierten" Arbeiter verdrängt werde, der weniger „klassenbewußt als selbstbewußt" ist, der sich eher auf die materielle Verbesserung seiner privaten Existenz als auf den Kampf gegen das kapitalistische System orientiert[24]. Obwohl *Fürstenberg* vorgibt, der marxistischen Klassentheorie, derzufolge die tatsächliche Klassenlage durch den Stand der Produktivkräfte bestimmt, aber durch die jeweiligen Produktionsverhältnisse realisiert werde, zuzustimmen[25], und darüber hinaus den Anspruch erhebt, die soziale *Lage* der Chemiearbeiter zu untersuchen, wird man vergeblich danach forschen, wie die Beziehung des modernen, „emanzipierten" Arbeiters zum Entwicklungsstand der Produktivkräfte, zu den konkreten Produktionsverhältnissen untersucht und bestimmt wird. Statt dessen wird die „Soziallage" des Arbeiters auf „eine Position innerhalb eines gegebenen *Arbeits*systems" reduziert, die in den Einstellungen gegenüber Arbeit und Betrieb ihren subjektiven Ausdruck findet[26]. Im Zuge dieser kategorialen Reduktion werden alle gesellschaftlichen Bestimmungen der sozialen Lage des Arbeiters stillschweigend eliminiert; gegenüber dem traditionellen „proletarischen" Arbeiterbewußtsein erscheint das „emanzipier-

te" Bewußtsein als die unpolitische Anpassung an die vorgegebenen betrieblichen und gesellschaftlichen Normen, als eine Verminderung der Arbeitersolidarität, schließlich als Orientierung auf Familie, Haus, Freizeit und Konsumstandard. Ihrem wirklichen Begriff nach hat „Emanzipation" immer die verändernde Befreiung aus einer inhumanen sozialen Lage bedeutet. Ebenso wie die Emanzipation des „Dritten Standes" nur durch die revolutionäre Umwälzung des feudal-absolutistischen Gesellschaftssystems zu realisieren war, so kann sich auch die Arbeiterklasse nur durch die Aufhebung der gesellschaftlichen Bedingungen der Klassenspaltung letztlich emanzipieren [27]. Bei *Fürstenberg* hingegen meint der Begriff der Emanzipation nicht eine Veränderung der Produktionsverhältnisse, sondern eine Veränderung der Einstellungen im Sinne der Anpassung an das Arbeitssystem und die Produktionsverhältnisse. Die Beziehung des Arbeiterbewußtseins zu den Produktionsverhältnissen verbleibt dabei freilich völlig ungeklärt: Die offensichtlich geringen Qualifikations- und Aufstiegsmöglichkeiten der Chemiearbeiter, ihre oft genannte „Machtlosigkeit", der „inferiore soziale Status" gegenüber der Oligarchie „herkömmlicher Eigentumsrechte", wird an keiner Stelle kritisch mit der empirisch recht zweifelhaft ermittelten „Arbeitszufriedenheit" und den „privatisierten Einstellungsweisen" konfrontiert. Das „emanzipierte" Bewußtsein erscheint nach *Fürstenberg* als Element der objektiven gesellschaftlichen Wirklichkeit. Tatsächlich aber ist es eine methodisch willkürliche Konstruktion, die die gesellschaftliche Objektivität — die Produktionsverhältnisse und die konkreten Bestimmungselemente der Klassenlage — negiert bzw. aus dem Untersuchungsbereich des Arbeiterbewußtseins verdrängt.

Das gesellschaftliche Verhältnis des Arbeiters zu den Produktionsmitteln und die — durch die Eigentumsverhältnisse geprägten — rechtlichen, politischen und ideologischen Organisationsformen des Prozesses der Produktion und Reproduktion bilden nur den allgemeinen Rahmen der Untersuchung von Lage und Bewußtsein. Die qualitative und quantitative Bestimmung dieser Verhältnisse bildet gleichwohl den Ausgangspunkt jeder Untersuchung, damit diese nicht dem Fehler der Voraussetzungslosig-

keit verfällt. Im Stadium der konkreten Untersuchung selbst aber werden zunächst das konkrete Arbeitsverhältnis sowie die konkreten Lebensbedingungen, das spezifische Zusammenwirken verschiedener Erfahrungs- und Bewußtseinsbildungselemente erfaßt. Gegenstand der empirischen Analyse sind also zunächst die *allgemeinen Lebensbedingungen*, die wesentlich durch die Einkommensverhältnisse sowie durch die Art der Verwendung des Lohnes (Familie, Wohnverhältnisse, individuelle Konsumgestaltung, Freizeit etc.) spezifiziert werden, und der *Platz in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit*, der die Art der Tätigkeit, ihren Rangplatz in der innerbetrieblichen Hierarchie, aber wiederum auch die Höhe des Einkommens umschließt. Eng verflochten mit diesen Momenten des Arbeitsprozesses ist die *Ausbildung*, die ihrerseits erheblich auf den Platz in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit einwirkt. Gerade weil die empirische Forschung hier mit einer Vielfalt von Einzeldaten und Beziehungen konfrontiert ist, besteht die Gefahr, daß bei der Erhebung und Auswertung der Ergebnisse der Zusammenhang zwischen den Eigentumsverhältnissen und der Verteilung der Tätigkeiten, zwischen gesellschaftlicher und innerbetrieblicher Arbeitsteilung verlorengeht. Mit Recht besteht *Steiner* daher auf der theoretischen und empirischen Erfassung des „Zusammenhang(s) der Klassenstruktur mit der Beschäftigten-, Berufs- und Bildungsstruktur der Gesellschaft“ [28].

Marx hat diesen Zusammenhang für die Entwicklung des englischen Kapitalismus im 19. Jahrhundert als „das allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation“, das die Struktur der Arbeiterklasse in Abhängigkeit von der Entwicklung der Wertzusammensetzung des Kapitals behandelt, analysiert [29]. Er zeigt, daß die Stabilität der Löhne, die Produktion einer relativen Überbevölkerung („Reservearmee“), der Gegensatz zwischen den schlecht- und den bestbezahlten Schichten der Arbeiterklasse, die Integration von überschüssigen, hier der irischen Arbeitskräfte, in den Verwertungsprozeß — insgesamt also Struktur und Zusammensetzung der Arbeiterklasse — von den Gesetzen der kapitalistischen Konkurrenz und Zentralisation bestimmt werden. „Das Gesetz, wonach eine immer wachsende

Masse von Produktionsmitteln, dank dem Fortschritt in der Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit, mit einer progressiv abnehmenden Ausgabe von Menschenkraft in Bewegung gesetzt werden kann — dies Gesetz drückt sich auf kapitalistischer Grundlage, wo nicht der Arbeiter die Arbeitsmittel, sondern die Arbeitsmittel die Arbeiter anwenden, darin aus, daß, je höher die Produktivkraft der Arbeit, desto größer der Druck der Arbeiter auf ihre Beschäftigungsmittel, desto prekärer also ihre Existenzbedingung ist: Verkauf der eigenen Kraft zur Vermehrung des fremden Reichtums oder zur Selbstverwertung des Kapitals.“ [30]

Unter den gegenwärtigen Bedingungen des staatlich vermittelten spätkapitalistischen Systems werden Verteilung und Umverteilung der Arbeiterschaft im gesellschaftlichen Produktionsprozeß von den Gesetzen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts bestimmt. Die wichtigsten Erscheinungsformen dieses Prozesses sind:

a) Umverteilung der Arbeitskräfte innerhalb der Wirtschaftsbereiche.

Die folgende Tabelle gibt die Entwicklung der Verteilung der Arbeiterklasse auf die verschiedenen Wirtschaftsabteilungen zwischen 1950 und 1968 wieder.

Arbeiter, Angestellte und Beamte nach Wirtschaftsbereichen (in %)

Wirtschaftsbereich:	1950	1955	1960	1965	1968
Land- u. Forstwirtschaft	7,2	4,3	2,6	1,7	1,4
Produzierendes Gewerbe	54,6	57,1	56,4	56,2	54,5
Handel u. Verkehr	14,9	16,5	17,0	17,2	17,5
Dienstleistungen	23,3	22,1	24,0	24,9	26,6

Quelle: Statistisches Jahrbuch für die BRD, Stuttgart—Mainz 1968, S. 125; Wirtschaft und Statistik, Heft 7/1969, S. 381.

Die dominierende Tendenz seit dem Beginn der Industrialisierung ist zweifellos die Umverteilung der Arbeit aus dem Sektor

der agrarischen Produktion auf den sekundären und tertiären Sektor. Der Anteil der Landarbeiter an der Arbeiterklasse sank zwischen 1950 und 1968 erneut von 7,2 auf 1,4 Prozent. Gleichzeitig erhöhte sich der Anteil der in Dienstleistung sowie Handel und Verkehr beschäftigten Lohnabhängigen von 38,2 auf 44,1 Prozent. Diese zweite Tendenz ist wesentlich auf die Einführung industriemäßiger Produktions- und Arbeitsmethoden gerade in diesen Bereichen zurückzuführen [21].

b) Konzentration der Arbeitskräfte auf bestimmte Industriezweige.

Während sich die Anzahl der Beschäftigten in der Industrie zwischen 1950 und 1960 um ca. 2,8 Millionen erhöhte — wobei die aus der DDR zufließenden Arbeitskräfte durchaus die Funktion einer qualifizierten „Reservearmee" erfüllten —, stieg sie bis 1965 nur noch geringfügig an (um ca. 380 000). Während der Rezession von 1966/67 ging diese Zahl um über 600 000 Beschäftigte zurück. Noch 1968 war der Stand von 1965 — und auch von 1960 — nicht wieder erreicht. Im Rahmen dieser tendenziellen Stagnation des Arbeitskräfteeinsatzes in der Industrie zeichnet sich immer deutlicher die Konzentration auf bestimmte Branchen ab. Vor allem die Investitionsgüterindustrie konnte ihren Anteil erheblich erhöhen (von 31 % im Jahre 1950 auf rund 44 % im Jahre 1968). Hier dominieren der Maschinenbau (von ca. 9,4 auf 13 %), und die elektronische Industrie (von knapp 6 auf 12 %). Ebenfalls zur Kategorie der sogenannten Wachstumsbranchen gehören die chemische und die kunststoffverarbeitende Industrie. Traditionell gewichtige Branchen wie die eisenschaffende Industrie, der Bergbau und die Textil- und Bekleidungsindustrie stagnieren bzw. verlieren an Bedeutung [22].

c) Konzentration der Arbeitskräfte auf Großbetriebe und Konzerne.

Dieser Trend ist eine notwendige Folge der fortschreitenden Konzentration und Zentralisation im Kapitalismus. Ende 1969 entfielen auf nur 0,42 % aller in der BRD existierenden 71 842 Kapitalgesellschaften fast 60 % des gesamten Grund- bzw. Stammkapitals. Dem entspricht die Konzentration der Produk-

tion in Großbetrieben. 1950 waren nur 37,1 % aller im produzierenden Gewerbe beschäftigten Arbeiter und Angestellten in Betrieben mit mehr als 200 Beschäftigten tätig[33]. 1961 stieg dieser Anteil auf 49,1 % — bis Ende 1966 war er auf ca 69 % gesprungen[34].

Solche Angaben sind unerläßlich, um z. B. das Ausmaß der Homogenisierung der Arbeiterklasse, die Vereinheitlichung der Arbeits- und Produktionsbedingungen richtig zu beurteilen. Maurice *Dobb* hat mit Recht darauf hingewiesen, daß bei der Analyse der Entwicklung der englischen Arbeiterklasse des 19. Jahrhunderts oft die Tatsache übersehen wurde, daß — bis zum Ausgang der siebziger Jahre — die eigentlichen Fabrikarbeiter der industriellen Großproduktion nur eine Minderheit gegenüber den handwerklichen und Heim-Arbeitern bilden. Die Entwicklung einer gewerkschaftlichen und politischen Organisation der Arbeiterbewegung wurde durch diese innere Differenzierung der Arbeiterschaft erheblich beeinträchtigt. Erst mit dem Übergang zum Imperialismus also setzte sich die Homogenisierung der Klassenlage durch die Verallgemeinerung der industriellen Großproduktion durch[35]. Es wäre natürlich falsch, angesichts dieser Tendenz die neuen Differenzierungen zu übersehen, die Struktur und Zusammensetzung der Arbeiterklasse charakterisieren. Solche Differenzierungen resultieren vor allem aus dem verschiedenen Gewicht von Tätigkeiten im Prozeß des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, die im nächsten Punkt zu behandeln sind. Dennoch kann nicht bestritten werden, daß die fortschreitende Konzentration der Arbeitskräfte auf industrielle Großbetriebe mit der zunehmenden Vereinheitlichung der Arbeitsbedingungen des größten Teils der Industriearbeiter einhergeht.

d) Konzentration auf bestimmte Berufsgruppen.

Hier ist zunächst auf die Tendenz zur Erhöhung des Angestelltenanteil gegenüber den Arbeitern einzugehen. Zwischen 1950 und 1967 hat sich der Anteil der Angestellten an den Erwerbspersonen von 16 auf 28 % erhöht. Entwicklung und Verteilung des Anteils der Angestellten werden durch die folgende Tabelle erläutert:

Anteile der Angestellten an den Erwerbspersonen in der BRD

	Landwirtschaft Forstwirtschaft u. ä.	Industrie und Handwerk	Handel und Verkehr	Öffentliche Dienste Private Dienstleistungen u. ä.
1950	0,6	11,8	35,0	30,7
1967	0,9	21,4	41,4	42,0

Quelle: vgl. K. M. Bolte: Entwicklung und Probleme der Berufsstruktur, in: Bolte/Neidhardt/Holzer: Deutsche Gesellschaft im Wandel, Band 2, Opladen 1970, S. 279—449, hier S. 312.

Die Mehrzahl der Angestellten konzentriert sich auf den sogenannten „tertiären" Sektor, obwohl die Zuwachsrate der Angestellten im produzierenden Gewerbe höher ist. Um den sozialen Hintergrund dieser Daten zu beleuchten, müssen jedoch weitere Differenzierungen vorgenommen werden. Einerseits wird das Wachstum der Gruppe der Angestellten vor allem durch den steigenden Anteil der weiblichen Angestellten bestimmt, die weniger qualifizierte Tätigkeiten verrichten und den unteren Einkommensgruppen angehören. Seit 1933 hat sich der Anteil der männlichen Angestellten an der Gesamtzahl der Angestellten von 61,3 auf 51% verringert, während dementsprechend der Anteil der weiblichen Angestellten sich von 38,7 auf 49% erhöht hat. Andererseits wächst im Zuge des wissenschaftlich-technischen Fortschritts die Bedeutung der technischen Angestellten: zwischen 1957 und 1962 stieg der Anteil der männlichen technischen Angestellten an der Gesamtzahl der Angestellten von 23 auf 27%[36]. Ende 1966 betrug der Anteil der technischen Angestellten an der Gesamtzahl der in der Industrie beschäftigten Angestellten ca. 40%[37].

Darüber hinaus ist in diesem Zusammenhang der Umverteilung der Arbeitskräfte die Konzentration auf bestimmte Berufsgruppen innerhalb der Industriearbeiterschaft zu berücksichtigen. Bei einem Gesamtwachstum der Erwerbspersonen von 112,9%

zwischen 1950 und 1961 hatten die folgenden zehn Berufsgruppen die höchsten Zuwachs- bzw. Abnahmeraten: [38]

1. Kunststoffverarbeiter	+ 313 %
2. Elektromaschinen- und Elektroapparatebauer	+ 125 %
3. Ingenieure, Techniker und verwandte Berufe	+ 95 %
4. Reinigungsberufe	+ 93 %
5. Metallverbinder	+ 75 %
6. Chemiewerker (einschließlich Kunststoffhersteller)	+ 70 %
7. Metallwerkzeugmacher	+ 68 %
8. Technische Sonderfachkräfte	+ 65 %
9. Metallspanabheber	+ 65 %
10. Organisations-, Verwaltungs- und Büroberufe	+ 64 %
1. Hauswirtschaftliche Berufe	— 50 %
2. Ungelernte Hilfskräfte, Handlanger	— 45 %
3. Ackerbauer, Tierzüchter, Gartenbauer	— 45 %
4. Mithelfende Familienangehörige der Wirtschaftsabteilung Landwirtschaft	— 40 %
5. Schmiede	— 40 %
6. Sattler u. ä. Berufe, Schuhhersteller	— 40 %
7. Forst-, Jagd- und Fischereiberufe	— 38 %
8. Bergleute, Mineralgewinner u. ä. Berufe	— 32 %
9. Webberufe	— 30 %
10. Backwarenhersteller	— 29 %

Diese Daten verdeutlichen erneut den Bedeutungszuwachs der wissenschaftlich-technischen Berufe sowie das Vordringen neuer Qualifikationen, die weniger durch körperliche Leistung, spezielle Berufsausbildung und Berufserfahrung als vielmehr durch branchenunabhängige Flexibilität (so z. B. die Planungs-, Or-

ganisations- und Büroberufe und die Instandhaltungsspezialisten) gekennzeichnet werden [39].

Die *Qualifikationsstruktur* der Industriearbeiter in der BRD hat sich diesen Entwicklungsprozessen entsprechend verändert. Dennoch wirken diese Strukturveränderungen bislang vor allem auf die Gruppe der *angelernten* Arbeiter. Der Anteil der Facharbeiter ist gegenüber 1951 zurückgegangen, obwohl seit 1960 — also seit dem systematischen Vordringen von Rationalisierung und Automatisierung — wieder eine leicht ansteigende Tendenz zu verzeichnen ist [40].

Leistungsgruppe	1951	1957	1960	1964	1966	
1	47,6	44,8	40,6	42,5	43,4	Facharb.
2	28,0	32,4	36,4	36,5	36,8	angelernt
3	24,4	22,8	23,0	21,0	19,8	ungelernt
	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	

Diesen Trendlinien der Qualifikationsstruktur entsprechen auch die neueren Untersuchungsergebnisse von *Kern* und *Schumann*. Obwohl im Zuge der Automatisierung hochqualifizierte Tätigkeiten erfordert werden, ist der Anteil der „einfachen Hand- und repetitiven Teilarbeiten" immer noch sehr hoch. Selbst die komplizierteren Steuer- und Kontrolltätigkeiten in automatisierten bzw. hochrationalisierten Produktionsbereichen entsprechen eher dem Typ der „komplexen Anlerntätigkeit" als der „ingenieurmäßig vorgebildeten" technischen Qualifikation [41].

Insgesamt handelt es sich bei allen diesen Einzeldaten um Momente des Verteilungs- und Umverteilungsprozesses der Arbeiterklasse unter den Bedingungen des kapitalistisch organisierten wissenschaftlich-technischen Fortschritts. Die körperliche, lebendige Arbeit im unmittelbaren Fertigungsprozeß wird mehr und mehr durch vergegenständlichte Arbeit, durch hochkomplexe Maschinen- und Aggregatsysteme, ersetzt. Die mehr geistige

Tätigkeit des Wartens, Kontrollierens und Steuerns der Produktion, die Konzentration auf Organisation, Vorbereitung und Leitung der Fertigungsprozesse, bringt die Schwerpunktverschiebungen in der Berufsstruktur hervor und fördert die Entstehung neuer Berufsgruppen und Qualifikationsmerkmale. Zugleich bedeutet die systematische Anwendung der Wissenschaft als Produktivkraft in den verschiedenen Bereichen der materiellen Produktion, im Verkehrswesen und im Dienstleistungssektor eine außerordentliche Erhöhung der Arbeitsproduktivität. Zwischen 1950 und 1960 erreichte die Steigerung der Arbeitsproduktivität in der Gesamtindustrie eine jährliche Durchschnittsrate von 5,6 %; zwischen 1960 und 1968 stieg diese Rate auf 5,9 %. Die höchsten Produktivitätszuwachsraten erzielten dabei diejenigen Branchen, in denen der Beschäftigungsstand stagnierte bzw. zurückging, so z. B. der Bergbau und die Verbrauchsgüterindustrien. Nach 1961, als der Zustrom von Arbeitskräften aus der DDR endgültig verhindert worden war, erwies sich die Möglichkeit, das Produktionswachstum über die Ausweitung des Arbeitskräftepotentials zu gewährleisten, als erschöpft. Unter den Bedingungen der Vollbeschäftigung ist die Steigerung der Arbeitsproduktivität durch den Einsatz arbeitssparender und -ersetzender Maschinen, aber auch durch Organisation und Disziplinierung des Arbeitskräfteeinsatzes der „alleinige Träger des Produktionswachstums“ [42].

Die Auswahl dieser Daten ging aus von der Frage nach dem Zusammenhang zwischen der Klassenstruktur und der Beschäftigten-, Berufs- und Bildungsstruktur der Gesellschaft. Es liegt zunächst auf der Hand, daß die hier kurz zusammengefaßten quantitativen Beziehungen und Entwicklungslinien die materielle gesellschaftliche Lage der Arbeiterschaft substantiell tangieren. Der wissenschaftlich-technische Fortschritt hebt die Vorstellung des Industriearbeiters, der eine bestimmte branchenspezifische Qualifikation erworben hat und diese — möglichst für die Zeit seines gesamten Arbeitslebens — in den „Dienst“ eines Unternehmens stellt, objektiv auf. Immer eindringlicher werden in der öffentlichen Diskussion über die Arbeitsmarktentwicklung Flexibilität und Mobilität als die wesentlichen Qualifikations-

kriterien des Industriearbeiters hervorgehoben. Anpassung der Qualifikation, der Weiterbildung, der Wohnung und des Arbeitsplatzes an die Veränderungen der Produktionsstruktur, und damit einhergehend auch der Berufsstruktur und des Arbeitsmarktes, erscheinen zunehmend als reale Anforderungen an den „Arbeiter der Zukunft". Schon heute wird offen davon gesprochen, daß im nächsten Jahrzehnt die Mehrzahl der Industriearbeiter mehr als einmal ihren Beruf und ihren Arbeitsplatz wird wechseln müssen, um die Stabilität ihres Einkommens, und damit ihrer Lebens- und Konsumverhältnisse, aufrechtzuerhalten. Solche Veränderungen der objektiven Arbeits- und Produktionsbedingungen der Arbeiter wären als Bestandteil eines gesamtwirtschaftlich geplanten und koordinierten Prozesses der Verbesserung der Qualifikation, der Arbeitsbedingungen und der Einkommen, der im Rahmen des allgemeinen wissenschaftlich-technischen Fortschritts notwendig wird, schlechthin nicht zu kritisieren. Der klassenspezifische Charakter dieses Verteilungs- und Umverteilungsprozesses der Tätigkeiten unter den Bedingungen der kapitalistischen Entwicklung der Produktivkräfte kommt aber gerade in den Disproportionen und Widersprüchen zum Ausdruck, die aus den Kapitalverwertungsinteressen der Unternehmen, aus dem Wirken des Marktmechanismus sowie aus der Interessenbindung der staatlichen Regulierungsfunktion an das System der Kapitalverwertung resultieren [43]. Die gesellschaftliche Objektstellung des Arbeiters, die bereits durch die Verteilung des Eigentums und der Produktionsmittel begründet wird, reproduziert sich also in der Struktur des Verteilungs- und Umverteilungsprozesses. Aufgrund der mangelnden organischen Entwicklung und Anpassung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiterklasse an die Erfordernisse des wissenschaftlich-technischen Fortschritts sind diese ständig durch Einkommensminderung und Entqualifizierung, einseitige Ausbildung der Qualifikation sowie schließlich auch durch den Verlust des Arbeitsplatzes überhaupt bedroht. Weiterhin sind die politischen und rechtlichen Möglichkeiten der Mitbestimmung und Kontrolle im Produktionsprozeß äußerst beschränkt, d. h. die Arbeiter, Angestellten und ihre Gewerkschaften verfügen über keine

rechtlichen Hebel, um die Entwicklungsrichtung des technischen Fortschritts und seine sozialen Auswirkungen im Interesse der Lohnabhängigen demokratisch zu kontrollieren und mitzubestimmen.

Die allgemeinen ökonomischen und sozialen Auswirkungen des technischen Fortschritts werden durch den Begriff der „Freisetzung" umschrieben. Damit ist zunächst nur der Tatbestand benannt, daß durch die Erhöhung der Arbeitsproduktivität der Produktionsausstoß bei gleichzeitiger Einsparung von Arbeitskraft erhöht wird. Bei gleichbleibender Produktion bzw. bei unveränderter Nachfrage müßte die Freisetzung von Arbeitskräften unvermeidlich zur Arbeitslosigkeit führen. Nach Berechnungen des IFO-Instituts betrug die Freisetzungsrate von 1950 bis 1960 42% (ca. 2 Millionen) aller im Jahre 1950 im industriellen Bereich tätigen Personen — von 1960 bis 1968 37% (ca. 3 Millionen) aller im Jahre 1960 in der Industrie Beschäftigten. Tatsächlich liegt diese Zahl noch wesentlich höher, wenn die Entwicklung der Arbeitsproduktivität mit berücksichtigt wird. „Die durch das Produktivitätswachstum in der Zeit von 1960 bis 1968 erzielte Einsparung an Arbeitskräften betrug somit 4,6 Millionen, das sind mehr als die Hälfte aller 1968 in der Industrie des Bundesgebietes beschäftigten Personen." [44] Letztlich kann der Umschlag des Freisetzungseffektes in Arbeitslosigkeit nur durch die ständige Ausdehnung der Nachfrage (Lohnerhöhungen), die ihrerseits eine Ausdehnung der Produktion bewirkt, sowie durch die Verkürzung der Arbeitszeit verhindert werden. Die Wirtschaftskrise 1966/67 war Ausdruck der Unfähigkeit des spätkapitalistischen Systems, längerfristig Disproportionen zwischen Produktionskapazitäten und effektiver Nachfrage, zwischen Wirtschaftswachstum und Vollbeschäftigung zu vermeiden. In dieser Situation manifestierte sich der Freisetzungseffekt unmittelbar in steigender Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit. Gegenüber dem Vorjahr ging im Jahre 1967 das Arbeitsvolumen in der BRD (d. h. die tatsächlich geleistete Zahl der Arbeitsstunden) um 4,4% zurück. Dies entsprach einer Verminderung der Gesamtbeschäftigung um 1,1 Millionen Personen [45]. Diese Zahl umfaßt nicht nur die tatsächlich ausgewiese-

nen Arbeitslosen, sondern auch die Abwanderung von etwa 300 000 ausländischen Arbeitskräften und das vorzeitige Ausscheiden von Rentnern aus dem Produktionsprozeß. Die Rezession verwandelte also die bis dahin verdeckte und immer wieder absorbierte Freisetzung in Arbeitslosigkeit und Einkommensverlust.

Im Bewußtsein der Industriearbeiter reproduzieren sich diese objektiven gesellschaftlichen Entwicklungstendenzen als eine oft noch diffuse, aber dennoch allgemeine Angst vor den Auswirkungen des technischen Fortschritts. *Kern* und *Schumann* haben ermittelt, daß trotz der zunehmenden Differenzierung und Polarisierung der Arbeitssituation, trotz der heterogenen Erfahrungen und Bewertungen der sozialen Lage der Arbeiterschaft die „Wirtschaftskrise", die die Sicherheit der Arbeitsplätze bedroht, der überwiegenden Mehrheit aller Industriearbeiter „als eine dem technischen Wandel immanente Konsequenz" erscheint. „Die Arbeiter ... sind sich ... in ihrer überwältigenden Mehrheit darin einig, daß der technische Wandel ihre Arbeitsplätze verunsichert, die Gefahr der Arbeitslosigkeit zunimmt. Fast drei Viertel aller Befragten sehen die Arbeitsplatzsicherheit bedroht von der technischen Entwicklung, nur jeder 20. Arbeiter ist ausdrücklich entgegengesetzter Meinung. Dieser Widerspruch zwischen den positiven Erwartungen auf der einen, der Sorge um die durch die zunehmende Gefahr der Arbeitslosigkeit unmittelbar tangierte Reproduktionsfähigkeit auf der anderen Seite wird von den Arbeitern zumeist nicht ausgetragen, bleibt undiskutiert, ja die Zwiespältigkeit ihrer Einstellungen ist ihnen keinesfalls immer bewußt." [46] Damit sind zumindest in diesem Punkt die Untersuchungsergebnisse bestätigt worden, die fast fünfzehn Jahre zuvor von *Popitz*, *Bahrdt* u. a. festgestellt wurden: daß nämlich die Zukunftserwartungen der Arbeiter wesentlich durch Angst vor Arbeitslosigkeit, vor Rationalisierung und Automation geprägt werden [47].

Auch die Chemiearbeiterstudie von Friedrich *Fürstenberg* bestätigt diesen Zusammenhang zwischen der widersprüchlichen Entfaltung der Produktivkräfte im Kapitalismus und der Ein-

schätzung der beruflichen Perspektive der Industriearbeit, obwohl die ideologisierende Nachlässigkeit dieser Studie gerade in diesem Punkt transparent wird. Auf der einen Seite wird festgehalten, daß die Arbeiter den technischen Fortschritt überwiegend positiv beurteilen[48]. Gleichzeitig wird aber konzediert, daß bei der Beurteilung der allgemeinen Zukunftsaussichten „bei der Mehrzahl ... eine gewisse Skepsis, insbesondere im Hinblick auf wirtschaftliche Schwierigkeiten, ... vorherrsche" [49]. Bei einer Überprüfung dieser Aussage ergibt sich, daß nur 30% keine Schwierigkeiten erwarten, während über 60% mit wirtschaftlichen, politischen oder anderen Schwierigkeiten für die Zukunft rechnen[50]. Die von B. *Scheuriger* im Rahmen der Fürstenberg-Studie durchgeführten Gruppendiskussionen mit Chemiearbeitern vermitteln freilich differenzierte Einsichten über den Zusammenhang von gesellschaftlichem Sein und Bewußtsein. Immer wieder wird in Gruppendiskussionen die „Machtlosigkeit" der Arbeiter gegenüber grundlegenden gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen hervorgehoben, wobei sich eine „besonders starke Einheitlichkeit der Argumentation" hinsichtlich der negativen Einschätzung der Macht der Arbeiter auf gesellschaftlicher Ebene ergibt. Hier hat sich das Arbeiterbewußtsein bereits über die individuelle Angst des Arbeits- und Lohnverlustes hinaus zum Begriff der gesellschaftlichen und klassenspezifischen Vermittlung des technischen Fortschritts entwickelt: Die gesellschaftliche Position der Arbeiter ist eine kollektive Position der Machtlosigkeit und Unterordnung gegenüber den „oberen Machtgruppen" der Großindustrie. Es ist bezeichnend, daß in diesem Verständnis der sozialen Lage der Arbeiterschaft dem Begriff der Solidarität — als dem politischen Instrument zur Verteidigung und Veränderung dieser Position — außerordentliche Bedeutung zukommt[51].

Auch eine französische Untersuchung von *Dofny, Durand* u. a. bestätigt, daß im Bewußtsein der Arbeiter die Erfahrung und Einschätzung des technischen Fortschritts Momente des individuellen und des gesellschaftlichen Instabilitäts- und Herrschaftsverhältnisses miteinander verknüpft. „In der Tat, die Perspektiven der künftigen Beschäftigung sind eindeutig pessimistisch." [52]

Die Untersuchungsergebnisse von *Wiedemann* nehmen sich dagegen weniger eindeutig aus; er konstatiert das Schwanken zwischen der positiven und der negativen Bewertung der Rationalisierung als charakterisches Merkmal des Arbeiterbewußtseins. „Es ist auffallend, wie die ... Arbeiter ... in ihrer Stellungnahme oft abrupt ihre Bewertung wechseln, wie beispielsweise ganz unvermittelt, nachdem eben noch heftige Kritik am Betrieb geübt wurde, auf einmal eine erstaunlich positive Haltung zum Ausdruck kommt." [53] Dennoch zeigt sich, daß neben den unmittelbaren Erfahrungen des Arbeiters dem Bewußtsein selbst eine katalysierende Funktion für die Bewertung des technischen Fortschritts zukommt. Während der „arbeitsorientierte" und der „kontaktorientierte" Typ des Arbeiters eher die unmittelbaren beruflichen Erfahrungen zur Grundlage seiner Einstellungen macht, bezieht eine Gruppe des „außerbetrieblich orientierten" Typs die sozialen Auswirkungen und Perspektiven des technischen Fortschritts auf die gesamtwirtschaftliche Herrschaftsstruktur und Einkommensverteilung. „Die hohen Gewinne, so wird erklärt, bleiben auf der Seite der Besitzenden. Solange diese ungerechte Verteilung besteht, so wird weiter gefolgert, kann der Arbeiter nicht vollwertig in die Gesellschaft eingegliedert sein und auch nicht das Gefühl haben, ernst genommen und sozial anerkannt zu werden." [54]

Freisetzung und Bedrohung durch Arbeitslosigkeit sind freilich nur ein Moment des widersprüchlichen Verteilungs- und Umverteilungsprozesses der Arbeiterklasse im Kapitalismus. Noch deutlicher kommen die Disproportionen in der Bewertung der einzelnen Tätigkeiten zum Ausdruck, die wesentlich dem Wirken des Marktmechanismus unterliegt. Im kapitalistischen Wirtschaftssystem ist die Arbeitskraft und damit der Mensch in erster Linie ein Kostenfaktor, der möglichst niedrig gehalten werden muß. Es würde daher den Profitinteressen widersprechen, die Arbeitskraft ständig zu qualifizieren und zu requalifizieren, um so die Mobilität der Arbeitskräfte zu fördern und die Qualifikation der Arbeitskraft von der engen Bindung an eine bestimmte Branche oder gar an eine bestimmte Anlage zu befreien. „Eine gründliche Ausbildung, ... liegt nur soweit im Interesse der

Kapitalisten, als stets eine Anzahl von Arbeitskräften vorhanden sein muß, die bei Ausfällen schnell und reibungslos unbesetzte Arbeitsplätze übernehmen kann. Ob die jeweilige einseitige Tätigkeit dem Arbeiter eine Entwicklungsperspektive gibt oder ihn bei der nächsten technischen Veränderung überflüssig macht und dazu verurteilt, an einem völlig neuen Arbeitsplatz von vorn anzufangen, interessiert den Unternehmer nicht." [55] Daraus resultieren bestimmte Interessenkonstellationen, die sich sowohl auf die Qualifikationsstruktur der Arbeiterschaft, auf den Arbeitsmarkt als auch auf das gesellschaftliche Bildungssystem auswirken. Zunächst kann davon ausgegangen werden, daß auch in den technologisch fortgeschrittenen Bereichen der Produktion die einseitig spezialisierte Anlerntätigkeit der vorherrschende Qualifikationstyp der Industriearbeit ist. Die von F. *Fürstenberg* befragten Chemiearbeiter entsprechen weitgehend diesem Typ: Zu mehr als 85 % sind sie ungelernte oder angelernte Arbeiter, von denen 47 % einen kaufmännischen oder gewerblichen Beruf in einer anderen Branche erlernt haben [56]. Daneben aber steigt relativ die Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften, wobei die Engpässe des Arbeitsmarktes nicht allein durch die Vollbeschäftigung, sondern auch durch das offensichtliche Zurückbleiben des gesellschaftlichen Bildungs- und Ausbildungssystems hinter den Anforderungen der wissenschaftlich-technischen Entwicklung verursacht werden. Dieser gesteigerten Nachfrage nach hochqualifizierten Arbeitskräften steht eine sinkende Nachfrage nach unqualifizierten Hilfsarbeitern sowie nach „verschlissenen", nicht mehr anpassungsfähigen Gruppen vorwiegend älterer Arbeiter und Angestellten gegenüber. In welcher Weise hier der Marktmechanismus und die Disproportionen des allgemeinen Ausbildungssystems in der Form der polarisierenden Privilegierung und Diskriminierung bestimmter Gruppen der Arbeiterschaft zusammenwirken, wird in der folgenden Stellungnahme des IFO-Instituts eindeutig festgehalten: „Die quantitativen und qualitativen Veränderungen der Nachfrage nach Arbeit brachten es mit sich, daß Hilfsarbeiter und meist ältere Angestellte auch in Zeiten der Überbeschäftigung nur schwer einen entsprechenden Arbeitsplatz ge-

funden haben. Andererseits ist es den Unternehmen — abgesehen von der Rezessionsphase — nur unter großen Anstrengungen gelungen, die neu geschaffenen und verbesserten Arbeitsplätze mit beweglichen und anlernfähigen Arbeitskräften zu besetzen. Insbesondere fehlen die für die Instandsetzung und Wartung benötigten Spezialisten. Die Firmen versuchten, diesem Mangel durch Hortung des entsprechenden Personals zu begegnen, wodurch sich die Arbeitsmarktlage weiter verschärfte. Bei der Entwicklung und Herstellung der modernen Produktionsmittel mangelte es an hochqualifizierten Ingenieuren, Technikern und Facharbeitern." [57]

Diese Polarisierungstendenz wirkt jedoch nicht nur auf dem Arbeitsmarkt, sondern im Arbeitsprozeß selbst. So resümieren *Kern* und *Schumann:* „Auf der einen Seite stehen die durch ihre Arbeitssituation und betriebliche Position *privilegierten* qualifizierten Automationsarbeiter und vor allem die Meßwartenarbeiter, auf der anderen Seite die körperlich und/oder sinnlich-nervlich stark belasteten repetitiven Teilarbeiter, die, wenn sie mit jenen in einer Anlage tätig sind, besonders augenfällig ihre *Benachteiligung* erfahren müssen. Zwischen diesen Polen steht freilich eine breite Mittelgruppe, die Steuer- und Führungsarbeiter der mechanisierten Produktion." [58] Es bestätigt sich also gerade in diesem Punkt die These, daß die Entwicklung der inneren Zusammensetzung der Arbeiterklasse nicht organisch und parallel zur Entwicklung der Produktivkräfte verläuft, sondern als ein Prozeß der einseitigen Ausbildung und Qualifikationen, des schnellen Verschleißes von Qualifikationen, schließlich der Entgegensetzung von qualifizierten und unqualifizierten, von privilegierten und benachteiligten Positionen. Die ihrem Einkommen wie ihrer Arbeitsplatzsicherheit nach am meisten benachteiligten Gruppen der Arbeiterklasse sind gegenwärtig vor allem die ausländischen Arbeitskräfte, die Mehrzahl der weiblichen Arbeiter und Angestellten sowie die ungelernten und landwirtschaftlichen Arbeiter.

Innerhalb einzelner Berufsgruppen und Branchen sind diese Gegensätze natürlich verschieden ausgeprägt. Während zum Beispiel im Bergbau aufgrund der strukturellen Krisen und Wand-

lungsprozesse die Mehrheit der Belegschaften „umverteilt", d. h. auf andere Branchen verteilt, frühzeitig entlassen oder arbeitslos wurde, läßt sich bei wachstums- und arbeitsintensiven Branchen das Verhältnis von qualifizierter und unqualifizierter Arbeit an dem Anteil der un- und angelernten weiblichen Arbeiter und Angestellten feststellen. Der Anteil der Frauen an den Gesamtbeschäftigten der Industrie betrug Ende 1966 28,9% (= 2 434 055 weibliche Beschäftigte). Davon waren ca 25% als Angestellte, dagegen 75% als Arbeiter tätig; von den Arbeiterinenen wiederum waren ca. 83% als Un- oder Angelernte tätig. Der Anteil der unqualifizierten weiblichen Arbeiter an der Gesamtzahl der weiblichen Beschäftigten in der Industrie beträgt somit ca. 62%. Noch aufschlußreicher als diese Durchschnittsangaben für die gesamte Industrie der BRD sind jedoch die Daten einzelner, ausgewählter Industriegruppen, die erheblich vom Durchschnitt abweichen:

Industriegruppe	Anteil der Frauen insges. %	davon: Angestellte ca. %	Arbeiter ca. %
Elektrotechn. Industrie	37,0	25	75
Feinmechanische und optische Uhrenindustrie	41,4	22	78
Feinblechpackungsindustrie	52,7	9	91
Textilindustrie	55,8	12	88
Bekleidungsindustrie	82,4	9	91
Süßwarenindustrie	66,9	11	89

Diese Berechnungen [89] verdeutlichen, daß nicht nur die traditionell auf unqualifizierter Frauenarbeit beruhende Industriegruppen der Verbrauchsgüter- und der Nahrungs- und Genußmittel-

industrien erheblich über den Durchschnittswerten liegen, sondern auch bestimmte Gruppen der Investitionsgüterindustrien, die — wie z. B. die elektronische Industrie — technologisch relativ weit fortgeschritten sind und auch durch die Steigerung des Produktionsvolumens sowie der Arbeitsproduktivität mit die höchsten Freisetzungsraten aufwiesen [60]. Ein weiterer Hinweis auf die polarisierte Qualifikationsstruktur innerhalb dieser Branche ergibt sich zudem aus dem überdurchschnittlichen Anteil der technischen Angestellten in der elektronischen Industrie (14 % gegenüber ca. 9 % im Gesamtdurchschnitt der Industrie). Hier ist die Beschäftigtenstruktur durch die Konzentration von Planungs- und Verwaltungsspezialisten, Ingenieuren, Wartungs- und Instandsetzungsarbeitern im Bereich der Vorbereitung und Kontrolle der Produktion auf der einen und der Konzentration von unqualifizierten — vorwiegend von Frauen getragenen — Tätigkeiten im Kernbereich der Produktion auf der anderen Seite charakterisiert. Jean *Auger* hat in einem Bericht über die elektronische und elektrotechnische Industrie in Frankreich diese Strukturmerkmale weitgehend bestätigt: Ihre spezifischen Merkmale sind einmal die außerordentlich hohe nationale wie internationale Konzentration der Produktion und der Marktbeherrschung; zum anderen die Polarisierung der Qualifikationen in überwiegend unqualifizierte Frauenarbeit und hochqualifizierte Facharbeiter-, Techniker- und Ingenieurtätigkeiten [61].

Wir hatten bei der Analyse der latenten und manifesten Freisetzung durch wissenschaftlich-technischen Fortschritt den offensichtlichen Zusammenhang zwischen objektiven gesellschaftlichen Widersprüchen und ihrer subjektiven Rezeption und Verarbeitung festgestellt. Die skeptische, ängstliche bzw. pessimistische Bewertung der Perspektiven des technischen Fortschritts und seiner möglichen Auswirkungen für den einzelnen Arbeiter kann auch nach den vorliegenden Untersuchungen als Moment des kollektiven Denkens der Arbeiterschaft, als „Realisation der kollektiven Unsicherheit" [62] gelten; existentielle Unsicherheit wird also eher als Bedingung der gesellschaftlichen Lage der Arbeiterklasse denn als individuelles Problem begriffen. Diese These wird vor allem durch den Tatbestand erhärtet, daß die

Unsicherheit des Urteils gegenüber dem technischen Fortschritt nicht unbedingt mit der tatsächlichen Lebens- und Berufserfahrung übereinstimmen muß. Fragt man allerdings nach der Relevanz von Polarisierungstendenzen im Rahmen des Verteilungs- und Umverteilungsprozesses der Arbeiterklasse, so wird man eher auf zentrifugale denn auf zentripetale Strukturen der Bewußtseinsbildung stoßen. Die Konfrontation von privilegierten und benachteiligten Positionen, die sich nicht nur in der Abstufung des Einkommens, der Arbeitsplatzsicherheit, sondern auch der Anweisungsbefugnisse und insgesamt des sozialen Prestiges konkretisiert, schafft ständig von neuem Unzufriedenheit, die freilich nicht Ausdruck eines kollektiven Lagebewußtseins, sondern Ausdruck der Konkurrenz zwischen verschiedenen Arbeiter- und Angestelltengruppen ist. Im Bewußtsein der Beteiligten stellt sich dieses Konkurrenzverhältnis meist als ein Komplex von diskriminierenden Vorurteilen dar. Offensichtlich gesellschaftliche Phänomene des Verhältnisses von qualifizierter und unqualifizierter Arbeit werden zu quasi natürlichen Über- und Unterordnungsverhältnissen biologisiert. Am klarsten tritt dieser Sachverhalt in der Bewertung der Frauenarbeit und der ausländischen Arbeiter zutage. Zumal bei der Diskriminierung der „Gastarbeiter" fällt es nicht schwer, den Zusammenhang zwischen Vorurteilen und Konkurrenzdruck im Betrieb und auf dem Arbeitsmarkt aufzuspüren; denn nur allzu oft wird in der öffentlichen Diskussion von Unternehmervertretern und der Massenpresse die Ansicht vorgetragen, daß ausländische Arbeiter den Einheimischen die Arbeitsplätze wegnähmen. Nach wie vor stark ausgeprägt sind aber auch noch die vorurteilsbehafteten, emotionalen Spannungen zwischen Arbeitern und Angestellten, die von seiten der Unternehmer durch Privilegierungsdifferenzierungen bei der Regelung der Bezahlung und der Arbeitsbedingungen bewußt aufrechterhalten werden. Das wichtigste Ergebnis der mannigfaltigen hierarchischen Abstufungen und Polarisierungstendenzen ist zweifellos die Behinderung der Kommunikation zwischen den verschiedenen Beschäftigungsgruppen und damit der Entwicklung solidarischer, kollektiver Kommunikations- und Handlungsstrukturen.

Es bleibt also festzuhalten, daß im Rahmen des gesellschaftlichen Verteilungs- und Umverteilungsprozesses der Arbeiterklasse unter den Bedingungen des wissenschaftlich-technischen Fortschrittes zwei entgegengesetzte Tendenzen der Bewußtseinsbildung aufeinander einwirken: auf der einen Seite die Realisation kollektiver Existenz- und Arbeitsbedingungen — auf der anderen Seite die Aufspaltung der Arbeiterschaft in konkurrierende Gruppen, die mit dem Abbau der Solidarität und der individuellen Bewertung der eigenen Lage und ihrer Entwicklungsmöglichkeiten einhergeht. Während der Grad der gewerkschaftlichen Organisation und Aktivität als Objektivierung kollektiver Bewußtseins- und Handlungsstrukturen gelten kann, ist umgekehrt die Schwäche der politischen und gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiterklasse sowohl Bedingung als auch Erscheinung der Entpolitisierung und Privatisierung, d. h. der Orientierung des Denkens und Verhaltens der Arbeiter auf individuelle Lösungs- und Veränderungsmöglichkeiten ihrer sozialen Lage. Zwei Beispiele sollen diesen individuellen Lösungsversuch als Ausdruck einer bestimmten Position in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit veranschaulichen. *Braun* und *Fuhrmann* haben in ihrer Untersuchung über die „Angestelltenmentalität" [63] prägnant den Typus des älteren, mittleren Büroangestellten in der Industrie herausgearbeitet, der durch die Rationalisierung der Büroarbeit am meisten durch Qualifikations-, Positions- und Einkommensverlust bedroht ist. Im Gegensatz vor allem zu den jüngeren technischen Angestellten, denen ein hohes Maß an „Sachrationalität" und „Leistungsorientierung" zugeschrieben wird, reagieren jene durch eine gewisse „Überanpassung" auf die Entqualifizierung ihrer Tätigkeit. Die Verinnerlichung der traditionell hierarchischen Autoritätsbeziehungen, der Ideologie eines überlegenen Berufsethos der Angestellten und damit der bedingungslosen Anpassung an die vorgegebenen Normen des betrieblichen Herrschaftssystems reflektiert das Motiv, durch individuelle Unterwerfung die Abwertung der eigenen Position zu verhindern bzw. zu mildern. Das andere Beispiel ist der Lebensgeschichte eines klassenbewußten französischen Arbeiters entnommen, die Juliette *Minces*

protokolliert hat. Er spricht davon, daß der Arbeiter begreifen muß, was um ihn vor sich geht, um die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Aktivität einzusehen. Dann führt er aus: „Es gibt aber noch viele, die das nicht begriffen haben. Diejenigen, die an die individuelle Lösung glauben. Das ist aber nicht gut. Darauf kommen sie bald auch von selbst. Man findet diese Einstellung vor allem bei den Jungen. Wenn der Arbeiter 25 oder 30 Jahre alt ist, dann hat er verstanden, daß es Schluß ist mit der individuellen Lösung; aber er weiß dann nicht, was er tun soll, und er zieht sich in sein Schneckenhaus zurück. Das ist der Moment, an dem der Gewerkschafter intervenieren muß. In dieser Krisenperiode muß der Kollege da sein; er muß es spüren, wann der Junge in diesen Konflikt gerät. Der junge Arbeiter ist jetzt aus dem Gleichgewicht gebracht — er hat nämlich an den Weihnachtsmann geglaubt, der ihm einen Haufen von schönen Dingen bescheren wird; er hat sich — wie sagen noch die Amerikaner — wie ein richtiger Selfmademan gefühlt.“ [84] Hier wird sehr einprägsam geschildert, in welche scheinbar unlösbaren Konflikte sich das Arbeiterbewußtsein im Übergang von der lebensgeschichtlich durchaus untypischen Situation des jungen, unabhängigen Arbeiters zur normalen „condition ouvrière“ verstrickt. Die Illusion der individuellen Lösung, des Aufstiegs und der Mobilität wird angesichts des Zwangs, den die Reproduktion der Familie, die dadurch bedingte Einschränkung des verfügbaren Einkommens sowie die geringere Mobilität und Aufstiegsmöglichkeit auferlegen, objektiv zerstört. Beide Beispiele verdeutlichen zugleich, daß der individuelle Lösungsversuch stets identisch ist mit Anpassung oder mit Resignation.

Zum Verhältnis von theoretischer und empirischer Klassenanalyse

Wir müssen nunmehr erneut auf die methodischen Grundfragen zurückkommen, von denen diese Erörterungen ausgegangen sind. Ihr Ausgangspunkt war die Frage nach der Relevanz der materiellen gesellschaftlichen Verhältnisse, also nach der objektiven

Klassenlage für die Ausbildung, den Inhalt und die Entwicklungsmöglichkeiten des Arbeiterbewußtseins. Arbeiterbewußtsein ist kein autonomer Komplex subjektiver Meinungen, Bewertungen und Einstellungen, die als gemeinsame Merkmale einer größeren Gruppe von Arbeitern empirisch nachzuweisen sind. Die Kategorie Arbeiterbewußtsein umfaßt vielmehr das komplexe und widersprüchliche Verhältnis der Einstellungen und der Informationen, des Denkens und des Handelns des Arbeiters gegenüber seinen tatsächlichen Existenzbedingungen, die durch seine gesellschaftliche Stellung im System der Verteilung der Produktionsmittel sowie durch seinen Platz in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit bestimmt werden. Das Verhältnis der Lohnarbeit kann demnach weder auf eine abstrakte Verallgemeinerung noch auf eine partikularisierende Betrachtungsweise des Arbeitsverhältnisses reduziert werden. Es konkretisiert sich wesentlich in drei Beziehungen, die zugleich eine Einheit bilden: in der gesellschaftlich abhängigen und untergeordneten Position des Lohnabhängigen, in der weisungsgebundenen Unterordnung und Ausbeutung im Produktionsbereich sowie in der unmittelbaren Abhängigkeit des Lohnarbeiters von seinem Lohneinkommen in der Sphäre des Konsums. Für den gesellschaftlichen und betrieblichen Bereich sind in den vorangegangenen Abschnitten einige wesentliche Strukturmerkmale festgehalten worden, die unabhängig vom Willen und den Meinungen der Individuen die gesellschaftliche Produktion und Reproduktion bestimmen. Dabei ergibt sich eine Rangfolge der Bestimmungselemente der Klassenlage und ihres Zusammenhangs, die zugleich den Rahmen für die einzelnen Schritte empirischer Untersuchungen zum Verhältnis von Lage und Bewußtsein vorgibt. Natürlich ist jede empirisch soziologische Untersuchung zunächst mit einem bestimmten Untersuchungsgegenstand, z. B. mit einer nach ihrer Tätigkeit, nach einer bestimmten Region oder einem bestimmten Betrieb definierten Gruppe von Menschen mit unterschiedlichen Einstellungen und Verhaltensweisen, konfrontiert. Sie wird eine scheinbar chaotische Vielfalt von objektiven und subjektiven Einzeldaten erheben und diese nach bestimmten Untersuchungshypothesen und allgemeinen Merk-

malen zu strukturieren suchen. Gleichwohl bleibt sowohl die Formulierung bestimmter Untersuchungshypothesen als auch die Auswertung der Einzeldaten auf den Bezugsrahmen angewiesen, der es ermöglicht, die gesellschaftliche Relevanz und Qualität dieser Daten zu bewerten. Insofern entscheidet auch nicht die Perfektion des empirischen Instrumentariums über die Qualität einer Untersuchung und ihrer Ergebnisse, sondern die begriffliche Klärung der gesellschaftlichen Strukturen und Beziehungen, in denen die Zuordnung und Auswertung der allgemeinen und besonderen Merkmale der Lage und des Bewußtseins von Arbeitern erfolgt.

Dieser Ansatz verbietet a priori die Anwendung einer Faktorenanalyse, die auf der methodologischen Prämisse gründet, daß die Gesamtgesellschaft oder ihre Teilbereiche durch eine Vielzahl gleichwertiger, gleichrangiger und auch voneinander unabhängiger Faktoren beeinflußt wird. Die gleichwertige Behandlung von Faktoren, die aus den gesamtgesellschaftlichen Verhältnissen und aus den unmittelbaren Bedingungen des Untersuchungsgegenstandes erwachsen, führt notwendig zur Verschleierung des Verhältnisses von dominierenden und abgeleiteten Faktoren bei der Analyse der gesellschaftlichen Wirklichkeit. In der bürgerlichen Industriesoziologie findet diese Verschleierung ihren systematisierten Ausdruck: Die vorgebliche „Eigengesetzlichkeit von Industrie und Betrieb" begründet den Anspruch auf einen autonomen Arbeitsbereich innerhalb der Soziologie. Dieses Beharren auf der „autonomen sozialen Realität des Industriebetriebes" [65] impliziert die „Ausklammerung der ökonomischen Beziehungen aus dem System der Faktoren, die die sozialen Beziehungen des Industriebetriebes determinieren" [66]. Für die Tendenz dieser Verselbständigung ist es bezeichnend, daß vor allem auf sozialpsychologische Phänomene — so z. B. Anerkennung und Prestige, informelle Gruppenbeziehungen und Konflikte — rekurriert wird. Auch die „Atmosphäre" bzw. das „Klima" des Betriebes werden immer wieder als autonomer Faktor des innerbetrieblichen Geschehens ausgegeben, obwohl gerade hier die Verbindung zwischen der kategorialen Eindimensionalität der bürgerlichen Industrie-

soziologie und den kapitalistischen Verwertungsinteressen nicht mehr zu verschleiern ist. Ludwig von *Friedeburg* hat auf diese ambivalente Funktion des „Betriebsklimas" hingewiesen: Einerseits weist er nach, daß das Klima „kein selbständiger Faktor im Betriebsgeschehen" ist. Andererseits konstatiert er seine „verschleiernde Funktion" bei der Bewältigung innerbetrieblicher Konflikte. „Durch die konkretistische Verengung der Arbeitnehmererwartungen erhalten die überschaubare Arbeitsumgebung und die unmittelbaren zwischenmenschlichen Beziehungen überwertige Bedeutung für die Ausprägung der innerbetrieblichen ‚Atmosphäre'. Dieser Mechanismus ermöglicht es manipulativen Human-Relations-Maßnahmen, kurzfristig durchaus erfolgreich Spannungen im Betriebsablauf zu beseitigen." [67]

Schon bei der Kritik des „technologischen Determinismus" neuerer arbeitssoziologischer Untersuchungen [68] ist deutlich geworden, in welcher Weise die einseitige Verabsolutierung bestimmter objektiver oder subjektiver Faktoren der Klassenlage verfälschend auf die Untersuchungsergebnisse selbst einwirkt. Erheblich unzulänglicher sind freilich solche Studien, in denen z. B. der Faktor der subjektiven „Arbeitszufriedenheit" als Kriterium für die Bewertung der sozialen Lage von Industriearbeitern zugrunde gelegt wird. Nur vor dem Hintergrund dieser offensichtlichen Mängel der meisten Untersuchungen der bürgerlichen Industriesoziologie ist auch die Publizität zu erklären, die den Veröffentlichungen von Günter *Wallraff*, Erika *Runge*, Max von der *Grün* u. a. über die Lebens- und Arbeitsbedingungen von Arbeitern in der BRD zuteil geworden ist [69]. Hier wird mit dem scheinbar nicht-wissenschaftlichen Instrument der — zum Teil literarisch verarbeiteten — Dokumentation und des Protokolls der Versuch unternommen, die Wirklichkeit des Arbeiterlebens zu beschreiben. Gewiß können diese „Ausschnitte" keinen Anspruch auf wissenschaftlich gesicherte Repräsentanz erheben. Dennoch besteht ihre Bedeutung auch für die wissenschaftliche Untersuchung der Lebensverhältnisse und des Bewußtseins von Arbeitern gerade darin, daß sie Elemente der gesellschaftlichen Wirklichkeit festhalten, die offensichtlich durch die feingliedrigen Maschen des Netzes der positivistischen, empi-

rischen Sozialforschung hindurchschlüpfen: alle jene Zwänge nämlich, die am Arbeitsplatz, in der Familie, bei der Verausgabung des Lohnes in der Konsumtion, auf die Entwicklung der Fähigkeiten und der Bedürfnisse, schließlich auch auf die politische Artikulation von Interessen und Forderungen wirken. Darum stimmen diese Ansätze — selbst in ihrer literarischen Form — zugleich zum Teil mit jenem Anspruch der historisch-materialistischen Analyse überein, den Karl *Marx* in der „Deutschen Ideologie" formulierte: „Ganz im Gegensatz zur deutschen Philosophie, welche vom Himmel auf die Erde herabsteigt, wird hier von der Erde zum Himmel gestiegen, d. h. es wird nicht ausgegangen von dem, was die Menschen sagen, sich einbilden, sich vorstellen, auch nicht von den gedachten, eingebildeten, vorgestellten Menschen, um davon aus bei den leibhaftigen Menschen anzukommen; es wird von den wirklich tätigen Menschen ausgegangen und aus ihrem wirklichen Lebensprozeß auch die Entwicklung der ideologischen Reflexe und Echos dieses Lebensprozesses dargestellt ... Diese Betrachtungsweise ist nicht voraussetzungslos. Sie geht von den wirklichen Voraussetzungen aus, sie verläßt sie keinen Augenblick. Ihre Voraussetzungen sind die Menschen nicht in irgendeiner phantastischen Abgeschlossenheit und Fixierung, sondern in ihrem wirklichen, empirisch anschaulichen Entwicklungsprozeß unter bestimmten Bedingungen ... Da, wo die Spekulation aufhört, beim wirklichen Leben, beginnt also die wirkliche, positive Wissenschaft, die Darstellung der praktischen Betätigung, des praktischen Entwicklungsprozesses der Menschen. Die Phrasen vom Bewußtsein hören auf, wirkliches Wissen muß an ihre Stelle treten." [70]

Gleichwohl können die Dokumentationen und Beschreibungen der neueren Arbeiterliteratur der gesellschaftswissenschaftlichen Analyse von Lage und Bewußtsein der Arbeiterklasse im Spätkapitalismus nur Hinweise für den Gang und die Schwerpunkte der Analyse vermitteln. Der gesamtgesellschaftliche Bezug dieser Darstellungen individueller Arbeits- und Lebensverhältnisse ergibt sich entweder aus dem „Standort" des Autors, der seine Beschreibung als exemplarisch verstanden wissen will, oder aus

dem Klassenbewußtsein von Arbeitern, die in den Protokollen selbst zu Wort kommen. Dabei wird natürlich stets auf den entscheidenden Punkt verwiesen, bei dem auch die wissenschaftliche Analyse zu beginnen hat: auf die Bedeutung der Eigentumsverhältnisse für die Klassenlage, für die konkrete Ausgestaltung des Arbeitsverhältnisses und der Lebensverhältnisse außerhalb der Arbeit. Die wissenschaftliche Forschung aber muß von der Analyse der Eigentumsverhältnisse und der durch sie bestimmten Klassenverhältnisse über die qualitative und quantitative Untersuchung der gesellschaftlichen Mechanismen, die — auf der Grundlage der Eigentumsverhältnisse — den Austausch und die Verteilung der Tätigkeiten sowie die Verteilung und die Verwendung der Lohneinkommen regulieren, aufsteigen zu Kategorien, die die Bewertung der vielfältigen objektiven und subjektiven Daten, die im Zuge empirischer Einzelanalysen erhoben werden, im Bezug zur Struktur und den Hauptentwicklungstendenzen der materiellen gesellschaftlichen Verhältnisse erlauben. Erst aus dieser eindeutig nach Prioritäten abgestuften Rangfolge von Faktoren, die soziale Lage und Bewußtsein vermitteln, können überhaupt gesellschaftlich relevante Kriterien für die Hypothesenbildung empirischer Untersuchungen gewonnen werden; denn ohne diese Voraussetzung sind Aussagen über das Verhältnis von Klassenlage und Klassenbewußtsein, über die Bedeutung individueller Differenzierungen in bezug auf die Arbeitssituation, die Lebens- und Konsumverhältnisse und auch auf das Bewußtsein schlechterdings unmöglich.

Friedrich *Fürstenberg* hat den Versuch unternommen, die Position des Arbeiters im Spannungsfeld des Betriebes durch ein Kategorienschema zu veranschaulichen[71]. Der Arbeiter befindet sich in einem Feld, das durch die Wechselwirkungen zwischen dem „institutionellen Bezugsrahmen" und dem „Interaktionsgefüge" bzw. ihren einzelnen Komponenten bestimmt wird. Der institutionelle Bezugsrahmen wird durch die folgenden Komponenten bestimmt: 1. *Funktionen*, die sich aus dem Betriebszweck und den Formen betrieblicher Arbeitsteilung ergeben; 2. *Vollmachten*, die Befugnisse über Sachen und Menschen normieren;

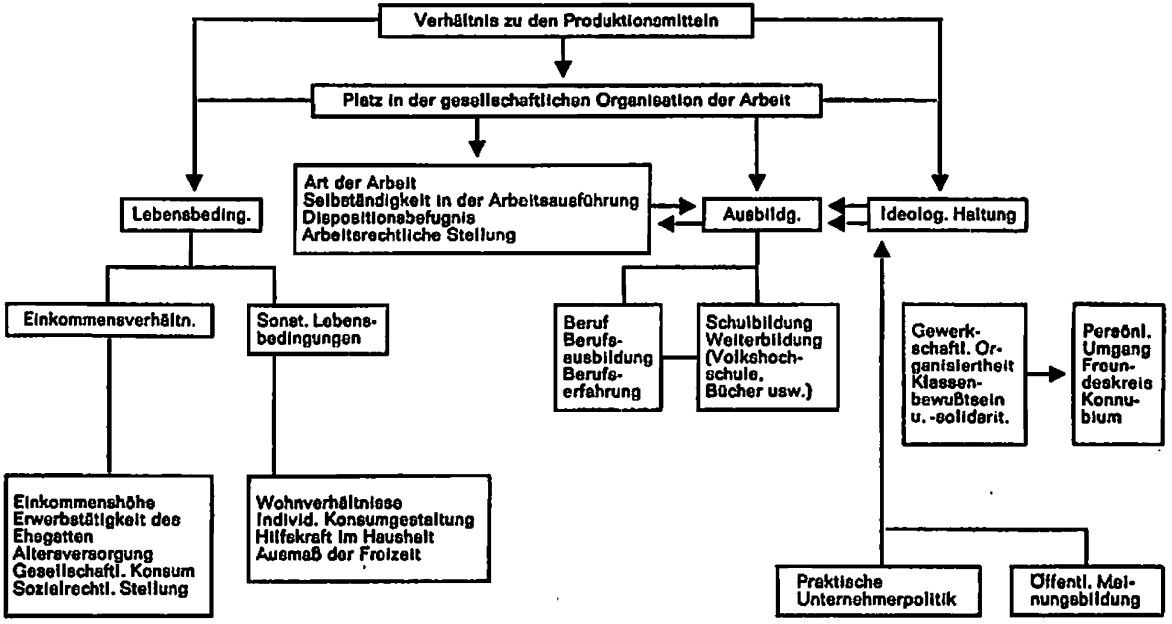
3. ein System betrieblicher *Normen*, um Funktions- und Vollmachtausübung kontrollierbar zu machen, und 4. die Festlegung der *Kommunikationswege*, die für den vertikalen und horizontalen Austausch von Mitteilungen, Beschwerden und Vorschlägen unerläßlich sind. Die Beziehungen zwischen den Arbeitern innerhalb dieses institutionellen Rahmens konstituieren das „Interaktionsgefüge", in dem Arbeitsgruppen, Ranggruppen, autonome Gruppen und offizielle Interessenvertretungen zu unterscheiden sind. Die jeweilige soziale Situation des Arbeitnehmers im Betrieb bestimmt sich also „ ... nach dem Ausmaß der ihm übertragenen Funktionen und Vollmachten, nach der Art der von ihm zu beachtenden Normen und seinem Anteil an den Kommunikationswegen sowie nach der Art und dem Ausmaß seiner Zugehörigkeit zu den verschiedenen betrieblichen Gruppen" [72]. Schließlich wird betont, daß auch Veränderungen „in der sozialen Umwelt des Betriebes" — etwa Veränderungen der Wirtschaftslage, politische Vorgänge oder technische Neuerungen — das betriebliche Spannungsfeld sehr stark beeinflussen.

Dieses Bezugssystem könnte zunächst den Eindruck erwecken, daß auf seiner Grundlage die Wechselbeziehungen zwischen den objektiven und subjektiven Momenten der Soziallage des Arbeiters zu ermitteln sind. Tatsächlich aber handelt es sich hier um ein formales Klassifikationsschema, das die individuellen Merkmale von Strukturen und Funktionen im Arbeitsprozeß ordnen soll. Neben der unterstellten Gleichwertigkeit verschiedener Faktoren, die im „Spannungsfeld" des Betriebs zusammenwirken, ist dieses Schema vorab durch die Reduktion von gesellschaftlichen Faktoren auf formale Positionsbestimmungen im Arbeitsprozeß charakterisiert. Unterschiedliche Funktionen und Vollmachten, Zugehörigkeit zu Gruppen etc. erscheinen als konkrete Bestimmungen, die sich innerhalb des Betriebes realisieren und reproduzieren. Damit aber wird schon der Arbeitsprozeß und die mit ihm verknüpften Strukturen der Bewußtseinsbildung als ein autonomes Sozial- und Interaktionsgefüge konstituiert. Die soziologische Erforschung der „Soziallage" wird mithin eingeschränkt auf Strukturwandlungen der objektiven Arbeitssituation, von sozialen Beziehungen, Anpassungsprozes-

sen, die durch „technisch-wirtschaftliche Rationalisierungsimpulse" produziert werden. Die wesentlichen gesellschaftlichen Bestimmungen und Beziehungen werden aber durch dieses Verfahren verflüchtigt. Welche Funktionen und Vollmachten der Arbeiter innerhalb des Betriebes ausfüllt, wird in doppelter Weise durch gesellschaftliche Bedingungen, also schon bevor er überhaupt in den Betrieb eintritt, vorentschieden. Einerseits entscheidet zunächst die Tatsache, daß er Lohnarbeiter ist, darüber, daß er mit dem Verkauf seiner Arbeitskraft auf die Verfügung über die Arbeitskraft sowie über die Produkte seiner Arbeit verzichtet. Die wichtigste Funktion der Lohnarbeit ist die Kapitalverwertung, die den objektiven Rahmen der Unterordnung der produktiven Arbeit in Betrieb und Gesellschaft vorgibt. Andererseits wird die Funktion, die der Arbeiter innerhalb der Produktion einnimmt, vorherbestimmt durch die Ausbildung und Qualifikation, die er im Verlauf seines Lebens erworben hat. Die Art seiner Tätigkeit, seine Stellung im System der betrieblichen Entscheidungshierarchie, vor allem sein Einkommen, das wesentlich den Spielraum seiner gesamten Lebensverhältnisse festsetzt, hängen von diesen Voraussetzungen ab, die wesentlich nicht im Betrieb, sondern in der außerbetrieblichen Sphäre und vor dem eigentlichen Eintritt in den Arbeitsprozeß — so z. B. in der Familie und in der Schule — realisiert werden. *Fürstenbergs* Kategorienschema legt aufgrund der Vernachlässigung solcher gesellschaftlicher Faktoren zugleich die Schwerpunkte der empirischen Erhebung fest. Die Soziallage wird de facto durch die Betriebssituation substituiert. Es werden nicht die Beziehungen zwischen Gesellschafts- und Betriebsstruktur, sondern ausschließlich die Betriebsstruktur, die subjektive Arbeitshaltung, das Betriebsbild, Anpassungsprobleme und schließlich Probleme der persönlichen Lebensführung als Hauptbereich der Untersuchung definiert[79]. Somit entspricht letztlich die Beziehungs- und Voraussetzungslosigkeit der erhobenen subjektiven Daten der kategorialen Verselbständigung der einzelnen Faktoren, die als strukturell-funktionaler Zusammenhang das Spannungsfeld des Betriebes eingrenzen sollen. Helmut *Steiner* hat bei seiner Analyse der Angestellten im gegen-

wärtigen Kapitalismus ebenfalls die verschiedenen Momente der Klassenanalyse und ihre unterschiedliche Gewichtung in einem Schaubild skizziert (vgl. Schaubild S. 161). Gegenüber der in dem strukturell-funktionalen Ansatz vorgenommenen Nivellierung verschiedener Faktoren wird hier von einer klaren Abstufung von Determinanten und Wechselbeziehungen ausgegangen. „Die Einbeziehung einer Vielzahl von Momenten für die Klassenanalyse in Gestalt eines Systems oder Modells, bei unterschiedlicher Gewichtung der Einzelkriterien, räumt den für die Analyse notwendigen, doch von den Primärkriterien ‚Verhältnis zu den Produktionsmitteln' (als gesellschaftliches Verhältnis) und ‚Platz in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit' abgeleiteten Faktoren (Arbeits- und Lebensbedingungen, soziales Milieu etc.) den gebührenden Platz ein." [74] Dennoch darf diese Skizze nicht dahingehend fehlinterpretiert werden, daß hier schon der Zusammenhang von Bestimmungsmomenten der Klassenlage, deren konkrete Erscheinungsformen und Wirkungskreise jeweils den Gegenstand empirischer Untersuchungen bilden, abgeleitet wäre. Es handelt sich vielmehr um einen ersten methodischen Schritt der Klassenanalyse, der auf der Einsicht beruht, „daß das grundlegende und bestimmende Produktionsverhältnis nicht unmittelbar zum Ausdruck kommt, sondern daß der gesellschaftliche Produktions- und Reproduktionsprozeß diese sozialen Beziehungen auf vielfältige Weise vermittelt, die schließlich in unterschiedlichsten Formen, Ausdrucks- und Erscheinungsformen sichtbar werden" [75]. Wir hatten weiter oben [76] den Versuch unternommen, die Kategorie „materielle gesellschaftliche Verhältnisse" in einigen ausgewählten Punkten zu präzisieren und dabei die Abhängigkeit einzelner Faktoren — so z. B. die rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen des Arbeitsprozesses, die Verteilung und den Austausch der Tätigkeiten sowie die Verteilung und Umverteilung der Einkommen — von der Entfaltung der Produktivkräfte unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen nachzuweisen. Zweifellos ist es evident, daß die unmittelbaren Lebensbedingungen der Arbeiter und Angestellten von solchen Strukturen und Prozessen betroffen sind — die längerfristige Veränderung der Lebensbedingungen ist

Skizze der verschiedenen Momente und ihrer unterschiedlichen Gewichtung bei einer empirischen Klassenanalyse der Angestellten im gegenwärtigen Imperialismus



dieser Prozeß selbst. Gleichwohl geht *Steiner* mit Recht über die Analyse der Wirkungsweise und den Zusammenhang dieser allgemeinen gesellschaftlichen Bedingungen hinaus und fordert, daß — auf der Grundlage der Eigentumsverhältnisse und der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit — die jeweiligen Lebensbedingungen, die Art der Arbeit und der Ausbildung, zugleich aber auch die ideologische Haltung und deren Beeinflussung konkretisiert und differenziert werden. Die empirische Klassenanalyse stellt sich so als Moment der theoretischen Klassenanalyse dar. Sie verfolgt und konkretisiert die Erscheinungsformen, in denen sich das Kapitalverhältnis und damit auch die Klassenverhältnisse reproduzieren. „Erst aus der Verfolgung der Produktionsbedingungen der kapitalistischen Gesellschaft kann auch die Reproduktion der Klassenverhältnisse und all der Formen, die die Konstituierung der Arbeiterklasse als Klasse für sich behindern und auch ermöglichen, nachvollzogen werden." [77]

Die Analyse des Verhältnisses von Lage und Bewußtsein der Arbeiterklasse hat also in ihrem ersten Schritt die folgenden Schwerpunkte theoretisch und empirisch aufzuarbeiten:

1. Entwicklung der Klassengliederung auf der Grundlage der gesellschaftlichen Eigentumsverhältnisse, d. h. nach dem Verhältnis der Besitzer und Nichtbesitzer von Produktionsbedingungen und nach ihrem Platz in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit.

2. Analyse von Struktur und Zusammensetzung der Arbeiterklasse auf der Grundlage der Verteilung und Umverteilung der Arbeitskräfte und die verschiedenen Zweige der materiellen und immateriellen Produktion sowie auf verschiedene Funktionsbereiche innerhalb der Produktion.

3. Analyse der Verteilung und Umverteilung der Kapital- und der Lohneinkommen.

4. Analyse der rechtlichen und politischen Fixierung und Vermittlung der Eigentumsverhältnisse.

5. Analyse der herrschenden Ideologien, ihrer Institutionalisierung und ihres Einflusses.

6. Analyse des politischen und ideologischen Kräfteverhältnisses der Klassen und der Entwicklung des Klassenkampfes.

Im Hinblick auf konkrete empirische Untersuchungen, die jeweils einen besonderen gesellschaftlichen Bereich erfassen und immer nur ausgewählte Fragestellungen thematisieren können, ist bei der Bearbeitung dieser einzelnen Schwerpunkte jeweils in zweifacher Weise zu differenzieren.

1. Darlegung der wesentlichen historischen Entwicklungstendenzen bei der Analyse des Zusammenhangs der gesamtgesellschaftlichen Bestimmungsmomente der Klassenlage. Nur aus dieser historischen Analyse lassen sich Hypothesen über den klassenspezifischen Charakter einzelner Entwicklungen gewinnen. Für die Bewertung der Verteilung und Umverteilung von Kapital- und Lohneinkommen ist es z. B. unerläßlich, die Veränderung bzw. Stagnation der Lohneinkommen am Volkseinkommen („Lohnquote") heranzuziehen. Die Kategorie „Struktur der Arbeiterklasse" bleibt abstrakt, solange nicht die geschichtlichen Grundzüge des Anwachsens der lohnabhängig Beschäftigten, des Umverteilungsprozesses der Arbeitskräfte sowie des Verhältnisses von körperlichen und geistigen, unqualifizierten und qualifizierten, produktiven und unproduktiven Tätigkeiten bekannt ist. Stets verweisen überdurchschnittliche Veränderungen solcher Relationen auf Strukturwandlungen des Prozesses der gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion. So ist z. B. das Anwachsen der Angestelltentätigkeiten in der Entfaltungsperiode des Imperialismus — also seit etwa 1880 — nicht bloße Funktion der Vergrößerung der Betriebseinheit, sondern vorab Funktion des die kapitalistische Produktionsweise dirigierenden Verwertungsprinzips gewesen [78]. Ebenso verweist die im Spätkapitalismus sprunghaft ansteigende Aneignung von sozial- und naturwissenschaftlich sowie von technisch hochqualifizierter Arbeit sowohl im Bereich der Produktion als auch im Bereich des Staatsapparates auf die systematische Integration der Wissenschaft in den Produktionsprozeß und auf die zunehmende Verschmelzung politischer und ökonomischer Funktionen, ohne die die Entfaltung der Produktivkräfte nicht mehr zu gewährleisten ist.

2. Sektorale und regionale Differenzierung von Strukturdaten und deren Hauptentwicklungstendenzen. Solche Differenzierungen können nur auf der Grundlage von gesamtgesellschaftlichen Daten vorgenommen werden. Sie sind vor allem unter dem Gesichtspunkt der besonderen empirischen Fragestellung und des empirischen Untersuchungsgegenstandes vorzunehmen; denn sie bilden die Grundlage sowohl für die Hypothesenbildung als auch für die Entwicklung der Untersuchungsmethoden in einem spezifischen sozialökonomischen „Feld". Die Struktur einer bestimmten Region, Stadt oder auch eines Betriebes ist erst dann zu präzisieren, wenn ein Vergleich zwischen Daten der gesamtgesellschaftlichen Produktionszweig- und Berufsstruktur, der Verkehrs- und Wohnverhältnisse, insgesamt also auch der Infrastruktur möglich wird. Die Produktions-, Arbeitsmarkt- und Infrastruktur jenes Bereiches, in dem eine empirische Untersuchung vorgenommen werden soll, ist die Basis für die Extrapolation von Faktoren, die die Lage und die unmittelbaren Lebensbedingungen der Arbeiter in einer Region nachhaltig bestimmen. So gibt z. B. die Chemiearbeiterstudie von Friedrich *Fürstenberg* zu erkennen, daß die untersuchten Betriebe in Regionen mit verschiedener Struktur — in einer Großstadt, im Einzugsbereich einer Großstadt, in einem industriellen Ballungsraum und in ländlicher Umgebung — liegen. Dennoch sind diese unterschiedlichen regionalen Bedingungen nicht in die Fragestellung und die Untersuchungsmethoden eingegangen. Allein der Hinweis, daß viele Arbeiter den Bau eines eigenen Hauses als Erfüllung ihres Lebenszieles betrachten und daß dieser Wunsch mit einer explizit unpolitischen Einstellung einhergeht, läßt den Einfluß regionalspezifischer Faktoren erkennen; denn die Möglichkeit, ein eigenes Haus zu bauen, ist in der Regel nur für den Arbeiter zu realisieren, der auf dem Land wohnt, über eigenen Boden verfügt bzw. diesen günstig erwerben kann. Zugleich sind solche regionalspezifische Differenzierungen für die innerbetriebliche Struktur und das Bewußtsein der Arbeiter gegenüber ihrer eigenen Tätigkeit und ihrer gesellschaftlichen Position von außerordentlicher Relevanz. Untersucht man z. B. den Grad der gewerkschaftlichen Organisation und Aktivität in

Großbetrieben der chemischen Industrie, so wird man feststellen, daß sie in Betrieben, die in industriellen Ballungsräumen liegen und deren Belegschaft sich vorwiegend aus städtischen Arbeitern — meist noch der zweiten Generation — zusammensetzt, erheblich höher sind als in solchen Betrieben, die in ländlicher Umgebung und am Rande von Industriezentren aufgebaut werden [79]. Ein großer Teil der Belegschaften des zweiten Typs rekrutiert sich aus Pendlern, die vom Land zur Arbeit fahren, zum Teil noch einen bäuerlichen Familienbetrieb bewirtschaften („Kötter"), über keine besondere Berufsausbildung verfügen und insgesamt mit der Tradition der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung nicht vertraut sind. Diese objektiven Bedingungen kommen sowohl in der geringen Bereitschaft zu gewerkschaftlicher Organisation als auch in der z. T. peripheren subjektiven Bedeutung zum Ausdruck, die die betriebliche Tätigkeit im Bewußtsein dieser Arbeiter einnimmt. Eberhard *Blankenburg* hat diese These durch die Untersuchung des Wahlverhaltens von Arbeitern ergänzt. Die städtische bzw. ländliche Lebensumgebung erweist sich als das wichtigste Kriterium für die Differenzierung des Wahlverhaltens der Arbeiter: Ländliche Arbeiter wählen überwiegend konservativ — städtische Arbeiter dagegen eher progressiv. Bei den Arbeitern aus ländlichen Regionen wird die konservativ-reaktionäre Parteiorientierung noch durch den Einfluß der konfessionellen Bindung an die katholische Kirche verstärkt [80]. Dennoch darf die Bewertung dieser Zusammenhänge nicht bei dem vordergründigen Kriterium des Wohnortes oder der Konfession und dem dadurch bestimmten Wahlverhaltens stehenbleiben. Solche regionalspezifische Differenzierungen sind auf die disproportionale Entwicklung der Produktivkräfte im Kapitalismus zurückzuführen; noch in den subjektiven Einstellungsdivergenzen reflektieren sie den Widerspruch von Stadt und Land, den Widerspruch zwischen der forcierten Entwicklung industrieller Ballungsräume und Herrschaftszentren und dem Zurückbleiben der industriell unterentwickelten Gebiete, die mehr und mehr durch den Eingriff staatlicher Planungsinstrumente davor bewahrt werden müssen, gänzlich auf den Status wirtschaftlicher und industrieller Notstandsgebiete abzusinken.

Der zweite Schritt der Analyse verlangt nunmehr die Bestimmung von Elementen und Beziehungen, die für die empirische Untersuchung des Verhältnisses von sozialer Lage und Bewußtsein relevant sind. Schon bei der Behandlung der Berufsstruktur und der regionalspezifischen Differenzierungen war davon ausgegangen worden, daß — auf der Grundlage gesamtgesellschaftlicher Aussagen — einzelne Fragestellungen schon so weit konkretisiert werden müssen, daß sie Hypothesen über die Hauptmerkmale der sozialen und ökonomischen Struktur des Untersuchungsbereiches ermöglichen. Dennoch ist die empirische Untersuchung selbst durch die Erhebung von objektiven und subjektiven Merkmalen von zunächst partikularer und individueller Natur definiert. Dabei darf freilich auf die kategoriale Strukturierung der materiellen gesellschaftlichen Verhältnisse, die den objektiven Bezugsrahmen jeder Untersuchung vorgeben, in der Behandlung eines Ausschnittes der gesellschaftlichen Wirklichkeit nicht verzichtet werden. Empirische Einzelerhebungen sind keine „Momentaufnahmen", sondern Untersuchungen, die mögliche Beziehungen und Widersprüche zwischen allgemeinen und besonderen, zwischen objektiven und subjektiven Bedingungen des Gesellschaftsprozesses thematisieren.

Demnach müssen bei der Analyse der sozialen Lage von Industriearbeitern zunächst die empirisch zu erfassenden Lebensverhältnisse nach den Grundkategorien der gesellschaftswissenschaftlichen Analyse strukturiert werden. Die Klassenstruktur der kapitalistischen Gesellschaft wird durch den Antagonismus von Lohnarbeit und Kapital bestimmt. Sie beruht auf der gesellschaftlichen Bedingung, daß der Arbeiter — als Nichtbesitzer an Produktionsmitteln — gezwungen ist, seine Arbeitskraft gegen Lohn zu tauschen. Dieser Zwang geht einerseits auf die Notwendigkeit zurück, daß der Arbeiter seine Arbeitskraft und seine Familie reproduzieren muß. Andererseits ist er Ausdruck der für die kapitalistische Produktionsweise charakteristischen Trennung der Produzenten von den Produktionsmitteln, Ausdruck und Bedingung des Widerspruchs zwischen gesellschaftlicher Produktion und der privaten Aneignung des Produktionsergebnisses und damit auch des Mehrwertes durch den Kapital-

eigner. Im Austausch von Arbeitskraft gegen Arbeitslohn gibt der Arbeiter die Verfügung über seine Arbeitskraft auf; er unterwirft sich dem Verhältnis der unselbständigen Arbeit. Die Produktivkräfte des gesellschaftlichen Produktionsprozesses — Arbeitsmittel und Arbeitskraft, vergegenständlichte und lebendige Arbeit — fungieren als Instrumente des Kapitalverwertungsprozesses, d. h. des kapitalistischen Aneignungsprozesses. Sie bewegen sich in der Form kapitalistischer Produktionsverhältnisse und realisieren mithin den Vorgang der privaten Kapitalakkumulation als Gegensatz zur gesellschaftlichen Verausgabung von Arbeitskraft.

Bei der empirischen Untersuchung der sozialen Lage von Industriearbeitern und der Entwicklung von Untersuchungsmethoden und -hypothesen kann von diesen Bedingungen des gesellschaftlichen Produktionsprozesses nicht abstrahiert werden. Die Einheit von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen konkretisiert sich im kapitalistisch organisierten Produktionsprozeß als die Einheit von Arbeitsprozeß und Verwertungsprozeß [81]. Der Produktionsprozeß bestimmt zum einen die Position und die Funktion des Arbeiters durch die spezifische Form der Kombination von Produktionsmittel mit Arbeitskraft. In diesem Zusammenhang hat die empirische Untersuchung die Entwicklung der Produktivkräfte, also den Stand der Mechanisierung und Rationalisierung und die besonderen Formen der technologisch definierten Arbeitsteilung und Kooperation sowie die damit verbundenen Qualifikationsstrukturen zu erfassen. Zum anderen wirken diese zunächst technologisch und funktional gegliederten Momente im Zusammenhang der Kapitalverwertung, die ihrerseits auf die konkreten Bestimmungsmomente des Arbeitsprozesses — so z. B. die Qualifikationsstruktur — [82] einwirkt. Dennoch ist die kapitalistische Verfügungsgewalt über die lebendigen und vergegenständlichten Mittel der Produktion vor allem in der Befehlshierarchie und der disziplinarischen Betriebsordnung, der sich der Arbeiter bei Eintritt in den Betrieb unterzuordnen hat [83], institutionalisiert.

Auf der Basis des Produktionsprozesses sind die weiteren gesellschaftlichen Grundbedingungen, in denen die Produktion und

Reproduktion der Arbeitskraft stattfindet, kategorial zu entfalten. Schon hier zeigt sich aber der geringe Erkenntniswert solcher Studien, die einzelne Momente der Klassenlage — so z. B. das sogenannte „Freizeitverhalten" oder das „Wohnverhalten" — isoliert zum Gegenstand empirischer Analysen erheben. Sie abstrahieren von der ausschlaggebenden qualitativen und quantitativen Bedeutung, die der Arbeitsprozeß für die Ausgestaltung der gesamten Lebensverhältnisse einnimmt. Ohne die grundlegenden Beziehungen zwischen Produktion und Reproduktion zu beachten, konstatiert *Fürstenberg* dennoch den „vorläufig" noch bestehenden Vorrang der Arbeitswelt gegenüber der „Freizeit". „Hier wird der größte Teil des bewußt erlebten Alltags verbracht." [84] Die Vermittlung zwischen Produktion und Reproduktion, zwischen betrieblichem und außerbetrieblichem Bereich stellt sich aber zweifellos über den Arbeitslohn und die Arbeitszeit her. Diese konkretisieren sowohl die materielle Bewertung des Arbeitsprozesses als auch die objektiven Bedingungen des Spielraumes, in dem sich die Reproduktion außerhalb der Arbeit gestalten kann. Eine Vielzahl soziologischer Studien bemüht sich um den scheinbar empirisch abgesicherten Nachweis, daß Arbeiter gegenwärtig die „Freizeit" und den „Konsum" als Sphäre der Selbstverwirklichung außer der Arbeit erleben. Alle Thesen über die zunehmende „Privatisierung" der Einstellungen und des Verhaltens haben letztlich in der Verselbständigung von Freizeit und Konsum, die — im Gegensatz zum Produktions- und Arbeitsprozeß — autonome Entscheidungen und die Realisierung individueller Bedürfnisse zulassen, ihre Wurzel. Ein kurzer Blick auf die derzeit in der BRD geführte Diskussion über die Vermögensbildung von Arbeitern muß auch den Soziologen belehren, daß selbst unter den vermeintlichen Bedingungen der sogenannten „Wohlstandsgesellschaft" der nicht-konsumierte Teile der Arbeitereinkommen, d. h. jener Teil, der gespart wird bzw. frei verfügbar ist, verschwindend gering ist. Trotz der zweifellos gewandelten Angebotsstruktur auf dem Konsumgütermarkt ist also nicht die im vorigen Jahrhundert von *Marx* vertretene These widerlegt worden, daß das Einkommen der Arbeiterfamilie im Durchschnitt dem Wert jener

Güter und Dienstleistungen entspricht, die zur Reproduktion seiner Arbeitskraft und zur Produktion neuer Arbeitskraft (Familie) erfordert werden.

Die Qualität der individuellen Verfügung über die „freie" Nicht-Arbeitszeit wird also durch die beiden Faktoren Arbeitszeit und Arbeitslohn bestimmt, die die empirische Analyse im einzelnen zu präzisieren hat. Dazu treten die Größe der Familie, die Lage von Wohnung und Arbeitsplatz (Pendler) sowie auch die Art der physischen und psychischen Verausgabung im Arbeitsprozeß als entscheidende Bedingungen, die die Verteilung von Zeit und Einkommen entscheidend modifizieren. Der letztgenannte Faktor ist vor allem bei der Schichtarbeit zu berücksichtigen, die — wie Jörg *Miehe* nachweist — erheblichen „... Einfluß auf die Art der Lebensführung außerhalb des Betriebes hat" [85]. Die Verteilung des Arbeitslohnes ist vorab strukturiert durch die Notwendigkeit der unmittelbaren und mittelbaren Reproduktion. Er verteilt sich auf Kosten, die unmittelbar durch die Arbeit bedingt werden (so z. B. Fahrtkosten, Arbeitskleidung etc.), auf Gesundheits- und Altersvorsorge, auf die Kosten der Wohnung und die unmittelbar physischen Reproduktionskosten, d. h. auf die Lebensmittel und Dienstleistungen, die die Arbeiterfamilie konsumiert. Es ist eine bekannte Tatsache, daß nach Abzug dieser Kosten vom Lohn der Spielraum weiterer Konsumplanung nicht mehr allzu breit ist. In der Regel muß sich die Arbeiterfamilie verschulden (Ratenkauf), um dauerhafte Gebrauchsgüter — wie z. B. Wohnungseinrichtungen, Anschaffung eines Automobils, Umzug in eine neue Wohnung oder Bau eines eigenen Hauses — zu erwerben. Die konkreten Relationen in der Verteilung und Verwendung des Einkommens, die die empirische Analyse der Soziallage zu bestimmen hat, prägen objektiv die gesamte Lebensführung der Arbeiterfamilie. Einerseits schränkt der Erwerb teurer, dauerhafter Konsumgüter den unmittelbaren Verbrauch von Lebensmitteln ein. Es gibt z. B. noch keine detaillierten empirischen Untersuchungen darüber, in welcher Weise gegenwärtig die Lebensführung von Arbeiterfamilien durch den Kauf eines Autos oder gar durch den Bau eines Hauses betroffen wird. Auf jeden

Fall weist die Tatsache, daß nur ein äußerst geringer Teil der Arbeiter sich einen Familienurlaub und eine Urlaubsreise leisten können, darauf hin, daß unter dem Druck, die unmittelbaren und mittelbaren Reproduktionskosten zu tragen, auf diese Form der physischen und psychischen Regeneration der Arbeitskraft im Urlaub verzichtet werden muß. Andererseits beeinflußt die Art solcher Anschaffungen auch die inhaltliche Ausgestaltung der sogenannten „Freizeit": Nicht nur der Verzicht auf Urlaub, sondern auch auf Bildung und Weiterbildung, auf kulturelle und gesellschaftlich-politische Betätigung außerhalb der Arbeit, der mit dem Zwang zur sogenannten „Schwarzarbeit" und zu Überstunden und zur Mitarbeit der Frau einhergeht, läßt erkennen, daß die Ausweitung des Konsums der Arbeiter notwendig die Einschränkung seines Verfügungsbereiches, die direkte oder indirekte Verlängerung der Arbeitszeit, insgesamt die Übertragung der disziplinierenden Normen des Produktionsprozesses auf den Bereich der immateriellen und materiellen Reproduktion mit sich bringt.

Gleichwohl sind die objektiven gesellschaftlichen Voraussetzungen, die vermittelt über den Arbeitslohn und die Arbeitszeit die unmittelbaren Lebensbedingungen der Arbeiterfamilie bestimmen, von doppelter Natur. Die „freie" Verfügbarkeit über Lohn und Zeit erweist sich nicht nur angesichts des Zwangs zur Produktion und Reproduktion als Illusion. Die Sphäre des Konsums ist selbst von den Gesetzen der Kapitalverwertung bestimmt, d. h. Stabilität und Wachstum der Konsumgüterindustrie sind überhaupt nur dann garantiert, wenn sich der Konsum der Lohnarbeiter dem expandierenden Angebot kontinuierlich anpaßt. Der manipulative Charakter der Werbung hat keinen anderen Inhalt, als die Anpassung an die Verwertungsbedingungen der Konsumgüterindustrien zu produzieren und dabei zugleich zu verhindern, daß der Arbeiter tatsächlich frei über den nicht unmittelbar konsumierten Teil seines Einkommens und über seine arbeitsfreie Zeit verfügt. Gewiß sind diese Zwänge ihrer Erscheinung nach von den Disziplinierungsnormen des Produktionsprozesses verschieden; denn sie versprechen Glück, Prestige, Freiheit und Selbstbestimmung. Gleichwohl universali-

sieren sie die Maximen der Kapitalverwertung. Der Kunde ist „König", solange er seine Bedürfnisse dem Warenangebot der Konsumgüterindustrien unterwirft, solange er mehr arbeitet, um mehr zu konsumieren, solange er keine autonomen Wünsche entwickelt, die außerhalb der profitorientierten Waren- und Dienstleistungsproduktion realisiert werden[86]. Diese Thesen über die objektiven Voraussetzungen des Konsumverhaltens von Arbeitern werden durch die Untersuchungsergebnisse von *Goldthorpe, Lockwood* u. a. eindrucksvoll bestätigt. Auch die Spitzenverdiener unter den Arbeitern, die sogenannten „Arbeiter im Überfluß", zeichnen sich durch eine kurzfristige Verausgabung ihrer Einkommen aus. So ist auch bei diesen Arbeitern die Konsumorientierung und der relativ steigende Lebensstandard nicht mit der Erwartung einer grundlegenden sozialen Veränderung der eigenen Situation verbunden[87].

Die Aufteilung und inhaltliche Ausgestaltung der arbeitsfreien Zeit, die Gegenstand empirischer Untersuchungen ist, unterliegt ebenso jenen objektiven Bestimmungen, die durch die Höhe des Einkommens, die Art der Verausgabung des Einkommens sowie durch die ideologischen Zwangsmechanismen des Warenkonsums vorgegeben werden. Besonders deutlich tritt dieser Zusammenhang in der Soziallage der Arbeiterin zutage. *Fürstenberg* hat im Rahmen seiner Chemiearbeiterstudie ermittelt, daß bei Frauen „ ... in auffallendem Maße ... die Erledigung von Pflichten als Freizeitbeschäftigung hervortritt"[88]. Für die Frau, die arbeiten muß, um die Reproduktion der Familie zu gewährleisten, die aber gleichzeitig mit dem Zwang der Haushalts- und Familienversorgung belastet ist, verschwindet die Differenzierung zwischen Arbeits- und „Frei"-Zeit nahezu vollständig. Dieses Ineinandergreifen von sozialen Kontrollmechanismen im Produktions- und im Reproduktionsprozeß gilt freilich nicht allein für die arbeitende Frau. *Goldthorpe, Lockwood* u. a. kommen nach einer sorgfältigen Untersuchung des Freizeitverhaltens der befragten Gruppe von „affluent workers" zu dem folgenden Ergebnis: „Die Familien, die wir untersuchten, haben meist nur eine sehr begrenzte Zeit zu ihrer Verfügung, die man im wirklichen Sinn des Wortes als „frei" bezeichnen könnte, d. h. die

sowohl von der Arbeit außerhalb des Hauses, die die Vorbereitung auf diese und die Erholung von ihr mit einschließt, als auch von den verschiedenen Beschäftigungen, die nötig sind, um Haus, Garten, Wagen etc. minimal in Ordnung zu halten bzw. zu reparieren, deutlich abzugrenzen ist." [89]

Damit sind einige der wesentlichen gesellschaftlichen Bedingungen genannt, die sowohl den Zusammenhang zwischen Produktionsprozeß und Konsum- und Freizeitgestaltung vermitteln als auch den Einfluß herrschender Ideologien konkretisieren. Der empirischen Untersuchung von Lage und Bewußtsein der Arbeit fällt demzufolge eine doppelte Aufgabe zu: Zunächst präzisiert und bewertet sie das Ausmaß der individuellen bzw. kollektiven Übereinstimmung und Abweichung der konkreten Lebensbedingungen mit diesen Voraussetzungen. Zugleich aber behandelt sie die quantitativen und qualitativen Aspekte, die aus der Untersuchung der je subjektiven Verarbeitung dieser Zusammenhänge durch die Arbeiter sowie aus den spezifischen sozialen und politischen Faktoren, die die Art der Verarbeitung beeinflussen, resultieren.

Neben Produktions- und Reproduktionsprozeß ist für die Analyse von Lage und Bewußtsein, die wir gegenwärtig auf der Ebene der konkreten, empirisch erfaßbaren Lebensbedingungen konzipieren, weiterhin der Wirkungsbereich der rechtlichen, politischen und ideologischen Verhältnisse zu berücksichtigen. Es hat zunächst den Anschein, als ob dieser Bereich gegenüber den beiden zuvor skizzierten Lebensbereichen des Arbeiters nicht als autonomer zu begründen ist. Tatsächlich verschmelzen sowohl innerhalb als auch außerhalb des Produktionsprozesses bestimmte Elemente des gesellschaftlichen Überbaus mit der unmittelbaren Erfahrung oder mit dem Handeln der Arbeiter, so daß sie als gesonderte Elemente kaum noch bewußt registriert werden. Das gilt zum Teil für die Institutionen des Arbeitsrechts und des Betriebsverfassungsrechts, die unmittelbar den Arbeitsprozeß strukturieren, aber — als Momente der gesamtgesellschaftlichen Herrschaftsverhältnisse — schon im ersten Schritt der Gesamtanalyse, bei der Bestimmung der Eigentumsverhältnisse und des gesamtgesellschaftlichen Kräfteverhältnisses der Klassen zu er-

fassen sind. Dennoch ist natürlich die Konkretisierung des politischen und ideologischen Kräfteverhältnisses der Klassen und der damit verbundenen historisch-spezifischen Dimensionen des Klassenkampfes auch im empirischen Untersuchungsbereich von unbedingter Notwendigkeit. Die jeweilige Stärke der Gewerkschaft im Betrieb, die Politik und die Aktivität von Vertrauensleuten und Betriebsräten, innerbetriebliche Auseinandersetzungen, Lohnkonflikte und Arbeitskämpfe sind ebenso wie die Stärke und Aktivität politischer Parteien, die Arbeiterinteressen vertreten, in Betrieb und Wohnviertel, in der Stadt und der Region wesentliche objektive Voraussetzungen, die nicht nur unmittelbar in den Arbeits- und Reproduktionsbereich hineinwirken, sondern zugleich in hohem Maße die Bewußtseinsbildung der Arbeiter prägen. Gewerkschaften und Arbeiterparteien sind als organisierte Interessenvertretung Bestandteil der Klassenlage der Arbeiterschaft: Ihre Politik und Aktivität objektivieren die Qualität der Interessen, der Solidarität und des Klassenbewußtseins.

Ohne den konkreten Bezug auf diese politisch-ideologischen Rahmenbedingungen bleibt auch die Analyse und Bewertung des Arbeiterbewußtseins abstrakt und unverbindlich. Als prägnantes Beispiel kann hier erneut die Chemiearbeiterstudie von Friedrich *Fürstenberg* herangezogen werden. Obwohl die Arbeiter ausführlich nach ihrer Meinung über die betrieblichen Verhältnisse, die Gewerkschaften und vor allem die gewerkschaftlichen Mitbestimmungsforderungen befragt werden, wird an keiner Stelle auch nur der Versuch unternommen, die Meinungen mit dem tatsächlichen gewerkschaftlichen Organisationsgrad des Betriebes, mit der Politik der Betriebsräte und der Vertrauensleute zu konfrontieren. Damit wird jedes relevante Kriterium für die Bewertung dieser Ergebnisse hinfällig. Die offensichtliche Begriffslosigkeit, mit der z. B. konstatiert wird, daß in einem Betrieb der Betriebsrat und die Vertrauensleute signifikant häufiger genannt werden als in den anderen Betrieben, bestätigt einmal mehr die Unmöglichkeit, aus der Klassifikation subjektiver Daten gesellschaftliche Tatbestände zu rekonstruieren[60]. Auch die — gegenwärtig noch oft als im Prinzip zutreffend

zitierte — Untersuchung von *Popitz, Bahrdt* u. a. zum „Gesellschaftsbild des Arbeiters“ [91] gewinnt ihren historisch-spezifischen Aussagewert erst aus dem Rückbezug der Untersuchungsergebnisse auf die Kämpfe und Niederlagen der Arbeiter des Ruhrgebiets nach 1945, was freilich in der Studie selbst nicht angelegt ist, sondern erst durch die Heranziehung von historisch-politischen Materialien nachvollzogen werden kann. Das Bewußtsein der Arbeiter entwickelt sich nicht in der abstrakten Beziehung zur Ideologie und Politik der Arbeiterbewegung. Diese wird vielmehr wesentlich durch konkrete Erfahrungen im unmittelbaren Produktions- und Reproduktionsbereich vermittelt. Der oft festgestellte „Konkretismus“ des Arbeiterbewußtseins [92] bezeichnet eben dessen Ausbildung durch die Teilnahme an betrieblichen und überbetrieblichen Kämpfen, durch die Bewertung von Personen, die die Arbeiterbewegung politisch und ideologisch repräsentieren. Selbstverständlich wird die Intensität dieser Beziehung vorab durch die Tatsache bestimmt, ob der Arbeiter Mitglied der Gewerkschaft oder einer Arbeiterpartei ist, sich aktiv an ihrer politischen und organisatorischen Arbeit beteiligt oder eher passiv materielle Vorteile von seiner Mitgliedschaft erwartet. Auf jeden Fall muß die empirische Untersuchung diese Beziehungen und ihren Einfluß präzisieren.

Dennoch stellen sich diese Beziehungen nicht eindimensional dar. Der ideologische und politische Einfluß von Organisationen, die die Interessen der Arbeiter gegen die Unternehmer, gegen die bürgerlichen Parteien und gegen die herrschende bürgerliche Ideologie vertreten, entwickelt sich stets in der Auseinandersetzung mit den herrschenden Institutionen. Insofern bilden die einander gegenüberstehenden Institutionen eine widersprüchliche Einheit; ihr Verhältnis spiegelt zugleich das historisch konkrete Kräfteverhältnis der Klassen. Gewiß ist es äußerst schwierig, im Rahmen der Konzipierung empirischer Untersuchungen den institutionalisierten Einfluß der herrschenden Ideologien exakt zu erfassen. Zweifellos ist aber möglich, die Grundstruktur der herrschenden Ideologie und ihre Vermittlungsmechanismen, die in den unmittelbaren Lebensbereich des Arbeiters hineinwirken, zu erfassen. Wichtige Vorarbeiten zur Klärung dieser Frage-

stellung sind z. B. in den letzten Jahren in der Kampagne gegen den *Springer*-Konzern geleistet worden. Inzwischen liegt auch von Horst *Holzer* eine erste kritische und systematische Analyse von Publikum, Verbreitung, Inhalt und ökonomischer Struktur der Hauptmassenmedien Presse, Fernsehen und Rundfunk vor [93]. Die Illusion der sozialen Mobilität, die Personalisierung politischer und gesellschaftlicher Prozesse, die Verleugnung von Klassengegensätzen, die Entpolitisierung des Publikums durch Scheinmobilisierung — alle diese Momente charakterisieren die durch die Massenmedien verbreitete herrschende Ideologie [94]. Die aktuelle oder potentielle Bedrohung der bestehenden Ordnung dient als ständiger Hebel, um über die Produktion von Angst und scheinbarer Unsicherheit die Identifikation des Massenpublikums mit dem aktuellen Zustand wieder herzustellen. „Die Berichte (der Bild-Zeitung, d. V.) provozieren permanent die Verbote durch immer erneute Internalisierung von Anstand-Sitte-Ordnung-Fairness — das stellt die für den Springer-Konzern hergestellte Leseranalyse der Bild-Zeitung selbst fest. Auch die Streikberichte sind in solchen Matrizen organisiert. Gegenüber dem Streik als Katastrophe, Notstand und nationalem Verrat steht die heile Welt von Vernunft, Gemeinwohl und Stabilität, zu welcher die harten, aber sportlich fairen Schlichtungskämpfe zurückführen." [95]

Die Analyse der Struktur wie des Einflusses herrschender Ideologien wird noch dadurch kompliziert, daß die zunächst schematisierende Gegenüberstellung von Arbeiterbewegung und herrschender Klasse mit der Wirklichkeit nicht übereinstimmt. Das spätkapitalistische System kann überhaupt nur unter der Bedingung funktionieren, daß sich große Teile der reformistischen Arbeiterbewegung in dieses System politisch und ideologisch integrieren [96]. Die Bejahung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, die Ablehnung jeglicher grundsätzlicher politischer Alternativen, und die Übernahme der antikommunistischen Ideologie durch die Mehrheit der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften, verwischt objektiv und subjektiv die Grenze zwischen der herrschenden bürgerlichen Ideologie und der Ideologie der Arbeiterklasse und führt — im gesamtgesellschaftlichen

Maßstab — notwendig zu einem Machtübergewicht der herrschenden Klasse. Trotz dieser komplexen und widersprüchlichen Beziehungen kann die empirische Untersuchung nicht umhin, den institutionalisierten Einfluß des politischen und ideologischen Kräfteverhältnisses der Klassen als objektive und subjektive Bedingung der Soziallage und des Bewußtseins der Arbeiter zu untersuchen. Dabei realisiert sich die Forschung wiederum in einem doppelten Schritt: Vor dem Hintergrund der rechtlichen, politischen und ideologischen Verhältnisse sind zunächst Hypothesen darüber zu formulieren, in welcher Weise diese die unmittelbaren Lebensbedingungen beeinflussen und strukturieren. Die empirische Untersuchung selbst überprüft diese Hypothesen, d. h. sie überprüft, ob der Arbeiter in seinem Handeln und in der Interpretation seiner Arbeits- und Konsumbedingungen, in der Bewertung seiner sozialen Lage und der gesamtgesellschaftlichen Verhältnisse herrschende Ideologien verinnerlicht hat oder sich kritisch von ihnen distanziert und damit sein Handeln bewußt motiviert.

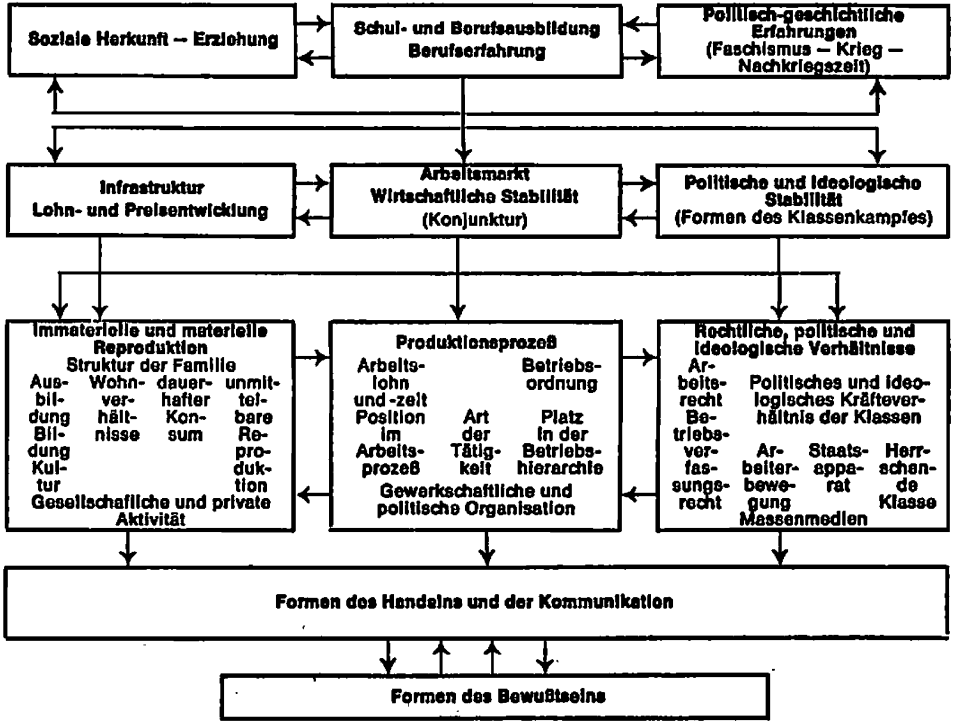
Die verschiedenen Elemente und Beziehungen, die wir als konstitutiv für das Verhältnis von Lage und Bewußtsein — allerdings nur unter der Fragestellung einiger grundlegender methodischer und inhaltlicher Zusammenhänge — behandelt haben, sollen durch das folgende Schema noch einmal verdeutlicht werden (vgl. Schaubild S. 177).

Um mißverständlichen Interpretationen dieses Schemas vorzubeugen, sind freilich die folgenden Einwände und Erläuterungen festzuhalten:

1. Kein Schema — so auch dieses — vermag die Komplexität sozialer Beziehungen, die Dynamik ihres historischen Prozesses und ihrer Widersprüche adäquat zum Ausdruck zu bringen.

2. Das Schema darf nicht mit dem Anspruch verwechselt werden, Grundelemente der theoretischen und empirischen Klassenanalyse zusammenzufassen. Es will vielmehr einige wesentliche Elemente und Beziehungen, die auf der Grundlage der Klassenanalyse für die Konzipierung empirischer Detailanalysen zu berücksichtigen sind, bezeichnen.

Elemente und Beziehungen der empirischen Analyse des Verhältnisses von sozialer Lage und Bewußtsein



3. Seine Intention ist darum die veranschaulichende Zusammenfassung jener Elemente und Beziehungen, die in den vorangehenden Abschnitten behandelt wurden. Dabei standen stets methodologische Fragestellungen im Vordergrund. Es ging um die Entwicklung von gesellschaftlichen Kategorien, auf deren Grundlage die empirische Untersuchung von Lage und Bewußtsein der Arbeiterklasse möglich ist. Das Forschungskonzept geht aber von der Prämisse aus, daß — im Gegensatz zu positivistischen Verfahren — eine kategoriale Trennung von inhaltlichen und methodischen Aspekten der Analyse unmöglich ist, daß Untersuchungsgegenstand, Untersuchungsmethode und der „Standort" des Wissenschaftlers als eine Einheit zu betrachten sind. Der vorliegende Text kann daher ebensowenig wie die schematische Darstellung mit dem Anspruch verwechselt werden, umfassend und systematisch diese inhaltlichen und methodischen Grundfragen zu klären. Durch die Akzentuierung der einzelnen analytischen Schritte und einiger wesentlicher Beziehungen wurde jedoch deutlich, daß sowohl die Gesamtheit der gesellschaftlichen Klassenverhältnisse als auch deren Vermittlung und Konkretisierung im unmittelbaren Lebensbereich der Arbeiter Gegenstand der wissenschaftlichen Analyse ist, bevor überhaupt an die Anwendung soziologisch-empirischer Verfahren zu denken ist. Daß diese Überlegungen — trotz ihres zuweilen fragmentarischen Charakters — dennoch einen breiten Raum einnehmen, ist vor allem auf die durchweg begriffslose, zum Teil antitheoretische oder bewußt ideologisierende Praxis der derzeit dominierenden empirischen Soziologie zurückzuführen. Aber auch die sogenannte „kritische Gesellschaftstheorie" verlegte den Streit mit der positivistischen Soziologie weitgehend in den Bereich der Erkenntnistheorie, was nur die allgemeine Tendenz dieser Diskussion, von der Klassenstruktur der Gesellschaft und ihrer Dynamik, von den wirklichen empirischen Lebensbedingungen der vergesellschafteten, d. h. produzierenden Menschen vollends zu abstrahieren, intensivierte. Angesichts des derzeitigen Standes theoretischer und empirischer Forschung über Lage und Bewußtsein der Arbeiterklasse in der BRD wäre es also abwegig, die hier entwickelten inhaltlichen und methodischen Überlegun-

gen unter dem Gesichtspunkt der unmittelbaren Umsetzung in empirische Forschung zu betrachten. Sie legen vielmehr den Schluß nahe, daß derzeit zunächst zwei Bereiche wissenschaftlicher Praxis zu bewältigen sind: 1. die Aufarbeitung der Klassenverhältnisse im Spätkapitalismus und ihre Konkretisierung auf der Ebene der Gesamtgesellschaft und 2. die realistische Beschränkung der empirisch-soziologischen Forschung auf Bestandsaufnahmen, die Materialien über die unmittelbaren betrieblichen und außerbetrieblichen sowie über die politischen und ideologischen Bedingungen von Lage und Bewußtsein aufbreiten, um aus der Auswertung solcher Materialien Kriterien für umfassendere empirische Untersuchungen zu gewinnen.

4. Weiterhin legt der hier verfolgte Ansatz eine grundlegende Revision des Begriffs empirischer Praxis nahe. Schon die in den einzelnen Ebenen des Schemas einander zugeordneten Untersuchungsbereiche geben zu erkennen, daß empirische Verfahren mit verschiedenen Techniken und verschiedenem Gewicht anzuwenden sind. Voraussetzung ist dabei zunächst — wie auch in den einzelnen Untersuchungsschritten immer wieder hervorgehoben wurde —, daß objektive und subjektive Daten als eine Einheit zu behandeln sind, auch wenn sie im Verlauf der Untersuchung zum Teil getrennt voneinander erhoben werden. Das heißt: Ebenso wie sich das Handeln und Bewußtsein der Arbeiter aus lebensgeschichtlichen und unmittelbaren Erfahrungen und deren Interpretationsmöglichkeiten strukturiert, ebenso kann auch die wissenschaftliche Analyse das Handeln und Bewußtsein nur vor dem Hintergrund der objektiven Lebensbedingungen und der gesellschaftlichen Lage bewerten. Damit verliert „Empirie" eo ipso den Schein der Selbständigkeit, der zugleich ihre besondere Ideologie ausmacht. Ob die Gesellschaft Klassengesellschaft ist, ob Ausbeutung, Unterdrückung und Manipulation konstitutive Elemente des gesellschaftlichen Herrschaftssystems, ob der Antagonismus von Kapital und Arbeit den Grundwiderspruch der Gesellschaft bezeichnet und ob schließlich die Lage der Arbeiter unter den Bedingungen der kapitalistischen Produktion und Reproduktion durch das Verhältnis der ökonomischen, sozialen

und politischen Unselbständigkeit charakterisiert ist — all diese Fragen sind nicht durch partikularisierende empirische Verfahren der Soziologie und Sozialpsychologie zu beantworten, sondern im Zusammenhang der ökonomischen, politischen und auch ideologiekritischen Analyse der materiellen gesellschaftlichen Verhältnisse. Es handelt sich also nicht darum, die Überflüssigkeit solcher Verfahren nachzuweisen, sondern ihre Funktion neu zu bestimmen. *Herkommer* hat mit Recht gegen die „bisher vorwiegende empirische Sozialforschung" eingewandt, daß „... die Tendenz zur Verdinglichung der befragten einzelnen als Objekte der Untersuchung in den bekannten Interviewsituationen nur Ausdruck ist für den generellen Charakter solcher Empirie, als Herrschaftsinstrument zu fungieren, indem Wünsche und Meinungen technisch verfügbar und steuerbar gestaltet werden" [97]. Er fordert, daß den Befragten in der Untersuchungssituation eine „Reflexionschance "eingeräumt werde, und schlägt die Überprüfung des „Agitationsgesprächs" und des — durch die Verfahren der Psychoanalyse angeregten — „analytischen Dialogs" vor. Die Realisierbarkeit solcher Verfahren mag umstritten sein, was freilich nichts an der Berechtigung der Forderung zu ändern vermag, daß der Befragte durch die Anlage des Verfahrens selbst in die Lage versetzt wird, seine Beziehung zum gesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionsprozeß und damit auch zu den Prämissen der gesamten Untersuchung zu reflektieren. Die Einlösung dieser Forderung ist kein Problem der Untersuchungstechnik; denn wesentliche Elemente der Klassenlage der Arbeiter — so die geringe Schulausbildung, die Behinderung von politischen und gesellschaftlichen Lernprozessen durch den Druck der unmittelbaren sozialökonomischen Situation und durch den Einfluß herrschender Ideologien — wirken ja gerade darauf hin, daß die bewußte Realisierung von Interessen, daß die Wahrnehmung gesellschaftlicher Herrschaftsverhältnisse, die sich in der individuellen Lage reproduzieren, zurückgedrängt wird [98].

Für die Qualität der Untersuchungsergebnisse ist es daher auch von ausschlaggebender Bedeutung, ob zwischen Befragern und Befragten eine offene Vertrauenssituation besteht. Der mani-

pulative Charakter der Ergebnisse tritt — unschwer zu erkennen — bei den Untersuchungen hervor, die — wie z. B. auch *Fürstenbergs* Chemiearbeiteruntersuchung — mit „freundlicher Unterstützung" des Managements und der jeweiligen Betriebsleiter durchgeführt wurden. Die Arbeiter reagieren gegenüber einem von der Betriebsleitung empfohlenen Sozialforscher, der allein nach seiner Sprache, seiner Erscheinung und seinem Verhalten dem Arbeiter als Fremder gegenübertritt, zurückhaltend, wenn nicht gar verschlossen. Wenn sie dann noch durch einen Fragenkatalog über ihre Zufriedenheit mit der Arbeit, mit den Vorgesetzten und dem gesamten Betrieb ausgehorcht werden, dann erscheint es geradezu als selbstverständlich, daß sie mißtrauisch werden oder sich den Normen der Untersuchungssituation anpassen und damit notwendig der Aussagewert der Antworten erheblich vermindert wird. Wesentlich relevanter als der suggestive Charakter bestimmter Fragen ist also der suggestive, d. h. zwangshafte Charakter einer bestimmten Befragungssituation.

Zur Kategorie des gesellschaftlichen Bewußtseins

Es scheint, als sei im Zuge der Betrachtung von Elementen und Beziehungen, die die Klassenlage der Arbeiter konstituieren und konkretisieren [69], und im Verlauf der inhaltlichen und methodischen Überlegungen zur Anlage empirischer Untersuchungen die Kategorie des Bewußtseins gänzlich aus dem Blickfeld geraten. Da jedoch davon ausgegangen wurde, daß Bewußtsein keine subjektiv willkürliche und autonome Kategorie ist, sondern seiner Struktur und seinen Erscheinungsformen nach nur in der Beziehung zu den materiellen gesellschaftlichen Verhältnissen, zu den unmittelbaren Lebensbedingungen sowie zum politischen und ideologischen Kräfteverhältnis der Klassen zu begreifen ist, trügt dieser Schein. Damit wird keineswegs unterstellt, das Bewußtsein sei jeweils die ungebrochene Abbildung der gesellschaftlichen Wirklichkeit und ihrer Entwicklung. Ebensowenig kann auf einen selbsttätigen und spontanen

Mechanismus der Herausbildung eines homogenen „Klassenbewußtseins" im Sinne der Vereinheitlichung des Denkens und Handelns aller Mitglieder einer Klasse geschlossen werden. Die Kategorie des „Gesellschaftsbildes" fügt sich hingegen noch eher in den Rahmen solcher Abbildtheorien, denn sie erfaßt die Beziehung zwischen dem wahrnehmenden und erlebenden Subjekt und seiner Umwelt vermittels des „Bildes", das der Sozialforscher aus den verschiedenen Aussagen rekonstruiert. Damit wird aber sowohl auf die Analyse der konkreten Umweltbedingungen als auch deren strukturierenden Einflusses, der letztlich voneinander verschiedene Gesellschaftsbilder bestimmt, verzichtet. Die klassifikatorische Typologie von Gesellschaftsbildern, die in der subjektivistischen Schichtungsforschung und schließlich in der Werbepsychologie zur „Image"-Forschung vervollkommnet wird, verselbständigt sich gegenüber den objektiven gesellschaftlichen und historischen Bedingungen, die die Konturen solcher Bilder erst ermöglichen. *Touraine* hat daher mit Recht den Gesellschaftsbild-Typologien vorgehalten, daß sie ausschließlich die allgemeinen Reaktions*formen*, nicht aber die *Bedingungen* des Arbeiterbewußtseins behandeln [100]. „Die Soziologie, die in der Lage gewesen ist, das ‚Gesellschaftsbild der Arbeiter' zu konstatieren, ist allerdings bislang unfähig gewesen, die Bedingungen zu untersuchen, unter denen dichotomisches, aber auch andere Formen falschen Bewußtseins produziert werden und auf der anderen Seite destruiert werden können." [101]

Auch bei der Behandlung des gesellschaftlichen Bewußtseins sind also objektive und subjektive Bedingungen zu unterscheiden. Die gesamtgesellschaftlichen Klassenverhältnisse, der Produktions- und Reproduktionsprozeß des Kapitals bezeichnen die objektiven Bedingungen, in denen sich gesellschaftliches Bewußtsein überhaupt entwickeln, artikulieren und differenzieren kann. Die reale Transzendierung dieser Bedingungen würde die Existenzbedingungen der Lohnarbeit und des Kapitalverhältnisses aufheben. Ihre ideelle Transzendierung — darauf wurde schon oben verwiesen — reproduziert die zwangshafte Illusion der „Evasion", die stets durch die Korrektur des Reproduktionszwanges auf den Boden der gesellschaft-

lichen Wirklichkeit zurückgeholt wird. Gleichwohl sind die Bedingungen des gesellschaftlichen Bewußtseins noch allgemeiner zu fassen. Zunächst ist das gesellschaftliche Bewußtsein stets gebunden an die Entwicklung der Produktivkräfte. Die jeweilige Naturbeherrschung durch den gesellschaftlichen Arbeitsprozeß, der Stand der Arbeitsteilung und der Vergesellschaftung selbst bestimmen die Entwicklung von Sprache und Bewußtsein. Gering entwickelte Produktivkräfte, d. h. Unterordnung der Menschen unter die Gewalten der Natur, bilden darum stets ein naturwüchsiges — und nicht gesellschaftliches — Bewußtsein aus. „Das Bewußtsein ist natürlich zuerst Bewußtsein über die nächste sinnliche Umgebung und Bewußtsein des bornierten Zusammenhangs mit anderen Personen und Dingen außer dem sich bewußt werdenden Individuum; es ist zu gleicher Zeit Bewußtsein der Natur, die den Menschen anfangs als eine durchaus fremde, allmächtige und unangreifbare Macht gegenübertritt." [102]

Entwicklung der Produktivkräfte ist demzufolge eine notwendige Voraussetzung des gesellschaftlichen Bewußtseins, denn erst auf der Grundlage der entfalteten Arbeitsteilung, des Tausches und der Warenproduktion entstehen überhaupt zwischenmenschliche Verkehrs- und Kommunikationsformen, die durch die gegenseitige Abhängigkeit von Menschen, durch die Abhängigkeit von den Produkten gesellschaftlicher Arbeit — und nicht mehr durch die individuelle Abhängigkeit von der Natur — zusammengehalten werden. Die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft ist die erste Gesellschaftsformation, die die Menschen durch die revolutionierende Entfaltung der Produktivkräfte endgültig aus ihren naturwüchsigen Beziehungen herauslöst und die Vergesellschaftung — Arbeitsteilung, Tausch und Warenproduktion — universalisiert. Insofern ist die bürgerliche Gesellschaft auch die erste Gesellschaftsformation, in der gesellschaftliches Bewußtsein als der Begriff gesellschaftlicher und geschichtlicher Totalität überhaupt möglich wird. Schließlich ist der Ursprung des Begriffs der „Gesellschaft" — ebenso wie des Begriffs der Revolution [103] — selbst Ausdruck dieses Bewußtseins gewesen. Die politischen Losungen von „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit"

signalisierten diesen universellen Anspruch ebenso wie die frühen harmonisierenden Theorien der bürgerlichen Ökonomie. Wie die Entstehung des gesellschaftlichen Bewußtseins einerseits Moment der Entwicklung der Produktivkräfte durch die kapitalistische Produktionsweise ist, so gerät dieses bürgerliche Gesellschaftsbewußtsein in Widerspruch mit der gesellschaftlichen Wirklichkeit des Kapitalismus selbst; denn der durch die kapitalistische Produktionsweise universalisierte Klassenantagonismus von Lohnarbeit und Kapital zerstörte endgültig die Ideologie, daß die bürgerliche Gesellschaft die gesamte Gesellschaft von ökonomischer und politischer Unterdrückung befreien werde. Die Transformation des frühbürgerlichen Gesellschaftsbewußtseins zum Staatsbewußtsein, schließlich zu den verschiedenen Formen des philosophischen und politischen Irrationalismus[104] ist nur der begriffliche Nachvollzug dieses Widerspruchs gewesen.

Während also die Entwicklung der Produktivkräfte unabdingbare Voraussetzung des gesellschaftlichen Bewußtseins bildet, so sind es doch die Produktionsverhältnisse, die den spezifischen Inhalt und Bezugspunkt jenes Bewußtseins, seiner Widersprüche und seiner Konfrontation konkret werden lassen. Gerade *Marx* hat auf das Attribut der „Naturwüchsigkeit", das eigentlich vorkapitalistischen Gesellschaftsformen zugehört, zurückgegriffen, um die Eigenart der Herrschaftsbeziehungen im Kapitalismus, aber auch die objektiven Bedingungen der gesellschaftlichen Bewußtseinsbildung zu kennzeichnen. Damit meint er die Formen, in denen die Produktionsbeziehungen dem gesellschaftlichen Produzenten als Herrschaftsverhältnisse gegenübertreten. Produktionsmittel und lebendige Arbeit fungieren als Bedingungen der Kapitalverwertung und verselbständigen sich so zu einer sachlichen Gewalt über die Arbeiter. Die gesellschaftlichen Bedingungen der Produktion und des Austausches werden durch die Reduktion gesellschaftlicher Beziehungen auf den Austausch abstrakter Warenäquivalente verschleiert. „Darum ist es nicht weiter verwunderlich, daß der Personalcharakter der ökonomischen Beziehungen noch zu Beginn der kapitalistischen Entwicklung manchmal relativ klar durchschaut wurde, daß aber, je weiter die Entwicklung fortschritt, je kompliziertere und ver-

mitteltere Formen entstanden sind, ein Durchschauen dieser dinglichen Hülle immer seltener und schwerer geworden ist.“ [105] Es ist also eine Bedingung der kapitalistischen Produktionsweise selbst, die Entwicklung eines gesamtgesellschaftlichen Bewußtseins zurückzudrängen. „Das Geheimnisvolle der Warenform besteht also einfach darin, daß sie den Menschen die gesellschaftlichen Charaktere ihrer eigenen Arbeit als gegenständliche Charaktere der Arbeitsprodukte selbst, als gesellschaftliche Natureigenschaften dieser Dinge zurückspiegelt, daher auch das gesellschaftliche Verhältnis der Produzenten zur Gesamtarbeit als ein außer ihnen existierendes gesellschaftliches Verhältnis von Gegenständen.“ [106] Daß das Kapital „nicht eine Sache ist, sondern ein durch Sachen vermitteltes gesellschaftliches Verhältnis zwischen Personen“ [107] — diese Einsicht ist nicht das spontane Resultat der unmittelbaren Erfahrung, sondern Resultat der wissenschaftlichen Kritik der politischen Ökonomie. Eine wesentliche Ursache dieses Widerspruchs von Sein und Bewußtsein ist die Tatsache, daß das Bewegungsprinzip der kapitalistischen Produktionsweise nicht die gemeinschaftliche Organisation des Produktionsprozesses, sondern die Konkurrenz von Warenbesitzern ist, die sich als individuelle Agenten des Tausches gegenübertreten. Der Konkurrenz der Kapitalisten untereinander entsprach mithin die Konkurrenz unter den Arbeitern, die Friedrich *Engels* in der „Lage der abeitenden Klasse in England“ ausführlich beschrieben hat. Erst die Organisation der Arbeiterbewegung hat mit der Erkämpfung der Koalitionsfreiheit und der gesetzlichen Anerkennung des Tarifvertrages diese individuellen Konkurrenzbedingungen real durchbrochen.

Darüber hinaus reproduzieren der Arbeitsprozeß und die besonderen Formen der Arbeitsteilung und Kooperation selbst die permanente Rückbildung des gesellschaftlichen Bewußtseins der Produzenten. Mit dem Übergang der handwerklichen Qualifikation auf die Maschinen wird der Arbeitsprozeß in spezialisierte Teiloperationen zerlegt. Die Beziehung des Arbeiters zur kooperativen Gesamtarbeit wird durch die Unterordnung unter den Mechanismus und Rhythmus der Maschinen radikal durchschnitten [108]. Hier wird „ ... die eigene Tat des Menschen ihm

zu einer fremden, gegenüberstehenden Macht . . ., die ihn unterjocht, statt daß er sie beherrscht" [109]. Georg *Lukács* hat in diesem Zusammenhang darauf verwiesen, daß der „Fetischcharakter" der Warenform nicht nur die gesellschaftlichen Beziehungen, sondern auch den konkreten Arbeitsprozeß der Verdinglichung des Bewußtseins unterwirft: „Verfolgt man den Weg, den die Entwicklung des Arbeitsprozesses vom Handwerk über Kooperation, Manufaktur zur Maschinenindustrie zurücklegt, so zeigt sich dabei eine ständig zunehmende Rationalisierung, eine immer stärkere Ausschaltung der qualitativen, menschlich-individuellen Eigenschaften des Arbeiters. Einerseits, indem der Arbeitsprozeß in stets wachsendem Maße in abstrakt rationelle Teiloperationen zerlegt wird, wodurch die Beziehung des Arbeiters zum Produkt als Ganzem zerrissen und seine Arbeit auf eine sich mechanisch wiederholende Spezialfunktion reduziert wird. Andererseits, indem und infolge dieser Rationalisierung die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit, die Grundlage der rationellen Kalkulation, zuerst als bloß empirisch erfaßbare, durchschnittliche Arbeitszeit, später durch immer stärkere Mechanisierung und Rationalisierung des Arbeitsprozesses als objektiv berechenbares Arbeitspensum, das dem Arbeiter in fertiger und abgeschlossener Objektivität gegenübersteht, hervorgebracht wird." [110]

Wir können diesen Sachverhalt an einem höchst aktuellen Beispiel verdeutlichen. Im Jahre 1969 streikten etwa 20 000 Arbeiter des italienischen Reifenkonzerns Pirelli. Der „exemplarische Charakter" dieser Streikaktion muß darin gesehen werden, daß die Arbeiter zur Durchsetzung ihrer Forderungen Formen der Kontrolle über den Produktionsablauf durch die Ausarbeitung von „Gegen-Normen" entwickelten. Die Betriebsleitung hatte sich geweigert, über die Verringerung der Arbeitsgeschwindigkeit und über eine Anhebung der Leistungslöhne zu verhandeln. Nach intensiver gewerkschaftlicher Vorbereitung kam es schließlich zu einem „Leistungsstreik", der sich primär gegen die willkürliche Anhebung der Arbeitsgeschwindigkeit durch das Management wandte. Durch die systematische Verlangsamung der gesamten Produktion wurde das Management empfindlicher getroffen als durch einen kurzfristigen Produk-

tionsausfall, wie er durch den traditionellen Streik entsteht. Die Arbeiter mußten ein schwieriges Problem lösen, denn sie mußten die sorgsam gehüteten Geheimnisse der Arbeitsorganisation aufdecken. Durch kollektiv erarbeitete „Gegen-Normen" wurden schließlich für jeden Arbeitsplatz neue Arbeitsgeschwindigkeiten festgelegt, so daß die Arbeiter schließlich — je nach den Bedingungen des Kampfes und der Verhandlungsbereitschaft des Managements — den Produktionsausstoß drosseln bzw. nach ihrer Verfügung wieder anheben konnten[111]. Die Bedeutung dieser Aktion liegt weniger in der erfolgreichen Durchsetzung gewerkschaftlicher Forderungen, als vielmehr in der durch den Kampf bestätigten Erfahrung, daß die Arbeiter sich ihrer Produktionsbedingungen, die ausschließlich der Kontrolle des Kapitals unterliegen, zu bemächtigen vermögen und so — zumindest kurzfristig — die Produktion steuern und organisieren. Zugleich aber belegt dieses Beispiel, welcher Anstrengungen es unter kapitalistischen Bedingungen bedarf, damit die Arbeiter den gesellschaftlichen Charakter des Arbeitsprozesses — im wahrsten Sinne des Wortes — begreifen lernen. Die hier vollzogene partielle Aufhebung der „fertigen und abgeschlossenen Objektivität" des Arbeitsprozesses erhellt die objektiven Schranken, die der Bildung eines klassenbezogenen Gesellschaftsbewußtseins bei Arbeitern entgegenstehen; denn das kollektive Begreifen der kapitalistischen Arbeitsorganisation ist zunächst nicht mehr als der Ausdruck der Entwicklung von Arbeits- oder Arbeiterbewußtsein. Darüber hinaus lehrt das Beispiel der Pirelli-Aktion, daß die Kategorie des Bewußtseins real nur als Moment der Klassenlage und des Klassenkampfes zu fassen ist; das heißt, daß die Entwicklung von Arbeiterbewußtsein und Klassenbewußtsein selbst ein Moment des kollektiven bewußten Handelns und mithin der Organisation der Arbeiterschaft darstellt.

Die durch den Warentausch und die Arbeitsteilung bestimmten Schranken der Bildung eines Gesellschaftsbewußtseins der Produzenten werden noch durch Struktur und Inhalt der herrschenden Ideologien verstärkt. Ihr besonderes Merkmal ist die Verschleierung der gesellschaftlichen Bedingungen des Produktionsprozesses

und der Klassenverhältnisse, die Orientierung des Denkens und Handelns auf den scheinbar autonomen, privaten Bereich des Konsums. Die Glücks-, Prestige-, Freiheits- und Aufstiegsideologien, die heute über die Apparate der Werbung den Massen oktroyiert werden, deuten einen Säkularisierungsprozeß der herrschenden Ideologien an. Die doppelte Unterwerfung der Unterdrückten, die vor der Epoche der Massenproduktion von Konsumgütern und Dienstleistungen stets auf die Erfüllung verdrängter Wünsche und Bedürfnisse außer der realen Welt verwiesen war, wird gegenwärtig über die Identifikation mit der Welt der Produktion und des Konsums selbst vollzogen. Kritische Untersuchungen des Bewußtseins von Arbeitern stellen daher immer wieder fest, daß der Intensität der Konsumorientierung eine nur schwach ausgebildete Beziehung zum Produktionsprozeß, mangelnde Identifikation mit dem Inhalt und der Perspektive der beruflichen Tätigkeit, geringe Informationen über gesellschaftliche und politische Zusammmenhänge, Neutralität bzw. Ablehnung gegenüber aktivem gewerkschaftlichem oder politischem Engagement entsprechen. *Goldthorpe, Lockwood* u. a. heben z. B. die „instrumentelle Orientierung" des Arbeiterbewußtseins hervor[112]. Ganz im Gegensatz zum traditionellen Leistungs- und Kollektivbewußtsein der Industriearbeiterschaft tritt hier die Identifikation mit dem Inhalt der Arbeit gegenüber der Orientierung auf den außerbetrieblichen Lebens- und Konsumbereich zurück. Die Arbeit erscheint als Instrument des Lohnerwerbs, um Zwecke und Bedürfnisse außer der Arbeit zu realisieren. Einerseits belegen diese Forschungsergebnisse die offensichtliche Wirksamkeit jener Ideologien, die die wesentliche Bedingung der Klassenlage, die Stellung des Arbeiters im gesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionsprozeß, aus dem Bewußtsein verdrängen und diese Beziehungslosigkeit durch „Konsumglück" kompensieren. Die Entfremdung des Arbeiters von seiner Tätigkeit, vom Produkt seiner Tätigkeit, von den kooperativen und hierarchischen Strukturen des Produktionsprozesses scheint hier in der Tat auf die Spitze getrieben. Andererseits belegen diese Ergebnisse aber auch, daß die Identifikation der Arbeiter mit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung

und dem System der herrschenden Ideologien äußerst begrenzt und labil ist. Die Arbeiter identifizieren sich nicht positiv mit dem Inhalt ihrer Tätigkeit und mit ihrer gesellschaftlichen Lage, sondern mit ihrem Lohn. Darum kann von einer vollzogenen Anpassung und Integration nicht die Rede sein. Die Höhe des Lohnes wird gerade nicht durch ideologische Faktoren, sondern durch die Aufrechterhaltung des wirtschaftlichen Wachstums, des Gleichgewichts von Produktion und Nachfrage gewährleistet. Solange aber die bewußte Identifikation der Arbeiter mit dem Gesamtsystem und dem Inhalt ihrer Tätigkeit nicht eindeutig nachzuweisen ist, so lange sind auch die Voraussetzungen nicht beseitigt, daß die Arbeiter bei der Bedrohung ihres Lohnes die herrschenden Ideologien praktisch in Frage stellen. Die Welle der Streikaktionen, die sich seit 1968 in ganz Westeuropa ausbreitet, bestätigt nur die These, daß die instrumentelle Lohnorientierung kein Garant für die gesamtgesellschaftliche Integration der Arbeiter ist.

Den engen Zusammenhang zwischen der Anfälligkeit für die Produkte der Massenkultur und dem mangelnden Bewußtsein der eigenen Klassenlage ermittelte gleichfalls eine Untersuchung in den italienischen Fiat-Werken [113]. Wesentliche Faktoren, die die subjektive Beziehung des Arbeiters zu den objektiven Bedingungen der Klassenlage ausprägen, sind: die berufliche Qualifikation, die soziale und regionale Herkunft, die Art der produktiven Tätigkeit sowie der Charakter der kooperativen Beziehungen im Arbeitsprozeß [114]. Die Studie geht freilich insofern über das bisher diskutierte Verhältnis von Produktions- und Konsumsphäre hinaus, als sie das politische Denken und Handeln der Arbeiter mit der Kategorie der „Entfremdung" konfrontiert. Die Neigung zu unpolitischen und politisch autoritären Einstellungen korrelliert in hohem Maße mit der Konsumorientierung, damit zugleich mit einer Anpassung an die vorgegebene soziale Lage. Demgegenüber wird „... die eigene subjektive Entfremdung bzw. die Einbeziehung in das ideologische und normative System des Kapitalismus" [115] erst durch die praktisch-politische Betätigung, durch das bewußte Handeln der Arbeiter negiert. Hier wird eine Beziehung zwischen Kon-

sumorientierung und der Effektivität politischer Ideologien offengelegt, die zumal für die Bewertung der antikommunistischen Ideologie von Bedeutung ist. Die Wirksamkeit des Antikommunismus scheint zunächst der Auffassung zu widersprechen, daß die herrschenden Ideologien die Funktion haben, die Entwicklung eines Gesellschaftsbewußtseins zu verhindern; denn sein Prinzip ist die kollektive Identifikation mit der aggressiven Zurückdrängung jedweder Politik, die den Klassencharakter des kapitalistischen Systems grundsätzlich in Frage stellt. Gleichwohl ist der reale Einfluß, den der Antikommunismus — vor allem in den fünfziger Jahren — auch auf die Arbeiterklasse der BRD ausgeübt hat, nur vor dem Hintergrund einer breiten Orientierung auf die Produkte des Massenkonsums zu verstehen. Die objektive Notwendigkeit, beim Aufbau der sozialistischen Gesellschaftsordnung zunächst das Massenangebot an dauerhaften Konsum- und Luxusgütern einschränken zu müssen, wurde in der antikommunistischen Ideologie zur Bedrohung des individuellen Lebensstandards und Aufstiegs schlechthin verdichtet. Daß der Antikommunismus heute nicht mehr über die gleiche ideologische Zugkraft wie noch in den fünfziger Jahren verfügt, ist u. a. auch darauf zurückzuführen, daß er diese materielle Basis mehr und mehr einbüßt, daß die materielle Versorgung der Bevölkerung in den sozialistischen Staaten immer befriedigender gestaltet werden kann. Unter den Bedingungen eines politisch und ökonomisch expandierenden kapitalistischen Systems werden daher die individualisierenden Ideologien stets den totalisierenden Ideologien z. B. der Volksgemeinschaft oder der Betriebsgemeinschaft stets überlegen sein. Der Aufstieg der faschistischen Bewegungen hat gezeigt, daß solche totalisierenden Ideologien der herrschenden Klasse erst dann zu einer materiellen und terroristischen Gewalt werden, wenn in der politischen und ökonomischen Krise des kapitalistischen Systems der Ideologie des individuellen Aufstiegs und des unbegrenzten Konsums objektiv der Boden entzogen ist [116].

Fassen wir die gesellschaftlichen Bedingungen zusammen, die die Entwicklung eines Gesellschaftsbewußtseins der Arbeiter im Kapitalismus behindern und die — ihrer gesellschaftlichen

Qualität nach — außerhalb der unmittelbaren Reichweite empirischer Detailuntersuchungen liegen:
1. Die Entwicklung eines Gesellschaftsbewußtseins wird durch die Entwicklung der Produktivkräfte bestimmt.
2. Der gesellschaftliche Charakter des Produktionsprozesses wird durch den dinglichen und abstrakten Charakter der Tauschbeziehungen verschleiert.
3. Durch die Spezialisierung der Tätigkeiten im mechanisierten Arbeitsprozeß verliert der Arbeiter die Beziehung zur kooperativen betrieblichen und gesellschaftlichen Gesamtarbeit.
4. Die herrschenden Ideologien zielen auf die Verdrängung der produktiven Tätigkeit aus dem Bewußtsein der Produzenten [117], damit zugleich auf die Verschleierung der Klassenverhältnisse.
5. Insgesamt wird die Effizienz dieser Faktoren durch die Bildung und Ausbildung, durch die familiäre und schulische Erziehung des Arbeiters unterstützt. Solange das gesamte Bildungs- und Ausbildungssystem dem Zweck der Produktion von Arbeitsvermögen untergeordnet bleibt, so lange wird auch die Ausbildung von politischem und gesellschaftlichem Bewußtsein unterdrückt. Die umfangreiche Untersuchung von *Strzelewicz* u. a. [118] vermittelt einigen Aufschluß darüber, in welcher Weise die gesellschaftliche Lage und die damit verbundene geringe Ausbildung die Einstellungen von Arbeitern gegenüber Bildung und Weiterbildung bedingen. Obwohl die Notwendigkeit der Bildung weithin anerkannt wird, bleibt dennoch die reale Möglichkeit der Weiterbildung erheblich eingeschränkt. Die Bildungshindernisse, die schon in der signifikant geringen „Lust" von Arbeitern, sich weiterzubilden, zum Ausdruck kommen [119], erweisen sich durchweg als soziale, klassenspezifische Barrieren (Mangel an Zeit, Geld und Beziehungen; soziale Diskriminierung; autoritäre Familienstruktur, mißliche Zustände in der Schule etc.) [120]. Die objektiven und subjektiven Bedingungen der Klassenlage werden also durch das gegenwärtige Bildungssystem nicht überwunden, sondern reproduziert.
In der Bildungsuntersuchung von *Strzelewicz* u. a. wird aber festgestellt, daß in der subjektiven Bewertung von Bildung und Weiterbildung erhebliche Differenzen zwischen Facharbeitern

und Arbeitern — also un- und angelernten Arbeitern — bestehen. Dieses Ergebnis ist nicht außergewöhnlich, denn nahezu alle Untersuchungen zu Lage und Bewußtsein der Industriearbeiter bestätigen, daß sich die Facharbeiter durch ihr Arbeitsbewußtsein, aber auch durch ihr gewerkschaftliches und politisches Interesse von der Masse der Unqualifizierten abheben. *Mallets* Theorie der „neuen" Arbeiterklasse beruht ebenso wie *Touraines* Hypothese vom „gesellschaftsbezogenen Bewußtsein" der qualifizierten Arbeiter in den hochrationalisierten Produktionszweigen auf der Erfahrung, daß die eher geistig und wissenschaftlich definierte Arbeit des hochqualifizierten Automationspezialisten die Entwicklung eines Bewußtseins ermöglicht, das die betrieblichen und gesellschaftlichen Zusammenhänge der eigenen Tätigkeit und deren Widersprüche begreift. Offensichtlich sind diese Eigenschaften aber nicht ausschließlich der kleinen Gruppe der Automationsspezialisten zuzurechnen, sondern kennzeichnen zugleich den Typus des traditionellen Facharbeiters, der in der Arbeiterbewegung stets die Rolle der politischen „Avantgarde" übernahm. *Popitz, Bahrdt* u. a. haben diese Beziehung zwischen der qualifizierten Arbeit und der politischen Aktivität sehr klar erkannt: „Nicht zuletzt dieser ‚geistige Überschuß' dürfte die Ursache dafür sein, daß die Dreher mit den Angehörigen verwandter Metallfachberufe und den Schriftsetzern zusammen seit je den Kern der politischen Arbeiterbewegung bildeten, obwohl objektiv ihre Lage niemals so gedrückt war wie die anderer Arbeitergruppen." [121]

Angesichts solcher Differenzierungen erweist es sich als notwendig, die Kategorie des Bewußtseins zu erweitern und zu präzisieren. Wir haben bislang weitgehend die historischen und gesellschaftlichen Voraussetzungen behandelt, in die die Entwicklung des Arbeiterbewußtseins gleichsam eingebettet ist. Der oben zitierte *Marx*sche Satz, daß die Menschen zwar ihre eigene Geschichte machen, aber „nicht aus freien Stücken, nicht unter selbstgewählten ‚sondern unter unmittelbar vorgefundenen, gegebenen und überlieferten Umständen", gründet jedoch in der Einsicht, daß das Bewußtsein nicht nur an die materiellen gesellschaftlichen Verhältnisse gebunden ist, sondern daß es diese

empfindet, wahrnimmt, begreift, beurteilt und schließlich selbst zur Triebkraft des Handelns wird. Schon *Hegel* hatte das Bewußtsein als die Bewegung des Begriffs von der sinnlichen Gewißheit bis zum absoluten Wissen, dem „Weltgeist", gefaßt. „Dies Werden der Wissenschaft überhaupt oder des Wissens ist es, was diese Phänomenologie des Geistes darstellt. Das Wissen, wie es zuerst ist, oder der unmittelbare Geist ist das Geistlose, der sinnliche Bewußtsein Um zum eigentlichen Wissen zu werden, oder das Element der Wissenschaft, das ihr reiner Begriff selbst ist, zu erzeugen, hat es durch einen langen Weg sich hindurch zu arbeiten." [122] Der historische Materialismus führt aber die Bewegung des „reinen Geistes" auf die „sinnlich menschliche Tätigkeit", auf gesellschaftliche „Praxis" zurück. „In der Praxis muß der Mensch die Wahrheit, i. e. Wirklichkeit und Macht, Diesseitigkeit seines Denkens beweisen." [123] Erst als Moment der gesellschaftlichen Praxis, des gesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionsprozesses gewinnt das Bewußtsein die Qualität des gesellschaftlichen Bewußtseins, bestimmt es sich durch den Bezug auf gesellschaftliche Praxis. Arbeiterbewußtsein ist mithin keine Form der intellektuellen Tätigkeit des Denkens, keine von der Wirklichkeit abgehobene oder diese „begeistende" (Hegel), begriffliche Konstruktion, sondern zunächst die unmittelbare Erfahrung kollektiver sozialökonomischer und politischer Unterdrückung. Es gründet in dem manifesten Interessengegensatz von Kapital und Arbeit und konkretisiert sich in den verschiedenen Formen der Auseinandersetzung zwischen diesen Interessen. Je mehr diese Interessen mit der Verteidigung der unmittelbar physischen Existenz, mit der Abwehr von Hunger und Elend identisch sind, um so mehr erscheint die Spontaneität als Triebkraft der Klassenauseinandersetzung. *Mandel* bezeichnet diese erste Form des Gesellschaftsbewußtseins der Lohnarbeiter als das — unmittelbar in der Kampferfahrung wurzelnde — „empirisch-pragmatische Bewußtsein" [124]. Sein Prinzip ist die Identität des Handelns mit der beruflichen und politischen Erfahrung, die noch stärker ausgeprägt ist als die bewußte gesellschaftliche Opposition [125]. „Die ökonomischen Verhältnisse haben zuerst die Masse der Bevölkerung in Arbeiter verwandelt. Die

Herrschaft des Kapitals hat für diese Masse eine gemeinsame Situation, gemeinsame Interessen geschaffen. So ist diese Masse bereits eine Klasse gegenüber dem Kapital, aber noch nicht für sich selbst." [126] Die Kategorie des Bewußtseins wird also auch nach ihrer subjektiven und praktischen Seite hin in gesellschaftliche Beziehungen aufgelöst, die — trotz der sprachlichen Konvergenz mit den *Hegel*schen Kategorien des an und für sich Seienden — diese in der gesellschaftlichen und geschichtlichen Praxis, im Produktionsprozeß und in der Klassenauseinandersetzung, aufheben. Gesellschaftliches Bewußtsein objektiviert sich im Arbeitsprozeß, in gemeinsamen Interessen und im gemeinsamen Handeln — eben diese Momente unterscheiden das gesellschaftliche Bewußtsein von den Formen des „rohen", individuellen Protestes und des „falschen Bewußtseins", das die Realisierung von Bedürfnissen und Interessen aus der empirisch sinnlichen Wirklichkeit verdrängt [127].

Die Unmittelbarkeit und Spontaneität des Bewußtseins ist aber mit jenen Beschränkungen der Bewußtseinsbildung behaftet, die als eine objektive Bedingung der Klassenlage der Arbeiter herausgearbeitet worden sind. Die Interessen und das Handeln sind nicht auf die Totalität der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und damit auf ihr besonderes ökonomisches und politisches Organisationsprinzip bezogen. Vielmehr bilden die unmittelbaren sozialökonomischen Bedingungen des Konsums, des Arbeitsplatzes und der beruflichen Qualifikation die Basis der kollektiven Interessenartikulation. Arbeiterbewußtsein ist demnach zunächst Lagebewußtsein und Interessenbewußtsein; es entspricht jenem „ökonomistischen" und „trade-unionistischen" Bewußtsein, das *Lenin* gegen das revolutionäre Klassenbewußtsein abgegrenzt hat. „Der ökonomische Kampf ist ein kollektiver Kampf der Arbeiter gegen die Unternehmer für günstige Bedingungen des Verkaufs der Arbeitskraft, für die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter. Dieser Kampf ist notwendigerweise ein beruflicher Kampf, da die Arbeitsbedingungen in den verschiedenen Berufen äußerst verschieden sind und folglich der Kampf um die Verbesserung dieser Bedingungen nach Berufen ... geführt werden muß." [128] *Lenin* fordert

die Sozialdemokratie zum Kampf gegen die ökonomistische Spontaneität auf, denn diese kann noch nicht vom Einfluß bürgerlicher Ideologien befreit sein; sie entwickelt sich nicht automatisch zum Klassenbewußtsein, das die unmittelbare Lage der Arbeiter in der Beziehung zu den gesamtgesellschaftlichen Klassenverhältnissen und zu ihrer politisch-ideologischen Organisation begreift. „Die Arbeiterklasse fühlt sich spontan zum Sozialismus hingezogen", erwiderte *Lenin* den Ökonomisten, „aber die am weitesten verbreitete (und in den mannigfaltigen Formen ständig wiederauferstehende) bürgerliche Ideologie drängt sich trotzdem spontan dem Arbeiter am meisten auf." [129] Revolutionäres Klassenbewußtsein muß an die Arbeiter „von außen" herangetragen werden, denn es wird nicht unmittelbar und kontinuierlich durch die beruflichen Erfahrungen und Kämpfe der Arbeiter produziert. Klassenbewußtsein ist demzufolge kein sinnlich-empirisches, sondern theoretisches Bewußtsein, das sowohl den gesellschaftlichen Zusammenhang der empirischen Einzelerfahrungen als auch die objektiven Möglichkeiten gesellschaftlicher Emanzipation begreift. „Das Gebiet, aus dem allein dieses Wissen geschöpft werden kann, sind die Beziehungen aller Klassen und Schichten zum Staat und zur Regierung, sind die Wechselbeziehungen zwischen sämtlichen Klassen." [130]

Die Art und Qualifikation der beruflichen Tätigkeit kann — wie das Beispiel der Gruppe der Facharbeiter zeigt — eine wichtige Voraussetzung für die Überwindung des falschen oder ökonomistischen Bewußtseins sein. Der Marxismus als Wissenschaft kann aber unter kapitalistischen Bedingungen nur individuell angeeignet werden [131], obgleich sich das theoretische Bewußtsein als Produktivkraft des Klassenkampfes nicht individuell, sondern organisiert durch die Partei der Arbeiterklasse entfaltet. Durch deren theoretische Arbeit, Schulung, Programmatik und öffentliche Aufklärungsarbeit werden die Klassenauseinandersetzungen selbst über ihren elementaren, aber begrenzten beruflichen und ökonomischen Rahmen hinaus zur politischen Aktion organisiert. Dies ist der eigentliche Sinn des *Lenin*schen Satzes, daß es „... ohne revolutionäre Theorie ... auch keine revolutionäre Bewegung" geben kann [132]. Für alle

marxistisch orientierten Theorien und Strategien ist daher das Klassenbewußtsein nicht als individual- oder massenpsychologische, sondern als Kategorie gesellschaftlicher Praxis konstitutiv. Die je historische Entwicklung des Widerspruchs zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen, die Disintegration der politischen und ideologischen Machtpositionen der herrschenden Klasse, die Schärfe der Klassenauseinandersetzungen und die damit verbundene Politik der politischen Organisation der Arbeiterklasse — erst im Zusammenhang dieser gesellschaftlich-politischen Voraussetzungen gewinnt die Kategorie des Klassenbewußtseins ihre reale, historisch konkrete Dimension. Diese Objektivierung des Klassenbewußtseins — sowohl als Überwindung der bürgerlichen Ideologie als auch als organisierte Machtposition in den politischen und ökonomischen Auseinandersetzungen — ist besonders deutlich von Georg *Lukács* hervorgehoben worden: „Der revolutionäre Arbeiterrat ... ist eine der Formen, um die das Bewußtsein der proletarischen Klasse seit ihrem Entstehen unablässig gerungen hat. Sein Dasein, seine stetige Entwicklung zeigen ‚daß das Proletariat bereits an der Schwelle seines eigenen Bewußtseins und damit an der Schwelle des Sieges steht.“ [133] Selbst bei Wilhelm *Reich*, dessen Unterscheidung von „zweierlei Klassenbewußtsein“ bei der „revolutionären Führung“ und der „Masse“ notwendig zu einer Verwechslung von Klassenpsychologie und Klassenbewußtsein führte [134], bleibt die praktisch-politische Dimension seiner Frage „Was ist Klassenbewußtsein?“ zumindest insofern gewahrt, als er die Entwicklung von Klassenbewußtsein eng mit der Politik der Arbeiterparteien verknüpft.

Die Differenzierung verschiedener Dimensionen und Bezugspunkte des gesellschaftlichen Bewußtseins der Arbeiter geschieht gewiß nicht in der Absicht, operationalisierbare Kategorien für gegenwärtige empirische Detailuntersuchungen zu entwerfen. Eher noch sollte diese Begriffsanalyse den Anspruch solcher Untersuchungen modifizieren. Zumal die Kategorie des Klassenbewußtseins vermittelt sich in gesellschaftlichen Beziehungen, die sich eher durch die praktisch-politische Erfahrung denn durch das Instrumentarium der empirischen Sozialforschung dar-

stellen. Gleichwohl ergeben sich aus diesen Überlegungen wichtige Anhaltspunkte für empirische Untersuchungen des Arbeiterbewußtseins:

1. Arbeiterbewußtsein muß als die Einheit eines zweifachen gesellschaftlichen Beziehungssystems begriffen werden, a) als Erfahrung, Wahrnehmung und begriffliche Verarbeitung der sozialen Lage, b) als die aktive Einwirkung des Menschen auf die Veränderung seiner Lebensbedingungen.
2. Arbeiterbewußtsein und Klassenbewußtsein sind historisch-dynamische Kategorien, deren Entwicklung sich stets dem momentanen Charakter empirischer Detailuntersuchungen entzieht.
3. Gesellschaftliches Bewußtsein — als Arbeiterbewußtsein oder als Klassenbewußtsein — objektiviert sich in der Schärfe wie in dem Organisationsgrad der Klassenauseinandersetzungen. Die Analyse von Streikbewegungen — Materialsammlung und -auswertung über deren Ursachen, Kampfformen, Forderungen sowie über deren Erfolg — geben daher eher Aufschluß über das gegenwärtige gesellschaftliche Bewußtsein der Arbeiterschaft in der BRD als z. B. die isolierte Erfragung von Arbeitermeinungen über den Streik [135].

Die hier vorgenommene Auflösung der Kategorie Bewußtsein in gesellschaftliche und historische Beziehungen bestimmt — zumindest ansatzweise — auch die Studie „Arbeiterbewußtsein" des französischen Soziologen Alain *Touraine*. Das Klassenbewußtsein wird von dem Arbeiterbewußtsein vor allem durch den „... Bezug auf eine Gesellschaft, in der die sozialen Beziehungen zwischen der herrschenden Klasse und den Arbeitern grundlegendes Element sind", unterschieden. Während das ökonomistische Bewußtsein sich also durch ein „Identitätsprinzip" auszeichnet, bildet sich Klassenbewußtsein vermittels eines „Exterioritätsprinzips" heraus [136]. Darüber hinaus sind die verschiedenen Dimensionen des Bewußtseins bei *Touraine* stets als Moment der „Aktion" und der Organisation von Klassenkonflikten begriffen [137]. Insofern ist ihm durchaus zuzustimmen, wenn er das „Arbeiterbewußtsein" als eine Kategorie der Analyse und nicht der Deskription charakterisiert [138].

Die Bestimmungen dieser Analyse werden noch einmal in der folgenden Übersicht zusammengefaßt:

Bezugspunkte des Bewußtseins	Bezugspunkte der Interessen	Bezugspunkte des Handelns	Dimensionen des gesellschaftlichen Bewußtseins
Herrschende Ideologien	„Freizeit“ Konsum Familie	Privatsphäre Individuum	verdinglichtes Bewußtsein
soziale Lage	Arbeitsplatz Betrieb	Solidarität Gewerkschaftliche	Lage-bewußtsein Arbeiter-bewußtsein
sozialer und politischer Kampf	gesellschaftliche Klassenverhältnisse Staat	Organisation Politische Organisation	Klassen-bewußtsein

Die einzelnen Dimensionen der Interessen, des Handelns und des gesellschaftlichen Bewußtseins sind in der politischen und gesellschaftlichen Wirklichkeit nicht scharf gegeneinander abzugrenzen. Auch die vorliegenden empirischen Untersuchungen zum Arbeiterbewußtsein legen im Gegenteil den Schluß nahe, daß sie sich überlagern und z. T. verschmelzen. Die von *Kern* und *Schumann* ermittelte „Zwiespältigkeit“ des Arbeiterbewußtseins unterstreicht nur die These, daß — unter den gegenwärtigen Bedingungen der relativen ökonomischen und politisch-ideologischen Stabilität des kapitalistischen Systems und der Schwäche der Arbeiterorganisationen — das Bewußtsein sowohl durch die Erfahrung der Klassenlage als auch durch den Einfluß der herrschenden Ideologien geprägt wird. Die Aufgaben der empirischen Erforschung des Verhältnisses von Lage und Bewußtsein müssen gegenwärtig daher darin gesehen werden, die Bedingungen und das Gewicht dieser einander entgegengesetzten Einflüsse, aber auch die objektiven und subjektiven Bedingungen ihrer Über-

windung zu untersuchen. Als Resümee der gesamten Anmerkungen zu den methodischen und inhaltlichen Problemen von empirischen Untersuchungen des Arbeiterbewußtseins bleibt freilich nochmals festzuhalten, daß diese von der theoretischen und empirischen Analyse der Klassenverhältnisse und der unmittelbaren Lebensbedingungen der Abeiter auszugehen haben, um das Bewußtsein in seiner Beziehung zur sozialen Lage überhaupt adäquat zu erfassen. Das heißt: „Es wird nicht ausgegangen von dem, was die Menschen sagen, sich einbilden, sich vorstellen ...; es wird von den wirklich tätigen Menschen ausgegangen und aus ihrem wirklichen Lebensprozeß auch die Entwicklung der ideologischen Reflexe und Echos dieses Lebensprozesses dargestellt." [139]

---

[1] „Dank der einfachen Tatsache, daß jede neue Generation die von der alten Generation erworbenen Produktivkräfte vorfindet, die ihr als Rohmaterial für neue Produktion dienen, entsteht ein Zusammenhang in der Geschichte der Menschen, entsteht die Geschichte der Menschheit, die um so mehr Geschichte der Menschheit ist, je mehr die Produktivkräfte der Menschen und infolgedessen ihre gesellschaftlichen Beziehungen wachsen." *K. Marx* an P. W. Annenkow, 28. 12. 1846, MEW, Bd. 27, S. 452/453.

[2] *K. Marx*, Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte, MEW, Bd. 8, S. 115.

[3] Vgl. *F. Behrens*, Alte und neue Probleme der politischen Ökonomie, Berlin 1948, bes. Abschnitt II.

[4] Vgl. *E. Mandel*, Die deutsche Wirtschaftskrise, a. a. O., S. 18 ff.

[5] Vgl. *Kern/Schumann*, Industriearbeit ..., a. a. O., S. 36.

[6] Vgl. z. B. *W. Hofmann*, Grundelemente der Wirtschaftsgesellschaft, Reinbek 1969.

[7] Vgl. dazu *K. H. Tjaden / M. Tjaden-Steinhauer*, Zur Analyse der Sozialstruktur des deutschen Kapitalismus, in: Das Argument, 61/Dez. 1970, S. 645—664.

[8] *Th. Geiger*, Die soziale Schichtung des deutschen Volkes, Stuttgart 1932.

[9] Über die Freiheit des Warentausches vgl. *K. Marx*, Das Kapital, 1. Band, MEW 23, a. a. O., S. 189/190.

[10] *Nikisch*, Lehrbuch des Arbeitsrechts, Band I, 3. Aufl., S. 255, hier zit. n.: Mitbestimmung im Unternehmen, Bericht der Sachverständigenkommission zur Auswertung der bisherigen Erfahrungen bei der Mitbestimmung („Biedenkopf-Kommission"), Deutscher Buudestag, 6. Wahlperiode, Drucksache VI/334, Bonn, 4. 2. 1970, S. 59.

[11] *Hueck-Nipperdey*, Lehrbuch des Arbeitsrechts, Band I, 7. Aufl., S. 158, zit. n. ebd.

[12] Vgl. dazu vor allem *E. Benda*, Industrielle Herrschaft und sozialer Staat, Göttingen 1966, S. 439 ff.

[13] Autorenkollektiv, Spätkapitalismus ohne Perspektive, Frankfurt/M. 1970,

S. 246; vgl. dazu auch *L. Unterseher:* Arbeitsvertrag und innerbetriebliche Herrschaft, Frankfurt/M. 1969.

[14] *Karl Korsch*, Arbeitsrecht für Betriebsräte (1922), Frankfurt/M. 1968, S. 26.

[15] *R. Hofmann*, Rechtsfortschritt durch gewerkschaftliche Gegenmacht, Frankfurt/M. 1968, S. 99.

[16] Mitbestimmung im Unternehmen, a. a. O., S. 60.

[17] Ebd., S. 61.

[18] Auch die Montanmitbestimmung ist ja das — wenn auch widersprüchliche — Ergebnis des Kräfteverhältnisses der Klassen nach 1945 gewesen, vgl. dazu *F. Deppe* u. a.: Kritik der Mitbestimmung, a. a. O.; *E. Schmidt:* Die verhinderte Neuordnung 1945—1952, Frankfurt/M. 1970.

[19] Vgl. *A. Andrieux/P. Lignon*, L'ouvrier d'aujourdhui, Paris 1960, S. 102 ff.

[20] Vgl. *N. de Maupeou-Abboud*, Les blousons bleus, Paris 1968.

[21] Vgl. *Andrieux/Lignon*, L'ouvrier . . ., a. a. O., S. 130.

[22] So z. B. die Studien von *F. Fürstenberg*, Die Soziallage . . ., a. a. O. und *Goldthorpe/Lockwood* u. a.: Affluent worker . . ., a. a. O.

[23] Eine systematische Analyse muß hier auf jeden Fall weiterführen und den gesamten politischen Überbau der Eigentumsverhältnisse (Staat und Staatstätigkeit) sowie die spezifischen Eigentumsideologien untersuchen.

[24] Vgl. *F. Fürstenberg*, Die Soziallage . . ., a. a. O., S. 212/213.

[25] Vgl. ebd., S. 217.

[26] Vgl. ebd., S. 211/212.

[27] Vgl. *K. Marx*, Provisorische Statuten der Internationalen Arbeiter-Assoziation, MEW, Bd. 16, S. 14.

[28] *H. Steiner*, Soziale Strukturveränderungen im modernen Kapitalismus, Berlin 1967, S. 99 ff.

[29] Vgl. *K. Marx*, Das Kapital, 1. Band, MEW, Bd. 23, a. a. O., S. 640 ff.

[30] Ebd., S. 674.

[31] Insofern ist es nach den Untersuchungen des IFO-Institutes auch unzulässig, Fouratiés These von der „tertiären Zivilisation" anzuerkennen, vgl. Wirtschaftliche und soziale Aspekte des technischen Wandels in der BRD, 1. Band, Sieben Berichte, Frankfurt/M. 1970, S. 32/33.

[32] Vgl. ebd., S. 88.

[33] Vgl. *W. Hahn/H. Tammen*, Kapitalkonzentration in Westdeutschland an der Wende zum neuen Jahrzehnt, in: DWI-Berichte, 8/1970, S. 21 ff., hier S. 22/23.

[34] Vgl. Hauptereignisse der Arbeits- und Sozialstatistik, 1967, Bundesministerium f. Arbeit und Sozialordnung, S. 36/37 und S. 42/43.

[35] Vgl. *M. Dobb*, Studies in the development of capitalism, London 1963, S. 265 ff.

[36] Vgl. *K. M. Bolte*, Entwicklungen und Probleme der Berufsstruktur, a. a. O., S. 313.

[37] Vgl. Hauptergebnisse . . ., a. a. O., S. 40/41.

[38] Vgl. *K. M. Bolte*, Entwicklungen . . ., a. a. O., S. 392.

[39] Vgl. Wirtschaftliche und soziale Aspekte . . ., Sieben Berichte, a. a. O., S. 90/91.

[40] Vgl. *W. Gerns*, Strukturänderungen in der Arbeiterklasse der Bundesrepublik, in: Marxistische Blätter, 5/1969, S. 54 ff., hier S. 57.

[41] Vgl. *Kern/Schumann*, Industriearbeit . . ., a. a. O., S. 139 und S. 123.
[42] Wirtschaftliche und soziale Aspekte . . ., Sieben Berichte, a. a. O., S. 95.
[43] Vgl. *J. Marx*, Strukturveränderungen der westdeutschen Arbeiterklasse in der wissenschaftlich-technischen Revolution, in: DWI-Berichte, 12/1969, S. 354 ff.
[44] Wirtschaftliche und soziale Aspekte . . ., Sieben Berichte, a. a. O., S. 106.
[45] Vgl. Autorenkollektiv, Ökonomie und Politik in der Krise, DWI-Forschungshefte, 2/1968, S. 24.
[46] *Kern/Schumann*, Industriearbeit . . ., a. a. O., S. 236.
[47] Vgl. *Popitz/Bahrdt* u. a., Gesellschaftsbild . . ., a. a. O., S. 66.
[48] Vgl. *F. Fürstenberg*, Soziallage . . ., a. a. O., S. 133.
[49] Ebd., S. 181.
[50] Vgl. ebd., Schaubild 12, S. 146.
[51] Vgl. *B. Scheuriger*, Gruppendiskussionen mit Chemiarbeitern, Beiträge zur Sozialforschung, Linz/Donau, 1/1969.
[52] Vgl. *J. Dofny / C. Durand* u. a., Les ouvriers et le progrès technique, Paris 1966, S. 229.
[53] *H. Wiedemann*, Die Rationalisierung aus der Sicht des Arbeiters, Köln und Opladen 1964, S. 200.
[54] Ebd., S. 210.
[55] *J. Marx*, Wissenschaftlich-technische Revolution und Qualifikation der westdeutschen Industriearbeiter, in: DWI-Berichte, 1/1968, S. 15 ff., hier S. 19.
[56] Vgl. *F. Fürstenberg*, Soziallage . . ., a. a. O., S. 254.
[57] Wirtschaftliche und soziale Aspekte . . ., Sieben Berichte, a. a. O., S. 92.
[58] *Kern/Schumann*, Industriearbeit . . ., a. a. O., S. 218 ff.
[59] Nach: Hauptergebnisse . . ., a. a. O., S. 38/39 und S. 40/41.
[60] So die elektronische Industrie zwischen 1960—1968: 10,8 %; vgl. Wirtschaftliche und soziale Aspekte . . ., Sieben Berichte, a. a. O., S. 104.
[61] Vgl. *J. Auger*, Problems of the electronics industry in France, in: International Socialist Journal, 3. Jg., Nr. 13, Jan./Febr. 1966, S. 14 ff.
[62] *Kern/Schumann*, Industriearbeit . . ., a. a. O., S. 270.
[63] Vgl. *S. Braun / J. Fuhrmann*, Angestelltenmentalität, Neuwied und Berlin 1970.
[64] *J. Minces*, Un ouvrier parle, Paris 1969, S. 38.
[65] Vgl. *R. Dahrendorf*, Industrie und Betriebssoziologie, Berlin 1962, S. 27.
[66] Autorenkollektiv, Probleme der Industriesoziologie, Berlin 1967, S. 44.
[67] *L. v. Friedeburg*, Soziologie des Betriebsklimas, a. a. O., S. 73.
[68] Vgl. weiter oben, S. 53.
[69] Vgl. *G. Wallraff*, Wir brauchen Dich. Als Arbeiter in deutschen Industriebetrieben, München 1966; *E. Runge:* Bottroper Protokolle, Frankfurt/M., und die verschiedenen Arbeiten von *Max von der Grün*.
[70] *K. Marx*, Die deutsche Ideologie, a. a. O., S. 26/27.
[71] Vgl. *F. Fürstenberg*, Soziallage . . ., a. a. O., S. 7 ff.
[72] Ebd., S. 10.
[73] Ebd., S. 12/13.
[74] *H. Steiner*, Soziale Strukturveränderungen . . ., a. a. O., S. 101.
[75] Ebd., S. 101—103.
[76] Vgl. weiter oben, S. 118 ff.
[77] *E. Altvater / F. Huisken*, Produktive und unproduktive Arbeit als Kampf-

begriffe, als Kategorien zur Analyse der Klassenverhältnisse und der Reproduktionsbedingungen des Kapitals, in: Sozialistische Politik, Nr. 8/1970, S. 47 ff., hier S. 59.

[78] Vgl. ausführlich *K. H. Tjaden / M Tjaden-Steinhauer*, Zur Analyse der Sozialstruktur . . ., a. a. O.

[79] Vgl. *F. Deppe*, Großbetrieb und Industriegewerkschaft, Institut für sozialwissenschaftliche Forschung, Marburg/Lahn 1965.

[80] Vgl. *E. Blankenburg*, Die politische Spaltung der westdeutschen Arbeiterschaft, in: Europäisches Archiv für Soziologie, Nr. 1/1969.

[81] Vgl. *K. Marx*, Das Kapital, 1. Band, MEW, Bd. 23, S. 192 ff.

[82] Vgl. weiter oben, S. 136 ff.

[83] Vgl. dazu z. B. *K. Thomas*, Die betriebliche Situation . . ., a. a. O., dort vor allem den Abschnitt über „Die Fabrikmauer", S. 94 ff.

[84] *F. Fürstenberg*, Soziallage . . ., a. a. O., S. 211.

[85] Vgl. *J. Miebe*, in: *K. Thomas*, Analyse der Arbeit, Stuttgart 1969, S. 233 ff.

[86] Vgl. dazu einige Hinweise bei *P. Schneider*, Die Phantasie im Spätkapitalismus und die Kulturrevolution, in: Kursbuch 16, 1969, S. 1 ff.

[87] Vgl. *Goldthorpe/Lockwood* u. a., The affluent worker in the class structure, Cambridge 1969, S. 124/125.

[88] *F. Fürstenberg*, Soziallage . . ., a. a. O., S. 172.

[89] *Goldthorpe/Lockwood* u. a., The affluent worker in the class structure, a. a. O., S. 101/102. *D. Hanhart* (Arbeiter in der Freizeit, Bern und Stuttgart 1964) ermittelte eine Zeit von 3 Stunden, die von dem Arbeiter als „freie" Zeit erlebt werden; zu ähnlichen Ergebnissen kamen Umfragen demoskopischer Institute, wobei freilich immer ungeklärt bleibt, wie sich die „freie" von der durch die Arbeit bestimmte Zeit unterscheidet.

[90] Vgl. *F. Fürstenberg*, Soziallage . . ., a. a. O., S. 109.

[91] So z. B. *Klaus Horn*, Für eine Befreiung der abhängig Arbeitenden, I, in: Herausforderung an die Zukunft, hrsg. v. U. Greiwe, a. a. O., S. 151 ff.

[92] Vgl. dazu im folgenden S. 231 ff.

[93] Vgl. *H. Holzer*, Massenkommunikation und Demokratie in der BRD, in: *Bolte/Neidhardt/Holzer:* Deutsche Gesellschaft . . ., 2, a. a. O., S. 187 ff.

[94] Vgl. *H. Schäfer*, Schichten- und gruppenspezifische Manipulation in der Massenpresse, in: Kapitalismus und Pressefreiheit, Frankfurt/M. 1969, S. 61 ff.

[95] *K. Heymann*, Springer-Presse, Streik und Arbeiterinteresse, in: ebd., S. 157 ff., hier S. 169.

[96] Vgl. dazu *F. Deppe / J. v. Freyberg* u. a., Kritik der Mitbestimmung, a. a. O., S. 152 ff.

[97] *S. Herkommer*, Gesellschaftsbild . . ., a. a. O., S. 222.

[98] Vgl. dazu weiter unten den Beitrag von *Helga Deppe-Wolfinger*, S. 301 ff.

[99] Es muß in diesem Zusammenhang noch einmal deutlich hervorgehoben werden, daß sich der Begriff der Lage sowohl methodisch als auch inhaltlich gegen den Begriff der „Situation", der vor allem auf existentialphilosophische Traditionen zurückgeht (vgl. *K. Thomas:* Analyse der Arbeit, a. a. O., S. 22 ff.), abhebt. Auch der französische Begriff der „condition" wird am ehesten noch durch den Begriff der „Lage" adaequat übersetzt.

[100] Vgl. *A. Touraine*, La conscience . . ., a. a. O., S. 34.

[101] *E. Altvater / F. Huisken*, Produktive und unproduktive Arbeit . . ., a. a. O., S. 59.

[102] *K. Marx*, Die deutsche Ideologie, a. a. O., S. 31.

[103] Vgl. *F. Deppe*, Verschwörung . . ., a. a. O., S. 12 ff.

[104] Vgl. *H. Marcuse*, Vernunft und Revolution, Neuwied und Berlin 1962, S. 343 ff.

[105] *G. Lukács*, Geschichte . . ., a. a. O., S. 96/97.

[106] *K. Marx*, Das Kapital, 1. Band, a. a. O., S. 86.

[107] Ebd., S. 793.

[108] Vgl. dazu im folgenden S. 207 ff.

[109] *K. Marx*, Die deutsche Ideologie, a. a. O., S. 33.

[110] *G. Lukács*, Geschichte . . ., a. a. O., S. 99.

[111] Vgl. *F. Deppe / J. v. Freyberg* u. a., Kritik der Mitbestimmung, a. a. O., S. 264 ff.

[112] Vgl. dazu weiter oben, S. 83 ff.

[113] Vgl. Problemi des Socialismo, Juli/August 1962, 5. Jg., S. 694 ff.

[114] Vgl. *P. Rolle*, L'aliénation et sa mésure selon une enquête dans l'industrie italienne, in: Cahiers de l'étude des sociétés industrielles et de l'automation, Nr. 6, 1964, S. 143—161.

[115] Zit. n. O. *Negt*, Soziologische Phantasie . . ., a. a. O., S. 42.

[116] *Theodor Geiger* (Die soziale Schichtung des deutschen Volkes, a. a. O.) hat den Aufstieg der nationalsozialistischen Bewegung in Deutschland auf den Zulauf des durch die Wirtschaftskrise entwurzelten und desillusionierten „neuen Mittelstandes", der Angestellten, zurückgeführt.

[117] Das Idol der kapitalistischen Werbung ist stets der erfolgreiche Konsument; auch in sozialistischen Staaten werden Bilder von Menschen — in den Betrieben oder auf Straßen — „werbend" zur Schau gestellt. Hier steht aber stets der erfolgreiche, gesellschaftliche Produzent im Mittelpunkt.

[118] Vgl. *W. Strzelewicz, H. D. Raapke, W. Schulenburg*, Bildung und gesellschaftliches Bewußtsein, Stuttgart 1966.

[119] Vgl. ebd., S. 68.

[120] Vgl. ebd., S. 602 ff.; differenzierter O. Negt, Soziologische Phantasie . . ., a. a. O., S. 45 ff.

[121] *H. Popitz, H. P. Bahrdt* u. a., Technik und Industriearbeit, a. a. O., S. 139. Der Arbeiter, den *J. Minces* (Un ouvrier parle, a. a. O.) zu Wort kommen läßt, berichtet ausführlich über die Arbeit des qualifizierten Drehers; er beschreibt den Arbeitsvollzug als „révolution", die den Arbeiter in die Lage versetzt, eigenständig abstrakte Zusammenhänge zu begreifen (S. 34/35).

[122] *G. W. F. Hegel*, Phänomenologie des Geistes, Hamburg 1952, S. 26.

[123] *K. Marx*, Thesen über Feuerbach, in: MEW, Bd. 3, S. 5.

[124] *E. Mandel*, Lenin und das Problem des proletarischen Klassenbewußtseins, in: Lenin. Revolution und Politik, Frankfurt/M. 1970, S. 149 ff., hier S. 163.

[125] Vgl. *A. Touraine*, Conscience . . ., a. a. O., S. 60.

[126] *K. Marx*, Elend der Philosophie, in: MEW, Bd. 4, S. 180/181.

[127] Es bleibt noch zu überprüfen, in welcher Weise die Kategorien der Freudschen Psychoanalyse zur Bestimmung der Kategorie „Bewußtsein" heran-

zuziehen sind. Zumindest konstituiert sich auch nach Freud das Bewußtsein, das „Ich", aus der permanenten Spannung zwischen der Triebstruktur und dem — durch die herrschenden gesellschaftlichen Normen und Tabus geprägten — „Überich". Darüber hinaus hat Freud sehr klar die historischen und gesellschaftlichen Bedingungen der Bewußtseinsbildung erkannt.

[118] *W. I. Lenin*, Was tun? in ders.: Ausgewählte Werke, Bd. 1, Berlin 1964, S. 194.

[119] Ebd., S. 177 (Fn. 1).

[120] Ebd., S. 211.

[121] Vgl. *E. Mandel*, Lenin . . ., a. a. O., S. 159/160.

[122] *W. I. Lenin*, Was tun?, a. a. O., S. 161.

[123] *G. Lukács*, Geschichte . . ., a. a. O., S. 93.

[124] Vgl. *W. Reich*, Was ist Klassenbewußtsein?, Kopenhagen, Paris, Zürich 1934, hier S. 9 ff.

[125] Vgl. als Beispiel: *H. Jung / J. Schleifstein / K. Steinhaus*, Septemberstreiks 1969, Frankfurt/M. 1969.

[126] *A. Touraine*, Conscience . . ., a. a. O., S. 95.

[127] Ebd., S. 217 ff. und ders., Sociologie de l'action, a. a. O.

[128] Ders., Conscience . . ., a. a. O., S. 310.

[129] Vgl. Anm. 70.

IV. Geschichtlich-gesellschaftliche Voraussetzungen von Differenzierungsprozessen in der Arbeiterklasse *)

Der Produktionsprozeß umschließt einen doppelten Sachverhalt: Auf der einen Seite ist er die — je nach dem Stand der gesellschaftlichen Produktivkräfte entwickelte — *Auseinandersetzung des Menschen mit der Natur* zum Zwecke der gesellschaftlichen Reproduktion. Der Stand der Produktivkräfte bestimmt sich dabei sowohl nach der Entfaltung der Arbeitsteilung zwischen den Produzenten als auch nach der Möglichkeit, die unmittelbar körperliche Arbeitskraft des Menschen durch die Vermittlung von Werkzeugen und Maschinen zu ersetzen, d. h. zu steigern. Auf der anderen Seite ist der Produktionsprozeß ein Prozeß der *Aneignung*. „Alle Produktion ist Aneignung der Natur von seiten des Individuums und vermittelst einer bestimmten Gesellschaftsform. In diesem Sinn ist es eine Tautologie zu sagen, daß Eigentum (Aneignen) eine Bedingung der Produktion sei . . . Eine Aneignung, die sich nichts zu eigen macht, ist eine contradictio in subjecto." [1] Jede Gesellschaftsformation ist mithin durch eine spezifische Weise der Kombination von Arbeitskraft und Arbeitsmitteln und durch eine spezifische Weise der Aneignung und Verteilung der Resultate gesellschaftlicher Produktion charakterisiert. Karl *Marx* hat den Doppelcharakter der Arbeit im Verhältnis von Arbeits- und Verwertungsprozeß analysiert. Im Kapitalismus tritt der arbeitsteilige Einsatz menschlicher Arbeitskraft zur Produktion von *Gebrauchswerten*, die unmittelbare gesellschaftliche Bedürfnisse befriedigen, hinter die

Produktion von Waren zurück, die Eigentum des Kapitalisten sind und diesen ausschließlich nach ihrem *Tauschwert* interessieren. Die wesentliche Bedingung dieses Strukturwandels der Arbeit ist die Tatsache, daß menschliche Arbeit selbst zu einer Ware wird, die als *Lohnarbeit* den Gesetzen des Tausches unterliegt. Der Verwertungsprozeß des Kapitals ist schließlich nichts anderes als die Verwertung der Ware Arbeitskraft, deren Verausgabung im Arbeitsprozeß einen höheren Wert schafft (Mehrwert), als zu ihrer eigenen Lebenserhaltung — in Form des Lohnes — vom Unternehmer gezahlt wird. „Als Einheit von Arbeitsprozeß und Wertbildungsprozeß ist der Produktionsprozeß Produktionsprozeß von Waren; als Einheit von Arbeitsprozeß und Verwertungsprozeß ist er kapitalistischer Produktionsprozeß, kapitalistische Form der Warenproduktion." [1a]

Es ist unerläßlich, diese widersprüchliche Einheit der Erscheinungsformen der Warenbewegung und der Arbeitsprozesse mit dem gesellschaftlichen Inhalt des kapitalistisch organisierten Produktionsprozesses als eines Aneignungs- und Herrschaftsverhältnisses immer wieder aufzudecken. Der *Marx*sche Begriff des „*Warenfetischismus*", der ein Bewußtsein bezeichnet, das die Resultate des gesellschaftlichen Entwicklungsprozesses bereits mit der „Festigkeit von Naturformen des gesellschaftlichen Lebens" verwechselt, bewahrt seine Gültigkeit auch gegenüber den Analysen, die die Technologisierung und Automatisierung in der Gegenwart ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der innerbetrieblichen Kooperationsformen, dem Wandel der Hierarchie und der Qualifikationsstruktur, der Arbeitssituation und der Lohnentwicklung betrachten. Die Behauptung von der „Humanisierung", der Enthierarchisierung und der Versachlichung der Arbeitsbeziehungen fetischisiert verdinglichte gesellschaftliche Beziehungen; sie abstrahiert vom Arbeitsprozeß als Verwertungsprozeß und behandelt ihn — in falscher Konkretion — nur als Wertbildungsprozeß. Das je geschichtliche Verhältnis von Mensch und Maschine erlaubt zwar Aussagen über den Stand der Produktivkräfte und der Arbeitsteilung und damit zugleich den Nachweis der objektiven Möglichkeit einer gesamtgesellschaftlichen Bedürfnisbefriedigung. Ob der Arbeiter aber

„mit" oder „an" einer Maschine arbeitet[3], ob er „Herr" oder „Knecht" der Maschine ist — die Antwort auf solche Fragen erschließt sich nicht aus der Analyse von Arbeitsvollzügen und Kooperationsgefügen, sondern vorab aus der Vermittlung solcher Analysen mit dem gesellschaftlichen Inhalt der Arbeit, d. h. der sozialen und ökonomischen Abhängigkeit der Lohnarbeit und ihrer Unterordnung unter die Verwertungsinteressen des Kapitals[3].

Die Untersuchung der Arbeitsteilung und Kooperation im modernen Industriebetrieb kann demnach auch nicht willkürlich nach Kriterien einer *Funktionalität* vorgenommen werden, die die Arbeitsleistung dem Produktionszweck zuordnet und so funktional zu bewerten sucht[4]. Arbeitsteilung als unterschiedliche Verteilung von Qualifikationen, von Über- und Unterordnung, von selbständigen und ausführenden Tätigkeiten ist selbst an die Fremdbestimmung der Arbeit gebunden; denn sie „bildet historisch und begrifflich den Ausgangspunkt der kapitalistischen Produktion"[5]. Die unbezweifelbare Tatsache, daß Arbeitsteilung die Produktivkraft der gesellschaftlichen Arbeit erhöht, konkretisiert sich als die entscheidende Triebkraft des kapitalistischen Verwertungsprozesses. Daraus resultiert der besondere Charakter der Kooperation in der industriellen Produktion: Auf der einen Seite verfestigt sich die Funktion der Leitung, der Überwachung und Koordination der Arbeit zur ausschließlichen „Funktion des Kapitals". Diese der Form nach *despotische Disziplinierung der Arbeit* bleibt nicht auf die Person des Kapitalisten beschränkt; mit dem Wachstum der Produktion wird sie an Gruppen von Lohnarbeitern übertragen: „Wie eine Armee militärischer, bedarf eine unter dem Kommando desselben Kapitals zusammenwirkende Arbeitermasse industrieller Oberoffiziere (Dirigenten, managers) und Unteroffiziere (Arbeitsaufseher, foremen, overlookers, contre-maîtres), die während des Arbeitsprozesses im Namen des Kapitals kommandieren. Die Arbeit der Oberaufsicht befestigt sich zu ihrer ausschließlichen Funktion."[6]

Auf der anderen Seite unterwirft die kapitalistische Anwendung der Produktivkräfte die produktive Arbeit einem System der

Kooperation, das „durch die Natur des Arbeitsmittels selbst diktierte technische Notwendigkeit" ist[7]. *Die industrielle Massenproduktion, die sich der Maschinen bedient, hebt die handwerkliche Qualifikation und Kooperation auf*, die die Grundlage der manufakturellen Produktion gebildet hatten. An die Stelle der Vereinigung von selbständigen, qualifizierten Teilarbeiten tritt nun die Maschine oder ein System von Maschinen, das das vorherige Verhältnis von Mensch und Werkzeug verkehrt: Es ist nicht mehr der Arbeiter, der das Werkzeug beherrscht und bedient, sondern die Maschine, die dem Arbeiter das Tempo und die Art seiner Tätigkeit diktiert. „Damit ist die technische Grundlage aufgehoben, worauf die Teilung der Arbeit in der Manufaktur beruht. An die Stelle der sie charakterisierenden Hierarchie der spezialisierten Arbeiter tritt in der automatischen Fabrik die Tendenz der Gleichmachung oder Nivellierung der Arbeiten, welche die Gehilfen der Maschinerie zu verrichten haben; an die Stelle der künstlich erzeugten Unterschiede der Teilarbeiter treten vorwiegend die natürlichen Unterschiede des Alters und Geschlechts."[8] Die umfassende Entqualifizierung der Arbeit durch die Industrialisierung konkretisierte sich in der Aneignung der Frauen- und Kinderarbeit durch das Kapital, in der fortschreitenden Freisetzung und Verelendung der Arbeiter durch die Anwendung der Maschinen.

Die Mechanisierung der Produktion integriert also die Arbeitskraft in den Verwertungsprozeß des Kapitals, indem sich zunächst die Spezialisierung in der Arbeit zur ausschließlichen Tätigkeit verselbständigt. Der Arbeiter ist vermittels der für ihn selbst undurchschaubar gewordenen Aufsplitterung der Arbeitsprozesse *„Organ" eines gesellschaftlich produzierenden Gesamtarbeiters*. Die neuere Industriesoziologie spricht von „Status-Pyramiden", um sowohl die verschiedenen funktionalen Organe des Gesamtarbeiters festzuhalten als auch deren hierarchische Gliederung zu verdeutlichen[9]. Solche Schaubilder geben jedoch nur geringen Aufschluß über den Charakter der verschiedenen Tätigkeiten im Industriebetrieb und deren Verhältnis zueinander. Eine weitergehende Analyse zeigt zunächst, daß die geistige Arbeit der körperlichen Arbeit quantitativ unterlegen, qualita-

tiv — in bezug auf Lohn, Prestige, Entscheidungsbefugnis — übergeordnet ist. Geistige Arbeit, die von der unmittelbaren Produktion — meist auch räumlich — getrennt ist, teilt sich wiederum in drei unterschiedene Tätigkeitsbereiche auf: in Verwaltungsarbeit, die unter den Bedingungen der Massenproduktion selbst hierarchisch gegliedert ist, in Tätigkeiten, die die Produktion beaufsichtigen und die Arbeiter zur Disziplin anhalten, und schließlich in die technische Organisation, Überwachung und Planung der Produktion. Diesem letzten Bereich gehören die *technischen Angestellten* (Ingenieure, akademisch ausgebildete Naturwissenschaftler, Techniker) an, die keine Leitungsfunktionen im Sinne einer Unternehmertätigkeit haben.

Auch in bezug auf den produktiven Charakter der Arbeit erweist sich die Differenzierung nach Funktion und Qualifikation als unzureichend. Die verwaltenden und beaufsichtigenden Arbeiten haben sich mit der Entwicklung zum kapitalistischen Großbetrieb von der Tätigkeit des individuellen Kapitalisten abgespalten — sie sind delegierte Kapital- bzw. Unternehmerfunktionen. Gegenüber den unmittelbar auf die Produktion bezogenen Arbeiten der technischen Angestellten und der Arbeiter — sofern diese keine Management- oder Aufsichtsfunktion wahrnehmen — produzieren sie zunächst keinen Mehrwert, sondern absorbieren einen Teil des Mehrwerts, der wiederum — durch die Organisation der Verwaltung, des Absatzes, der Produktion und der Arbeitsbeziehungen — auf die Erhöhung des Mehrwertes in der Produktion zurückwirkt (Mehrwertrealisation).

Diese Struktur der Arbeitsbeziehungen und der Arbeitsorganisation gilt wesentlich für den mechanisierten bzw. hochmechanisierten Industriebetrieb. Die Dampf- und die Werkzeugmaschine, der Elektromotor und das Fließband markieren die fortschreitende Mechanisierung der kapitalistischen Produktion. Durch die Industrialisierung und Kapitalisierung, durch die Massenproduktion und die Bildung von Monopolen, durch die Schaffung von internationalen Märkten und Ausbeutungsverhältnissen wurden die Grundlagen der gesamten gesellschaftlichen Reproduktion umgewälzt. Das entscheidende Merkmal dieser Periode

ist aber nicht — wie der Begriff „Mechanisierung" zunächst vorzugeben scheint — die Freisetzung menschlicher Arbeit durch Maschinen, sondern gerade die *Kombination massenhafter menschlicher Arbeitskraft mit Maschinen.* Die Mechanisierung steigert die Produktivkraft der Arbeit durch die Teilung der Arbeit in unzählige Teilfunktionen, die durch die Maschine vermittelt werden. Dieses unmittelbare Abhängigkeitsverhältnis der körperlichen Arbeit von dem Tempo und den Anforderungen der Maschine haben Heinrich *Popitz* und seine Mitarbeiter ausführlich am Beispiel von Umwalzern in einem Stahlwerk analysiert: „Die Maschine mit ihren Ansprüchen ist ein harter Herr, der nichts durchgehen läßt. Kein Mensch könnte als Vorgesetzter solche Unnachsichtigkeit praktizieren. Aber diesen Ansprüchen kann der Arbeiter nur genügen, wenn er als Gesamtperson handelt, wenn er Gewandtheit des ganzen Körpers, Geistesgegenwart und Willenskraft ins Spiel bringt und daraus ein komplexes Gesamtverhalten aufbaut." [10] Dieser Arbeitsvollzug als „Werkzeuggebrauch unter technischen Bedingungen" ist immer wieder an der Fließbandarbeit in der Automobilindustrie exemplarisch entwickelt worden [11]. Auch hier ist die entqualifizierte, körperliche Arbeit die unabdingbare Voraussetzung, die Bewegung der Mechanik in Gang zu halten.

Die bekannte Losung der Arbeiterbewegung: „Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will!" gründet auf diesem *Übergewicht der lebendigen Arbeit in der Produktionssphäre,* das noch heute in der — gegenüber den kapitalintensiven Wachstumsindustrien — vergleichsweise hohen Arbeitsintensität der „klassischen" Branchen der Grundstoff- und Investitionsgüterindustrien festzustellen ist. Dennoch ist schon die Anwendung der entwickelten Maschinerie und die Entstehung der großen Industrie im 19. Jahrhundert der Beginn einer systematischen Integration der *Technologie in den „Stoffwechsel"* zwischen Mensch und Natur, in den gesellschaftlichen Arbeits- und Reproduktionsprozeß. Die technische Basis der modernen Industrie ist — gegenüber früheren, „konservativen" Produktionsweisen — „revolutionär", da sie den Produktionsprozeß in seine grundlegenden Elemente und Bewegungen und damit zugleich „in be-

wußt planmäßige und je nach dem bezweckten Nutzeffekt systematisch gesonderte Anwendungen der Naturwissenschaft" auflöste. Das war die Bedingung, um die Naturwüchsigkeit und die Mystifikation, die das Verhältnis der Menschen zu ihrer Produktionsweise in den vorhergehenden Perioden bestimmte, aufzuheben. „Durch Maschinerie, chemische Prozesse und andere Methoden wälzt sie (i. e., die moderne Industrie, d. V.) beständig mit der technischen Grundlage der Produktion die Funktionen der Arbeiter und die gesellschaftlichen Kombinationen des Arbeitsprozesses um. Sie revolutioniert damit beständig die Teilung der Arbeit im Innern der Gesellschaft und schleudert unaufhörlich Kapitalmassen und Arbeitermassen aus einem Produktionszweig in den anderen." [12]

In der von *Marx* analysierten Periode kapitalistischer Entwicklung steht die Entfaltung der Naturwissenschaften zweifellos in einem unmittelbaren Zusammenhang mit der Entstehung der bürgerlichen Gesellschaft und der Großindustrie. Betrachtet man aber die besondere gesellschaftliche Kombination des Arbeitsprozesses in dieser Periode unter dem Aspekt des *Verhältnisses von Technologie und Verwertungsprozeß*, so erweist sich die naturwissenschaftliche Forschung als ein Bereich, der noch vom industriellen Produktionsprozeß als Verwertungsprozeß geschieden bleibt. Als Produktivkraft des Verwertungsprozesses realisieren sich Wissenschaft und Forschung nicht in ihren allgemeinen Bedingungen, sondern ausschließlich in ihren Ergebnissen, als Möglichkeit ihrer unmittelbaren Anwendung, als neue Maschinen und neue Produkte. Diese Funktion resultiert aus dem Begriff der „Mechanisierung" selbst [13]; denn die Mechanik konnte die menschliche Arbeit nicht ersetzen, sondern nur — in den beschriebenen Formen der Kooperation und Arbeitszerlegung — zu einer höheren Produktivität vermitteln. Die Dominanz der lebendigen und körperlichen Arbeit also legte weitgehend die produktive Funktion von Wissenschaft fest. Sie mußte sich vergegenständlichen, d. h. die Arbeitsintensität forcieren, um mit der Verwertung der Arbeitskraft in Beziehung treten zu können.

Diese durch den Stand der Produktivkräfte vorgegebene *Trennung von Naturwissenschaft und gesellschaftlicher Produktion*

kam gerade in dem individuellen, privaten, oft noch zufälligen Charakter der Forschung zum Ausdruck [14]. Die bedeutenden Erfindungen auf dem Gebiet der Maschinentechnik wurden aus der Anschauung und Erfahrung der Produktion entwickelt; die Erfinder waren nicht im herkömmlichen Sinne Wissenschaftler, sondern vielfach branchenfremde Handwerker. So hatte „der Uhrmacher Watt die Dampfmaschine, der Barbier Arkwright den Kettenstuhl, der Juwelierarbeiter Fulton das Dampfschiff erfunden" [15]. Noch heute symbolisieren die großen Erfinder des 18. und 19. Jahrhunderts den Typus des rastlosen, unbeugsamen Unternehmers, des bürgerlichen Individuums, das bereit scheint, dem allgemeinen Fortschritt das eigene Wohl zu opfern. Auch die naturwissenschaftliche Forschung im engeren Sinn war weit bis in das 19. Jahrhundert hinein von dem mit individuellen Methoden forschenden „Privatgelehrten" geprägt. Die Universitäten waren bis auf wenige Ausnahmen — so z. B. die Pariser „Ecole Polytechnique" — Zentren des Widerstandes gegen jene Wissenschaft, die sich mit dem industriellen Fortschritt verbinden wollte. Schon Adam *Smith* hat sie darum als zeitfremde „Heiligtümer" mit veralteten Gedankensystemen und antiquierten Vorurteilen verdammt [16]. Aufgrund der relativ schwach entwickelten Arbeitsteilung und Spezialisierung in den Naturwissenschaften war der Forscher Systematiker und Universalist, der die verschiedensten Bereiche der Natur- und Gesellschaftswissenschaften zu synthetisieren suchte [17]. Auch der Aufwand an lebendiger und vergegenständlichter Arbeit in der Forschung reflektiert den weithin privaten, noch nicht kapitalisierten Charakter wissenschaftlicher Tätigkeit. „So brauchte Berthold *Schwartz* für seine Erfindung des Pulvers vielleicht einige Taler. *Volta* für seine Froschschenkelversuche vielleicht einige Goldstücke. *Bunsen* und *Hertz* brauchten für ihre Apparate vielleicht 500 Mark. Noch 1900, also zur Zeit *Röntgens*, mag die Ausstattung eines physikalischen Laboratoriums nicht mehr als 50 000 Mark gekostet haben, 1925 vielleicht 500 000 Mark. Heute ist sie unter mehreren Millionen eigentlich nicht mehr zu schaffen." [18]

Der Anteil der Angestellten an der Gesamtzahl der Beschäftigten in der Industrie Deutschlands betrug im Jahre 1895 4,6 Pro-

zent[19]. Diese Angabe verdeutlicht das außerordentlich geringe Gewicht der geistigen Arbeit im Bereich der materiellen Produktion. Der tatsächliche Anteil der technisch-wissenschaftlichen Arbeit erschließt sich freilich erst aus der Verminderung dieses Anteils um die kaufmännischen Tätigkeiten (Bilanz-, Finanz-, Material- und Lohnbuchhaltung). Schließlich muß noch berücksichtigt werden, daß ein erheblicher Teil der akademisch ausgebildeten Wissenschaftler und Ingenieure in Management- bzw. Unternehmerfunktionen aufstieg[20]. Wenn sich also Wissenschaft und Technik auch in einem unmittelbaren Zusammenhang und in Abhängigkeit von der Mechanisierung der kapitalistischen Produktion entwickeln, so ist ihre Bedeutung für den Verwertungsprozeß, die sich statistisch in dem Verhältnis der lohnabhängigen, technischen Intelligenz zur Arbeiterklasse und den kaufmännischen Angestellten ausdrücken läßt, doch minimal gewesen.

Eine grundlegende Wandlung der Verhältnisse von körperlicher und geistiger, von produktiver und unproduktiver Arbeit tritt erst mit der *Wandlung des liberalen Konkurrenzkapitalismus zum staatlich organisierten Monopolkapitalismus* und mit dem *Übergang der mechanisierten in die automatisierte Produktion* ein. Ist die Mechanisierung als die durch menschliche Detailarbeit bewegte „Kontinuität der Sonderprozesse" definiert, dann kann von einem „automatischen System der Maschinerie" dann gesprochen werden, „sobald die Arbeitsmaschine alle zur Bearbeitung des Rohstoffes nötigen Bewegungen ohne menschliche Beihilfe verrichtet und nur noch menschlicher Nachhilfe bedarf"[21]. Schon die begrifflich schematisierende Trennung von Mechanisierung und Automation ist jedoch problematisch. Sie impliziert — ebenso wie die Unterteilung der kapitalistischen Entwicklung in drei Phasen des technischen Fortschrittes — eine doppelte Gefahr:

Einerseits wird die reale gesellschaftliche und geschichtliche Verzahnung technologischer Entwicklungen als gleichsam abrupte Abfolge verfälscht[22]. Andererseits verschleiert der Fetisch der veränderten technischen Organisation der Produktion das Wechselverhältnis zwischen der Entwicklung der Technologie und der Arbeitsteilung in Betrieb und Gesellschaft. Zweifellos

ist die Bestimmung der technologischen Voraussetzungen automatisierter Produktionsverfahren — das Prinzip der Rückkoppelung, die elektronische Datenverarbeitung, das Prinzip der kontinuierlich fließenden Produktion, Taktstraßen, automatische Montage und numerische Kontrolle — eine unerläßliche Voraussetzung arbeitssoziologischer Erkenntnis. Dennoch müssen technologische Bedingungen auf gesellschaftliche Beziehungen, auf durch Sachen herrschaftlich vermittelte Beziehungen zwischen Menschen zurückgeführt werden.

Ausgehend von der Analyse der Arbeitsverhältnisse in der mechanisierten Produktion kann der technische Fortschritt zunächst als die ständige *Zunahme der vergegenständlichten gegenüber der lebendigen Arbeit* im unmittelbaren Produktionsbereich bestimmt werden. Die Systeme der durch körperliche Arbeit in Bewegung gehaltenen Maschinen, die durch Mechanik beschleunigte menschliche Bearbeitung der Rohstoffe, werden mehr und mehr durch Maschinen- oder Aggregatsysteme ersetzt, die die Intervention menschlicher Arbeit überflüssig machen und damit die Produktivität außerordentlich erhöhen. Die immanente Dynamik des Kapitalismus, die ständige Umwälzung der technischen Grundlagen der Produktion, gründet in der Logik des kapitalistischen Verwertungsprozesses selbst: Unter den Bedingungen des Konkurrenzkapitalismus ist der Zwang zur ständig erweiterten Akkumulation ein Zwang zum Überleben, der die Ansammlung und produktive Verwendung von immer größeren Kapitalmengen, die permanente technologische und kooperative Steigerung der Produktivkräfte und damit die Bildung von immer größeren Produktions- und Unternehmenseinheiten erfordert. „Hand in Hand mit dieser Zentralisation oder der Expropriation vieler Kapitalisten durch wenige entwickelt sich die kooperative Form des Arbeitsprozesses auf stets erweiterter Stufenleiter, die bewußte technische Anwendung der Wissenschaft, die planmäßige Ausbeutung der Erde, die Verwandlung der Arbeitsmittel in nur gemeinsam verwendbare Arbeitsmittel, die Ökonomisierung aller Produktionsmittel durch ihren Gebrauch als Produktionsmittel kombinierter gesellschaftlicher Arbeit, die Ver-

schlingung aller Völker in das Netz des Weltmarktes und damit der internationale Charakter des kapitalistischen Regimes." [22] Damit ist schon bei *Marx* der Übergang zu jener Organisationsform des Kapitalismus antizipiert, die in die Diskussionen der internationalen Arbeiterbewegung als die Epoche des *Imperialismus* eingegangen ist. Die Einschränkung der Konkurrenz durch die Monopolisierung der Märkte; die Internationalisierung der kapitalistischen Konkurrenz als Kampf um die Aufteilung und Ausbeutung der Kolonien; die wachsende Bedeutung des Finanzkapitals und die Konzentration der Produktion in Großunternehmungen, für die sich die Rechtsform der Aktiengesellschaft durchsetzt — diese ökonomischen und politischen Entwicklungen, die die Stabilität des Kapitalismus durch erweiterte und veränderte Formen der Reproduktion sichern sollen, beruhen gleichzeitig auf der unerläßlichen Intervention des Staates zur Regulierung der ökonomischen, sozialen und politischen Beziehungen auf der Ebene der Gesamtgesellschaft. Der Übergang zum Imperialismus seit dem Ende des 19. Jahrhunderts bedeutet also für die gesellschaftliche Arbeitsteilung einen umfassenden Prozeß der Vergesellschaftung und Institutionalisierung. Die ökonomischen und rechtlichen Verhältnisse verlieren den individuellen, privaten Charakter, der die bürgerliche „Autonomie" des Warentausches und der Kapitalverwertung in der Epoche des Liberalismus ausgemacht hatte. Zwischen dem weithin unangetasteten Bereich der Kapitalverwertung und der Integration der Staatstätigkeit in den Stabilisierungs- und Reproduktionsprozeß des Imperialismus entstehen freilich neue und vertiefte Widersprüche. Sie erzwingen die staatliche Kontrolle über alle sozialen und politischen Beziehungen, deren Konfliktpotential stets als ökonomische Krisen und als offene Klassenkämpfe an die Oberfläche der Auseinandersetzungen zu drängen droht. Die Institutionalisierung politischer und sozialer Verkehrsformen durch Parteien und Parlament, durch Unternehmerverbände und Gewerkschaften sowie durch den wachsenden Einfluß der staatlichen Bürokratie verdeutlicht diese Verschmelzung politischer und ökonomischer Funktionen.

Solche — wenn auch nur grob skizzierte — Vorüberlegungen sind notwendig, um industriesoziologische Theoreme zu entkräften, die den Wandel der Arbeitsbeziehungen und damit auch des Arbeiterbewußtseins ausschließlich auf die Entwicklung der Technologie zurückführen wollen.

Entgegen diesem „technologischen Determinismus" muß eine Soziologie der industriellen Arbeit, die das Verhältnis von gesellschaftlicher und innerbetrieblicher Arbeitsteilung kritisch untersucht, gesamtgesellschaftliche Strukturwandlungen als die entscheidende Voraussetzung neuer Inhalte, Formen und Beziehungen menschlicher Arbeit betrachten. Ausgehend von dem Verhältnis der lebendigen zur vergegenständlichten Arbeit, das die Beziehungen zwischen technischem Fortschritt und Arbeitsprozeß zu analysieren erlaubt, ergibt sich für *die erste Phase des staatlich organisierten Kapitalismus* als Strukturmerkmal zunächst die Stagnation, dann der allmähliche Rückgang des Anteils der Arbeiter an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen. Gleichzeitig steigt jedoch der Anteil der vom Kapital angeeigneten Lohnarbeit, d. h. es vollendet sich jener Polarisierungsprozeß, der auf die Verwandlung nahezu der gesamten gesellschaftlichen Arbeit in abhängige Lohnarbeit strebt. Da im gleichen Zeitraum die Produktivität der industriellen Produktion um ein Vielfaches steigt, lassen diese Daten erkennen, daß sich die sprunghafte Aneignung der Lohnarbeit vor und hinter dem eigentlichen Fertigungsbereich konzentriert, während im Kernbereich der Produktion die lebendige, körperliche Arbeit durch arbeiterersetzende Maschinen verdrängt wird. Gleichwohl handelt es sich am Anfang dieser Entwicklung noch nicht um eine grundlegende Veränderung der industriellen Arbeit; denn die Zunahme der *Gruppe der kaufmännischen Angestellten* geht vorerst auf veränderte ökonomische Organisationsbedingungen zurück. „Die Vergrößerung der Unternehmen und die damit verbundene wachsende innerbetriebliche Kooperation und wechselseitige Abhängigkeit der verschiedenen Betriebsteile sowie die immer breitere gesamtgesellschaftliche Kooperation der einzelnen Betriebe und Industriezweige untereinander bedingen einen Ausbau und ein weitverzweigtes System der innerbetrieb-

lichen Planung und Abrechnung sowie verstärkte überbetriebliche Geschäftstransaktionen und die Erschließung neuer sowie Behauptung bisheriger Märkte." [24] Damit wird aber zugleich die traditionelle, geschlossene Funktionsbestimmung der kaufmännischen Tätigkeiten gesprengt: Der Anspruch, daß jegliche verwaltende Arbeit im Industriebetrieb eine delegierte Unternehmerfunktion ist, wird angesichts der Wirklichkeit des Heeres der mittleren — und vor allem der unteren — Angestellten vollends ideologisch [25]. Die „Manufakturperiode", in die die Büroarbeit nach *Bahrdt* jetzt übergegangen ist [26], schafft ein System der Arbeitsteilung mit jenen besonderen Formen der Hierarchisierung, Entqualifizierung und Abhängigkeit, das sich der autoritären Befehlsstruktur des mechanisierten Industriebetriebs angleicht [27].

Insgesamt also setzt sich eine *Vergesellschaftung der* — vormals personalisierten — *Leitungsfunktion* durch, wobei allerdings die verschiedenen „Organe" und Funktionen dieser Gesamtarbeit genau zu differenzieren sind: Die eigentlichen Kapital- bzw. Managementfunktionen heben sich von den subalternen Arbeiten der Verwaltung und der Rechnungsführung ab. Diese wiederum stehen in einer unmittelbaren Beziehung zur Realisation des Mehrwertes, wenn sie auch nur in geringem Umfang auf die materielle Produktion bezogen sind. Die Eroberung oder Beherrschung nationaler wie internationaler Märkte erzwingt die Kalkulation der Produktion und die Organisation des Absatzes und verstärkt so die Bedeutung der verwaltenden und kaufmännischen Tätigkeiten. Diese Entwicklung wird noch durch das Interesse forciert, die Umschlagsgeschwindigkeit des investierten Kapitals — sowohl für Produkte als auch für die Entwicklung neuer Produktionsverfahren — zu erhöhen und die Bedingungen der Profitrealisierung zu verbessern.

Neben der Rechnungsführung tritt auch die *Produktionsorganisation* als ein Teil der Angestelltenfunktionen in den Vordergrund. Hier handelt es sich ebenfalls um eine Erscheinung, die einerseits als Element der Rationalisierung und Vergesellschaftung der Arbeitsprozesse zu betrachten ist, andererseits aber in ihrer besonderen Form die hierarchische und „despotische" Or-

ganisation des Verwertungsprozesses widerspiegelt. Ein ganzes System der „Arbeitswissenschaften" bemächtigt sich der Arbeitsvollzüge und Arbeitsbeziehungen, um eine Intensität der physischen und psychischen Anpassung an die Produktion zu verwirklichen, die durch das traditionelle, oft patriarchalische System der Beaufsichtigung und Disziplinierung der Arbeit nicht mehr durchzusetzen ist. „Die Menschen sollen als eigenen Wunsch empfinden, was ihnen das Management suggeriert, sie sollen gern tun, was das Managertum von ihnen verlangt, ohne sich über die eigentlichen Beweggründe ihrer Handlungen im klaren zu sein." [88]

Dennoch bleibt in dieser ersten Entwicklungsperiode des staatlich organisierten Kapitalismus die *geistige und wissenschaftliche Arbeit im Bereich der materiellen Produktion* von untergeordneter Bedeutung. Der Anteil von Technikern, Ingenieuren und Naturwissenschaftlern ist noch gering. Die knappe Verdoppelung des Angestelltenanteils in der Industrie zwischen 1900 und 1930 geht wesentlich auf die gestiegene Bedeutung der Büroarbeit, d. h. auf die Aneignung von Lohnarbeit für die Planung, Kontrolle und Abrechnung ökonomischer Prozesse zurück. Lediglich in der chemischen Industrie, deren Produktionsgrundlage nicht die Mechanik, sondern die selbsttätige, kontinuierliche fließende Reaktion ist [89], wird schon in dieser Zeit in größerem Umfang der Einsatz von Wissenschaftlern in der Produktion notwendig. Die unmittelbaren Auswirkungen dieser „chemischen Revolution" auf den Charakter der körperlichen, nicht wissenschaftlich qualifizierten Arbeit lassen sich am anschaulichsten daran ermessen, daß die Gewerkschaft der Chemiearbeiter — oft noch bis in die jüngste Zeit — als „Hilfsarbeitergewerkschaft" bezeichnet worden ist.

Die grundlegenden Veränderungen des Verhältnisses von Wissenschaft und materieller Produktion werden erst seit dem Zeitpunkt evident, als die Zuwachsrate der *„technischen Angestellten"* die der kaufmännischen Angestellten überflügelte. Entscheidender Wendepunkt für den Durchbruch dieser Entwicklung ist der zweite Weltkrieg gewesen, in dem — vor allem in den USA — Kriegswissenschaft und Militärtechnik die technologischen

Voraussetzungen für die automatisierte Produktion in den verschiedensten Branchen, aber auch neue Planungsmethoden der wissenschaftlichen Forschung (operations research) sowie der Anwendung der Natur-, Sozial- und Humanwissenschaften (Psychologie, Soziologie) in der Produktion geschaffen haben. Nach dem zweiten Weltkrieg wurden diese Tendenzen durch die Intensivierung der Rüstung und der rüstungsorientierten Forschung (z. B. Luftfahrt- und Weltraumforschung), durch die militärische und ökonomische Internationalisierung der Beziehungen zwischen den entwickelten kapitalistischen Staaten sowie durch die verschärften internationalen Konkurrenzbedingungen zwischen Kapitalismus und Sozialismus zum dominierenden Faktor der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung. Jedes dieser Momente läßt deutlich erkennen, daß die staatliche Intervention zum konstitutiven Motor und Garanten dieses technologischen Umwälzungsprozesses geworden ist.

Wie aber gestalten sich die konkreten Formen, in denen diese Entwicklung auf die Struktur der Arbeitsprozesse und des modernen Industriebetriebes wirken? In die verschiedenen Sektoren der Produktion und des Unternehmens dringt *wissenschaftliches Personal* ein: Chemiker, Physiker, Diplomingenieure, Statistiker, Betriebswirtschaftler, Diplomkaufleute, Finanzwirtschaftler, Sozialwissenschaftler, Mathematiker, Planer, Systemanalytiker, Organisationsforscher etc. Um diese hochqualifizierten Kräfte gruppiert sich ein „Heer von wissenschaftlichen Hilfskräften" [30], zu dem in erster Linie technische Zeichner, Laboranten, der größte Teil der Techniker sowie die untersten Gruppen der Programmierer gehören. Meist ist deren Arbeit nicht mehr dem betrieblichen Verwaltungssektor zuzurechnen, der die erste Welle der Büroangestellten absorbiert hatte. Vielmehr wird die Verwaltung selbst durch den Einsatz von Computern und die elektronische Datenverarbeitung „industrialisiert", denn das wissenschaftliche Computerpersonal (Mathematiker, Physiker) verändert nicht nur die traditionelle Personalstruktur, sondern auch den gesamten Aufgabenbereich, der sich von der Betriebsführung und Verwaltung auf die Steuerung und Kalkulation

industrieller Arbeitsabläufe und auf die Unternehmensforschung erweitert.

Entscheidender als diese tiefgreifende Umstrukturierung der Büroarbeit, die noch längst nicht als abgeschlossen betrachtet werden darf, ist jedoch die *Verknüpfung der wissenschaftlich qualifizierten Arbeiten mit der materiellen Produktion.* Untersuchungen über den Einsatz von Ingenieuren in der Industrie bestätigen die These, daß sich die qualifizierte, geistige Arbeit in den Bereichen Forschung und Entwicklung, Projektierung und Konstruktion mehr und mehr konzentriert. Dabei sind die Planungsabteilungen, die eine langfristige Unternehmenspolitik nach außen wie nach innen zu koordinieren haben, und die Abteilungen für Arbeitsvorbereitung, die den Produktionsablauf planen und kontrollieren, von besonderem Gewicht für den Verwertungsprozeß. Demgegenüber ist der Anteil der technischen Intelligenz in den Vertriebsabteilungen relativ gering, obwohl sich auch hier — durch die Methoden der Verkaufsorganisation und durch die technologische Komplexität der Produkte — neue qualifizierte Tätigkeitsfelder erschließen. Im engeren Bereich der Unternehmensleitung schließlich ist der Anteil wissenschaftlich qualifizierter Arbeit natürlich sehr hoch. Gleichwohl ergibt schon der einfache Tatbestand des ständigen Wachstums der technisch-wissenschaftlichen Arbeit in der Industrie, daß die realen Möglichkeiten, aus der Position der Abhängigkeit in die Unternehmensleitung oder gar zum selbständigen Unternehmer aufzusteigen, immer geringer werden.

Wenn der Anteil der technischen Angestellten an der Belegschaft eines Unternehmens als ein Index für den fortgeschrittenen technologischen Entwicklungsstand der Produktion und der ökonomischen Organisation gelten kann, dann läßt sich nachweisen, daß sich wissenschaftlich qualifizierte Arbeit vor allem in den Großbetrieben mit über 1000 Beschäftigten konzentriert[31]. *Die Konzerne und Monopole sind demzufolge die „Schrittmacher" des technischen Fortschritts.* Sie allein sind in der Lage, die Kosten für Forschung und Entwicklung, für die hohe Kapital-Ausstattung der Produktion und der Arbeitsplätze aufzubringen. „Für die Unterhaltung des Arbeitsplatzes eines mit präparativer

Arbeit beschäftigten Chemikers in einem Forschungslaboratorium werden einschließlich der Kosten für Hilfskräfte und Materialeinsatz etwa 150 000 DM je Jahr benötigt. Wenn seine Aufgabe mit größerem verfahrenstechnischen Aufwand verbunden ist, steigt dieser Betrag auf ein Mehrfaches an. Beispielsweise brauchen die Chemiker, die über Hochdruckreaktoren im Bereich von 2500 bis 6000 Atmosphären arbeiten, je Kopf ein jährliches Budget von mindestens 600 000 DM." [32] Dennoch darf vor dem Hintergrund dieser Analyse des Vordringens der geistigen Arbeit in der Produktion und der angestiegenen Bedeutung der Wissenschaft nicht auf eine Verdrängung oder gar ein Verschwinden der körperlichen, weniger qualifizierten Arbeit geschlossen werden. Gerade in den Großbetrieben liegt der Anteil der Arbeiter immer noch bei 75 Prozent. Richtig ist dagegen, daß hier — vor allem für die Facharbeiter — die Arbeit körperlich leichter wird und sich mehr in komplizierte Arbeit verwandelt. So ist z. B. der Qualifikationsgrad, über den gegenwärtig Monteure, Einrichter, Überwacher, Meß- und Regelmechaniker verfügen müssen, eindeutig von dem Übergewicht wissenschaftlicher Kenntnisse und geistiger Arbeit geprägt.

Bislang hat sich die Behandlung von Strukturwandlungen des gesellschaftlichen Arbeits- und Produktionsprozesses weitgehend auf den Bereich der Verwaltung, der Organisation und der Produktion im kapitalistischen Industriebetrieb beschränkt. Dabei ist der gesamte Komplex der *Forschung* notwendig auf einen Teilaspekt, auf den der angewandten Forschung, der technisch verwertbaren und umsetzbaren Forschungsergebnisse reduziert worden. Im Unterschied zur Entwicklung des Kapitalismus im 19. Jahrhundert muß jedoch die unmittelbare *Integration der Grundlagenforschung in den Verwertungsprozeß* als ein Hauptmerkmal der gegenwärtigen Entwicklung begriffen werden. Die Anwendung von Wissenschaft und Technologie auf die materielle Produktion und die erhöhte Umschlagsgeschwindigkeit des Kapitals spiegeln sich schon in der Verkürzung der Zeiträume, in denen eine Erfindung industriell angewandt wird: „Bestand zum Beispiel zwischen der Entdeckung der Fotografie und ihrer Anwendung ein Zeitraum von 102 Jahren, so betrug er beim

Telefon nur noch 56 Jahre. Beim Radio waren es noch 35 Jahre, beim Fernsehen nur noch 14 und beim Transistor sowie beim Laser dauerte es nur noch rund 5 Jahre." [33]

Für 1964 wurde die Gesamtzahl des *Forschungs- und Entwicklungspersonals* in der BRD mit ca. 250 000 angegeben. Diese Gruppe verteilte sich auf Unternehmen der Wirtschaft, auf staatliche „Forschungsinstitutionen ohne Erwerbscharakter" und auf die Hochschulen. Sie gliedert sich hierarchisch in Arbeiter, wissenschaftliches Hilfspersonal, Techniker, Ingenieure und akademisch ausgebildete Wissenschaftler. Der weitaus größte Teil dieser wissenschaftlich-technischen Intelligenz ist von den großen Wirtschaftsunternehmungen angestellt. Allein die Farbenfabriken Bayer AG, Leverkusen, beschäftigten 1966 knapp 9000 Personen im Forschungs- und Entwicklungssektor [34]. Die Grundlagenforschung, die vormals in den Universitäten oder gar im privaten Bereich des Forschers institutionell von der Produktionssphäre getrennt war, wird mehr und mehr — als kurz- oder längerfristig verwertbares Wissen — in die unmittelbare Kapitalverwertung mit einbezogen [35].

Dennoch wird im Bereich der Grundlagenforschung, deren wichtigstes Merkmal gerade die längerfristige Verwertbarkeit ist, die *staatliche Vermittlung von Forschung und Verwertung* unabdingbar. Das resultiert einmal aus dem Risiko der riesigen Personal-, Sach- und Ausbildungsinvestitionen, das die Monopole dem Staat als gesellschaftliche Kosten übertragen. Zum anderen erzwingt der Primat der internationalen politischen, militärischen und ökonomischen Konkurrenz die massive Intervention des Staates auf dem Gebiet der technologischen und naturwissenschaftlichen Forschung und Entwicklung. So hat sich nach 1945 die „Großforschung", die in den USA mit der Entwicklung und dem Bau der Atombombe begann, als der eigentliche Bereich der staatlich organisierten — wesentlich militärisch orientierten — Forschung etabliert. Die Schwerpunkte dieses Bereichs sind die Rüstungsforschung, die Atomforschung, die Weltraumforschung und die elektronische Datenverarbeitung. In der BRD sind die Kernforschungsanlage in Jülich (1964: 2612 Beschäftigte) und das Kernforschungszentrum in Karlsruhe (2415 Beschäf-

tigte) als Modelleinrichtungen der Großforschung zu betrachten [36].

Um die *militärische und wirtschaftliche Verwertbarkeit von Forschungsergebnissen* effektiver und reibungsloser zu gewährleisten, konzentriert sich die Förderung der Forschung durch den Staat und die Privatwirtschaft auch auf Forschungseinrichtungen, die formell von den Universitäten getrennt sind, um damit den kombinierten Einfluß des Staates und der Kapitalinteressen unmittelbar zur Geltung zu bringen [37]. Insgesamt lassen sich die Konsequenzen dieser Entwicklung der letzten Jahre auf zwei Grundtendenzen zurückführen, die die begrenzte Zweckgebundenheit der Forschung und technologischen Entwicklung belegen: „1. Die allgemeine Bedeutung der Hochschulforschung als Produktionsstätte ökonomisch verwertbaren Wissens im Interesse der Kapitalverwertung wird langfristig abnehmen. Ein Teil der gegenwärtig noch betriebenen Grundlagenforschung wird direkt in die monopolistische Industrie integriert und von den Hochschulen verschwinden. 2. Über die staatsmonopolistischen Schwerpunkt- und Sonderforschungsbereiche werden die einzelnen Forschungskapazitäten in integrierte Verbunde zusammengefaßt, die von Staats- und Monopolbürokratie programmiert und gelenkt und tendenziell aus der Universitätsorganisation herausgebrochen werden." [38]

Wissenschaft und Technologie verwandeln sich in politische und ökonomische Produktivkräfte in Form von gesellschaftlicher Arbeit: als lebendige, abhängige Arbeit, d. h. *als Lohnarbeit*, und als vergegenständlichte Arbeit, d. h. als Produktionsmittel. Dabei sind die Formen, in denen Wissenschaft angeeignet wird, differenziert und durch die weitreichende Verschmelzung staatlicher und privatwirtschaftlicher Interessen institutionalisiert. Die Umwandlung von Wissenschaft in abhängige Arbeit vollzieht sich in den folgenden Zusammenhängen:

— Staatlich vermittelte und privatwirtschaftlich kontrollierte Wissenschaft durch staatliche Forschungsfinanzierung und Forschungszentren, private Forschungsinstitutionen und die Universitäten;

— Grundlagenforschung im Rahmen der Wirtschaftsunternehmungen und der Wirtschaftsverbände;
— wissenschaftlich qualifizierte Arbeit als Planung, Steuerung und Kontrolle der materiellen Produktion und der ökonomischen Verwaltung;
— mit körperlicher Arbeit vermittelte geistige Arbeit im Kernbereich der materiellen Produktion.

Diese verschiedenen Vermittlungszusammenhänge zwischen Wissenschaft und gesellschaftlichem Verwertungsprozeß lassen einerseits erkennen, daß *die technisch-wissenschaftliche Intelligenz* — aufgrund des gemeinsamen Kriteriums der Lohnabhängigkeit — „an sich" *Teil der Arbeiterklasse* ist[39]. Die Vergesellschaftung von Wissenschaft und Technik im Rahmen der kapitalistischen Entwicklung der Produktivkräfte produziert aber über die Tatsache der Lohnabhängigkeit hinaus jene Formen der *Teilung und Hierarchisierung der Arbeitsbeziehungen*, die schon die körperliche, weniger qualifizierte Arbeit in der mechanisierten Produktion bestimmt hatten. Der Wissenschaftler wird zum Detailarbeiter und „Fachidioten", der den wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Zusammenhang seiner Tätigkeit nicht mehr zu durchschauen vermag. Seine Qualifikation unterliegt einem schnellen Verschleißprozeß, d. h. er hat nur geringe Möglichkeiten, den Wert seiner Arbeit gegenüber der technologischen und wissenschaftlichen Entwicklung zu erhalten. Die Ausrichtung der Wissenschaft an den Verwertungsbedürfnissen des Kapitals und der systematischen Vernichtung gesellschaftlichen Reichtums (Rüstung, Verschleißproduktion) verwehrt auch nur die geringste Möglichkeit, den Inhalt der Arbeit zu kontrollieren oder gar selbst zu bestimmen. Die Dispositionshierarchie des kapitalistischen Industriebetriebes schränkt den Freiheitsspielraum des überwiegenden Teils der technischen Intelligenz ein und läßt ihre vielseitigen Qualifikationsmöglichkeiten und ihre Phantasie verkümmern.

Andererseits erschwert „die breite Streuung der wissenschaftlichen Mitarbeiter hinsichtlich ihres Platzes in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit"[40] eine klare *Abgrenzung der lohnabhängigen technischen Intelligenz als eine Schicht inner-*

halb der Arbeiterklasse. Auch die Umsetzung der objektiven Situation in ein adäquates soziales Bewußtsein der Klassenzugehörigkeit wird durch vielfältige ideologische Mechanismen gebrochen, die sämtlich die Wirklichkeit der vergesellschafteten und abhängigen Arbeit durch die Illusion individueller Leistung und Aufstiegs zu verschleiern suchen. Gleichwohl ist die Erkenntnis, daß der technische Fortschritt im Rahmen des kapitalistischen Verwertungsprozesses Wissenschaft und Forschung — als Organe des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters — in unmittelbare Produktivkräfte transformiert, eine Grundvoraussetzung für die Bestimmung von verschiedenen Funktionen der technischen Intelligenz im System der betrieblichen und gesellschaftlichen Arbeitsteilung. Aus dieser Abhängigkeit resultiert der Polarisierungsprozeß, der die wissenschaftlich qualifizierte Arbeit in kapitalistische Leistungs- und Disziplinierungsfunktionen sowie in parasitäre Tätigkeiten auf der einen und in gesellschaftlich notwendige, aber untergeordnete Funktionen auf der anderen Seite scheidet und sich quantitativ mehr und mehr zugunsten der letzteren Funktion verschiebt. Die Vergesellschaftung der Arbeits- und Leitungsprozesse, die tendenzielle Aufhebung des Gegensatzes von geistiger und körperlicher Arbeit schreitet fort und gerät in einen immer größeren Gegensatz zur privaten Aneignung der Arbeitsergebnisse, der autoritären Bestimmung der Arbeitsinhalte und der kapitalistischen Unternehmenshierarchie. Dieser Widerspruch zwischen den proletarisierten Arbeitsbedingungen, der von der Mehrheit der technischen Angestellten erfahren wird, und der objektiven Bedeutung der Wissenschaft als entscheidender Produktivkraft begründet auch die politischen Implikationen der These von *Steiner*, daß „ ... die technischen Angestellten im Inhalt und in der Substanz ihrer Arbeit die Perspektive aller Produktionstätigkeit ... verkörpern“ [41].
Die Ideologie, daß die Entwicklung des gesellschaftlichen durch die Logik des wissenschaftlich-technischen Fortschritts bestimmt werde, negiert vollends die Verwandlung der Wissenschaft in Lohnarbeit und ihre Integration in den kapitalistischen Verwertungs- und Akkumulationsprozeß. Diese Kritik trifft nicht nur die Vorstellungen von *Touraine*, dem sich Wachstum und

Expansion der Wirtschaft gegenwärtig als ein „Wert an sich" darstellen, der nicht mehr der Vermittlung durch „Eigentum und Gewinn" bedarf [42]. Auch Herbert *Marcuses* Begriff der verselbständigten „technologischen Rationalität", die als ungeplantes Resultat vorgegebener ökonomischer, politischer und technischer Notwendigkeiten der gesellschaftlichen Organisation ausgegeben wird [43], vernachlässigt ein entscheidendes Moment: „Einzig der kapitalistischen Produktionsweise ist in Gestalt des Profitmechanismus eine Eigendynamik konstitutiv, die produzierten Reichtum zum Mittel der Kapitalakkumulation werden läßt." [44] Ähnlich abstrakt bleibt die — zum Teil durchaus berechtigte — Kritik von Jürgen *Habermas* an der — zur Ideologie geronnenen — technischen und wissenschaftlichen Vermittlung der gesellschaftlichen Entwicklung. Er behauptet, daß — „anstelle des virtualisierten Klassengegensatzes und abgesehen von den Disparitätskonflikten am Rande des Systems" — „... neue Konfliktzonen ... nur im System der durch Massenmedien verwalteten Öffentlichkeit" entstehen können [45]. *Wellmer* hat schließlich die Verbindung zwischen der „kritischen Gesellschaftstheorie" und der sozialen und politischen Praxis konstruiert: „Adressaten der kritischen Gesellschaftstheorie wären statt verelendeter Proletarier ein durch die Produktivkraft Wissenschaft erzeugtes Potential in Gestalt des wissenschaftlich qualifizierten Fachpersonals der verschiedenen sozialen Bereiche." [46]

Die Konfrontation solcher theoretischer Aussagen mit der tatsächlichen sozialen und ökonomischen Lage jener Gruppen von Wissenschaftlern, technischen Angestellten und hochqualifizierten Arbeitern, die das materielle Substrat der verwissenschaftlichten Produktion bilden, erweist deren ideologischen oder bloß kulturkritisch-spekulativen Kern. Sie bleiben nicht nur begriffsblind gegenüber der Tatsache, daß immer noch die überwiegende Mehrheit der Lohnabhängigen unqualifizierte, unmittelbar Mehrwert-produzierende Tätigkeiten verrichtet, sondern negieren zugleich den Zusammenhang zwischen dem wissenschaftlich-technischen Fortschritt und den Reproduktionsbedingungen der kapitalistischen Akkumulation. Der arbeitssoziologische Rekurs

auf die *Marx*sche Analyse der Kooperation im Zusammenhang der sich herausbildenden Manufaktur und ihres Übergangs zur großen Industrie[47] ist auch gegenwärtig noch eine unabdingbare Voraussetzung, um die Herrschaftsverhältnisse im Bereich der materiellen Produktion sowie ihre spezifische Ausprägung durch die Entwicklung der Produktivkräfte zu analysieren. Der Modellcharakter dieser Analyse besteht freilich nicht in der Präzisierung der Kategorien Arbeitsteilung und Kooperation, sondern in dem Nachweis, daß Arbeitsteilung und Kooperation selbst Erscheinungsformen der geschichtlichen und gesellschaftlichen Bewegung des kapitalistischen Akkumulationsprozesses und seiner Widersprüche sind. Der besondere gesellschaftliche Charakter von Arbeitsteilung und Kooperation unter den Bedingungen der forcierten wissenschaftlich-technischen Entwicklung ist methodisch in der gleichen Weise zu fassen: als Moment der gesamtgesellschaftlichen Produktion und Reproduktion im Spätkapitalismus.

---

* Überarbeiteter Auszug aus der Einleitung zu: *F. Deppe, H. Lange, L. Peter* (Hrsg.): Die neue Arbeiterklasse, Frankfurt/M. (Europäische Verlagsanstalt) 1970, S. 43-68.

[1] *K. Marx*, Einleitung zur Kritik der politischen Ökonomie, in: MEW, Band 13, S. 619.

[1a] *K. Marx*, Das Kapital, 1. Band, MEW, Band 23, S. 211.

[2] Diese Kategorien werden entwickelt in der Studie von *H. Popitz/H. P. Bahrdt* u. a.: Technik und Industriearbeit, Tübingen 1957.

[3] Diese gesellschaftlichen Beziehungen konkretisieren sich z. B. in der Situation des Arbeitsmarktes, der Konjunkturlage, der Preisentwicklung, des Bildungssystems, dem Anteil der Lohneinkommen am Nationaleinkommen, der Einkommensumverteilung durch den Staat, etc.

[4] So z. B. die Unterscheidung von funktionaler und skalarer Organisation des Industriebetriebes bei *R. Dahrendorf:* Industrie- und Bezirkssoziologie, Berlin 1962, S. 72 ff.

[5] *K. Marx*, Das Kapital, 1. Band, a. a. O., S. 341.

[6] Ebd., S. 351. In welchem Maße sich noch heute das Führungskonzept für Wirtschaft und Militär gleicht, belegt die Schrift von *W. Schall:* Führungstechnik und Führungskunst in Armee und Wirtschaft, Bad Harzburg 1965. Dort heißt es in der Einleitung (S. 8): „Dieses Buch richtet sich in erster Linie an Führungskräfte in der Wirtschaft. Es ist aus der Sicht des Soldaten geschrieben und versucht, militärische Führungsgrundsätze in ihrer historischen Entwicklung zu analysieren und in der praktischen Anwendung zu schildern. Es soll damit Führungskräften in der Wirtschaft einige Kenntnisse aus dem militärischen Gebiet vermitteln."

[7] *K. Marx*, Das Kapital, 1. Band, a. a. O., S. 407.

[8] Ebd., S. 442. Der Begriff „automatische Fabrik" meint hier das Maschinensystem im Unterschied zur Manufaktur.

[9] Vgl. *R. Dahrendorf*, Industrie- und Betriebssoziologie, a. a. O., S. 84.

[10] *H. Popitz/H. P. Bahrdt* u. a., Technik und Industriearbeit, a. a. O., S. 111.

[11] Vgl. z. B. *R. Blauner*, Alienation and Freedom, a. a. O., S. 89 ff. Anschaulich wird diese Arbeit auch geschildert in den Betriebsreportagen von *G. Wallraff:* Wir brauchen dich. Als Arbeiter in deutschen Industriebetrieben, München 1966.

[12] *K. Marx*, Das Kapital, 1. Band, a. a. O., S. 510/511.

[13] „Gebt mir Materie und Bewegung, und ich werde Euch eine Welt schaffen!" Dieser Satz von *Descartes* wurde oft von Henri de Saint-Simon zur Begründung einer neuen wissenschaftlichen und industriellen Zivilisation angeführt. Vgl. *Saint-Simon*, Ausgewählte Texte, hrsg. v. *J. Dautry*, Berlin 1957, S. 95.

[14] Der juristische Schutz von Erfindungen durch das „Patent" besteht seinem ökonomischen Wesen nach darin, „ein Privateigentum an wissenschaftlich-technischen Ideen durch ein staatlich verliehenes Monopol zu begründen ... Damit erhalten wirtschaftlich verwertbare technische Ideen, unabhängig davon, wie und durch wessen Arbeit sie entstanden sind, eine für ihre kapitalistische Verwertung geeignete Form." Autorenkollektiv: Wissenschaft im Klassenkampf, Berlin 1968, S. 24.

[15] *K. Marx*, Das Kapital, 1. Band, a. a. O., S. 512/513.

[16] Vgl. *R. Bendix*, Herrschaft und Industriearbeit, Frankfurt/M. 1960, S. 55 ff.

[17] Die Systeme der Wissenschaften, die Auguste Comte, aber auch Charles Darwin und Herbert Spencer konzipierten, verdeutlichen diese Tendenz. Vgl. dazu *K. H. Tjaden:* Soziales System und sozialer Wandel, Stuttgart 1969, S. 15 ff.

[18] *F. Gummert*, zit. n. Wissenschaft im Klassenkampf, a. a. O., S. 38.

[19] Vgl. *H. Steiner*, Soziale Strukturveränderungen ..., a. a. O., S. 46.

[20] Vgl. dazu z. B. die Biographie des Vorstandsvorsitzenden des Chemie-Konzerns Bayer-Leverkusen, des Chemikers *Carl Duisberg*, Meine Lebenserinnerungen, Leipzig 1933.
Gerd Hortleder (Das Gesellschaftsbild des Ingenieurs, Frankfurt/M. 1970) spricht vom Typ des „Ingenieur-Unternehmers", dessen Wirken die industrielle Entwicklung der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bestimmt. (Vgl. S. 31 ff.)

[21] *K. Marx*, Das Kapital, 1. Band, a. a. O., S. 401/402.

[22] Selbst in den modernsten Betrieben finden sich heute noch verschiedene Srufen technischer Entwicklung in der Produktion nebeneinander. *Touraine* stellt daher die industrielle Entwicklung richtig als einen Gesamtprozeß dar, in dem jeweils eine Tendenz dominiert, ohne jedoch frühere Produktionsverfahren ganz verdrängt zu haben. Vgl. La conscience ouvrière, a. a. O., S. 50.

[23] *K. Marx*, Das Kapital, 1. Band, a. a. O., S. 790.

[24] *H. Steiner*, Soziale Strukturveränderungen ..., a. a. O., S. 61.

[25] Dennoch bestimmte diese Ideologie — vor allem vor 1945 — das gesellschaftliche und politische Bewußtsein breiter Teile der Angestelltenschaft. Vgl. dazu die Schilderung der Angestellten-Subkultur bei *S. Kracauer*, Die Angestellten, Bonn 1959 (2. Aufl.).

[26] Vgl. *H. P. Bahrdt*, Industriebürokratie, a. a. O.

[27] Wie in der Manufakturperiode der industriellen Produktion sind es bei diesem Übergang Maschinen (Schreibmaschinen, Buchungsmaschinen etc.), die die neuen sozialen Gliederungsformen vermitteln.

[28] *C. W. Mills*, Menschen im Büro, Köln 1955, S. 158.

[29] Vgl. *R. Brady*, The chemical revolution in materials foundation of industry, in: *R. Brady* (Ed.), Organization, Automation and Society, Berkely and Los Angeles 1963, S. 202-231; und *P. Riebel*, Chemische Industrie, in: *H. W. Zimmermann* (Hrsg.), Aspekte der Automation, Basel und Tübingen 1960, S. 109-134.
Zu aktuellen Entwicklungstendenzen im Bereich der Großchemie vgl. *G. Binus:* Monopolisierung der westdeutschen Chemieindustrie, DWI-Forschungshefte 2/1970; *F. Deppe* u. *H. Lange:* Wissenschaft im Dienste der Unternehmer. Eine kritische Stellungnahme zu *F. Fürstenberg:* Die Soziallage der Chemiearbeiter. Informationsbericht Nr. 5 des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen, Frankfurt/M. 1970.

[30] Vgl. *M. Gronau*, Intelligenz unter Monopolherrschaft, DWI-Forschungshefte, 3/1969, S. 24 ff.

[31] Vgl. *H. Steiner*, Soziale Strukturveränderungen . . ., a. a. O., S. 50.

[32] *M. Gronau*, Intelligenz . . ., a. a. O., S. 26.

[33] Ebd., S. 20.

[34] Vgl. Wissenschaft im Klassenkampf, a. a. O., S. 43 und *M. Gronau*, Intelligenz . . ., a. a. O., S. 26. Wichtig ist hier der Hinweis, daß die Zahl der wissenschaftlichen Hilfskräfte wesentlich schneller ansteigt als die Zahl akademisch qualifizierter Wissenschaftler.

[35] Dabei ist zu berücksichtigen, daß der Zeitraum für das Veralten, selbst einer hochentwickelten Anlage, gegenwärtig auf ca. 4 bis 5 Jahre angesetzt wird.

[36] Vgl. Wissenschaft im Klassenkampf, a. a. O., S. 39.

[37] So z. B. die Max-Planck-Gesellschaft und die Fraunhofer-Gesellschaft.

[38] *R. Rilling:* Kriegsforschung und Wissenschaftspolitik in der BRD, Sonderdruck aus „Blätter für deutsche und internationale Politik", Argumente zur Zeit, Nr. 81, Köln 1969, S. 31/32. In dieser gründlichen Studie finden sich weitere Belege für die Verschmelzung politischer, militärischer, wirtschaftlicher und wissenschaftlicher Interessen.

[39] Marx spricht von der Klasse „an sich" und der Klasse „für sich", um den Unterschied zwischen der Klassenlage und dem Klassenbewußtsein zu kennzeichnen. Zur Klassenlage der technischen Intelligenz vgl. auch *S. Herkommer*, Entwicklungstendenzen im Spätkapitalismus und die Voraussetzungen der Politisierung technischer Intelligenz, in: Sozialistische Politik, 3/1969, S. 2 ff. (I) und Nr. 4/1969, S. 65 ff. (II).

[40] *H. Steiner*, Soziale Strukturveränderungen . . ., a. a. O., S. 222.

[41] Ebd., S. 75.

[42] Vgl. *A. Touraine*, Chancen des technischen Fortschritts, in: Automation — Risiko und Chance, Band II, Frankfurt/M. 1965, S. 1055-1075, hier S. 1060.

[43] Vgl. *H. Marcuse*, Der eindimensionale Mensch, Berlin und Neuwied 1967.

[44] *J. Bergmann*, Technologische Rationalität und spätkapitalistische Ökonomie, in: Antworten auf Herbert Marcuse, Frankfurt/M. 1968, hier S. 95.

[45] *J. Habermas*, Technik und Wissenschaft als Ideologie, Frankfurt/M. 1968, S. 100.

[46] *A. Wellmer*, Kritische Gesellschaftstheorie und Positivismus, Frankfurt/M. 1969, S. 146.

[47] Vgl. *K. Marx*, Das Kapital, 1. Band, a. a. O., Kap. 11-13.

V. Arbeiterbewußtsein und Mitbestimmung*)

Die bisherige Diskussion um die Mitbestimmung hat sich vorrangig darauf konzentriert, die Demokratisierung von Betrieb, Wirtschaft und Gesellschaft in den Gesamtzusammenhang des „organisierten Kapitalismus", der Regierungs-, Partei- und Gewerkschaftspolitik einzuordnen. Sie geht allerdings über die Köpfe der eigentlich Betroffenen hinweg, solange sie nicht der Frage nachgeht: Was hält die Masse der lohnabhängig Arbeitenden, die — nach der gewerkschaftsoffiziellen Ideologie — vom wirtschaftlichen und sozialen Objekt zum Subjekt, „vom Proletarier zum Wirtschaftsbürger" befreit werden soll, von Wirtschaftsdemokratie und qualifizierter Mitbestimmung?

Jede kritische Beantwortung dieser Frage muß sich zuerst von jener manipulativen Praxis der Demoskopie distanzieren, derer sich in der gegenwärtigen Mitbestimmungsdiskussion Unternehmerverbände ebenso wie die Gewerkschaften bedienen. Das deutlichste Beispiel dieser Art von Politik und Meinungssteuerung haben die EMNID-Institute vorgeführt, die Ende 1965 — nach dem Mitbestimmungsvorstoß von IG Chemie, IG Metall und DGB — von der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände beauftragt wurden, eine empirische Unterstützung über die Wirksamkeit des Mitbestimmungsgesetzes durchzuführen. Mit dem Auftrag war schon das politische Ziel gesetzt: die Studie hatte die Unternehmerforderung nach „Ausschöpfung" des Betriebsverfassungsgesetzes und ihre Ablehnung der gewerkschaftlichen Forderungen „wissenschaftlich" — dazu noch aus der Sicht

des Arbeiters — zu untermauern. So hat sie auch die einzelnen empirischen Daten, die Erhebungsmethoden und die Auswertung der Daten systematisch verbogen und manipuliert, bis sie zu einem passenden Ergebnis kam: „Versteht man mit *Braun* unter ‚Integriertheit' der Arbeitnehmer in den Betrieben ‚eine grundsätzliche Übereinstimmung mit dem sozialen System des Betriebes', so kommt der paritätischen Mitbestimmung eine Bedeutung als Faktor der Integration von Arbeitnehmern in den Betrieb nicht zu. Sie hat ihre Bewährungsprobe auf dem ‚Prüfstand der Krise' *(Briefs)* nicht bestanden." [1] K. H. *Diekershoff* und G. *Kliemt* haben in einer Kritik der EMNID-Umfrage nicht nur deren wissenschaftliche und methodische Verdrehungen, sondern auch deren ideologische Prämissen nachgewiesen, die undiskutiert in die Befragung eingegangen sind: „Die Aufgabe der Mitbestimmungsorgane besteht (nach der EMNID-Untersuchung) darin, die von den Arbeitnehmern perzipierte Wirtschaftskrise nicht auf ihre Einstellungen zum Unternehmen wirksam werden zu lassen, auch wenn Lohneinbußen, Kurzarbeit, Abbau sozialer Leistungen und Arbeitsplatzverlust im eigenen Unternehmen drohen. Ebenso wird behauptet, eine Funktion der Mitbestimmung sei die ‚Integration' der Arbeitnehmer in die Gesellschaft, d. h. negative einzelwirtschaftliche Erfahrungen der Arbeitnehmer sollen sich positiv auf ihr Gesellschaftsbild übertragen." [2] Die EMNID-Rechercheure haben der Mitbestimmung nur eine mögliche Aufgabe zugewiesen: nämlich stabilisierender und integrierender Faktor im kapitalistischen Gesellschaftssystem der Bundesrepublik zu sein.

In einer Zeit, in der Meinungsumfragen und politische Stimmungstests zur politischen Ware degradiert sind und sich daher qualitativ kaum von den Praktiken und Ergebnissen der Warenwerbung der großen Oligopole im Kampf um Marktanteile unterscheiden, besagt das bloße „Ja" bzw. „Nein" zur gewerkschaftlichen Mitbestimmungsforderung so gut wie nichts. Daß sich die Gewerkschaften teilweise diesem Konkurrenzzwang der Meinungsforschung und -manipulation unterwerfen, verrät allenfalls die Tendenz zur Entfremdung ihrer Politik von dem einst verbindlichen Organisationsprinzip der Arbeiterbewegung, das

die permanente demokratische und horizontale Kommunikation zwischen Mitgliedern und Organisation ebenso als ein Element der Befreiung von gesellschaftlich erzwungener Unmündigkeit begriff wie die Erziehung und Bewußtseinsbildung der Lohnabhängigen durch den gewerkschaftlichen und politischen Kampf. Die Regression der Gewerkschaftspolitik auf Meinungsumfragen vertieft geradezu die durch das Bildungssystem, den entfremdeten Arbeits- und Produktionsprozeß und durch die eindimensionale Steuerung der „öffentlichen Meinung" vermittelte Unmündigkeit und Bewußtlosigkeit der Arbeiter und Angestellten. Sie ersetzt den kritischen Dialog durch das bloße Votum.

Auffälliges Merkmal der sozialwissenschaftlichen Mitbestimmungsforschung in der BRD ist zweifellos ihr abnehmendes Interesse an Problemen der Arbeiterschaft und der Betriebsorganisation. Industriearbeiter und Gewerkschaften bestimmten das Interesse der westdeutschen Nachkriegssoziologie[3]. Spätestens seit Mitte der fünfziger Jahre zeichnet sich aber eine „thematische Wendung von der Fabrik ins Büro" ab. Ihr Resultat ist nach *Dahrendorf*, „daß wir heute wieder von Arbeitern als einer unbekannten Gruppe sprechen müssen, über die mehr Vorurteile als Kenntnisse verbreitet sind"[4]. Auch jüngere Untersuchungen — so die von Otto *Blume* — haben diese Problematik schlicht umgangen, indem sie nicht die Einstellungen der Arbeiter und Angestellten, sondern ausschließlich die von Arbeitsdirektoren, Aufsichtsratsmitgliedern und Betriebsräten — also von „Arbeitnehmervertretern" — untersuchten. Während die früheren Studien übereinstimmend von einer „starken Skepsis" der Arbeiter gegenüber der Mitbestimmung, von einer handfesten Enttäuschung der in die Mitbestimmung gesetzten Erwartungen, von einer eher negativen als positiven Einschätzung der Mitbestimmungspraxis berichten, belegt die Befragung der Arbeitnehmervertreter eine weitverbreitete Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Mitbestimmungsinstitutionen und der Kommunikation zwischen ihren einzelnen Organen. Diese Zufriedenheit wird allenfalls durch die Kritik an „schlechten Leuten", an der Gewerkschaft und auch an der mangelnden Informiertheit der Belegschaften getrübt. Die Selbstzufriedenheit, die letztlich die „Mitbestimmen-

den über die Mitbestimmung" formulieren, ist eine fast zynische Umschreibung des Tatbestandes, daß die praktizierte Mitbestimmung nicht die bewußte, demokratische Gestaltung des betrieblichen Sozialgefüges durch die Belegschaften oder deren Kontrolle über das Produktionsgeschehen, sondern das Geschäft von qualifizierten Technokraten und Funktionären ist[5]. Otto *Neuloh* hat in diesem Sinne die Mitbestimmung mit einem parlamentarischen Repräsentativsystem verglichen, das ohne die Einsicht und die bewußte Kontrolle des „Volkes" funktioniert: „Die Belegschaft eines Werkes ist unter dem Mitbestimmungsgesetz also mit einem Volk vergleichbar, das durch die Wahl zu einem Parlament für eine bestimmte Reihe von Jahren den Vertretern und der von ihnen gewählten Regierung sein Vertrauen ausspricht und Vollmacht erteilt, ohne dabei über Einzelheiten der parlamentarischen Praxis und der Regierungspolitik unterrichtet zu sein."[6]

Die Ergebnisse der frühen Mitbestimmungsuntersuchungen lassen sich nicht bruchlos auf die Gegenwart übertragen. Einerseits fehlt eine empirische Vergleichsmöglichkeit durch aktuell bezogene Kontrolluntersuchungen; andererseits wird ein solcher hypothetischer Vergleich bereits durch die vielfältigen politischen und sozialökonomischen Veränderungen hinfällig, die sich in den letzten fünfzehn Jahren durchgesetzt haben. Allein die Wandlungen in der Struktur und Zusammensetzung der Arbeiterklasse, die selbst wiederum nur der Ausdruck erweiterter Reproduktion und technologischer Umwälzungsprozesse sind, haben neue Voraussetzungen für die materiellen Existenzbedingungen und das Bewußtsein der Arbeiter und Angestellten geschaffen. Vier Merkmale dieser Entwicklung sollen hier kurz benannt werden: 1. Das Anwachsen der Lohnabhängigen durch den Abbau des landwirtschaftlichen und handwerklichen Sektors; 2. das schnelle Wachstum des Angestellten- und Technikeranteils an der Gesamtzahl der Lohnabhängigen; 3. die Umverteilung der Arbeiterklasse auf neue Produktionssektoren (elektronische Industrie, Großchemie, Fahrzeugbau etc.) und 4. der rasche Anstieg der im Handel und in Dienstleistungsbetrieben beschäftigten Arbeiter.

Durch diese Schwerpunktverlagerung wurde vor allem die mitbestimmte Montanindustrie betroffen. Für die Einschätzung des Arbeiterbewußtseins ist in diesem Zusammenhang entscheidend, daß durch den Abbau der Arbeitskräfte die Einführung neuer Produktionsverfahren und Entlohnungsformen und die damit einhergehende Veränderung der innerbetrieblichen Hierarchie und Kooperation dem traditionellen (durch Lohnvorteile, Qualifikation und Schwere der Arbeit begründeten) Selbstbewußtsein der Bergleute und Stahlarbeiter objektiv der Boden entzogen wurde. Der ökonomische und technologische „Abbau der Mitbestimmung" findet so eine Entsprechung in dem Bedeutungsverlust der mitbestimmenden Arbeiter der Grundstoff- und Schwerindustrie, deren Selbstbewußtsein nach 1945 zunächst nur Ausdruck ihrer zentralen Stellung im Wiederaufbauprozeß und der ersten Phase der Nachkriegskonjunktur war. Zudem war die unmittelbare Beteiligung am gewerkschaftlichen Kampf — dem Kampf um die Produktionsinstandsetzung ebenso wie dem Kampf um die gesetzliche Regelung der Mitbestimmung — ein entscheidender Faktor der Bewußtseinsbildung. Die Einschätzung der Mitbestimmung durch die Bergleute und Stahlarbeiter des Ruhrgebietes muß daher immer auch als ein Moment jener — bis 1956 teilweise noch manifesten — Kampfbereitschaft um die „Neuordnung von Wirtschaft und Gesellschaft" gesehen werden. Diese wurde nicht nur durch die offene Konfrontation mit der kapitalistischen Restauration, sondern auch durch die proklamierte Kampfbereitschaft der Gewerkschaften zu Beginn der fünfziger Jahre geprägt. Innerbetrieblich wie gewerkschaftlich sind diese Voraussetzungen mittlerweile Geschichte und können nicht mehr als aktuell wirksame Faktoren der proletarischen Bewußtseinsbildung zur Mitbestimmungsfrage betrachtet werden. So kommt *Blumes* Untersuchung der innerbetrieblichen Funktionsweise der Mitbestimmung zu dem Ergebnis, daß bei weitem die Unternehmen überwiegen, „in deren Aufsichtsratssitzungen es noch nie zu Kampfabstimmungen gekommen ist" [7]. *Neuloh* charakterisiert die Nicht-Öffentlichkeit der Mitbestimmungsgremien, „die gemeinsame Pflicht zur Vertraulichkeit" als einen „assoziativen Faktor", als eine „pädago-

gische Kraft ... im Sinne des Wirtschafts- und Betriebsfriedens" [8]. Auch der totale Verzicht auf den gewerkschaftlichen Kampf in der Montanindustrie des Ruhrgebietes ist ein sichtbarer Beleg dieser gewandelten Situation.

Allein vor diesem sozialgeschichtlichen und politischen Hintergrund wird die Behauptung Oskar *Negts* verständlich, daß die Arbeiter gerade an *dem* Sinn des Wortes Mitbestimmung festhalten, „das dem Bedeutungsgehalt nach mehr auf Arbeiterselbstverwaltung hinweist als auf das beschränkte Mitspracherecht der Gewerkschaften in den Aufsichtsräten" [9]. Die bereits oben angesprochene starke Skepsis der Arbeiter gegenüber der Mitbestimmung war keineswegs ein Zeichen ihrer Interessenlosigkeit oder gar einer ablehnenden Haltung gegenüber der Mitbestimmung. Diese Skepsis, die sich seit Mitte der fünfziger Jahre immer deutlicher als Enttäuschung darstellt, war im Gegenteil nichts anderes als die individuell erfahrbare Diskrepanz zwischen der Praxis der institutionalisierten Mitbestimmung und den Hoffnungen und Erwartungen, die mit dem Programm der Mitbestimmung und dem Kampf um seine Verwirklichung verknüpft worden waren. Die verbreitete und heftige Kritik der Belegschaften an der personellen Besetzung der Mitbestimmungsorgane [10] ist *ein* Merkmal des Widerspruchs zwischen Mitbestimmungsidee und Mitbestimmungsrecht im Bewußtsein der Arbeiter. Sie bezeichnet aber weniger eine Personalisierung der negativen Einstellung zur gesamten Institution Mitbestimmung als vielmehr eine derzeit noch positive Fixierung der Erwartungen auf die Mitbestimmung und an die Gewerkschaften. Wenn auf Grund der empirischen Untersuchungen der sehr vorläufige Schluß erlaubt ist, „daß ... die meisten Arbeiter mit dem Gedanken bzw. der Wirklichkeit der Mitbestimmung viele und große Hoffnungen verbinden" [11], so war es doch nur eine verschwindende Minderheit von klassenbewußten Arbeitern, die mit der Mitbestimmung — oder auch der Kritik an ihr [12] — die Vorstellung der „Arbeiterselbstverwaltung" verbanden. Die meisten Arbeiter dagegen assoziierten mit der Mitbestimmung „den gesamten Komplex der Institutionen, die den Arbeitnehmern ein Mitspracherecht sichern sollen" [13] oder eine unmittel-

bare „Veränderung ihrer Situation", d. h. eine Verbesserung der Lebens- und Arbeitssituation, Erhöhung der Löhne und Sicherung der Arbeitsplätze.

Diese — wie auch immer inhaltlich differenzierte — insgesamt positive Bewertung der Mitbestimmung durch die befragten Arbeiter wird durch die allseits festgestellte mangelhafte Information der Beteiligten nicht — wie es die Arbeitgeberideologie interpretieren möchte — disqualifiziert, sondern ordnet die Mitbestimmungsinteressen der Arbeiter in den besonderen Rahmen der alltäglichen betrieblichen und außerbetrieblichen Erfahrungswelt der Lohnabhängigen und deren Bedürfnisstruktur ein. *Dahrendorf* beschreibt zusammenfassend das Informationsniveau über die Mitbestimmung, das die Untersuchungen zwischen 1950 und 1955 ermittelt haben: „Etwa drei Viertel der Arbeiter in Mitbestimmungsbetrieben wußten . . ., daß die Mitbestimmung in ihrem Werk eingeführt war. Nur etwa die Hälfte haben jedoch irgendwelche konkrete Vorstellungen von der Mitbestimmung; bei den meisten gehen diese Vorstellungen nicht über die Kenntnis des Namens des Arbeitsdirektors hinaus. Allenfalls jeder zehnte hat eine Ahnung von der Zusammensetzung des Aufsichtsrates seines Werkes; sobald Fragen über das Werk, in dem die Befragten beschäftigt sind, hinausgehen, fehlt es an jeder bestimmten Kenntnis." [14] *Neulohs* voreiliger und ideologisch vordergründiger Schluß, durch die „Unkenntnis des institutionellen Apparates" werde „erneut die Gefahr heraufbeschworen, daß entgegen den Tatsachen die Begriffe ‚Oben und Unten' wieder mit alten Vorstellungen vom System der absoluten Abhängigkeit verschmelzen und betriebspolitische Panikerscheinungen hervorrufen" [15], reproduziert jene systemkonformen Vorstellungen eines „Krisenmanagements", das durch die Verbreitung von Information und die Übertragung von Verantwortung antagonistische Interessenkonflikte ausschalten soll [16].

Demgegenüber hat die Studie über das „Gesellschaftsbild des Arbeiters" nicht nur das „dichotomische Gesellschaftsbewußtsein" als eine Grundstruktur des proletarischen Bewußtseins bestimmt, sondern auch einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen der

Information über die Mitbestimmung und dem Grad der Politisierung des Bewußtseins festgehalten: „Je kenntnisreicher und profilierter die Stellungnahmen sind, in desto stärkerem Maße wird die Mitbestimmung als eine politische oder politisch relevante Angelegenheit betrachtet." [17] Zugleich kommt die Untersuchung zu dem Ergebnis, daß Kenntnis und Information der Arbeiter, d. h. auch die Kenntnis der Mitbestimmung, „nicht eine Frucht der Betriebserfahrung" ist [18]. Sie wird vielmehr in hohem Maße von Faktoren bestimmt, die nicht unmittelbar der Betriebs- und Arbeitsplatzerfahrung entspringen, wie z. B. berufliche Qualifikation und Bindung an die Gewerkschaft [19]. Da die Mitbestimmung als innerbetriebliche Institution nur vermittelt in den konkreten Erfahrungsbereich des Arbeitsplatzes eingreift, darf auch nicht unterstellt werden, daß die Bedürfnisse mit dem Anspruch der gesetzlichen Regelung verschmelzen. Noch deutlicher wird diese Diskrepanz, wenn die Erfahrungswelt des Arbeiters mit dem gesellschaftspolitischen, programmatischen Anspruch der Mitbestimmung und der Wirtschaftsdemokratie konfrontiert wird. Der sinnliche Konkretismus der proletarischen Erfahrung bildet hier eine objektive, gesellschaftlich bedingte Barriere, die die Fähigkeit zur Artikulation und Identifizierung mit abstrakt-gesellschaftspolitischen Zielsetzungen verwehrt.

Der geringe Informationsgehalt der Aussagen vieler Arbeiter über die Funktionsbedingungen der Mitbestimmung darf aber keineswegs als Bestätigung eines mangelnden Interesses an der demokratischen Organisation des Arbeits- und Wirtschaftsprozesses sowie an der Rolle der Gewerkschaften gesehen werden. Die Neigung, den Begriff der Mitbestimmung mit konkreten — außerhalb des gesetzlichen Begriffs liegenden — Sinngehalten aus dem „eigenen überschaubaren Bereich" zu füllen, zeigt vielmehr, daß die Mitbestimmung „für sehr viele Arbeiter eine noch nicht konkret faßbare Bedeutung hat" [20], daß sie im Bewußtsein der Belegschaften „um so deutlicher wird, je mehr sich die Fragen vom konkreten, d. h. sachlichen Bereich hin zum abstrakt begrifflichen nach oben verschieben" [21]. Die Untersuchungen von *Popitz, Bahrdt* u. a. haben gerade an dem Konkretismus der

proletarischen Sprache und Wahrnehmung nachgewiesen, daß „den Stellungnahmen der Arbeiter niemals die Großspurigkeit des kleinbürgerlichen Stammtisches anhaftet“ [22]. Umgekehrt nehmen die Befangenheit des Arbeiters und seine Abhängigkeit vom sprachlichen Ausdrucks- und Differenzierungsvermögen im Maße der Entfernung seines Denkens von der zu beschreibenden, erfaßbaren Erfahrungswelt zu. Alle Mitbestimmungsuntersuchungen haben diesen Sachverhalt insofern direkt oder indirekt bestätigt, als sie die Einstellung zur Mitbestimmung als Teilbereich einer Gesamteinstellung der Arbeiter ermittelt haben, die wesentlich durch den zunächst äußerst unscharfen Begriff der „Betriebszufriedenheit“ umschrieben ist. „Wer mit seiner Arbeit, seinem Lohn, seinen Kollegen und Vorgesetzten zufrieden ist, bejaht in der Regel auch die Mitbestimmungspraxis; wer dagegen zur Kritik am Werk und seiner Position neigt, hat gewöhnlich auch eine negative Einstellung zur Mitbestimmung. Die Einstellungen zur Mitbestimmung, und insbesondere die Beurteilung ihrer Wirklichkeit, lassen sich also nicht von der Gesamteinstellung der Arbeiter trennen; sie sind Bestandteil einer Gesamthaltung, die in vielen Urteilsbereichen ihren Ausdruck findet.“ [23] Die hier von *Dahrendorf* angedeutete Aufschlüsselung des Begriffs der Betriebs- und Arbeitszufriedenheit konzentriert sich bei näherer Betrachtung immer deutlicher auf das Problem der materiellen Existenzsicherung der Arbeiter, d. h. auf die Sicherheit des Lohnes und des Arbeitsplatzes. Die Angst vor Arbeitslosigkeit, vor Rationalisierung und Automation und vor Überbevölkerung, die nach *Popitz, Bahrdt* die Zukunftserwartungen der Arbeiter bestimmen [24], verweist auf die entscheidende Stellung des Lohnes und der Lohnabhängigkeit im Bewußtsein der Arbeiter. *Pirker, Braun* schließen aus ihrer Untersuchung, daß „Lohnzufriedenheit Ausdruck einer speziellen und allgemeinen Betriebszufriedenheit ist“ [25].

Dabei ist die konkretistische Verhaftung des Arbeiterbewußtseins an die Organisation des Arbeitsplatzes und die Sicherheit des Lohnes durchaus ambivalent zu bewerten. Einerseits kann sie die Verfestigung eines Bewußtseins fördern, dem „sich die Normen des Betriebes als Modell der gesamtgesellschaftlichen

Ordnung gleichsam naturwüchsig einprägen“ [26]. Der Arbeiter erfährt seine Situation als individuelles Schicksal und als individuellen Leistungsdruck; er ist subjektiv nicht mehr in der Lage, seine Selbstentfremdung als das Schicksal einer sozialen Klasse, die sich durch das System der Kapitalverwertung definiert, zu begreifen. Die politische Funktion und Notwendigkeit der Organisation und des organisierten Kampfes ist ihm nicht mehr unmittelbar einsichtig — zumal dann, wenn sein Lohn wesentlich von dem gewerkschaftlich ausgehandelten kollektiven Tarifvertrag abweicht. Andererseits herrscht in der Industriesoziologie weitgehend Einmütigkeit darüber, daß die Lohnzufriedenheit bzw. -unzufriedenheit „sowohl eine reale als auch eine symbolische Rolle spielt“ [27]. Löhne sind nicht der Hauptgrund der Zufriedenheit der Lohnarbeiter, sondern deren „Gradmesser“. Obwohl sich das Bewußtsein der Arbeiter je nach verschiedenen Erfahrungsgehalten und Vorstellungsanreizen auch verschieden konkretisiert, bricht doch immer das Bewußtsein ihrer objektiven Lage als abhängige Lohnarbeiter, als Verkäufer ihrer Ware Arbeitskraft durch. Es ist also weniger die Symbolfunktion, die den Stellenwert des Lohnes ausmacht, als vielmehr seine Realfunktion: daß nämlich das Einkommen — seine Kontinuität und seine Höhe — die ausschließliche soziale und ökonomische Grundlage der Lebensführung bildet und damit auch den betrieblichen und außerbetrieblichen Lebensbereich, Arbeit und Freizeit, Bildungs-, Aufstiegs- und Konsummöglichkeiten unauflöslich miteinander verkettet.

Auch die Einschätzung der Mitbestimmung muß aus dem Zusammenwirken verschiedener, voneinander abhängiger Faktoren begriffen werden; denn sie resultiert wesentlich aus drei Erfahrungsbereichen: 1) dem manifesten oder latenten Bewußtsein der eigenen Lohnabhängigkeit, 2) den unmittelbaren Eindrücken des Arbeitsprozesses und der personellen wie institutionellen Präsenz der Gewerkschaft (Vertrauensmann, Betriebsrat, Aufsichtsrat, Arbeitsdirektor) und 3) dem Einfluß der außerbetrieblichen, subjektiven Bewußtseinsbildung — durch eigene gewerkschaftliche oder politische Aktivität sowie durch die Massenmedien. Für die kämpferische und autonome Verwirklichung

von Mitbestimmung als einer Machtposition der Lohnabhängigen aber ist die Verarbeitung in doppelter Weise zu leisten. Zum einen muß die Konzeption der Mitbestimmung den konkreten Interessen der Arbeiter und Angestellten verständlich sein, d. h. sie muß die Abstraktion der gesetzlichen und institutionellen Erweiterung von „unten nach oben", von der Arbeits- und Arbeitersituation her entwickeln. Zum anderen muß die Gewerkschaft im Kampf um die Durchsetzung ihrer Forderungen diese Interessen selbst als kollektive und systembedingte Interessen bewußt machen. Diese beiden Grundvoraussetzungen autonomer Gewerkschaftspolitik im Interesse der Lohnabhängigen sind nicht voneinander zu trennen. Ludwig *Rosenbergs* pathetisches Bekenntnis, daß die Gewerkschaften kein „proletarischer Interessenklub", sondern „eine Bewegung zur Befreiung der Menschen" sind[28], muß der Masse der Lohnabhängigen unverständlich bleiben — und damit auch den tatsächlichen Inhalt der gegenwärtigen DGB-Politik verschleiern —, solange diese darauf verzichtet, durch gewerkschaftliche Mobilisierung und Kampf Konflikte aufzuzeigen und das Bewußtsein objektiver Interessen zu entwickeln. Oskar *Negts* Kritik an der traditionellen Konzeption der Arbeiterbildung gilt daher gleichfalls für die Mitbestimmungspolitik: „Wäre Arbeiterbildung darauf beschränkt, im Rahmen der bestehenden Gesellschaft Informationen über Satzungen, Beschlüsse und Forderungen der Gewerkschaften zu liefern und entsprechende Handlungen plausibel zu machen, so müßte sie von vornherein darauf verzichten, die eigentlichen Beweggründe auch nur einer einzigen Aktion zu begreifen; denn sie würde nur die Illusion ihrer Adressaten bestätigen, daß die geschichtlich notwendigen Handlungen Produkt ihres rein funktionalen Verständnisses innerhalb einer Gewerkschaftsorganisation ist, deren geballte Kraft unmittelbar als Repräsentant und Garant des gesellschaftlichen Fortschritts erscheint." [29]

Nach 1945 wurde der Kampf um die Mitbestimmung vor allem von der Identifizierung des Arbeiters mit seinen sichtbaren Arbeitsleistungen getragen, durch die konkrete geschichtliche Erfahrung nämlich, daß die Arbeiter mit dem Aufbau der Produktion und Versorgung begonnen hatten, bevor die ersten Unternehmer

und ehemaligen Wehrwirtschaftsführer wieder ihre Schreibtische besetzten. Die Gewerkschaften konnten auf die Unterstützung durch die Arbeiterschaft rechnen, weil ihr Programm und ihre Politik — wenn auch nur in Ansätzen — die konkreten Bedürfnisse der Arbeiterschaft mit allgemein geschichtlichen und gesellschaftlichen Zielvorstellungen verknüpfte. Wenn freilich heute der DGB der „gegnerischen Behauptung", die Arbeiter interessierten sich nicht für die Mitbestimmung, die versteckte Drohung entgegenhält, daß schließlich der Erlaß des Mitbestimmungsgesetzes von 1951 wesentlich auf die Streikdrohung der deutschen Stahlarbeiter und Bergleute zurückzuführen sei[30], dann beschwört er eine Tradition, die er selbst weitgehend zurückgedrängt hat. Die Bereitschaft zur aktiven und kämpferischen Unterstützung der gewerkschaftlichen Mitbestimmungsforderungen würde gegenwärtig von Arbeitern und Angestellten ein gesamtgesellschaftliches Bewußtsein und ein politisches — in traditionell-gewerkschaftlichen Konflikten geschärftes — Urteilsvermögen verlangen, das weder aus der abstrakten Bindung an die Gewerkschaftsorganisation und ihr Programm noch aus der Erwartung materieller Sicherungen durch die Gewerkschaftspolitik, sondern ausschließlich aus der unmittelbaren Erfahrung des Kampfes um Machtpositionen und dem Bewußtsein der Klassenlage resultieren kann.

In diesem Zusammenhang muß noch einmal auf die enge — aber auch widersprüchliche — Verbindung eingegangen werden, die zwischen der Rolle der Gewerkschaften, der konkreten Erfahrung der Arbeitswelt und den Mitbestimmungsforderungen im Bewußtsein der Lohnabhängigen besteht. Während die Einschätzung des organisatorisch-institutionellen Inhalts der Mitbestimmung wesentlich durch die sogenannte „Betriebs- und Arbeitsplatzzufriedenheit" vermittelt wird, bricht sich die Einstellung zur politischen Aussage und Funktion der Mitbestimmung meist durch das Spektrum der allgemeinen Einstellung zur Gewerkschaft. Gerade die im gewerkschaftlichen Auftrag durchgeführten Untersuchungen betonen immer wieder den engen Zusammenhang zwischen der „persönlichen Bindung an die Gewerkschaft" und einer positiven Einstellung zur erweiterten Mit-

bestimmung. Diese empirische Behauptung bleibt freilich eine politisch irrelevante Tautologie, solange nicht die besonderen Erfahrungs- und Vorstellungsgehalte untersucht werden, die die Einstellung der Arbeiter zur Gewerkschaft und ihren Forderungen motivieren. Analog zu jener konkretistischen proletarischen Wahrnehmung, der die innerbetriebliche Erfahrung zum Maßstab übergeordneter gesellschaftlicher und politischer Zusammenhänge wird, kann man zunächst als gesichert unterstellen, daß diese Einstellung in erster Linie Resultat persönlichen Kontakts mit Vertretern der Gewerkschaft ist — mit Kollegen, Vertrauensleuten, Betriebsräten und auch mit dem Elternhaus. Dieser meist personalisierende Zugang setzt sich in der Beurteilung der gewerkschaftlichen Aktivität fort, d. h. Kritik bzw. Zustimmung zur gewerkschaftlichen Gesamtpolitik bemißt sich vor allem in dem Verhalten der Gewerkschaftsvertreter im Betrieb und an den materiellen, konkret faßbaren Ergebnissen der Gewerkschaftspolitik.

Dabei reproduziert sich notwendig im Bewußtsein der Arbeiter der grundlegende Widerspruch zwischen ihren aktuellen betrieblichen Interessen und der Politik einer Organisation, deren Kraft — sei es in Tarif-, Sozial- oder gesellschaftlichen Fragen — von der überbetrieblichen Solidarität und Interessenwahrnehmung der Organisierten lebt. Pierre *Rolle* hat in einer französischen Untersuchung diesen permanenten Konflikt am Verhalten des Gewerkschaftsdelegierten im Betrieb nachgewiesen: „Der Delegierte verschließt sich keiner Initiative von seiten der Arbeiter, aber er ordnet sie nach einer Rangordnung der Dringlichkeit, die nicht immer mit der Erfahrung (Wut, Spontaneität etc.) der Arbeiter zusammenfällt." [81] Den gleichen Sachverhalt läßt Max *von der Grün* die Schlüsselfigur seines Romans „Irrlicht und Feuer" in einer Belegschaftsversammlung formulieren: „Wir meutern nicht mehr, wie es unsere Pflicht wäre als Mensch und Arbeiter. Wir meutern und begehren auf und beziehen Front, nur wenn es unsere Gewerkschaft wünscht, auch wenn wir dann selbst keinen Grund zum Aufbegehren sehen. Aber die Gewerkschaft sieht den Grund, und sie sieht für uns, und die Gewerkschaft bestimmt, wann wir unzufrieden zu sein haben, wann

nach ihren Begriffen das Maß des Erträglichen überläuft. Aber wehe, ein, zwei, fünf oder zehn Mann setzen sich zur Wehr, weil ihnen Unrecht geschehen ist, weil es irgendwo im Betrieb stinkt, dann fällt uns die Gewerkschaft in den Rücken und sagt, es sei ein nichtlegitimer Streik." [11]

Hier wird — zunächst unabhängig von der Bewertung der jeweiligen Gewerkschaftspolitik — nichts anderes verdeutlicht als der Widerspruch zwischen dem Konkretismus der proletarischen Interessen und zuweilen spontan rebellierenden Bedürfnissen und der notwendigen Abstraktion der gewerkschaftlichen Politik — ein Widerspruch, der sich in der Gewerkschaftsgeschichte als der Konflikt zwischen Lokalismus und Zentralismus dargestellt hat. Einige Industriegewerkschaften versuchen seit einigen Jahren ohne großen Erfolg, durch „betriebsnahe" Tarif- und Bildungspolitik sowie durch die Forderung nach „Mitbestimmung am Arbeitsplatz" diesen Gegensatz zu glätten. Dennoch wäre es falsch, würde man ihn generell als einen Antagonismus von verselbständigter Gewerkschaftsbürokratie und unmittelbaren Arbeiterinteressen begreifen. Wir wissen, daß gerade die spezifischen betrieblichen Interessen der Arbeiter immer wieder von den Unternehmern zur Stärkung eines antigewerkschaftlichen und entpolitisierenden Betriebsegoismus manipuliert werden. Darüber hinaus ist durch den hohen Stand der überbetrieblichen Konzentration und Organisation der Produktion im Spätkapitalismus der betriebsorientierte Syndikalismus zerstört und die Notwendigkeit einer überbetrieblichen Gewerkschaftspolitik erzwungen worden. Es sind jedoch in hohem Maße die Erfahrungen des Arbeitsplatzes, die Lohnzufriedenheit, das Verhältnis zu den Vorgesetzten und den Gewerkschaftsvertretern, die die Einstellung zur Gewerkschaft und der von ihr vertretenen Mitbestimmungsforderung bestimmen. Der Gewerkschaftspolitik dagegen fällt die Aufgabe zu, den Widerspruch von konkreter alltäglicher Erfahrung und zunächst abstrakten Zielvorstellungen im Bewußtsein der Lohnabhängigen aufzuheben.

Viktor *Agartz* hat schon 1959 gefordert, die Gewerkschaftspolitik müsse wieder ausschließlich auf die ursprünglichen Nahziele orientiert werden. „Das Ansehen und der Einfluß der Gewerk-

schaften kann erfolgreich nur dann gehoben werden, wenn man sich vorläufig allein konzentriert auf den Lohn und auf die Arbeitszeit und auf die Sicherung des Arbeitsplatzes. Wenn an die Stelle von sinnlos gewordenen Aufsichtsratssitzungen Lohnbewegungen träten, wenn die Zeit für Sitzungen in der Montanunion oder in den Ausschüssen des Gemeinsamen Marktes für Belegschaftsbesprechungen verwandt würde, änderte sich die Gleichgültigkeit der Mitglieder in Anteilnahme und in sich steigernde Aktivität." [33] Diese strategische Forderung scheint vorerst einleuchtend, denn sie zielt auf die politische Mobilisierung der Arbeiterschaft durch die Annäherung der Gewerkschaftspolitik an deren materielle Interessen. Dennoch ist sie überaus widersprüchlich. Wir haben bereits auf die ambivalente Bedeutung des „Lohnbewußtseins" hingewiesen: es kann sowohl das Bewußtsein der Lohnabhängigkeit als auch die innerbetriebliche Integration und Zufriedenheit beinhalten. Auch die Behauptung, daß eine aktive gewerkschaftliche Lohnpolitik im Kapitalismus per se ein Motor von Konflikten und der Mobilisierung „von unten" sei, ist nicht zu halten. In Perioden konjunktureller Expansion ist die Lohnpolitik geradezu der Hebel der Integration der Arbeiterklasse und der kapitalistischen Stabilität: sie wirkt dann gleichgewichtserhaltend durch die Stärkung der Nachfrageseite, hält die monopolistischen Gewinnspannen im Zaum, funktioniert als Beschleuniger der Produktivitätsentwicklung und leistet einen „bedeutsamen Beitrag zur Planung durch die Standardisierung der Lohnkosten" [34]. Gewerkschaftliche Lohnforderungen können also ohne größere Anstrengungen und umwälzende Konflikte vom kapitalistischen System aufgesogen werden, ja sie sind lebensnotwendig, „um den Kapitalismus vor seinen ‚inneren Widersprüchen' zu retten" [35]. Andererseits fällt der gewerkschaftlichen Lohnpolitik natürlich dann die Qualität eines gesellschafts- und klassenpolitischen Konflikts zu, wenn „Lohnerhöhungen mit den Strukturen und dem Gleichgewicht des kapitalistischen Systems zu einem gegebenen Zeitpunkt unvereinbar sind und die Unternehmerklasse mit Unterstützung des Staates eine Kraftprobe mit den Gewerkschaften eingeht" [36]. Eben diese Situation war in der Bundesrepublik während der

Rezession von 1966/67 gegeben, als die herrschende Klasse nur durch den Abbau der Löhne, der Arbeitskräfte und der betrieblichen wie staatlichen Sozialleistungen das aus den Fugen geratene Gleichgewicht von Investition, Konsum und Profit wieder zugunsten einer noch höheren Rate der Kapitalprofite herstellen konnte. Die Gewerkschaften haben diese Chance der Aktivierung und der Offenlegung der Rezession als einer Krise des kapitalistischen Systems bewußt ignoriert. An die Stelle einer aktiven Lohnpolitik, die zu diesem Zeitpunkt zweifellos Klassenpolitik gewesen wäre, setzten sie die „verantwortungsbewußte Mitarbeit in der Konzertierten Aktion", jener sozialdemokratischen Variante einer staatlichen Regulierung der Löhne nach Maßgabe der Produktivitätsentwicklung und der Profitinteressen. Die spontanen Streikaktionen vom September 1969 und 1970 haben den Widerspruch einer solchen Politik offengelegt: Die Arbeiter haben spontan ihre Lohnforderungen durchgesetzt und damit der integrationistischen Gewerkschaftspolitik eine praktische und eindeutige Absage erteilt.

Da aber die Vorschläge von Viktor *Agartz* in erster Linie darauf zielen, die Mitglieder der Gewerkschaften durch aktive Lohnpolitik aus ihrer unpolitischen Lethargie und ihrem Desinteresse herauszureißen, muß zugleich überprüft werden, wie sich die Erfahrung der gewerkschaftlichen Mitbestimmungs- und Tarifpolitik im Bewußtsein der Arbeiter und Angestellten zu einem Gesamtbild der gewerkschaftlichen Funktionen zusammenfügt. Während *Agartz* noch die Aufhebung der Apathie vor dem Hintergrund eines alternativen, politischen Konzeptes diskutieren wollte, hat sein einstiger Schüler Theo *Pirker* die Entpolitisierung der Gewerkschaften und der Arbeiterschaft als — freilich zynisch kommentierte [37] — unumstößliche Gegebenheit interpretiert: Im geschichtlichen Entwicklungsprozeß der zunehmenden Verselbständigung bürokratischer Partei- und Verbändeapparate, des Staates und des Parlaments von der Kontrolle und Entscheidung des Volkes bzw. des je besonderen Organisationssubjektes hat sich auch die Gewerkschaft vom kämpferischen Interessenverband zum „Versicherungsbetrieb" gewandelt. Die Gewerkschaften sind eine „effektive Dienstleistungsorganisation", die ihren Mitglie-

dern Löhne, Arbeitsplätze und soziale Sicherheit garantiert. Diesem Organisationszweck entspricht nach *Pirker* die „Dienstleistungsorientierung" der Mitglieder. Sie erwarten, „als Gegenleistung für ihren Mitgliedsbeitrag Vorteile zu erhalten, die die Verbandsleitung für sie erringt und ihnen sozusagen wie eine bezahlte Wahre frei Haus liefert" [38].

Pirkers Behauptungen sind nicht falsch im Sinne einer falschen Wiedergabe der uns umgebenden Wirklichkeit. Im Gegenteil —, sie umschreiben eine derzeit vorherrschende Erscheinungsform der Gewerkschaften im Spätkapitalismus und des gewerkschaftlichen Bewußtseins. Sobald aber diese Erscheinungsformen als das bestimmende Wesen jener Wirklichkeit ausgegeben werden, sobald sich partielle Erkenntnis von Phänomenen, aus denen sich die Fassade der Klassengesellschaft zusammensetzt, als Analyse, als Theorie aufspreizt, verfällt sie eben jener herrschenden Ideologie, die die gesellschaftlichen Widersprüche durch die Manipulation von Konsumbedürfnissen, durch Scheinbefriedigung immer erneuerter Wünsche zu verdecken versucht. *Pirker* verzichtet bewußt auf die Untersuchung der Frage, ob die Dienstleistungsorientierung der Gewerkschaften nicht in einen Widerspruch zu den objektiven Interessen der Arbeiter und Angestellten, zum Bewußtsein der Lohnabhängigkeit und Lohnunsicherheit und zur täglichen Erfahrung der Entfremdung im Arbeitsprozeß gerät. Damit aber verwirkt er jeden Anspruch, mit den Interessen der Arbeiterschaft und mit einer autonomen Gewerkschaftspolitik politisch identifiziert zu werden. Er gefällt sich in der Pose des frustrierten Intellektuellen, der längst das platonische Lippenbekenntnis zum Proletariat und zur Arbeiterbewegung gegen die Anerkennung der naturwüchsigen Unveränderbarkeit des Kapitalismus eingetauscht hat; er kämpft und polemisiert nicht für die Interessen der Arbeiterklasse, sondern ausschließlich gegen die Gewerkschaftsführung. Das macht im Prinzip seine politische Bedeutungslosigkeit aus.

Im Grunde faßt *Pirkers* Begriff des gewerkschaftlichen Versicherungsbetriebes und der apathischen Konsumentenhaltung nur einen Aspekt des Doppelcharakters zusammen, den wir als das besondere Merkmal des Arbeiterbewußtseins bezeichnet haben.

Der zweite Aspekt, ohne dessen Begriff und Analyse ein sozialistischer Ansatz in der Mitbestimmungs- und Gewerkschaftsdiskussion schlechthin unmöglich ist, wird prägnant von Oskar *Negt* beschrieben: „Wie immer sozialwissenschaftliche Einzelanalysen die politische Apathie, die Arbeits-, Lohn- und Betriebszufriedenheit usw., an denen der Grad der Integration des Arbeiters in die bestehende bürgerliche Gesellschaft gemessen wird, interpretieren mögen: aus dem vorliegenden Material, das den verschiedenen Auswertungen zugrunde liegt, kann mit Sicherheit geschlossen werden, daß der heutige Arbeiter in einer permanenten Spannung zwischen dem Gefühl der Unabwendbarkeit seiner sozialen Lebensbedingungen und dem Wunsch lebt, nicht mehr Arbeiter sein zu müssen." [39] Ob es sich um die Schematisierung der Gesellschaft in „Oben und Unten", die Beschreibung der Trostlosigkeit des Arbeiterdaseins (le travail est un vide) [40], die stets durchbrechende Angst, Unsicherheit und Aggressivität handelt, die auch in neueren Untersuchungen festgehalten wird —, überall und immer wird ein Bewußtsein der Opposition, der gesellschaftlichen Randstellung, gegen die man rebelliert oder die man als unaufhebbares Schicksal erduldet, sichtbar. Alain *Touraine* nennt dies den eigentlichen Inhalt des proletarischen Bewußtseins. Selbst die gerade veröffentlichte englische Untersuchung mit dem irreführenden Titel „Der Arbeiter im Überfluß" (The Affluent Worker) kommt zu dem Ergebnis, daß der Arbeiter trotz der Anhebung seines materiellen Lebensniveaus eben ein Abhängiger bleibt, der sich und seine Familie durch den Verkauf seiner Arbeitskraft an Produktionsmittelbesitzer am Leben erhält, und daß sich an diesem Tatbestand mit höchster Wahrscheinlichkeit bis zu seinem Lebensende nichts ändern wird [41].

Das Bewußtsein dieser sozialen, ökonomischen und kulturellen Gebundenheit an die Klassenlage kann sich unter den Bedingungen eines politisch und ökonomisch noch stabilen Kapitalismus nicht frei entfalten und politisch artikulieren. Beständig werden ideologische Mechanismen in Bewegung gesetzt, um durch die Vorspiegelung von Lohnanreizen, Aufstiegsillusionen, Konsumvergütung und manipulativen Glücksversprechen der bewußten

Erkenntnis der eigenen gesellschaftlichen Lage Schranken zu setzen. Die immer neue Aggressivität und Frustration, die notwendig aus der Spannung zwischen Arbeitszwang, Entfremdung und Freizeitideologie produziert wird, wirft den Arbeiter immer wieder auf das Grundverhältnis seiner Lage, die Lohnabhängigkeit, zurück. Auch die gesteuerte Übertragung solcher Aggressivität auf gesellschaftliche Randgruppen und Minderheiten kann auf Dauer niemals den universellen Leistungsdruck verschleiern, dem die Arbeiter in allen Lebensbereichen — vor allem aber im Produktionsbereich — ausgesetzt sind. Das Bild der Gewerkschaft und der Arbeiterpartei formt sich daher im Bewußtsein des Arbeiters in gleicher Weise unter dem unerträglichen Druck der gesellschaftlichen Leistungsanforderungen und der objektiven Klassenlage. Der Arbeiter betrachtet die Gewerkschaften aus diesen Gründen nicht nur „instrumentell", d. h. als einen Zweckverband zur Sicherung seines Arbeitsplatzes und Einkommens, sondern zugleich „solidarisch", d. h. als kollektiven Interessenverband, als Medium der Solidarität „von uns" gegenüber „denen da oben".

Auch jüngere Untersuchungen haben diese — freilich oft nur abstrakte — Erscheinung der Solidarität der Arbeiter — auch der nicht gewerkschaftlich Organisierten — mit ihrer Gewerkschaft bestätigt: Die keineswegs verschüttete Bereitschaft zum Streik, die demonstrative Einmütigkeit, mit der sich nach Auffassung des CDU-Demoskopen *Schmidtchen* Urabstimmungen als „politische Aktionen, als Demonstrationen" ausweisen[48], und der — meist auch von den Gewerkschaftsführungen gefürchtete — unbestrittene Radikalisierungsmechanismus in Streiksituationen illustrieren das in Konflikten aufbrechende Solidaritätsbewußtsein und die politischen Erwartungen der Arbeiter an die Gewerkschaftspolitik, die oft weit über die von den Funktionären geplanten Maßnahmen hinausgehen. „Man muß verstehen", folgert G. *Friedmann*, „was die gewerkschaftliche Organisation für den Arbeiter bedeutet: nicht nur Verteidigung seiner Interessen, sondern auch ein Kompaß im Dschungel der Industrie und ein menschliches Band, ohne das er sich verloren fühlen würde." [49] Selbstverständlich sind die Ergebnisse der Untersuchung

von *Touraine*, nach denen die Mehrzahl der Arbeiter den Gewerkschaftskampf weniger als Kampf um die Verbesserung des Lebensniveaus und als Verminderung der Ungleichheit zwischen den Klassen, sondern in erster Linie als Kampf gegen die Ausbeutung begreift[44], nicht aktuell-politischen Losungen in der Bundesrepublik zugrunde zu legen. Dennoch deuten sie einen Inhalt des politischen und gesellschaftlichen Bewußtseins der Lohnabhängigen an, der weniger einer nationalen — hier der französischen — Eigenart bzw. einem besonderen „politischen Nationalcharakter" zuzurechnen ist, sondern durch ein gesellschaftliches Herrschaftsverhältnis und seine Erscheinungsformen, den Antagonismus von Kapital und Arbeit, begründet wird. Daß die französischen Arbeiter eher als ihre deutschen Kollegen das Arbeiterbewußtsein als Klassenbewußtsein artikulieren, ist wesentlich auf das Vorhandensein von Gewerkschaften und Parteien zurückzuführen, die im gewerkschaftlichen Kampf, in der politischen Aktion und auch in programmatischen Vorstellungen die Verbindung von unmittelbar-konkreten Interessen und praktischer Kritik des gesamten Systems ermöglichen.

Jeder Versuch, reale ökonomische und politische Interessen der Arbeiterklasse im derzeitigen Gesellschaftssystem der Bundesrepublik zu bestimmen, stößt schnell an Erkenntnisgrenzen, die eindeutige Aussagen im Sinne einer fest umrissenen Aktionsstrategie verwehren. Entscheidend dagegen ist die Erkenntnis und praktisch-politische Umsetzung des Doppelcharakters, der die Existenzbedingungen wie das Bewußtsein der Arbeiterklasse notwendig charakterisiert. Der Lohnabhängige erfährt seine Unterordnung, seine Entfremdung und den umfassenden gesellschaftlichen Leistungsdruck. Sein Bewußtsein spiegelt diese Erfahrung spontan als Unsicherheit, Angst, Aggressivität und Skepsis. Dennoch erscheint der gesellschaftliche Leistungsdruck nicht ausschließlich in der Form eines Zwanges, der von dem Rhythmus der Maschine, dem Lohn- und Akkordsystem sowie der Autorität der Vorgesetzten ausgeht, da schon im Erfahrungsbereich der Arbeitswelt die Normen eines überbetrieblichen Leistungssystems wirken. Das Versprechen auf Konsumgüter, Freizeiterfüllung und scheinbares Glück, das die Güter der „Kul-

turindustrie" suggerieren, ist eben das Verhaltensregulativ, das das Verhältnis von Arbeiter und Maschine, von Produzent und Produkt, von Arbeit und Kapital bewußtseinsmäßig überlagert und verschleiert. Die in den langen Jahren der konjunkturellen Stabilität in die Köpfe der Lohnabhängigen gepferchte Ideologie des Konsumverhaltens reproduziert sich hier im Verhalten des Arbeiters gegenüber der Maschine und dem Betrieb — zumal dieser Druck ständig durch die Drohung des Arbeitsplatzverlustes und damit des Konsum- und Prestigeverlustes verstärkt wird.

Für die Mitbestimmungspolitik der Gewerkschaften ergeben sich aus dieser kritischen Verarbeitung von Ergebnissen sozialwissenschaftlicher Untersuchungen zum gesellschaftlichen Bewußtsein von Industriearbeitern die folgenden Schlußfolgerungen:

1. Die Gewerkschaften müssen ihre Mitglieder und die Masse der Arbeiter und Angestellten intensiver informieren und schulen.
2. Die gewerkschaftliche Mitbestimmungskonzeption muß an die unmittelbaren Interessen der Lohnabhängigen anknüpfen; sie ist — entsprechend der Bewußtseinsbildung, die von den konkreten Erfahrungen ausgeht — von der Ebene des Arbeitsplatzes und des Betriebes her zu entwickeln. Mitbestimmung kann also nur als demokratische Kontrolle der Arbeitsbedingungen, der Personal-, Lohn- und Sozialpolitik sowie der Investitionspolitik des kapitalistischen Unternehmens, nicht aber als die isolierte Beteiligung von Gewerkschafts- und Belegschaftsvertretern an den Entscheidungen der Unternehmens-Spitzengremien an die Interessen der Arbeiter und Angestellten anknüpfen.
3. Die Forderung nach Mitbestimmung und demokratischer Kontrolle muß als Element einer gewerkschaftlichen Interessen- und Konfliktstrategie, d. h. im gewerkschaftlichen und politischen Kampf der Lohnabhängigen selbst vorgetragen und weiterentwickelt werden; denn erst im gewerkschaftlichen Kampf kann die Vermittlung zwischen den unmittelbaren sozialökonomischen Interessen und politisch weitergehenden Losungen erfahren und realisiert werden. Obwohl — wie eingangs hervorgehoben wurde — die hier diskutierten Forschungsergebnisse vor allem Hinweise auf die soziale Lage und das gesellschaftliche Bewußtsein

der Industriearbeiter zu Beginn der fünfziger Jahre nahelegen, muß die Berechtigung dieser Forderungen gegenwärtig um so mehr unterstrichen werden.

---

* Diesem Kapitel liegt ein Aufsatz zugrunde, der in den „Blättern für deutsche und internationale Politik" (14. Jg., Nr. 3, März 1969, S. 286-303) erschien.

[1] *Viggo Graf Blücher* (EMNID-Institute), Integration und Mitbestimmung. Hauptergebnisse einer Untersuchungsreihe zum Thema „Wirksamkeit der erweiterten Mitbestimmung auf die Arbeitnehmer", Sennestadt 1966, hier S. 70 b.

[2] *K.-H. Diekershoff* und *G. Kliemt*, Ideologische Funktionen demoskopischer Erhebungen. Kritische Bemerkungen zu einer Umfrage der EMNID-Institute, in: Kölner Zeitschrift f. Soziologie u. Sozialpsychologie, 20. Jg., März 1968, S. 62—77.

[3] Vgl. *Theo Pirker, S. Braun* u. a., Arbeiter — Management — Mitbestimmung, Stuttgart und Düsseldorf 1955; Institut f. Sozialforschung (Hrsg.), Betriebsklima, Frankfurt/M. 1955; O. *Neuloh*, Die deutsche Betriebsverfassung und ihre Sozialformen bis zur Mitbestimmung, Tübingen 1956; ders., Der neue Betriebsstil, Tübingen 1960; *H. Popitz, H. P. Bahrdt* u. a., Das Gesellschaftsbild des Arbeiters, Tübingen 1957.

[4] *R. Dahrendorf*, Das Mitbestimmungsproblem in der deutschen Sozialforschung, Tübingen 1963, S. II.

[5] Vgl. O. *Blume*, Zehn Jahre Mitbestimmung, in: *E. Potthoff*, O. *Blume*, *H. Duvernell*, Zwischenbilanz der Mitbestimmung, Tübingen 1962; ders., Normen und Wirklichkeit einer Betriebsverfassung, Tübingen 1964.

[6] O. *Neuloh*, Der neue Betriebsstil, a. a. O., S. 112. *E. K. Scheuch* (Soziologische Aspekte der betrieblichen Mitbestimmung, in: *A. Rauscher* [Hrsg.], Mitbestimmung, Köln 1968, S. 172—200) geht noch weiter und vergleicht ein Mitbestimmungsmodell, das auf geringem Engagement und mangelnder Informiertheit der Betroffenen beruht, mit „allgemein gültigen" Funktionsbedingungen eines demokratischen Systems: „Für das Funktionieren eines politischen Systems als Demokratie ist aber eine umfangreiche Beteiligung aller Menschen eines Landes nicht notwendig. Für Demokratie reicht schon aus, wenn für Entscheidungen ein solches Maß an Öffentlichkeit besteht, daß Personengruppen zusätzlich (!) zu denjenigen, die per Amt oder Position an Entscheidungen teilnehmen, informiert sind." (S. 179/180)

[7] O. *Blume*, Zehn Jahre . . ., a. a. O., S. 92.

[8] O. *Neuloh*, Der neue Betriebsstil, a. a. O., S. 56 und S. 163.

[9] O. *Negt*, Soziologische Phantasie und exemplarisches Lernen, Frankfurt/M. 1968, S. 73. Die kritiklose Übertragung dieser Feststellung auf die gegenwärtige Situation muß allerdings politische Illusionen fördern und zu einer Fehleinschätzung des Arbeiterbewußtseins führen.

[10] Vgl. auch *A. Horné*, Der beklagte Sieg, Villingen 1959.

[11] *R. Dahrendorf*, Das Mitbestimmungsproblem . . ., a. a. O., S. 37.

[13] „Von den Befragten, die sich negativ über die Aussichten der Mitbestimmung äußern, begründet die Hälfte ihre Meinung mit einem Hinweis auf die ungebrochene Stärke der Unternehmer." *Popitz, Bahrdt* u. a., Gesellschaftsbild . . ., a. a. O., S. 134.

[14] Ebd., S. 120.

[15] Vgl. *R. Dahrendorf*, Das Mitbestimmungsproblem . . ., a. a. O., S. 31.

[16] *O. Neuloh*, Der neue Betriebsstil, a. a. O., S. 136.

[17] Diese Integrations- und Informationstheorie wird auch von *Erwin K. Scheuch* (Soziologische Aspekte . . ., a. a. O.) entwickelt: „Je größer das Wissen um die Mechanik von Einflußsystemen, um so positiver ist die Beurteilung des gegenwärtig bestehenden Systems von Gesellschaft und Politik allgemein, um so spezifischer sind die Kritikpunkte, die dann noch gegen das System vorgebracht werden." (S. 178) Damit folgt für die Wirkungsweise der Mitbestimmung: „Es scheint . . . die Funktion eines Ombudsmannsystems und eines allgemeinen Informationssystems in einem solchen Maße zu erfüllen, daß sich irrational ausdrückende Friktionen seltener sind und daß Unzufriedenheiten geringer scheinen als in anderen Industrieländern." (S. 182)

[18] *Popitz, Bahrdt* u. a., Das Gesellschaftsbild . . ., a. a. O., S. 139.

[19] Ebd., S. 132.

[20] Diese Verbindung wird besonders von einer Untersuchung hervorgehoben, die die IG Chemie—Papier Keramik herausgegeben hat: Die Einstellung der Arbeiter zur Mitbestimmung in Großbetrieben des Organisationsbereiches der IG Chemie—Papier—Keramik, in: *W. Gefeller*, Stabile Wirtschaft, Mitbestimmung, gesicherte Arbeitsplätze, Hannover 1966, S. 29 ff.

[21] *O. Neuloh*, Die deutsche Betriebsverfassung . . ., a. a. O., S. 218.

[22] Ders., Der neue Betriebsstil, a. a. O., S. 167.

[23] *Popitz, Bahrdt* u. a., Das Gesellschaftsbild . . ., a. a. O., S. 104.

[24] *R. Dahrendorf*, Das Mitbestimmungsproblem . . ., a. a. O., S. 57.

[25] *Popitz, Bahrdt* u. a., Das Gesellschaftsbild . . ., a. a. O., S. 66.

[26] *Pirker, Braun* u. a., Arbeiter . . ., a. a. O., S. 311.

[27] O. *Negt*, Soziologische Phantasie . . ., a. a. O., S. 24. Vom Unternehmerstandpunkt aus schreibt *G. Schmidtchen*, Die befragte Nation, Frankfurt/M. und Hamburg 1965, S. 188: „Mit dem Gefühl, gut zu verdienen, verändert sich auch das Bild der sozialen Umwelt: es wird versöhnlicher."

[28] Vgl. *L. v. Friedeburg*, Soziologie des Betriebsklimas, Frankfurt/M. 1963, S. 49.

[29] Vgl. Frankfurter Rundschau, 28. 1. 1969.

[30] O. *Negt*, Soziologische Phantasie . . ., a. a. O., S. 67.

[31] Vgl. Mitbestimmung — Argumente, Informationen, DGB, Düsseldorf 1969, S. 25.

[32] *P. Rolle*, Attitudes ouvriers et situations de travail, in: Cahiers d'étude de l'automation et des sociétés industrielles, 1962, Nr. 3, S. 99—163, hier S. 131/132.

[33] *Max von der Grün*, Irrlicht und Feuer, rororo 916, S. 54.

[34] *v. Agartz*, Die Gewerkschaften in der Zeitwende, in: Wiso, 1959, S. 797.

[34] Vgl. *J. K. Galbraith*, Die moderne Industriegesellschaft, München/Zürich 1968, S. 313.

[35] Vgl. *J. Robinson*, Über Keynes hinaus, Wien 1962, S. 154.

[36] *A. Gorz*, Der schwierige Sozialismus, Frankfurt/M. 1968, S. 19.

[37] Zynisch deshalb, weil *Pirker* schließlich selbst zu Beginn der fünfziger Jahre — als Mitarbeiter von *V. Agartz* — die Mitbestimmung überaus positiv und z. T. opportunistisch eingeschätzt hat. (Vgl. dazu seine verschiedenen Aufsätze in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 1951/1952.)

[38] *T. Pirker*, Die Gewerkschaften als Versicherungsbetrieb, in: *A. Horné* (Hrsg.), Zwischen Stillstand und Bewegung, Frankfurt/M. 1965, S. 7—21, hier S. 10.

[39] O. *Negt*, Soziologische Phantasie . . ., a. a. O., S. 22/23.

[40] Vgl. *Andrieux/Lignon*, L'ouvrier ajourd'hui, Paris 1960, S. 41 ff.

[41] Vgl. dazu weiter oben, Kap. II.

[42] *G. Schmidtchen*, Die befragte Nation, a. a. O., S. 182/183.

[43] *G. Friedmann*, Zukunft der Arbeit, Köln 1963, S. 52.

[44] Vgl. *A. Touraine*, La conscience ouvrière, Paris 1966, S. 280.

VI. Gewerkschaftspolitik und Arbeiterbewußtsein in der Periode der Neugründung der westdeutschen Gewerkschaften nach 1945*

1. Als der deutsche Faschismus seiner militärischen Niederlage immer offensichtlicher entgegenging, als sich die deutschen Truppen aus ihren Besatzungsgebieten zurückziehen und schließlich bedingungslos kapitulieren mußten, hatte die Arbeiterklasse in den west- und osteuropäischen Ländern durch ihre führende Stellung im antifaschistischen Widerstandskampf einen wesentlichen Anteil an der Zerschlagung der faschistischen Okkupation und ihrer Kollaborateure. Die Arbeiterschaft stand — so heißt es bei Theodor *Prager* — „dank ihrer führenden Stellung im patriotischen Widerstandskampf als moralisch und in gewisser Hinsicht sogar praktisch führende Kraft der Nation dar“ [1]. In Deutschland hingegen war die Arbeiterklasse zu geschwächt, als daß sie eine vergleichbare historische Rolle hätte übernehmen können. Ihre politische Führung war zum Teil dem Terror des Hitler-Regimes zum Opfer gefallen, die Überlebenden hatten in der Emigration, den Zuchthäusern und Konzentrationslagern die Verbindung mit den Massen verloren. Die 12jährige Manipulation durch die *Goebbels*sche Propagandamaschinerie war darauf ausgerichtet gewesen, humanistische, demokratische und sozialistische Vorstellungen sowie die Tradition der Arbeiterbewegung zu zerstören. Anders als im Jahre 1918, als in der militärischen Niederlage und dem politischen Zusammenbruch des imperialistischen Deutschlands von den bewußten Kräften der deutschen Arbeiterklasse der Versuch einer revolutionären Umwälzung unternommen wurde, war im Jahre 1945 das

Schicksal der zukünftigen Entwicklung Deutschlands von den alliierten Siegern des Zweiten Weltkrieges abhängig geworden. Die Frage, ob die deutsche Arbeiterklasse Subjekt dieser Entwicklung sein würde, war damit ihren eigenen Entscheidungs- und Entwicklungsmöglichkeiten weithin entzogen. Vielmehr war ihre Lösung in einem System weltpolitischer Konflikte und Interessen auszutragen, in dem die führenden Mächte, die USA und die UdSSR, die wesentlichen Entscheidungen trafen.

Und doch hatte die deutsche Arbeiterklasse — auch in den von den westlichen Mächten besetzten Gebieten — in den ersten Nachkriegsjahren einen bedeutenden Anteil an der Wiederinstandsetzung der Produktion und der wirtschaftlichen Versorgung der Bevölkerung. Diese erste Phase stand noch ganz im Zeichen der alliierten Beschlüsse von Jalta und Potsdam, die als erstes Ziel der Besatzungsmächte die Zerstörung der Wurzeln des Faschismus in Deutschland proklamierten. Zugleich hatte die US-Militärregierung Direktiven erlassen, die die Ausschaltung und Bestrafung aller Mitverantwortlichen des Nationalsozialismus festlegten. Die Repräsentanten monopolistischer und privatkapitalistischer Interessen, die fast ausnahmslos mit dem Faschismus zusammengearbeitet hatten, waren damit zunächst politisch und ökonomisch ausgeschaltet. Demgegenüber fiel der Arbeiterschaft und ihren Organisationen die Aufgabe zu, erst einmal Ruhe und Ordnung wiederherzustellen, die Energieversorgung zu sichern, die Verteilung von Nahrungsmitteln und Brennstoffen an die Bevölkerung zu organisieren und die Produktion allmählich wieder in Gang zu setzen. Es war dies die Periode, in der viele Unternehmungen praktisch von den Betriebsräten geführt wurden. „Am 16. April 1945 (also 6 Tage nach dem Einmarsch der Alliierten) war bereits der größte Teil der Belegschaften wieder an den Arbeitsplätzen, aber ohne Brot, ohne Arbeitskleidung, ohne Wohnungen", schrieb rückblickend die konzerneigene „Hüttenzeitung" des Bochumer Vereins[2].

Die Restgruppen der Arbeiterbewegung, die in der Emigration oder in den Lagern überlebt hatten und die nun bereit waren, für den politischen und den wirtschaftlichen Neuaufbau Deutschlands sich einzusetzen, waren sich weitgehend darüber einig,

daß der Wiederaufbau Deutschlands nur nach planwirtschaftlichen, sozialistischen Gesichtspunkten erfolgen konnte. Im „Manifest der demokratischen Sozialisten des ehemaligen Konzentrationslagers Buchenwald" wurden diese Ziele in aller Schärfe dargelegt[3], und auch der Gründungsparteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands im Mai 1946 erklärte diese Forderungen zum Programm: „Aufgrund der besonderen geschichtlichen Gegebenheiten und Eigenarten der geistigen Entwicklung in Deutschland braucht die deutsche Demokratie den Sozialismus. Die deutsche Demokratie muß sozialistisch sein oder gegenrevolutionäre Kräfte werden sie wieder zerstören." [4] Schon am 11. Juni 1945 hatte das Zentralkomitee der KPD das deutsche Volk aufgerufen, am Aufbau eines antifaschistisch-demokratischen Deutschlands mitzuwirken. Gegenüber der abstrakten sozialdemokratischen Programmatik „Sozialismus als Tagesaufgabe" konzentrierte sich die KPD auf „die ersten dringendsten Aufgaben" des demokratischen Wiederaufbaus, auf die Ausschaltung aller Kräfte, die den Faschismus ökonomisch und politisch getragen hatten, sowie auf die Herstellung einer „Einheit aller antifaschistischen, demokratischen und fortschrittlichen Volkskräfte" [4a].

Diese Ziele gehörten nicht nur zum Programm des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB) der sowjetisch besetzten Zone; sie waren auch von den führenden Kräften der wiederentstehenden Gewerkschaftsbewegung in den drei westlichen Zonen anerkannt. Noch im Jahre 1954 hatte Viktor *Agartz* in seinem begeistert aufgenommenen Referat auf dem DGB-Bundeskongreß in Frankfurt/Main auf den Konsensus der wirtschaftspolitischen Zielsetzung, der aus der Erfahrung des Faschismus entstanden war, hingewiesen: „Nach dem Ende des letzten Krieges war man sich durchaus bewußt, daß man den Kapitalismus als ökonomisches System, welches gerade im Faschismus eine weitere Vollendung erfahren hatte, nicht mit demokratischen Argumenten verteidigen konnte." [5] Ähnlich äußerte sich Erich *Bührig* im Jahre 1951: „Nach den Tagen des Zusammenbruchs des nazistischen Regimes und der Kapitulation Deutschlands im Mai 1945 war es allgemeine und unwidersprochene Auf-

fassung aller verantwortlichen Kreise wie aller sich für Deutschlands Schicksal verantwortlich fühlenden Persönlichkeiten, daß der Neuaufbau Deutschlands eine Neuordnung der gesellschaftlichen und damit auch der wirtschaftlichen Verhältnisse erfordere. Weder könnten die vor dem Zusammenbruch gewesenen Verhältnisse wiedergeschaffen noch könne da wieder angeknüpft werden, wo die Entwicklung durch die nationalsozialistische Machtergreifung 1933 unterbrochen wurde."[6]

Auch für die Mehrheit der deutschen Bevölkerung war es eine Selbstverständlichkeit, daß die selbstverantwortliche Regulierung von Produktion und Versorgung durch Organe der Arbeiterschaft bereits eine Vorstufe jener allgemein erwarteten „Neuordnung" von Wirtschaft und Gesellschaft war. Das kapitalistische System war durch seine Identifizierung mit dem Faschismus und den Zerstörungen des Krieges allzusehr diskreditiert. Von den bürgerlichen Kräften der sich formierenden CDU[7] über die reformistischen Sozialdemokraten und Gewerkschafter bis hin zu entschiedenen Sozialisten und Kommunisten bestand eine breite Front der Einmütigkeit in der Verurteilung des Kapitalismus. Diese Übereinstimmung ging noch weiter: sie erstreckte sich auf die Notwendigkeit der Sozialisierung der Grundstoffindustrien, das garantierte Mitbestimmungsrecht der Arbeiterschaft in den Großbetrieben sowie der öffentlichen Kontrolle wirtschaftlicher Machtkonzentration, um den Mißbrauch der wirtschaftlichen Machtkonzentration als politische Macht zu verhindern. Bereits bei der Verabschiedung einzelner Länderverfassungen war diese breite Stimmung für eine Neuordnung zum Ausdruck gekommen: Der nordrhein-westfälische Landtag entschied sich im Jahre 1948 mit großer Mehrheit für die Sozialisierung des Ruhr-Bergbaus, und bei dem Volksentscheid über den Art. 41 der Hessischen Landesverfassung, der die Sofort-Sozialisierung des Bergbaus, der Betriebe der Eisen- und Stahlerzeugung, der Energiewirtschaft und eines Teils des Verkehrswesens vorsah, entschieden sich 72% der Bevölkerung für diese Maßnahmen, obwohl auch hier durch die Intervention der US-Militärregierung eine gesonderte Abstimmung über diesen Artikel erwirkt worden war.

Die Grundsatzforderungen zur Neuordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, die der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) bei seiner Gründung im Jahre 1949 zum wirtschaftspolitischen Programm der neuen deutschen Gewerkschaftsbewegung erhob, ergänzten sich kaum zu einem umfassenden sozialistischen Programm. Da sie jedoch als ein Kompromiß der verschiedenen politischen und sozialen Interessengruppen, die sich nun in der Einheitsgewerkschaft zusammenschlossen, zu betrachten sind, spiegeln sie doch die breite Übereinstimmung über die Notwendigkeit einer strukturellen Neuordnung der deutschen Wirtschaft und Gesellschaft. Diese sollte vor allem neue wirtschaftliche Machtkonzentration und deren parteipolitischen Mißbrauch verhindern, die materielle und geistige Unterdrückung des Arbeiters im Produktionsprozeß aufheben und schließlich den abhängig arbeitenden Menschen zum bewußten, selbstverantwortlichen Subjekt einer nach den Prinzipien der politischen und der wirtschaftlichen Demokratie organisierten Gesellschaft befreien[8].

Erst vier Jahre nach dem Zusammenbruch des Faschismus konnte die Gründung einer einheitlichen gewerkschaftlichen Organisation der westdeutschen Arbeiterklasse Wirklichkeit werden. Dies lag nicht zuletzt daran, daß die westlichen Siegermächte zunächst den Aufbau zentral organisierter Gewerkschaftsverbände verhindert hatten. Da sie mit einer überregionalen und zentralen Gewerkschaftsorganisation die Herausbildung einer Gegenmacht der organisierten Arbeiterschaft zu den alliierten Regierungen befürchteten, machten sie — zunächst in der britischen Zone — für den Organisationsaufbau einen Drei-Stufen-Plan zur Vorschrift, nach dem von unten her, von der betrieblichen und lokalen Ebene, ein allmählicher Zusammenschluß gesteuert werden sollte. So kam es erst Mitte 1947 zur Gründung des DGB der britischen Zone und am Ende desselben Jahres zur Bildung eines Gewerkschaftsrates der Vereinigten Britischen und Amerikanischen Zone (Bi-Zone). Die Diskussion über eine einheitliche nationale Gewerkschaft als Endpunkt des gewerkschaftlichen Wiederaufbaus in Deutschland, die seit 1946 den Gegenstand von insgesamt 8 Interzonenkonferenzen bildete, an

denen Gewerkschafter aus allen — auch der sowjetischen — Besatzungszonen teilnahmen, wurde im Jahre 1948 abgebrochen. Die Spaltung Deutschlands in zwei Staaten, die sich mit der Verschärfung des kalten Krieges immer deutlicher abzeichnete, zerstörte auch die anfangs weitreichende Bereitschaft und Hoffnung auf einen gesamtdeutschen gewerkschaftlichen Zusammenschluß. Der unmittelbare Einfluß der westlichen Besatzung wie der ungebrochene Antikommunismus christlicher, liberaler und sozialdemokratischer Gewerkschaftsführer haben die Durchsetzung dieser Spaltungspolitik maßgeblich gefördert. Die von der amerikanischen AFofL auf internationaler Ebene betriebene Spaltung des Weltgewerkschaftsbundes (WGB) wiederholte mit der Gründung des IBFG im Jahre 1950 und dem Beitritt des DGB zu dieser neuen westlichen Gewerkschaftsinternationale noch einmal jene bereits am deutschen Modell vollzogene Festigung der Fronten im Ost-West-Konflikt [9].

Mit der Gründung des DGB hatte sich zugleich das Prinzip der Einheitsgewerkschaft als der organisatorisch übergeordnete Zusammenschluß einzelner Industriegewerkschaften durchgesetzt. Insgesamt 16 Einzelgewerkschaften, in denen Angestellte, Beamte und Arbeiter einzelner Industriezweige nach dem Grundsatz „ein Betrieb — eine Gewerkschaft" organisiert werden, mit ca. 5 Millionen Mitgliedern wurden im DGB vereinigt. Die Idee der Einheitsgewerkschaft hatte eine lange Tradition in der deutschen Gewerkschaftsbewegung; jetzt war ihre Verwirklichung in erster Linie Resultat der historischen Erfahrung des Faschismus: In den Gefängnissen und Konzentrationslagern wie in der Emigration waren sich die Funktionäre einig geworden, nach Kriegsende nicht wieder die alten Richtungsgewerkschaften aufzubauen. Die Spaltung der Arbeiterklasse war ein wesentliches Moment für die Niederlage und die Kapitulation der deutschen Gewerkschaften im Jahre 1933 gewesen. Dieser bitteren Lehre der Vergangenheit sollte durch die Schaffung einer starken einheitlichen Gewerkschaftsbewegung Rechnung getragen werden: Sie mußte stark genug sein, um die Interessen der werktätigen Bevölkerung wirksamer als früher zu vertreten und um jeden künftigen Angriff auf die Demokratie erfolg-

reich abzuwehren. Mit der Durchsetzung der Einheitsgewerkschaft war jedoch gleichzeitig die Festlegung auf die weltanschauliche, religiöse und parteipolitische Neutralität und Toleranz der Gewerkschaften verbunden. Damit manövrierte sich die westdeutsche Gewerkschaftsbewegung mit ihrer Gründung in den Widerspruch zwischen ihrem Programm auf der einen Seite, das mit seinen Forderungen nach Wirtschaftsdemokratie und der Kampfansage an alle antidemokratischen, restaurativen Tendenzen automatisch die Vorstellung von politischer Neutralität ausschloß, und auf der anderen Seite der Realität eines unter dem organisatorischen Dach der Einheitsgewerkschaft zusammengefügten Kartells verschiedener politischer Interessengruppen. Die Konsequenzen dieses Widerspruchs waren der Mehrheit der Gewerkschaftsführer in den ersten Nachkriegsjahren wohl kaum in aller Klarheit bewußt. Vielmehr war zu diesem Zeitpunkt die Erfahrung des Dritten Reiches noch allzu lebendig und vermochte damit bereits vorhandene Widersprüche zu verschleiern. Hans *Böckler*, der erste Vorsitzende des DGB, hat 1949 diese Erfahrung noch ganz deutlich als wesentliches Moment des gewerkschaftlichen Kampfes formuliert: „Ein zweites 1933 darf und wird es nicht mehr geben. Darin sind sich die gewerkschaftlich organisierten Männer, Frauen und Jugendlichen einig." [10] In dem Maße freilich, in dem in den Tageskämpfen der folgenden Jahre die konkrete Erfahrung jener Epoche, in der sich die kapitalistischen Interessengruppen mit dem Faschismus zur Zerschlagung der Arbeiterbewegung verbündet hatten, an Einfluß verlor — in dem Maße konnten auch die Gegensätze und Widersprüche, die die Einheitsgewerkschaft in sich vereinigte, deutlicher werden und die politische Aktivität der westdeutschen Gewerkschaftsbewegung beeinträchtigen.

Ebensowenig darf für die Entwicklung der Gewerkschaftspolitik nach 1945 der Einfluß der Traditionen des deutschen Gewerkschaftsreformismus übersehen werden. Die Führungsgruppe des neuaufgebauten Apparates setzte sich fast ausschließlich aus Gewerkschaftern zusammen, die in den Jahren vor 1933 den „freien" Gewerkschaften oder gar den Hirsch-Dunckerschen und christlichen Gewerkschaften angehört hatten. Diese Verbände hatten

gegenüber der faschistischen Diktatur bis zu ihrer gewaltsamen Auflösung eine — zum Teil beschämende — Politik der Kapitulation und Anbiederung betrieben. Während die Vertreter der christlichen und der Hirsch-Dunkerschen Gewerkschaften bereits am 17. März 1933 mit *Goebbels* über die Teilnahme am Aufbau des nationalsozialistischen Staates verhandelten und ihre Vertreter im Reichstag dem Ermächtigungsgesetz zugestimmt hatten, demonstrierte der ADGB am 9. April 1933 das Eingeständnis seiner kampflosen Kapitulation mit einer Erklärung an die Reichsregierung Adolf *Hitlers*, in der es hieß: „Getreu seiner Aufgabe, am Aufbau einer sozialen Ordnung des deutschen Volkes mitzuwirken, in der die Lebensrechte der Arbeiterschaft entsprechend ihrer Bedeutung für das Volksganze in Staat und Wirtschaft gesichert sind, erklärt sich der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund bereit, die von den Gewerkschaften in jahrzehntelanger Wirksamkeit geschaffene Selbstverwaltungsorganisation der Arbeiterschaft in den Dienst des neuen Staates zu stellen." [11]

Die Selbstaufgabe der Gewerkschaften im Jahre 1933 war keineswegs individuelles Versagen oder gar der Verrat einer kleinen Führungsgruppe. Sie spiegelte vielmehr die politische Unfähigkeit und Unbeweglichkeit eines bürokratischen Verwaltungsapparates, der in seiner eigenen Verwaltung, in der Regelung tarifpolitischer und arbeitsrechtlicher Probleme und in den Verwaltungen der Kommunen, der Länder und des Reiches sich weitgehend spezialisiert und zugleich auch entpolitisiert hatte. Dies brachte notwendig die Entfremdung von den traditionellen Zielsetzungen der Arbeiterbewegung mit sich. Die marxistische Theorie mußte den eigenen Interessen der gewerkschaftlichen Bürokratie fremd sein — allenfalls konnte sie als unverbindliche, von der täglichen Praxis abgeschnittene Fernzielideologie immer wieder beschworen werden. Der Widerspruch zwischen den verselbständigten Interessen der Bürokratie und den aktuellen Widersprüchen des kapitalistischen Systems in der Weltwirtschaftskrise wurde von einem theorielosen Pragmatismus verdeckt, dessen politische Konsequenz letztlich in der Krise des Jahres 1933 offenbar wurde. Alfred *Weber* hat diesen Pragma-

tismus treffend kritisiert: „Die Gewerkschaften litten darunter, daß in der Zeit von 1918 bis 1933 viele der besten Köpfe der Arbeiterbewegung in leitende Stellen der öffentlichen Verwaltung berufen wurden, wodurch sie eine Lebensstellung erhielten, die sie den gewerkschaftlichen Aufgaben entfremdete. Die Überwindung des Marxismus und mit ihm der Klassenkampftheorie, ohne daß dafür irgendein anderer ideologischer Ersatz geboten werden konnte, bedeutete eine ernste Schwächung der freien Gewerkschaften." [12]

Das gewerkschaftliche Bewußtsein der Führungskräfte, die nach 1945 an den Aufbau der westdeutschen Gewerkschaftsbewegung gingen, war durch ihre Praxis in den reformistischen Verbänden der Weimarer Republik geprägt worden. Zwar waren viele von ihnen nach dem Kriege mit der Auffassung nach Deutschland zurückgekehrt, daß eine zukünftige Gewerkschaftsbewegung nur als aktive politische Kraft — in einer nach den Prinzipien der Wirtschaftsdemokratie geordneten Gesellschaft — einem neuerlichen Erstarken des Kapitalismus und damit der Gefahr des Faschismus entgegenwirken könne. Dennoch trat in den westlichen Besatzungszonen doch bald jene Gruppe ehemals führender Funktionäre in den Vordergrund, die über einen teilweise blinden Antikommunismus, der selbstverständlich von den Besatzungsmächten mit allen Mitteln gefördert wurde, auf eine Wiederherstellung der reformistischen sozialdemokratischen Prinzipien der Gewerkschaften drängten. Fritz *Tarnow*, der schon vor 1933, als Vorsitzender des Verbandes der Holzarbeiter, am rechten Flügel der Gewerkschaften stand, wandte sich noch aus der schwedischen Emigration gegen die Bestrebungen zur Einheitsgewerkschaft, weil er die Gefahr eines kommunistischen Machteinflusses witterte. Im Jahre 1947 schließlich — als er Sekretär des Gewerkschaftsrates der amerikanischen Zone geworden war — hat die von ihm vorgelegte „gewerkschaftliche Prinzipienerklärung" die bereits weit vorangeschrittenen Einigungsbemühungen der Gewerkschaftsverbände der westlichen und der sowjetischen Besatzungszonen zunichte gemacht [13]. Diese gab den Prinzipien der westlichen Demokratie gegenüber allen sozialistischen Zielsetzungen den Vorrang und schrieb damit den

Gewerkschaften die politische Neutralität in einer formaldemokratischen, ökonomisch jedoch privatkapitalistischen Staats- und Gesellschaftsordnung vor.

2. Für die Öffentlichkeit und auch im Selbstverständnis vieler Gewerkschafter mußte der Zusammenschluß von 5 Millionen Werktätigen als eine eindrucksvolle Demonstration der Macht der organisierten Arbeiterschaft erscheinen. Ihr Programm enthielt eine scharfe Ablehnung und Kampfansage an die Versuche einer Restauration des Monopolkapitalismus und bezog damit eine Gegenposition zur ersten bürgerlichen Regierung des neuen westdeutschen Staates, die unter dem Schlagwort der „sozialen Marktwirtschaft" eine gegen die Forderungen der Gewerkschaften und der Arbeiterparteien gerichtete Politik der kapitalistischen Restauration verfolgte. An solchen Demonstrationen gewerkschaftlicher Macht hatte es bereits vorher nicht gefehlt. So hatten die Gewerkschaften bereits im November 1948 die deutschen Arbeiter zu einer eintägigen Arbeitsniederlegung aufgefordert, um damit gegen steigende Arbeitslosigkeit und die sich verschärfenden katastrophalen Lebens- und Arbeitsbedingungen zu protestieren, die mit einer immer deutlicher werdenden Ablehnung der Mitbestimmungs- und Sozialisierungsforderungen zusammentrafen. „Dies, so hieß es in einem offenen Brief des DGB an den damaligen Direktor für Wirtschaft, Ludwig *Erhard*, „wird der Punkt sein, an dem die Gewerkschaften mit geballter Kraft den Kampf aufnehmen." [14] Insgesamt 10 Millionen Werktätige folgten diesem Aufruf und demonstrierten damit ihre Bereitschaft zum Kampf um die Verwirklichung ihrer Forderungen nach Wirtschaftsdemokratie und der Verbesserung ihres Lebensstandards.

Doch alle diese zahlreichen politischen, organisatorischen und programmatischen Demonstrationen gewerkschaftlicher Macht und Solidarität standen in einem ausgeprägten Widerspruch zu den wirklichen Entwicklungen und Entscheidungen, die den Charakter der westdeutschen Wirtschaft und Gesellschaft zwischen 1945 und 1949 bestimmten. Als im Jahre 1949 die wirt-

schaftspolitischen Grundsatzforderungen des DGB proklamiert wurden; als die ersten Wahlen für das Parlament des neuen westdeutschen Staates stattgefunden hatten; als die wirtschaftliche Mangelsituation der Nachkriegsperiode allmählich in eine Phase beschleunigter wirtschaftlicher Expansion überging und als schließlich die Diktatur der Siegermächte durch eine westdeutsche Regierung ersetzt wurde, deren erklärtes Ziel die Festigung eines militärisch hochgerüsteten — in das westliche Wirtschafts- und Militärsystem integrierte — antikommunistischen Staates war — zu diesem Zeitpunkt waren, so schreibt Wolfgang *Abendroth*, „... die Entscheidungen bereits gefallen: für die Restauration, die dank des wirtschaftlichen Aufschwungs wieder Wurzeln geschlagen hatte, und gegen den Sozialismus." [15]
Die Entscheidung gegen eine sozialistische Entwicklung in Westdeutschland war in erster Linie das Ergebnis der in den vorangegangenen vier Jahren planvoll durchgesetzten westlichen — vorwiegend amerikanischen — Besatzungspolitik. Bereits auf dem ersten Bundeskongreß des Gewerkschaftsbundes der britischen Zone im Jahre 1947 charakterisierte Viktor *Agartz* das entscheidende Merkmal der politischen und sozialen Situation der nachfaschistischen Gesellschaft: „Die militärische Besetzung Deutschlands hat die notwendige Auseinandersetzung mit dem Faschismus und den hinter ihm stehenden wirtschaftlichen Kräften verhindert. Wieder droht eine Revolution zu versanden." [16]
Deutschland war Objekt — d. h. die Entscheidungen über seine zukünftige Entwicklung wurden von den weltpolitischen Interessen der Siegermächte bestimmt und von den Besatzungsregierungen, die die diktatoriale Exekutive des Faschismus abgelöst hatten, durchgesetzt. „Die deutsche Arbeiterklasse, in der großen Krise durch den Faschismus geschlagen, ... diese deutsche Arbeiterklasse taucht aus der Katastrophe des faschistischen Systems in einer Situation auf, in der sie, anstatt Subjekt eines politischen Prozesses zu sein, von vornherein bloßes Objekt war." [17]
Schon mit der Stuttgarter Rede des US-Außenministers *Byrnes* im September 1946 wurden die Intentionen der westlichen Besatzungspolitik angedeutet: Die USA gingen im Zuge der Verschärfung des kalten Krieges zunehmend von der ökono-

misch-kolonialen Behandlung, von der Bestrafung der Repräsentanten des Nationalsozialismus zu einer Politik der aktiven ökonomischen, ideologischen und militärischen Aufrüstung Westdeutschlands über. Bei der Festigung des antikommunistischen Gürtels konnten die westdeutsche Arbeiterklasse und ihre Organisationen — auch wenn diese ihre Verbundenheit zur „freien Welt" proklamierten — kaum als zuverlässiger Partner angesehen werden. Vielmehr war es im Interesse einer solchen Politik unumgänglich, daß die Vertreter privatkapitalistischer Interessen — am Ende des Krieges noch durch ihre aktive Unterstützung der faschistischen Diktatur diskreditiert — nunmehr zum erklärten Verbündeten der amerikanischen Politik werden mußten. General *Clay* hat Anfang 1949 die „Notwendigkeit" einer Wandlung der amerikanischen Besatzungspolitik nachträglich prägnant bezeichnet: „Die negativen und strafenden Phasen der Arbeit der Militärregierung sind abgeschlossen. Um Westdeutschland für seine Aufgabe zu ermutigen, muß die politische und wirtschaftliche Diskriminierung der ehemaligen Nazis aufhören. Unsere Aufgabe liegt nunmehr gänzlich auf konstruktivem Gebiet, wo sich der amerikanische Geist und das amerikanische Talent am besten bewährt haben." [18]

Mit den finanziellen und materiellen Subventionen aus dem European Recovering Program (Marshall-Plan) wurde diese Politik der antikommunistischen Integration eingeleitet. Neben der Entlastung der überhitzten amerikanischen Kriegskonjunktur bestand die Aufgabe dieses Programms vor allem im Zurückdrängen des wachsenden kommunistischen Einflusses in Westeuropa. „Das ERP", so sagte der amerikanische Professor Seymour A. *Harris*, „ist eine politische Waffe von erstklassiger Bedeutung. Der Kommunismus befindet sich auf dem Vormarsch; der Kommunismus gedeiht im Elend; und das ERP ist ein Versuch, die Erholung Westeuropas zu fördern. Ohne sie könnte Westeuropa leicht dem Kommunismus oder einer sonstigen Form des Totalitarismus erliegen." [19] Die finanziellen Mittel deckten zum Teil den enormen Kapitalbedarf, den die deutsche Industrie dringend benötigte. Mit dem Anlaufen der Marshall-Plan-Hilfe wurde den deutschen Arbeiterpolitikern und Gewerk-

schaftern daher klar, daß sie eine „Wiederaufrüstung des Großkapitals“ [20] bedeutete und damit gleichzeitig ein erster entscheidender Schritt zur Verhinderung der gewerkschaftlichen Ansprüche auf die Sozialisierung der Grundstoff- und Schwerindustrie war. Die Gewerkschaften, durch den Druck ihrer Mitgliedschaft gezwungen, einen außerordentlichen Kongreß einzuberufen, dessen ausschließliches Thema die gewerkschaftliche Haltung zum Marshall-Plan war, bejahten schließlich den amerikanischen Plan mit dem resignativen Hinweis, daß ihr angesichts der herrschenden Not und Zerstörung kein anderer Ausweg bliebe. Klar hat damals Hans *Böckler* die Einsicht ausgesprochen, daß die gewerkschaftspolitischen Ziele und Forderungen nicht zu verwirklichen sind; denn — so sagte er — „ . . . wir haben eine Besatzung, die uns nicht hilft, zum Ziel zu gelangen“ [21]. Mit der Verkündung des Ruhr-Statuts und den Entflechtungsmaßnahmen der Großkonzerne wurde die mit dem Marshall-Plan begonnene Politik der Restauration des deutschen Kapitalismus fortgesetzt. Zwar hatte es zunächst den Anschein, daß die internationale Kontrolle der deutschen Stahl- und Kohleproduktion und die Auflösung der Großkonzerne gegen die Machtpositionen des deutschen Großkapitals gerichtet waren. Entscheidend war jedoch, daß wiederum die gewerkschaftliche Forderung nach Sozialisierung und demokratischer Kontrolle dieser Industriezweige von den mächtigeren Interessen der Besatzungsmächte nach einer Überwachung der westdeutschen Rohstoffbasen und der Schwerindustrie zunichte gemacht wurden. Darüber hinaus erwiesen sich die Entflechtungsmaßnahmen als ein Mittel, innerhalb nur kurzer Zeit die alten deutschen Großkonzerne — zwar in anderer Form, aber um so größer und mächtiger — wiederauferstehen zu lassen.

Die Geld- oder die sogenannte Währungsreform des Jahres 1948 hat schließlich endgültig die Weichen für die kapitalistische Restauration in der Bundesrepublik gestellt. In ihr wurden gleichfalls modellhaft die klassenpolitischen Maßnahmen vorweggenommen, die in den folgenden Jahren der Stabilisierung und Konjunktur des westdeutschen Kapitalismus zugrunde lagen: die staatliche, exekutive Förderung einer „freien Unter-

nehmerwirtschaft". Niemals zuvor ist in der Geschichte des deutschen Kapitalismus — so bemerkt Theo *Pirker* — „... die Klassenteilung der Gesellschaft ... offener und unerbittlicher zur Grundlage einer wirtschaftspolitischen Entscheidung gemacht worden als in der Geldreform des Jahres 1948" [22]. Während einerseits durch die Währungsreform in den westlichen Zonen die Spaltung Deutschlands besiegelt wurde, indem die sowjetische Zone praktisch zum „Devisen-Ausland" erklärt war, so hat andererseits ihre sozialwirtschaftliche und soziologische Bedeutung in erster Linie darin bestanden, daß sie „... dem Eigentümer und dem Besitzer von Produktionsanlagen und dem Besitzer von Warenvorräten die Sachwerterhaltung garantierte, die sie über den Tag der Geldreform mit hinübernehmen konnten" [23].

Der „Roßtäuscher-Trick von Erhards Währungsreform" [24], der dem kleinen Mann vormachen sollte, auch Herr Krupp und Herr Flick hätten im Juni 1948 mit einem Kopfgeld von DM 40,— wieder neu angefangen, war nur allzuleicht zu durchschauen: Die Geldreform bestätigte die volkswirtschaftlichen Werte in den Händen einer Minderheit von Produktionsmittel- und Sachwertbesitzern und enteignete die Masse der Arbeiter und Angestellten. Doch damit ist erst eine Seite der klassenpolitischen Bedeutung dieser Maßnahmen bezeichnet. Entscheidender für die zukünftige Entwicklung der deutschen Wirtschaft sind die im Zusammenhang mit der Geldreform erlassenen Steuer-, Bilanz- und Abschreibungsgesetze geworden. Diese gewährten die erneute Abschreibung des gerade durch die Währungsreform aufgewerteten Anlagevermögens, d. h. daß Werte, die schon voll abgeschrieben waren, ein zweites Mal in den Preis eingingen und damit den Konsumenten, d. h. die Masse der abhängigen Lohnarbeiter, belasteten. Diese Praxis der steuerlichen Begünstigung der privaten Unternehmen auf Kosten der Konsumenten ermöglichten die Bildung der Kapital- und Investitionsfonds, die die Konjunktur des westdeutschen Kapitalismus begründeten. Nach den Angaben von Viktor *Agartz*, der damals noch Direktor des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften (WWI) war, hat die gesetzliche Investitions-

hilfe bis 1954 „... das steuerliche Einkommen jährlich um rd. 6,9 Milliarden DM verkürzt“ [25]. Ludwig *Rosenberg* hat 1959 — vor dem DGB-Kongreß in Stuttgart — als Ergebnis der zehnjährigen kapitalistischen Konjunktur festgehalten, „daß von der angeblich alles umfassenden Kapitalvernichtung durch den letzten Krieg die Sachbesitzer in einer wirklich wundervollen Weise verschont geblieben sind. Sie haben ihren Sachbesitz nicht nur erhalten, sie haben ihn nicht nur verstärkt, sondern sie sind aus der angeblich alles gleichmachenden Währungsreform machtvoller als je und mit staatlicher Billigung und mit steuerlicher Förderung hervorgegangen. In den hinter uns liegenden 10 Jahren des Wiederaufbaus einer vom Krieg fast völlig zerstörten Wirtschaft wurde für etwa 200 Milliarden DM neuer Sachbesitz geschaffen. Davon entfallen allein etwa 50 Milliarden DM auf Produktivanlagen in der Gütererzeugung, etwa 30 Milliarden DM auf die Aufstockung von Lagervorräten und etwa 40 Milliarden DM auf den Wohnungsbau“ [26].

Die Periode des forcierten wirtschaftlichen Wachstums wurde durch jene Grundfaktoren bestimmt, die der Reproduktion des monopolistischen Kapitalismus schlechthin zugrunde liegen. In der Phase des Wiederaufbaus der zerstörten Wirtschaft, einer notwendig kurzen Periode der kapitalistisch nachholenden Industrialisierung, traten sie aber besonders deutlich hervor: erhöhter Exploitationsgrad der Ware Arbeitskraft, d. h. niedrige Löhne bei gleichzeitig monopolistisch überhöhten Preisen. Diese durch Konsumverzicht und lange Arbeitszeit der arbeitenden Massen erwirtschafteten Überprofite, die durch die staatliche Gesetzgebung sanktioniert und noch erhöht wurden, garantierten — zusammen mit den ausländischen Subventionen — den Anstieg der Investitionstätigkeit in der westdeutschen Wirtschaft. Die staatliche Begünstigung der kapitalistischen Restauration erfolgte also nicht nur über die Wirtschaftspolitik, sondern vor allem auch über die staatliche Steuerpolitik: „Die gewerblichen Anlagen sind überwiegend auf dem Wege über die Selbstfinanzierung und unter besonderer steuerlicher Begünstigung erfolgt. Der beste Beweis dafür ist, daß die großen Kapitalgesellschaften in den Jahren der Industrieexpansion nach 1945

nur ganz selten ihr ausgewiesenes Eigenkapital erhöht haben. Die ungeheure Kapitalanreicherung der Betriebe wurde durch die Selbstfinanzierung über den Preis erreicht. Die durch die Steuermethoden geförderte Unterbewertung der Anlagen waren neben anderem die Ursache der stillen Reservefonds, die ein bisher noch nie gekanntes Ausmaß annehmen konnten und ohne Erhöhung des Eigenkapitals haben sie auf diese Weise gewaltige Kapitalpolster geschaffen." [27]

Die notwendige Folge dieser Kapitalbegünstigungspolitik war die Aufhebung der seit dem Zusammenbruch bestehenden Kontrollen und Preisbeschränkungen. Während der Lohnstopp zunächst noch aufrechterhalten wurde, schloß sich an die Maßnahmen der Geldreform unmittelbar eine Periode an, in der „... die Preise den Löhnen einfach davonliefen", d. h. in der der Reallohn der arbeitenden Masse gewaltig gesenkt wurde: „Für die Millionen der Flüchlinge, Rentner, Fürsorgeempfänger, aber auch für die meist auf Lohn oder Gehalt angewiesenen Erwerbstätigen", beklagte Hans *Böckler*, „brachte so die Währungsreform eine neue schwere Belastung. Die reale Kaufkraft der gegen Lohn oder Gehalt Beschäftigten ging in wenigen Monaten rapide zurück." [28] Die gewerkschaftliche Forderung nach einem Investitionslenkungsprogramm ging von der immer konkreter werdenden Erfahrung aus, daß die Entwicklung in der Grundstoffindustrie hinter der der Verarbeitungsindustrien weit zurückblieb. Damit stiegen im Zeitraum nach der Währungsreform nicht nur die Fehlinvestitionen, sondern auch die Arbeitslosigkeit erheblich an. Die konjunkturelle Entwicklung Westdeutschlands ist demnach zunächst gekennzeichnet durch einen deutlichen Rückgang des privaten Verbrauchs am Bruttosozialprodukt. Er sank vom 2. Halbjahr des Jahres 1948 bis 1953 von 76% auf 57%, wohingegen der Anteil der Gesamtinvestitionen von 19% auf 27% anstieg [29]. Das wirkliche Ausmaß der Ausbeutung und des bewußt niedrig gehaltenen Lebens- und Konsumniveaus der Arbeitenden kann freilich erst durch einen Vergleich mit dem Anteil des privaten Verbrauchs am Bruttosozialprodukt in anderen Ländern ermessen werden. Er lag um diese Zeit (1953/54) in Dänemark bei 63,3%, in Frankreich bei

66,2%, in England bei 67,5%, in Österreich bei 68,9%[20]. Die Grundlagen der heute allseits beklagten Ungleichheit der Vermögensbildung wurden also durch die klassenpolitischen Maßnahmen in der Entstehungsgeschichte der Bundesrepublik bereits zementiert.

Nach Berechnungen des WWI entwickelte sich die Ertragslage der westdeutschen Industrie zwischen Juni 1948 und September 1950 wie folgt[21]:

A. Lohn- und Gewinnquote

Zeit		Netto-produk-tionswert	Lohn- u. Gehalts-summe	Gewinn-summen	Lohn-quote	Gewinn-quote
		1936 = 100			v.H.	
1936		100	100	100	50	50
1948	Juni	68	112	23	83	17
	September	161	134	187	42	58
	Dezember	187	158	217	42	58
1949	März	223	162	281	37	63
	Juni	210	166	252	40	60
	September	237	174	299	37	63
	Dezember	241	185	294	39	61
1950	März	235	183	287	39	61
	Juni	254	191	320	37	63
	September	297	206	386	35	65

B. Entwicklung der Gewinne

Zeit		Gewinnmasse	Reale Gewinnmasse	Realer Gewinn je Produktions-einheit
			1936 = 100	
1936		100	100	100
1948	Juni	23	11	21
	September	187	82	114
	Dezember	217	95	117
1949	März	281	128	139
	Juni	252	117	133
	September	299	139	145
	Dezember	294	146	147
1950	März	287	146	145
	Juni	320	166	154
	September	386	202	162

Diesen Entwicklungen entsprach es durchaus, daß die Gewerkschaften auf die verfassungrechtliche Konstitutierung des neuen westdeutschen Staates, vor allem auf das Grundgesetz, keinen maßgeblichen Einfluß mehr hatten. Durch die Währungsreform war bereits eine Verfassungswirklichkeit geschaffen worden, an der jeder Versuch einer politischen und sozialen Neuordnung scheitern mußte. Auch die politisch und ökonomisch bereits vollzogene Spaltung Deutschlands war eine Realität geworden, vor der die Proklamation des provisorischen Charakters des Verfassungsentwurfs schon illusionär war[32]. An der Einstellung sozialdemokratischer und sozialliberaler Kräfte zur neuen westdeutschen Verfassung läßt sich jene widersprüchliche Fehlorientierung des politischen Verständnisses der Nachkriegszeit nachvollziehen, die als einer der wesentlichen Gründe für das Scheitern demokratischer und sozialistischer Vorstellungen in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft angesehen werden muß. „Während die verfassungsgeberische Tätigkeit des Parlamentarischen Rates nicht zuletzt durch die Absicht geprägt war, den Rückfall in den Nationalsozialismus unmöglich zu machen, resultierten die tatsächlichen Probleme, denen sich das politische System der Bundesrepublik schon bald nach der Konstituierung gegenübersah, aus der supranationalen Integration der Bundesrepublik im Zeichen des kalten Krieges, aus der gleichzeitigen Verfestigung der deutschen Teilstaatlichkeit und schließlich aus der anhaltenden ... Ausdehnung der Staatsaufgaben."[33]

3. Die Frage nach den Bedingungen der erfolgreichen kapitalistischen Restauration, die ja bereits im Jahre 1949 das wirtschaftsdemokratische Programm der Gewerkschaften in einen tiefen Widerspruch zur sozialen und ökonomischen Realität brachten, ist jedoch mit dem Hinweis auf die Einwirkung der weltpolitischen Konflikte und dem wirtschaftlichen und politischen Druck der Besatzungmächte allein nicht zu beantworten. Diese Resultate müssen letztlich ihre Voraussetzungen auch in dem politischen und ökonomischen Kräfteverhältnis der Klassen haben, das nicht nur die deutsche Nachkriegsgesellschaft für jene Politik

offenhielt, sondern dessen Grundlagen sowohl in der ökonomischen und politischen Herrschaftsverfügung als auch im politischen Bewußtsein der Massen aufzusuchen sind.

Durch die unmittelbaren Kriegs- und Nachkriegszerstörungen bot Deutschland im Jahre 1945 zunächst ein Bild des Chaos und der totalen Verwüstung. Dieser vordergründige Eindruck muß jedoch bei einer sorgfältigen Betrachtung differenziert werden: Wohngebäude und Transportwege waren von den Zerstörungen weit mehr betroffen als die industriellen Anlagen. Unter den Trümmern waren eine Menge lebenswichtiger Maschinen intakt oder doch leicht reparierbar geblieben; die Schwerindustrie, jene Keimzelle des deutschen Imperialismus, hatte im Grunde nur leicht gelitten. Nach den Angaben von André *Piettre* waren durch die Kriegseinwirkungen in den einzelnen Industriezweigen nicht mehr in Gang zu setzen: Bergbau 10%, Stahlindustrie 10%, Maschinenbau 15-20%, Textilfabriken 20%, chemische Industrie 10-15%, Automobilindustrie 40%[24]. „Angeschlagen war in Deutschland in erster Linie das Volksvermögen", resümiert der britische Liberale Michael Balfour[25]. „Die Dauerschäden seiner Industrieanlagen waren nicht so schwerwiegend, mochten sie auch in der Verwirrung der Niederlage und beim Zusammenbruch des Verkehrswesens zunächst größer erscheinen."

So ist als verblüffendes Ergebnis des sogenannten Zusammenbruchs im Jahre 1945 zunächst festzuhalten, daß die deutschen Industriellen immer noch über das mächtigste Industriereich in Europa verfügten. Die ökonomische Macht der „Wirtschaftselite" war demnach keineswegs zerstört. Vielmehr war sie, da ihre Grundlagen weitgehend erhalten geblieben, aber unmittelbar nicht eingesetzt werden konnten, für eine kurze Periode „auf Eis gelegt". Nicht nur fällt in diese kurze Zeit der monopolistischen Machteinschränkung die mit großem propagandistischem Aufwand, aber letzlich geringer Wirkung eingeleitete Entnazifizierung. Die Produktion war gleichzeitig durch die Zerstörung der Infrastruktur, die Schwierigkeiten bei der Zulieferung und Rohstoffversorgung und natürlich auch durch die alliierten Produktionsbeschränkungen blockiert. Als jedoch die

Marshall-Hilfe und die „Währungsstabilisierung" einsetzten, konnten die noch intakten und teilweise sogar in den ersten Nachkriegsjahren durch eigene Initiative und Organisation der Arbeiter auf betrieblicher Ebene erweiterten Kapazitäten und Ressourcen der deutschen Industrie in einem solchen Maße eingesetzt werden, daß sie schon im Jahre 1950 das Niveau der industriellen Produktion von 1936 bereits überschritten hatte[36]. Diese Kontinuität der Klassenherrschaft gilt nicht nur für die Gruppe der Produktionsmittelbesitzer, der Großaktionäre sowie des Finanz- und Bankkapitals. Auch diejenigen, die in der staatlichen Verwaltung, Militär, Kirche, Justiz und den Bildungseinrichtungen Spitzenpositionen einnahmen und dort die Interessen wie die Ideologie der herrschenden Klassen vertraten, konnten im wesentlichen ihren Einfluß erhalten und ausbauen. Nach den Ergebnissen einer Studie von *Edinger*[37] waren im Jahre 1955 alle bundesdeutschen Generale bereits in der Hitler-Armee Generale gewesen. Jeder zweite höchste Verwaltungsbeamte war auch in der Nazi-Zeit schon in ähnlicher Position, und lediglich bei den Kabinetts-Mitgliedern, Parlamentariern und politischen Führern war der Prozentsatz derer, die im Dritten Reich gleiche Positionen innehatten, äußerst gering. „Während die politische Elite sich — insbesondere durch Aufstieg und Fall der Nazi-Elite — seit 1925 in ihrem Sozialprofil nicht unerheblich gewandelt hat, gilt dies für die administrative und wirtschaftliche Elite, vor allem für die höchsten Juristen, die Generalität und führende Unternehmer kaum." So faßt *Dahrendorf* diese Ergebnisse zusammen[38].

In der nachfaschistischen westdeutschen Gesellschaft blieben also die Grundstrukturen kapitalistischer Herrschaft erhalten: Die Sozialisierung der industriellen Konzerne und Großbetriebe fand nicht statt. Großbanken und Kreditinstitute wurden keiner gesamtwirtschaftlichen, öffentlichen Kontrolle unterworfen. Die Besitzverhältnisse in der Landwirtschaft wurden nicht durch eine Landreform verändert, und die Entmachtung des deutschen Militarismus war nur auf eine kurze Periode beschränkt, nach der er sich um so mächtiger wieder entfaltete. Zweifellos bedeutete die Ablösung der politischen „Nazi-Elite" ein neues Moment, das

den wesentlichen Zug der Entwicklung des westdeutschen Kapitalismus ausmachte: der Kompromiß der herrschenden Klasse mit der parlamentarischen Demokratie, der durch die Kompromißbereitschaft der reformistischen Arbeiterbewegung erleichtert und durch das ideologische Schild des Antikommunismus gefestigt wurde. Wollte die deutsche Bourgeoisie ihre traditionellen Machtpositionen bewahren, so mußte sie vor allem zu verhindern suchen, daß durch den Druck der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen der liberale Rechtsstaat zu einem sozialen Rechtsstaat gewandelt wurde. „In der Tat", schreibt Jean-Marie *Vincent*, „bestand das Hauptproblem der deutschen Bourgeoisie weniger im Wiederaufbau ihrer Industrieanlagen als vielmehr im Schutz dieser Anlagen gegen die Aktivitäten der Arbeiterbewegung. Sie mußten unter Bedingungen funktionieren, die die Kontinuität der Profite garantierten." [39]

Wie aber sah es um die Lage und das Bewußtsein, die Organisation und die Stärke der deutschen Arbeiterklasse nach 1945 aus? Von den Auswirkungen des Krieges war sie weit schwerer betroffen worden als die Gruppe jener, die ihn angezettelt und schließlich von ihm profitiert hatte. Nicht nur das industrielle Proletariat, sondern nahezu alle Schichten der Unselbständigen befanden sich bei Kriegsende in einer Situation der absoluten Verelendung. Die offizielle Lohnstatistik weist aus, daß im Jahre 1948 die Reallöhne erst 67,5 % der Reallöhne von 1938 erreichten, und noch im Jahre 1951 lagen die Reallöhne unter dem Vorkriegsniveau [40] — und das zu einer Zeit, in der der Index der Realprofite der Industrie sich gegenüber dem Vorkriegsstand fast verdoppelt hatte. Dazu kam eine konstante Massenarbeitslosigkeit, die zwischen 1949 und 1951 ständig zwischen 1 und nahezu 2 Millionen Beschäftigte betraf [41]. Diese Zahlen allein reichen jedoch nicht aus, um die wirkliche Lage der arbeitenden Bevölkerung zu charakterisieren. Millionen von Menschen hatten ihre Wohnung und ihren Arbeitsplatz verloren. Familien waren durch Evakuierung, Flucht und die Menschenverluste des Krieges und der Bombenangriffe auseinandergetrieben und buchstäblich auf die Straße geworfen. Sie nahmen an jener Massenwanderschaft teil, die sich in den ersten

Nachkriegsjahren über die deutschen Straßen bewegte. „In Deutschland war fast alles unterwegs: Flüchtlinge, die bessere Unterkünfte suchten, Soldaten, die bei ihrer Heimkehr zerstörte Wohnungen angetroffen und ihre Familien nicht vorgefunden hatten und nun deren Spuren verfolgten, Eltern, die nach verlorenen Kindern, bisweilen auch Kinder, die nach Eltern suchten, Verbrecher und Schwarzhändler, die ihren Profiten nachjagten, Städter, die um eines nahrhaften Päckchens willen Freunde auf dem Land besuchten, ehemalige Nazis, die in eine Gegend zogen, wo sie niemand kannte, Unternehmer, die hinter Materialien oder Ersatzteilen zur behelfsmäßigen Reparatur beschädigter Maschinen her waren, Frauen und Männer, die sich, hauptsächlich bei den Besatzungsstreitkräften, nach Arbeit umsahen. Wohin man auch kam, überall stieß man auf diese riesige wandernde Menschenmasse." [43] Etwa die Hälfte der gesamten deutschen Bevölkerung, d. h. 21—23,5 Millionen Menschen, fielen unter die Kategorie der kriegsbedingten „sozialen Schicksale": Vertriebene und Flüchtlinge, Deklassierte, Kriegerwitwen, Schwerversehrte, Spätheimkehrer und Bombengeschädigte [44].

Für die Analyse des Arbeiterbewußtseins ist es eine entscheidende Frage, wie sich diese objektive Situation des Elends, der Arbeitslosigkeit und des Hungers in politisches Bewußtsein und Handeln umsetzte. Dabei stößt man zunächst an die Grenzen des ökonomischen Determinismus. Jene Theorie, derzufolge das proletarische Klassenbewußtsein noch am weitesten entwickelt sei, wo die Widersprüche des kapitalistischen Systems noch unmittelbar für die Massen als materielle Verelendung erfahrbar sind, trifft in der historischen und politischen Wirklichkeit nicht zu. Wenn die Gründe für das Scheitern wirtschaftsdemokratischer Initiativen bestimmt werden sollen, dann müssen gerade die objektiven und subjektiven Faktoren erfaßt werden, die die Erkenntnis der realen Interessen und damit die Entwicklung von Klassenbewußtsein verhinderten. Bis zur Währungsreform war das System der ökonomischen Produktion und Reproduktion in Westdeutschland dadurch gekennzeichnet, „daß ein moderner Produktionsapparat und eine disziplinierte Arbeit-

nehmerschaft innerhalb eines Marktes funktionierte, wie ihn das kapitalistische System nicht einmal in seiner Frühzeit gekannt hat. Es liegt hier kein kapitalistischer Markt vor, sondern ein Markt, in dem der unmittelbare Tausch, die gegenseitige Kompensation die Regel ist" [44]. Als Folge der nationalsozialistischen Kriegswirtschafts- und Finanzpolitik, die während des Krieges die öffentliche Verschuldung und den Notenumlauf erheblich gesteigert, jedoch durch einen strikten Lohn- und Preisstopp die offensichtliche Inflation verschleiert hatte, hatte das Geld, als das „Blut des kapitalistischen Wirtschaftskreislaufs", seine Funktion als allgemeines Äquivalent des Warentausches verloren. Seinen Nominalwert hatte es erhalten, doch seinen Sinn gänzlich verloren. Eine Wirtschaftsexpertise der Vereinten Nationen hat die wirtschaftlichen und sozialen Konsequenzen dieses Funktionsverlustes der wirtschaftsregulierenden Geldzirkulation ausführlich beschrieben: „Das Geld verlor in hohem Maße seine Funktion, sei es als Umlaufmittel, sei es als wirtschaftlicher Berechnungsmaßstab. An seine Stelle traten individuelle Tauschgeschäfte, Kompensationshandel, Lohnzahlungen in Waren und andere atavistische Formen des Wirtschaftsverkehrs. Das hatte zwei Folgen: eine außerordentlich langsame Erholung der Industrieproduktion und eine große Diskrepanz zwischen den günstigeren Ernährungsbedingungen auf dem Lande und der Hungersnot in den Städten. Die aus dieser Wirtschaftspolitik entstandene soziale Ungleichheit war wahrscheinlich sogar noch schlimmer als diejenige, die sich aus einem Inflationsmechanismus hätte ergeben können." [45]

Während die ökonomischen „Nervenstränge" einer funktionierenden kapitalistischen Industriegesellschaft gelähmt waren, wurden die sozialen Probleme noch durch die demographischen und sozialen Auswirkungen des Krieges und des Zusammenbruchs verschärft. Die demographische Struktur der westdeutschen Bevölkerung war völlig aus dem Gleichgewicht geraten. Im Jahre 1949 wurde für das Gebiet der Bundesrepublik ein Bevölkerungsverlust von ca. 2—2,1 Millionen Menschen errechnet, eine Zahl, die noch wesentlich höher veranschlagt werden mußte, sofern die indirekten Bevölkerungs- und Arbeitskraft-

verluste, d. h. die Masse der Kriegsgefangenen und Kriegsinvaliden, berücksichtigt wurden[46]. Die unmittelbaren Auswirkungen dieses „demographischen Zusammenbruchs" wurden in dem anormal überproportionalen Anteil der Frauen und der alten Menschen an der Bevölkerung sichtbar. Das soziale Problem der Arbeits- und Reproduktionsfähigkeit der ohnehin demoralisierten und verelendeten deutschen Bevölkerung läßt sich kaum deutlicher kennzeichnen. Diesen ungeheuren Bevölkerungsverlusten wirkte auf der anderen Seite eine riesige Bevölkerungswelle entgegen, die sich vor allem aus den Massen der Ostflüchtlinge rekrutierte. Für 1950 wurde ihre Gesamtzahl mit 9,4 Millionen Personen angegeben[47]. Das westdeutsche Territorium war überbevölkert. Insgesamt 4,3 Millionen Menschen mehr als im Jahre 1939 drängten sich hier im Jahre 1949 zusammen[48].

Das Elend der Flüchtlinge und anderer Bevölkerungsgruppen, deren Arbeits- und Wohnortbedingungen, Familienstrukturen und soziokulturelle Verhaltensnormen weithin aufgelöst waren, belastete und vermehrte nicht nur die allgemeine Notlage der Bevölkerung. Ihr berechtigtes Streben nach dem Aufbau und der Sicherung einer neuen Existenz ließ diskriminierende Vorurteile, teilweise sogar regelrechte Pogrome entstehen. Damit wurde bei der Masse der arbeitenden Bevölkerung der Prozeß der Auflösung eines einheitlichen Bewußtseins weiter vorangetrieben. Durch die sozialpsychologischen Mechanismen eines durch Vorurteile bestimmten Konkurrenz- und Freund-Feind-Denkens zwischen den Flüchtlingen und der einheimischen Bevölkerung wurde die Interessensolidarität verschleiert und zerstört, die gegenüber den politischen und ökonomischen Herrschaftsgruppen zweifellos objektiv gegeben war.

Diese ökonomischen, sozialen und demographischen Wandlungen der deutschen Nachkriegsgesellschaft wirkten objektiv auf die Auflösung gesamtwirtschaftlicher Kommunikations-, Organisations- und Interessenstrukturen[49]. Die unter den Bedingungen eines funktionierenden Kapitalismus traditionelle Vorrangigkeit der Sicherung und Erweiterung des materiellen und kulturellen Niveaus der arbeitenden Bevölkerung wurde durch die nunmehr

vorherrschende Erhaltung des Existenzminimums, der rücksichtslos egoistischen Beschaffung lebensnotwendiger Konsum- und Tauschgüter, in den Hintergrund gedrängt. „Eines der hervorragenden Merkmale, das dem Beobachter als erstes begegnet, ist die Selbstbezogenheit (self-centeredness) des durchschnittlichen Deutschen." [50] Diese — in Übereinstimmung mit anderen soziologischen Untersuchungen der Nachkriegsgesellschaft formulierte — These von der „Ich-Bezogenheit" der Deutschen ist ohne den Bezug auf die Zufälligkeit und den vorgegebenen Zwang der ökonomischen Reproduktionsbedingungen nicht zu erklären: Der einzelne war weithin zum „Robinson", zum ungesellschaftlichen Selbstversorger geworden, und gerade damit war die Erkenntnis gesamtwirtschaftlicher und gesamtgesellschaftlicher Herrschafts- und Unterdrückungszusammenhänge, d. h. die Artikulierung von politischem Bewußtsein, wesentlich eingeschränkt [51]. Der demonstrative Rückzug breiter Bevölkerungsteile in eine entpolitisierte Sphäre des Privaten, die erhöhte Identifikation mit informellen Familien- und Gruppennormen belegt zugleich symptomatisch deren ideologische Funktion: die Passivität gegenüber den sozialen Existenzbedingungen und damit zugleich die widerstandslose Hinnahme jener Herrschaftsinteressen, die die kapitalistische Restauration steuerten.

Dieser Zwangszusammenhang egoistischer Interessenkonflikte entwertete zugleich die traditionellen Kampfmittel der Arbeiterklasse — etwa den Streik — und beseitigte damit auch wesentliche Voraussetzungen proletarischer Solidarität. Vor dem Hintergrund dieses „Kampfes aller gegen alle" versagten die politischen Kategorien des Klassenkampfes, obwohl die objektive Lage des Proletariats, die nun fast die gesamte Gesellschaft in einem ungeheuren Verelendungsprozeß erfaßt hatte, keineswegs aufgehoben war. Der Kampf war als politischer und ökonomischer Kampf zwischen Klassen im Bewußtsein der einzelnen kaum noch zu erfassen: nicht nur, weil jeder den anderen, mit dem er die Interessengleichheit des Existenzkampfes teilte, gerade deshalb als unmittelbaren und möglichen Konkurrenten sah, sondern auch, weil die Normen der gesellschaftlichen Hierar-

chie durch den Aufstieg von Bauern, Schwindlern und Schwarzhändlern völlig durcheinandergeworfen waren. Zudem vermochte die Erkenntnis der Notwendigkeit des politischen Kampfes kaum in das Bewußtsein breiter Kreise der Arbeiterschaft einzudringen, da sie in den Betrieben wesentlich an der Praxis der ökonomischen Kompensation teilnahm, ja sie sogar über ihre Führungsgruppen, vor allem die Betriebsräte, teilweise erst in Gang setzte. Die Beseitigung des Elends und des Hungers war unmittelbare und erste Aufgabe, die alle anderen Probleme und Forderungen überschattete und deren Dringlichkeit das Bewußtsein über den Stellenwert nationaler und internationaler politischer Entscheidungen minderte[52]. Ohne daß ihrer wirklichen Leistung politische und wirtschaftspolitische Rechte entsprochen hätten, waren Arbeiterschaft und Gewerkschaften zu Trägern und Mitverantwortlichen der Nachkriegsstagnation und der ersten Schritte des Wiederaufbaus geworden. Sie waren sowohl von den maßgeblichen Entscheidungen als auch vom politischen Kampf abgeschnitten. Damit ist zugleich ein weiteres wesentliches Merkmal der Struktur der nachfaschistischen Gesellschaft bezeichnet: Die allgemeine soziale und ökonomische Krise spiegelte sich nicht in der politischen Organisation der Gesellschaft. Zwar war mit dem Zusammenbruch der faschistischen Armeen auch die nationalsozialistische Exekutive entfernt, doch war sie durch die unumschränkte Exekutivgewalt der alliierten Kontrollbehörden bruchlos ersetzt. Die Frage der Staatsmacht — dies garantierten die „Bajonette der westlichen Besatzungsmächte“ [53] — war vor 1949 dem politischen Kampf als Problemstellung wie als praktische Zielsetzung enthoben. Damit war dem Klassenkampf „die Spitze genommen“, was vor allem dadurch unterstützt wurde, daß die Führungen der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie schließlich den Besatzungsdirektiven zustimmten oder sich ihnen in resignativer Passivität unterwarfen[54].

4. Wenn die Faktoren der politischen und gesellschaftlichen Bewußtseinsbildung in der Periode zwischen 1945 und 1949 untersucht werden, muß der Begriff der „nachfaschistischen Gesell-

schaft" notwendig erweitert werden; denn er besagt mehr als die Analyse des aktuellen politischen und militärischen Zusammenbruchs des Faschismus, der ökonomischen Krisensituation und des sozialen Ungleichgewichts der ersten Nachkriegsjahre sowie des unklaren Kräfteverhältnisses der Klassen. „Der Begriff verweist auf die unvermeidlichen Auswirkungen des nationalsozialistischen Regimes weit in die Nachkriegszeit hinein, die sich in übernommener oder beibehaltener Gesetzgebung, in personellen Konstellationen, im Nachwirken der faschistischen Ideologie (Rassenwahn, Herrenideologie) und ihrer Nebenideologien (Chauvinismus, Intellektuellen- und Fremdenfeindlichkeit) und auch im Ausfall der einstmalig oppositionellen Elite, die nun zur Führung gebraucht wurde, zeigen." [55]
So müssen zunächst die — wie bereits *Lukács* formulierte — „verheerenden erniedrigenden Auswirkungen des kapitalistischen Systems auf (das) ... Klassenbewußtsein" des Proletariats [56] betrachtet werden. Im nationalsozialistischen Deutschland war die „Solidarität der Volksgemeinschaft" durch die brutale Ausschaltung bzw. „Gleichschaltung" alternativer Kräfte und Organisationen erzwungen. Die faschistische Propaganda war darauf ausgerichtet, jeden Deutschen in allen Lebensbereichen zum stumpfsinnigen Gehorsam gegenüber dem Führerprinzip, zur totalen Unterordnung zu verpflichten. Gleichzeitig wurde ihm aber ständig die rassische Minderwertigkeit von Juden, Slawen, Zigeunern und Bolschewisten vorgehalten und ihm so die Möglichkeit gewährt, auch dann ein „Herrenbewußtsein" zu entwickeln, wenn er am untersten Ende der sozialen Hierarchie stand. Der Erfolg dieser — die gesamte Gesellschaft ergreifenden — ideologischen „Einstimmung", die weit über das Ende des Zweiten Weltkrieges hinauswirkt, ist keineswegs ausschließliches Resultat der nationalsozialistischen Herrschaft. Das tiefgreifende Wirken dieser biologistischen Führer- und Gehorsamsideologie ist vielmehr darin zu suchen, daß sie die brutalste Form jener autoritären Bewußtseinsstruktur gewesen ist, die der gesamten historischen Entwicklung der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft zuzuordnen ist. Der Zweite Weltkrieg hat dann — durch die Verstrickung von Millionen in den Schuldzusammen-

hang der faschistischen Aggression und ihrer Ausrottungs- und Mordpolitik — die vorangegangene ideologische Indoktrination zum integralen Bestandteil des praktischen Verhaltens werden lassen. Die totale Unterwerfung durch Eroberung, „soldatische Auszeichnung" und Herrschaft über die Unterlegenen, mußte diese Ideologie in einem solchen Maße vertiefen, daß die militärische Niederlage im Jahre 1945 allein kaum die Einsicht über den Instrumentalcharakter des eigenen Verhaltens — geschweige denn die Einsicht über den Charakter des Systems, das sich dieses Instruments bediente — zu vermitteln mochte. Vielmehr läßt sich neben der allgemeinen Desillusionierung — bedingt durch den Sturz des Reiches von der beherrschenden Stellung in Europa — ein gegenläufiger Mechanismus verfolgen, der „... Legenden von der vergangenen Herrlichkeit erzeugte" [57]. Die wenigen Untersuchungen zum politischen Bewußtsein der deutschen Bevölkerung in den letzten Kriegs- und in den ersten Nachkriegsjahren belegen diese Hypothesen. Bereits die Befragungen von deutschen Kriegsgefangenen aus den Jahren 1944/45 hatten den hohen Identifikationsgrad mit der nationalsozialistischen Kriegsführung sowie die irrationale Hoffnung auf den deutschen „Endsieg" verdeutlicht [58].

Fragen	Datum der Gefangennahme Anzahl der Gefangenen Ort der Gefangennahme	November 1944 453 Aachen/Metz	Januar 1945 324 Westfront
		%	%
Vertrauen Sie dem Führer?	Ja	64	62
	Nein	22	30
	K. A.	14	8
Glauben Sie, daß Deutschland den Krieg gewinnen wird?	Ja	50	44
	Nein	27	42
	K. A.	23	14
Glauben Sie, daß Deutschland noch kriegsentscheidende „Geheimwaffen" hat?	Ja	53	47
	Nein	29	40
	K. A.	18	13

Folgende Untersuchungen über das demokratische Bewußtsein der deutschen Bevölkerung haben den Befund erbracht, daß die Struktur dieser Urteile keineswegs ausschließlich durch die unmittelbare Erfahrung des militärischen Zusammenbruchs und der Gefangenenlager motiviert gewesen ist. Schon im Jahre 1946 hatte eine Testumfrage in der amerikanischen Zone die Frage gestellt: „War der Nationalsozialismus eine schlechte Sache, eine gute Sache oder eine schlecht durchgeführte gute Sache?" 40% hatten den Faschismus damals als eine an sich gute Sache betrachtet, die jedoch schlecht durchgeführt worden sei. 1948 war dieser Prozentsatz bereits auf 55,5% angestiegen [59]. Ein Studienbericht des Frankfurter Instituts für Sozialforschung aus dem Jahre 1951 ermittelte, daß zwischen der ablehnenden Haltung gegenüber der Demokratie und der Dauer der militärischen Dienstzeit ein signifikanter Zusammenhang besteht: „Auch zwischen der Länge der militärischen Dienstzeit (die bei unseren älteren Teilnehmern meist zusammenfällt mit Kriegsteilnahme und Gefangenschaft) und Einstellung zu den Hauptthemen scheint eine deutliche Beziehung zu bestehen: Die vier Dienstzeitgruppen lassen sich zwanglos von einer mehr positiven Einstellung (zur Demokratie) bei den Sprechern ohne Militärdienst über die deutlich negativer werdende der beiden Gruppen von bis zu 2 und 2 bis 6 Dienstjahren zu der extrem negativ eingestellten Gruppe der Kriegsteilnehmer mit 6 Jahren und mehr Dienstzeit einordnen." [60] Zwölf Jahre nach Kriegsende wurden diese Befunde erneut durch eine Untersuchung zum politischen Bewußtsein ehemaliger Kriegsgefangener bestätigt. Den „Heimkehrern" wurde 1957 folgende Frage vorgelegt: [61] „Wenn Sie heute auf die Zeit des Nationalsozialismus zurückblicken, was würden Sie sagen: Hatte der Nationalsozialismus im ganzen gesehen mehr schlechte oder mehr gute Seiten?"

	Befragte insgesamt: 434
mehr schlechte Seiten	27%
mehr gute als schlechte Seiten	35%
mehr gute Seiten	27%
weiß nicht, keine Antwort	11%
	100%

Auch die Ergebnisse einer 1949 vom Institut für Demoskopie Allensbach durchgeführten Studie über die Nachwirkungen des Nationalsozialismus bestätigten die manifeste und latente Kontinuität positiver Identifikationen mit dem Faschismus: „Der Majorität dieses Volkes ist die geistige Kriminalität des Systems, das den Opportunismus zur Ideologie erhob, nie klar geworden. Trotz aller enthüllenden Literatur hat die Fassade des ‚sozialen Staates', hinter der die präziseste Ausbeutung stattfand, nicht den Reiz verloren. Es wäre falsch, hieraus ein beharrliches Festhalten der Deutschen am Nationalsozialismus zu folgern, denn — und das legt diese Untersuchung klar an den Tag — sie wissen gar nicht, was sie sich hierunter anders vorstellen sollen als ein Leben in Frieden und Behaglichkeit. Die wenigen Jahre der Scheinblüte des Dritten Reiches sind nicht als ein Wechsel auf eine schlimme Zukunft verstanden worden, sondern als ein Meisterstück politischer Führung." [68]

Der Fortbestand faschistischer Ideologien — sei es als offene Identifizierung, als scheinbar entpolitisierter passiver Widerstand oder als ungebrochene antidemokratische Einstellung — mußte entscheidend von zwei Bedingungen abhängen: einerseits von der Überwindung der materiellen und sozialen Grundlagen autoritär-antidemokratischer Ideologien, andererseits von einem umfassenden Erziehungsprogramm, das eine selbstverantwortliche Verwirklichung demokratischer Politik in Wirtschaft und Gesellschaft zum Inhalt hatte. Die reale Möglichkeit der grundlegenden Neuordnung und eines umfassenden demokratischen Erziehungsprogramms, die zumindest teilweise noch die ursprünglichen Absichten und Direktiven auch der amerikanischen Besatzung bestimmte, blieb jedoch insgesamt ungenutzt: Die „Ausschaltung von Nazismus und Militarismus in allen ihren Formen" [69] scheiterte ebenso wie die „Re-education" der deutschen Bevölkerung. Die Erhaltung autoritär faschistoider Einstellungen sollte sich ebenso wie die restaurierte Stabilität des westdeutschen Kapitalismus als gewichtiger Garant der dem neuen Staat zugewiesenen Aufgabe im antikommunistischen „Kreuzzug" erweisen. Gerade die sogenannten Entnazifizierungsmaßnahmen, die ihrem Anspruch nach als ein Programm zur

Bestrafung der Schuldigen und der Erziehung der „Betrogenen" erlassen wurden, verdeutlichen modellhaft die Schwächen der Besatzungspolitik: als eine rein verwaltungsmäßige Säuberungs- und Bestrafungpolitik, mit der weder ein gleichlaufender Prozeß demokratischer Erziehung noch eine Verbesserung der materiellen Lebensverhältnisse der deutschen Bevölkerung einherging, trug sie mehr zur Erhaltung und Verfestigung antidemokratischer Einstellungen bei. Das Entnazifizierungsprogramm erstarrte rechtlich in einem bürokratischen Formalismus: Allein in der amerikanischen Zone arbeiteten zeitweise 545 Spruchkammern mit über 22 000 Angestellten, zugleich wurden über 13 Millionen Personen mit Fragebogen erfaßt. Diese Befragung ermittelte 3 Millionen Belastete und führte zu 930 000 Verurteilungen durch die Spruchkammern, von denen 9 000 Personen Haftstrafen erhielten, 30 000 zu Sonderarbeit herangezogen wurden, 22 000 Personen untersagt wurde, öffentliche Ämter auszuüben, 122 000 in ihrer Berufstätigkeit eingeschränkt wurden, von 25 000 Personen das Vermögen ganz oder zum Teil beschlagnahmt wurde und über 500 000 Geldstrafen erhielten [64]. Inhalt und Organisation der Entnazifizierung waren bereits ein Ausdruck der der amerikanischen Politik zugrunde liegenden Fehleinschätzung des Faschismus, der Glaube nämlich, pro-nazistische Einstellungen und politische Schuld seien nach formaljuristischen Kategorien abzuurteilen und zu überwinden. Eine weit realistischere Einstellung einer „wirklichen Entnazifizierung" kam dagegen in einem Antrag der SPD-Fraktion des nordrhein-westfälischen Landtages aus dem Jahre 1948 zum Ausdruck, wo es hieß: „Eine wirkliche Entnazifizierung, die auch den Nationalsozialismus und Militarismus auflöst, ist nur möglich durch Überwindung der kapitalistischen Gesellschaftsstruktur." [65] Damit ist bereits die wesentliche Bedingung ihres Scheiterns angedeutet: Jede Verhinderung einer sozialen Strukturveränderung, die allein die Wurzeln des Faschismus hätte zerstören können, mußte — insbesondere unter dem weltpolitischen Einfluß der Zuspitzung des „kalten Krieges" — langfristig den reaktionären Kräften zugute kommen, selbst wenn diese auch noch zunächst von den Spruchkammern der Entnazifizierungsgerichte zur

Rechenschaft herangezogen werden. Der wachsende Widerstand in der Bevölkerung richtete sich sowohl gegen die deutlichen Mängel und Ungerechtigkeiten der Verfahren als auch dagegen, daß die formaljuristische Beurteilung der Schuldigen durch die Spruchkammern die wirklichen Stützen und Repräsentanten des Nazi-Regimes (so z. B. Flick) oft weniger traf als die breite Schar derer, die sich als die „Betrogenen" und zusätzlich vom Schicksal des Krieges getroffenen „Mitläufer" betrachtete. Nach den regelmäßigen repräsentativen Befragungen in der amerikanischen Zone sank die Zahl derer, die mit der Durchführung der Entnazifizierung „zufrieden" waren, von 57% im März 1946 auf 34% im Dezember 1946 und schließlich sogar auf 32% im September 1947[66]. Angesichts dieser Entwicklung zogen sich auch die Kommunisten aus den Spruchkammern zurück. Leo Bauer, damals Fraktionsvorsitzender der Kommunistischen Partei Deutschlands im Hessischen Landtag, begründete diesen Schritt damit, daß „ . . . das Befreiungsgesetz die Aufgabe gehabt (habe), die soziale Struktur zu ändern und vor allem die Hintermänner der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft, die Kapitalisten, zu treffen. Die Handhabung des Gesetzes gehe aber an diesem Hauptanliegen vorbei. Die Spruchkammern lehnten es mehr und mehr ab, politisch, d. h. im Sinne der von der KPD angestrebten sozialen Revolution, zu verurteilen und förderten, indem sie nur nach der formalen Belastung gingen, die Reaktion. Dadurch daß gegen kleine PGs zu harte Sprüche gefällt werden, bewirke man eine antidemokratische Erziehung, noch mehr dadurch, daß man die Verhandlung gegen die Gruppen 1 und 2 hinausschiebe und die Sprüche gegen diese in bereits durchgeführten Verfahren meist relativ mild ausgefallen seien."[67]

So ist die eigentlich politisch verhängnisvolle Konsequenz des Scheiterns der Entnazifizierung die Diskreditierung der vielen Gewerkschafter, Sozialdemokraten und Kommunisten gewesen, die diese anfänglich als einen notwendigen Bestandteil einer sozialen Revolution betrachtet und maßgeblich gestützt hatten. Die in der Konzeption des Programms angeregten Mängel trugen damit erheblich dazu bei, daß demokratische und sozialistische Ideen zu großen Teilen der Bevölkerung keinen Zugang

fanden, da ebendort die Mängel der Alliierten-Politik sowie die gelegentlichen Skandale und Korruptionsaffären in einzelnen Spruchkammern mit jenen Ideen selbst identifiziert und abgelehnt wurden. Da die negativen Auswirkungen der Entnazifizierung gegen die Demokratie und den Sozialismus, in deren Namen sie schließlich propagiert wurde, gewendet wurden, förderten sie schließlich andererseits geradezu die Identifizierung mit pro-nazistischen Einstellungen und den wirklich schuldigen Repräsentanten des Faschismus. Alfred *Grosser* verweist auf diesen Umschlag der Zielsetzung der Entnazifizierungspolitik: Im Bewußtsein der Bevölkerung wurden die Bestrafenden zu Schuldigen, während den Schuldigen eher noch Mitgefühl und Sympathie entgegengebracht wurden: „Indem sie aber Millionen von Deutschen mit einer Bestrafung bedrohten, haben die Alliierten verhindert, daß die Masse der Bevölkerung sich mit den Siegern gegen die Verantwortlichen ihres Unglücks verbündete. Sie haben im Gegenteil die Entstehung eines gewissen Solidaritätsgefühls gefördert, das sich gegen die Alliierten richtete — eine Solidarität zwischen den angeklagten Deutschen, unabhängig von dem Ausmaß ihrer wirklichen Schuld." [68]

Da die Entnazifizierung bürokratische Bestrafung, nicht aber demokratische Erziehung war, mußte für viele der Eindruck entstehen, daß die „Haltungen der Passivität, des Nichtdabeigewesenseins und des Nichtmitmachens" [69] nunmehr belohnt würden, d. h. vielen wurde hier die Rationalisierung für den Rückzug ins Private, das Desinteresse an politischen Entscheidungen, als positive und erfolgreiche Verhaltensnorm geradezu vorgeschrieben. Die Diskussion um das Thema der „Ohne-mich-Haltung", den „sozialen Defätismus" [70] sowie die Entpolitisierung und Entideologisierung der deutschen Nachkriegsbevölkerung hat in erster Linie an die Entnazifizierungs- und Re-education-Maßnahmen der Besatzungmächte angeknüpft. Helmut *Schelsky* z. B. hat diese Haltung „ ... als die Folge und Verarbeitung der Erfahrungen einer enttäuschten politischen Mobilisierung durch ein totales System und einer kollektiven politischen Schuldzurechnung auf der einen und der Rückwendung auf die privaten Interessen durch die Notlagen der Zeit auf

die andere Seite ...“ [71] zu deuten gesucht. Man wird jedoch diese These nicht gleichermaßen auf alle sozialen Klassen übertragen können: Eine soziale Aufgliederung derer, die von den Spruchkammern verurteilt worden waren, zeigt eindeutig, daß sich die Entnazifizierung vor allem gegen die sozialen Mittel- und Oberschichten gewendet hatte, d. h. gegen eben jene Gruppen, aus denen der Faschismus in erster Linie seine Anhängerschaft rekrutiert hatte [72]. Diese sozialen Schichten, deren Ressentiments gegen Demokratie und Sozialismus gestärkt worden waren, bildeten zugleich auch die soziale und politische Basis der bürgerlichen Parteienkoalition, die die erste Regierung des westdeutschen Staates bildete.

Der Antikommunismus wurde zunehmend die offizielle Ideologie der Restaurationspolitik. Zum einen war er als „Trauma, sozusagen des Selbstschutzes gegen Selbstvorwürfe“ [73] bereits durch die Verstrickung von Millionen Menschen in den Schuldzusammenhang der faschistischen Kriegspolitik angelegt. Als die antikommunistische Hysterie schließlich offiziell sanktioniert wurde, war jedoch eine ideologische Brücke geschlagen, über die die bislang latenten und unterdrückten pro-nazistischen Bewußtseinsinhalte den Weg zur formalen Demokratie des neuen kapitalistischen Staates fanden; eine Brücke, die nur in der gesteuerten Aggressivität gegen den Kommunismus nachträglich die Unterwerfung unter die Ziele und Mittel des Krieges bestätigte, indem sie jenem Kernsatz aus der letzten Ansprache des Hitler-Nachfolgers Dönitz scheinbare historische Legitimation zukommen ließ: „Hitlers Kampf gegen die bolschewistische Flut kam nicht nur Europa, sondern der ganzen Welt zugute.“ [74] Zugleich rechtfertigte das Ventil des militanten Antikommunismus die Möglichkeit, demokratische und sozialistische Programmvorstellungen und ihre politischen Vertreter in den Organen der Landes- und Kommunalverwaltungen, in den Entnazifizierungsstellen und der Presse, in der Wirtschaftsverwaltung wie in den kulturellen Institutionen zurückzudrängen. Die autoritäre Bewußtseinsstruktur, die „eine weit längere Geschichte hat als der Nationalsozialismus“ [75], hatte damit zu der politischen und ökonomischen Orientierung gefunden, die für

die Stabilität des westdeutschen Kapitalismus unerläßliche Voraussetzung war. Jene Theorien, die die Ernüchterung und Entideologisierung als ein qualitativ neues Moment in der bürokratisierten und „verwissenschaftlichten, technischen Zivilisation" begreifen wollen, abstrahieren sowohl von der historischen Kontinuität wie der objektiven politischen Funktion eines Gesellschaftsbewußtseins, dessen Doppelcharakter durch ein ausschließlich ökonomisches Sicherheitsbedürfnis, die sogenannte Konsumorientierung auf der einen sowie einen militanten Antikommunismus auf der anderen Seite, bestimmen wird.

5. Und doch konnte sich die kapitalistische Restauration in Westdeutschland, deren Hauptstützen die Diktatur der westlichen Besatzungmächte und die ungebrochene ideologische und politische Position der herrschenden Klasse waren, nur gegen erhebliche Widerstände durchsetzen. Wie wäre sonst der Hinweis auf die „einzigartige Chance" einer wirtschaftsdemokratischen Neuordnung nach 1945 noch zu verstehen[70]? Wie sonst käme z. B. Theo *Pirker* zu der — politisch völlig haltlosen — Behauptung, daß in den ersten Nachkriegsjahren für die Arbeiterbewegung die „Macht auf der Straße" gelegen habe[71]? So wenig detaillierte Untersuchungen über das politische Bewußtsein der deutschen Arbeiterklasse zwischen 1945 und 1949 vorliegen, so ist doch eindeutig zu belegen, daß die Mehrheit der deutschen Arbeiterklasse — und darüber hinaus breite Teile der Intelligenz und der jungen Generation — zunächst nicht der restaurativen Ideologie verfielen. Der schnelle Mitgliederzuwachs der Arbeiterparteien und Gewerkschaften nach Kriegsende bestätigte diese These ebenso wie die hessische Volksabstimmung über die Sozialisierung, die Volksabstimmung über die Enteignung der ehemaligen Nationalsozialisten im Juni 1946 in Sachsen sowie die Ergebnisse der Landtagswahlen von 1946. Die Urabstimmung der Bergleute im Ruhrgebiet, die sich im November 1946 zu 86,9% gegen zusätzliche Sonderschichten zur Steigerung des von den Westmächten betriebenen Zwangskohlenexportes wandten; der Proteststreik der Bergleute gegen

Hunger und Demontagen, für Sozialisierung und Mitbestimmung im April 1947, an dem sich insgesamt 334 000 Ruhrbergleute beteiligten [78], sowie die Protestaktion der deutschen Gewerkschaften vom 12. November 1948, die von 10 Millionen Arbeitenden unterstützt wurde — diese Beispiele verdeutlichen die Unruhe, die in der deutschen Arbeiterschaft herrschte. In Hessen sah sich die US-Militärregierung 1947 gezwungen, angesichts dieser Unruhen ein Streikverbot zu erlassen.

Das Bewußtsein, das in diesen Aktionen und Demonstrationen zum Ausdruck kam, wird man keineswegs als ein sozialistisches Klassenbewußtsein bezeichnen können. Die Erfahrungen des politischen Kampfes, seiner Niederlage und Erfolge, die das Klassenbewußtsein als Einsicht in die Notwendigkeit der politischen und sozialen Revolution historisch entfalten und organisieren, waren in der unmittelbaren Nachkriegsperiode noch nicht gegeben. Dennoch war es für die Hinwendung breiter Bevölkerungsgruppen zum Sozialismus von Bedeutung, daß nach dem Zusammenbruch im Jahre 1945 überall noch die Erinnerung daran wach war, „daß vor 12 Jahren alle Parteien, die den Sozialismus ablehnten und die kapitalistische Ordnung bejahten, durch Akklamation des Ermächtigungsgesetzes den deutschen Weg in die Barbarei unterstützt hatten, und daß es in den ersten Jahren nach 1933 nur die Sozialisten aller Richtungen waren, die in zäher ... illegaler Propaganda den Weg in Aufrüstung, Krieg, Barbarei und Untergang vorausgesagt hatten" [79]. Sozialismus war daher für die Massen in den ersten Nachkriegsjahren weniger die politisch reflektierte und verinnerlichte als vielmehr die spontane Antwort auf die unmittelbaren Bedürfnisse: Frieden und Verbesserung der sozialökonomischen Lage. Wie die sozialistischen Kräfte angesichts des faschistischen Angriffskrieges historisch legitimiert waren, eine Friedenspolitik für sich in Anspruch zu nehmen, so waren auch ihre Programme und Forderungen der Ausdruck der Not der arbeitenden Bevölkerung: ihre ständige Forderung nach der Verbesserung der Ernährungslage, dem Stopp der Demontagen, der Forcierung des Wohnungsbaus, der Eingliederung der Flüchtlinge, Kriegsbeschädigten und Deklassierten, dem Lastenausgleich usw. Die

Identifizierung der Massen mit den gewerkschaftlichen Forderungen hatte daher — wie *Pirker* mit Recht hervorhebt — zunächst noch eher unpolitischen Charakter: „Die Arbeitnehmer waren der Ansicht, daß zuerst die Betriebe, die Produktion, die Wirtschaft in Gang gesetzt werden sollten, bevor man politische und parteipolitische Fragen aufrollte. Der Sozialismus der Einheitsgewerkschaft schien den Massen der Arbeitnehmer in Westdeutschland keine parteipolitische Frage zu sein — er war allgemeiner Grundsatz und Wille." [80]

Damit ist ein entscheidender Punkt sozialistischer Politik in der nachfaschistischen deutschen Gesellschaft berührt. Zwischen den unmittelbaren Bedürfnissen der Arbeiterklasse und ihrem Klassenbewußtsein, zwischen der Identifizierung mit sozialistischen Tageslosungen und dem sozialistischen Programm gesellschaftlicher Umgestaltung bestand in gewissem Sinne ein „Vakuum" [81]. Wie dieser Begriff einerseits die Offenheit der gesellschaftlich historischen Situation sowohl zu einer sozialistischen als auch zu einer restaurativen Lösung andeuten soll, so umschreibt er andererseits konkret die historischen Aufgaben der politischen Führung der Arbeiterklasse in Parteien und Gewerkschaften. Eben jene Vermittlung zwischen aktuellen Tagesforderungen und der Einsicht in die Notwendigkeit sozialistischer Umgestaltung, der Neuordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, durch die Anleitung im politischen Kampf herzustellen, d. h. dieses Vakuum politischer Orientierung der Massen mit einem sozialistischen, klassenkämpferischen Bewußtsein zu füllen — an dieser objektiven Notwendigkeit muß die historische Funktion der politischen Führung der deutschen Arbeiterschaft der nachfaschistischen Gesellschaft in erster Linie gemessen werden. Ein sozialistisches Programm, dessen Rückhalt bei den Massen vorerst ausschließlich über die unmittelbare Not der einzelnen und einen Katalog aktuell bestimmter Forderungen zustande kam, mußte dann zusammenbrechen, als der politisch und konjunkturell stabilisierte Kapitalismus in Westdeutschland in der Lage war, durch wirtschafts- und sozialpolitische Zugeständnisse jene Aktualität des ökonomischen Zwangs zurückzudrängen.

Die reformistischen Führungsgruppen der neuen westdeutschen

Gewerkschaften, die an die Neuordnung von Wirtschaft und Gesellschaft in der Hoffnung auf die Hilfe der Besatzungsmächte und in der Illusion eines parlamentarischen Wahlerfolges der SPD herangingen, vermochten dieses Vakuum nicht zu erfüllen. Der traditionelle Gewerkschaftsreformismus war zwar unter dem Eindruck der Krisensituation und vor dem Hintergrund der historischen Lehren des Faschismus radikalisiert worden, aber dessen Schwächen waren keineswegs überwunden: „Sie (d. h. die reformistischen Gewerkschaftsführer) überwanden jedoch nicht ihre Unterschätzung der Machtfrage und des außerparlamentarischen Kampfes, ihre parlamentarischen Illusionen, besaßen ein leichtgläubiges Vertrauen in die demokratischen Versprechungen der Westmächte sowie auch einen gewissen Unglauben an die Kraft der Arbeiterklasse und die Möglichkeiten des Aufbaus aus eigener Kraft, machten in zunehmendem Maße Einschränkungen in bezug auf Rolle und Aufgaben der Gewerkschaften, entwickelten zum Teil alte Vorstellungen vom unpolitischen Nur-Gewerkschaftertum." [83]

Dieser nach außen hin radikalen, ihrem Kern nach jedoch reformistischen Gewerkschaftsaktivität entsprach das theoretische Unvermögen, den Restaurationsprozeß zu analysieren. Die Hoffnung auf den erfolgreichen Klassenkampf wurde auf die Ebene des Parlamentarismus verlegt. Das stand in vollem Einklang mit der offiziellen kautskianistischen Wirtschaftstheorie der SPD, deren einflußreichster Vertreter Erich *Nölting* war: Sie ging von der Illusion aus, daß die Wiederherstellung eines funktionierenden und konjunkturell expandierenden Kapitalismus in Westdeutschland unmöglich sei, daß alle Versuche einer kapitalistischen Restauration innerhalb kurzer Zeit im wirtschaftlichen Chaos enden müßten und daher notwendig zu einer sozialdemokratischen Mehrheit im Parlament führen würden. Spätestens nach den Wahlen von 1953, die der CDU die absolute Mehrheit einbrachten, war der Zusammenbruch dieser ökonomistischen Spekulationen, die im Selbstbewußtsein der baldigen Machtübernahme auf den politischen Kampf, die Entwicklung des Klassenbewußtseins verzichteten, offenbar geworden. Mit der Kritik der sozialdemokratischen Politik im Jahre

1918 hat *Nölting* selbst auf dem Nürnberger Parteitag der SPD in tragischer Ironie die Schwäche und das Unvermögen der gewerkschaftlich-sozialdemokratischen Nachkriegspolitik treffend charakterisiert: „Uns fehlte die große zusammenfassende Konzeption, und hinter dem Radikalismus der Formel verbarg sich weitgehend eine nur schlecht verhüllte Impotenz im Handeln." [83]

Die politischen und wirtschaftspolitischen Forderungen, die der DGB 1949 in München als Programm verabschiedete, waren so auch ein Katalog der Niederlagen, die die Gewerkschaften auf dem Weg bis zu ihrer Vereinigung hatten hinnehmen müssen. Noch allerdings glaubten die führenden Gewerkschafter nicht an eine endgültige Niederlage — noch wollten sie den DGB als eine politische Organisation, deren Forderungen und Ziele weit über den engen Rahmen der Tarifpolitik hinaus sich auf die wirtschaftliche und soziale Neugestaltung der Bundesrepublik richteten, begreifen — noch drohten sie mit der Stärke und Kampfbereitschaft der organisierten Werktätigen, so wie es 1952 der damalige Vorsitzende der Gewerkschaft ÖTV, Adolf *Kummernuss*, ausdrückte: „Die deutschen Gewerkschaften sind nicht nur Lohnbewegungsmaschinen, sondern sie sind Kampforganisationen, die bereit sind, für die Demokratie und für die Freiheit zu kämpfen, ob es nun einem Teil des Unternehmertums und einem Teil der deutschen Bundesregierung gefällt oder nicht!" [84]

6. Als der DGB im Jahre 1950 zum Kampf um die gesetzliche Regelung der Mitbestimmung — jener einzigen Machtposition, die die Gewerkschaften im Restaurationsprozeß der Nachkriegsjahre errungen hatte — aufrief, enthüllte gerade dieser Kampf um die Verteidigung der Mitbestimmung die Dialektik eines reformistischen Übergangskonzepts, das durch die Kampfbereitschaft der Arbeiter wie auch der herrschenden Klasse und ihres Staatsapparates zum Element eines allgemeinen Klassenkampfes umgewandelt wird. Die herrschende Klasse kämpfte nicht gegen die Mitbestimmung, sondern vor allem gegen die außerparla-

mentarische, gewerkschaftliche Klassenkraft, die einerseits durch das Münchner Programm und andererseits durch die Urabstimmungen sichtbar geworden war, in denen sich weit über 90% der gewerkschaftlich Organisierten in der Stahlindustrie und im Bergbau für Kampfmaßnahmen zur Durchsetzung der Mitbestimmung ausgesprochen hatten. Da die politische Stabilität des neuen westdeutschen Staates noch nicht genügend abgesichert schien, begriff die Regierung Adenauer die gewerkschaftliche Kampfansage in erster Linie als einen Konflikt zwischen parlamentarisch-repräsentativer Entscheidung und außerparlamentarisch-plebiszitärer Willensbildung, die sie als illegal denunzierte und mit allen Mitteln zu unterdrücken bereit war. In einem Brief an Hans *Böckler* schrieb *Adenauer* am 14. 12. 1950: „In einem demokratischen Staaswesen kann es einen Streik gegen die verfassungmäßigen Organe nicht geben." [85] Es ging also nicht mehr um die Mitbestimmung, sondern um die Stellung der Gewerkschaften und der Arbeiterschaft in der Verfassungsrealität des neuen Staates. Es ging letztlich um das Recht der Gewerkschaften auf politischen Streik, das richtungsweisend für die Zukunft illegalisiert werden sollte. Hermann *Reusch*, Vorstandsmitglied der Gute-Hoffnung-Hütte AG, der noch 1947 das Unternehmerangebot zur Mitbestimmung und Kapitalbeteiligung der Gewerkschaften unterzeichnet hatte, erklärte im Jahre 1955 unmißverständlich, daß die Festigung der Staatsmacht das Hauptinteresse der deutschen Bourgeoisie in den Auseinandersetzungen um die Mitbestimmung gewesen ist: „Das Mitbestimmungsrecht in Kohle und Stahl ist das Ergebnis einer brutalen Erpressung der Gewerkschaften und ist zu einer Zeit durchgesetzt worden, in der die Staatsgewalt noch nicht gefestigt war." [86]

Die führenden Gewerkschafter hatten in diesen Auseinandersetzungen, die unmittelbar in den Kampf gegen das reaktionäre Betriebsverfassungsgesetz von 1952 überleiteten, jedenfalls begriffen, daß die Bourgeoisie um die Festigung der Staatsmacht und des Parlamentarismus kämpfte. Dennoch haben sie — wesentlich unter dem Einfluß des im Februar 1951 verstorbenen Hans *Böckler* — bewußt auf die Politisierung des Kampfes

durch die Ausweitung der Mitbestimmungsforderungen verzichtet und die eingeleiteten Kampfmaßnahmen zugunsten von Verhandlungen auf höchster bürokratischer Ebene abgesetzt. Schließlich wurden sie in die Defensive gedrängt und mußten mit Grundgesetzinterpretationen ihre außerparlamentarischen Aktionen zu rechtfertigen versuchen. In welchem Maße diese hinter dem Mitbestimmungskampf ausgetragene Konfrontation zwischen Staatsapparat und organisierter Arbeiterbewegung in die Gewerkschaften selbst hineinwirkte, demonstrierte als Nachspiel der zweite ordentliche Kongreß des DGB in Berlin, als der Bundesvorsitzende Christian *Fette* u. a. mit der Begründung, er habe im Kampf gegen das Betriebsverfassungsgesetz versagt, abgewählt wurde[87].

---

* Diesem Teil liegt ein — überarbeiteter und erweiteter — Aufsatz zugrunde, der 1967 unter dem Titel „Workers and Trade Unions in Post-War Germany" in: International Socialist Journal, No. 19/1967, erschien. Inzwischen sind weitere wichtige Arbeiten zur Gewerkschaftspolitik nach 1945 erschienen, so vor allem die Studie von *Eberhard Schmidt*, Die verhinderte Neuordnung. 1945—1952, Frankfurt/M. 1970; weiterhin, *F. Deppe, J. v. Freyberg* u. a., Kritik der Mitbestimmung, Frankfurt/M. 1969, Kap. II: Der Kampf um Mitbestimmung in den Auseinandersetzungen um die wirtschaftliche und politische Ordnung in Westdeutschland nach 1945, S. 58—95.

[1] *T. Prager*, Wirtschaftswunder oder keines, Wien 1963, S. 33.

[2] Vgl. *E. Potthoff*, Der Kampf um die Montan-Mitbestimmung, Köln-Deutz 1957, S. 24.

[3] Vgl. *W. Abendroth*, Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie, Frankfurt/M. 1965, Anhang S. 123—127.

[4] Vgl. ebd., S. 71; Parteivorstand der SPD (Hrsg.), Sozialismus — eine Gegenwartsaufgabe, o. O., o. J. (1946).

[4a] Vgl. Aufruf des ZK der KPD vom 11. Juni 1945, in: Dokumente der KPD, 1945—1956. Berlin: 1965, S. 1-8.

[5] 3. o. Bundeskongreß des DGB, Frankfurt/M. 1954, Protokoll, S. 448.

[6] Ao. Bundeskongreß des DGB, Düsseldorf 1951, Protokoll, S. 85.

[7] Zum „Ahlener Programm" vgl. *W. Abendroth*, Wirtschaft, Gesellschaft und Demokratie in der BRD, Frankfurt/M. 1965, S. 126 ff., ebd., S. 7 ff. und S. 13 ff.

[8] Vgl. Gründungskongreß des DGB, München 1949, Protokoll, S. 318.

[9] Mit am deutlichsten hat *Willi Bleicher* (IG Metall) diese Entwicklung kritisiert: „Es ist wahr, der Weltgewerkschaftsbund ist in einer Situation entstanden, die im wesentlichen diktiert war von der Niederlage des Faschismus, jenes Faschismus, der die brutalste Herrschaftsform eben des

Kapitalismus war. Damals aber stand die AFofL außerhalb dieses Weltgewerkschaftsbundes. Mich stimmt nur die Tatsache mißtrauisch, daß es gerade die AFofL ist, die alles tat und tut, um diesen neuen Gewerkschaftsbund ins Leben zu rufen." Protokoll, Gründungskongreß, a. a. O., S. 106/107.

[10] Ebd., S. 205.

[11] In dieser Erklärung heißt es weiter: „Der ADGB begrüßt die Bestrebungen, eine Vereinheitlichung des deutschen Gewerkschaftswesens herbeizuführen. Er wird daher dem neuen Staat bei seinen Bestrebungen, diese Vereinheitlichung durchzuführen, seine Mitarbeit und seine Erfahrung gern zur Verfügung stellen." Vgl. *H. G. Schumann*, Nationalsozialismus und Gewerkschaftsbewegung, Hannover—Frankfurt/M. 1958, S. 166.

[12] *A. Weber*, Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit, 6. Aufl., Tübingen 1954, S. 67/68.

[13] Vgl. *Theo Pirker*, Die blinde Macht, Band 1, München 1960, S. 72 ff. Wortradikal hatte *Tarnow* noch vor dem Kongreß der Landesgewerkschaften Bayerns im März 1947 proklamiert: „Ich glaube, daß ich heute im Namen der früheren Anhänger der christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften sprechen darf, wenn ich behaupte, daß wir heute in der Meinung einig sind, daß die Uhr des privatkapitalistischen Systems abgelaufen ist, daß wir uns in unserer gewerkschaftlichen Auffassung einig sind in der sozialistischen Zielsetzung." 1. o. Landeskongreß, Bayern, März 1947, Protokoll, S. 89.

[14] Vgl. Die Gewerkschaftsbewegung in der britischen Zone, Geschäftsbericht des DGB (britische Zone), 1947—1949, Köln o. J., S. 278.

[15] *W. Abendroth*, Bilanz der sozialistischen Idee in der BRD, in: *H. W. Richter* (Hrsg.), Bestandsaufnahme, München 1962, S. 233—263, hier S. 252.

[16] Vgl. *V. Agartz*, Die Nachkriegsentwicklung im kapitalistischen System Westdeutschlands und die sozialistischen Gegenwartsaufgaben, Dortmund 1958, S. 7.

[17] *W. Abendroth*, in: Neokapitalismus, Rüstungswirtschaft, Westeuropäische Arbeiterbewegung, Frankfurt/M. 1966, S. 108.

[18] Vgl. New York Herald Tribune, 16. März 1949.

[19] Zit. n. *T. Prager*, Wirtschaftswunder . . ., a. a. O., S. 32.

[20] Vgl. Die Gewerkschaftsbewegung in der britischen Zone, a. a. O., S. 137.

[21] Ao. Kongreß des DGB (britische Zone), 16.—18. Juni 1948, Recklinghausen, Protokoll, S. 42.

[22] *T. Pirker*, Blinde Macht, Band 1, a. a. O., S. 98.

[23] *V. Agartz*, Die wirtschaftspolitische Lage, Referat zum ao. Bundeskongreß des DGB, Essen 1951, a. a. O., S. 43/44.

[24] Vgl. *R. Hochhuth*, Klassenkampf, in: Plädoyer für eine neue Regierung, hrsgg. v. *H. W. Richter*, Reinbek 1965, S. 67.

[25] *V. Agartz*, Wirtschafts- und Steuerpolitik, Sonderdruck: Referat vor dem 3. o. Bundeskongreß des DGB, 1954, S. 36/37.

[26] *L. Rosenberg*, Wirtschaftspolitik als Aufgabe, Referat vor dem 5. o. Bundeskongreß des DGB, Stuttgart 1959, Protokoll, S. 396/397.

[87] Ebd.

[88] Gründungskongreß des DGB, Protokoll, a. a. O., S. 186.

[89] Vgl. *Hans vom Hoff*, Die gewerkschaftlichen Aufgaben in der Wirtschaft, 2. o. Bundeskongreß des DGB, Berlin 1952, Protokoll, S. 228 und S. 230.

[90] Vgl. *V. Agartz*, Wirtschafts- und Steuerpolitik, a. a. O., S. 32.

[91] Vgl. WWI, Deutschland in Zahlen — 1950, Köln 1951, S. 128.

[92] Vgl. dazu *W. Abendroth*, Das Grundgesetz, Pfullingen 1966, S. 33 ff.

[93] *D. Claessens, A. Klönne, A. Tschoepe*, Sozialkunde der BRD, Düsseldorf/Köln 1965, S. 31.

[94] Vgl. *A. Piettre*, L'économie allemande, 1945—1952, Paris 1952, S. 65.

[95] *M. Balfour*, Viermächte-Kontrolle in Deutschland, Düsseldorf 1959, S. 23.

[96] Vgl. *A. Piettre*, L'économie . . ., a. a. O., S. 64.

[97] Vgl. *L. J. Edinger*, Post-totalitarian leadership: Elites in the German Federal Republic, in: The American Political Science Review, Vol. LIV, (1960), No. 1.

[98] *R. Dahrendorf*, Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, München 1965, S. 256.

[99] *J. M. Vincent*, West Germany — the reactionary democracy, in: R. Miliband/J. Saville (Eds.), The Socialist Register, New York 1964, S. 68—81, hier S. 69.

[100] 1949 war der Index der Reallöhne — bezogen auf 1938 = 100 — auf 87,5 angestiegen, vgl. A. Piettre, L'économie . . ., a. a. O., S. 615 und S. 433.

[101] Das waren ca. 15 % der arbeitsfähigen Bevölkerung, vgl. ebd., S. 406.

[102] *M. Balfour*, Viermächte-Kontrolle . . ., a. a. O., S. 175.

[103] Vgl. *H. Schelsky*, Wandlungen der deutschen Familie in der Gegenwart, Stuttgart 1954, S. 43 ff.

[104] *T. Pirker*, Blinde Macht, Band 1, a. a. O., S. 115.

[105] United Nations, Department of Economic Affairs: Economic survey of Europe since the War, Genf 1953, S. 73.

[106] Vgl. *A. Piettre*, L'économie . . ., a. a. O., S. 57/58.

[107] Vgl. Bundesministerium für Vertriebene, Die Eingliederung der Flüchtlinge in die deutsche Gemeinschaft, Bonn 1951, S. 23—25.

[108] Vgl. Wirtschaft und Statistik, März 1950, S. 1339, April 1950, S. 5.

[109] Aus diesem Zusammenhang hat *H. Schelsky* seine These vom Funktionszuwachs der Familie in der Nachkriegszeit abgeleitet: „Man verlor den Halt des Berufs und seiner sozialen Zusammengehörigkeiten, den Halt der Gemeinden und sonstigen Institutionen . . ., aber man fand Halt an der Familie, man rettete sich nicht als Individuum, sondern als Familie aus dem Zusammenbruch und allen Nöten. In einer Welt des Verlustes trägt die Familie den Wert des einzigen und aus eigener Kraft geretteten und gewonnenen sozialen Gutes." Wandlungen . . ., a. a. O., S. 96.

[110] *D. Rodnick*, Post-War Germans, New Haven 1948, S. 4.

[111] Vor einem ganz ähnlichen sozialökonomischen Hintergrund hat *K. Marx*

Klassenlage und -bewußtsein der französischen Parzellenbauern des frühen 19. Jahrhunderts untersucht. Trotz der gleichartigen ökonomischen und sozialen Lage kann die Unterbrechung des „wechselseitigen Verkehrs" die Herausbildung eines Klassenbewußtseins verhindern. Die Isolierung der Einzelnen zu praktisch „atomisierten Gliedern einer Masse", die sich durch die „einfache Addition gleichnamiger Größen" bildet, beschränkt die Entwicklung jeder solidarischen und bewußten politischen Aktion. Vgl. *K. Marx*, Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte, in: MEW, Band 8, S. 198.

[38] Die westlichen Besatzungsmächte haben zuweilen die gewerkschaftlichen Forderungen nach Mitbestimmung und Sozialisierung mit der Drohung eines Stops der Lebensmitteleinfuhren nach Deutschland unterdrückt. Vgl. dazu auch die Haltung der Gewerkschaften zum Marshall-Plan, in: Die Gewerkschaftsbewegung . . . (britische Zone), a. a. O., S. 137 ff.

[39] *V. Agartz*, Wirtschafts- und Steuerpolitik, a. a. O., S. 8.

[40] Modellhaft wird diese Politik durch die Haltung der Gewerkschaften gegenüber den alliierten Demontagen verdeutlicht. Während einerseits demonstrativ auf die „gespannte Situation" und die „große Erregung in der Bevölkerung" hingewiesen wurde, lehnten die Gewerkschaften andererseits das Mittel des aktiven Widerstandes, das z. B. die Belegschaft der Salzgitter-Werke praktizierte, entschieden ab: „Unter keinen Umständen kann jedoch von Gewerkschaftsseite ein aktiver Kampf gegen die Demontagen durchgeführt werden. Die Gewerkschaften können keine quasi-militärischen Aufgaben übernehmen — das können nur Wahnsinnige fordern." Die Gewerkschaftsbewegung . . ., (britische Zone), a. a. O., S. 154.

[41] Vgl. *Claessens* u. a., Sozialkunde . . ., a. a. O., S. 11.

[42] Vgl. *G. Lukács*, Geschichte und Klassenbewußtsein, Berlin 1923, S. 93.

[43] Vgl. Gruppenexperiment. Ein Studienbericht. Bearbeitet von *F. Pollock*, Frankfurt/M. 1955, S. 337.

[44] *D. Lerner*, Sykewar, New York 1949, S. 114/115.

[45] Vgl. *M. Balfour*, Viermächte-Kontrolle . . ., a. a. O., S. 91.

[46] Gruppenexperiment, a. a. O., S. 242 und S. 151.

[47] Institut für Sozialforschung, Zum politischen Bewußtsein ehemaliger Kriegsgefangener, vervielf. Forschungsbericht, Frankfurt/M. 1957, S. 83.

[48] Institut für Demoskopie, Allensbach, Das Dritte Reich. Eine Studie über Nachwirkungen des Faschismus, Allensbach 1949, S. 11.

[49] So z. B. die Direktive JCS 1067 vom 26. April 1945 zur „Ausschaltung von Nazismus und Militarismus in allen ihren Formen", vgl. *G. Stolper*, Die deutsche Wirklichkeit, Hamburg 1949, S. 298.

[50] Vgl. *L. D. Clay*, Entscheidung in Deutschland, Frankfurt/M. 1950, S. 290—292; *D. Middleton*, The truggle for Germany, Indiannapolis/New York 1949, S. 38 ff.; ebenso: *J. Fürstenau*, Die Entnazifizierung in der deutschen Nachkriegspolitik, masch.-schriftl. Man., Frankfurt/M. 1954.

[51] Zit. n. *J. Fürstenau*, *Die* Entnazifizierungspolitik . . ., a. a. O., S. 184.

[52] Opinion Survey Branch, Information Service Division, OMGUS, Germany Report, No. 182, 11th July 1949.

[67] Zit. n. *J. Fürstenau*, Die Entnazifizierungspolitik . . ., a. a. O., S. 226; vgl. auch Entschließung des Landesparteitages der KPD Hessen zur Entnazifizierung, in: Dokumente der KPD, 1945—1956, Berlin 1965, S. 113/114.

[68] *A. Grosser*, L'Allemagne de l'Occident, 1945—1952, Paris 1953, S. 109.

[69] *H. Schelsky*, Wandlungen . . ., a. a. O., S. 171.

[70] Vgl. z. B. O. *Stammer*, Wider den sozialen Defaitismus, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 1. Jg., 1950, S. 492—498, sowie *K. P. Schulz*, Die Wurzeln des sozialen Defaitismus, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 2. Jg., 1951, S. 2—7.

[71] *H. Schelsky*, Einführung zu D. Riesman: Die einsame Masse, Reinbek 1958, S. 15.

[72] Nach einer Umfrage des Instituts für Demoskopie, Allensbach, aus dem November 1953 ergab sich für die von der Entnazifizierung Betroffenen die folgende soziale Zusammensetzung (vgl. *J. Fürstenau*, Die Entnazifizierungspolitik . . ., a. a. O., S. 193):

Schulbildung:	Volksschule	19 %
	Mittlere Reife	31 %
	Abitur, Universität	41 %
	Monatseinkommen unter 250,— DM	19 %
Einkommen:	Monatseinkommen 250,— DM bis 399,— DM	20 %
	Monatseinkommen 400,— DM und mehr	35 %
Beruf:	Landarbeiter	13 %
	Arbeiter	16 %
	Landwirte	24 %
	Angestellte	29 %
	Beamte	32 %
	Selbständige	33 %

[73] *W. Abendroth*, in: Neokapitalismus . . ., a. a. O., S. 110.

[74] Zit. n. *M. Balfour*, Viermächte-Kontrolle . . ., a. a. O., S. 89.

[75] Institut für Sozialforschung, Zum politischen Bewußtsein . . ., a. a. O., S. 114.

[76] Vgl. z. B. *Irene v. Reitzenstein*, Solidarität und Gleichheit, Berlin 1961, S. 14.

[77] *T. Pirker*, Blinde Macht, Band 1, a. a. O., S. 31 ff.

[78] Vgl. *F. Deppe, J. v. Freyberg* u. a., Kritik der Mitbestimmung, Frankfurt/M. 1969, S. 80 ff.

[79] *W. Abendroth*, Bilanz . . ., a. a. O., S. 244.

[80] *T. Pirker*, Blinde Macht, 1. Band, a. a. O., S. 55.

[81] Vgl. dazu *Claessens, Klönne, Tschoepe*, Sozialkunde . . ., a. a. O., S. 24.

[82] *R. Badstübner*, Restauration in Westdeutschland, Berlin 1965, S. 134.

[83] Parteitag der SPD, 29. Juni bis 2. Juli 1947 in Nürnberg, Protokoll, S. 158/159.

[84] 2. o. Bundeskongreß des DGB, Berlin 1952, Protokoll, S. 162.

[85] Vgl. *T. Pirker*, Blinde Macht, 1. Band, a. a. O., S. 195.

[86] Zit. n. Gewerkschaften und Parlament. Viertes Europäisches Gespräch (1955), Düsseldorf o. J., S. 89 *(A. Sabel)*. Diese Äußerung von *H. Reusch* wurde mit einem 24stündigen Proteststreik von 80 000 Arbeitern beantwortet.

[87] Vgl. z. B. die Kritik des nachfolgenden Bundesvorsitzenden *W. Freitag*, in: 2. o. Bundeskongreß des DGB, a. a. O., S. 160.

Helga Deppe-Wolfinger

Gewerkschaftliche Jugendbildung und politisches Bewußtsein

Was heißt politische Bildung

Der politischen und gewerkschaftlichen Jugendbildungsarbeit kommt heute eine besondere Bedeutung zu: Die traditionelle Erziehung in Elternhaus und Schule hindert gemeinhin die Jugendlichen daran, kritisches Bewußtsein zu entwickeln und die gesellschaftliche Bedeutung abhängiger Arbeit zu durchschauen. Vor allem die Schule vermittelt noch immer eine Bildung, die wenig mit den realen Problemen der Werktätigen in der kapitalistischen Gesellschaft zu tun hat, die die Widersprüche zwischen Lohnarbeit und Kapital eher verschleiert, als sie aufzudecken. Das Zusammenleben der Menschen wird als „part-

* Dieser Bericht ist aus mehrjähriger Praxis in der gewerkschaftlichen Jugendbildungsarbeit hervorgegangen. Sowohl der DGB als auch die IG-Metall, die IG-Chemie und die ÖTV führen Jugendlehrgänge durch, die entweder fünf Wochenenden oder eine Woche bzw. an den gewerkschaftlichen Bundesschulen vierzehn Tage umfassen. Sie alle arbeiten — soweit sie hier berücksichtigt wurden — nicht mehr mit wechselnden Referenten, sondern mit einem festen, zumeist aus drei Mitgliedern bestehenden Team, das den Unterrichtsstoff gemeinsam mit den Jugendlichen aufbereitet. Die inhaltlichen und methodischen Überlegungen beschränken sich auf Erfahrungen mit Jugendlichen aus dem Handwerk und der gewerblichen Industrie und vernachlässigen die besonderen Probleme junger Angestellter in der Verwaltung und in Dienstleistungsbetrieben. — Überdies gehen in diesen Bericht intensive Diskussionen eines Marburger Kollektivs über Anspruch und Realität politischer Bildung bei Lehrlingen und jungen Arbeitern ein. Für Anregungen und Kritik danke ich Udo Achten, Georg Büchner, Dieter Hooge, Helge Knüppel, Regine Meyer, Adi Ostertag, Stefan Schardt, Horst Schmitthenner, Gerd Weiß, Franziska Wiethold und insbesondere Hartmut Behrens.

nerschaftliches Miteinander" dargestellt, das jedem die gleichen Chancen einräumt und damit Zufriedenheit suggeriert. Auch die heutige Berufsausbildung in der Bundesrepublik und die Organisation der Arbeit selbst eröffnen den jungen Arbeitern und Angestellten kaum Möglichkeiten, ihre Interessen zu erkennen, zu formulieren und wirksam zu vertreten. So bleibt es weitgehend der außerschulischen Bildungsarbeit vorbehalten, den Jugendlichen die Einsichten über die soziale, politische und wirtschaftliche Lage der abhängig Arbeitenden zu vermitteln, die sie zur aktiven und solidarischen Mitarbeit in den Gewerkschaften und politischen Organisationen befähigen. Ihre Aufgabe besteht darin, zugleich aufzuklären und auf den Kampf um die Verwirklichung der Demokratie in allen Bereichen unserer Gesellschaft vorzubereiten. Wie aber läßt sich dieses Ziel erreichen?

Zunächst muß die besondere Situation jugendlicher Arbeiter berücksichtigt werden. Allgemeine Daten über *die* Jugend sind wenig verläßlich, weil die Jugendlichen keine homogene soziale Gruppe darstellen, sondern denselben gesellschaftlichen, d. h. klassen- und schichtbedingten Widersprüchen ausgesetzt sind wie die Erwachsenen. Beachtet werden müssen allerdings die sozialen Unterschiede, die zwischen jugendlichen und erwachsenen Arbeitern bestehen, da sie modifizierte Ansatzpunkte in der politischen Bildung erfordern. Der junge Arbeiter, der seine Lehre abgeschlossen hat, verfügt über einen relativ hohen Lohn, der ihn einerseits von den Eltern finanziell unabhängig macht und andererseits noch nicht für eine eigene Familie aufgewendet zu werden braucht. Er findet leichter einen Arbeitsplatz als ältere Kollegen, die seit Jahren oder Jahrzehnten dem kräfte- und nervenverzehrenden Produktionsprozeß ausgesetzt sind. Von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit war er bisher seltener betroffen. Die meisten jungen Arbeiter sind davon überzeugt, in ihrem Beruf zum Vorarbeiter, Meister, Ausbildungsleiter oder zum Ingenieur aufsteigen zu können. Diese subjektiv wie objektiv scheinbar so günstigen Bedingungen können die Politisierung gerade junger Arbeiter erschweren und behindern.

Dem steht allerdings die Entwicklung der letzten Jahre entgegen: Der wachsende Protest von Lehrlingen und jungen Arbeitern, der sich z. B. in Ausbildungstribunalen, in Fragebogen- und Flugblattaktionen, in der Anfertigung von betrieblichen Dokumentationen und in Demonstrationen wie dem „öffentlichen Fegen" artikulierte, zeigt, daß Jugendliche vielfach eher bereit sind, sich aktiv mit ihrer beruflichen Situation auseinanderzusetzen als ältere, oft schon resignierte Arbeiter und Angestellte. Freilich sind bei diesen Aktionen, die sich vor allem auf Ausbildungsfragen beziehen, die Lehrlinge nicht zufällig in der Überzahl. Denn der Charakter der heutigen Berufsausbildung, Lehrlinge als billige Arbeitskräfte einzusetzen und einseitig auf die Anforderungen des einzelnen Betriebes vorzubereiten, nimmt immer deutlichere Züge an. Auch dort, wo der Unterricht in Lehrwerkstätten und nach Stufenplänen — die auf eine breitere praktische Grundausbildung abzielen — stattfindet, wird allenfalls eine „Betriebselite" geschult, die weder über den Konzernbereich hinaus mobil ist, noch über die technischen Anforderungen der Zukunft informiert wird. Den Lehrwerkstätten kommt aber insofern eine besondere Bedeutung zu, als von ihnen weitaus mehr kritische Impulse ausgehen als von Betrieben, in denen die Jugendlichen vereinzelt sind. Offenbar entwickelt sich kritisches politisches Bewußtsein nicht notwendig dort zuerst, wo die Ausbildung am rückständigsten ist (Handwerk), sondern hängt entscheidend von den Möglichkeiten, kollektiv zu lernen und zu handeln, ab. — Auch ist das Aufstiegsbewußtsein der Lehrlinge und jungen Arbeiter keine konstante Größe, sondern nimmt von Jahr zu Jahr, und d. h. mit wachsendem Einblick in die realen betrieblichen Verhältnisse, ab. Dagegen wird der Wunsch, sich selbständig zu machen oder den Beruf zu wechseln, immer größer, worin sich eine zunehmende Berufsunzufriedenheit widerspiegelt.

Diese allgemeinen Aussagen reichen indessen für die konkrete Bildungsarbeit mit Jugendlichen nicht aus. Um den jungen Arbeitern, die gewerkschaftliche oder politische Lehrgänge besuchen, die Chance zu eröffnen, ihre soziale Lage als klassenbedingte zu begreifen, müssen wir an ihren besonderen und

unmittelbaren Erfahrungen und Erlebnissen anknüpfen. Denn das Bewußtsein der arbeitenden Jugend ist mehr an Personen, Dingen und Ereignissen orientiert als an Prozessen und Beziehungen. Weder die Eltern noch die Schule haben sie gelehrt, abstraktanalytisch zu denken und damit nach den gesellschaftlichen Hintergründen ihrer privaten und beruflichen Probleme zu fragen. Erst wenn es ihnen gelingt, ihren Alltag *bewußt* zu erleben und zu reflektieren, entsteht die Bereitschaft zum Lernen und Denken in komplexen Zusammenhängen. Erst wenn für den einzelnen sichtbar wird, daß die Themen der Lehrgänge in seinem täglichen Leben verwertbar sind, wird er auch bereit sein, erworbenes Wissen und Erkenntnisse in praktisch-politische Arbeit umzusetzen. Das gilt auch für die Teilnehmer, die bereits ein oder zwei Schulungen besucht haben. Die jungen Kollegen haben oft nur Schlagworte wie Unterdrückung, Abhängigkeit und Ausbeutung in Erinnerung behalten, können diese Begriffe jedoch nicht mehr inhaltlich auffüllen oder in größere Zusammenhänge einordnen. Aus dieser Tatsache läßt sich nicht unbedingt ein Mißerfolg der vorangegangenen Schulungen ableiten, denn es hieße den Einfluß politischer Bildung zu überschätzen, wollte man annehmen, daß wenige Tage oder vielleicht auch eine Woche ausreichen, um soziologisches Denken, welches individuelle Konflikte als gesellschaftliche durchschauen hilft, zu lernen. Zwischen den einzelnen Lehrgängen liegen oft Monate, in denen die Teilnehmer den gewohnten Einflüssen zu Hause und im Betrieb ausgesetzt sind, so daß Gelerntes und Erkanntes oft wieder verschüttet wird. Schließlich hat eine kritische Bildungsarbeit gegen eine beinahe zwanzigjährige Erziehung zur kritiklosen Anpassung anzukämpfen.

Was bedeutet das für Inhalt und Methode politischer Bildung? Wir müssen davon ausgehen, daß man weder Klassenbewußtsein noch Gesellschaftstheorien lehren kann, daß die Erkenntnis konkreter Herrschaftsverhältnisse nicht durch Vorträge zu vermitteln ist. Es kommt nicht darauf an, den Jugendlichen fertig zubereitete Kost, d. h. umfassende Forschungsergebnisse — und entsprächen sie auch dem letzten wissenschaftlichen Stand —, „anzubieten". Statt dessen muß jeder einzelne in die Lage ver-

setzt werden, sich seine Kenntnisse selber zu erarbeiten, seine Urteile eigenständig zu bilden. Zwar ist für die Schulungsarbeit auch gedrucktes und geschriebenes Material notwendig, da es die berufliche und politische Arbeit der Jugendlichen erfordert, sich schriftliche Informationen zu beschaffen, sie zu lesen und zu verstehen. Ebenso wichtiges Material aber ist in der Lebenswirklichkeit selber enthalten, die es im Lehrgang aufzufangen und auszuwerten gilt. Denn nicht das Erlebnis abhängiger und fremdbestimmter Arbeit an sich führt schon zu dem Wunsch, die eigene Lage zu verändern, sondern erst das bewußte Begreifen dieser Abhängigkeiten. Die Erfahrungen der Jugendlichen sind demnach Ausgangs- und Endpunkt jedes behandelten Themas.

Nun ist es vielen Jugendlichen oft gar nicht möglich, ihre Erlebnisse und Probleme spontan darzustellen, da ihre Neugier über Jahre verschüttet war. Private und berufliche Konflikte sind häufig verdrängt oder werden nur verzerrt wahrgenommen, so daß sie auch nicht ohne weiteres in den Lehrgang eingebracht werden können. Deshalb müssen zunächst Methoden entwickelt werden, die den jungen Arbeitern und Angestellten eine kritische Wahrnehmung ihrer Umwelt erst ermöglichen. Am Anfang jeder praxisbezogenen Lehrgangsarbeit steht deshalb die Forderung: *beobachten lernen.* Die Augen und Ohren der Teilnehmer müssen geschärft werden für die Beobachtung des Alltags aus der Sicht derer, die sich die Bedingungen für ihre Arbeit vorschreiben lassen müssen, weil sie über keine Produktionsmittel verfügen. Der Erfolg eines Lehrganges läßt sich nicht an schwarz auf weiß nach Hause getragenem Wissen ablesen; er bestimmt sich viel eher daran, wie weit es den Teilnehmern gelungen ist, „Röntgenaugen" für die sozialen Gegensätze in unserer Gesellschaft zu entwickeln. Erst das Aufhorchen gegenüber Altbekanntem ermöglicht es den Jugendlichen, Fragen zu stellen und Konflikte zu erkennen. Während einer Schulung müssen die Teilnehmer stets von neuem ermutigt werden, danach zu fragen, wo die Gründe für die Abhängigkeit der Werktätigen liegen und wem sie nutzt. Gleichzeitig müssen sie selbst nach Antworten suchen: Sie sollen lernen, sich gegenseitig ihre

Beobachtungen mitzuteilen, darüber zu diskutieren und eigenständig Schlüsse zu ziehen. Fertige Lösungen für aufgetretene Probleme dürfen ihnen gerade deshalb nicht „angeboten" werden, weil sie den Weg von den ersten aufkeimenden Zweifeln an ihren bisherigen Meinungen und Betrachtungsweisen bis hin zu Einsichten über ihren gesellschaftlichen Standort selber zurücklegen müssen. Wir können ihnen zwar die Strecke durch planvolle Anleitung zur Selbsttätigkeit verkürzen; auch müssen wir ihnen ausführlich begründen, warum ein Thema behandelt wird und in welchem Zusammenhang es mit ihren täglichen Problemen steht. Würden wir aber die Ergebnisse schon am Anfang nennen, dann wäre der von den Jugendlichen zu leistende Erkenntnisprozeß von vornherein abgeschnitten.

Sehen und hören zu lernen, die eigenen Erfahrungen zu formulieren und in Frage zu stellen, Konflikte wahrzunehmen und sich seiner Lage als abhängig Arbeitender im kapitalistischen Produktions- und Reproduktionsprozeß bewußt zu werden — das ist der erste wichtige Schritt, zu dem engagierte politische Bildung anregen sollte. Darüber hinaus muß sie den Jugendlichen befähigen, aktiv in den Gewerkschaften und politischen Organisationen mitzuarbeiten. Nicht nur über Dinge zu reden und zu urteilen, sondern handelnd in sie eingreifen, erfordert *schöpferische Initiative*, die sich am ehesten in konkreten Kämpfen der Arbeiterklasse entfaltet. Solange allerdings die für die Jugendlichen und für die Arbeiterklasse insgesamt wichtigen Entscheidungen, wie Tarifabschlüsse und Sozialgesetze, Resultat von Verhandlungen sind, denen meist keine kollektiven Kampfmaßnahmen vorausgehen, so lange muß wenigstens in den Schulungen versucht werden, Ansätze für praktisch-politische Selbsttätigkeit zu entwickeln. Da man nicht zur *Aktivität* erziehen kann außer durch Aktivität, kommt es darauf an, alle Teilnehmer so zu engagieren, daß sie ihre im Alltag bewährte Konsumentenrolle hinter sich lassen. Dazu reichen theoretische Diskussionen allein nicht aus; gleichzeitig muß die Umsetzung der verschiedenen Themen in mögliche Praxis geübt werden, wozu sich entweder das Rollenspiel und die Vorbereitung konkreter Aktionen anbieten: Die Aufgaben der Jugendvertretung etwa lassen sich

dadurch veranschaulichen, daß die ganze Gruppe eine Jugendversammlung plant, im Lehrgang selber inszeniert und anschließend im Hinblick auf genutzte Möglichkeiten und Fehler gemeinsam auswertet. Oder das Thema Berufsausbildung wird mit einem Flugblatt abgeschlossen, welches die Teilnehmer für Lehrlinge entwerfen, die sich berufsfremder Arbeiten zu erwehren haben. Außerdem lassen sich die vermittelten Inhalte auf ihre praktische Verwertbarkeit erproben, indem möglichst vielfältige Kontakte zu den Betrieben und der Bevölkerung am Schulungsort angeknüpft werden — sei es durch Interviews, Fragebogen oder persönliche Gespräche über den Unterrichtsstoff. Welche Methoden im einzelnen gewählt werden, um in politisches Handeln einzuführen, hängt nicht zuletzt von der Phantasie der Jugendlichen und von dem Geschick des Teams ab. Je lebendiger ein Lehrgang gestaltet wird, je mehr das Team die Spontaneität und Eigeninitiative der Teilnehmer fördert, um so mehr Interesse bringen die jungen Gewerkschafter auf; je mehr Spaß ihnen die Arbeit bereitet, um so erfinderischer sind sie im Planen und Durchführen von begrenzten Aktionen.

Freilich darf praktisch-politische Aktivität — und die Aufforderung hierzu — nicht zum Selbstzweck werden. Sie ist nicht zuletzt davon abhängig, ob das politische Ziel, welches erreicht werden soll, auch durchsetzbar ist. Es wäre ein schlechtes Lehrgangsergebnis, würde der Jugendliche als einzelner — isoliert von seinen Kollegen und ohne Rückhalt in der Gewerkschaft oder einer politischen Organisation — im Betrieb aktiv gegen beobachtete Mißstände auftreten. Ihm würde nicht nur die Unternehmensleitung entgegentreten, ebenso würde er auf das Unverständnis der übrigen Arbeiter und Angestellten stoßen. Abgesehen von einer möglichen Gefährdung des Arbeitsplatzes wäre die Folge bei den meisten Resignation. Die Erfahrung, daß man doch nichts verändern kann, bedeutet sehr oft den Rückzug ins Privatleben und damit das Sich-Abfinden mit der gegenwärtigen sozialen und ökonomischen Lage der Arbeiterklasse. Sie bedeutet, daß die Arbeiter und Angestellten auch weiterhin den überwiegenden Teil ihres Lebens in nahezu der-

selben Position festgehalten werden — ohne nennenswerte Chancen, die persönlichen Fähigkeiten und Interessen zu verwirklichen, und ohne Aussichten auf wirksame Mitbestimmungs- und Entscheidungsbefugnisse.

Der Kampf der Arbeiterklasse für höhere Löhne, für bessere Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen, für größere Entscheidungsspielräume, kann nur kollektiv geführt werden. Deshalb ist die Voraussetzung für die Überwindung sozialer Interessengegensätze die *kollektive Arbeit*. In den Lehrgängen dürfen die Jugendlichen nicht wie in der Schule und im Betrieb voneinander isoliert und in Konkurrenz zueinander gestellt werden. Es muß versucht werden, das den Jugendlichen vermittelte Leistungsprinzip, das ausschließlich auf individuellen Erfolg abzielt, aufzubrechen und an seine Stelle das gemeinsame Lernen und Handeln zu setzen. Die jungen Arbeiter müssen lernen, jede Aufgabe — sei sie theoretischer oder praktischer Art — zusammen vorzubereiten und durchzuführen.

Nun wäre es eine Illusion anzunehmen, daß kollektive Arbeit an sich schon fortschrittliches Denken und Tun hervorruft. Der Kollektivismus in Organisationen und Gruppen, die der Arbeiterbewegung in großen Teilen ablehnend gegenüberstehen (z. B. Militär, nationalistische Jugendbünde), verweist eher auf das Gegenteil. Erst wenn sich die kollektive Arbeit auf ein gemeinsames Kampfziel richtet, nämlich auf die Verbesserung der Lebensbedingungen der arbeitenden Bevölkerung, wirkt sie vorwärtstreibend. Ist den Jugendlichen das Ziel bewußt, dann verstehen sie auch, daß die Zusammenarbeit aller derer, die die gleichen Interessen verfolgen, ein hohes Maß an Solidarität erfordert. Auf welcher Ebene sie auch immer beginnen, Forderungen zu stellen und gegen geltende Normen zu verstoßen — sie brauchen das Vertrauen vieler Kollegen, sie benötigen den Rückhalt einer Organisation. *Solidarisches Handeln* ist nicht zu denken ohne Hilfsbereitschaft, Menschlichkeit und Verantwortungsbewußtsein, welche allerdings nicht gleichbedeutend sind mit jenem „Seid nett zueinander", das in vielen Schulen und in der überwiegenden Presse proklamiert wird. Denn es kann nicht Aufgabe der Gewerkschaften oder anderer Organisationen

der Arbeiterklasse sein, ihre jungen Mitglieder verträglicher und toleranter gegenüber allem und jedem zu machen. Im Gegenteil: Solange der Kampf um die Überwindung von Herrschaftspositionen noch nicht gewonnen ist, solange der Widerspruch zwischen vergesellschafteter Arbeit und privater Aneignung noch nicht aufgehoben ist, so lange ist entschiedener Widerstand gegenüber denjenigen notwendig, die den Arbeitenden die soziale und wirtschaftliche Gleichheit vorenthalten. Nicht die Verschleierung von Interessengegensätzen, sondern ihre Benennung und Erklärung ist Voraussetzung für ihre Aufhebung. Unter den Lohnabhängigen aber, die für den kollektiven Aufstieg der Arbeiterklasse streiten, kann es kein Zuviel an Solidarität geben. Sie — wenigstens ansatzweise — einzuüben, ist eine der schwierigsten Aufgaben, vor der die gewerkschaftliche und politische Jugendbildungsarbeit steht.

Anspruch und Inhalte politischer Bildung

Wollen die Gewerkschaften oder politische Organisationen die Emanzipation der von ihnen Vertretenen vorantreiben, dann muß ihre Jugendbildungsarbeit mehrfach ansetzen: Sie muß beobachten lehren, schöpferische Initiative fördern, kollektives Arbeiten und solidarisches Handeln vorantreiben. Bei den Jugendlichen wird hierdurch zunächst ein allgemeines *Konfliktbewußtsein* geschaffen, welches sie in die Lage versetzt, Spannungen in ihrer Umwelt — sei es in der Familie, im Freundeskreis oder im Betrieb — wahrzunehmen.

Der nächste Schritt ist das Überdenken und Begreifen der Stellung der abhängig Arbeitenden im Betrieb, welches mit *Lagebewußtsein* umschrieben werden kann. Die unmittelbaren Erfahrungen am Arbeitsplatz verknüpfen sich jetzt mit Einsichten über die spezifische Organisation des kapitalistischen Industriebetriebes. Der junge Arbeiter oder Angestellte beginnt sich zu überlegen, ob ihm seine Berufsausbildung wirklich die Qualifikation vermittelt, die er unter den Bedingungen einer sich immer rascher wandelnden Technik benötigt. Er wird sich fragen, ob es mit dem Meister oft zu Konflikten kommt, weil dieser zu wenig menschliches Verständnis aufbringt, oder ob der

Grund nicht eher darin liegt, daß der Meister eine Pufferstellung zwischen Kapitalvertretern und Lohnabhängigen einnimmt. Er wird darüber nachdenken, ob die betriebliche Hierarchie mit ihrem „Oben" und „Unten" natürlich und notwendig ist oder aber einseitig die Herrschaft der Unternehmensleitung stützt. Er wird herauszufinden versuchen, warum kritiklose Anpassung als eine der höchsten beruflichen Tugenden gilt. — Schon auf dieser Stufe können sich Erkenntnisse mit ersten gewerkschaftlichen und politischen Aktivitäten verbinden. Zum einen bieten sich die Orts- und Kreisjugendausschüsse, die gewerkschaftlichen oder politischen Jugendgruppen an. Zum anderen ist es die betriebliche Ebene, die vor allem ein Aufbrechen verfestigter Strukturen ermöglicht. Die Ansatzpunkte sind von Betrieb zu Betrieb verschieden: Hier geht es darum, die Aufhebung des Rauchverbots für Lehrlinge zu erwirken; woanders steht die Abschaffung berufsfremder Arbeiten während der Ausbildung im Vordergrund; in einem dritten Betrieb ist es am vordringlichsten, die Jugendvertreterwahlen vorzubereiten und eine Jugendversammlung zu planen und durchzuführen.

Haben die Jugendlichen die vielfältigen Formen von Abhängigkeit außerhalb und innerhalb des Betriebes erfahren, haben sie sich überlegt, wie diese Abhängigkeiten zustande kommen und sich halten können, und haben sie außerdem versucht, in begrenztem Rahmen Probleme der Jugendlichen aufzugreifen und praktisch zu lösen, dann werden sie auf die Frage stoßen, wie Abhängigkeiten aufgehoben werden können. Ihnen wird klar, daß innerhalb des Betriebes die realen Arbeitsbedingungen nur teilweise zu verbessern sind: Wenn z. B. durchgesetzt wird, daß die Bestimmungen des Berufsbildungsgesetzes voll eingehalten werden, haben die jungen Kollegen die Chance, mehr und besser zu lernen. Das allgemeine Problem allerdings, daß die heutige Berufsausbildung nicht geeignet ist, auf spätere, neue Berufsanforderungen vorzubereiten, ist damit nicht gelöst. Ebensowenig ist damit der Anspruch, daß fachliches Lernen mit gesellschaftspolitischer Bildung verbunden werden müsse, verwirklicht. An der ganz konkreten Frage der Berufsausbildung wird also deutlich, daß Veränderungen im einzelnen Betrieb

nicht ausreichen, um die Interessen der abhängig Arbeitenden wirksam durchzusetzen. Es wird offenbar, daß der Widerspruch zwischen den Bedürfnissen der Werktätigen und dem kapitalistischen Unternehmenszweck, der auf größtmöglichen privaten Gewinn abzielt, ein gesellschaftlicher ist. Die Beschäftigung mit gesamtwirtschaftlichen Problemen, z. B. mit der Rolle des Staates unter kapitalistischen Produktionsbedingungen, bleibt jetzt nicht länger abstrakt, sondern erwächst aus den Grenzen, an die die theoretische wie praktische Betriebsarbeit stößt. Die Überwindung eben dieser Grenzen führt zur Entwicklung von *Interessenbewußtsein,* welches sich auf solche überbetriebliche Forderungen richtet, die das kapitalistische Wirtschaften noch nicht grundsätzlich in Frage stellen. Handelt es sich um die Neufassung des Berufsbildungsgesetzes, um Steuerabbau oder Mietpreisbindungen — die Ansprüche der Lohnabhängigen werden um so eher berücksichtigt, je aktiver sie sich für ihre Verwirklichung einsetzen. Nicht nur im Betrieb kommt es darauf an, gemeinsam zu handeln; der Kampf um bessere Lebensbedingungen muß auf allen gesellschaftlichen Ebenen kollektiv vorangetrieben werden. Dieser Kampf führt langfristig zu der Einsicht, daß vereinzelte Reformen die Ungleichheit in unserer Gesellschaft zwar mildern, aber nicht überwinden können, daß wirkliche Bedürfnisbefriedigung erst dann möglich ist, wenn jeder mittel- oder unmittelbar über das Was, Wie und Wozu der Produktion mitentscheiden kann. Haben die Jugendlichen begriffen, daß sich ihre Lage erst dann grundlegend ändern wird, wenn der private Besitz und die private Verfügung über Produktionsmittel aufgehoben ist, dann ist die Bildungsarbeit an dem Ziel angelangt, welches sie überhaupt zu erreichen in der Lage ist. Denn ob sich der emanzipative Anspruch der Bildungsarbeit in massenhafte emanzipative Praxis umsetzt und wann sich das Interessenbewußtsein zum *Klassenbewußtsein* entwickelt, hängt letztlich von der historischen Ausprägung der gesellschaftlichen Widersprüche und von der bewußten politischen Organisation der Arbeiterklasse ab.

Aber auch Interessenbewußtsein zu entwickeln, ist ein Prozeß, der nicht mit ein oder zwei Lehrgängen abgeschlossen ist. Für

die Jugendlichen, die zum ersten Mal kritisch über ihre Lage nachzudenken beginnen, bedeutet es einen großen Erfolg, wenn ihre Neugier für die bewußte Beobachtung der Umwelt geweckt wird, wenn erste Einsichten über die Lebensbedingungen des Arbeiters in einer kapitalistischen Gesellschaftsordnung gewonnen und wenn gleichzeitig erste Ansätze von Selbsttätigkeit erprobt werden. Und um eben jene Jugendliche, die für die politische Arbeit erst gewonnen werden müssen, geht es in den meisten Gewerkschaftslehrgängen und in vielen Veranstaltungen der fortschrittlichen politischen Jugendorganisationen. Ihnen die Möglichkeit zu geben, sich Kenntnisse anzueignen und diese in Erkenntnissen über die Klassenlage der Lohnabhängigen zu übersetzen, gelingt am ehesten mit der inhaltlich bestimmten Methode, die unmittelbar an dem Bewußtsein der Jugendlichen anknüpft: mit der Methode des *exemplarischen Lernens*. Die Erfahrungen, Erlebnisse und Konflikte der Teilnehmer bilden hierbei den Ausgangspunkt für jedes Thema und für den gesamten Lehrgang. Sie sind das Material, von dem aus gesellschaftliche Zusammenhänge ebenso wie historische Prozesse entwickelt und erklärt werden. Exemplarisches Lernen ist nicht zu verwechseln mit der Fallmethode, die sich darauf beschränkt, Lösungsmöglichkeiten für einzelne Konflikte oder Fälle zu suchen. Sie fragt weder nach gesellschaftlichen Hintergründen, noch stellt sie Beziehungen zwischen verschiedenen Konflikten her. Sie kuriert allenfalls an Symptomen, drängt aber nicht auf grundlegende Veränderungen. Die exemplarische Vorgehensweise dagegen isoliert die Probleme der Jugendlichen nicht voneinander, sondern versucht sie als allgemeine zu verdeutlichen. Sie will aufzeigen, daß Erfahrungen, die einzelne gemacht haben, auch die Erfahrungen anderer sind, daß es typische, immer wiederkehrende Konflikte bei allen Arbeitern und Angestellten gibt. Wenn aber die werktätigen Jugendlichen vor gleichen oder ähnlichen Problemen stehen, dann lassen sich diese nicht länger dem persönlichen Verhalten einzelner Personen zuschreiben, sondern müssen konkreter Ausdruck der objektiven Widersprüche in unserer Gesellschaft sein. Diese Einsicht fördert die Solidarität unter den Teilnehmern der Lehrgänge — sind sie

doch alle den selben Arbeitsbedingungen ausgeliefert — und sie weckt gleichzeitig die Neugier für gesellschaftliche Sachverhalte, die nicht mehr dem unmittelbaren Erleben der Jugendlichen zugänglich sind. Die individuelle Lebensgeschichte als abhängig von gesellschaftlichen Zwängen zu begreifen, heißt den Interessengegensatz von Lohnabhängigen und Kapitalvertretern nicht mehr nur auf der Betriebsebene zu suchen. Er spiegelt sich ebenso auf gesamtwirtschaftlicher Ebene, in der Politik, der Rechtssprechung, im Bildungswesen, in der Kultur und in den Moralvorstellungen wider.

Diesen Zusammenhang zu verdeutlichen, ist notwendig, da die meisten Teilnehmer in den Schulungen aufgrund ihrer Erfahrungen am Arbeitsplatz zwar sehr schnell erkennen, daß Demokratie in der Wirtschaft erst verwirklicht werden muß; Politik dagegen ist für viele eine vom Betrieb unabhängige Ebene, auf der alle Bürger gleiche Mitbestimmungs- und Entscheidungsbefugnisse haben. Die künstliche Trennung von Wirtschaft und Politik ist bereits in der Schule angelegt und wird durch das Überangebot an isolierten und zerfaserten Informationen, wie sie die Massenkommunikationsmittel bieten, nur noch verstärkt. Sie aufzuheben und den Lehrstoff auf die Informationen zu beschränken, die für die Erklärung der Grundstrukturen unserer Gesellschaft notwendig sind, ist wesentlicher Bestandteil der exemplarischen Methode.

Die Eingrenzung des Stoffes hat Konsequenzen für die Auswahl der Themen: So verbietet es das am Konkreten orientierte Bewußtsein der arbeitenden Jugendlichen, schon in den ersten Lehrgängen, die von ihnen besucht werden, Geschichtsepochen systematisch abzuhandeln. Denn die Entwicklung des Feudalismus, der Anfänge des Kapitalismus, der Weimarer Republik oder des Faschismus bleibt für sie solange abstrakt, als sie keinen Bezug zwischen historischen Prozessen und ihren eigenen Lebensbedingungen erkennen. Weder zu Hause noch in der Schule haben sie gelernt, die Gesellschaft als historisch gewordene zu begreifen. Ihre Geschichtskenntnisse sind höchst gering und beschränken sich weitgehend auf das Wissen über Personen.

Historische Zusammenhänge werden auf Handlungen „großer Männer" reduziert. So bestimmt sich z. B. die jüngste Geschichte in den Vorstellungen der Jugendlichen zumeist allein durch Hitler. Autobahnbau und Konzentrationslager — oft als erstes bei dem Stichwort Faschismus genannt — werden nicht im politisch-gesellschaftlichen Kontext gesehen, sondern auf die individuellen Eigenschaften und Motive Hitlers zurückgeführt. Ein solchermaßen personalisierendes Geschichtsbild verdeutlicht, warum historische Entwicklungen so geringen Aussagewert für die Jugendlichen haben, denn mit den Personen sind auch die Epochen untergegangen. Weil geschichtliche Zusammenhänge für die Jugendlichen kaum mehr als „Märchencharakter" haben, sollten sie nur dann herangezogen werden, wenn mit ihnen gegenwärtige gesellschaftliche Verhältnisse erklärt werden können. Nur wenn aktuelle Fragen und Probleme den Ausgangs- und Endpunkt für die Behandlung historischer Ereignisse bilden, werden die Jugendlichen die Geschichte als einen Prozeß verstehen lernen, in dem Vergangenes die Gegenwart mitbestimmt und zum Moment der zukünftigen Entwicklung wird. Z. B. könnte eine Diskussion darüber, ob Lehrlinge streiken dürfen, erweitert werden durch einen Bericht über den ersten Lohnstreik, der von ungelernten jugendlichen Arbeitern zu Beginn dieses Jahrhunderts in Berlin durchgeführt wurde (vgl. Robert Hensel, Der Streik der Rollmöpse). Das Betriebsverfassungsgesetz wird nur dann verständlich, wenn die Teilnehmer erfahren, unter welchen politischen Bedingungen es verabschiedet worden ist. Der Faschismus gewinnt dann an Aktualität, wenn mit ihm faschistische Tendenzen heute (NPD, Verhalten gegenüber Minderheiten wie Gastarbeiter, Gammler, Studenten usw.) erklärt werden. Aber auch unter dieser Voraussetzung wird die Behandlung des Faschismus erst dann auf das Interesse der Jugendlichen stoßen, wenn sie zuvor die Beziehungen von Staat und Wirtschaft in einer kapitalistischen Gesellschaftsordnung begriffen haben. Deshalb wird dieses Thema nur in solchen Lehrgängen aufgegriffen werden können, in denen die Teilnehmer bereits über umfangreiche soziologische und politische Kenntnisse und Einsichten verfügen.

Für die Teilnehmer, die noch am Anfang einer kritischen Bewußtseinsbildung stehen, ist es wichtiger, sich mit ihrer derzeitigen privaten und beruflichen Lage zu beschäftigen. Werden Konflikte im Betrieb noch nicht bewußt erlebt, dann sollten Probleme mit den Eltern am Anfang einer Schulung stehen. Schilderungen der Teilnehmer über ihr Verhältnis zum Vater, zur Mutter und den Geschwistern bilden das Material für eine Diskussion über die in den meisten Familien üblichen Erziehungsmethoden. Überlegen sich die Jugendlichen wie die Sozialisation eines Kindes von Geburt an verläuft, dann werden sie feststellen, daß in keiner Altersstufe darauf Wert gelegt wird, Kinder zur selbstbewußten und aktiven Auseinandersetzung mit ihrer Umwelt anzuleiten. Die Autorität der Erwachsenen fördert mittels Druck und verschiedener Formen von Strafen — über Liebesentzug bis zu Schlägen — Unselbständigkeit und mehr oder minder passive Anpassung an geltende Normen. Auch die meisten Schulen unterstützen die Tendenz zur Unterordnung durch Noten und Bestrafungen sowie durch Lehrpläne, die ein Überdenken der bestehenden gesellschaftlichen Widersprüche gar nicht erst vorsehen. So werden Kinder und Jugendliche auf einen Arbeitsprozeß vorbereitet, in dem sie wiederum abhängig sind und den sie akzeptieren, weil sie nicht gelernt haben, nach der Berechtigung des Bestehenden zu fragen. Eben hier liegt die politische Funktion einer Erziehungsdebatte: Die Jugendlichen erkennen, warum so viele Kollegen im Betrieb unpolitisch und nicht bereit sind, aktiv für Verbesserungen einzutreten. Sie gewinnen Verständnis dafür, warum sich Solidarität unter den Lohnempfängern so schwer entwickelt. Um allerdings den Schluß zu vermeiden, daß mit neuen Erziehungsmethoden sich die Gesellschaft grundlegend verändern ließe, muß klargestellt werden, daß die Erziehung abgeleitete Funktion der Produktionsverhältnisse ist. Nicht die Eltern sind die eigentlichen „Schuldigen" an einem einseitig autoritären Erziehungsverhalten, vielmehr unterliegen sie selbst den entfremdeten Bedingungen der Lohnarbeit. Um diesen Zusammenhang verdeutlichen zu können, müssen Probleme der Arbeit den Mittelpunkt eines jeden Lehrganges bilden.

Handelt es sich bei den Teilnehmern überwiegend um Lehrlinge, dann werden Ausbildungsfragen im Zentrum stehen. Dabei ist zu unterscheiden zwischen der Ausbildung im Handwerk und in der Industrie, zwischen Betrieben, die nicht einmal die Bestimmungen des Jugendschutz- und des Berufsbildungsgesetzes einhalten, und denen, die über Lehrwerkstätten verfügen und die Jugendlichen nicht mehr für berufsfremde Arbeiten heranziehen. Den Lehrlingen, die aus Großbetrieben kommen, kann an Hand des Stufenplanes der Firma Krupp (vgl. Berufsausbildung und beruflicher Bildungsweg, Schriftenreihe der IG-Metall, Nr. 51) verdeutlicht werden, daß sich die Qualität ihrer Ausbildung exakt an dem Arbeitskräftebedarf des sie beschäftigenden Unternehmens bemißt: Bei Krupp schließen 70 Prozent aller Lehrlinge bereits nach ein oder zwei Jahren ihre Ausbildung ab, nur 10 Prozent erreichen das vierte Lehrjahr. Auch muß diskutiert werden, wie weit die heutige Ausbildung auf spätere technische Veränderungen vorbereitet und welches die Auswirkungen der Trennung von theoretischem Unterricht in der Schule und praktischer Ausbildung im privatwirtschaftlich organisierten Industrie- oder Handwerksbetrieb sind. Überlegen sich die Teilnehmer schließlich, warum gesellschaftspolitische Bildung aus ihrer Lehrzeit fast völlig ausgeklammert bleibt, dann werden sie auch die Frage beantworten können, welche Interessen die Unternehmen mit der Berufsausbildung verfolgen und wie diese im Widerspruch stehen zu dem eigenen Wunsch nach größtmöglicher Qualifikation.

Für Teilnehmer, die ihre Lehre bereits abgeschlossen haben, können Probleme der betrieblichen Hierarchie oder der Arbeitsplatzbewertung und Lohnfindung von Bedeutung sein. Setzt sich der Lehrgang aus Arbeitern und Angestellten zusammen, so kann das unterschiedliche Bewußtsein beider Gruppen — seine historischen Ursachen sowie seine gegenwärtige Funktion — erörtert werden. Kommen Teilnehmer aus Betrieben, in denen Rationalisierungen bevorstehen, so werden sie sich für den technischen Fortschritt und seine sozialen Konsequenzen interessieren. Wie sich aus einem konkreten betrieblichen Ereignis gesellschaftliche Zusammenhänge entfalten lassen, in welcher Weise die Er-

fahrungen der Jugendlichen exemplarisch aufbereitet werden können, wird beispielhaft in der Broschüre „Industriearbeit und Herrschaft" aufgezeigt. Sie beginnt mit dem Fall Karl Göbel, einem Schneider, der in seinem Beruf keine Beschäftigung mehr findet und deshalb in dem einzigen Großbetrieb seines Heimatortes Arbeit in der Versandabteilung aufnimmt. Einige Monate nach seiner Einstellung — Göbel hat sich gerade an seinen Arbeitsplatz gewöhnt und ist mit seinem Lohn und der regelmäßigen Arbeitszeit am Tage zufrieden — wird in der Abteilung von Umstellungen gemunkelt. Bald stellt sich heraus, daß Transportbänder montiert werden sollen, die ein Drittel der Versandarbeiter überflüssig machen. Auch Göbel gehört zu denen, die versetzt werden sollen. Die Stimmung unter den Kollegen wird immer schlechter: Sie streiten sich darüber, warum der Meister gerade sie und nicht andere für die Umsetzung bestimmt hat, außerdem versuchen einige „vorzuarbeiten", d. h. über Beziehungen sich einen möglichst günstigen neuen Arbeitsplatz zu sichern. Auch der Betriebsrat kann gegen die Versetzungen nichts unternehmen; er verspricht das einzige, was im Rahmen seiner Möglichkeiten liegt: nämlich darüber zu wachen, daß die Arbeiter keine Lohneinbußen erleiden. Karl Göbel wird schließlich in den sogenannten Naßbetrieb geschickt. Hier wird in Wechselschicht gearbeitet, was für ihn und seine Familie eine große Umstellung bedeutet. Auch ist die Arbeit schmutzig und laut. Aber er hat keine andere Wahl, als diesen Arbeitsplatz anzunehmen, weil er sonst entlassen würde.

Aus diesem Fall leitet sich ein ganzer Katalog von Fragen ab: Warum ist Karl Göbel gezwungen, eine Hilfsarbeitertätigkeit anzunehmen? Wer bestimmt darüber, mit welchen Arbeiten und unter welchen Bedingungen er beschäftigt wird? Welche Bedeutung haben Rationalisierungen für die Arbeiter? Wonach entscheidet der Meister, wer versetzt wird? Warum unternehmen die Arbeiter der Versandabteilung nichts gegen ihre Umsetzung? Warum kann der Betriebsrat so wenig machen? Warum wechselt Karl Göbel nicht den Betrieb? Die Autoren erläutern zunächst, was abhängige Arbeit heißt und wie der Lohn zustandekommt. Sie erklären Arbeitsteilung und Massenproduktion, die dafür

verantwortlich sind, daß Göbel nicht mehr in seinem erlernten Beruf als Schneider arbeiten kann, unterscheiden zwischen gelernter und angelernter Arbeit und stellen die freie Arbeitsplatzwahl in Frage. Es schließen sich die Prinzipien privatwirtschaftlicher Produktion sowie das Verhältnis von Eigentum und Macht an. Weitere Stichworte sind: Entfremdete Arbeit; bestimmen die Eigentümer im Betrieb?; vom Eigentümer zum Manager: das Beispiel der Aktiengesellschaften; Management und Hierarchie; Rationalität und Herrschaft; die Entwicklung zum Großbetrieb; großbetriebliche Organisation und Bürokratie; Erfahrungen mit betrieblicher und staatlicher Herrschaft; die westdeutsche Entwicklung nach 1945; das Beispiel des Betriebsverfassungsgesetzes; Arbeitnehmerinteressen und Gewerkschaftspolitik. Die Aufbereitung des Fall Göbel ermöglicht es, auch andere Konfliktfälle in ihrer grundsätzlichen Bedeutung zu erkennen und zu interpretieren. Im Lehrgang selber soll von den Fällen ausgegangen werden, die die Jugendlichen aus ihrer Erfahrung berichten. Da diese Fälle nur selten so umfassend sind wie das vorliegende Beispiel, brauchen auch nicht immer alle angesprochenen Stichpunkte problematisiert zu werden.

In jedem Lehrgang allerdings sollten die wichtigsten politisch-ökonomischen Grundbegriffe zur Sprache kommen. Denn erst wenn die Teilnehmer erkannt haben, daß sie es sind, die den in unserer Gesellschaft privat angeeigneten Mehrwert erarbeiten, erst dann können sie die Bedingungen kapitalistischer Produktionsweise begreifen und infragestellen. Es muß ihnen klar werden, daß der Mehrwert weder aus dem Verkauf der produzierten Waren noch durch die Maschinen entsteht, daß vielmehr allein die menschliche Arbeitskraft neue Werte zu schaffen in der Lage ist. Der Mehrwert entsteht also in der Produktion und nicht auf den Märkten, nicht durch einen unredlichen Preisaufschlag oder durch Übervorteilung der Käufer. — Überdies müssen die Jugendlichen erkennen, daß der Mehrwert kein vorenthaltener Lohn ist, daß jede Gesellschaft einen Teil ihres Arbeitsüberschusses, des Mehrproduktes, für Investitionen, öffentliche Leistungen und die Versorgung der nichtproduktiven Bevölkerung benötigt. Wesentlich ist allein, ob diejenigen, die das Mehr-

produkt schaffen, auch über seine Verwendung mitentscheiden können. Immer wieder taucht in diesem Zusammenhang die Vorstellung von einem „gerechten" Lohn auf. Sie wird nur dann abgebaut, wenn die Jugendlichen begreifen, daß der Lohn das Ergebnis einer politischen Auseinandersetzung ist. Auch muß an diesem Punkt der Diskussion die Meinung, daß hohe Löhne notwendig die Preise in die Höhe treiben, relativiert werden. Ob noch weitere Begriffe wie der der entfremdeten Arbeit, eingeführt werden, hängt von dem Vorverständnis der Teilnehmer ab. Freilich sollte sich gerade die Behandlung ökonomischer Zusammenhänge auf wenige Begriffe, die für die Erklärung des Grundwiderspruchs von Lohnarbeit und Kapital notwendig sind, beschränken. Nicht die systematische Abhandlung der politischen Ökonomie kann das Ziel dieses Themenkomplexes sein, vielmehr sollen die Jugendlichen jene Begriffe kennenlernen, die sie in der politischen Diskussion in den Betrieben benötigen, um herrschende Vorstellungen wie die der „Partnerschaft von Kapital und Arbeit" widerlegen zu können.

Ähnliches gilt für eine Diskussion über das Verhältnis von Staat und Wirtschaft. Anhand konkreter Beispiele ist den Jugendlichen zu verdeutlichen, daß der Staat sich nicht neutral gegenüber den verschiedenen Interessengruppen verhält, daß er vielmehr gezwungen ist, der Profitsicherung der privaten Unternehmen den Vorrang zu geben vor den Bedürfnissen der Lohnabhängigen. Mit der Verabschiedung des Berufsbildungsgesetzes z. B. wurden weder die Interessen der kleinen und mittleren Betriebe an einem Einsatz der Lehrlinge als billige Arbeitskräfte grundsätzlich beschnitten, noch wurden die Gefahren berücksichtigt, die mit der Stufenausbildung in Großbetrieben verbunden sind: Durch den vorzeitigen Ausbildungsabschluß nach ein oder zwei Jahren wird das durchschnittliche Ausbildungsniveau der Jugendlichen eher gesenkt denn gehoben. Die einseitige Ausrichtung des Gesetzes an den Ansprüchen der Unternehmen veranlaßte die Gewerkschaften zu der Feststellung: „Das Berufsbildungsgesetz schafft nicht die Voraussetzungen für eine demokratische, zukunftsgerichtete Berufsbildung, sondern restauriert die bestehenden Verhältnisse und negiert den Verfas-

sungsanspruch auf Bildung und Ausbildung." (Vgl. Für eine bessere Berufsausbildung, hrsg. vom Deutschen Gewerkschaftsbund, S. 5). An dem Beispiel des Berufsbildungsgesetzes können die Jugendlichen also erkennen, daß Politik keine neutrale gesellschaftliche Ebene ist, die sie nichts weiter angeht und mit der sie nur über den Stimmzettel zu tun haben, daß vielmehr jeder einzelne Regierungsbeschluß konkrete Auswirkungen auf ihr tägliches Leben hat.

Ob allerdings das Gespräch in einem Lehrgang bis hierher führt, hängt von der Zeit ab, die zur Verfügung steht. In keinem Falle darf wegen Zeitmangels auf die Erörterung der praktisch-politischen Konsequenzen aus dem Gelernten verzichtet werden. Denn Erkenntnisse bleiben abstrakt und formal, solange die Teilnehmer nicht wissen, wie sie sie für die Verbesserung ihrer Lage nutzbar machen können. Deshalb muß die Diskussion über die Rechte der Jugendlichen und über die Möglichkeiten, diese Rechte durchzusetzen, zu verteidigen und zu erweitern, den ganzen Lehrgang durchziehen. Wie die jungen Arbeiter und Angestellten im einzelnen gegen beobachtete Mißstände auftreten können, wird weiter unten behandelt.

Praktische Hinweise für politische Lehrgänge

Beginn des Lehrganges

Wollen wir den Anspruch der exemplarischen Methode ernst nehmen, daß Lernprozesse um so größer sind, je mehr individuelle Interessen in ihnen wirksam werden, dann reicht es nicht aus, nur die einzelnen Themenbereiche exemplarisch aufzubereiten. Der ganze Lehrgang muß als eine Einheit gesehen werden, deren Ausgangspunkt eben jene Bedürfnisse, Wünsche und Interessen der Jugendlichen sind, die über den Ablauf der Schulung bestimmen. Deshalb ist es wenig sinnvoll, den Lehrgang unmittelbar mit einem speziellen Thema zu beginnen — noch bevor die Teilnehmer und das Team sich gegenseitig kennengelernt und erste Erfahrungen ausgetauscht haben. Am Anfang eines jeden Lehrganges sollte eine ausführliche Vorstellung stehen, die sich nicht darin erschöpft, formale Angaben wie

Name, Beruf, Wohnort und Betrieb auszutauschen. Vielmehr müssen bereits hier alle die Fragen angesprochen werden, die die Teilnehmer zu einer Schilderung ihrer konkreten Lebensumstände veranlassen. Freilich sind die Jugendlichen gerade am ersten Tag eines Lehrgangs noch selten in der Lage, spontan ihre Probleme zu artikulieren. Meistens wird schon bei der Begrüßung klar, daß die angereisten Teilnehmer aufgrund ihrer Erfahrungen in allen anderen Lebensbereichen auch im Lehrgang selber ein Schüler-Lehrer-Verhältnis voraussetzen. Das zeigt sich bei vielen darin, daß sie keine Fragen stellen und Hinweise des Teams, z. B. zur Hausordnung, die in vielen Jugendheimen sehr streng ist, kritiklos aufnehmen. Sie erwarten, daß etwas mit ihnen geschieht, und sind überrascht, daß sie selbst etwas tun sollen. Diese Überraschung gilt es zu nutzen, indem die Vorstellung so lebendig wie möglich gestaltet wird und möglichst viele Brücken zum Alltag der Jugendlichen schlägt. Das kann einmal dadurch geschehen, daß die Teammitglieder als erste über sich berichten: Teammitglieder mit betrieblicher Erfahrung schildern sehr eingehend, wie sie zu ihrem Beruf gekommen sind, welche Erwartungen sie mit ihrer Ausbildung verbunden hatten und in welcher Weise diese Erwartungen enttäuscht oder erfüllt wurden. Sie erzählen, welche Konflikte während der Lehre auftraten und wie die Jugendvertretung und der Betriebsrat gearbeitet haben. Auch stellen sie dar, wann und wodurch ihr politisches Interesse geweckt und gefördert wurde, warum und in welcher Form sie innerhalb und außerhalb der Gewerkschaften auch jetzt politisch tätig sind. Studentische Teamer gehen vor allem darauf ein, wieso sie die Möglichkeit hatten, die höhere Schule oder den zweiten Bildungsweg und die Universität zu besuchen, wie sie die Ausbildung an der Hochschule einschätzen und warum sie sich politisch und gewerkschaftlich in der Arbeiterbewegung engagieren. Aber nicht nur berufliche und politische Fragen sollen zur Sprache gebracht werden; die Scheu vor dem Team als Autoritätspersonen nimmt in dem Maße ab, in dem auch die privaten Belange der Teamer für die Teilnehmer durchsichtig werden: Erzählen die Teammitglieder z. B. von Konflikten mit

ihren Eltern, dann werden die Jugendlichen Parallelen zu ihrer eigenen Familie entdecken.

Weiterhin fällt es den Teilnehmern leichter, über sich selber zu sprechen, wenn das Team ihnen gezielte Fragen zu ihrer persönlichen und beruflichen Situation stellt. Diese Fragen dürfen einerseits nicht zu weit in die als intim empfundenen Lebensbereiche hineinragen, andererseits müssen sie konkret genug sein, um die Jugendlichen zu möglichst vielfältigen Aussagen über ihr tägliches Leben anzuregen. Falsch wäre es z. B., die Teilnehmer schon am ersten Tag direkt darauf anzusprechen, ob sie eine Freundin bzw. einen Freund haben und welche Schwierigkeiten in dieser Beziehung auftauchen; denn entweder verstärkt eine solche Frage ihre Hemmungen, oder aber sie prahlen mit unwahren Geschichten, weil sie nicht zugeben können, daß sie noch keine Freundin haben. Insbesondere sexuelle Probleme lassen sich erst dann offen diskutieren, wenn zwischen Teilnehmern und Team ein Vertrauensverhältnis entstanden ist, das nicht mehr durch vermeintlichen Prestigeverlust oder durch allzu große Schüchternheit belastet ist. Dennoch sollten in der Vorstellung schon private Konflikte — vor allem familiäre — berührt werden, damit die Teilnehmer erkennen, daß es auf dem Lehrgang nicht nur um Ausschnitte aus ihrem Alltag geht, sondern um ihre Probleme insgesamt. Der unten aufgeführte Fragenkatalog enthält Anregungen für die Teammitglieder, die allerdings nicht vollständig, wörtlich und der Reihe nach vorgetragen oder gar vorgelesen werden dürfen. Auf welche der Fragen der Schwerpunkt zu legen ist, wird sich schon nach den ersten Beiträgen der Teilnehmer herausstellen. Denn wenn der eine oder andere anfängt zu erzählen, dann werden auch solche Teilnehmer folgen, die ihre Situation bisher als mehr oder minder unproblematisch erfahren haben. Wenn etwa ein Kraftfahrzeug-Lehrling erzählt, daß er Überstunden machen muß, wenn der ihm zugeordnete Geselle seinen Akkord noch nicht erreicht hat, dann bestätigen auch andere, daß sie zu Überstunden herangezogen werden — und sei es, um die Werkstatt zu putzen. Was sie bisher als selbstverständlich hingenommen haben, wird jetzt des Nachdenkens wert und mit einem Fragezeichen versehen.

Sobald mehrere Teilnehmer über konkrete Mißstände berichten, wird die Vorstellung in ein Gespräch nicht mehr nur zwischen Teilnehmern und Team, sondern zwischen den Teilnehmern selber überleiten. Das Team muß allerdings darauf achten, daß jeder der Kollegen im Laufe des Gespräches Gelegenheit zur Vorstellung hat, damit sich alle untereinander kennenlernen. Steht genügend Zeit zur Verfügung, dann können die zutage getretenen Probleme in Arbeitsgruppen weiter diskutiert werden — noch bevor wir mit dem ersten Lehrgangsthema beginnen. Denn in kleinen Gruppen äußern sich die Teilnehmer zwangloser und offener als vor versammeltem Lehrgang. Freilich sollte die Einführung in Wochenendlehrgängen nicht länger als einen halben Tag, in Wochenlehrgängen höchstens einen Tag in Anspruch nehmen, da die Kollegen bei jedem Thema, das behandelt wird, ihre Erfahrungen immer wieder einbringen können und sollen.

Unerläßliche Voraussetzung für die Vorstellung ist, daß das Team den Zweck seiner Fragen begründet, damit die Teilnehmer nicht den Verdacht schöpfen, „ausgehorcht" zu werden. Von der Schule her sind sie gewohnt, mit wirklichkeitsfremden Themen konfrontiert zu werden. Deshalb meinen sie, daß ihre Wünsche und Sorgen „Privatsache" sind, die keinen interessieren und mit denen sie allein fertig werden müssen. Diese Haltung kann nur dann aufgebrochen werden, wenn wir ihnen erklären, daß *ihre* Probleme im Mittelpunkt des Lehrgangs stehen sollen und daß keines ihrer Erlebnisse und Erfahrungen unwichtig ist.

Die Einsicht, daß es um ihre Probleme geht, verstärkt sich noch, wenn die Jugendlichen an der Planung des Lehrgangs beteiligt sind. Deshalb besteht eine weitere Möglichkeit für die Eröffnung des Lehrganges darin, die Vorstellung im Plenum relativ kurz zu halten und anschließend in Arbeitsgruppen alle die Themen zusammenzutragen, die während der Schulung besprochen werden sollen. Dabei stellt sich in gewerkschaftlichen Lehrgängen meistens heraus, daß die Teilnehmer als erstes die Themen nennen, die sie in unmittelbarem Zusammenhang mit der Gewerkschaft sehen: Sie empfehlen, das Betriebsverfassungsgesetz,

das Jugendarbeitsschutzgesetz oder das Berufsbildungsgesetz zu diskutieren. So wichtig die Kenntnis von Gesetzestexten ist — in diesen Vorschlägen spiegeln sich nur selten ihre wirklichen Interessen wider, sie beinhalten vielmehr die Erwartungen der Jugendlichen an einen Gewerkschaftslehrgang: Kurse, die von der Gewerkschaft veranstaltet und bezahlt werden, müssen organisationspraktische Informationen zum Gegenstand haben. Den meisten Teilnehmern ist der Unterschied zwischen ihren Bedürfnissen und ihren Erwartungen jedoch gar nicht bewußt. Deshalb dürfen wir ihren Wunsch nach der Behandlung von Gesetzestexten nicht einfach ablehnen, er sollte aber auch nicht sofort als erstes Lehrgangsthema berücksichtigt werden. Vielmehr bildet er den Ausgangspunkt für die Frage, welche Bedeutung Paragraphen für ihren konkreten Lebensbereich haben, welche Erfahrungen sie dazu veranlassen, sich nach ihren Rechten zu erkundigen. Die Aufgabe des Teams besteht wiederum darin, die Teilnehmer zu Schilderungen aus ihrem täglichen Leben zu ermutigen, sie immer wieder nach Einzelheiten aus Betrieb und Familie zu fragen. Wissen die Teilnehmer, daß ihre Probleme ernst genommen werden, dann arbeiten sie von selbst einen Themenkatalog aus, der von ihren aktuellen Sorgen ausgeht und erst später auf Fragen des gewerkschaftlichen und politischen Kampfes stößt — dann nämlich, wenn sie begriffen haben, daß die Beschäftigung mit Gesetzen kein offizielles „Muß" ist, sondern ihnen in der Praxis weiterhelfen kann.

Fragebogen für die Vorstellung von Teilnehmern und Team
(Die Angaben in Klammern beziehen sich auf Teilnehmer, die ihre Lehre bereits abgeschlossen haben)

Fragen zum Beruf:

1. Welchen Beruf erlernst Du (hast Du erlernt)?
2. Wie bist Du zu Deinem jetzigen Beruf gekommen? Haben Deine Eltern bestimmt oder konntest Du selber wählen?
3. Wie hast Du Deine Lehrstelle bekommen? Konntest Du zwischen mehreren Betrieben wählen?
4. Wärst Du gerne auf eine weiterführende Schule gegangen? Welche Gründe sprachen dagegen?

5. Welche Arbeiten hast Du bisher in Deiner Lehre kennengelernt? (Was arbeitest Du im Augenblick?)
6. Welche Arbeiten in Deiner Lehre machen Dir Spaß, welche langweilen Dich? Welche Arbeiten gehören nicht zu Deiner Ausbildung (Deinem Beruf)?
7. Stimmt das Bild, das Du Dir vor Deiner Lehre von Deinem Beruf gemacht hast, mit der Wirklichkeit überein?
8. Bei welcher Gelegenheit hast Du während der Lehre mal daran gedacht, einfach abzubrechen?
9. Gibt es bei Euch eine Lehrwerkstatt, Lehrecke oder ein Lehrbüro?
10. Gibt es bei Euch im Betrieb einen Ausbildungsplan für die Lehrlinge?
11. Wie lange müssen die Lehrlinge bei Euch für die Produktion arbeiten?
12. Wie verstehst Du Dich mit Deinem Ausbilder oder Lehrmeister (Vorarbeiter oder Meister)?
13. Hat es bei Euch in letzter Zeit Konflikte zwischen Lehrlingen und Ausbildern gegeben?
14. An wen wendest Du Dich, wenn Du Probleme mit Deiner Arbeit hast? Bei wem kannst Du Dich beschweren?
15. Kannst Du das, was Du in der Berufsschule lernst, bei Deiner Arbeit gebrauchen?
16. Habt Ihr in der Berufsschule öfters Krach mit dem Lehrer?
17. Sind bei Euch in der Berufsschule mehrere Lehrjahre in einer Klasse?

Fragen zu gewerkschaftlicher und politischer Aktivität

1. Bist Du Jugendvertreter oder Vertrauensmann?
2. Wie viele Jugendliche arbeiten bei Euch im Betrieb?
3. Gibt es bei Euch eine Jugendvertretung?
4. Was hat die Jugendvertretung in den letzten Monaten für die Jugendlichen durchgesetzt?
5. Hat die Jugendvertretung genügend Möglichkeiten, ihre Forderungen durchzusetzen?
6. Finden bei Euch Jugendversammlungen statt?
7. Was wird auf den Jugendversammlungen besprochen?
8. Gibt es bei Euch einen Vertrauenskörper? Wenn ja, was macht er?
9. Gibt es bei Euch neben dem Vertrauenskörper noch einen besonderen Jugendvertrauenskörper?
10. Welches Verhältnis hat Eure Jugendvertretung zum Betriebsrat? Kannst Du ein Beispiel erzählen, wo sie gut mit dem Betriebsrat zusammengearbeitet hat? Und ein Beispiel schlechter Zusammenarbeit?
11. Gibt es bei Euch Betriebsversammlungen?
12. Was passiert auf den Betriebsversammlungen? Kommen die Jugendlichen mit ihren Problemen dort zu Wort?
13. Warum bist Du in die Gewerkschaft eingetreten?
14. Hast Du schon einmal Kontakt zu Deiner Verwaltungsstelle gehabt? Worum ging es dabei?
15. Nur für Jugendvertreter: Wie bist Du zu Deiner politischen Arbeit als Jugendvertreter gekommen?
16. Hast Du ein Amt in Deiner Gewerkschaft oder im DGB? Bist Du z. B. im Orts- oder Kreisjugendausschuß? Was macht Ihr dort?
17. Hast Du früher schon an gewerkschaftlichen oder sonstigen politischen Lehrgängen teilgenommen? An welchen?

18. Kannst Du Dich noch erinnern, was auf den Lehrgängen, die Du besucht hast, besprochen worden ist? Was hat Dir damals gefallen? Was hat Dir nicht gefallen?
19. Gibt es bei Euch eine Betriebsgruppe, die sich neben der Arbeit noch mit betrieblichen und politischen Fragen beschäftigt?
20. Hast Du schon mit anderen politischen Gruppen oder Parteien — außerhalb des Betriebes und der Gewerkschaften — zusammengearbeitet? Was wurde oder wird dort gemacht?

Fragen zu Familie und Erziehung

1. Hattest Du von seiten Deiner Eltern Schwierigkeiten, auf diesen Lehrgang zu kommen?
2. Helfen Dir Deine Eltern, wenn Du Streit mit dem Lehrer oder Ausbilder hast?
3. Wer bestimmt darüber, was Du mit Deinem Verdienst machst?
4. Schreiben Dir Deine Eltern — Dein Ausbilder — vor, wie Deine Frisur und Deine Kleidung auszusehen haben?
5. Worüber streitest Du Dich mit Deinen Eltern am häufigsten?
6. Wenn Du einmal einen Rat in einer ganz persönlichen Angelegenheit (sexuelle Fragen) brauchst, kannst Du Dich dann an Deine Eltern wenden? Oder an wen sonst?
7. Wärst Du gerne länger auf die Schule gegangen? Welche Gründe sprachen dagegen?
8. Behandeln Deine Eltern Dich und Deine Geschwister unterschiedlich?
9. An die anwesenden Jungen: Machen Deine Eltern einen Unterschied zwischen Dir und Deiner Schwester, wenn es um den künftigen Beruf geht?
10. An die Mädchen: Möchtest Du Deinen Beruf aufgeben oder weiterführen, wenn Du einmal heiratest?
11. Warum kommen so wenig Mädchen auf gewerkschaftliche oder politische Lehrgänge wie diesen?
12. Warum lassen sich Frauen schwerer gewerkschaftlich organisieren als Männer?

Die Diskussion als beherrschendes Unterrichtsprinzip

Ebenso wie in der Eingangsdiskussion, kommt es auch im Verlauf des Lehrgangs darauf an, bei den Jugendlichen jene Selbständigkeit und Eigeninitiative zu fördern, die ihnen zu Hause und im Betrieb meistens verwehrt wird. Selbständigkeit und Selbstbewußtsein aber lassen sich nicht durch Appelle erzwingen, sondern müssen im Lehrgang selber eingeübt werden. Hierzu bietet sich auch und vor allem die Diskussion an, die nach wie vor das beherrschende Unterrichtsprinzip darstellt. Erfahrungen und Meinungen sind den Teilnehmern häufig gar nicht bewußt, sondern nehmen erst dann konkrete Gestalt an, wenn der ein-

zelne sich gezwungen sieht, in der Auseinandersetzung mit anderen seinen Standpunkt zu bezeichnen und zu behaupten. Die Diskussion bietet also die Möglichkeit, sich über eigene Ansichten und Erlebnisse klarzuwerden, fremde kennenzulernen, in Frage zu stellen und zu überprüfen. Sie verlangt damit von den Teilnehmern wesentlich größere Aktivität, als es bei längeren Vorträgen, die mit mehr oder weniger Interesse konsumiert werden, der Fall ist. Diese Einsicht führte in den Gewerkschaften schon vor Jahren dazu, daß Referenten durch Teams ersetzt wurden, daß an die Stelle der Expertenvorträge das Gespräch getreten ist, in deren Verlauf Teilnehmer und Team gemeinsam den Stoff erarbeiten.

Doch Teamprinzip und Diskussion sind noch keine Garantie dafür, daß die Jugendlichen Zusammenhänge wirklich selbständig herausfinden. Allzuleicht gleitet eine Diskussion in ein starres Frage-und-Antwort-Spiel ab, bei dem die Teamer fragen und die Teilnehmer — ganz auf das Team konzentriert — antworten. So entwickelt sich ein Gedankengang genau in die Richtung, in die eine Frage nach der anderen vom Team gestellt wird, ein Gespräch zwischen den Teilnehmern kommt dabei nicht auf. Daß bei diesem Vorgehen der Erkenntnisprozeß der Jugendlichen kaum berücksichtigt wird, hat zwei Gründe: Zum einen finden die Teilnehmer sehr schnell heraus, was das Team hören möchte, so daß oft gar nicht zu überprüfen ist, ob „richtige" Antworten aus einem wirklichen Verständnis resultieren oder ob sie das Ergebnis einer — nicht durchschauten — Anpassung an das Team sind. Zum anderen melden sich nur die Teilnehmer zu Wort, die von ihrer Vorbildung und ihrem Erfahrungsbereich her über die größere Sprachgewandtheit verfügen. Dadurch entsteht die Gefahr, daß die Teammitglieder die sich in den Diskussionsbeiträgen abzeichnenden Einsichten von wenigen schon für den Entwicklungsstand des Lehrgangs insgesamt halten und schneller weitergehen, als es die zunächst Schweigsamen rechtfertigen. — Stellen die Teamer ihre Fragen auch noch mehr oder minder suggestiv, so ist die Möglichkeit für die Teilnehmer, Phantasie zu entwickeln, reden zu lernen und sich im Gespräch zu entfalten, vollends abgeschnitten.

Von dem Team muß also das gleiche verlangt werden wie von den Teilnehmern: nämlich aufmerksam zuzuhören, die Antworten der Teilnehmer so aufzugreifen, wie sie gegeben werden, und nicht etwa danach zu bewerten, wie sie ins eigene Konzept passen. Es kommt öfters vor, daß die Teilnehmer auf Fragen nach den Hintergründen bestimmter Sachverhalte mit konkreten Schilderungen antworten. Wird z. B. gegen Ende einer Diskussion über Erziehungsprobleme die Frage aufgeworfen, wer denn eigentlich an unkritischen und angepaßten Bürgern interessiert sei, so ist es möglich, daß ein Teilnehmer nochmals beginnt, einen Konflikt zwischen ihm und seinem Vater zu erzählen. Taucht bei der Behandlung der Berufsausbildung die Frage auf, warum die heutige Ausbildungspraxis primär die Interessen der Unternehmer, nicht aber die der Jugendlichen berücksichtigt, so kann es sein, daß einem der Teilnehmer ein Vorfall in der Lehrwerkstatt einfällt. Die Erinnerung an eine Auseinandersetzung mit dem Meister trägt zwar nicht unbedingt zur Lösung der gestellten Frage bei, bedeutet aber für den Teilnehmer eine plötzliche Erkenntnis. Treffen die Antworten nicht unmittelbar die angesprochenen Fragen, so ist dies ein Signal dafür, daß die vorhergegangene Aufarbeitung der Berichte der Jugendlichen nicht oder nur teilweise gelungen ist. Sie sind Ausdruck des am Konkreten orientierten Denkens der Jugendlichen, welches von den Teamern oft nicht genügend berücksichtigt wird. Den Teilnehmern muß also ausreichend Raum gegeben werden, sich ihrer sozialen Situation bewußt zu werden und sie zu artikulieren.

Andererseits reicht es nicht aus, bei den Beschreibungen der Jugendlichen stehenzubleiben, weil sonst der im Schulunterricht angelegte Eindruck verstärkt wird, als ließen sich bei „gutem Willen" der Beteiligten alle Probleme im Betrieb und in der Gesellschaft zwischen einzelnen Personen lösen. Erst wenn die individuellen Probleme als mittelbar oder unmittelbar abhängig von der gegenwärtigen kapitalistischen Gesellschaftsordnung erkannt werden, ist für die Teilnehmer auch einsehbar, daß der Kampf um bessere Lebensbedingungen solidarisches Handeln und kollektiven Widerstand der Lohnabhängigen gegen eben

diese Gesellschaftsordnung erfordert. — Das Team kann also die Diskussion — über welches Thema auch immer — nicht blind von einem Beitrag zum anderen springen lassen, sondern muß das Ziel des Themas, nämlich gesellschaftliche Abhängigkeit aufzuzeigen, im Auge behalten. Der Weg und das Tempo zu diesem Ziel allerdings wird von den Teilnehmern selber bestimmt. Dabei können Umwege und Rückgriffe auf bereits Behandeltes den Erkenntnisprozeß der Jugendlichen durchaus fördern.

Die Aufgabe des Teams in jeder Diskussion ist also eine doppelte: einerseits die Selbständigkeit und Spontaneität der Teilnehmer durch eigene Zurückhaltung zu fördern, andererseits Hilfestellung zu leisten bei der Ausbildung kritischen Urteilsvermögens und eigenständigen, politischen Bewußtseins. Das Eingreifen des Teams sollte sich im wesentlichen auf folgende Punkte beschränken:

1. Das Team muß bei jedem Thema erklären und begründen, warum und mit welchem Ziel es behandelt wird, damit nicht der Verdacht der „Manipulation" aufkommt.
2. Seine wichtigste Funktion ist die, Informationen zu vermitteln und Material zur Verfügung zu stellen, mit deren Hilfe die Teilnehmer sich Kenntnisse selber erarbeiten können. (Praktische Aufklärung)
3. Die Aussagen der Teilnehmer sind so zu strukturieren, daß ihr gemeinsamer Gehalt sichtbar wird und die Jugendlichen von sich aus auf die Frage nach den gesellschaftlichen Hintergründen ihres Verhaltens und ihrer Beobachtung stoßen.
4. Zum Abschluß jeder Diskussion sollen die von den Teilnehmern entwickelten Gedankengänge und Einsichten wiederholt, zusammengefaßt und auf das vom Team formulierte Ziel hin abgeklopft werden. Selbstverständlich wird das Team bei Problemen, die den unmittelbaren Erfahrungsbereich der Teilnehmer überschreiten — wenn z. B. die Beziehungen zwischen Staat und Wirtschaft behandelt werden —, die Diskussion stärker anreizen und leiten und mehr Informationen vorgeben als bei Themen, die ihr Material aus den Beschreibungen der Jugendlichen schöpfen. Es sollte sich jedoch in jedem Fall davor hüten, fertige Lösungen für aufgetretene Fragen anzubieten

oder Zusammenhänge zu referieren. Werden nämlich gesellschaftliche Zusammenhänge vom Team entfaltet, so zeigt es sich immer wieder, daß die Teilnehmer zwar jeden einzelnen Schritt der Analyse nachvollziehen können, daß sie aber kaum in der Lage sind, die Gedankenkette insgesamt wiederzugeben. Solches Vorgehen löst bei den Teilnehmern selber Unbehagen aus, weil sie zwar die Argumentation des Teams für einleuchtend und richtig halten, sie aber nicht für ihre politische Arbeit fruchtbar machen können. Demgegenüber stärken Einsichten, die sie selbständig gewonnen haben, nicht nur ihr Selbstbewußtsein, sondern auch ihre objektive Stellung in der politischen Auseinandersetzung — wo immer sie geführt wird.

Noch ein weiterer Punkt ist von dem Team zu beachten: Die Teilnehmer — ungeübt in langen Diskussionen — ermüden weniger schnell und konzentrieren sich mehr, wenn Gesprächsgegenstände visuell veranschaulicht werden. So ist die Tafel in jedem Lehrgang ein wichtiges Hilfsmittel, um Zusammenhänge mittels eines Schaubildes zu erklären, Ergebnisse für alle sichtbar zu gliedern und zusammenzufassen oder auch um Material zu Beginn eines Themas zu sammeln. Es zeigt sich immer wieder, daß mit dem Auge Wahrgenommenes eher behalten wird als Gehörtes, außerdem verringert sich die Gefahr vielfältiger Wiederholungen. Zwei Beispiele sollen demonstrieren, daß übersichtliche Darstellungen nicht nur Gedächnisstützen sind, sondern gleichzeitig Erkenntnisse erleichtern. Bei der Behandlung der Rolle der Frau in unserer Gesellschaft werden an die Tafel die nach Meinung der Teilnehmer typischen Wesensmerkmale von Mann und Frau nebeneinander geschrieben: stark — schwach, klug — gefühlvoll, aktiv — passiv usw. Durch die Anhäufung von Klischeevorstellungen kommen den Teilnehmern selber Zweifel, ob die von ihnen genannten Zuordnungen noch haltbar sind. Ähnlich läßt sich in den Lehrgängen vorgehen, in denen der Faschismus behandelt wird: Die Teilnehmer suchen aus Springer-Zeitungen gebräuchliche Bezeichnungen für Minderheiten mit abweichendem gesellschaftlichem Verhalten (Gammler, Gastarbeiter, Studenten) heraus und konfrontieren sie mit ihren Gegenbegriffen, z. B. Schmutz- und Schmierfinke —

Sauberkeit; Drückeberger, arbeitsscheue Elemente — Fleiß, Terroristen, Randalierer, Revoluzzer — Ruhe und Ordnung; die Frechen, Dreisten, Ungehörigen, Gemeingefährlichen — Gehorsam. Die Jugendlichen erfassen mit einem Blick, daß derartige krasse Polarisierungen nicht der Wirklichkeit entsprechen.

Lernbarrieren und Sprachprobleme

Erkenntnisse eigenständig zu gewinnen, ist ein Lernprozeß, der nicht schon durch weitgehende Zurückhaltung des Teams erfolgreich ist. Zu groß ist der Zwang zur Anpassung, der aus dem Alltag der Jugendlichen in den Lehrgang hineinwirkt. Die jungen Arbeiter sind gewohnt, daß Unterordnung belohnt wird, kritische Aktivität hingegen mit Schwierigkeiten verbunden ist. Außerdem sind sie zunächst jeder Art von Bildungsveranstaltung gegenüber mißtrauisch, weil sie bisher mit einer Bildung konfrontiert wurden, die wenig mit ihren konkreten Lebensbedingungen und deren Veränderbarkeit zu tun hatte. Sie haben — wenn auch unbewußt — erfahren, daß bürgerliche Bildung für sie keinen emanzipativen und damit praktischen Charakter hat, daß sie vielmehr nur dann von Nutzen ist, wenn sie mit individuellem Aufstieg verbunden ist. Eben jener individuelle Aufstieg aber wird dadurch erschwert oder unmöglich gemacht, daß die Arbeiterschaft von den weiterführenden, höheren Schulen und Universitäten weitgehend ausgeschlossen ist. Wenn aber Bildung für die Mehrheit weder zum individuellen Aufstieg noch zur Interpretation der Lage der Lohnabhängigen beitragen kann, dann ist es nur konsequent, sie als sinnlos anzusehen.

Zu der Skepsis gegenüber jeglicher politischer Bildung, der eine realistische Einschätzung bürgerlicher Bildung zugrunde liegt, kommen sprachliche Hemmnisse, die sich in dem Maße verstärken, in dem sich das Denken von der konkreten Erfahrung entfernt. Im Betrieb stehen die Arbeiter an lärmenden Maschinen, sie haben es mit Rohstoffen und Produkten zu tun, die sie durch manuelle Arbeit verändern. Ihr Tätigkeitsbereich ist begrenzt und genau festgelegt, so daß sie während der Arbeitszeit nicht dazu kommen, viel zu sprechen und zu fragen.

Durch Mechanisierung und Automatisierung nimmt zwar die körperliche Belastung ab, die Isolierung der Arbeiter voneinander vergrößert sich jedoch. Da sie außerdem von jeglicher Planung und Entscheidung über den Produktionsablauf ausgeschlossen sind, richtet sich ihre Sprache auf naheliegende Dinge und enthält mehr Feststellungen als Begründungen. Die Sätze sind kurz, die Begriffe anschaulich und für die Beschreibung unmittelbar wahrnehmbarer Vorgänge eher geeignet als für differenzierte, theoretische Ableitungen. Die Sprache der herrschenden Klasse, der Schule und der Wissenschaft dagegen erleichtert die Darstellung komplexer Zusammenhänge sowie gesellschaftlicher und historischer Prozesse. Diese Tatsache rechtfertigt jedoch nicht den Schluß, mit den Jugendlichen auf unseren Lehrgängen bürgerliches Sprachverhalten einüben zu müssen. Im Gegenteil: Die Sprache der Arbeiterklasse schützt vor einer allzu raschen Übernahme der herrschenden Vorstellungen von Partnerschaft und Klassengleichgewicht, weil sich in ihr Elemente des geschichtlichen Kampfes der Arbeiterbewegung erhalten haben. Greift der Jugendliche bei der Behandlung allgemeiner Sachverhalte auf Vergleiche aus seinem konkreten Leben zurück, bedient er sich unter Arbeitern gebräuchlicher Redewendungen wie „die da oben" — „wir hier unten", so drücken sich in seiner Sprache kollektive Erfahrungen seiner Klasse aus, mit der er sich solidarisiert. Auch zeigen Ausdrücke wie „der Arbeiter ist sich einig" — gemeint ist die Arbeiterklasse insgesamt —, daß Arbeiter durchaus zu abstrahieren in der Lage sind: Eine solche Aussage hat nicht die einzelnen Kollegen mit ihren individuellen Eigenarten im Blick, sondern beinhaltet die gemeinsamen Lebensbedingungen aller Lohnabhängigen. — Auch das Sprachverhalten der Jugendlichen in den Lehrgängen kommt durchweg einer realistischen Einschätzung ihrer Lage entgegen, es entspricht dem praktischen Bewußtsein der Kollegen und ist sehr gut geeignet, ihre Probleme konkret zu diskutieren und nach den gesellschaftlichen Hintergründen abzuklopfen. Deshalb ist es nicht die Aufgabe des Teams, Spracherziehung zu betreiben. Vielmehr müssen wissenschaftliche Forschungsergebnisse in anschauliche, wirklichkeitsnahe Sprache übersetzt wer-

den. Gleichzeitig sind jene Symbole und Bilder aufzugreifen und bewußt zu machen, hinter denen sich gesellschaftskritische Ansätze verbergen.

Zur Auswahl von schriftlichem Unterrichtsmaterial

Ähnliches gilt für das schriftliche Material, welches den Teilnehmern in die Hand gegeben wird. Je konkreter und lebendiger die Texte sind, um so eher werden die Jugendlichen ihre Scheu vor der Beschäftigung mit Gedrucktem und Geschriebenem verlieren. Texte wie die „Bottroper Protokolle" von Runge, die „Industriereportagen" von Wallraff oder „Industriearbeit und Herrschaft" kommen dem praktischen Bewußtsein der Jugendlichen weit mehr entgegen als abstrakte sozialwissenschaftliche Analysen und ermöglichen damit auch tiefergreifende Erkenntnisse. Zwar müssen die Jugendlichen auch lernen, mit schwierigeren Texten umzugehen, insbesondere mit Gesetzen, die sie über ihre Rechte informieren. Auch verlangen Themen, die nicht mehr der unmittelbaren Anschauung zugänglich sind, einen weitergesteckten theoretischen Rahmen als etwa die Erziehungs- und Betriebsproblematik. Allerdings rechtfertigt diese Einsicht nicht eine starre Trennung zwischen den Themen und Texten, die die Erlebnisse und Beobachtungen der Jugendlichen berühren, und jenen, die sich der konkreten Wahrnehmung entziehen. Gerade bei den Themen, die nicht an den Erfahrungen der Jugendlichen anknüpfen, kommt es besonders darauf an, Bezüge zwischen gesamtgesellschaftlicher Entwicklung und den Lebensbedingungen der abhängig Arbeitenden herzustellen. Kann man bei der Diskussion über Fragen der Erziehung oder der Ausbildung fast immer das spontane Interesse der Jugendlichen voraussetzen, so muß die Neugier für Themen wie „Staat und Wirtschaft" meistens erst geweckt werden. Das geschieht am ehesten durch Beispiele, die die Auswirkungen wirtschaftlicher und politischer Entscheidungen für die Arbeiterklasse beleuchten. So kann z. B. die massenhafte Vernichtung von Lebensmitteln durch die EWG (vgl. Spiegel Nr. 48/1969) ein Anknüpfungspunkt sein, der die Jugendlichen aufhorchen und nach dem Warum fragen läßt. Auch ein Zeitungsausschnitt, der über die Verbrennung von

300 000 kg Waschmittel im Werte von über einer Million DM berichtet (vgl. Unsere Zeit v. 5. 6. 1969) oder über den Mietwucher im Frankfurter Westend (vgl. Frankfurter Rundschau, Juli bis Dezember 1970), kann die Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft veranschaulichen. Die Behandlung des Faschismus gewinnt dann für die Teilnehmer an Aktualität, wenn sie aus den „13 unerwünschten Reportagen" von Wallraff erfahren haben, wie leicht heute ein Arbeiter eine Stellung findet, wenn er sich als NPD-Mitglied ausgibt. — Ist bei den Jugendlichen erst einmal Empörung über konkrete Erscheinungen in unserer Gesellschaft wachgerufen, dann sind sie auch bereit und in der Lage, kompliziertere Texte auf die Hintergründe dieser Mißstände zu befragen.

Das Schwergewicht bei der Auswahl der schriftlichen Unterlagen sollte auf solchen Texten liegen, die Abhängigkeit und Ausbeutung der Arbeiterklasse beschreiben und erhellen. Schließlich zielt Arbeiterbildung nicht auf ein pluralistisches, die Interessengegensätze verschleierndes Gesellschaftsbild ab. Tagtäglich sind die Jugendlichen den Einflüssen der Massenmedien ausgesetzt, die ihnen Zufriedenheit suggerieren. Als Gegengewicht bietet sich deshalb solches Material an, das die Sicherung privater Profite in Frage stellt zugunsten besserer Lebensbedingungen für den überwiegenden Teil der Bevölkerung. Allerdings birgt eine ausschließlich auf Gesellschaftskritik begrenzte Textauswahl auch Gefahren in sich: Nicht nur setzt sich das Team dem Vorwurf aus, einseitig zu informieren und damit die Nachprüfbarkeit seiner Argumentation zu behindern. Darüber hinaus wird den Teilnehmern selber das eigenständige Urteilen erschwert, ist ihnen doch der Standpunkt der Herrschenden — gerade weil sie ihm jeden Tag begegnen — oft gar nicht bewußt. Darum empfiehlt es sich, dem kritisch-aufklärenden Material auch solche Texte gegenüberzustellen, die die Meinung der Unternehmer, der Wirtschaftsverbände und führender Politiker wiedergeben. Manchmal enthüllen Stellungnahmen der Kapitalvertreter mehr, als es soziologische Analysen vermögen. Aber nicht nur für den eigenen Erkenntnisprozeß sollten die Jugendlichen die Argumente der Herrschenden kennen, auch in der

politischen Agitation müssen sie ihnen zur Verfügung stehen, um sie widerlegen zu können.

Zum Verhältnis von Arbeitsgruppen und Plenum

Die Frage der Textauswahl verweist sogleich auf die Formen, mit deren Hilfe Lesen und Interpretieren geübt werden kann. Da die Jugendlichen häufig nicht gewohnt sind, sich mit schriftlichem Material auseinanderzusetzen, ist es ratsam, jegliche Lektüre in Arbeitsgruppen mit nicht mehr als 8 Teilnehmern zu verlegen. Aber nicht nur die geringe Vertrautheit im Umgang mit Büchern spricht für möglichst häufige Arbeit in kleinen Gruppen, sondern ebenso die Tatsache, daß die meisten Teilnehmer vor Besuch des Lehrgangs wenig Gelegenheit hatten, ihre Meinung vor einem breiteren Publikum zu vertreten. Die Zahl von 20 bis 30 Teilnehmern, die gewöhnlich in Gewerkschaftsschulungen zusammenkommen, hält viele davon ab, sich zu Wort zu melden. In einem kleinen Kreis dagegen, in dem konzentrierter und intensiver gelernt wird als vor versammeltem Lehrgang, lassen sich auch die Schweigsamen und Abwartenden leichter in ein Gespräch hineinziehen.

Wird die Diskussion im Plenum überbetont, so kann eine Kluft entstehen zwischen den Teilnehmern, die bereit und fähig sind, sich der Kritik der Gruppe zu stellen, und denen, die wegen der „Überlegenheit" einiger weniger resignieren und sich in eine passive Konsumentenhaltung zurückziehen. Dabei zeigt es sich immer wieder, das nicht unbedingt die Jugendlichen, die am meisten reden, auch die größten Einsichten mit nach Hause nehmen. Es kommt öfters vor, daß es gerade relativ zurückhaltende Teilnehmer sind, die die politische Bedeutung eines Sachverhaltes am schnellsten begreifen. Ein Beispiel hierfür ist die unterschiedliche Reaktion, die eine Diskussion über Entstehung und Verwendung des Mehrwerts bei den Teilnehmern hervorrufen kann: Einige registrieren die Feststellung, daß der Gewinn des Unternehmers aus der Mehrarbeit der Produzenten stammt, gelassen und wie selbstverständlich. Ihr Interesse bleibt ein rein formales, persönlich sind sie nicht berührt. Bei anderen löst diese Erkenntnis politische Betroffenheit aus: Wenn sie es sind, die den Mehr-

wert schaffen, dann haben sie auch ein Recht, darüber zu verfügen. Welche praktischen Konsequenzen die jungen Kollegen aus dieser Einsicht ziehen, läßt sich allerdings auf dem Lehrgang noch nicht vorhersehen. Manche Teilnehmer, die während der Schulung kaum aufgefallen sind, werden später im Betrieb oder in einer Jugendgruppe aktiv, während andere, von denen man auf Grund ihrer verbalen Aussagen weitreichende politische Betätigung erwartet hat, sich ins Privatleben zurückziehen. Offenbar folgt auf rationale Einsichten nicht immer ein entsprechendes Verhalten. Diese Tatsache bestätigt, daß Bildung allein — und sei sie noch so praxisbezogen — nicht ausreicht, um die Arbeiter und Angestellten für die Wahrnehmung ihrer Interessen zu mobilisieren. Verhaltensänderungen werden nicht schon durch neue Erkenntnisse erreicht, sondern stellen sich am ehesten in den konkreten Auseinandersetzungen ein. Denn erst in der Aktion kann Gelerntes und Erkanntes wirksam überprüft und bestätigt oder relativiert werden. — Weil wir also aus der Beteiligung der Teilnehmer auf unseren Lehrgängen kaum Schlußfolgerungen auf ihr späteres politisches Engagement ziehen können, sollte sich das Team davor hüten, Urteile darüber zu fällen, welcher der Jugendlichen ein „guter" und welcher ein „schlechter" Teilnehmer ist.

Die Erkenntnis, daß die Stillen durchaus zu den Interessierten gehören können, berechtigt uns allerdings nicht dazu, sie ihrem Schweigen zu überlassen. Sie soll uns umgekehrt davor warnen, den Lehrgang nach den Wortgewandtesten auszurichten. Dem unterschiedlichen Verhalten der Teilnehmer läßt sich um so besser gerecht werden, je größer der Kontakt untereinander ist. Kontakte zu knüpfen, sich gegenseitig kennenzulernen, aber ist in kleinen Gruppen zweifellos leichter als in Anwesenheit des ganzen Lehrganges.

Die Vorteile der Gruppenarbeit machen jedoch die Plenumsversammlungen nicht überflüssig. Schließlich wollen wir den Lehrgang nicht atomatisieren und in einzelne, nebeneinander herlaufende Gruppen auflösen. Im Gegenteil: Soll der Lehrgang als Übungsfeld für kollektives Lernen und Handeln genutzt werden, so muß er zu einer Einheit zusammenwachsen.

Das bedeutet, daß individuelle Wünsche dann zurückgestellt werden, wenn das gemeinsam gesteckte und angestrebte Ziel es erfordert. Das bedeutet weiter, sich auf ein Kollektiv einzustellen, dessen Mitglieder den meisten fremd sind und die man nicht immer sympathisch findet. Denn auch in der politischen Praxis entscheidet nicht unbedingt der Bekanntschaftsgrad oder die persönliche Zuneigung darüber, mit wem man zusammenarbeitet; wichtiger ist die politische Übereinstimmung.

Wie nun lassen sich die beiden Forderungen nach Entfaltungsmöglichkeiten für jeden einzelnen einerseits und nach gegenseitiger Rücksichtnahme andererseits miteinander vereinbaren? Es handelt sich hierbei nicht notwendig um einen Widerspruch, denn je ernster die eigenen Probleme von der Gruppe genommen werden, um so eher ist man bereit, auf die Anliegen der anderen Teilnehmer einzugehen. Beides läßt sich sowohl in Arbeitsgruppen als auch in Plenumsveranstaltungen verwirklichen.

Im Plenum werden die Teilnehmer in der Regel am ersten und am letzten Tag zusammenkommen: Am Anfang, um sich kennenzulernen, erste Erfahrungen auszutauschen und den Ablauf des Lehrganges miteinander zu planen; am Ende, um die Ergebnisse zusammenzufassen, die Perspektiven, die sich für die konkrete politische Arbeit ergeben, noch einmal zu verdeutlichen und um Seminarkritik zu üben. Außerdem hat das Plenum seine Funktion bei der Überleitung von einem Themenkomplex zum anderen. Die Begründung, warum ein Thema für die Jugendlichen von Bedeutung ist, und die Fragestellungen, unter denen es behandelt werden soll, entwickeln alle Teilnehmer sinnvollerweise gemeinsam, während sich die konkrete Aufarbeitung in Gruppen vollzieht. Die Resultate werden wiederum im vollzähligen Teilnehmerkreis ausgetauscht, sie bilden den Ausgangspunkt für weitere Probleme.

Diese allgemeinen Überlegungen zum Verhältnis von Plenum und Arbeitsgruppen reichen freilich für die Gestaltung des Lehrganges noch nicht aus. Es wäre zu schematisch, wollten wir jedes Thema mit einer Diskussion im Plenum beginnen und die Teilnehmer anschließend mit einem Text in die Gruppe ent-

lassen, ohne nach den besonderen Bedingungen der Gruppenarbeit zu fragen. Immer wieder stehen wir vor der Entscheidung, ob die Teilnehmer der Arbeitsgruppen wechseln sollen, ob alle Gruppen die gleichen Themen und Texte behandeln und ob die Teammitglieder in den Gruppen anwesend sein sollen. Weil sich auf diese Fragen keine generellen Antworten geben lassen, kommt das Team nicht umhin, sie der Entwicklung des Lehrgangs entsprechend immer neu zu überdenken. Dennoch lassen sich aus der Erfahrung mit verschiedenen Schulungen einige allgemeine Hinweise ableiten: So hat es sich z. B. als zweckmäßig erwiesen, daß die Teammitglieder an den ersten Gruppensitzungen teilnehmen, um zu verhindern, daß einzelne Jugendliche sofort die Führung einer Arbeitsgruppe übernehmen und über ihren Verlauf bestimmen. Gerade zu Beginn des Lehrganges, wo es darauf ankommt, möglichst allen Teilnehmern ihre Zurückhaltung und Unsicherheit überwinden zu helfen, weiß ein Teammitglied eher zwischen den verschiedenen Bedürfnissen und Schwierigkeiten zu vermitteln als ein Teilnehmer, der seine Autorität voll auszuspielen versucht. Zu einem späteren Zeitpunkt des Lehrgangs allerdings, wenn Scheu und Skepsis bei den Teilnehmern nicht mehr so groß sind, sollten sie so oft wie möglich alleine arbeiten, denn nur dann lernen sie Aufgaben selbständig zu lösen. Auch ist das Erfolgserlebnis der Jugendlichen größer, wenn sie ohne Hilfe eines Teammitgliedes zu einem sie befriedigenden Ergebnis gekommen sind. Das gelingt am ehesten bei den Themen, die an ihren täglichen Erfahrungen anknüpfen — hierzu gehören Probleme der Erziehung, der betrieblichen Situation und des gewerkschaftlichen und politischen Engagements. Schwieriger wird es bei Themen, die sich der unmittelbaren Erfahrung entziehen. Um z. B. die Beziehung zwischen ökonomischen Krisen und staatlicher Konjunkturpolitik aufzuzeigen, bedarf es nicht nur genauer Sachkenntnisse, sondern es erfordert von den Teilnehmern erhöhte Konzentration, weil es sich für sie um neue und ungewöhnliche Zusammenhänge handelt, weil sie gesellschaftliches Denken erst lernen müssen. Ließen wir sie hier ohne Unterstützung eines Teammitgliedes arbeiten, würden wir sie verunsichern und ab-

schrecken. Das bedeutet jedoch nicht, daß die Beziehungen von Staat und Wirtschaft, sofern sie in einem Lehrgang behandelt werden, einseitig vom Team entwickelt werden müssen. Texte wie die über die Vermögensverteilung in der Bundesrepublik (vgl. Spiegel Nr. 31/1969) oder über Rüstungsausgaben (vgl. Fritz Vilmar, Abrüstung und Wirtschaft, Arbeitsheft der IG-Metall, Nr. 109) können durchaus von den Teilnehmern alleine bewältigt werden. — Voraussetzung für das Gelingen selbständiger Arbeit ist bei jedem Thema, daß eindeutige, präzise und überschaubare Aufgaben gestellt werden. Soll ein Text gelesen werden, so ist er zusammen mit einigen wenigen klaren Fragen in die Arbeitsgruppen zu geben. Sollen die Teilnehmer ihre Erfahrungen zusammentragen und systematisieren, so lassen sich vorher einige Anhaltspunkte gemeinsam erarbeiten, an denen sie sich orientieren können. — Ebenso wichtig wie die genauen Arbeitsanleitungen ist ein Gespräch mit den Teilnehmern darüber, welche Schwierigkeiten aus dem Fernbleiben des Teams erwachsen können. Von der Schule sind sie kollektives und freiwilliges Arbeiten nicht gewöhnt. Im Gegenteil: Gelernt wird dort unter dem Druck von Zeugnissen und Strafandrohung durch den Lehrer, selten um der Inhalte willen. Das drückt sich z. B. darin aus, daß sich die Jugendlichen nicht vorstellen können, jemals etwas für die Schule zu tun, wenn es keine Noten mehr gäbe. Auch werden die Schüler gegeneinander ausgespielt und nicht zur Rücksichtnahme auf die Klassenkameraden erzogen. Diesen Sachverhalt muß das Team den Teilnehmern verdeutlichen, damit Spannungen, die in den Gruppen entstehen, nicht sofort zu Unzufriedenheit und Resignation führen. In diesem Zusammenhang läßt sich auch die Rolle des Teams problematisieren: Ist es allein die Autorität des Teams, die die Jugendlichen zum Lernen anhält? Nimmt das Team im Bewußtsein der Teilnehmer eine ähnliche Rolle ein wie der Lehrer in der Schule? Worauf gründet sich Autorität?

Auch die Zusammensetzung der Gruppen ist unter dem Gesichtspunkt der kollektiven Arbeit zu betrachten: Der mehr oder weniger zufällig zusammengekommene Teilnehmerkreis soll sich deshalb als ein Kollektiv verstehen lernen, weil alle

der gleichen sozialen Abhängigkeit ausgeliefert sind und nur gemeinsames Handeln die Chance für Veränderungen eröffnet. Diesem Ziel würde eine Abkapselung der Teilnehmer in immer gleichen Gruppen widersprechen. Weder würden sich alle untereinander kennenlernen, noch könnte das Plenum seine Funktion erfüllen, weil festgefügte Gruppen oft ein Eigenleben entwickeln, das sie gegen Kritik der anderen abzuschirmen versuchen. Die Teilnehmer sollten also — ebenso wie die Teammitglieder — möglichst oft die Gruppen wechseln, d. h. konkret bei jedem neuen Thema, das aufgegriffen wird — es sei denn, die Teilnehmer haben so unterschiedliche Vorkenntnisse und Interessen, daß eine Kommunikation zwischen allen kaum möglich ist. Im allgemeinen aber sollte darauf geachtet werden, daß Freunde und Bekannte nicht dauernd zusammenbleiben und daß die politisch Bewußteren gleichmäßig auf alle Gruppen verteilt sind. Teilnehmer aus dem gleichen Betrieb, aus der gleichen Berufsschule oder dem gleichen Ort sollten erst dann in einer Gruppe zusammengefaßt werden, wenn es darum geht, praktisch-politische Aktivitäten für ihre besondere Situation zu planen. Wenn darüber beraten wird, wie die Kollegen in einem bestimmten Betrieb aktiviert werden können, in welcher Weise die aktuell anstehenden Jugendvertreterwahlen vorzubereiten sind, oder wie man Einfluß auf den Ortsjugendausschuß gewinnt. Sobald also die spezifischen Bedingungen eines Betriebes oder einer Region zur Diskussion stehen, empfiehlt sich der enge Kontakt zwischen den Teilnehmern aus diesem Bereich, damit sie nach dem Lehrgang als geschlossene Gruppe auftreten und handeln können.

Eine weitere wichtige Frage ist die der gleichen oder verschiedenen Textauswahl für die Arbeitsgruppen. Soll z. B. in einer Diskussion über Erziehungsprobleme die Behauptung, daß Elternhaus, Schule und Betrieb kritiklose Anpassung höher bewerten als Selbstbewußtsein und Eigeninitiative, überprüft werden, indem jede Arbeitsgruppe einen anderen Text liest? Der Vorteil unterschiedlicher Texte liegt darin, daß das Thema von mehreren Seiten beleuchtet wird und die Argumente breiter gefächert sind. Dennoch ist es ratsam, allen Gruppen dieselben Unterlagen zur Bearbeitung zu geben, um einen einheitlichen Ausgangs-

punkt für die Plenumssitzungen zu gewährleisten. Es zeigt sich nämlich immer wieder, daß ungleiche Texte nicht als mehrere Aspekte ein und desselben Problemes begriffen werden, sondern als verschiedene Themen. Das hat zur Folge, daß die Teilnehmer im Plenum nicht gemeinsam die Ergebnisse zusammentragen, miteinander vergleichen und verschmelzen. Vielmehr hören sie sich geduldig oder gelangweilt die Berichte der anderen Gruppen an und warten darauf, endlich selber an die Reihe zu kommen. Sehen sie kaum Berührungspunkte zwischen den vorgetragenen Protokollen, dann bestimmt sich das Verhältnis der Gruppen zueinander eher durch Rivalität und Konkurrenzdenken denn durch kooperative Zusammenarbeit. Die Frage, welche Gruppe am „erfolgreichsten" war, überlagert dann sehr oft die inhaltliche Diskussion. Derartige Leistungsnormen sind nicht schon dadurch zu überwinden, daß das Team zwischen den Gruppen und zwischen den erzielten Ergebnissen vermittelt. Vielmehr müssen die Teilnehmer selber sich der Funktion des Leistungsdruckes in unserer Gesellschaft bewußt werden: Er dient dazu, die Kinder schon in der Schule voneinander zu isolieren, und setzt sich fort in den egozentrischen Formen des bürgerlichen Erwerbslebens, die die Lohnabhängigen in Konkurrenz zueinander zwingen (z. B. Kampf um den Arbeitsplatz). Sich des Leistungsdruckes bewußt zu werden, heißt aber noch nicht, ihn gänzlich abzubauen, denn solange die jungen Arbeiter und Angestellten ihm im Alltag unterworfen sind, solange wird er auch in die Lehrgänge hineinwirken. Deshalb sollten die Teilnehmer nicht unbedacht Situationen ausgesetzt werden, die gegenseitige Rivalitäten nur noch verstärken. Arbeiten alle Gruppen mit demselben Material, dann werden die Teilnehmer in der Plenumsdiskussion leichter zusammenfinden, weil ihnen der Gedankengang vertraut ist und die Ergebnisse vergleichbar sind. Inhaltliche Übereinstimmung oder Kritik bleibt jetzt nicht länger aufgesetzt, sondern ergibt sich aus der Arbeit der eigenen Gruppe.

Anleitung zu politischem Handeln

Eine durchdachte Diskussionsleitung, sinnvolle Textauswahl sowie ein ausgewogenes Verhältnis von Arbeitsgruppen und

Plenum sind zwar Voraussetzung für Lern- und Erkenntnisprozesse. Sie reichen aber nicht aus, um jene schöpferische Initiative bei den Teilnehmern zu wecken, die sie für die politische Arbeit benötigen. Das Gespräch alleine — und zielt es noch so sehr auf gesellschaftsverändernde Praxis ab — bleibt solange individuelles Bildungsgut, als es nicht ergänzt wird durch Ansätze kollektiver Aktivitäten im Lehrgang selber und danach. Denn politisch erziehen heißt nicht in erster Linie politisch reden, sondern in politisches Handeln einführen. Zwar können wir in dem relativen Freiraum der Schulungen keine Ernst-Situationen, die betrieblichen Auseinandersetzungen vergleichbar wären, schaffen. Wollten wir diesen Eindruck erwecken, würden wir die Machtverhältnisse im kapitalistischen Industriebetrieb mit ihren möglichen Konsequenzen (z. B. Verlust des Ausbildungs- oder Arbeitsplatzes) verharmlosen. Wohl aber lassen sich vom Unterricht aus praktische Bezüge zum Alltag der Jugendlichen herstellen.

In dem ersten Abschnitt des Lehrganges, in dem es darum geht, Konflikte wahrnehmen zu lernen und Material für den Unterricht zu sammeln, können die Jugendlichen beispielsweise Fragebogen und Interviews entwerfen, mit denen sie die Meinungen und Probleme der Bevölkerung am Schulungsort oder — falls es sich um Wochenendlehrgänge handelt — der Familie und Kollegen erkunden. Häufen sich z. B. in der Erziehungsdiskussion die Klagen darüber, daß die Erwachsenen so wenig Verständnis für die Jugendlichen haben, dann können auf Tonband aufgenommene Interviews das Gespräch vorantreiben. Fragen zu Mode, Beat, jugendlicher Sexualität oder danach, wie streng Kinder erzogen werden sollten und ob Gehorsam und gutes Benehmen höher eingeschätzt werden als Selbstbewußtsein und kritisches Denken, fördern oft Aussagen zutage, in denen die Gründe für ein bestimmtes Erziehungsverhalten schon eingeschlossen sind. Dann etwa, wenn eine berufstätige Mutter schildert, daß sie Sparsamkeit und Disziplin von ihren vier Kindern verlangen muß, weil sie sonst weder mit dem Geld auskommt noch mit dem Haushalt fertig wird. — Auch bei vielen anderen Themen können Interviews eingesetzt werden

— dreht es sich um Fragen der Ausbildung, um das Verhältnis Arbeiter—Angestellte, um die Einstellung zu Steuererhöhungen und Streik oder um die Einschätzung der Notstandsgesetze. Wichtig ist nur, daß die Fragen von den Teilnehmern selber erarbeitet werden und daß möglichst alle an der Erhebung beteiligt sind. Denn die Interviews haben vor allem die Funktion, daß die Jugendlichen auch außerhalb des Teilnehmerkreises der Schulung Aktivitäten entwickeln lernen. Sie sollen die Ängste überwinden, die mit der Kontaktaufnahme zu fremden oder andersdenkenden Menschen verbunden ist. Selbstverständlich bietet das zusammengetragene Material keinen repräsentativen Querschnitt, sondern nur Beispiele, die die Erfahrungen und Meinungen der Teilnehmer bestätigen oder ihnen neue hinzufügen.

Eine andere Möglichkeit, beobachten zu lernen und Material zusammenzutragen, besteht darin, daß die Jugendlichen Betriebstagebücher anlegen, in denen sie alle die Konflikte notieren, die sie selbst an ihrer Arbeitsstätte erleben oder die ihnen auffallen. Hierzu sollten die Teilnehmer einige Punkte erarbeiten, an denen sie ihre Schilderungen ausrichten können: Ursache des Konfliktes, Ablauf, Dauer, welche Personen sind beteiligt, wie verhalten sich Vorgesetzte, Kollegen, Betriebsrat und Jugendvertretung usw. Liegen Konflikte für sie noch nicht offen, dann können sie auch den Ablauf eines normalen Arbeitstages beschreiben. (Denkbar wäre auch, daß das Tagebuch erweitert wird um Erlebnisse in der Familie, mit dem Freund oder der Freundin und im Bekanntenkreis.) Verteilt sich der Lehrgang über mehrere Wochenenden, dann ist das Tagebuch die Klammer zwischen den einzelnen Schulungsabschnitten und zugleich der Ausgangspunkt für den weiteren Unterrichtsverlauf. Handelt es sich um einen zusammenhängenden Lehrgang, dann können die Teilnehmer in den ersten Tagen gebeten werden, jeder für sich mindestens einen Konflikt aus dem Betrieb aufzuschreiben und abzugeben. Durch die Zusammenstellung dieser Erlebnisberichte zu einem „Betriebstagebuch" erkennen die Jugendlichen, daß es immer wiederkehrende Konflikte gibt, daß Erfahrungen, die sie als einzelne gemacht haben, auch die Erfahrungen anderer

sind. Diese Einsicht beinhaltet ein solidarisierendes Moment, denn wenn individuelle Probleme zu allgemeinen werden, dann können die Ursachen nicht mehr im persönlichen Verhalten gesucht oder als Schicksal gedeutet werden, sondern müssen etwas mit der gleichartigen Stellung der arbeitenden Jugendlichen in Betrieb und Gesellschaft zu tun haben. Eben diese gleichartigen Bedingungen, denen die Teilnehmer im Produktionsprozeß unterworfen sind, gilt es als nächsten Schritt im Lehrgang aufzuzeigen. Doch dürfen wir hierbei nicht stehenbleiben. So wichtig die Analyse dessen ist, was die gesellschaftliche Abhängigkeit der Arbeiterklasse ausmacht, wie sie zustandekommt und wie sie sich halten kann — sie bleibt solange abstrakt, solange nicht die Frage, wie Abhängigkeit aufzulösen ist, gestellt wird. Am Beispiel des Betriebstagebuches heißt das, daß die Teilnehmer zunächst alle Möglichkeiten der legalen Lösung ihrer Konflikte aus den bestehenden Gesetzestexten heraussuchen. Das geschieht am besten in Arbeitsgruppen, nachdem die niedergeschriebenen Darstellungen der Teilnehmer in verschiedene Oberbegriffe wie Jugendarbeitsschutz, Berufsausbildung, Eingriffe in den Persönlichkeitsbereich der Jugendlichen, Arbeit der Jugendvertretung oder Verhältnis Jugendvertretung—Betriebsrat eingeordnet wurden. Viele Jugendliche sind sich ihrer gesetzlich verbrieften Rechte überhaupt nicht bewußt — sie kennenzulernen ist erste Voraussetzung dafür, sie auch wahrzunehmen. Allerdings stoßen die Kollegen in jedem Lehrgang sehr schnell auf die Grenzen und den Mangelcharakter der gesetzlichen Bestimmungen: Das gilt für das Berufsbildungsgesetz ebenso wie für das Betriebsverfassungsgesetz, das betrifft insbesondere die fehlende juristische Absicherung der Jugendvertretung. Auch lassen sich viele innerbetriebliche Konflikte nicht schon allein durch die Berufung auf Gesetzestexte lösen. Dem Lehrling in einem Betrieb ohne Jugendvertretung und ohne funktionierenden Betriebsrat nutzt ein Paragraph, der nur solche Verrichtungen vorsieht, „die dem Ausbildungszweck dienen", wenig. Er wird sich nur dann erfolgreich gegen das Kehren und Essenholen wehren können, wenn er sich mit den übrigen Lehrlingen zusammenschließt und sie

gemeinsam alle berufsfremden Arbeiten verweigern. Eben hier kann der Lehrgang zum Übungsfeld für politisches Handeln werden, indem die Teilnehmer konkrete Aktionen mit dem Ziel vorbereiten, Mißstände in den Betrieben aufzudecken und abzubauen. Geht es um die Abschaffung berufsfremder Tätigkeiten, dann können Flugblätter entworfen werden, die die Kollegen zur Solidarisierung auffordern. Steht eine Betriebsversammlung bevor, so fertigen die Teilnehmer eine Betriebszeitung an, die auf die besonderen Belange der Lehrlinge und Jungarbeiter aufmerksam macht. Jugendvertreterwahlen werden durch die Ausarbeitung eines Programmes vorbereitet, in dem z. B. verlangt wird, daß Lehrlinge nicht mehr in Prämiengruppen eingespannt werden. Mitglieder des Ortsjugendausschusses können den Lehrgang zur Planung überbetrieblicher Aktivitäten dadurch nutzen, daß sie einen Fragebogen aufstellen, mit dem sie die Berufsschüler ansprechen wollen. Oder sie bereiten die nächste Freisprechungsfeier durch eine Dokumentation über die Ausbildungsverhältnisse an ihrem Ort vor. Auch können sie sich überlegen, wie sie den nächsten offenen Abend der Gewerkschaftsjugend gestalten wollen und die Einladungen hierzu verfassen.

Die Bewältigung solch praktischer Projekte erleichtert nicht nur die Lösung des aktuell anstehenden Problems, sie weckt gleichermaßen bei den Teilnehmern die Phantasie für längerfristige politische Praxis. Allerdings werden derart konkrete Aufgaben nur in den Lehrgängen in Angriff genommen werden können, in denen die Jugendlichen die Notwendigkeit von Veränderungen bereits begriffen haben und sie im Betrieb oder am Wohnort Kollegen kennen, die mit ihnen zusammenarbeiten würden. In der Regel wird es sich um solche Schulungen handeln, in der die Mehrzahl der Teilnehmer schon in der Jugendvertretung, im Vertrauenskörper, in der örtlichen Gewerkschaft oder in betrieblichen bzw. politischen Jugendgruppen oder Parteien mitwirkt.

Das Rollenspiel

Gewöhnlich aber waren Teilnehmer, die zum ersten oder zweiten Mal auf Lehrgänge kamen, bisher nicht politisch engagiert;

bei ihnen gilt es politisches Interesse erst zu wecken. Den Blick zu schärfen für private und berufliche Konflikte, für die sozialen Gegensätze in unserer Gesellschaft ist für ihren Erkenntnisprozeß wichtiger als die Erörterung und Planung gesellschaftsverändernder Strategien. Denn erst das bewußte Beobachten und Begreifen abhängiger und fremdbestimmter Arbeit führt zu dem Wunsch, die eigene Lage zu verbessern. Nun fällt es gerade den Jugendlichen, die gesellschaftliche Erscheinungen bisher als natürlich empfunden haben, besonders schwer, sich auszudrücken, ihre Erfahrungen in den Lehrgang einzubringen und zu diskutieren. Deshalb müssen für sie Methoden entwickelt werden, die ihre gedanklichen und sprachlichen Hemmungen überwinden helfen, die ihnen die Entwicklung von Spontaneität und Selbstbewußtsein erleichtern. Dazu bietet sich das *Rollenspiel*, d. h. die Darstellung kürzerer Alltagsszenen aus dem Stegreif, an. Es hat sich gezeigt, daß auch zurückhaltende Teilnehmer im Spiel auftauen und Probleme zur Sprache bringen, die sie in der Diskussion nicht artikulieren können. Die Scheu, über sich selber zu sprechen, wird vor allem dann überwunden, wenn die Teilnehmer eine fremde Rolle übernehmen, wenn sie eine außenstehende Person darstellen, mit der sie sich nicht unbedingt identifizieren.

Die erste Aufgabe des Rollenspiels ist es also, möglichst alle Teilnehmer aktiv in den Lehrgang einzubeziehen. Zu diesem Zweck kann es sowohl als Einstieg in ein Thema verwendet werden, um Material aus dem Alltag der Jugendlichen zu sammeln, als auch im Verlauf der Diskussion, wenn die Teilnehmer zu ermüden beginnen und ihnen keine neuen Argumente mehr einfallen. In einer Erziehungsdebatte kann z. B. ein Konflikt zwischen Eltern und Kindern inszeniert werden, in dem es darum geht, ob die Kinder mit dem Freund bzw. der Freundin allein in den Urlaub fahren dürfen. Dreht es sich um geschlechtsspezifische Erziehung, dann ist ein Spiel denkbar, in dem die Eltern der Tochter erklären, warum sie auf der Volksschule bleiben soll während der Bruder auf die Mittelschule geht. Oder die Teilnehmer stellen in zwei Szenen die unterschiedliche

Reaktion der Eltern dar, wenn einmal der Sohn, ein anderes Mal die Tochter zu spät nach Hause kommt. — Bei der Behandlung innerbetrieblicher Probleme bietet sich ein Gespräch zwischen Lehrling und Meister an, etwa darüber, ob das Berichtsheft im Betrieb geführt werden darf oder nicht. Oder der Jugendvertreter setzt sich mit dem Ausbilder darüber auseinander, ob er während der Arbeitszeit durch die Lehrwerkstatt gehen kann, um sich über die Klagen der Jugendlichen zu informieren. Stehen technische Rationalisierungen in einem Betrieb bevor, dann werden die Arbeiter in der betroffenen Werkshalle darüber in Streit geraten, wer von ihnen versetzt oder entlassen wird. — Auch bei dem Thema „Staat und Wirtschaft" läßt sich mit dem Rollenspiel arbeiten: Ob in der Frühstückspause oder am Stammtisch — eine Diskussion über bevorstehende Steuererhöhungen oder die steigenden Mietpreise kann sehr hitzig verlaufen.

Das Rollenspiel gewinnt aber nicht nur zur Auflockerung des Unterrichtes, zur Aktivierung der Teilnehmer und zur Veranschaulichung alltäglicher Begebenheiten an Bedeutung. Gleichermaßen lassen sich mit ihm Betriebssituationen und gewerkschaftliche und politische Entscheidungsprozesse verdeutlichen. Eine gründlich vorbereitete und lebendig gespielte Jugendversammlung vermittelt gerade den Teilnehmern, die bisher noch nicht aktiv waren, eine erste Vorstellung davon, was es heißt, seine Interessen wirksam und selbstbewußt zu vertreten. Auch das Verhältnis der gewerkschaftlichen und betrieblichen Vertretungen der Lohnempfänger zur Unternehmensleitung läßt sich plastisch im Spiel darstellen. Ein Beispiel hierfür ist das *Entscheidungsspiel:* Nachdem die Jugendlichen über die Rechte der Arbeiter und Angestellten diskutiert haben (Betriebsverfassungsgesetz, Jugendarbeitsschutzgesetz, Berufsbildungsgesetz usw.), teilen sie sich in fünf Gruppen auf: Je eine Gruppe spielt die Ortsverwaltung, den Betriebsrat, die Jugendvertretung, den Vertrauenskörper und die Betriebsleitung. Sie ziehen sich in verschiedene Räume zurück und dürfen nur schriftlich miteinander verkehren. Das Team fordert sie auf, mit Hilfe aller gesetzlichen Regelungen Entscheidungen aus der Sicht der Gruppe,

die sie vertreten, zu fällen und den betreffenden Gruppen mitzuteilen. Die Zentrale, über die alle Post läuft, ist das Team, das eine Aufstellung aller eingegangenen Briefe mit Zeit und kurzer Inhaltsangabe anfertigt. Bei der Auswertung stellt es sich regelmäßig heraus, daß der „Betriebsrat" einen Betriebsausflug organisiert, während die „Unternehmensleitung" Arbeiter entläßt. Oder es kommt vor, daß „Betriebsrat" und „Gewerkschaft" völlig getrennt voneinander mit der „Werksleitung" verhandeln. Die „Ortsverwaltung" hat jedes Mal am wenigsten zu tun, weil die Jugendlichen offenbar mit ihr kaum etwas anzufangen wissen. Die „Jugendvertretung" versäumt es häufig, sich mit dem Vertrauenskörper in Verbindung zu setzen und auch der „Betriebsrat" bevorzugt den direkten Kontakt mit der „Geschäftsleitung" ohne Rücksprache mit den „Vertrauensleuten". — Die auffälligsten Ergebnisse sind jeweils die mangelnde Kooperation zwischen den Vertretungsorganen, die fehlende Aufklärung und Mobilisierung der Belegschaft und die Unsicherheit im Umgang mit Gesetzestexten. Fast immer werden Konflikte im institutionellen Rahmen belassen, die einzelnen Gruppen entwickeln nur selten Vorstellungen davon, wie sie Entscheidungen über die gesetzliche Grundlage hinaus mit Hilfe der Belegschaft und mit Rückhalt in der Gewerkschaft oder einer politischen Organisation durchsetzen können. Aber auch die Handhabung der Gesetzestexte selber fällt den Teilnehmern schwer: Obwohl sie vor dem Spiel die wichtigsten Paragraphen erörtert haben, wissen sie sie nicht immer einzusetzen. Aus dieser Erfahrung lernen die jungen Kollegen, daß Gesetze zu kennen noch nicht heißt, sie politisch im Interesse der Werktätigen nutzbar zu machen.

Die Aufbereitung des Spieles braucht sich nicht darauf zu beschränken, die aufgetretenen Konflikte und Entscheidungen danach abzuklopfen, wie sie besser gelöst und mit größerem Nachdruck vertreten worden wären. Um die Phantasie der Teilnehmer zu erweitern und zugleich den Bezug zur Praxis wiederherzustellen, können jetzt Beispiele in die Diskussion einbezogen werden, welche die Erfolge wirkungsvoller Arbeiterpolitik trotz gesetzlicher Schranken demonstrieren. Sowohl der Fall Krein-

horst (vgl. Bottroper Protokolle, Betriebsratsvorsitzender Clemens K.) als auch die Aktionen der Pirelli-Arbeiter in Italien (vgl. Express International v. 13. 6. 1969) sind geeignet, den Teilnehmern längerfristige Perspektiven für ihren Kampf zu eröffnen. Kreinhorst ist einer der Betriebsräte gewesen, die gezeigt haben, daß man juristische Normen respektieren und gleichzeitig den solidarischen Kampf gegen Unternehmerwillkür führen kann. Die Pirelli-Arbeiter haben vorgeführt, wie man die — der Herrschaftssicherung dienende — betriebliche Hierarchie außer Kraft setzen kann, indem sie mittels selbsterstellter Pläne das Arbeitstempo im gesamten Unternehmen so verlangsamten, daß alle Arbeiter noch ihren Grundlohn bekamen, die Produktion und damit die Profite jedoch erheblich zurückgingen. Derartige Beispiele bleiben als Abschluß des Entscheidungsspiels deshalb nicht abstrakt, weil die Teilnehmer sich im Spiel so engagiert haben, daß ihr Unmut über die ihnen unterlaufenen Fehler und Mängel sie nach Alternativen fragen läßt. — Noch enger an die Erfahrungen und Vorstellungen der jungen Kollegen schließen allerdings Konflikte an, die von Jugendlichen selber ausgetragen wurden. Anhand einer Dokumentation über eine bestimmte Lehrlingsaktion läßt sich diskutieren, welches Ziel angestrebt war, wieweit dieses erreicht wurde, welche Fehler den Jugendlichen unterlaufen sind und unter welchen Bedingungen derartige Aktionen auch von anderen Jugendgruppen durchgeführt werden können. Ein „öffentliches Fegen" als Protest gegen berufsfremde Arbeiten z. B. läßt sich auch dann schon organisieren, wenn der Kreis der Jugendlichen, die sich kritisch mit ihrer Ausbildung auseinandersetzen, noch relativ klein ist.

Das Rollenspiel kann — über das Entscheidungsspiel hinaus — noch eine weitere Funktion erfüllen: Es kann den Teilnehmern politische Situationen einschätzen lehren und ihnen gleichzeitig Vorurteile bewußt machen, die sie in ihre politische Arbeit einbringen und mit denen sie sich oft selbst den Weg zum Erfolg verbauen. Ein Beispiel hierfür sind drei Szenen zwischen Jugendvertretung und Betriebsrat, wobei die Rolle des letzteren vom Team übernommen wird. Die vorgegebenen Fälle werden

in drei Arbeitsgruppen, aus denen heraus je eine Jugendvertretung zu wählen ist, diskutiert — das Spiel selber findet vor dem versammelten Lehrgang statt.

In der ersten Szene, in der die Jugendvertretung einen Pausenraum fordert, nimmt der Betriebsrat eine hinhaltende, auf später vertröstende Haltung ein. Er versucht die Jugendvertreter durch Beschwerden über das schlechte Benehmen einiger junger Leute und durch den Hinweis auf die Schwierigkeiten, mit denen er kraft seines Amtes zu kämpfen hat, abzulenken und einzuschüchtern. Nach längerem Hin und Her sagt er zu, sich für einen Pausenraum — der den Jugendlichen gesetzlich zusteht, sobald mehr als zehn beschäftigt sind — einzusetzen. Gleichzeitig aber verpflichtet er die Jugendvertreter, Disziplinierungsfunktionen zu übernehmen: Wenn der Pausenraum eingerichtet ist, sollten sie darauf achten, daß die Pausen von den Jugendlichen nicht überzogen werden. Die beobachtenden Lehrgangsteilnehmer durchschauen sehr schnell die Taktik des Betriebsrates und ärgern sich über die wachsende Unsicherheit der aus ihrem Kreis gewählten Jugendvertretung; sie nehmen sich vor, sich nicht noch einmal „übers Ohr hauen zu lassen".

In der zweiten Szene geht es um die mangelhafte Ausbildung im Betrieb: um fehlende Ausbildungspläne, um autoritäre Ausbilder, um die Ausnutzung der Lehrlinge als billige Arbeitskräfte usw. Der Betriebsrat erklärt sich sofort bereit, für die Interessen der Jugendlichen einzutreten, er schlägt verschiedene Möglichkeiten der Durchsetzung vor und rät den Jugendvertretern, in der Lehrwerkstatt und in den Abteilungen beobachtete Mißstände zusammenzutragen und schriftlich zu fixieren, damit die übrigen Betriebsratsmitglieder besser überzeugt werden können. Auch verspricht er den Jugendvertretern, daß sie an der nächsten Betriebsratssitzung teilnehmen können, obwohl es während der Arbeitszeit nicht erlaubt ist. Die Jugendvertretung — in der ersten Szene mißtrauisch geworden — hält die Argumente des Betriebsrates für eine besonders geschickte Art und Weise, sie zu vertrösten und ihre Kritik nicht ernst zu nehmen. Sie versteift sich auf unrealistische Forderungen wie die binnen 24 Stunden Bescheid haben zu wollen.

Der dritten Szene liegt die Frage zugrunde, wie gesetzlich nicht zulässige Überstunden abgebaut werden können, obwohl die meisten Jugendlichen froh über den zusätzlichen Verdienst sind. In diesem Fall ist nicht der Einsatz des Betriebsrates von vordringlicher Bedeutung, vielmehr kommt es darauf an, die Jugendlichen des Betriebes für eine Kampagne für höhere Lehrlingsvergütungen zu gewinnen, damit sie einerseits die ihnen zustehende freie Zeit und andererseits mehr Geld zur Verfügung haben.

Bei der Auswertung ist den Teilnehmern an der ersten Szene zu verdeutlichen, wie schnell sie sich verunsichern lassen und in ihren Forderungen zurückstecken, daß sie Widerstand dort lernen müssen, wo sie auf Ablehnung oder Verharmlosung ihrer Probleme stoßen. Die zweite Szene wiederum zeigt, daß die Jugendlichen nicht bereit sind, ihren Gesprächspartner nach seinen Worten und Handlungen zu beurteilen, vielmehr geben allein ihre Erwartungen, die sie in den Betriebsrat setzen, den Ausschlag für ihr Reagieren. Den Teilnehmern wird klar, wie wenig ihnen in der konkreten Auseinandersetzung pauschale Urteile und vorgefaßte Meinungen über *den* Betriebsrat oder *die* Gewerkschaft nutzen. Sie erkennen darüberhinaus, daß verbale Einsichten und reales Verhalten nicht immer übereinstimmen: Im Entscheidungsspiel kannten sie die Gesetze, ohne sie voll einzusetzen — in der Konfrontation mit dem Betriebsrat fällt es ihnen schwer, die in der vorbereitenden Diskussion gewonnenen Ergebnisse darüber, wie man sich einem progressiven und wie einem rückschrittlichen Betriebsrat gegenüber verhält, zu verwirklichen. Ähnliches gilt für die dritte Szene: Die Jugendlichen sind sich schnell darüber einig, daß sie ohne Öffentlichkeit keine effektive Politik betreiben können. Dennoch wissen sie in dem konkreten Fall oft keinen Ausweg zwischen den beiden Polen, entweder das Gewerbeaufsichtsamt über die zu viel geleisteten Stunden zu informieren und damit die Jugendlichen zu verärgern oder aber stillzuhalten und dem Unternehmen eine um so größere Ausbeutung der Lehrlinge zu ermöglichen. — Sicherlich werden die Spiele nicht jedes Mal in der beschriebenen Weise verlaufen, es ist jedoch wahrscheinlich,

daß die Teilnehmer um so argloser dem Betriebsrat gegenübertreten, je weniger praktische und taktische Erfahrung sie in den Lehrgang einbringen.

Ergänzende Bemerkungen zu Aufgaben und Verhalten des Teams

Die Aufgabe des Teams während des Lehrgangs bestimmt sich durch den Anspruch, den wir an klassenbewußte politische Bildung stellen: Es kommt vor allem darauf an, bei den Jugendlichen Selbstbewußtsein und Urteilsfähigkeit zu stärken sowie Eigeninitiative und solidarisches Verhalten für den Kampf um verbesserte Lebensbedingungen der Arbeiterklasse zu fördern. Voraussetzung hierfür ist, daß sich auch das Team als Kollektiv versteht. Das bedeutet, daß jeder Lehrgang gemeinsam vorbereitet wird und daß tägliche Besprechungen sowohl über das inhaltliche und methodische Vorgehen stattfinden als auch über Konflikte und Widerstände, die während der Schulung auftauchen. Hierbei kann es sich um Rivalitäten zwischen einzelnen Teilnehmern handeln, um Konflikte mit den Leitern des jeweiligen Schulungsheimes, um Auseinandersetzungen mit fremden Gruppen oder Personen, die im selben Haus untergebracht sind (z. B. Feriengäste), oder um Spannungen zwischen Team und Teilnehmern oder innerhalb der Teams.

Eine im Interesse der Jugendlichen fruchtbare Zusammenarbeit zwischen den Teammitgliedern ist nur dann gewährleistet, wenn sie in ihren Auffassungen über das politische Ziel, welches mit dem Lehrgang erreicht werden soll und kann sowie über die zu vermittelnden Inhalte und Methoden grundsätzlich übereinstimmen. Denn in den Unterricht hineingetragene, sich widersprechende Konzepte, würden die Teilnehmer verunsichern und jeglicher Orientierung berauben. Das heißt nicht, daß den Teilnehmern eine totale Einigkeit demonstriert werden soll, die z. B. schon durch die verschiedene Herkunft der Teammitglieder (Betrieb, Organisation, Universität) — wie sie in einigen Gewerkschaften üblich ist — unglaubwürdig wäre. Auch haben die Teilnehmer ein sehr feines Gespür für unterschwellige Reibungen innerhalb

des Teams. In vielen Fragen ist es sogar sinnvoll, gegensätzliche Meinungen vor den Teilnehmern auszutragen — werden sie doch auch im Betrieb und in der politischen Arbeit auf Differenzen zwischen denen stoßen, die prinzipiell auf ihrer Seite stehen. Wichtig ist allerdings, daß der Verlauf einer Diskussion gerade dann, wenn er zu verschiedenen Interpretationen geführt hat, sorgfältig aufgearbeitet wird, wobei darauf zu achten ist, daß die Teambesprechungen nicht in Geheimsitzungen ausarten. Die Kollegen können durchaus daran teilnehmen, wenn sie den Wunsch äußern. Aber auch wenn sie nicht dabei sind, sollte das Team alle Ergebnisse seiner internen Gespräche, die die Teilnehmer betreffen, im Unterricht wiedergeben und zur Diskussion stellen.

Das betrifft nicht nur den Unterrichtsstoff; sondern z. B. auch das Verhältnis zwischen Team und Teilnehmern. Hierbei spielen die Erwartungen, die die Teilnehmer an den Lehrgang und damit an das Team stellen, eine große Rolle. Wir können davon ausgehen, daß viele Teilnehmer zu einer Schulung kommen, um dem Betrieb und der Familie zu entfliehen. Sie versprechen sich einige Tage oder eine Woche Urlaub, in dem sie unkontrolliert ihren Bedürfnissen nachgehen können (z. B. im Beatkeller). Es wäre falsch, auf diesen Wunsch mit Vorhaltungen zu reagieren. Im Gegenteil: Er bietet den Ansatzpunkt für ein Gespräch darüber, warum sie zu Hause nicht tun können, was sie wollen. — Andere Teilnehmer kommen mit einem Leistungsanspruch auf den Lehrgang, der sie bei jedem Thema, bei jeder angeschnittenen Frage nach erschöpfenden „Ergebnissen" verlangen läßt. Unausgesprochen haben sie die Vorstellung, daß es für jedes Problem nur eine richtige Antwort geben kann, auf die alle Teilnehmer festgelegt werden müssen. Ihnen muß verdeutlicht werden, daß schon das Aufzeigen von Problemen ein Ergebnis ist und daß eine Diskussion auch dann fruchtbar ist, wenn sie verschiedene Standpunkte offenlegt und stehenläßt.

Diese und andere Erwartungen drücken sich im Verhalten der Teilnehmer zum Team aus: Die einen möchten möglichst in Ruhe gelassen werden, die anderen verlangen nach straffer Lehrgangsleitung. Das Team muß versuchen, beiden gerecht zu wer-

den. Es wäre ein falsch verstandenes antiautoritäres Verhalten, wenn den Teilnehmern alle Freiheiten zugebilligt würden: Wenn sie dem Unterricht fernbleiben können, wann immer sie wollen; wenn sie nachts so lange und so laut feiern können, wie es ihnen Spaß macht usw. Der Lehrgang würde so zu einem unpolitischen Freiraum, der nichts mehr mit ihrem Alltag zu tun hat, der ihnen folglich auch keine Hilfen für den Alltag geben kann. Auch die völlige Zurückhaltung des Teams im Unterricht würde keine Lernprozesse in Gang setzen, sondern die Teilnehmer ihrer Unsicherheit und Skepsis gegenüber Bildungsveranstaltungen überlassen. Andererseits würde das Team die Erziehung zur Anpassung fortsetzen, wenn es undiskutiert Regeln festlegt oder gar mit Strafen droht. Die Teilnehmer sollen nicht aus Angst vor dem Team, sondern aus gegenseitiger Rücksichtnahme den Rahmen des Lehrgangs abstecken. So läßt sich z. B. gemeinsam bestimmen, wann der Unterricht stattfindet, ab wieviel Uhr abends Ruhe auf den Zimmern sein soll. Auch darf das Team seine Vorschläge für den Unterricht den Teilnehmern nicht aufzwingen, sondern muß sie genau begründen und der Kritik stellen. Bei jedem neuen Thema muß den Jugendlichen klar werden, in welchem Zusammenhang es mit ihren Problemen steht; außerdem müssen die Argumente der Teammitglieder im Verlauf der Diskussion nachprüfbar sein. Es kommt also nicht darauf an, die Autorität des Teams gänzlich abzubauen, denn schließlich verlaufen Lernprozesse auch über die positive Identifikation mit Personen. Entscheidend ist allein, daß die Autorität des Teams in der größeren Sachkenntnis, nicht aber in der Ausübung von Zwang begründet ist. Das Verhalten des Teams muß für die Teilnehmer durchschaubar sein, ebenso wie sich die Jugendlichen über ihr Verhalten zueinander bewußt werden sollen.

Auf keinem Lehrgang kommen wir darum herum, mit den Teilnehmern über die unterschiedlichen Vorkenntnisse und das verschiedene politische Interesse der Einzelnen zu sprechen. Die Fortgeschritteneren neigen nämlich sehr schnell dazu, sich abzukapseln und sind unzufrieden, wenn sie auf Teilnehmer, die entscheidende Erkenntnisse sich erst aneignen müssen, Rück-

sicht nehmen sollen. Mit ihnen muß diskutiert werden, warum manche Jugendliche bereits über größere Einsichten in ihre gesellschaftliche Lage verfügen. Die Forderung, auf weniger aufgeklärte Teilnehmer einzugehen, ist keine moralische Forderung, sondern beinhaltet einen politischen Anspruch: Auch in der täglichen Praxis sind die Bewußtesten verpflichtet, ihre Argumente nach denen auszurichten, die für den gemeinsamen Kampf erst gewonnen werden müssen.

Ein weiteres wichtiges Problem ist das der auf dem Lehrgang anwesenden — meist sehr wenigen — Mädchen. Auf Grund ihrer Erziehung sind sie häufig besonders zurückhaltend und gehemmt. Sie lassen sich am ehesten mit den Fragen aktivieren, die ihre Rolle als Frau betreffen. In einer Diskussion über Erziehungsprobleme sind sie oft sehr lebhaft, während sie sich an Betriebsdebatten kaum beteiligen. Um sowohl ihnen die Chance zu geben, ihre Erfahrungen zu artikulieren, als auch bei den Jungens Vorurteile aufzubrechen, empfiehlt sich z. B. ein Gespräch darüber, warum so wenig Mädchen auf gewerkschaftliche oder politische Lehrgänge kommen.

Ein anderer Punkt, über den sich das Team Gedanken machen sollte, ist der der Freizeitgestaltung während des Lehrgangs. Grundsätzlich sollten für alle verbindliche Abendveranstaltungen nur dann stattfinden, wenn die Teilnehmer dazu auffordern. Auch sollten sie nicht über mehrere Tage vorausgeplant werden, sondern weitgehend der Spontaneität überlassen bleiben. Für Anregungen allerdings sind die Teilnehmer dankbar, so stimmen sie Filmvorführungen meistens begeistert zu. Auch ist es wichtig, daß die Teammitglieder sich abends nicht zurückziehen, sondern für die Kollegen erreichbar sind. Denn in der ungezwungeneren Atmosphäre am Abend bei Bier und Musik äußern sich die Teilnehmer meist offener als im Unterricht. Erst hier formulieren sie die persönlichen Probleme, die sie wirklich bedrücken (z. B. sexuelle Unsicherheit). Wird ihr Vertrauen nicht enttäuscht, dann haben die abendlichen Gespräche auch positive Auswirkungen auf den Unterrichtsverlauf. Ebenso ist es möglich, daß Fragen, die am Tage offen geblieben sind, abends weiterdiskutiert werden. Je engagierter die Teilnehmer

sind, um so mehr verfließen die Grenzen zwischen Arbeits- und Freizeit — immer vorausgesetzt, sie finden die Unterstützung und Solidarität des Teams.

Ausgewählte Literatur

Zur politischen Erziehung von Arbeiterkindern:

Edwin Hoernle, Grundfragen proletarischer Erziehung. Frankfurt: 1970
Soll Erziehung politisch sein? Frankfurt: 1970. Mit Aufsätzen von Max Adler, Alice Rühle, Theo Malkmus, Trude Wiechert und Edwin Hoernle.
Otto F. Kanitz, Kämpfer der Zukunft. Für eine sozialistische Erziehung. Frankfurt: 1970

Alle drei Bücher gehen von den Erfahrungen aus, die in den zwanziger Jahren alternativ zu einer Erziehung in der Familie in kommunistischen und sozialdemokratischen Kinder- und Jugendkollektiven gesammelt wurden. Sie beschreiben die Erziehung von Arbeiterkindern als dialektischen Prozeß von Theorie und Praxis, als Anleitung zu Selbständigkeit, Selbstbewußtsein, Solidarität und kollektivem Handeln. Die emotionale und verstandesmäßige Einbeziehung der Kinder in den Kampf der Arbeiterklasse wird durch vielfältige Beispiele, die den je verschiedenen Bedingungen der Kollektive entsprachen, demonstriert.

Zum Prinzip des exemplarischen Lernens:

Oskar Negt, Soziologische Phantasie und exemplarisches Lernen, Zur Theorie der Arbeiterbildung. Frankfurt: 1968
Adolf Brock, Wolfgang Hindrichs, Reinhard Hoffmann, Oskar Negt, Willi Pöhler, Olaf Sund, Reinhard Welteke, Industriearbeit und Herrschaft. Frankfurt: 1971
Dieselben, Die Würde des Menschen in der Arbeitswelt. Frankfurt: 1971
Dieselben, Der Konflikt um Lohn und Leistung. Frankfurt: 1971
Dieselben, Die Interessenvertretung der Arbeitnehmer im Betrieb. Frankfurt: 1971

Die Thesen Oskar Negts gehen von einer Neubestimmung der exemplarischen Methode aus: Ihr Ziel ist nicht die isolierte Behandlung einzelner Konfliktfälle sowie die Beschränkung gewerkschaftlicher Bildung auf organisationspraktische Informationen. Es kommt vielmehr darauf an, die individuelle Lebensgeschichte, die Interessen, Wünsche und Hoffnungen des Einzelnen als abhängig von der gesellschaftlichen Entwicklung, von den bestehenden Herrschaftsverhältnissen begreifen zu lernen. Erst soziologisches und historisches Denken befähigen dazu, Zusammenhänge zwischen scheinbar isolierten Informationen herzustellen und die verfestigte Arbeitsteilung zwischen den verschiedenen Wissenschaften zu überwinden. Erst „soziologische Phantasie" ermöglicht es, die Gesellschaft als veränderbar zu erkennen und damit Motivationen für politisches Handeln zu wecken. — Konkrete Gestalt nehmen die Thesen Negts in den vier Arbeitsheften an, die jeweils mit

einem oder mehreren Fällen beginnen, welche — ähnlich wie der Fall Göbel — auf ihre politische und gesellschaftliche Bedeutung abgeklopft werden. In der „Würde des Menschen in der Arbeitswelt" geht es um Schikanen der Vorgesetzten, um einen Arbeitsunfall, um die Monotonie am Fließband und an Automaten, um die Problematik von Schichtarbeit und Großraumbüros. Der „Konflikt um Lohn und Leistung" behandelt sowohl Arbeitsplatzbewertung und Lohnfindung, den Tarifvertrag, verschiedene Möglichkeiten des Streiks als auch die Konsequenz des „technischen Fortschritts". Die „Interessenvertretung der Arbeitnehmer" umfaßt die drei Schwerpunkte Betriebsrat, Vertrauenskörper und Gewerkschaften im Betrieb. — Alle vier Hefte sind nicht nur wegen der exemplarischen Vorgehensweise, sondern auch durch ihre übersichtliche Gliederung und ihre verständliche Sprache als Lektüre für Lehrgangsteilnehmer sehr gut geeignet.

Zur Entwicklung der politischen Jugendarbeit:

Helmut Kentler, Jugendarbeit in der Industriewelt, Bericht von einem Experiment. München: 1959
Arbeiterbildung und politische Bildung. Die politische Jugendbildungsarbeit der Gewerkschaften. Und: Student und Gewerkschaft. Die Mitarbeit von Studenten im politischen Jugendbildungsprogramm der Gewerkschaften. In: Heidelberger Blätter, Heft 11/1967.
Michael Brühl, Pedro Graf, Kurt Sprenger, Norbert Trautwein, Heiner Volkers, Auf dem Weg zu einer antikapitalistischen Jugendarbeit? Deutsche Jugend, Heft 5/1970 (Sonderheft).

Die drei Titel beschreiben verschiedene Stationen der politischen Arbeit mit jungen Arbeitern und Angestellten. Kentler führte in den fünfziger Jahren Zeltlager und Seminare mit unorganisierten Jugendlichen durch, in welchen mittels neuer Inhalte und Methoden eine bewußte Reflexion der Umwelt ermöglicht werden sollte. Die Gestaltung der Lehrgänge durch ein Team, das Anknüpfen an persönlichen Problemen der Jugendlichen, Mitbestimmung der Teilnehmer über den Verlauf der Freizeiten und die Verwendung des Rollenspiels wurden hier zum ersten Mal auf breiterer Ebene erprobt. Freilich läßt Kentler soziologische und politische Fragestellungen vermissen, es ging ihm mehr um individuelle Hilfe als um kollektive Lernprozesse mit dem Ziel, die Gesellschaft zu verändern.
Die „Heidelberger Blätter" kennzeichnen in verschiedenen Aufsätzen, u. a. von Helmut Dahmer, Jochen Müller, Hinrich Oetjen und Hellmut Lessing, den Umbruch in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit Anfang der sechziger Jahre: Vom Referentenvortrag zur Teamarbeit, von der Vermittlung formaler Kenntnisse über den Aufbau der Demokratie und ihrer Institutionen sowie über Gesetze und Tarifverträge zu der Diskussion von Arbeits- und Freizeitproblemen, d. h. zu einer dem Bewußtsein und den Bedürfnissen der Jugendlichen angenäherten Thematik.
Die Erfahrungen der letzten Jahre haben allerdings gezeigt, daß der Anspruch, politisches Interesse zu wecken und zu stabilisieren, sich nicht voll einlösen ließ: Zum einen entsprachen nicht alle Themen den realen Problemen der Jugendlichen, so z. B. das Freizeitthema, welches von Zeitschriften- und Schallplattenanalysen ausging. Zum anderen wurden die Lehrgänge

nur selten zur Vorbereitung politischer Praxis, als Übungsfeld kollektiven und solidarischen Handelns genutzt.
Eben der Bezug zur organisierten und solidarischen Praxis wird in den theoretischen Überlegungen und den Erfahrungsberichten über ein Faschismus-Seminar, ein antiautoritäres Zeltlager der „Falken" und über die Arbeit mit Obdachlosen (Deutsche Jugend) stärker berücksichtigt. Leider enthält das Heft kein Beispiel für die Aufarbeitung betrieblicher Konflikte.

Literatur für jugendliche Arbeiter:

Hans Jürgen Haug, Hubert Maessen, Was wollen die Lehrlinge? Frankfurt: 1971
Arbeiterjugend contra Monopole. Dortmund: 1970
A. S. Neill, Theorie und Praxis der antiautoritären Erziehung. Das Beispiel Summerhill. Reinbek: 1969
Bent H. Claesson, Sexualinformation für Jugendliche. Frankfurt: 1970
Erika Runge, Frauen. Versuche zur Emanzipation. Frankfurt: 1969
Bottroper Protokolle. Aufgezeichnet von Erika Runge. Frankfurt: 1968
Günter Wallraff, Industriereportagen. Als Arbeiter in deutschen Großbetrieben. Reinbek: 1970
Günter Wallraff, 13 unerwünschte Reportagen. Berlin: 1969
Urs Jaeggi, Macht und Herrschaft in der Bundesrepublik. Frankfurt: 1969
Hans Limmer, Die deutsche Gewerkschaftsbewegung. München: 1970
Hans Matthöfer, Der Beitrag politischer Bildung zur Emanzipation der Arbeitnehmer. Arbeitsheft der IG-Metall Nr. 223

Jede politische Arbeit mit jugendlichen Lohnabhängigen krankt an dem Mangel an geeigneter, d. h. leicht lesbarer und verständlicher Literatur. Die aufgeführten Texte haben sich als Ausgangspunkt für Diskussionen über die verschiedenen angesprochenen Themen bewährt, obwohl einige von ihnen — wie etwa das Buch von Neill — in ihrer politischen Aussage nicht ganz unproblematisch sind. Das Buch von Haug/Maessen gibt einen anschaulichen Überblick über die gegenwärtige Praxis der Berufsausbildung und ihre sozialen und politischen Folgen für die Jugendlichen. Die „Arbeiterjugend ..." dokumentiert den Kampf der Lehrlinge und jungen Arbeiter in den letzten Jahren um eine Verbesserung ihrer Lage. Die Berichte der Frauen, die bei Runge zu Wort kommen, sowie der Bergarbeiter und ihrer Familien, die von der Ruhrkrise betroffen waren, vermögen die Widersprüche in unserer Gesellschaft besser zu veranschaulichen als manches soziologische Lehrbuch. Auch die Industriereportagen Wallraffs und die geschilderten Erlebnisse im Umgang mit Ärzten und Behörden, Personalchefs und Wirtinnen, mit Notstandsplanern und Theologen ermöglichen es, gesellschaftliche Abhängigkeiten am konkreten Beispiel aufzuzeigen. — Die Schule Summerhill führt den Jugendlichen Erziehungsmethoden vor, die sie sich auf Grund eigener Erfahrungen kaum vorstellen können. — Die „Sexualinformation" kann ihnen Unwissenheit, Ängste und Unsicherheit abbauen helfen, weil sie des moralischen Zeigefingers entbehrt.
Die letzten drei Titel überschreiten die Ebene des Konkreten, sie geben Einblick in die historische und gesellschaftliche Entwicklung der Bundes-

republik. Zusammen mit den oben erwähnten Arbeitsheften von Adolf Brock u. a. können sie sowohl von fortgeschritteneren Jugendlichen als auch von Teammitgliedern zur Vorbereitung einer Schulung verwendet werden.
Alle Titel sind entweder als Taschenbücher oder als billige Paperback-ausgaben erschienen.

Mitbestimmung als Kampfaufgabe

Grundlagen — Möglichkeiten — Zielrichtungen

Eine theoretische, ideologiekritische und empirische Untersuchung der Mitbestimmungsfrage in der Bundesrepublik, herausgegeben vom Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) Frankfurt/Main, 348 Seiten, glanzkartoniert, DM 17,80

Inhalt: Grundlagen einer marxistischen Mitbestimmungskonzeption – Auffassungen der Gewerkschaften, der SPD und der DKP – Das Problem der Mitbestimmung in der sozialwissenschaftlichen Literatur – Strategie der herrschenden Klasse in der Mitbestimmungsfrage – Empirische Untersuchung in drei Großbetrieben – Kampfstrategien zur Durchsetzung von Mitbestimmungsforderungen – Anhang mit den Interviewfragen etc.

Hier sind Erfahrungen festgehalten, zu denen Arbeiter und Angestellte in Büros und Betrieben, in Gewerkschaften und politischen Organisationen selbstbewußt gekommen sind. Für Verwässerungen und Ablenkungsmanöver der Gegenseite sind die Verfasser nicht anfällig. Ihre wissenschaftliche Arbeit dient konsequent dem Ziel, die undemokratische Macht der Monopole wirksam zu schwächen. Mit der eindeutigen Stellungnahme für die Interessen der Arbeiter und Angestellten sind auch die weiteren Vorzüge dieser Mitbestimmungsstudie verbunden. Sie hält sich nicht bei juristischen Entwürfen oder nur nebulösen Beteiligungen am „Management" auf, sondern stellt die Frage: Wer genau – mit welchen Mitteln, mit welchen Erfolgen – baut die demokratische Gegenmacht zur Kontrolle der Monopole auf? Das Kernstück des Buchs ist die Beantwortung dieser Frage durch die empirische Erforschung der Verhältnisse in drei Großbetrieben: Initiativen der Belegschaften, der Vertrauenskörper, der Betriebsräte, ihre Schwierigkeiten, ihre besonderen Beziehungen zueinander und die Störungen, ihre Kampfformen und Praktiken bei der Umgehung oder Ausschöpfung von Gewohnheitsrechten, Betriebsvereinbarungen, des Betriebsverfassungsgesetzes oder der Montanmitbestimmung, die Hebel der Politisierung, die Entwicklung von taktischem und strategischem Bewußtsein in den betrieblichen Kadern und den Belegschaften. In zahlreichen Interviews haben die Kollegen der Betriebe dazu beigetragen, die tatsächlich tauglichen Wege demokratischer Machtentfaltung zu ermitteln. So ist ein beispielhaftes Standardwerk, ein Lehrbuch für Arbeiter und Angestellte entstanden.

Pahl-Rugenstein

Kleine Bibliothek

Politik Wissenschaft Zuku

1 *Holz* Utopie und Anarchismus. 134 S. Beim Verlag vergriffen.

2. Sozialdemokratie und Sozialismus heute. 230 S. DM 5,–
Ehrler – Häußermann – Huffschmid/Wirth – Kadritzke – Kreibich Krippendorff – Nevermann – Pinkall – Schluchter – Zerche – Zeun

3 *Beyer* Tendenzen bundesdeutscher Marxbeschäftigung. 151 S. Beim Verlag vergriffen.

4 *Rose* Konvergenz der Systeme. 214 S. DM 9,80

5. *Beyer* Vier Kritiken: Heidegger, Sartre, Adorno, Lukács. 232 S. DM 9,

6 *Bamberg* Militärseelsorge in der Bundeswehr. 304 S. DM 9,80

7 *Nazari* Das iranische Erdöl. 217 S. DM 9,80

8 *Rilling* Kriegsforschung und Vernichtungswissenschaft in der BR 312 S. DM 9,80

9 *Lewan* Der Nahostkrieg in der westdeutschen Presse. 179 S. DM 9,

10 *Kramer* Reform und Revolution bei Marx und Engels. 204 S. DM 9,

11 *Ley – Müller* Antigeschichte und Revolution. ca. 200 S. DM 9,80

12 *Deppe* Das Bewußtsein der Arbeiter. 358 S. DM 12,80

13. BRD–DDR Vergleich der Gesellschaftssysteme. 442 S. DM 12,80
Dähne – Deppe – Deppe-Wolfinger – Fülberth – Harrer – Hartma – Knüppel – Jung – Kühnl – Krämer – Lederer – Leisewitz Rilling – Römer – Schäfer – Schardt – Schuler – Steinhaus Tjaden – Tjaden-Steinhauer – Weiß – Wulf

14 *Haltmann Das* Konzept der deutschen Rechten. Aus Reden und Schriften des F. J. Strauß. ca. 240 S. DM 9,80

15 *Bredow* Kriegsdienstverweigerer heute. 2. Aufl. 168 S. DM 9,80

16 *Czichon* Wer verhalf Hitler zur Macht? 2. Aufl. 105 S. DM 9,80

Pahl-Rugenstein 5 Köln 51 Vorgebirgstraße 1